C 21734 D

Interview mit G.Wallraff S.60

Arbeiterkampf

Jg.8 Nr.124 6.3.78

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2 DM

Druckindustrie: Streiks und Aussperrung

Seit einigen Tagen haben sich die monatelangen Tarifauseinandersetzungen um die Einführung neuer Techniken (OCR) in der Druckindustrie zwischen den drei Kapitalistenverbänden und der DruPa erheblich verschärft, nachdem es in den letzten Wochen und Monaten schon zu vielen Warn- und Proteststreiks gekommen ist. Nach wochenlanger Ankündigung haben die Kapitalisten nun breiter zum Mittel der Aussperrung gegriffen: Aussperrung von Sonntag mittag 12 Uhr bis Dienstag morgen 6 Uhr in 30 Betrieben (über 100 Zeitungen) als erster Schritt!

Während die DruPa-Führung mit den jetzt begonnenen Urabstimmungen und Streiks die Druckkapitalisten an den Verhandlungstisch bringen wollte, hatte der Vorsitzende der deutschen Zeitungsverleger eindeutig erklärt: *„Die Arbeitgeber würden sich durch Streiks nicht wieder an den Verhandlungstisch zwingen lassen"* (nach „FR", 1.3.78). Inzwischen erklärten die Kapitalisten sogar, Verhandlungen werde es erst nach Abbruch sämtlicher Streiks geben können. Angekündigt hatte sich die totale Konfrontation schon vor 2 Wochen, als die Kapitalistenverbände in allen großen Tageszeitungen eine oft halbseitige (!) Anzeige veröffentlichen wollten, in der es unter anderem hieß, *„Zwingen sie uns nicht zur Aussperrung"* (nach „WELT" vom 21.2.78).

Fortsetzung auf Seite 19

listen an den Verhandlungstisch brin- Fortsetzung auf Seite 19

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Erfolge für die 'Grünen'

Am 5.März waren Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Beachtlich sind dabei die Verluste der CDU und Gewinne der SPD ebenso wie das recht erfolgreiche Abschneiden „grüner Listen", wo diese zur Wahl antraten.

So fiel die CDU im Landesmaßstab von 53,1 (Kommunalwahlen 1974) auf 49,2%. Die SPD zog von 35,6 auf 40,5% an. U.a.. bedeutet dies, daß die SPD die Stadt Kiel „zurückeroberte". Die FDP fiel von 9 auf 7,3%.

Insgesamt scheint sich in diesem Ergebnis anzudeuten, daß der bisher ununterbrochene Trend zugunsten der CDU erstmals durchbrochen ist, was Signalwirkung für die kommenden Landtags- und Kommunalwahlen und für die Entwicklung bis zu den nächsten Bundestagswahlen haben könnte.

„Grüne Listen" hatten sich in einer Reihe von Kreisen zur Wahl gestellt. Dabei gelangen ihnen überall recht erfreuliche Ergebnisse. So gelangte beispielsweise in Husum eine „Grüne Liste" mit über 7% glatt in den Stadtrat. Auch im Kreis Steinburg (Brokdorf!) gewann eine „Grüne Liste" Sitze im Rat. In Wedel (bei Hamburg) erreichte eine demokratische Liste, die von einem breiten Bündnis (u.a. dem KB) unterstützt wurde, mehr als 3% (522 Stimmen) – fast doppelt soviel Stimmen wie die DKP (280).

Diese Ergebnisse setzen ein positives Signal für kommende Kommunal- und Landtagswahlen, zumal sie noch erheblich über d e m liegen, was bisher „Grüne Listen" schon in Niedersachsen erreichen konnten. Das heißt, die Aussichten solcher Listen, tatsächlich mit Abgeordneten in die Parlamente einzuziehen (sodaß die für sie abgegebenen Stimmen also nicht „verschenkt" sind), bringt ihnen längerfristig einen ansteigenden Trend. **Ein gutes Vorzeichen für die nächsten anstehenden Wahlen, insbesondere die Hamburger Bürgerschaftswahlen, zu denen eine „Bunte Liste" kandidieren wird!**

Neues Blutbad des Schah-Regimes

Am 18.2. brachen in der nordiranischen Stadt Täbris (Ostaserbeidschan) bürgerkriegsähnliche Unruhen aus. Sie waren der bisherige Höhepunkt einer Reihe von Protestaktionen, Streiks und Demonstrationen, mit denen sich breite Teile des iranischen Volkes seit Oktober vergangenen Jahres gegen die Unterdrückung jeder Opposition durch das faschistische Schah-Regime zur Wehr setzen. Die Bandbreite der Proteste ist außerordentlich groß und vielschichtig: Sie reicht von Bittbriefen konservativer Intellektueller und Politiker, Protestresolutionen fortschrittlicher Schriftsteller usw., die die

Fortsetzung auf Seite 2

50.000 in Almelo!



Am 4. März im niederländischen Almelo ... unser Bericht auf S. 14

Am 28.März geht's los!

Russell-Tribunal - ein Exempel

Schon jetzt ist offensichtlich, daß das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD, das in Kürze seine Arbeit aufnehmen wird, erhebliche Aufmerksamkeit in In- und Ausland hervorgerufen hat und daß es damit die Herrschenden in diesem Land in eine Aufregung versetzt hat wie schon lange nicht mehr. Ihre grobschlächtigen ersten Reaktionen — das Maihofer-Papier, das Rundschreiben des DGB mit wilden Pöbeleien gegen die internationale Jury und den westdeutschen Beirat — haben dem Russell-Tribunal zusätzliches und sehr akutes Beweis-Material geliefert und die Öffentlichkeitswirksamkeit des Tribunals gefördert.

Das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD — und die sich daran entwickelte Unterstützerbewegung — stellt aber auch noch in anderer Hinsicht einen bedeutenden politischen Erfahrungsgewinn und Schritt nach vorn dar. Nämlich in seiner Rückwirkung auf die westdeutsche Linke und allgemein auf die Situation demokratischer Bewegungen in diesem Land. Es geht dabei um den Punkt, zu dem wir schon vor fast einem Jahr schrieben: „.... *Das Wesentliche an dem Russell-Projekt war gerade der Versuch, e r s t m a l s in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und oder DKP entziehen sollte"* (aus „Anti-Repressions-Info" Nr. 2). Dieser an sich recht klare Satz hat immer wieder opportunistische Kräfte zu gezielten „Fehlinterpretationen" veranlaßt: der KB wolle ein „Kampfbündnis" gegen SPD und DKP, der KB wolle SPD und DKP vom Bündnis ausschließen etc.

Heute kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß die von uns damals skizzierte Wirkung des Russell-Tribunals bereits im wesentlichen eingetreten ist. Trotz der verschiedensten opportunistischen Schlenker und Saltos bestimmter Teile der Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal kann man wohl kaum behaupten, die Bewegung stünde unter einem dominierenden Einfluß der Sozialdemokraten und/oder der DKP. Die DKP hat sich sogar aus eigener Dummheit in eine offene Opposition gegen das Russell-Tribunal festgefahren.

Um das qualitativ N e u e dieser Situation zu begreifen, muß man zunächst einen Rückblick auf die demokratischen Bewegungen der Vergangenheit werfen: A l l e diese

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 1

Abschaffung des SAVAK und die Bestrafung aller an den Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes Beteiligten fordern, von Dichterlesungen, die sich gegen die Zensurmaßnahmen des Regimes wenden, von gegen das Schah-Regime gerichtete Studentendemonstrationen und -streiks, von Massendemonstrationen bis hin zu militanten Aktionen. In den letzten Auseinandersetzungen mit dem Schah-Regime haben besonders die Mullahs (Schiiten-Klerus) und religiöse Führer (vor allem der im irakischen Exil lebende Khomeini) eine wichtige Rolle gespielt (vgl. AK 121).

Schon die großen Protestdemonstrationen im November in Teheran und im Januar in der religiösen Stadt Qom und in Meshed waren von der Polizei, SAVAK-Leuten, Militär und faschistischen, vom Schah-Regime angeheuerten Schlägerbanden (sog. „Pro-Schah-Demonstranten") blutig niedergeschlagen worden. Insgesamt gab es über 200 Tote.

In Täbris steigerte das Schah-Regime sein brutales Vorgehen ein weiteres Mal: Unter den Demonstranten wurde ein Blutbad angerichtet, nachdem die Stadt von Panzern und Soldaten praktisch vollständig besetzt war. Während die regimetreue Presse im Iran — und die bürgerliche Presse hier — die Zahl der Todesopfer zunächst auf sechs, dann auf neun herablog, gab die „Bewegung für die Befreiung des Iran" (Frankreich) mehrere hundert Tote und tausende von Verletzten an („Le Monde", 21.2.78)! Andere Quellen sprechen von 600 - 2.000 Toten! („Extra-Dienst", 24.2.78). Diese Angaben sind nach den Erfahrungen der letzten Monate durchaus realistisch.

Nationaler Trauertag ...

Anlaß der Massendemonstrationen und militanten Aktionen vor allem in Täbris, aber auch in Teheran, Meshed, Qom, Isfahan und Schiras war der Aufruf von vier religiösen Führern, zu einem Nationalen Trauertag am 18.2., 40 Tage nach der Beerdigung der Opfer von Qom. In Qom waren am 9. und 10. Januar bei Protestdemonstrationen gegen einen provokativen Artikel in der regimetreuen Presse gegen das religiöse Oberhaupt Khomeini 67 Demonstranten ermordet worden. Der nationale Trauertag sollte mit friedlichen Demonstrationen, einem Generalstreik der Händler im ganzen Land, sowie einem Streik an den Universitäten begangen werden („Le Monde", 21.2.78). Nach Angaben des „Komitees für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte im Iran" wurde der Aufruf zum Generalstreik im ganzen Land von Händlern und Universitäten befolgt.

... blutig unterdrückt

In Täbris versuchte die Polizei zunächst die Innenstadt, in der Massen-

... blutig unterdrückt

In Täbris versuchte die Polizei zunächst die Innenstadt, in der Massen-

demonstrationen stattfanden, zu räumen. Am Nachmittag wurde Täbris dann mit Panzern und Militär besetzt. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, als die Armee das Feuer auf die Demonstranten eröffnete. Die Demonstranten wehrten sich gegen den massiven Einsatz des Militärs, Barrikaden wurden errichtet. Der Zorn der Demonstranten richtete sich vor allem gegen Luxus-Läden, Hotels und Banken, 73 Banken gingen in Flammen auf („Guardian", 20.2.78), vier Banken brannten total aus, Polizeifahrzeuge wurden angegriffen und zerstört („Guardian", „Le Monde", 21.2.78). Mehrere hundert Menschen wurden Opfer des blutigen Militäreinsatzes, tausende wurden verletzt, Massenverhaftungen vorgenommen. Der Aufstand dauerte 24 Stunden. Am nächsten Morgen setzte die Armee Bagger ein, die die Berrikaden mit den darin liegenden Toten beiseite räumten („ED", 24.2.78). Außer in Täbris kam es auch in Qom, Meshed und Schiras zu größeren Unruhen.

Ganz offensichtlich dauerten auf nach dem 18.2. und trotz des massiven Militäreinsatzes die Unruhen in Täbris weiter an. Am 21.2. fuhren erneut Panzer in Täbris auf, die iranische Armee übernahm für einige Tage die Befehlsgewalt über die Stadt („International Herald Tribune", 22.2.78).

Welches Ausmaß die Proteste gegen das Schah-Regime hatten, wird daran deutlich, daß auf Anordnung des Schahs fünf Provinzgouverneure ersetzt wurden, u.a. der Gouverneur von Ostaserbeidschan, dessen Hauptstadt Täbris ist. Vorläufig abgesetzt wurden außerdem drei Polizei-Verantwortliche in Täbris, da sie nur „schwer" und „relativ spät" der Unruhen Herr geworden sind. Die blutige Unterdrückung der Massenproteste gegen das Schah-Regime soll weitergehen! („Le Monde", 3.3.78 und „Neue Zürcher Zeitung", 4.3.78).

Nahost-Kommission

Iranische Antifaschisten in der DDR verurteilt

Am 27.2. besetzten zwölf iranische Studenten die Botschaft des Iran in Berlin/DDR. Die iranischen Studenten, die aus Westberlin in die DDR eingereist waren, wollten mit dieser Aktion auf die faschistische Unterdrückung im Iran aufmerksam machen, insbesondere auf die blutige Niederschlagung der bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Täbris durch die iranische Armee. Gleichzeitig wollten sie jedoch auch auf die freundschaftlichen Beziehungen aufmerksam machen, die die sich sozialistisch nennende DDR-Regierung zum faschistischen Schah-Regime unterhält, was sich zuletzt in der Einladung des Schahs zu einem Besuch in der DDR durch den Staatsratsvorsitzenden Honecker ausgedrückt hat („Frankfurter Rundschau", 1.3.78).

Besetzungen von Botschaften des Iran in verschiedenen westeuropäischen Ländern haben iranische Antifaschisten in der Vergangenheit wiederholt und mit Erfolg durchgeführt. Jedesmal ist es ihnen durch dieses Mittel des Protestes gelungen, die demokratische Öffentlichkeit in Westeuropa auf die brutale Unterdrückung des iranischen Volkes durch das faschistische Schah-Regime aufmerksam zu machen, bei der Besetzung der iranischen Botschaft in der Schweiz konnten sie anhand von dort gefundenen Dokumenten nachweisen, daß diese Botschaft die Zentrale des berüchtigten iranischen Geheimdienstes SAVAK in Europa ist und gleichzeitig aufdecken, daß verschiedene westeuropäische Länder, besonders die Bundesrepublik, engstens mit der SAVAK zusammenarbeiten.

Vor der Besetzung der iranischen Botschaft in Berlin/DDR hatten die iranischen Antifaschisten sowohl die gesamte in Berlin akkreditierte westliche Presse als auch die Presse der DDR informiert. Erschienen waren — wie nicht anders zu erwarten — nur die westlichen Journalisten.

Dafür erschien sofort nach der Besetzung der Botschaft die DDR-Volkspolizei, die nach anderthalb Stunden die Botschaft räumte und sämtliche iranischen Antifaschisten verhaftete. Die Verhaftung entspricht nun leider völlig der Logig der ausgesprochen guten Beziehungen der DDR-Regierung zum faschistischen Schah-Regime. Wie wir weiter unten noch zeigen werden, unterhält die DDR-Regierung — wie übrigens alle revisionistischen Länder mit der UdSSR an der Spitze — nicht nur wirtschaftliche Be-

gime. Wie wir weiter unten noch zeigen werden, unterhält die DDR-Regierung — wie übrigens alle revisionistischen Länder mit der UdSSR an der Spitze — nicht nur wirtschaftliche Be-

ziehungen zu dem faschistischen Schah-Regime, was jeder Antifaschist und Demokrat empörend genug findet, da solche Beziehungen zur Stärkung eines faschistischen Regimes erheblich beitragen. Die gesamte revisionistischen Presse verschweigt darüber hinaus a l l e Verbrechen des Schah-Regimes systematisch, und die Regierungen dieser Länder überschütten den Schah außerdem mit allen möglichen „Ehrungen".

Dieser Politik entsprach das — selbst verglichen mit bürgerlichen „Demokratien" — außerordentlich harte Vorgehen der DDR-Behörden gegen die iranischen Antifaschisten, die zudem aktuell gegen ein gerade vom Schah-Regime angerichtetes Blutbad — mit hunderten, wenn nicht gar tausenden von Toten — protestierten (verlgeiche Artikel in diesem AK). Die Iranischen Antifaschisten wurden sofort in Einzelhaft genommen.

Nach Aussagen von Bahman Nirumand wurde ihnen sogar das Hinzuziehen eines Rechtsanwaltes verwehrt (der Berliner Rechtsanwalt Kaul hatte sich zur Verteidigung bereit erklärt). Stattdessen wurden die iranischen Genossen in Schnellverfahren von 15 Minuten bis zu einer Stunde abgeurteilt. Die Urteile lagen schon zu Beginn der Verhandlung gedruckt vor („Frankfurter Rundschau", 4.3.78). Anschließend wurden die iranischen Studenten nach Westberlin abgeschoben, verurteilt zu zehn bis zwölf Monaten Haft wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Zum Vergleich sei hier noch einmal angeführt: Als iranische Studenten im Dezember vergangenen Jahres die iranischen Botschaften in Kopenhagen und Rom besetzten, wurden sie ebenfalls verhaftet. In Dänemark wurden sie nach Verurteilung zu je drei Wochen Haft in die Länder abgeschoben, in denen sie studieren, in Rom wurden die Pässe zunächst einbehalten (vgl. AK 121, S. 46).

Eine Reihe von sozialistischen und revisionistischen Parteien Westeuropas protestierten in Telegrammen gegen das Vorgehen der DDR-Regierung (u.a. schickte auch der KB ein Protesttelegramm an das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin/DDR).

Ganz offensichtlich erregte diese Protestaktion der iranischen Studenten nicht nur erhebliche Aufmerksamkeit in verschiedenen westeuropäischen Ländern, deren Presse ebenfalls gern die Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes verschweigt; sie brachte außerdem die DDR-Regierung — erfreulicherweise — in eine arge Zwickmühle. Die DDR-Regierung gibt sich schließlich gern antifaschistisch — leider, wie u.a die Kupferkäufe vom faschistischen Chile bewiesen haben — häufig nur in Worten.

Auch im Fall der Botschaftsbesetzung in Berlin/DDR reagierte das Schah-Regime mit diplomatischer und wirtschaftlicher Erpressung (gegen



Westdeutsche Bullen beim „Aufräumen" vor der Bonner DDR-Vertretung

Dänemark und Italien waren im Dezember Handelsboykotte verhängt worden, die erst aufgehoben wurden, als Regierungsmitglieder beider Länder in den Iran fuhren und vor dem Schah noch einmal ausdrücklich zu Kreuze krochen).

als Regierungsmitglieder beider Länder in den Iran fuhren und vor dem Schah noch einmal ausdrücklich zu Kreuze krochen).

Die iranische Regierung zog ihren Botschafter nebst Botschaftspersonal aus der DDR ab und stornierte — sicher nur recht vorläufig — einen über 600 Mio. DM laufenden Vertrag über die Lieferung von Eisenbahnwaggons in den Iran. Dieses erpresserische Vorgehen der iranischen Regierung — Begründung: Die DDR sei zu lasch mit den iranischen Antifaschisten verfahren — liefert der DDR-Regierung jedoch gleichzeitig einen Vorwand für ihr Vorgehen gegen diesen demokratischen, antifaschistischen Protest, das im Grunde nur der Logik der „guten Beziehungen" mit dem faschistischen Schah-Regime entsprach.

„Freundschaftliche" Beziehungen zwischen der DDR-Regierung und dem faschistischen Schah-Regime

Wie oben schon angedeutet, hat die revisionistische Presse bisher nicht nur konsequent das blutige Vorgehen des faschistischen Schah-Regimes gegen die seit Mitte November stattfindenden Volkskämpfe verschwiegen. Einzig die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" berichtete in zwei Artikeln über den im November verhafteten Schriftsteller Beh-Azin, der der revisionistischen Tudeh-Partei zumindest nahesteht. In diesem Zusammenhang wurden die Unruhen in Teheran erwähnt! („UZ", 8.12. und 19.12.78).

Die gesamte revisionistische Presse geht sogar so weit, in scheinbar „sachlichen" Berichten den aggressiven Charakter des Schah-Regimes sowie seine proimperialistische Politik zu leugnen. Jüngstes Beispiel dafür ist ein in der revisionistischen „Neuen Zeit" (5/78) abgedruckter Artikel. Die „Neue Zeit" (in Moskau in verschiedenen Sprachen gedruckt) gibt den offiziellen Standpunkt der Sowjetunion zur Außenpolitik wieder.

In dem Artikel wird zu Anfang die Nationalisierung der Erdölgesellschaften durch Mossadegh („*Initiator des Kampfes um die nationalen Interessen*") erwähnt. Bruchlos geht es weiter: „*Dann begann der Kampf gegen das Internationale Erölkonsortium, für höhere Abführungen aus dem Absatz des iranischen Brennstoffes in den Fiskus des Besitzerlandes. Mitte der 60er Jahre noch träumte Teheran*

für höhere Abführungen aus dem Absatz des iranischen Brennstoffes in den Fiskus des Besitzerlandes. Mitte der 60er Jahre noch träumte Teheran

von einer Milliarde Dollar im Jahr, kaum zehn Jahre später aber, nach 1973, brachten die Ölsonden dem Land 18 - 20 Mrd. Dollar jährlich ... Diese Flut von Petrodollars setzte die iranische Regierung instand, wirtschaftliche Ziele ins Auge zu fassen, die früher undenkbar waren ..." Im folgenden wird der „wirtschaftliche Fortschritt" des Landes anhand von Industrieansiedlungen „bewiesen".

Dann heißt es weiter: „*Das sowjetische Volk* (!) *empfindet Genugtuung über die wirtschaftlichen Erfolge seines südlichen Nachbarn. Um diese Errungenschaften haben sich auch sowjetische Arbeiter, Techniker und Ingenieure verdient gemacht.*

Seit drei Jahrzehnten entwickelt der Iran seine Wirtschaft planmäßig, wobei der staatliche Sektor den Vorrang hat" (ebenda).

Iran — fast schon auf dem sozialistischen Weg??? Der Artikel verschweigt vollständig den CIA-Putsch 1953 gegen die Mossadegh-Regierung, die damit verbundene erneute Etablierung des faschistischen Schah-Regimes durch die USA, die Unterstellung der iranischen Erdölgesellschaften unter die vollständige Kontrolle amerikanischer Erdölfirmen, die 1954 in einem neuen Konzessionsabkommen mündete, in denen der Iran mit 50 % am Gewinn beteiligt wurde! Stattdessen wird der Eindruck erweckt, als führe das Schah-Regime bruchlos die „nationale" Politik Mossadeghs fort und for allem, als mache das Schah-Regime eine Wirtschaftspolitik im Interesse des iranischen Volkes. Kein Wort von der ständig sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage der iranischen Bevölkerung, von der politischen Unterdrückung ganz zu schweigen!

Besonders übel ist die Darstellung der immensen Aufrüstung des faschistischen Schah-Regimes — an das im übrigen auch die Sowjetunion Rüstungsgüter liefert! „*Die westliche Presse beachtet einen Aspekt der iranischen Politik ganz besonders. Die Rede* (!) *ist von der rasch anwachsenden Militärmacht Irans*"... „Die westliche Presse beachtet ..." Sollte es das bis an die Zähne bewaffnete Schah-Regime vielleicht gar nicht geben? Der Artikal bringt im folgenden selbst die enorme Aufrüstung des Schah-Regimes.

Die damit verbundene Bedrohung gerade fortschrittlicher Länder im Nahen Osten, die in dem Artikel selbst anhand von aggressiven Zitaten aus der iranischen Presse selbst b e l e g t werden, werden aber als „*Phantasien*" der iranischen Presse verniedlicht. „*Kurz, gewisse Presseorgane des Landes ergehen sich in Phantasien, bald wollen sie 'sich verteidigen', bald 'angreifen'.*"

Besonders zynisch wird diese Verharmlosung des aggressiven Charakters des Schah-Regimes, wenn in demselben Artikel einige Zeilen später kommentarlos das massive Eingreifen der iranischen Armee bei dem Versuch, die Befreiungsbewegung in Oman niederzuschlagen, folgendermaßen „dargestellt" wird: „*Aber auch Teheran macht kein Hehl daraus, daß iranische Truppen in Oman stehen und daß Iran Somalia gewisse Rüstungen für Kriegshandlungen gegen Äthiopien zur Verfügung gestellt hat, obwohl dieses bekanntlich weder Frieden noch Stabilität gefährdet.*"

Soweit zur „Darstellung" des faschistischen Schah-Regimes in der revisionistischen Presse.

Nicht unerwähnt bleiben soll die offizielle Einschätzung der Beziehun-

schistischen Schah-Regimes in der revisionistischen Presse.

Nicht unerwähnt bleiben soll die offizielle Einschätzung der Beziehun-

gen zwischen der DDR-Regierung und dem Schah-Regime, wie sie z.B. durch den DDR-Außenminister Fischer bei seinem Besuch im Iran im November letzten Jahres geäußert wurde: „*Unser Meinungsaustausch wird gewiß erneut bestätigen, daß zwischen unseren Staaten in internationalen Grundfragen analoge Auffassungen bestehen. Ebenso sehe ich keinen Grund, der die zügige Ausweitung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen auf bereits beährter Grundlage behindern könnte*" („Neues Deutschland", 11.11.77). Schließlich sei noch aus einem Kommentar im „Neuen Deutschland" (16.11.77) zu den Ergebnissen dieses Besuches zitiert: „*... schließlich sind die DDR und Iran gleicher Auffassung im Hinblick auf die Bedeutung der Abrüstung für die friedliche Zukunft der Völker*".

Abzuwarten bleibt, ob sich die DDR-Regierung beim demnächst anstehenden Schah-Besuch ähnliche Geschmacklosigkeiten einfallen läßt, wie im Sommer letzten Jahres die Regierung der Tschechoslowakei: Dort wurde nämlich dem iranischen Herrscherpaar die Ehrendoktorwürde der Karls-Universität Prag verliehen.

Solidaritätsdemonstration in Bonn

Einen Tag nach der Verhaftung der zwölf iranischen Antifaschisten durch die DDR-Volkspolizei demonstrierten 120 iranische Studenten vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen das Vorgehen der DDR-Behörden gegen die iranischen Antifaschisten, vor allem aber, wie die iranischen Genossen betonten, gegen das „reaktionäre Schah-Regime", das keine freie politische Meinungsäußerung zulasse, 100.000 politische Gefangene eingekerkert und die Unruhen in Täbris faschistisch unterdrückt habe („FR", 1.3.).

Nahost-Kommission

Protestresolution gegen die Verhaftung von 12 iranischen Studenten in Berlin / DDR

Wir protestieren gegen die Verhaftung iranischer Antifaschisten durch DDR-Volkspolizei. Die Besetzung der Botschaft eines faschistischen Landes ist ein von allen fortschrittlichen Kräften international geachtetes Mittel des Protestes. Der Anlaß der Botschaftsbesetzung durch iranische Studenten war die Niedermetzelung von Aufständen des iranischen Volkes in Teheran, Qom und zuletzt in Täbris (seit November 77 mindestens 200 Tote). Angesichts des erneut offenbarten volksfeindlichen Charakters des blutigen Schah-Regimes sind wir über die Behandlung des demokratischen Protestes durch die DDR-Behörden empört.

Sofortige Freilassung der iranischen Antifaschisten!

Kommunistischer Bund

Hamburg, den 28.2.78

Dieser Text wurde als Telegramm an das Ministerium für Staatssicherheit Berlin/DDR geschickt, sowie fortschrittlichen Organisationen und Personen in der BRD zugesandt.

Ali Huber und die 40 Räuber — Zur ‚Entführung des Strauß-Referenten'

Gelinde Aufregung verursachte kürzlich das mysteriöse Verschwinden von Dieter Huber (30), Referent für Auslandsbeziehungen bei der CSU-Landesleitung. Huber war am Montag, 13. Februar, morgens mit seinem Hund „Gassi" gegangen und nicht wiedergekommen. Nur der Hund wurde in Hubers Garage gefunden. Huber hatte als eine Art persönlicher Referent von Strauß u.a. desssen Auslandsreisen vorbereitet, ihn dabei z.T. begleitet, Kontakte zu den „Bruderparteien" im Ausland bearbeitet und sich um ausländische Gäste der CSU gekümmert. Außerdem war er auch in anderen Angelegenheiten Strauß gelegentlich behilflich, so z.B. als Protokollant bei einem Strauß-Interview mit dem „Spiegel" (lt. „Spiegel", 20.2.). Kennengelernt hatte Strauß seinen Gehilfen vor etwa zwei Jahren ausgerechnet in Peking, wo Huber damals Funktionär an der BRD-Botschaft war.

Obwohl Huber also durchaus als Person von politischem Rang gelten kann, wurde sein mysteriöses Verschwinden von Polizei und CSU bemerkenswert lässig aufgenommen. Die Möglichkeit, Huber habe seine Entführung vorgetäuscht, bzw. habe sich aus irgendwelchen persönlichen Gründen dünne gemacht, wurde von Anfang an offen gehandelt. Dies änderte sich auch nicht, als am 14. Februar beim Münchener dpa-Büro ein Brief eintraf, der folgenden Wortlaut hatte: „Wir haben den Auslandsreferenten von Franz-Josef Strauß, Dieter Huber entführt. Jetzt kann Strauß zeigen, wieviel ihm die Freiheit und ein menschliches Leben wert sind".

Unterschrieben mit den Buchstaben KGS, was gleich als „Kommando Günther Sonnenberg" gedeutet wurde, obwohl vielleicht „Kampfgruppe Strauß" näher gelegen hätte. Da der Brief schon um 16.00 Uhr abgestempelt war, das Verschwinden Hubers aber erst gegen 18.00 Uhr öffentlich bekannt geworden war, schloß die Polizei, der Brief stamme zweifelsfrei von den Entführern . . . oder von Huber selbst.

Auffällig ist die geradezu unglaubliche Ruhe, mit der auch nach dem Eintreffen des Briefs der „Entführungsfall" behandelt wurde: Keine Krisenstäbe, keine Panik-Erklärungen im Fernsehen und Rundfunk, keine Fahndung. Offensichtlich glaubte die Polizeiführung nicht an eine Entführung bzw. hatte für ihre Zweifel ganz handfeste Beweise vorliegen.

In der Nacht zum Mittwoch, 15. Februar, meldete sich Huber gegen 1.45 Uhr über Notruf von der Münchner Ost-Autobahn. Seine Version: Er sei von vier bewaffneten Männern entführt worden und in einen Kofferraum gepackt worden. Später habe er noch 7 bis 8 mal, bzw. mindestens viermal, in andere Kofferräume umsteigen müssen. Er habe sich während der ganzen Zeit seiner „Entführung" (ca. 44 Stunden) niemals in einem Zimmer oder einem ähnlichen geschlossenen Raum befunden. Ansonsten stehe er unter Schock und habe große Gedächtnislücken. So konnte er zunächst auch nicht sagen, wie er schließlich freigekommen sei – ob man ihn freigelassen habe oder ob er geflüchtet sei (Pressemeldungen vom 16.2.). Die CDU-nahe „FAZ" wußte zu berichten, daß selbst die CDU-Landesleitung dieser Version mit „Skepsis" gegenüberstehe (16.2.). Die „Hamburger Morgenpost" (SPD-nah) schrieb: *„Die Polizei zweifelt inzwischen an einer Entführung. Ein Münchner Kripo-Mann: 'Wenn das eine Entführung ist, gehe ich in Pension!'"* (16.2.). Sogar Springers „Welt" spekulierte, Huber sei möglicherweise *„durchgedreht und (habe) die Entführung selbst inszeniert"* (16.2.).

Am 17. Februar konnte die Presse melden, daß Huber sich nun schon etwas besser erinnern könne: Er könne sich jetzt erinnern, daß er geflüchtet sei, und zwar sei er aus dem fahrenden Wagen gesprungen, als sein Bewacher gerade in einem Buch las und nicht aufpaßte. Huber gab auch eine detaillierte Beschreibung dieses Mannes, mit dem es noch ein Handgemenge gegeben habe......

Das ganze war so ungewöhnlich glaubwürdig, daß selbst Springers „Bild", für ihren ganz heißen Draht zu F.-J. Strauß bestens bekannt, höhnte: **„Die Erzählungen des angeblich entführten CSU-Referenten Huber werden immer bunter"** (17.2.). „Bild wies auch auf die Schwachpunkte der Huber-Story besonders hin: *„Die Ärzte konnten weder Frostbeulen von seiner angeblichen Gefangenschaft in sechs verschiedenen Kofferräumen (auch nachts) noch Verletzungen feststellen"* (17.2.). *„An seiner Kleidung waren weder Öl, noch Schmutzspuren vom Kofferraum"* (16.2.). Und auch die „Welt" meldete: *„Weder am Auffindungsort an der Ostumgehung der Münchner Autobahn noch an Hubers Kleidung wurden Spuren gefunden, die die Erzählungen des CSU-Referenten stützen"*.

Dann aber trat – vielleicht nicht so ganz überraschend? – das ein, was Springers „Hamburger Abendblatt" am 22. Februar als **„sensationelle Wende"** des Falls bezeichnete: Am 21. Februar meldete die Bürgerliche Presse, die CSU „glaube" ihrem Huber, und der zunächst „Beurlaubte" werde in allernächster Zeit seine Arbeit in der CSU-Landesleitung wieder aufnehmen. Und am 22. Februar war die ganz neue Version draußen: Huber sei wahrscheinlich von *„Nahost-Agenten"* („Welt", 22.2.) bzw. einem *„nahöstlichen Geheimdienst"* („Hamburger Abendblatt", 22.2.) entführt worden. Die Polizei zog sofort nach: Am 23. Februar konnte man lesen, daß numehr das Münchner Polizeipräsidium 5.000 Mark für „sachdienliche Hinweise...." ausgesetzt habe („Welt", 23.2.), was bis dahin mit Hinweis auf die Undurchsichtigkeit des Falles abgelehnt worden war (lt. „Tagesspiegel", Westberlin, 18.2.).

Die Idee mit dem „nahöstlichen Geheimdienst" bezog sich auf angebliche Gespräche Hubers mit seinen Entführern (im Koferraum??) die dabei u.a. alles über ein Gespräch Sadat-Strauß wissen wollten, die sich nach den Vorkehrungen gegen eine Entführung Strauß' erkundigt hatten etc. Die Erinnerung an diese Gespräche war dem Huber ganz plötzlich wieder gekommen. . .

Die Springer-Presse wußte zu berichten, daß bei diesen „Rückerinnerungen" Hubers die sprichwörtliche weibliche Klugheit im Spiel gewesen war: Strauß-Gattin Marianne hatte dem Huber auf die Sprünge geholfen („Welt" u. „Hamburger Abendblatt", 22.2.). Huber, der angeblich bei seinem Wiederauftauchen so schlimm unter Schock stand, daß die Polizei ihn auf ärztliche Anordnung gar nicht richtig vernehmen durfte (siehe z.B. „FAZ" vom 16.2.), hatte sich bereits einen Tag später *„von seinem schweren Schock erholt"* und wurde am 16. Februar aus dem Krankenhaus entlassen („Welt", 17.2.). Die CSU schaffte ihn sofort *„an einen nicht genannten Ort"* („Tagesspiegel", 17.2.) wo sich Marianne Strauß (und F.-J. gar nicht?) der Sache annahm: **„Sie befaßte sich intensiv mit dem Entführungsfall und führte mehrere Gespräche mit Huber und dessen Frau Britt ..."** („Hamb. Abendblatt", 22.2.). Immerhin befaßte man sich so 4 bis 5 Tage, bevor die neue Version reif für die Veröffentlichung war.

Es wäre gewiß ganz bösartig, wenn man unterstellen würde, daß bei diesen Gesprächen (und F.-J. war wirklich nicht dabei?!...) ausgeheckt wurde, mit welchen neuen „Erinnerungen" und welcher Endversion man sich am besten aus der Affaire ziehen könnte, in die die CSU und ihr als grundehrliche Haut bekannter Vorsitzender durch Hubers mysteriöse „Entführung" geraten waren.

Die bürgerliche Presse freilich hatte einige Spekulationen angestellt, welche Motive Huber vielleicht für die Vortäuschung einer Entführung hätte haben können:

- Es könne sich um ein „Familiendrama" handeln, da Huber „erhebliche Spannungen" mit seiner „attraktiven" Frau gehabt habe.
- Huber sei möglicherweise derjenige gewesen, der Telefongespräche von Strauß abgehört und das Protokoll der „Süddeutschen Zeitung" zugespielt habe („Hamb. Morgenpost", 15.2.).

Möglich wäre ja auch, daß Huber es jenem anderen Strauß-Fan, Berthold Rubin, nachtuen wollte, der vor ein paar Jahren seine „Entführung" arrangierte, um damit die CDU bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zu unterstützen? Rubin gehörte damals zu den Initiatoren des bundesweiten „Freundeskreis der CSU". Einer seiner Helfer bei der „Entführung" war der Nazi-Schläger Jürgen Rieger, damals auch führend im „Freundeskreis der CSU" aktiv, heute als Rechtsanwalt in Hamburg zugelassen. Vielleicht wollte Huber in ähnlicher Weise seinem Chef einen kleinen Gefallen tun, gerade rechtzeitig zur anstehenden „Terrorismus-Debatte" im Bundestag, die mit der Abstimmung über das neue „Razziengesetz" am 16. Februar ihren Höhepunkt fand? ...

Und wem das alles nicht einleuchtet – hier ist noch die vaterländische Version: Huber wurde vom sowjetischen Geheimdienst KGB entführt, um den Verdacht auf den chinesischen Geheimdienst zu lenken und so die Einheit zwischen 2. und 3. Welt empfindlich zu stören.



Der „entführte" Huber und sein Arbeitgeber

Quecksilber

Im Schweigen der bürgerlichen Presse endete eine Affäre, die mit viel Lärm begonnen hatte: *»Großalarm in Deutschland — Terroristen vergiften Apfelsinen«* („Bild", 2.2.78). Quecksilber war in Orangen aus Israel entdeckt worden. Das k o n n t e n nur die Palästinenser gewesen sein. Wer daran zweifelte, disqualifizierte sich von vornherein zumindest als »Sympathisant«. Zwar fand sich Quecksilber auch in Orangen aus Marokko und Spanien, aber dazu fand die „Süddeutsche" den passenden Kommentar: *»Vergiftete Orangen auch aus Spanien und Marokko sind widersinnig, aber denkbar in einer Auseinandersetzung ohne Logik ist natürlich alles«* (4.2.78). Das ist natürlich so sonnenklar, daß man nur drauf zu kommen braucht: Logisch denken konnten diese Araber ja noch nie, das weiß man doch spätestens seit der Ölkrise ! . . .

Rundfunk-Meldungen und Fernseh-Warnungen sorgten für die Entfachung einer Massenhysterie. Die »Jaffas« blieben in den Kaufhäusern und Supermärkten liegen, und clevere Kapitalisten beschilderten ihre Orangen mit dem Hinweis »Keine Jaffas!«. Der finanzielle Verlust wird freilich für die israelische Wirtschaft erträglich sein, gemessen am unzweifelhaften p o l i t i s c h e n Erfolg dieser Kampagne.

„Bild" sorgte mit Schlagzeilen (*»Die ersten deutschen Kinder vergiftet?«*) und nicht weniger giftigen Kommentaren (*»Das Gift der Palästinenser«*) für die Vertiefung der Kampagne. Kinder ist immer ein schönes Thema: wer Kinder vergiftet, ist ein ganz besonderes Schwein. Etwas anderes ist es selbstverständlich, wenn Israels Luftwaffe z.B. ein paar Dutzend palästinensische Kinder in den Flüchtlingslagern bei einem »Vergeltungsangriff« zerfetzt. Das ist gerechtfertigt, und jedes palästinensische Kind ist ja eh ein heranwachsender Giftmischer. Die „Bild"-Schreiber denken sich schon etwas dabei, wenn sie vom *»Gift d e r Palästinenser«* schreiben (2.2.78), als wäre hier ein ganzes Volk am Hantieren mit dem Quecksilber und wenn sie entschieden gegen *»Selbstbestimmung für Mörder an Israels Grenzen«* Stellung nehmen (21.2.78), als seien hier so ca. 2—3 Millionen Mörder am Werk, ein ganzes Mörder v o l k sozusagen.

> **Das Gift der Palästinenser**
>
> **Sie haben schon Bomben geworfen, Flugzeuge entführt, Schulkinder erschossen. Und das alles — so wollten sie es der Welt einreden —, um auf die „gerechte" Sache der Palästinenser aufmerksam zu machen.**
>
> Jetzt, wo der Nahe Osten endlich an Frieden denkt, vergiften sie Apfelsinen!
>
> Heimtückischer geht es nicht.
>
> Was haben Kinder, seien es nun israelische, deutsche oder holländische, die fröhlich eine Apfelsine essen, mit dem Kampf der Palästinenser zu tun?
>
> **Wer Gift sät, kann nur Haß ernten und Verachtung.** Bericht Seiten 1 und 6
>
> **Völker-Hetze im Nazi-Stil. Kommentar aus „Bild", 2.2.78**

Die bürgerliche Presse hat ihr Handwerk gelernt. Wo? Bei Goebbels, Streicher („Der Stürmer") und anderen Experten für die Schaffung einer Vernichtungsstimmung gegen ein ganzes Volk. Gelernt auch aus der jahrhundertelangen Geschichte des Antisemitismus und seiner Lügen. Schon im Mittelalter wurden Massenmord-Aktionen an der jüdischen Bevölkerung gern mit der Behauptung eingeleitet, die Juden hätten Gift in die Brunnen gestreut, hätten systematisch ansteckende Krankheiten verbreitet usw. Heute sind's keine Brunnen mehr, sondern Quecksilber in Apelsinen, aber die M e t h o d e, die dahinter steht, hat sich kein Stück geändert. Spekuliert wird darauf, daß der Vorwurf der Vergiftung von Lebensmitteln heute noch ebenso wie im 13. Jahrhundert besonders gut geeignet ist, Haßgefühle gegen ein fremdes V o l k zu entfachen, das man natürlich i n s g e s a m t der ruchlosen Tat beschuldigen muß.

Daß hier geifernde Hetze betrieben wurde und nicht etwa echte Besorgnis im Hintergrund stand, geht schon daraus hervor, daß kein einziger (!!) Vergiftungsfall auftrat und man überdies schon sehr schnell wußte, daß keineswegs nur israelische Orangen von der rätselhaften Erscheinung betroffen waren. Kaum Zugang in die bürgerliche Presse fand allerdings eine Meldung der Nachrichtenagenturen Frankreichs und Italiens, AFP und ANSA: Das Quecksilber sei vermutlich beim Kontakt mit chemischen Produkten bei der Ernte oder auf dem Transport in die Früchte gelangt, also durch eine der im kapitalistischen Geschäft durchaus üblichen Leichtfertigkeiten, aber keineswegs durch einen politischen Anschlag („UZ", 15.2.78).

ARBEITERKAMPF gegen Deutschland-Stiftung

Hat Ziesel gelogen?

Am 20.1.1978 fällte das Landgericht München I auf Antrag von Kurt Ziesel, Geschäftsführer der Deutschlandstiftung (CDU/CSU-nah), das folgende Urteil gegen den ARBEITERKAMPF : *„Den Verfügungsbeklagten* (ARBEITERKAMPF – Anm. AK) *wird verboten, die Behauptung, daß der Verfügungskläger* (Ziesel – Anm AK) *Gründungsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP) gewesen ist, in Verbindung mit der Behauptung aufzustellen und zu verbinden ‚Mitbegründer der GfP sind u.a. Erich Kern(mayr), freigelassener NS-Massenmörder und langjähriger Sprecher der HIAG' "*. Bei Zuwiderhandlung, d.h. bei Wiederholung der Behauptung, wird dem AK ein „Ordnungsgeld" bis zu 500.000 DM angedroht.

Das Gericht sah den Antrag Ziesels als begründet an: *„Die Behauptung (...) stellt eine ehrenrührige Behauptung dar, da in der Öffentlichkeit die politische Zusammenarbeit mit solchen Personen als verwerflich und negativ eingestuft wird, daher (...) geeignet ist, seine Ehre als Journalist und Publizist zu beeinträchtigen"*.

Bei seinem Urteil stützte sich das Gericht lediglich auf eine Eidesstattliche Erklärung Ziesels, in der Ziesel behauptete: **„Die Behauptung, daß ich gemeinsam mit Erich Kernmayr Gründungsmitglied der ‚Gesellschaft für Publizistik' bin, die als Ableger des ‚Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes' bezeichnet wird, ist in wesentlichen Punkten falsch oder halbwahr.**

Ich habe gemeinsam mit dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Bayrischen Zeitungsverleger-Verbandes Fritz Schneider, die ‚Gesellschaft für Publizistik' gegründet ... Erich Kernmayr war niemals Gründungsmitglied der ‚Gesellschaft für freie Publizistik' ".

Das muß ja nun so sein, denn Ziesel hat's beeidet und uns ist bei bis zu 500.000 Mark verboten, etwas Gegenteiliges zu behaupten. So waren wir etwas ratlos, als uns ein wachsamer Antifaschist eine Ausgabe des GfP-Organs „Das Freie Forum" vom Januar 1969 zuschickte, in dem Erich Kernmayr als Gründungsmitglied der GfP erwähnt wird. Nun, wir drucken das ab. Behaupten wollen wir damit selbstverständlich bis zum Gerichtsentscheid über unseren Widerspruch gegen Ziesel rein gar nichts! Denn es könnte ja auch ein Irrtum der GfP sein. Andernfalls müßte man doch glatt annehmen, daß Ziesel sich einen Meineid geleistet hat. Und das könnte ins Auge gehen, denn im Strafgesetzbuch findet sich der § 156: **„Falsche Versicherung an Eides Statt. Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft"** .

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

> **DAS FREIE FORUM**
>
> Y 20566 E
>
> **INFORMATIONSDIENST**
>
> **MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V.**
>
> AUSGABE 1 — Januar 1969
>
> **Die Gesellschaft für freie Publizistik**
>
> Da neue Leser des „Freien Forums" öfter nach Werden und Wesen der Gesellschaft für freie Publizistik e. V. fragen, sei nachstehend kurz hierüber einiges gesagt:
>
> Zu Pfingsten 1960 trafen sich in Neustadt an der Weinstraße Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler sowie einige Freunde einer echten Meinungs-Freiheit und -Wahrhaftigkeit, die nicht publizistischen Berufen angehörten, und beschlossen, eine Gesellschaft für freie Publizistik zu gründen. Der Beschluß wurde bei der Buchmesse 1960 in Frankfurt am Main ausgeführt. Unter den Gründungsmitgliedern waren Dr. Walther Jantzen, Verleger Fritz Schneider, Ministerialdirigent a. D. Peter Kleist, Heinrich Härtle, Helmut Sündermann, Dr. Herbert Böhme, Erich Kernmayr, Verleger Kurt Vowinckel, Dr. Holle Grimm und Verleger Otto Spatz; Mitglieder wurden u. a. Dr. Dr. h. c. E. G. Kolbenheyer, Prof. J. O. Plassmann, Prof. Paul Rassinier, Monsignore Dr. h. c. Reichenberger, Heinz Steguweit, Will Vesper, Dr. Emil Franzel, Dr. jur. Aschenauer, Bruno Brehm, General W. Charles de Beaulieu, Prof. Dr. Cysarz, F. E. v. Cube, Prof. Drechsel, R. W. Eichler, Ion Valeriu Emilian, Dr. Hans W. Hagen, Bernt von Heiseler, Hans Heyck, Prof. Dr. Robert König, General Leeb, Reichsbankpräsident a. D. Dr. Hjalmar Schacht, Otto Schmidt/Hannover, Frederick John Veale, Prof. D. Hoggan.

GSG 9 bildet süd-afrikanische Faschisten aus

Der Apartheidsgegner Wolf Geisler hat jüngst neue Fakten über die militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und der faschistischen RSA enthüllt (Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/78). Unter anderem gelang es ihm zu beweisen, daß der Chef des südafrikanischen Geheimdienstes Boss, Van den Bergh, im Frühjahr 1974 und 75 in Hangelar bei der Abteilung GSG 9 des Bundesgrenzschutzes war, *»um sich über den Ausbildungsstand von Mitgliedern südafrikanischer Sondereinheiten zu informieren, die innerhalb der GSG 9 ausgebildet wurden. 1973 hatten 23 südafrikanische Militärs ihre Ausbildung in Hangelar ,mit Erfolg' abgeschlossen und bekamen in Gegenwart von Militärattache Hamman ihre Bescheinigungen darüber ausgehändigt. Oberstleutnant Ulrich Wegener, Kommandeur der GSG 9, überzeugte sich durch Besuche in Südafrika 1974 und 1975 von den Fähigkeiten der von ihm angeleiteten Südafrikaner«*(ebenda).

Zur engen Zusammenarbeit der Geheimdienste der BRD und der RSA ist das Zitat van den Berghs nach dem Besuch des RSA-Ministerpräsidenten Vorster in der BRD kennzeichnend; das im südafrikanischen »Transvaaler« erschien: *»...General van den Bergh sagt, in seinen Verhandlungen mit der Polizei in Deutschland wurde deutlich, daß es sich in der Tat um die Zusammenarbeit zwischen identisch orientierten Diensten mit gleicher Zielsetzung, Aufgaben und Pflichten handelte«*(ebenda). Diese Harmonie zwischen der »demokratischen« BRD und der faschistischen RSA schlug sich in zahlreichen Besuchen hoher Generäle beider Seiten nieder:

»Van den Bergh besucht jährlich die Bundesrepublik. Ebenso besuchte der Chef des (südafrikanischen) *militärischen Abschirmdienstes, General H. d. V. du Toit regelmäßig - drei- bis viermal jährlich - seinen Kollegen Scherer vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) in Köln, mit dem er sich auch duzte«* (ebenda).

Gegenwärtig prüft das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln für die südafrikanische Regierung Personen, wie z.B. Einreise- oder Einwanderungswillige. Einmal wöchentlich fährt der BOSS-Agent Buitendag beim BfV vor und trägt dort seine »Wünsche« vor. Ranghöchster BOSS-Agent ist Dr. Gruber, der mehr als einmal als »Journalist« bei Höfers Frühschoppen vertreten war. Gruber traf u.a. mit dem jetzigen SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr 1970 und 1974 in Düsseldorf zusammen.

traf u.a. mit dem jetzigen SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr 1970 und 1974 in Düsseldorf zusammen.

»Ebenfalls als Agent Pretorias fungiert von der Ripp, Angestellter der ,Stiftung Wissenschaft und Politik', Ebersbach« (ebenda). Diese untersteht dem Bundeskanzleramt, der Schalt- und Befehlsstelle aller BRD-Geheimdienste und wird von verschiedenen Bundesministerien finanziert.

Enge Verbindungen gibt es auch zum BND. Der ehemalige Auswertungschef General a.D. Pilster schreibt Apartheid-freundliche Artikel in der offiziösen »Wehrkunde« (3/76) und hält bei der Bundeswehr entsprechende Vorträge.

Auch der jetzige Chef des BfV, Meyer, hat seine Freunde unter Vertretern des südafrikanischen Rassistenregimes. Er duzt sich mit dem ehemaligen südafrikanischen Militärattache Hamann und traf verschiedentlich mit RSA-Offiziellen zusammen.

Ähnliches gilt für die BRD-Generale Ferber, Wust, Schnell, Schneider, Däumler, Trettner, Grüner, Rall, de Maiziere und Kielmannsegg. Einige von ihnen haben die RSA sogar bereist.

Aufschlußreich ist auch die Teilnahme von faschistischen Offizieren aus der RSA und Rhodesien an Manövern der Bundeswehr, so geschehen im Oktober 1975 beim Manöver »Weiße Birke« bei Bremen.

Abschließend sei noch erwähnt, daß 1969 zehn südafrikanische Soldaten an einem Ausbildungslehrgang in der Fallschirmspringerschule der Bundeswehr im Schongau teilgenommen haben. Bundeswehr-Ausbilder sind zumindest 1974 und 1975 auf dem Panzerübungsgelände im südafrikanischen Transvaal als Ausbilder tätig gewesen.

„Angesichts all dieser Kontakte und Unterstützungsmaßnahmen ist die Angabe, die Bundesregierung habe 1961 mit der südafrikanischen Regierung ein geheimes Militärabkommen abgeschlossen glaubwürdig" (ebenda).

Afrika-Kommission

Zimbabwe „Interne Lösung" perfekt — die Zeichen stehen auf Krieg

Am 3. März 1978 wurde in Salisbury, der Hauptstadt des rhodesischem Rassistenregimes, zwischen Smith auf der einen und den Schwarzen Sithole, Muzorewa und Chirau auf der anderen Seite die „interne Lösung" perfekt gemacht. Dieses Abkommen zwischen weißen Faschisten und schwarzen Marionetten soll ab 1.1. 79 der Weltöffentlichkeit eine sogenannte schwarze Mehrheitsregierung für Zimbabwe vorspiegeln.

Bis dahin wird eine „Übergangsregierung" die Weichen für ein kapitalistisches und offen aggressives Zimbabwe zu stellen versuchen: im Krieg gegen die Befreiungskämpfer der Patriotischen Front.

Mit der „internen Lösung" hat der Imperialismus endgültig und deutlich sichtbar die Weichen auf Krieg und Intervention im südlichen Afrika gestellt. Unmittelbar bedroht von dieser Entwicklung ist der gesamte Befreiungskampf im südlichen Afrika, dort wo noch gegen Rassismus und Faschismus gekämpft wird und dort, wo bereits eine antiimperialistische gesellschaftliche Entwicklung eingeleitet werden konnte: in Mosambik und Angola

Wenn heute die Befreiungskämpfer vom Imperialismus und seinen weißen und schwarzen Statthaltern in Rhodesien in provokativer Weise aufgefordert werden, sich an die „interne Lösung" anzuhängen, so ist das angesichts der klar vorhersehbaren Ablehnung nur Vorbereitung und Legitimation für die Entfesselung eines mörderischen Krieges.

Die nach dem bürgerlichen Völkerrecht verantwortliche Kolonialmacht Großbritannien hatte in den letzten Wochen immer unverhohlener ihre Zustimmung zur „internen Lösung" bekundet. Außenminister Owen sprach von einem *„bedeutungsvollen Schritt in Richtung einer Mehrheitsregierung"* („NZZ", 20.2. 78), er hielt ständigen Kontakt mit Muzorewa und Sithole (letzterer holte sich in der Vorwoche die letzten Instruktionen aus London) und äusserte nach der Unterzeichnung: Wenn die Patriotische Front der internen Lösung" nicht zustimmt, *„sei das ihre Sache, dies könne aber kaum Anlaß für Großbritannien sein, seine Unterstützung für das Abkommen zurückzuhalten, sofern freie Wahlen (?!) abgehalten werden würden"* („The Times", „TT", 4.3. 78).

Insbesondere appellierte Owen an die schwarzen Marionetten, den Rassisten eine „Amnestie" zu gewähren, *„es dürfe nach einer Unabhängigkeit unter einer schwarzen Mehrheitsregierung auf keinen Fall zu einer ,Abrechnung' kommen"* („SZ", 24.2. 78). Diese „Gefahr" besteht gegenwärtig wohl kaum ! ...

Der US-Imperialismus, vermittels des farbigen Sonderbotschafters Young bemüht, sich in Afrika liberal aufzuschminken, steht der „internen Lösung" ebenfalls *„nicht feindlich"* gegenüber („Newsweek", 27.2. 78), wie es im diplomatischen Jargon heißt. Deutlicher noch formulierte es ein Sprecher des US-Außenministeriums, die „interne Lösung" sei ein *„entscheidender Schritt hin zur Überwindung der weißen Vorherrschaft"* („International Herald Tri-

ein „entscheidender Schritt hin zur Überwindung der weißen Vorherrschaft" („International Herald Tri-

bune", ,IHT", 25.2. 78). Young ließ gleichzeitig „warnend" vernehmen, das Abkommen zwischen Smith und den Marionetten *„könne zu einem ähnlichen Bürgerkrieg führen wie in Angola"* („Guardian", 16.2. 78).

Er hat dabei natürlich „vergessen", daß die gegenwärtige Situation Resultat der langfristigen Strategie des US-Imperialismus im südlichen Afrika ist. Der berüchtigte „Kissinger-Plan" von 1976 war der Ausgangspunkt, er wurde von den fortschrittlichen Elementen innerhalb des Lagers der Nationalisten abgelehnt.

Er sah u.a. eine gemischtrassige „Übergangsregierung" vor, die zum Stop des Befreiungskampfes führen sollte und den Rassissten in allen Fragen ein Vetorecht und die Herrschaft über Armee und Justiz garantierte (vergl. AK 90/1976, S. 26). (Die gegenwärtig ausgehandelte „Lösung" folgt den Grundgedanken dieses Plans!).

Durch die sich anschließende Genfer Konferenz im Oktober 1976 gelang es den Imperialisten, die durch die Entwicklung des Befreiungskampfes bereits ins Abseits gedrängten „traditionellen Führer" wie Sithole und Muzorewa (z.T. galt dies auch für Nkomo) wieder ins Geschäft zu bringen. Natürlich mußte auch diese Konferenz scheitern, weil die US- und englischen Vorschläge für die ZANU und die ZIPA nicht zu akzeptieren waren und die Opportunisten zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht mit Smith handelseinig werden konnten.

Der Imperialismus hat Smith weiterhin direkt und über den Umweg RSA unterstützt, denn nur ein relative stabiles Rassistenregime konnte sowohl dem Befreiungskampf mittelfristig die Stirn bieten und zugleich den zukünftigen schwarzen Marionetten ein attraktives Geschäft vorschlagen. Um die nach wie vor ungebrochene imperialistische Stützung Smiths zu verschleiern, wurden insbesondere der Patriotischen Front von Zimbabwe neue Verhandlungsvorschläge (anglo-amerikanischer Plan) unterbreitet, o h n e das je das Quantum an politischem und wirtschaftlichem Druck auf Smith ausgeübt worden wäre, das zur Realisierung selbst dieser Pläne notwendig gewesen wäre.

Zugleich konnten „gemäßigte" Frontstaaten für eine Verhandlungslösung erwärmt werden. Diese Spaltung und Desorientierung hat Smith den Rücken freigemacht für die „interne Lösung", die ihm nach den phantasievollen Schilderungen der imperialistischen Propaganda regelrecht „abgetrotzt" wurde. So entsteht das Bild eines sympathisch kompromißbereiten Siedlerchefs, der mit „gemäßigten" Nationalisten einig wird, die von „radikalen Guerillaführern" „wütend" als „Marionetten" beschimpft werden (vergl. den Kommentar der „Frankfurter Rundschau" v. 4.3. 78, S. 3).

Das Abkommen

Gleich die ersten Sätze des Abkommens geben der Hoffnung Ausdruck, daß mit dieser Vereinbarung die internationalen Sanktionen gegen das Smith-Regime hinfällig werden. Entsprechende Forderungen wurden auch von der englischen Konservativen Partei bekannt („Guardian", 4.3. 78), die die interne Lösung vorbehaltlos befürwortet. Obwohl die

ven Partei bekannt („Guardian", 4.3. 78), die die interne Lösung vorbehaltlos befürwortet. Obwohl die

Sanktionen der Vereinten Nationen gegen das Smith-Regime nicht übermäßig verfangen haben dürften, hat der Befreiungskampf in den letzen Jahren der rhodesischen Wirtschaft einigen Schaden zugefügt. Seit drei Jahren fällt das Bruttosozialrodukt, im letzten Jahr um 7%, verbunden mit einer Rekordzahl von Bankrotten. Nun erhoffen sich Smith und seine Marionetten eine internationale imperialistische Wirtschafthilfe, wie sie bereits der Kissinger-Plan vorgesehen hatte.

Wie nicht anders zu erwarten, ist die „interne Lösung" eine langfristige Festschreibung der Vormachtstellung der weißen Rassisten, die die fortgesetzte Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe durch einen makabren „Wahl"vorgang kaschieren soll:

Zum 31.12. 78 sollen Wahlen zu einem neuen 100-sitzigen „Parlament" stattfinden, in dem den Faschisten eine Sperrminorität von 28 Sitzen auf mindestens zehn Jahre garantiert ist.

Garantiert ist ihnen der Schutz vor Enteignungen, sofern nicht augenblicklich eine Entschädigung gezahlt wird. Die weißen Rassisten werden ihr geraubtes Land und ihre durch brutalste Unterdrückung gescheffelten Reichtümer behalten dürfen.

Alle Pensionsansprüche bleiben erhalten (was nur für die Weißen von Interesse ist), sie werden auch ins Ausland (!) überwiesen.

Die gesamte Verwaltung soll durch eine „unabhängige" Behörde kontrolliert werden, die für Einstellungen und Entlassungen verantwortlich ist. „Geschützt" wird die „Unabhängigkeit" und „Qualifikation" der Richter und der gesamten Justiz. Der Staatsapparat wird also in seiner bisherigen repressiven Struktur weiterbestehen und die Herrschaft der Weißen über dieses Instrument weiterhin ermöglichen.

Die Funktionen der „Übergangsregierung" sollen sein: Ausarbeitung einer Verfassung, Herbeiführung eines Waffenstillstands, Bildung der zukünftigen Armee, die auch aus denen bestehen soll, die jetzt nach Rhodesien zurückkehren und bei den Streitkräften eine „Karriere" machen wollen (!).

Es kann als sicher gelten, daß die bisherige Struktur der Rassistenarmee aufrechterhalten bleibt, denn Smith und seine Marionetten sitzen heute „in einem Boot' und letztere hätten mangels bewaffneter Kämpfer kaum Möglichkeiten, Posten in der Rassistenarmee durch eigene Leute zu ersetzen. „Die Übergangsregierung" soll ferner Gefangene freilassen (welche Kriterien?) und politische Prozeße und Urteile „überprüfen" und so schnell wie möglich „freie Wahlen" einleiten.

Die Übergangsregierung besteht aus einem Exekutivausschuß aus Smith (weiterhin Premierminister) aus Sithole, Muzorewa und dem Häuptlingsführer Chirau, alle Beschlüsse müssen e i n s t i m m i g gefaßt werden (Vetorecht für Smith!). Diesem Ausschuß untergeordnet ist der Ministerrat. Jeder Ministerposten wird zugleich von einem weißen und einem schwarzen Minister verwaltet, sie sollen sich die Verantwortung teilen. Entscheidungen des Ministerrats können durch den Exekutivausschuß aufgehoben werden. Der Ministerrat soll die laufenden Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte führen und die Wahlen vorbereiten. Mit dieser Konstruktion hat sich das faschistische



Muzorewa, Chirau und Smith „ Ein Sieg der Gemäßigten"

Siedlerregime eine optimale Einfluß- sigen Übergangsrats bereit gewesen.
Muzorewa, Chirau und Smith „ Ein Sieg der Gemäßigten"

Siedlerregime eine optimale Einflußmöglichkeit gesichtert, es gibt de facto keinen Bereich, in dem es „übergangen" werden oder Entscheidungen gegen seinen Willen fallen könnten!

Kriegsdrohungen

Die Tinte unter dem Abkommen war kaum trocken, als Smith die „Patriotische Front" aufforderte, dem *„Terrorismus abzuschwören"* und sich der gefundenen „Lösung" anzuschließen. Wenn die Befreiungskämpfer nicht aufgeben, wird „Rhodesien" gegen sie kämpfen: *„Sie werden gegen die Mehrheitsregierung in diesem Lande kämpfen und ich glaube, sie bekommen weder von den weißen noch von den Schwarzen Rhodesiern Unterstützung"* („Guardian", 4.3.78).

Seine Marionetten erhielten ein dickes Lob: *„ein Sieg der Mäßigung"*, sie hätten *„ außerordentliche Geduld"* gezeigt („Guardian", 16.2. 78).

Nur 2 Wochen vor Unterzeichnung des Abkommens hatten die faschistischen Truppen wieder mosambikanisches Territorium überfallen („NZZ", 22.2.78)!...

In die rhodesischen Kriegsdrohungen stimmten Sithole und Muzorewa voll mit ein. Sithole: *„die echten Guerrilleros, die keine Terrorakte verüben"* würden nach der Unterzeichnung die Waffen niederlegen. Gegen die Patriotische Front, die ihre *„terroristischen Angriffe"* gegen Zivilisten richte, *„werde man mit aller Härte vorgehen"* („Welt", 17.2.).

Muzorewa seinerseits forderte „Schwarze und Weiße müssen bereit sein, für die neue Regierung zu sterben" („TT", 20.2.). Das Land hätte nun eine Situation erreicht, wo man Schulter an Schulter stehen müsse *„um gegen alle Feinde von Zimbabwe zu kämpfen"* (ebenda). Und gemünzt auf die Patriotische Front: „einige würden gegen den neuen Staat nur deswegen opponieren, weil ihre Freunde, Cousins, Rasse oder Stamm oder weil sie selbst nicht die Macht bekommen haben (ebenda). Das sind die typischen politischen Kategorien eines Kompradors.

Der Kampf geht weiter

Die „Patriotische Front" hat die „interne Lösung" natürlich scharf abgelehnt. In einer Presseerklärung der ZANU vom 16.2.78 heißt es dazu: *„Eine vollständige und wörtliche Aufzeichnung des Protokolls der sogenannten Konferenz über die ,interne Lösung', die in unseren Besitz gelangt ist, zeigt, daß das ,Abkommen' im Prinzip ein verräterischer Vergleich über den Ausverkauf des Geburtsrechts des afrikanischen Volkes ist ... Wir sind überzeugt, daß das sogenannte ,Abkommen' ein verschwörerischer Schwindel zwischen der Viererbande* (Smith, Sithole, Muzorewa, Chirau – AK-Red.) *und den Interessen der britischen und internationalen Imperialisten ist .... Die Patriotische Front wird den bewaffnteten Kampf verstärken bis zum Sieg. Die Viererbande wird zerschmettert werden. Es kann keine Kompromisse geben"* (nach „KVZ", 20.2.). Die geplanten Wahllokale wurden von der Patriotischen Front zu militärischen Zielen erklärt („SZ", 18.2.).

Gleichzeitig warf Nkomo den USA und Großbritannien vor, bei den Gesprächen in Malta *„ nicht ehrlich"* gewesen zu sein (siehe AK 122). In Malta war die PF zu gewissen Konzessionen hinsichtlich eines gemischtrassigen Übergangsrats bereit gewesen. Rbert Mugabe, Präsident der ZANU führte sogar als eine der Voraussetzungen für Verhandlungen an: *„Sie müssen sich auf die positiven Aspekte der anglo-amerikanischen Vorschläge gründen"* (nach „KVZ", 20.2.). Trotz der imperialistisch favorisierten „internen Lösung" scheint die PF gegenwärtig weiter verhandeln zu wollen und anerkennt mittlerweile „positive Aspekte" der imperialistischen Pläne, während in den Vormonaten eine Ablehnung dieser Pläne die bestimmende Linie gewesen war. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Frontstaaten wie Botswana, Tansania und Sambia den anglo-amerikanischen Plänen freundlich gegenüberstehen, womit auf die PF ein nicht unerheblicher Druck ausgeübt wird.

Inzwischen steht aber nicht mehr die Scheinalternative „anglo-amerikanischer Plan" auf der Tagesordnung, sondern die Versuche des Imperialismus, die PF – oder zumindest Teile von ihr – in die neokoloniale „interne Lösung" zu integrieren bzw. bei einem Mißlingen den Krieg um Zimbabwe zu intensivieren. Der englische Außenminister Owen versucht mit dieser Absicht gegenwärtig ein Treffen zwischen Muzorewa, Sithole und der PF in New York bei den Vereinten Nationen zu arrangieren. Für die Revolutionäre in der Patriotischen Front können diese Manöver nur Aufforderungen sein, den bewaffneten Kampf gegen Smith und seine schwarzen Marionetten militärisch und propagandistisch verstärkt in den Vordergrund zu stellen. Nahezu 11.000 weiße Siedler haben Rhodesien im letzten Jahr fluchtartig verlassen. Diese Rekordzahl ist ein ermutigender Beweis für den Fortschritt des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe.

Afrika-Kommission

KSZE in Belgrad:
Erfolgreich wie das Horneberger Schießen!

Mühsam quält sich die KSZE-Konferenz in Belgrad, die am 4. Oktober 1977 begann und die eigentlich spätestens Mitte Februar abgeschlossen sein sollte, über die letzten Runden: Die 35 Teilnehmerstaaten (33 europäische Staaten plus Sowjetunion, USA und Kanada) basteln an der Schlußresolution. Nachdem die Widersprüche offen zutage getreten sind, geht es jetzt nur noch um einen gemeinsamen Abschlußtext, der auf knappstem Raum (man spricht mittlerweile schon von zwei Seiten) kommunique-artig den kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenfassen soll, und der als einziges konkretes Ergebnis die Festsetzung der nächsten KSZE-Konferenz auf 1980 in Madrid erhalten soll. Ein groß angelegtes „Entspannungs"-Theater nimmt damit ein erbarmungswürdiges Ende.

Der zeitliche Ablauf

Die Belgrader KSZE-Konferenz sollte die am 1. August 1975 abgeschlossene Konferenz von Helsinki fortsetzen. Am 15. Juni 1977 begann in Belgrad das sogenannte Vorbereitungstreffen, das bis Anfang August dauerte. Schon bei dieser Vor-Konferenz wurden erhebliche Widersprüche über Zielsetzung und Ablauf der Belgrader KSZE-Konferenz deutlich:

– Die Länder des „Westens" – wobei sich vor allem die Vertreter der USA und der BRD hervortaten – wollten eine Bilanzierung des seit Helsinki Erreichten und eine Überprüfung der Einhaltung der Schlußakte von Helsinki zum Hauptpunkt der Tagesordnung machen. Dabei sollte es vor allem darum gehen, der Sowjetunion und ihren Verbündeten Verletzungen der Menschenrechte vorzuwerfen und Belgrad auf diese Weise als Propaganda-Forum zu nutzen.

Diese Länder setzten sich außerdem dafür ein, die Belgrader Konferenz müsse unter allen Umständen mit einem gemeinsamen Schlußdokument beendet werden. Das hätte in der Tendenz eine unbegrenzte Verhandlungsdauer bedeutet.

– Die Sowjetunion und ihre Verbündeten (ohne Rumänien, das eine Sonderrolle spielt) forderten, daß in Belgrad vor allem „konstruktive" weitere Schritte beschlossen werden sollten, wie etwa über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kulturaustausch oder auch über die sogenannten „vertrauensbildenden Maßnahmen" auf militärischem Gebiet (Austausch von Manöver-Beobachtern u.ä.). Die Frage der Menschenrechte und ihrer Achtung in den KSZE-Teilnehmerstaaten dürfte auf der Konferenz nicht behandelt werden.

Im Übrigen traten die Sowjetunion und ihre Verbündeten für einen relativ zügigen und zeitlichen begrenzten Konferenz-Verlauf ein.

Vereinbart wurde schließlich, die Hauptkonferenz am 4. Oktober beginnen und ihre erste Phase zu Weihnachten 1977 enden zu lassen. Sollte bis dahin die Konferenz nicht abgeschlossen sein, so sollte sie am 16. Januar 1978 wieder aufgenommen werden. Als äußerster Termin für das Ende der Hauptkonferenz wurde Mitte Februar vereinbart. Vereinbart wurde außerdem, daß die Konferenz nicht ohne ein Schlußdokument enden sollte.

Der Verlauf der Hauptkonferenz bestätigte die bei den Vorbereitungsgesprächen deutlich gewordenen Widersprüche: So brachten „westliche" Vertreter das Gespräch mit Vorliebe immer wieder auf die Menschenrechte und wollten ansonsten in erster Linie über „menschliche Erleichterungen", Ausreise-Erleichterungen (aus den RGW-Ländern), Familienzusammenführung, Erleichterungen für ihre Journalisten in den RGW-Staaten, stärkere Verbreitung „westlicher" Zeitungen in diesen Ländern und ähnliche Themen verhandeln. Die Vertreter der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hingegen wollten das Thema Menschenrecht überhaupt nicht behandeln lassen und waren auch am ganzen Komplex der sogenannten „menschlichen Erleichterungen" nicht sonderlich interessiert. Dafür brachten sie eine Reihe konkreter Vorschläge ein, die wiederum von den meisten westlichen Delegierten sofort beiseitegeschoben wurden. So auf militärischem Gebiet die sowjetischen Vorschläge,

– alle KSZE-Teilnehmer sollten künftig keine Manöver von Landstreitkäften mit mehr als 50. - 60.000 Teilnehmern durchführen;
– alle KSZE-Teilnehmer sollten sich verpflichten, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen;
– die bestehenden Militärbündnisse in Europa (NATO und Warschauer Pakt) sollten keine neuen Mitglieder aufnehmen (das betrifft vor allem den geplanten NATO-Beitritt Spaniens).

Weitere sowjetische Vorschläge bezogen sich auf die Organisierung von Konferenzen zu Fragen des Umweltschutzes, des Verkehrs, der Energie u.ä.

Während die Staatengruppe des „Westens" zunächt einen Vorschlag der Neutralen und Blockfreien (Jugoslawien, Malta, Zypern, Finnland, Österreich, Schweden, Schweiz) für das Abschlußdokument unterstützte, legt die Sowjetunion im Januar einen eigenen Entwurf vor, den sie später noch zweimal überarbeitete und erweiterte. Alle sowjetischen Entwürfe wurden, ohne jede Diskussion, von den meisten „westlichen" Delegierten als „unannehmbar" abgelehnt, insbesondere, da die Frage der Menschenrechte nicht enthalten sei. Andererseits ließ sich die Sowjetunion, deren Entwürfe lediglich von ihren Verbündeten unterstützt wurden, auch auf keine Diskussion über den Entwurf der Neutralen und Blockfreien ein. Die sowjetischen Entwürfe folgten insgesamt dem Prinzip, bestimmte Punkte festzuschreiben, in denen schon allgemeine Übereinstimmung erzielt worden war, und alle irgendwie problematischen Punkte – so vor allem die Frage der Menschenrechte – aus dem Abschlußdokument herauszuhalten.

Als sich zeigte, daß die Konferenz an diesem Widerspruch festgefahren war und zudem der festgelegte Zeitplan (Abschluß Mitte Februar) in Gefahr geriet, legte zunächst Frankreich einen eigenen Entwurf vor (sehr zum



Ärger anderer „westlicher" Delegationen), dann erneut die Gruppe der Neutralen und Blockfreien, und schließlich folgte ein besonders knapper Entwurf der „westlichen" Gruppe.

Menschenrechte – eine schwache Vorstellung des „realen Sozialismus"

Das Thema Menschenrechte, von interessierter Seite in Belgrad und bereits in der Vorphase gezielt hochgespielt, gehört zweifellos zu den in der „Schlußakte" von Helsinki 1975 festgelegten Prinzipien. Es handelt sich dabei um e i n e n von v i e l e n Punkten des Schlußdokuments von Helsinki, allerdings keineswegs um den Hauptpunkt oder um die Leitlinie dieses Dokuments.

„Westliche" Delegierte in Belgrad versuchten den Eindruck zu erwekken, als handele das Schlußdokument von Helsinki überhaupt n u r von Menschenrechten und „menschlichen Erleichterungen", als wäre dies das zentrale Thema in Helsinki gewesen.

Die anderen, gleichrangigen Prinzipien der Schlußakte von Helsinki wurden von diesen Delegierten kaum erwähnt, geschweige denn problematisiert und bilanziert: Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Regelung von Streitigkeiten zwischen Staaten, Nichteinmischung, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen, Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz u.a.m.

Die Delegierten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hingegen taten so, als sei das Thema Menschenrechte überhaupt kein Punkt der Schlußakte von Helsinki. Sie behaupteten, die Behandlung dieses Punktes auf der Belgrader Konferenz stelle eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten" dar.

Dies Argument ist, an der Schlußakte von Helsinki gemessen, absurd. Denn w e n n sich die 35 Staaten in Helsinki darauf geeinigt hatten, auch die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Freiheit der Gedanken, des Gewissens, der Religion und der Überzeugung in die Schlußakte aufzunehmen, und w e n n man davon ausgeht, daß diese Schlußakte nicht bloß verdrucktes Papier bleiben sollte, so wird man sich auch der Problematisierung und Prüfung dieses Themas nicht entziehen können. Denn sonst könnte man ebenso gut den Bruch a n d e r e r Punkte der Schlußakte z.B. damit rechtfertigen, auch die Durchführung von Manövern sei eine innere Angelegenheit, in die eine Einmischung unzulässig sei.

Den Imperialisten ist es – im Gegensatz zur Sowjetunion und ihren Verbündeten – unverkennbar nach Helsinki gelungen, aus den Menschenrechts-Passagen der Schlußakte politischen Vorteil zu ziehen – durch die Ermunterung oppositioneller Kräfte in den RGW-Staaten („Helsinki-Gruppen" in der Sowjetunion, „Charta 77" in der CSSR) ebenso wie durch die Entfesselung einer internationalen Propaganda-Kampagne.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben auf diese Kampagne fast nur defensiv und hilflos reagiert. So wurde von ihnen z.B. eine Kampagne inszeniert, die das Recht auf Arbeit als „erstes Menschenrecht" gegen demokratische Rechte, Meinungsfreiheit etc. ausspielen sollte. Der polnische Delegierte in Belgrad meinte gar, man möge doch lieber vom allerwichtigsten Menschenrecht reden, dem Recht auf Leben. Und die DKP brachte kürzlich auch noch das „Recht auf Frieden" ins Spiel.

Diese Reaktion kann nur so interpretiert werden, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf das Recht auf Arbeit oder gar das Recht auf Leben ausweichen, **weil sie einen Vergleich auf dem Gebiet der demokratischen Rechte mit den kapitalistischen Staaten s c h e u e n.** Ein höchst bemerkenswertes Bild!

Für sozialistische Staaten müßte es doch ein V e r g n ü g e n sein, eine solche Herausforderung anzunehmen und einem Vergleich gerade auf dem Gebiet der politischen Demokratie selbst mit dem demokratischsten bürgerlichen Staat standzuhalten. Hier auszuweichen oder sich gar mit dem Hinweis auf die „Nichteinmischung" zu entziehen, läßt Schlüsse auf den „realen Sozialismus" zu.

Nur sehr zaghaft und vereinzelt haben die Länder des „realen Sozialismus" und die auf sie orientierten revisionistischen Parteien die Menschenrechts-Kampagne der Imperialisten wirklich gekontert, indem sie auf politische Gefangene in den USA oder auf die Berufsverbote in der BRD aufmerksam machten. Diese Linie wurde aber zu keinem Zeitpunkt konsequent verfolgt, sondern hatte nur den Charakter eines Tauschobjekts, das die Imperialisten zur Drosselung ihrer Menschenrechts-Kampagne veranlassen sollte.

Anders ist es auch nicht zu erklären, warum die Sowjetunion und ihre Vebündeten das bevorstehende Russell-Tribunal über die Repression in der BRD (wo es gerade um Verletzungen der Menschenrechte gehen wird!) vollständig ignoriert haben und warum gar eine Partei wie die DKP dagegen Schaum und Galle geifert, obwohl man doch meinen sollte, daß dieses Tribunal eine gute Gelegenheit wäre, die Menschenrechts-Kampagne der Imperialisten zu kontern. Die Politik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zielt offensichtlich darauf ab, das Thema Menschenrechte nicht durch eigene Polemikgegen den „Westen" noch weiter zu verschärfen, sondern es möglichst ganz vom Tisch zu bringen oder die Polemik darum zumindest zu drosseln.

Entspannung – „Haupttendenz unserer Zeit"?

Es fällt im Rückblick auf, daß die revisionistische Presse die Belgrader KSZE-Konferenz mit erheblichen Vorschußlorbeeren bedachte. So behauptete die „UZ" vom 23.9. 77 trotz der bei den Vorverhandlungen deutlich gewordenen Widersprüche:

„Entspannung bleibt das Thema Nr. 1. für Europa ... Die Wende kam in Helsinki". Mit Helsinki sei **„ein gewaltiger Schritt nach vorn zur Sicherung des Friedens gemacht"** worden; die Entspannung sei **„Haupttendenz in den internationalen Beziehungen der gegenwärtigen Etappe".** Und: *„In Belgrad geht es nicht darum, neue Gräben zwischen Ost und West aufzureißen, sondern darum, Zusammenarbeit und Entspannung auf unserem Kontinent weiter voranzubringen".* Die DKP-kontrollierte "DVZ" phantasierte am 29.9. 77, der *„von Helsinki gewiesene Weg"* der Entspannung habe *„Ausstrahlungskraft für andere Regionen der Erde".*

„Der Ansatz von Helsinki, mehr Sicherheit nichtdurch mehr Waffen, sondern durch Vertrauensbildung und Zusammenarbeit zu erzielen, ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen". Versuche *„einiger"* Delegationen, bei den Vorgesprächen Festlegungen *„wider den Geist von Helsinki'* durchzusetzen, seien an dem *„überwiegenden Wunsch"* gescheitert, *„den multilateralen Entspannungsprozeß fortzuführen".*

Am 13.10. 77 behauptete die „DVZ": **„Konstruktiver Beginn in Belgrad – Eröffnungsreden signalisierten größere Bereitschaft zu sachlicher Verständigung".** *„Ungeachtet einiger schriller Mißtöne"* laufe der „Trend" in Belgrad darauf hinaus, *„zwecklose Konfrontationen zu vermeiden und sich der Mittel und Wege zu besinnen, die eine weitere Realisierung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki ermöglichen. Darüberhinaus war das deutliche Bemühen fast aller Sprecher zu verspüren, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen und zu festigen".*

Selbst dem Delegierten der BRD in Belgrad wurde von der „DVZ" eine *„konstruktive Haltung"* und *‚Realitätssinn"* angerühmt. Es wurde sogar behauptet, **„daß sich alle in Belgrad vertretenen Regierungen an die zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki gebunden fühlen"**, und daß diese **„Gemeinsamkeit"** auch in der Rede des US-Vertreters Goldberg (dem Haupteinpeitscher der Menschenrechts-Argumentation in Belgrad!) deutlich geworden sei.

Grob wahrheitswidrige und geradezu dummdreiste Darstellungen dieser Art drücken das Bestreben der Revisionisten aus, um nahzu j e d e n Preis den „Entspannungs"-Schwindel aufrechtzuerhalten. Letzten Endes kam man aber selbst hier nicht um die Erkenntnis herum, daß Belgrad gegenüber Helsinki zumindest einen Stillstand der „Entspannungs"-Politik, wenn nicht gar einen Rückschritt bezeichnet.

Wenn Belgrad trotz fast zwei Monaten Vorkonferenz und vier bis fünf Monaten Hauptkonferenz kaum greifbare „konstruktive" Ergebnisse brachte und wenn bei der Bilanzierung der Ergebnisse seit Helsinki weitgehende Meinungsverschiedenheiten deutlich wurden, so bedeutet das praktisch das Scheitern der Konferenz und einen Zeitverlust im ursprünglichen „Entspannungsfahrplan" von mindestens zwei bis drei Jahren (Vertagung der KSZE auf Madrid 1980).

Darüberhinaus wurden in Belgrad sogar ausdrücklich Bestandteile der Schlußakte von Helsinki wieder in Frage gestellt – so z.B. von der Sowjetunion und ihren Verbündeten der ganze Komplex der Menschenrechte und Grundfreiheiten, und so von der BRD das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen, dem das „Recht auf Wiedervereinigung" entgegengehalten wurde.

Niemand wird ernsthaft bestreiten können, daß die sogenannte Entspannung begleitet war und ist von einem in der bisherigen Menschheitsgeschichte ohne Parallele dastehenden Wettrüsten, wobei vor allem die Vervielfachung atomarer Vernichtungswaffen hervorzuheben ist. Da dieser Aspekt des Wettrüstens in erster Linie die USA und die Sowjetunion betrifft, die auch die Hauptfaktoren der „Entspannungspolitik" sind, und da sich eine atomare Hochrüstung dieses Ausmaßes vernünftigerweise nichst als Verteidigung gegegen D r i t t e erklären läßt, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die verantwortlichen Politiker der USA und der Sowjetunion s e l b s t nicht an die von ihnen offiziell verkündete Entspannung glauben.

Selbst die zwischen ihnen abgeschlossenen angeblichen „Abrüstungs"-vereinbarungen erweisen sich in Wahrheit als A u f rüstungsabkommen. So z.B. das Abkommen über eine zahlenmäßige Begrenzung der atomaren T r ä g e r , das sofort durch eine Vervielfachung der von einem Träger zu transportierenden (atomaren) S p r e n g k ö p f e mehr als wettgemacht wurde – mit dem Ergebnis, daß sich seit dieser angeblichen Rüstungs„b e s c h r ä n k u n g' das atomare Vernichtungspotential der USA und der Sowjetunion noch einmal verdoppelt oder verdreifacht hat und daß auch die Zahl der zu erreichenden Zielgebiete entsprechend zugenommen hat.

Wenn die Revisionisten selbst davon sprechen, es müsse nunmehr die „politische Entspannung" durch eine „militärische Entspannung" ergänzt und gefestigt werden, so enthält diese Parole schon das Eingeständnis, daß der angeblichen Entspannung keinerlei reale Abrüstungsmaßnahmen entsprechen. Selbst die sogenannte „p o l i t i s c h e Entspannung" ist nur eine Verschleierung der Tatsachen. Richtig ist zwar, daß es in Europa seit Jahrzehnten keinen Krieg gegeben hat und daß auch der direkte Zusammenstoß USA – Sowjetunion bisher vermieden werden konnte. Bei der Bewertung dieser Tatsachen sollte man allerdings nicht vergessen, daß die „Entspannungspolitik" erst Anfang der 60er Jahre begann und daß es schließlich auch in den vorhergehenden 15 - 20 Jahren seit 1945 weder zu einem Krieg in Europa noch zu einem Weltkrieg USA – Sowjetunion kam.

Tatsache ist überdies, daß der „Entspannung" in Europa keineswegs eine w e l t w e i t e Entspannung entspricht, sondern im Gegenteil überall auf der Welt militärische Auseinandersetzungen stattgefunden haben bzw. stattfinden, die – neben anderen Aspekten – auch den Charakter einer indirekten militärischen Konfrontation zwischen USA und Sowjetunion, zwischen NATO und Warschauer Pakt haben.

Dies gilt für den Nahen Osten ebenso wie für Angola oder den Krieg zwischen Somalia und Äthiopien, um nur einige Beispiele zu nennen. „Entspannung" bedeutet also nur, daß die Kriegsschauplätze heute in erster Linie in die Dritte Welt verlagert sind, bedeutet aber keineswegs Verzicht oder auch nur Tendenz zum Verzicht auf militärische Mittel in den Auseinandersetzungen zwischen den USA und ihren Verbündeten einerseits, der Sowjetunion und ihren Verbündeten andererseits. Die im Grunde zynische Annahme, militärische Konflikte grundsätzlich und dauerhaft in die Dritte Welt „auslagern" zu können, und die makabre Bezeichnung dieser Situation als „Entspannung", erweisen sich überdies immer offensichtlicher als Trugschluß: Auch in den direkten Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, und speziell in Europa, ist seit einiger Zeit eine verschärfte und sich weiter verschärfende Konfrontation zu registrieren. Der klägliche Ausgang des ursprünglich ganz groß inszenierten Belgrader Treffens ist deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung.

Stammheim: „Untersuchungsausschuß" abgeschlossen

Der nach den „Selbstmorden" von Stammheim eingesetzte „Untersuchungsausschuß" des baden-württembergischen Landtags hat Ende Februar seinen abschließenden Bericht vorgelegt.

Kurz zuvor hatte es vorm Ausschuß noch ein weiteres kleines Spektakel gegeben. Nachdem Rebmann Mitte Januar mit der Version aufgetreten war, die Anwälte Müller und Newerla hätten während des „RAF"-Prozesses Pistolen und Sprengstoff in ihren Handakten eingeschmuggelt und nachdem vier Tage später diese Version von den damals eingesetzten Polizeibeamten als völlig unmöglich zurückgewiesen worden war, war einige Wochen später ganz überraschend noch ein Zeuge für die Rebmann-Story präsentiert worden: der inzwischen aus dem Polizeidienst ausgeschiedene Kripo-Mann Roy Kindermann behauptete, er habe an zwei Tagen, an denen er während des „RAF"-Prozesses bei den Kontrollmaßnahmen eingesetzt war, „weder selbst Verteidigerakten in die Hand genommen noch das bei den Kollegen beobachtet". Ein Schmuggel wäre also, so die Schlußfolgerung, doch möglich gewesen. Zwei andere Polizeibeamte, die damals zusammen mit Kindermann Dienst taten, erklärten Kindermanns Darstellung für *„einfach unwahr"*.

Kindermann behauptet im Übrigen, er sei aus gesundheitlichen Gründen bei der Polzei ausgeschieden, während es nach anderen Angaben so scheint, als sei ihm die Kündigung „nahegelegt" worden. Warum, wurde nicht geklärt.

Festzustehen scheint, daß Ex-Kripomann Kindermann durch die Illustrierte „Quick" (CSU-nahe), der er seine Story zu verkaufen versuchte, zu seiner Aussage vorm Ausschuß veranlaßt worden ist. (Informationen aus „Tagesspiegel" Westberlin, 21.2.)

In seinem Abschlußbericht läßt der Vertuschungsausschuß des Landtags schließlich die Frage offen, w i e die Pistolen etc. nach Stammheim gekommen sein könnten. Am wahrscheinlichsten sei zwar die Rebmann-Version. Es könne aber auch sein, daß die Anwälte Waffen und Sprengstoff in ihren Tonbandgeräten in den Gerichtssaal geschmuggelt hätten; die Geräte seien nämlich nicht kontrolliert worden (?!). Eine dritte Möglichkeit könne sich bei den Umbauten im Mai/Juni 1977 ergeben haben, als die Gefangenen des „Terroristen-Trakts" Kontakt zu „normalen" Gefangenen gehabt hätten, die bei den Umbauten eingesetzt waren. Das Baumaterial sei auf Lieferantenwagen unkontrolliert in den Hof des Gefängnisses gebracht worden. Eine vierte Möglichkeit sei, daß die Waffen und der Sprengstoff über die Kantinen eingeschmuggelt worden seien, da die angelieferten Getränke bei der Anlieferung nicht kontrolliert worden seien.

Der gesamte Vertuschungsausschuß war sich absolut einig, daß es mit 100%iger Sicherheit Selbstmord gewesen sei und gar nichts anderes. N i c h t einig werden konnte sich der Ausschuß allerdings über die

Saal gebaut, um zukünftig mehrere Terroristen-Prozesse" parallel nebeneinander führen zu können.

Bei den Umbauten geht es darum, daß die Zellen „fugenlos" gemacht werden sollen, daß die Wände „spezifisch abgehärtet" werden sollen und daß sie einen besonderen Überzug erhalten sollen, bei dem Verletzungen der Wand sofort erkennbar werden. Alle Einrichtungsgegenstände werden aus Kunststoff sein, die Toillette aus Edelstahl ... Weitere Maßnahmen werden darauf ausgerichtet sein, „Ordnung" in den Zellen zu schaffen, d.h. vor allem die persönliche Habe der Gefangenen zu begrenzen, insbesondere die ihnen zur Verfügung stehenden Bücher, schriftlichen Aufzeichnungen usw. – kurz: alles, was zur geistigen Betätigung nötig ist und was den Menschen in so einer Situation am Leben hält – drastisch einzuschränken.

In Baden-Württemberg soll außerdem für jedes Gefängnis zukünftig ein „Sicherheitsbeauftragter" eingesetzt werden. Es wird eine mobile „Sicherheitsgruppe" geschaffen, die in allen Gefängnissen des Bundeslandes „nach dem Rechten schauen" soll. Der Kern der Gruppe besteht derzeit aus fünf „ausgesuchten Vollzugsbeamten". Später soll die Gruppe auf 15 Leute aufgestockt werden, darunter auch ein Psychologe und „von Fall zu Fall" Kripo-Leute.

Die „Welt" registrierte zufrieden, mit Justizminister Palm, der den nach Stammheim zurückgetretenen Bender ablöste, **„zieht offenbar ein neuer Wind durch den baden-württembergischen Strafvollzug"** (1.3.). Das scheint denn auch vorerst unterm Strich das e i n z i g greifbare Ergebnis nach Stammheim zu sein: **allgemeine Rückkehr zur Isolierhaft, Verschärfung der Situation der politischen Gefangenen, „Straffung" des „Vollzug"apparats, Erleichterung künftiger „Selbstmorde".**

„politische Verantwortung". So bestand die SPD darauf, in den Abschlußbericht Klagen über angebliche „Versäumnisse" der CDU-Landesregierung, der CDU-Behörden und sonstiger zuständiger Leute aufzunehmen, sodaß zu diesem Punkt schließlich zwei verschiedene Berichtsabschnitte (einer von der CDU, einer von der SPD) gemacht werden mußten.

Einig hingegen war sich der gesamte Ausschuß wiederum, daß zukünftig „verschärfte Sicherheits(?)-maßnahmen" eingesetzt werden sollen. Dies ist inzwischen auch schon beschlossene Sache; teilweise hat die CDU-Landesregierung bereits mit entsprechenden Verschärfungen begonnen.

So meldete die „Welt" schon am 1.3., daß der – wie sie zynisch formulierte – **„Frühjahrsputz"** in Stammheim *„in wenigen Tagen beendet sein"* solle. Es geht dabei um den Umbau von 15 Zellen im bisherigen „Terroristentrakt" sowie von 6 weiteren Zellen im Erdgeschoß, also offenbar auch um die Unterbringung weiterer Gefangener in Stammheim. Im benachbarten Gerichtsgebäude wird gleichzeitig ein neuer

Stammheim — Kurzmeldung

Abschaffung der Zwangsernährung im Hungerstreik geplant

Mit den Stimmen der vier von der CDU/CSU regierten Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) und den Stimmen der zwei von CDU/FDP-Koalitionen regierten Bundesländer (Niedersachsen, Saarland) hat der Bundesrat die Abschaffung der gesetzlichen Pflicht zur Zwangsernährung von Gefangenen im Hungerstreik beschlossen. Die erst 1977 in Kraft getretene Regelung sah vor, daß Gefangene auch gegen ihren Willen ernährt werden müssen. Nach dem vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf hingegen soll Zwangsernährung „gegen den freien Willen" eines Gefangenen verboten sein. Der Gefangene darf nur noch ernährt werden, wenn er bewußtlos ist, wenn er aus anderen Gründen zu einer selbständiggen Nahrungsaufnahme nicht mehr in der Lage ist, oder wenn er bereits keinerlei Widerstand mehr leisten kann — d.h. wenn der Tod unmittelbar bevorsteht oder bereits unabwendbar ist. Praktisch wäre diese Regelung das Todesurteil für Gefangene im Hungerstreik. Über die Absicht ließ die CDU/CSU keinen Zweifel, die zur Begründung ihres Antrags ausführte, *„mit der beabsichtigten Neuregelung könnten Häftlinge nicht mehr den Staat erpressen, ein Hungerstreik werde zur 'stumpfen politischen Waffe'. Infolgedessen würden Gefangene gar kein Interesse mehr an einem Hunger- oder Durststreik haben"* (lt. „FR", 18.2. 78).

Der Gesetzentwurf des Bundesrates müßte freilich noch den Bundestag passieren. Die „Frankfurter Rundschau" meint, daß der Entwurf dort *„allerdings kaum eine Mehrheit finden und damit scheitern dürfte"* (ebenda). So sicher ist das freilich nicht. Dies zeigt sich schon daran, daß die FDP in Niedersachsen und im Saarland mit der CDU/CSU im Bundesrat mitgezogen ist — zweifellos aufgrund komplizierter politischer Tauschgeschäfte. Sollte es nicht vielleicht doch einzelne FDPler oder auch rechte SPD-Figuren geben, die im Bundestag dem neuen Gesetzentwurf zur Mehrheit verhelfen? Zumindest mit einer Art „Kompromiß", d.h. auf eine Verschlechterung des geltenden Rechts, dürfte jedenfalls zu rechnen sein, nachdem sich während des letzten großen Hungerstreiks (Sommer 1977) auch namhafte SPD-Politiker dafür ausgesprochen haben, die bisherige Praxis der Zwangsernährung zu „überdenken" und nachdem seit der Schleyer-Kampagne ohnehin das Leben eines politischen Gefangenen noch weniger für die Herrschenden wiegt als vorher schon.

Bürgerschaftswahlen in Hamburg: Das Basisbündnis festigt sich

Drei Monate vor der Hamburger Bürgerschaftswahl nähern sich die Diskussionen über die Plattform-Erstellung für das oppositionelle Basisbündnis ihrem Abschluß. In allen Initiativen und Gruppen wird gegenwärtig der seit Ende Februar vorliegende Entwurf diskutiert (die Präambel dieses Entwurfs ist nebenstehend abgedruckt), werden Kritiken, Änderungsvorschläge und Zustimmungen gesammelt und dem Wahlausschuß bzw. der Plattformkommission zur Überarbeitung vorgelegt. Die bislang bereits recht zahlreich eingegangenen Stellungnahmen zeigen das wachsende Engagement, mit dem die Basisbewegung in diese Wahl einzusteigen beginnt.

Gleichzeitig weitet sich das Bündnis immer noch aus. Auf der ersten Delegiertenkonferenz am 29. Januar waren z.B. aus dem Jugend- und Ausbildungsbereich (einschl. Hochschul-Bereich) 8 Gruppen mit Delegierten und 8 mit Beobachtern vertreten. Mittlerweile sind auf dem Jugend-Aktionseinheitstreffen (ohne Hochschulbereich) rund 30 Lehrlings-, Schüler- und Jugendfreizeit-Initiativen vertreten, die sich bereits mehr oder weniger fest für die Unterstützung der Basiskandidatur ausgesprochen haben.

Von dieser Jugend-AE ist für den 11. März ein Aktionstag und eine Jugendfete am Abend als Auftakt ihres Wahlkampfes geplant.

Aus der Frauenbewegung waren auf der Delegiertenkonferenz Ende Januar 17 Gruppen mit Delegierten und 1 mit einer Beobachterin vertreten. Die inzwischen fertiggestellte Bereichsplattform der Frauen ist nunmehr von 42 Frauengruppen und desweiteren von einzelnen Frauen aus 3 Frauengruppen unterschrieben worden. Diese Plattform wird derzeit breit vertrieben. Geplant sind bereits eine Reihe von Stadtteil-Veranstaltungen zu einzelnen Themen der Frauenbewegung, z.B. am 9.3. eine Veranstaltung „Frauen und Gesundheit.. in Altona. Auf dem Frauenfest am 8. März wird natürlich ebenfalls weiter für das Basisbündnis geworben.

Die Sache kommt also in Schwung. Daß von diesem Bündnis einiges zu erwarten ist, hat sich langsam rumgesprochen. Der „Stern.. brachte am 2.3. in einer Hamburg-Beilage einen recht ausführlichen und objektiven Artikel, in dem es über das „Wehrt Euch"-Bündnis u.a. hieß: *»So einen Wahlkampf hat Hamburg noch nicht erlebt: Straßentheater und Freiluftkonzerte, Feten und Happenings, selbstgemalte Plakate und handgeschriebene Wandzeitungen werden um die Stimmen der Hansestädter werben. Statt oberflächlicher Wahlslogans und teurer Hochglanzbroschüren sollen Witz und Kreativität die Bürger am 4. Juni an die Wahlurnen locken. Denn mit den drei etablierten Parteien SPD, CDU und FDP und den bisher stets chancenlosen Splittergruppen drängt eine neue Kraft ins Rathaus.«*

Diese Erwartungen sollten nicht enttäuscht werden!

Schwierigkeiten sind allerdings hinsichtlich der geplanten Vollversammlung des Bündnisses aufgetreten, auf der die endgültige Plattform verabschiedet werden sollte. Ein genügend großer Raum konnte dafür nicht mehr gefunden werden, wobei teilweise kein Zweifel darüber bestehen kann, daß bestimmte Räume dem „Wehrt Euch"-Bündnis aus politischen Gründen verweigert werden. Der Wahlausschuß mußte daher beschließen, statt der Vollversammlung eine größtmögliche Delegiertenversammlung einzuberufen, die nun am 18.3. stattfinden wird. Auf einen „großen Rahmen" als Wahlkampf-Auftakt soll dennoch nicht ganz verzichtet werden: Für den 19.3. ist ein Fest unter freiem Himmel geplant.

Die AUD hat jetzt durch ihre Landesvorsitzende auf einem „Fraktionstreffen" der traditionellen Umwelt- und Lebensschutzverbände erklären lassen, daß sie sich endgültig für eine Eigenkandidatur entschieden habe. Eine schriftliche Stellungnahme liegt uns dazu noch nicht vor. An der weiteren Entwicklung des Basisbündnissses wird diese Entscheidung der AUD freilich nichts ändern.

Entwurf

WEHRT EUCH — Plattform des oppositionellen Wahlbündnisses zur Bürgerschaftswahl in Hamburg

**„Daß du dich wehren mußt,
wenn du nicht untergehen willst,
das wirst du doch wohl einsehen"
(Bert Brecht)**

Überall sind in den letzten Jahren Bürger- und Basisinitiativen entstanden, die ihre Sorgen und Interessen nicht mehr von fremden Händen verwalten lassen wollen. Überall beginnen Menschen sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß ihnen tausendfach Versprechungen gemacht wurden, die nie eingehalten worden sind. Selbst die Meinungsforscher stellen fest, daß Parteimüdigkeit und Staatsverdrossenheit eine weit verbreitete Stimmung in der Bevölkerung sind. Wir sind es leid,

- von „wachsendem Wohlstand" und „sozialer Sicherheit" zu hören, aber gleichzeitig nichts anderes als wachsende Arbeitslosigkeit und ständige Verteuerung unseres Lebens erdulden zu müssen;
- von „Humanisierung der Arbeitswelt" zu hören, während Streß, wachsende Arbeitshetze und immer größere Eintönigkeit unseren Arbeitsalltag bestimmen;
- von „Lebensqualität" zu hören, während die Natur geplündert und vergiftet und das Leben und die Gesundheit der ganzen Bevölkerung durch den verantwortungslosen Bau und Betrieb von Atomanlagen auf's Spiel gesetzt werden;
- von „Menschenwürde" und „Gleichberechtigung" zu hören, während, insbesondere die Diskriminierung von Frauen und Ausländern unverändert bleibt;
- von „mehr Demokratie" zu hören, aber gleichzeitig Berufsverbote, Pressezensur und immer weitergehende Einschränkungen unserer Rechte und Freiheiten hinnehmen zu müssen.

Immer mehr Menschen spüren: Die etablierten Parteien vertreten die Interessen einer herrschenden Minderheit – und sie leben nicht schlecht dabei. Ob die CSU in Bayern, die CDU und FDP in Niedersachsen oder die SPD in Hamburg: Die Regierungsparteien sorgen dafür, daß ihre Funktionäre in den Aufsichtsräten der staatlichen und kommunalen Betriebe, Banken, Elektrizitätswerke, Nahverkehrsbetriebe usw. und in den Spitzenpositionen der Behörde Karriere machen.

Parteien, die die Interessen der Bevölkerung mißbrauchen und den Bürger entmündigen, gibt es genügend. Wir wollen dem keinen weiteren Wahlverein hinzufügen. Unsere Vorstellung von Demokratie besteht nicht darin, den Menschen alle vier Jahre durch eine Aufforderung zur Stimmabgabe eine Mitbestimmung vorzutäuschen – unsere Vorstellung von Demokratie besteht darin, daß die Menschen auf der Grundlage vollständiger Informations- und Meinungsfreiheit ihre Interessen s e l b s t in die Hand nehmen.

Wir beteiligen uns an der Bürgerschaftswahl, weil wir all denjenigen, die ihre Interessen von den Rathausparteien nicht oder nicht mehr vertreten sehen, die Möglichkeit geben wollen, die Forderung nach einer grundsätzlichen Alternative auch durch ihre Wahlstimme zu unterstützen. Wir arbeiten weiter in unseren Initiativen und Gruppenzusammenschlüssen. Wir werden nach der Wahl nicht anders arbeiten als vor der Wahl. Falls die Unterstützung unserer Kandidatur zum Einzug in die Bürgerschaft ausreicht, wird sich unsere Arbeit dort an unserer außerparlamentarischen Arbeit orientieren.

• • •

WGA-Kongreß in Hannover

Am 25./26.2. fand in Hannover ein Wahlkongreß statt, zu dem die WGA aus Hameln/Bad Pyrmont aufgerufen hatte. Die ,,Wählergemeinschaft Atomkraft — Nein Danke'' (WGA), die als erste Atomgegner-Liste mit einem Sitz in den Kreistag eingezogen war, hatte eingeladen, über die niedersächsischen Landtagswahlen zu diskutieren. Am Kongreß nahmen 69 Bürgerinitiativen aus dem Anti-AKW-Bereich und andere demokratische Initiativen und politischen Organisationen teil (u.a. der KB).

Interessant war dieser Kongreß deshalb, weil dort praktisch sämtliche Strömungen, die es unter den AKW-Gegnern in der Frage der Wahlbeteiligung gibt, vertreten waren: neben der WGA, Mitgliedern der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) und des ,,Wehrt Euch''-Bündnisses, des BBU(Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)-Vorstandes, eine ganze Reihe BIs aus Niedersachsen und einzelne BIs aus dem Bundesgebiet. Besonders hervorzuheben ist die zahlreiche Beteiligung von GLU(Grüne Liste Umweltschutz)-Mitgliedern, sowie der AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), die beide ihre Kandidatur in Niedersachsen vorbereiten.

Insgesamt wurde auf dem Kongreß das große Interesse deutlich, das innerhalb der Anti-AKW-Bewegung an der Wahlfrage entstanden ist. Es zeigte sich aber auch, daß noch sehr viel Gruppenegoismus und Sektierertum überwunden werden muß, bevor es auch auf diesem Sektor zu einer tatsächlichen solidarischen Zusammenarbeit kommt.

Am ersten Tag des Kongresses stellten die anwesenden Gruppen und BIs vor allem ihre Position zur Frage der Wahlbeteiligung dar.

Die Kreistagsabgeordnete der WGA, Heide von Bernsdorf, betonte, daß die außerparlamentarischen Aktionen im Kampf gegen die Atomanlagen nach wie vor der Schwerpunkt sind. Es müsse aber auch versucht werden, der Kriminalisierung der AKW-Gegner, wie sie derzeit massiv in den Grohnde-Prozessen vorexerziert wird, durch eine ,,Anti-Atom-Front'' in den Gewerkschaften und durch eine Beteiligung an den Wahlen durchbrochen werden. Insgesamt befürworte die WGA eine Zusammenarbeit mit Initiativen auch außerhalb der Anti-AKW-Bewegung in einem ,,Block für den sozialen Fortschritt''.

Auf besonders großes Interesse stieß bei den Anwesenden der Beitrag der Vertreterin der BUU/Hamburg, die über das Zustandekommen und den Stand des ,,Wehrt-Euch''-Bündnisses berichtete. Das ,,Wehrt-Euch''-Bündnis ist ein Zusammenschluß von über 150 Basisinitiativen der verschiedensten Sektoren (AKW-Gegner, Frauengruppen, Jugendgruppen, Kinderinitiativen, Mietergruppen etc.), von traditionellen Umweltschutzverbänden und politischen Organisationen (siehe dazu auch Artikel in AK 122 und in diesem AK). Dieser von den politischen Strömungen her sehr breitgefächerte Zusammenschluß hat seit Monaten Bestand, weil dabei von drei Prinzipien ausgegangen wird:

1) Der Schwerpunkt des Bündnisses ist die Arbeit der verschiedenen Basisinitiativen, die ihre Forderungen, die sie aus der praktischen Arbeit entwickelt haben, in das Bündnis einbringen.

2) Die Basisinitiativen und anderen Gruppen arbeiten g l e i c h b e r e c h t i g t zusammen. Das bedeutet z.B., daß ein Plattformentwurf vorgelegt wurde, in dem die übergreifenden Themen (Krisenlasten, Repression) von den Vertretern der verschiedenen Bereiche gemeinsam formuliert wurden, die Einzelabschnitte z.B. zu der besonderen Unterdrückung der Frauen oder der miserablen Lage der Jugendlichen, von den Initiativen, die auf diesem Sektor arbeiten, geschrieben wurden.

3) Es gibt keine Abgrenzungsbeschlüsse nach links.

Die BUU-Vertreterin berichtete, daß die Diskussion um das Wehrt Euch-Bündnis die Zusammenarbeit der Basisbereiche bereits jetzt — ganz unabhängig von den Wahlen — gestärkt hat: z.B. veranstalten die Frauengruppen anläßlich des internationalen Frauentages ein großes Frauenfest, die Kinderinitiativen planen eine erste gemeinsame Veranstaltung usw. usf.

In der Diskussion wurde vor allem von den Sprechern der BIs aber auch von einzelnen Vertretern der GLU das Hamburger Bündnis als positives Beispiel für eine tatsächliche Basisdemokratie hervorgehoben. ,,Wenn bei uns in Niedersachsen etwas läuft, dann müßte es so aussehen wie in Hambrug'' — das war die allgemein verbreitete Stimmung der anwesenden BI-Mitglieder.

Kampf zweier Linien in der GLU?

Interessant war das Auftreten der GLU auf dem Kongreß. Die GLU war mit zahlreichen Mitgliedern aus den verschiedenen Regionen Niedersachsens erschienen. Auch der GLU-Vorsitzende Beddermann, der diese ,,Umweltpartei'' mit initiiert hat, war anwesend. Er zog dann aber demonstrativ v o r Kongreßbeginn mit einem kleinen Häuflein Getreuer ab, nachdem er lauthals erklärt hatte, daß er die Demonstration gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner, die am selben Tag in Hannover stattgefunden hatte und die auch die einladende WGA unterstützt hatte, nicht gutheißen konnte (Auf dieser Demo war es am Rande zu kleineren Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen).

Allerdings blieb der größte Teil der GLU-Mitglieder auf dem Kongreß und beteiligte sich an den Diskussionen. Zwei GLU-Mitglieder saßen darüber hinaus in der Diskussionsleitung.

Das GLU-Vorstands-Mitglied Dombrowski betonte, daß es derzeit einen ,,Kampf zweier Linien'' innerhalb der GLU in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen gebe. Er selbst sprach sich für eine stärkere Einbeziehung des außerparlamentarischen Kampfes, vertreten durch die BIs, in die GLU aus.

Ein anderes GLU-Mitglied wünschte ausdrücklich den Erfolg des ,,Wehrt Euch''-Bündnisses, da dies den richtigen Weg aufzeige. Die anwesenden GLU-Vertreter stimmten auch alle für die am ersten Tag von der BUU eingebrachte Resolution zu Gorleben, in der es u.a. heißt:

»Unabhängig von den verschiedenen Auffassungen, ob und was am 4. Juni gewählt werden kann, erklären die versammelten AKW-Gegner, Initiativen und Parteien: Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, daß Gorleben zum zentralen Thema des Wahlkampfes wird. Je mehr wir in dieser Richtung unternehmen und je mehr wir die Atomparteien in dieser Frage angreifen, desto günstiger sind über den Wahlkampf hinaus unsere Möglichkeiten, mit breiten Massenaktionen gegen Gorleben anzugehen. Die von den Atomparteien totgeschwiegene Bedrohung von Mensch und Umwelt, die konkreten Pläne, den AKW-Protest durch Polizeistaatsmethoden kaputtzukriegen, werden von uns auf die Straße und in Wahlveranstaltungen jeder Art getragen werden.«

Mit dieser Resolution sind gute Voraussetzungen dafür geschaffen worden, im Wahlkampf zu gemeinsamen Aktionen gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage zu kommen, und es war ein positives Ergebnis des ersten Kongreßtages, daß a l l e Anwesenden diese Resolution unterstützten und demnächst über praktische Schritte diskutieren wollen.

Daß diese Zusammenarbeit zwischen der GLU und den Bürgerinitiativen dem Vorsitzenden Beddermann ein Dorn im Auge ist, zeigte sich unmittelbar nach Ende des ersten Diskussionstages, als Beddermann in einem kleinen Diskussionskreis von Kongreßteilnehmern reinschlidderte und sofort die Frage stellte: »Ist es wahr, daß im Namen der GLU der Resolution zu Gorleben zugestimmt wurde? Dies ist nicht möglich.'' Die anwesenden GLUler betonten daraufhin, daß sie als Einzelpersonen diese Resolution unterstützt haben und das auch weiter tun werden.

Widersprüche in der AUD

Für die AUD gab der niedersächsische Landesvorsitzende zu Beginn des ersten Diskussionstages die Stellungnahme ab, daß die AUD alle (?) Forderungen der Bürgerinitiativen unterstütze, wie auch bereit sei, Grohnde-Angeklagte auf die AUD-Kandidatenliste zu nehmen, auch zu Wahlbündnissen bereit sei, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Name ,,AUD'' im Bündnisnamen auftauche und alle beteiligten Gruppen sich zur Gewaltfreiheit bekennen. Dieser Beitrag stieß auf den heftigsten Widerstand eines ehemaligen AUD-Mitglieds (Landesvorsitzender bis 1973), der dagegenhielt, daß sich die AUD völlig zu Unrecht als d i e ökologische Partei aufspiele. Dies tue sie nicht um der gemeinsamen Sache willen, sondern um ihre Partei in den Vordergrund zu spielen und aufzubauen. Als Hochstapelei bezeichnete er auch, daß die AUD ihre Mitgliederzahl mit 10.000 angebe. Er wisse aus internen Kenntnissen, daß die AUD nur 600 Mitglieder zähle.

Der niedersächsische Landesvorsitzende wies diese Vorwürfe im Laufe der Diskussion zwar pauschal zurück, umschiffte aber den inhaltlich wichtigen Kritikpunkt, nämlich, daß sich die AUD gerne als ökologische Avantgardepartei aufspielt und nicht zu einer solidarischen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen bereit ist.

Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten

Aufgrund eines Resolutionsvorschlages entwickelte sich eine recht breite Debatte um die Frage der Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten, die allerdings gegen den Widerstand der zahlreich anwesenden SAG-Mitglieder durchgesetzt werden mußte.

Während der Diskussion machte sich besonders Roland Vogt, Mitglied des BBU-Vorstandes für eine Aufstellung von Grohnde-Angeklagten auf vorderen Listenplätzen stark. Er wies auf das Beispiel Nordirland hin, wo die politische Gefangene Bernadette Devlin als Zeichen der Solidarität nominiert und schließlich auch gewählt wurde. Diese Argumentation überzeugte nach zweistündiger Diskussion schließlich auch alle anwesenden GLU-Vertreter, einschließlich des GLU-Vertreters von Hildesheim, G. Otto, der zu Anfang der Diskussion seine Widersprüche am schärfsten geäußert hatte (,,die Kandidatur von Grohnde-Angeklagten würde die GLU in die kriminelle Ecke stellen'').

Verabschiedet wurde schließlich eine Resolution des Hannoveraner Ermittlungsausschusses, in der die Grohnde-Prozesse als *»ein Höhepunkt in der Kriminalisierung der AKW-Gegner«* bezeichnet werden.

In diesen Prozessen würden die *»Sondergesetze, die anläßlich des Stammheimer Prozesses unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung erlassen wurden, ... erstmals ihrer eigentlichen Bestimmung als Unterdrückungsinstrumente gegen eine Massenbewegung zugeführt«.*

Die Resolution fordert die *»sofortige Einstellung aller Prozesse gegen AKW-Gegner und die Annullierung der bisher ergangenen Urteile«*, es werde versucht, *»eine Massenbewegung zur ,Terroristen- und Chaotenbewegung' zu erklären«*. Deshalb würden die Anwesenden *»die Prozesse und die Kriminalisierung zu einem zentralen Thema des Wahlkampfes machen ... Die uneingeschränkte Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten ist für uns ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Widerstandes gegen Atomanlagen. Als eine Form der Solidarität fordern wir alle Initiativen und Listen auf, die eine Beteiligung an den Landtagswahlen vorbereiten, aus dem Kreis der angeklagten und verfolgten AKW-Gegner Kandidaten an vorderster Stelle auf ihre Listen aufzunehmen.*

Wir halten den massiven Abbau der Grundrechte, wie wir ihn in den Grohnde-Prozessen erleben, weiter für so bedeutsam, daß wir das entsprechende Material dem ,Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland' vorlegen werden.«

GLU, WSL und BBU erklärten sich schließlich mit der Resolution einverstanden und sagten auch zu, diese in ihren Publikationen (!) zu veröffentlichen (was für die GLU ein gewaltiger Fortschritt ist, in der bislang eher konfuse Stellungnahmen bis zu eindeutigen Abgrenzungen von den Grohnde-Angeklagten vorherrschten).

In einer Schlußresolution des Kongresses wurde die Weiterführung der Diskussion am 11./12.3. beschlossen. Am 7.3. findet dazu ein öffentliches Vorbereitungstreffen in Hannover statt. Dieses Treffen ist für Kräfte aus der BI-Bewegung bzw. anderen Basisbereichen offen. Im Mittelpunkt soll die konkrete Zusammenarbeit an Wahlprojekten wie Gorleben, gegen die Kriminalisierung etc. stehen.

Spaltungsmanöver der SAG

Sektierertum und Spaltertätigkeit kennzeichnen seit geraumer Zeit die Politik der SAG (eine kleine trotzkistische Gruppe) innerhalb der Anti-AKW-Bewegung. Auch auf dem Hannoveraner Kongreß lieferten sie dafür ein anschauliches Beispiel: Zu Beginn des zweiten Kongreßtages hatte ein SAG-Mitglied in der WGA eine Resolution zur Kriminalisierung eingebracht, in der die Kandidatur von Grohnde-Angeklagten auf den ersten Listenplätzen zur Vorbedingung für ein Wahlbündnis gemacht wurde. Diese Resolution sollte ohne weitere Diskussion abgestimmt werden, obwohl klar war, daß zumindest die anwesenden GLU- und WSL-Vertreter dem nicht ohne weiteres zustimmen würden.

Als im Laufe der Diskussion klar wurde, daß die Mehrheit der Anwesenden die Resolution des Hannoveraner Ermittlungsausschusses unterstützte, zog die SAG zwar ihre Resolution zurück, bestand aber drauf, daß ein Passus in die Ermittlungsausschuß-Resolution aufgenommen wurde, der das Recht auf Bauplatzbesetzung betont. Dieser Zusatzantrag wurde von der Mehrheit gebilligt. GLU, WSL und BBU sahen sich aber unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage, die gesamte Resolution zu unterstützen.

Als von BBU-Vogt der Antrag eingebracht wurde, diese Resolution auch ohne Zusatz zu verabschieden, wurde dies von der SAG abgelehnt. Eine Resolution ohne das Recht auf Bauplatzbesetzung zu betonen, komme für sie nicht infrage, so eine Resolution wäre wertlos (diese Argumentation war schon von daher mehr als merkwürdig, als ein Bauplatzbesetzungspassus in der Alternativ-Resolution der SAG auch nicht drin war).

Dieses eindeutige Spaltungsmanöver der SAG konnte sich glücklicherweise nicht durchsetzen: Gegen 16 Stimmen von fast ausschließlich SAG-Mitgliedern, billigte die große Mehrheit — jetzt mit den Stimmen von BBU, WSL und GLU — die ursprüngliche Resolution.

Mit diesem sektiererischen Vorgehen demonstrierte die SAG wieder einmal anschaulich, daß sie nicht in der Lage ist, eine Bündnispolitik und die notwendige Überzeugungsarbeit gegenüber den AKW-Gegnern zu entwickeln, deren politische Anschauungen nicht im linken Spektrum angesiedelt sind. Durch so ein Vorgehen überläßt die SAG diese Menschen ohne Widerstand dem Einfluß der Bourgeoisie und erleichtert damit ganz enorm die Spaltungsabsichten der AKW-Befürworter.

Beddermann — Nein danke !

Dieser insgesamt erfolgreiche Verlauf des Kongresses, der ein Schritt zur Festigung und Verbreiterung des gemeinsamen Kampfes in der Anti-AKW-Bewegung ist, rief unmittelbar die Reaktion des GLU-Vorsitzenden Beddermann auf den Plan. Ein Bericht über seine Reaktion wurde in verschiedenen niedersächsischen Zeitungen abgedruckt. So meldete die ,,Hannoversche Allgemeine'', *»Beddermann hätte seine Befürchtung geäußert, die K-Gruppen ... würden in den nächsten Wochen versuchen, in die GLU einzudringen. Beddermann begründete seine Befürchtungen mit den Beschlüssen eines Kongresses von Kernkraftgegnern in Hannover. Auf diesem Treffen ... war u.a. beschlossen worden, nach der Bildung eines Wahlbündnisses, die in den hannoverschen Prozessen um die Krawalle auf dem Kernkraftgelände angeklagten Demonstranten auf die ersten Listenplätze zu setzen. Auf dem Kongreß war außerdem erklärt worden, im GLU-Vorstand herrsche Uneinigkeit darüber, ob Bauplätze von Kernkraftwerken künftig besetzt werden sollten oder nicht.*

Beddermann sagte dazu, an dem Kongreß habe die GLU nur als Beobachter teilgenommen. Für sie seien Bauplatzbesetzungen kein Thema. Seine Partei ... habe ihre Gespräche mit der von den K-Gruppen beherrschten Wählergemeinschaft Atomkraft abgebrochen, weil dabei klargeworden sei, daß diese Gruppierung im Gegensatz zur GLU die Mitarbeit im Parlament ablehne und die außerparlamentarische Auseinandersetzung vorziehe« (nach ,,HAZ'' vom 28.2.78).

Allein durch sein Vorgehen, daß er sich an die r e a k t i o n ä r e Presse wendet, um gegen den Kongreß öffentlich zu hetzen, stellt sich Beddermann gegen die gesamte Anti-AKW-Bewegung.

Schon dem ehemaligen BBU-Vorsitzenden Wüstenhagen sind solche Alleingänge schlecht bekommen.

Nicht zuletzt dem Druck der Basis, die es gelernt hat, sich nicht mehr von selbsternannten ,,Führern'' gängeln zu lassen, ist es zu verdanken, daß heute anstelle eines Wüstenhagen ein Dreierkollektiv an der Spitze des BBU steht, das in den wesentlichen Fragen der letzten Zeit zur solidarischen Zusammenarbeit mit allen Sektoren der Anti-AKW-Bewegung bereit war. Beddermann hat es zwar kurzfristig geschafft, das spontane Interesse in der Anti-AKW-Bewegung an den Wahlen auszunutzen und sich — zumindest in einigen Regionen — an die Spitze dieser Bewegung zu setzen.

Aufgrund einer fehlenden Alternative haben sich aber auch eine ganze Reihe von engagierten AKW-Gegnern der GLU angeschlossen, die nach wie vor eng mit der Basis verbunden sind. Gegenüber diesen Leuten wird Beddermann seinen ,,Führungsanspruch'' seine Alleingänge und letztlich seine Abgrenzung und Abkehr von der Anti-AKW-Bewegung nicht durchsetzen können.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Befürchtung Beddermanns, ,,K-Gruppen'' könnten in die GLU eindringen, nicht ganz aus der Luft gegriffen. Tatsächlich geht es dabei nicht um ein ,,Eindringen von Kommunisten'', sondern darum, daß sich in der GLU die AKW-Gegner verstärkt zu Wort melden werden, die nicht bereit sind, sich vor den Karren eines selbsternannten Vorsitzenden, der nichts mit der Basisarbeit zu tun hat, spannen zu lassen.

Diesen GLU-Mitgliedern geht es um die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit mit den Anti-AKW- und anderen Bürgerinitiativen. Das zeigte auch die durchweg positive Reaktion auf das Hamburger ,,Wehrt Euch''-Bündnis. Aus dieser Richtung werden in nächster Zeit einige unbequeme Fragen an Herrn Beddermann kommen ...



Der Ermittlungsausschuß der BUU/Hamburg hat eine Broschüre zu den Grohnde-Prozessen herausgegeben. Geschildert werden darin ausführlich die Umstände der Festnahme von AKW-Gegnern bei der Grohnde-Demonstration am 19.3.77 und die Willkür und Widersprüchlichkeiten der polizeilichen Beschuldigungen.

Die Broschüre kann zum Preis von DM 1.- plus Porto über die n e u e A d r e s s e der BUU/Hamburg bestellt werden:

BUU/Hamburg
c/o R. Trampert
Fruchtallee 9
2000 Hamburg
Tel.: 040/ 43 21 71

„Grüne Liste Umweltschutz" — Alternative für die Anti-AKW-Bewegung?

Bekanntlich werden mittlerweile in der ganzen BRD die Projekte alternativer Wahlbeteiligungen an Kommunal- und Landtagswahlen diskutiert. Hierbei haben sich zunehmend die Befürworter „Grüner Listen" um die neue Umweltschutzpartei „Grüne Liste Umweltschutz" gesammelt.

Die „Grüne Liste Umweltschutz", die sich Ende 77 in Fallingbostel gründete und mittlerweile im Wesentlichen Einfluß in Niedersachsen und Schleswig-Holstein besitzt, versteht sich selbst als *„Partei, die sich im Rahmen des Grundgesetzes für die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, die Erhaltung und Verbesserung unserer Lebensgrundlagen einsetzt"* (aus dem Programm der GLU).

„Die Grüne Liste Umweltschutz zieht die Erhaltung und Wiederherstellung eines ausgeglichenen Ökosystems allen anderen Interessen vor... Die Ökologie ist das tragende Fundament für die Entwicklung eines Parteiprogramms. Die Ökologie muß die Entscheidungsgrundlage für alle gesellschaftlichen Aktivitäten werden." (aus einem Flugblatt der GLU)

Grundüberlegung der „GLU" ist hierbei: *„Wenn überhaupt, so können nur innerhalb einer ökologisch orientierten Gesellschaft die Probleme gelöst werden, die uns bedrohen. Es ist falsch, einzelne Krisensymptome unabhängig voneinander durch nicht aufeinander abgestimmte Einzelmaßnahmen kurieren zu wollen..."*

Die GLU sieht also die sogenannte „ökologische Krise" als Kern allen Übels an und nicht als e i n e n Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Denn daß es nicht allein an der Mißachtung ökologischer Notwendigkeiten liegen kann, bestätigt die GLU in ihrem Programm selbst, wenn sie sich auch (zwar sehr indirekt) gegen die Arbeitslosigkeit oder das Elend in der Dritten Welt wendet.

So wird z.B. im Programm auch keineswegs konkretisiert, wie man gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen will.

Die Verantwortlichen für das Atomprogramm werden im Dunkeln gelassen, und für die notwendigen Umweltschutzmaßnahmen wird noch nicht einmal das Verursacherprinzip für die anfallenden Kosten gefordert.

„Erster Schritt im privaten Bereich"?

Im Gegenteil ist die Tendenz sehr groß, statt die Verursacher und Verantwortlichen der Atomgefahren und der Umweltvernichtung in Staat und Industrie anzuklagen, das Problem auf ein „umweltbewußtes" und „krisenbewußtes" Verhalten der Bevölkerung zu verlagern. Im GLU-Programm heißt es z.B. nach der Beteuerung, daß die Krise *„umfassend"* sei und man sie nicht durch *„nicht auf-*
rung, daß die Krise „umfassend" sei
und man sie nicht durch „nicht auf-
einander abgestimmte Einzelmaßnahmen kurieren" könne:

„Das Grundproblem ist in diesem Zusammenhang die Frage nach den Leitwerten des privaten und des öffentlichen Lebens und Lebensstils. Im privaten Bereich könnte der bewußtere Umgang mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs ein erster Schritt in diese Richtung sein. Wir sind uns bewußt, daß neue Lebensgewohnheiten auf eine Neuorientierung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens hinauslaufen und vom derzeitigen ausweglosen Wirtschaftswachstum wegführen".

„Erster Schritt ... im privaten Bereich", das ist deutlich. Die Bürger- und Basisinitiativen, die im Kampf gegen AKW's die Atomindustrie und die Regierung angreifen, die im Kampf gegen die Umweltvergiftung z.B. die Chemie-Konzerne anprangern usw., müssen dieser These zufolge wohl bislang auf dem Holzweg sein. Überdies zielt auch der Hinweis auf die *„Leitwerte des privaten und des öffentlichen Lebens und Lebensstils"* ja nicht etwa auf eine Verdeutlichung, w e r denn bei den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen w e l c h e „Leitlinien" verfolgt. Man braucht dabei nicht einmal Sozialist zu sein, um die schlichte Tatsache anzuerkennen, daß die „Leitlinie" des *„unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums"* (die die GLU „beunruhigt") für die Masse der Bevölkerung überhaupt keine praktische Gültigkeit hat, weil für sie tatsächlich nichts anderes wächst, als die Krisenlast, als der A b b a u ihres sozialen und wirtschaftlichen Lebensstandards.

. Dennoch sind derartige Theorien unter „den Grünen" relativ verbreitet. In einem in München erschienenen Flugblatt der AUD *„Zwölf Grundsätze – Die notwendigen Schritte zu einer neuen ökologischen Existenz"* wird z.B. ausdrücklich als Parole ausgegeben: *„Sinnvolle Verzichte statt sinnlose Verschwendung".* Wer und was damit gemeint ist, wird an dieser Stelle selbst nicht weiter präzisiert. Der Oberbürgermeister-Kandidat der AUD, Max Winkler, hat allerdings an anderer Stelle, in einem Sonderdruck der AUD-Zeitung „Die Unabhängigen", konkretere Vorstellungen dazu unterbreitet: Im *„nächsten Winter"* sollten die *„Möglichkeiten der Energieeinsparung ... voll genutzt werden. Die Werbung für mehr Stromverbrauch ... ist als Aufforderung zur Energieverschwendung sofort zu unterlassen. Die inzwischen erfreulicherweise herausgegebenen Spartips sind weiter auszubauen und in der Öffentlichkeit stärker bewußt zu machen."*

Man weiß, daß diese „Spartips" nicht etwa an die großen Konzerne gerichtet sind, sondern an die breite Bevölkerung. „Mehr Stromverbrauch" hat es jedoch allenthalben bei den Unternehmern gegeben.

In Hamburg ist der Stromverbrauch der Tarifabnehmer (Haushalte und Kleinbetriebe) von 1976 auf 1977 z.B. um 5% gestiegen, der der Industrie und des Gewerbes als Sondervertragsabnehmer (bekanntlich noch dazu zu Billigsttarifen) dagegen ungleich höher um 11%. (Berichte und Dokumente der Staatlichen Pressestelle Hamburg, 29.12.77.) Und dieser a u s s c h l a g g e b e n d e Stromverbrauchszuwachs auf Seiten der Industrie hängt mit den seit langem laufenden Großrationalisierungen zusammen, die überhaupt ein wesentlicher Hintergrund der Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe sind. Wenn diese Tatsachen nicht entsprechend benannt werden, sondern stattdessen unterschiedslos (bzw. als Appell an die Bevölkerung gerichtet) von „Spartips" und ähnlichem mehr gesprochen wird, dann ist das bestenfalls Ausdruck eines bedauerlichen Irrglaubens über den Hintergrund und die Lösungsmöglichkeiten der Krise. Objektiv ist dies sogar eine ungeschminkte Variante der Aufforderungen zum „Gürtel enger schnallen" usw., die v o n d e r R e g i e r u n g s e l b s t kommen. Makaber muß zumindest der Hinweis auf „Möglichkeiten zur Energieeinsparung" im „nächsten Winter" anmuten... zumal die sogenannte „Ölkrise" erst wenige Jahre zurückliegt, wo die Regierung g e n a u d i e s nicht nur propagiert, sondern der Bevölkerung im großen Stil zwangsweise verordnet hat. W e m a l l e i n dadurch Vorteile erwachsen sind, ist eigentlich hinlänglich bekannt und bewiesen.

Das gleiche, was der AUD-Kandidat Max Winkler zur Stromversorgung empfiehlt, empfiehlt er im übrigen nicht weniger drastisch zur Wasserversorgung. Er macht sich zum Fürsprecher eines *„progressiven Wasserpreises pro Haushalt"*, um *„ohne generelle Preiserhöhung ein größeres Mengenbewußtsein für das wertvolle Gut Wasser zu erhalten".* Widersinnig, wenn nicht demagogisch ist dabei, daß er dies auch noch als Maßnahme ausgibt, um *„sozial schwache Einkommensschichten zusätzlich zu unterstützen".* Aber was bedeutet denn ein *„progressiver Wasserpreis pro Haushalt"* anderes, als daß gerade diejenigen stärker zur Kasse gebeten werden sollen (oder sich einschränken müssen), die als kinderreiche Familien mit großem Haushalt eh schon unter den meisten wirtschaftlichen Entbehrungen und Lasten zu leiden haben?!

Wenn derartige Theorien und Forderungen bei den Bürger- und Basisinitiativen Fuß fassen sollten, können die tatsächlichen Verschulder und Verantwortlichen der Krise im Staat und in der Industrie sich nur ins Fäustchen lachen.

Wahlbeteiligung als „Ersatz für außerparlamentarische Aktionen"

In Bezug auf den Umweltschutz bleiben die Forderungen der GLU, wie gezeigt, sehr allgemein, während für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche praktisch nichts zu finden ist. Auf der anderen Seite dient aber die Festlegung auf die „Ökologie" als das „entscheidende Fundament" dazu, nicht mit anderen Basisbewegungen und fortschrittlichen Organisationen Bündnisse zu suchen und gemeinsam mit denen, die an anderen Mißständen und Angriffen auf ihre Lebensbedingungen aktiv geworden sind, sich zu wehren. Doch versteht sich die GLU noch nicht einmal als Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung, bzw. der BI's, sondern als deren parlamentarischer Arm.

„In letzter Zeit aber wurden auch seine Grenzen deutlich", heißt es in einem GLU-Flugblatt zu den Widerstandsformen der Anti-AKW-Bewegung. Die Grenzen, die die Anti-AKW-Bewegung in letzter Zeit vorgefunden hat, sind bei den Großaktionen die Polizeieinsätze gewesen, so daß etwa bei der Kalkar-Aktion bis zuletzt nicht klar war, ob selbst die jeder Militanz unverdächtigen holländischen Demonstranten überhaupt Kalkar erreichen würden.



Auch vor Gericht sind immer wieder Baustoppurteile erreicht worden, doch auch hier sind Bestrebungen im Gange, nicht nur günstigere Entscheidungen für die Atombetreiber vor Gericht zu erreichen, sondern den Gerichten die Entscheiding überhaupt abzunehmen.

Weiterhin wird von Seiten der Atombetreiber im Zusammenhang mit den Medien versucht, Teile der Bewegung in die Ecke von „Terroristen" zu stellen. Zwar betont die GLU vollkommen richtig, daß *„im außerparlamentarischen und juristischen Raum wichtige Erfolge erzielt"* worden seien. Für die Probleme der Anti-AKW-Bewegung hat die GLU nun einen neuen Dreh anzubieten:

„Aber darüber ist der Kampf auf der parlamentarischen Ebene vollkommen vergessen worden. Diese Lücke will die GLU schließen, ohne dadurch die berechtigte Formation der Bürger auf anderen Ebenen beeinflußen zu wollen. Die GLU ist in keinem Fall Konkurrenz zu Naturschutzgesellschaften und Bürgerinitiativen, sondern deren notwendige Ergänzung" (Aus einem Flugblatt der GLU).

Die „Ergänzung" beginnt damit, daß die GLU-Kandidaten nicht aus BI's heraus gewählt werden. Sondern die GLU veranstaltete Gründungsversammlungen, wo statt aktiven Trägern der Bewegung diejenigen aufgenommen werden, die die speziellen gesellschaftlichen Vorstellungen der GLU bzw. deren Programm akzeptieren. (Man muß an dieser Stelle auch erwähnen, daß die GLU-Gründer bislang allenfalls am Rand der BI-Bewegung mitgewirkt haben). Hier liegt der entscheidende Unterschied zu Bündnislisten, wo die BI's sich als ganze beteiligen, oder auch zum Wahlkampf der WGA, der auf der Unterstützung einer Reihe von BI's basierte.

Die WGA hatte seinerzeit *„keinen Zweifel daran"* gelassen, *„daß die Beteiligung an Wahlen und Parlamenten kein Ersatz ist für den Kampf in den Städten und Gemeinden, in den Fabriken und Büros, auf dem Feld und auf den Straßen"* (Plattform der WGA). Andererseits gibt es Bestrebungen innerhalb der WGA, die auf generelle Ablehneng des Parlamentarismus der WGA insgesamt hinauslaufen, was zumindest bürgerliche Unterstützerkreise der WGA vor den Kopf stößt. Dies war ein wesentlicher Grund, weshalb die GLU eine offizielle Beteiligung am Wahlkongreß der WGA (am 25./26.2.) ablehnte.

Dagegen sieht der Vorsitzende der GLU, Beddermann, die parlamentarische Rolle so, *„daß die ‚Schallmauer' außerparlamentarischer Aktionen endgültig erreicht sei, und daß als Ersatz für außerparlamentarische Aktionen versucht werden müsse, in den Parlamenten die Etablierten zur Vernunft zu bringen"* (Materialien zu den Landtagswahlen der WGA, S. 17).

Also Verhinderung des Atomprogramms im Parlament!?!

Konsequent ist demnach auch die Haltung der GLU zu den Grohnde-Prozessen. Führende Vertreter meinten, daß es der GLU schade, sich mit den Angeklagten zu solidarisieren, die GLU könne sich nicht gegen Recht und Gesetz aussprechen.

Mit diesen Positionen der GLU sind überhaupt die wesentlichen Bestandteile, die von der gesamten BI-Bewegung gegen AKW s getragen wurden, über Bord gekippt worden.

Die BI's haben sich gerade aus der Einsicht heraus gebildet, daß die etablierten Parteien im Parlament nicht „zur Vernunft" zu bringen sind. Einheitlich ist ebenfalls der Standpunkt, daß „Gesetz und Recht" von den BIs nicht vorbehaltlos akzeptiert werden. Zumindest gegenüber dem Eigentum der Atomindustrie, den lebensgefährdenden AKWs, die durch „Recht und Gesetz" geschützt sind, behalten sich sämtliche BIs ein Widerstandsrecht vor. Unterschiedliche Vorstellungen gibt es lediglich dort, wo dieses Widerstandsrecht seine Grenzen findet. Trotz dieser Differenzen haben sich praktisch sämtliche Teile der BI-Bewegung mit den Grohnde-Angeklagten solidarsiert, einschließlich solcher durchaus bürgerlichen Verbände, wie der BBU oder die Bürgeraktion Küste (BAK).

Man kann sich das Vorgehen der GLU gut vorstellen, wenn sie ernst damit machen will, im Parlament „die Etablierten" zur Vernunft zu bringen. Immer wieder sind Abstriche in den BI's verlangt worden, um mehr „Bürgernähe" zu erreichen. Welche müssen dann erst gemacht werden, um „Parlamentarier-Nähe" zu erreichen? Entsprechend sieht die Haltung der GLU zu den linken Teilen der Bewegung aus, die ja, wie sich gezeigt hat, die größte Mobilisierungsfähigkeit besitzen.

Hieß es anfangs noch, die GLU sei offen nach links, ist ihre Praxis in letzter Zeit das Gegenteil.

Die Abgrenzung der GLU wurde auf einer Veranstaltung in Hameln von dem stellvertretenden Vorsitzenden der GLU, Dombrowsky, folgerndermaßen gezogen: *„Die Abgrenzung nach rechts erfolge da, wenn frühere KZ-Wächter versuchen wollten, in der GLU mitzuarbeiten, nach links zu den Leuten, die versuchen, mit Steinen und Stangen gegen Bauzäune und Polizeibeamte vorzugehen".*

So wurde zwar offiziell das Angebot der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", die auf CSU-Kurs und weiter rechts liegt, abgelehnt, doch hat sich die GLU bisher nicht dagegen verwahrt, daß der Vorsitzende der AVP überall die Gemeinsamkeiten mit der GLU herausstreicht und dies anhand des Programms der GLU auch belegt.

Die Abgrenzung gegen links konkretisierte der GLU-Vorsitzende Beddermann am 14.2. auf der GLU-Gründungsversammlung in Lüneburg.

Gegen Unterwanderungsversuche von links sei die GLU per Satzung (Doppelmitgliedschaft in einer anderen Partei ist unzulässig) und per Programm (Berufung aufs Grundgesetz) abgesichert. Bei Doppelmitgliedschaft in einer bürgerlichen Partei würde man selbstverständlich beide Augen zudrücken... Beddermann rühmte sich auch, auf formalrechtlichem Wege einen Mißbrauch der Bezeichnung „Grüne Liste" für das Hamburger Wahlbündnis verhindert zu haben. Denn: die Hamburger Szenerie sei „nicht ganz durchsichtig", man wolle kein „ideologisches Trojanisches Pferd" unter den Grünen.

Lobend hob er die Grünen Listen in Schleswig-Holstein hervor, besonders die „Grüne Liste Nordfriesland", die sich schnell nach links abschottete und sich bei Selbstdarstellungen mittlerweile ausschließlich nach links abgrenzt. *„Übereinstimmend betonen die Sprecher der grünen Listen, daß ihre Bewerber sämtlich gut bürgerlich sind und kein Kommunist dabei ist: 'Wir wollen keine linke Protestliste sein'"* (Boje Maassen, Spitzenkandidat der GLNF) (Norddeutsche Rundschau, 1.2.78, s.a. AK 122).

Auf einem Treffen der Grünen Liste NF wurde sogar ganz offen erklärt, daß man möglichst schnell „Grüne Listen" gründen müsse, um so breite Bündnisse wie in Hamburg zu verhindern und vor allem die „K-Gruppen" herauszuhalten.

Hier haben sogar Teile der 'Grünen Liste' offen zugegeben, daß es ihnen zumindest um eine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung geht. In jedem Falle trifft für die GLU zu, daß die Überparteilichkeit, wie sie in den BI's praktiziert wird, dort über Bord geworfen wird.

In breiten Teilen der BI-Bewegung hat sich durchgesetzt, gemeinsame Ziele im Kampf gegen das Atomprogramm zu verfolgen, trotz unterschiedlichster politischer Vorstellungen. Nach der Spaltung Brokdorf/Itzhoe im Frühjahr 1977, sind bei und nach Kalkar immer wieder breiteste Bündnisse möglich gewesen. Demgegnüber versucht die GLU, ihre
breiteste Bündnisse möglich gewesen.
Demgegnüber versucht die GLU, ihre
Kandidatur auf ein Programm zu stützen, was einseitig bestimmte gesellschaftliche Ökologie-Vorstellungen festschreibt, obwohl sie die Unterstützung der gesamten Bewegung bei Wahlen anstrebt. Gleichzeitig sind die wesentlichen konkreten Forderungen der BIs gegenüber den Atombetreibern und dem Atomprogramm aus dem Programm der GLU verschwunden. Damit fällt die GLU nicht nur weit hinter die Positionen der linken Teile der Anti-AKW-Bewegung zurück, sondern auch hinter solch bürgerliche BI-Verbände wie BBU und BAK. So haben auch führende Vertreter des BBU, selbst wenn sie Linken nicht besonders positiv gegenüberstehen, vor Spaltungen durch einseitige 'Grüne Listen'-Programme gewarnt.

Sternstein wies z.B. in einem Papier auf die *„Vielfalt"* der Bewegung sowohl in *„organisatorischer als auch in programmatischer Hinsicht"* hin. Dieser ein Programm mit Druck überzustülpen, könnte – so fürchtet Sternstein – *„die Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung ... darüber zerbrechen"* lassen. Auch Roland Vogt vom BBU-Vorstand erklärte in einem Interview (in „Radikal" Nr. 31/77), man müsse bei der Entwicklung von Wahlprogrammen *„behutsam vorgehen, um zu verhindern, daß die Beteiligung an den Wahlen die inneren Spaltungstendenzen in unserer Bewegung begünstigt".*

Eine Wahlbeteiligung und eine Plattform dazu kann sich nur auf die gemeinsam vertretenen Forderungen der Bewegung stützen. Und nicht nur als „Grüne Liste" die spezielle Sicht eines Teils der AKW-Gegner widerspiegeln. Dieser Gefahr muß ernsthaft entgegengetreten werden, und dies sollten auch die BI's von der GLU fordern, um ernsthaften Schaden für die Anti-AKW-Bewegung abzuwenden.

AKW-Nein–Kommission

Russell-Tribunal

Am 28. März geht's los: Russell-Tribunal – ein Exempel

Fortsetzung von Seite 1

Bewegungen, seit der Massenbewegung gegen das Betriebsverfassungsgesetz Anfang der 50er Jahre bis hin zu den Ostermärschen und der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, standen vollständig unter der Kontrolle der SPD, der Gewerkschaften und später auch der Revisionisten: Die KPD wurde durch das Verbot 1956 geradezu dahin g e d r ä n g t, sich massiv in legalen Bewegungen zu engagieren, speziell im Zusammenhang mit Themen wie Frieden und Abrüstung. Überdies kam der just zu diesem Zeitpunkt wieder legalisierten DKP eine besondere Rolle in solchen Bewegungen zu, seit die SPD die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie übernahm und damit als „Spitze" und Bremser dieser Bewegungen zunehmend unbrauchbar wurde.

Betrachtet man all diese Bewegungen im Rückblick, so fällt auch auf, daß k e i n e von ihnen im geringsten erfolgreich war, daß Bourgeoisie und Staat sich in allen umstrittenen Fragen vollständig durchsetzen konnten, und daß diese Bewegungen auch nicht in der Lage waren, die Rechtsentwicklung der SPD ebenso wie des DGB aufzuhalten. Dies wiederum steht in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß all diese Bewegungen von Anfang bis Ende von Opportunisten beherrscht waren, denen die Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat kaum weniger am Herzen lag als die proklamierten eigenen demokratischen Ziele. Für die DKP kommt dabei immer noch die Notwendigkeit

nung mit dem bürgerlichen Staat kaum weniger am Herzen lag als die proklamierten eigenen demokratischen Ziele. Für die DKP kommt dabei immer noch die Notwendigkeit

hinzu, ihren opportunistischen Kurs gegenüber den Herrschenden der BRD einigermaßen mit den Bedürfnissen und Anforderungen der Sowjetunion und DDR in Einklang zu bringen. Diese Tendenz zum Opportunismus gegenüber den Herrschenden wurde noch erheblich verschärft, seit die SPD die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie übernahm, seit also die Herrschenden durch Sozialdemokraten vertreten werden, denen gegenüber das Werben um „Verständnis", das Anbieten von Zugeständnissen usw. natürlich viel leichter fällt als gegenüber Staatsrepräsentanten vom Schlage eines Strauß, Dregger oder auch nur Kohl.

Werben um die Regierung ...

Nicht etwa, daß es heute solche opportunistischen Tendenzen nicht mehr gäbe oder daß sie aus der Unterstützungsbewegung herausgeblieben wären. Nein, es gibt sie selbstverständlich und sie sind auch sehr aktiv, zumal ihnen teilweise die Ränge von Sekretären oder Beiratsmitgliedern verliehen worden sind, was zudem für eine entsprechende publizistische Resonanz ihrer Äußerungen und Handlungen garantiert.

Wir bedauern es, wenn auf die äußerst scharf en Attacken des Willy Brandt, des Herrn Maihofer usw. gegen das Russell-Tribunal von einigen Sekretären, Beiratsmitgliedern und anderen prominenten Unterstützern des Tribunals neben der berechtigen deutlichen Zurückweisung dieser Attacken auch andere Töne zu hören waren, die wohl nur als Versuche einer Wiederannäherung und als Versöhnungsangebote interpretiert werden können. Da war das Bemühen sichtbar, der Regierung goldene Brükken zu bauen, sie mit sanfter Hand von ihren doch auch taktisch höchst ungeschickten Poltereien wegzulocken und sie zu einer mehr „konstruktiven" und „verständnisvollen" Haltung zu bewegung — das heißt im Grunde: Die Regierung zu einer nicht so grobschlächtigen und Anstoß erregenden, dafür taktisch geschickteren Reaktion auf das Russell-Tribunal zu veranlassen. Einige Sekretäre, Beiratsmitglieder und prominente Unterstützer gebärden sich gar wie Ärzte am Krankenbett der Regierung, die dem Patienten immer wieder versichern, die Operation sei doch schließlich auch in seinem Sinne und außerdem werde es ganz bestimmt nicht wehtun...

Dies nur als opportunistische Taktik zu interpretieren, griffe gewiß zu kurz. Eher ist anzunehmen, daß hier einige Unterstützer des Tribunals ihrem tatsächlichen Selbstverständnis Ausdruck gegeben haben, das immer noch von der Meinung geprägt ist, die SPD sei im Grunde nur durch allerlei widrige Umstände auf einen falschen Weg geraten und könne durch gute Ratschläge von Freunden wieder „zur Vernunft" gebracht werden. Diese in ihrer Naivität eher erschütternde als empörende Illusion spricht z.B. aus den Bemühungen Gollwitzers um Willy Brandt.

Da ist das Bemühen immer wieder sichtbar, es doch auf gar keinen Fall zu der äußersten Konfrontation kommen zu lassen, die sich im Maihofer-Papier und ähnlichen Äußerungen andeutet. Diesem Bemühen sind wahrscheinlich auch jene Passagen öffentlicher Erlärungen zuzuschreiben, in denen es beispielsweise heißt: „...*Dieses Russell-Tribunal hat entgegen seinen Vorgängern nicht die Aufgabe, verbrecherische Machenschaften autoritärer und halbfaschistischer Systeme bekanntzumachen und anzuklagen. Im Falle der Bundesrepublik muß es vielmehr darum gehen, einen Rechtsstaat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und der auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren. Es gilt hier*

staat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und der auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren. Es gilt hier

also, den Anfängen zu wehren..." (Aufruf der Mitglieder des westdeutschen Beirats zur Unterstützung des Russell-Tribunals).

Wir halten es für falsch, wenn auf diese Weise irgendjemand im Schutz bestimmter Funktionen Urteile v o r w e g n i m m t, die doch erst Gegenstand des Tribunals sein sollen. Wir können uns nicht vorstellen, daß es dazu eine Ermächtigung durch die Jury gibt, die damit ja auch ihrem eigenen selbstverständlichen Prinzip widersprechen würde, e r s t zu untersuchen und d a n n zu urteilen. Insofern wird mit derartigen Erklärungen schlichtweg das Prinzip der U n a b h ä n g i g k e i t der Jury durchbrochen, sofern es sich hier nicht um selbstverständlich legitime Meinungsäußerungen handelt, sondern der Eindruck erweckt wird, als würden hier sozusagen offiziell die „Aufgaben" des Russell-Tribunals definiert und damit in gewisser Weise auch das Urteil schon vorweggenommen.

Den Beiratsmitgliedern ist ganz sicher zuzustimmen, wenn sie feststellen, daß die BRD kein faschistischer Staat ist und daß auch der Begriff „autoritär" derzeit zu weitgehend wäre. Selbst diese Feststellung sollten sie aber, so meinen wir jedenfalls, in ihrer Funktion und in der jetzigen Situation besser dem Urteil der internationalen Jury überlassen. Davon abgesehen, ist daran zu erinnern, daß ja auch das erste Russell-Tribunal (über Kriegsverbrechen in Vietnam) sich nicht mit den „verbrecherischen Machenschaften" eines faschistischen oder autoritären Regimes zu befassen hatte, sondern mit den Handlungen der durchaus bürgerlich-demokratischen USA, die „trotzdem" zu den grauenvollsten Verbrechen fähig waren.

Wenn wir diese Äußerungen und manche andere kritisieren, so nicht mit der Stoßrichtung, diese Unterstützer des Russell-Tribunals à la KBW als „Agenten der Bourgeoisie" und ganz verächtliche Subjekte darzustellen, die womöglich — Originalton KBW — nur „auf Bares aus" seien, die also von der Bourgeoisie direkt gekauft und bestochen seien. Im Gegensatz zu einer solchen eher kindischen Sicht der Dinge gehen wir davon aus, daß diese Kräfte einen wichtigen, vielleicht sogar l e b e n s w i c h t i g e n Beitrag zum Erfolg des Russell-Tribunals leisten, der Anerkennung verdient und der unter den herrschenden Verhältnissen gewiß keine leichte und schon gar nicht profitable Sache ist.

Dies anzuerkennen, scheint uns nicht im Widerspruch zum Aussprechen von Kritik an bestimmten Äusserungen, Handlungen, Vorgängen etc. zu stehen.

... und Werben um die DKP

Auch das Werben um den Bündnispartner DKP — mit allem, was daranhängt — bietet Gelegenheit zu opportunistischen Versuchen. Auf diesem Gebiet hat sich — weitestgehend h i n t e r den Kulissen! — seit den ersten Anfängen der Vorbereitungen zum Russell-Tribunal einiges getan.

Die DKP hat es verstanden, auf der einen Seite der Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal nicht nur fernzubleiben, sondern diese wütend anzugeifern, während sie zugleich mit den von ihr dominierten „Komitees gegen die Berufsverbote" hinhaltende Verhandlungen mit Sekretariat und Beirat führt, wobei sie verschiedenste Zugeständnisse erpreßt, ohne sich i h r e r s e i t s im Geringsten festzulegen und ohne im geringsten von ihrer gehässigen Polemik gegen das Russell-Tribunal und die g e s a m t e Unterstützungsbewegung abzugehen.

So war erst kürzlich zu hören, daß die „Komitees gegen die Berufsverbote" sich i m m e r n o c h n i c h t

die g e s a m t e Unterstützungsbewegung abzugehen.

So war erst kürzlich zu hören, daß die „Komitees gegen die Berufsverbote" sich i m m e r n o c h n i c h t

endgültig entschieden hätten und daß ihre endgültige Entscheidung erst demnächst fallen würde. Was doch heißt: Dem Sekretariat und dem Beirat sollen n o c h m e h r völlig einseitige Zugeständnisse an die DKP abgelockt werden, o h n e daß sich wahrscheinlich am Ende an der ablehnenden Haltung der DKP, und damit auch der „Komitees...", irgendetwas ändern wird.

Wir haben in früheren Ausgaben des AK über die Gespräche zwischen den „Komitees" (bzw. ihrer Hamburger Zentrale) und Vertretern von Beirat und Sekretariat berichtet — soweit über diese Gespräche etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Dabei wurde deutlich, daß die DKP verschiedene harte Forderungen stellt:

- keine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse;
- keine Behandlung der „Selbstmorde" von Stammheim;
- Auflösung der Unterstützungsbewegung nach Abschluß des Russell-Tribunals und Eingliederung derselben in die „Komitees gegen die Berufsverbote", also Unterordnung unter den Führungs- und Alleinvertretungsanspruch der DKP.

Vor allem in der Frage der Gewerkschaftsausschlüsse kamen einige Mitglieder des Sekretariats und des Beirats der DKP sehr weit entgegen: So konnte tatsächlich eine öffentliche Verlautbarung des Sekretariats entscheinen, daß die Gewerkschaftsausschlüsse vorm Tribunal nicht behandelt würden. Ein Professor Wesel (Beiratsmitglied) versprach der DKP sogar, er werde persönlich dafür sorgen, daß dies eingehalten würde.

Die Mentalität d e r Mitglieder des Sekretariats und des Beirats, die sich auf so etwas einlassen, gibt uns einige Rätsel auf. Selbst w e n n sie die DKP (bzw. die „Komitees...") für einen ungeheuer wichtigen Bündnispartner halten, so sollte man doch annehmen, daß sie zumindest nach den Grundsätzen bürgerlicher Kaufleute verfahren. Was in diesem Fall heißen würde: Prinzipien (z.B. die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse) werden e r s t verschachert, wenn die „Bezahlung" (sprich: Beteiligung der DKP an der Unterstützungsbewegung) wirklich g e s i c h e r t ist. Wer dies außer acht läßt, also einseitige Zugeständnisse ohne die geringste Gegenleistung und Verbindlichkeit liefert, ist im Grunde nicht einmal als Opportunist zu bezeichnen, sondern in dieser Sache nur als Dummkopf.

Es ist schwerlich zu bestreiten, daß die DKP in demokratischen Bewegungen (vor allem auch in der Friedensbewegung) einen Einfluß ausübt, der in keinem Verhältnis zu ihrer realen Bedeutung steht. Die DKP verdankt diesen Umstand neben ihren finanziell nahezu unbegrenzten Mitteln und ihrem Funktionärsapparat vor allem der Schafsgeduld und der Schusseligkeit mancher ihrer Bündnispartner. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD bestätigen dies nur.

Mit normalen Maßstäben ist kaum faßbar, warum ausgerechnet jemand mit Zugeständnissen und Rücksichtnahmen honoriert werden soll, der bis zum heutigen Tag dem ganzen Tribunal feindselig und gehässig gegenübersteht.

Wir meinen, daß diese Lage der Dinge schleunigst geändert werden sollte, weil es der demokratischen Bewegung der BRD auf Dauer bestimmt nicht gut bekommen kann, sich z.T. geradezu sklavisch von einer Partei abhängig zu machen, die mit ihren Bündnispartnern recht arrogant und unverschämt umzuspringen pflegt und die sich überdies auch durch ihre 100%-ige Unterstützung für jede beliebige Schweinerei im „realen Sozialismus" nicht gerade als verläßlicher Partner im demokratischen Kampf empfiehlt. Das heißt: Kein Ausschluß der DKP aus demokratischen Bewegungen, sofern sie sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung daran beteiligen will. Aber Schluß mit jeder Art von einseitigen Zugeständnissen!

Aber es hat sich doch etwas geändert!

Aber es hat sich doch etwas geändert!

Trotz der hier benannten und anderer negativer Aspekte meinen wir doch, daß sich gerade in der Russell-Unterstützungsbewegung eine qualitativ neue Tendenz zeigt — nämlich die, daß über die genannten Dinge immerhin in Ansätzen auch öffentlich gestritten wird, daß diese Dinge nicht mehr einfach hinter den Kulissen ablaufen können, und daß sie auch öffentlich in Frage gestellt werden können.

Bisher war es doch im wesentlichen immer so, daß ähnliche demokratische Kampagnen weitgehend hinter den Kulissen festgelegt wurden, daß dann fertige Programme, öffentliche Aufrufe, Termine, Veranstaltungsabläufe etc. vorgelegt wurden, die auch nicht mehr hinterfragt werden konnten. Man hatte dann die Wahl, das Vorgesetzte zu akzeptieren oder außerhalb der Aktion zu bleiben. Üblich war dabei traditionell, daß „die Chaoten" gar nicht erst gefragt wurden, daß sie überhaupt nicht in Diskussionen einbezogen wurden, und daß sie natürlich auch als Bündnispartner — selbst als bloß Anwesende, gar nicht politisch Gleichberechtigte — unerwünscht waren.

Das lief nach der Manier der bürgerlichen Politiker ab, mit all den Tricks und Widerwärtigkeiten, die eben in diesem Geschäft üblich sind. Widersprüche drangen dabei eigentlich nie an die Öffentlichkeit, wurden folglich niemals auch nur oberflächlich diskutiert. Und man konnte es sich auch ganz selbstverständlich — und vielleicht für manche Leute sogar ganz unbewußt — leisten, Einwände und abweichende Vorstellungen „der Chaoten" wortlos zu übergehen oder mit ein paar demagogischen Seitenhieben abzutun.

Alte Gewohnheiten verlieren sich selbstverständlich nicht so schnell, und so ist es kaum eine Überraschung, daß einige Leute auch in der Russell-Kampagne noch nicht von ihren lieb gewordenen Gewohnheiten lassen möchten: „Spitzengespräche" mit der DKP oder sonstwem hinter den Kulissen, über die die Unterstützungsbewegung natürlich nicht informiert zu werden braucht; Ausnutzung bestimmter Funktionen zu eigenmächtigen und nie diskutierten Stellungsnahmen; demagogische Angriffe auf andere Teile der Unterstützungsbewegung mit Hilfe des Informationsmonopols in der bürgerlichen Presse, bürgerliche Geheimdiplomatie alten Stils!...

Neu aber ist, daß diese alten Gewohnheiten nicht mehr einfach hingenommen werden, daß Öffentlichkeit um die Vorgänge geschaffen wird, und daß die „Experten für Geheim-

Neu aber ist, daß diese alten Gewohnheiten nicht mehr einfach hingenommen werden, daß Öffentlichkeit um die Vorgänge geschaffen wird, und daß die „Experten für Geheim-

diplomatie" auch veranlaßt werden, sich öffentlich zu ihren Überlegungen und zu entgegenstehenden Auffassungen zu äußern. Das heißt, die Voraussetzungen zu einer umfassenden Debatte in der Linken und allgemeiner unter den demokratischen Kräften über Fragen der einzuschlagenden Taktik und darüber hinaus der Strategie im g e m e i n s a m e n Kampf werden jetzt überhaupt erstmals gelegt. Das aber, nämlich letzten Endes die öffentliche Kontrolle der von der demokratischen Bewegung anzugehenden Schritte, ist G i f t für alle opportunistischen Taktiken der Aussöhnung und des Nicht-Bruchs mit den Herrschenden.

Internationales Komitee gegen die Wiedereinführung der „Verbannung" in Italien gegründet

In Italien wurde vor kurzem die sogenannte „Verbannung" (confino) wieder zum Gesetz erklärt. Das „confino" war ursprünglich in den 20er Jahren von den Faschisten zur Bekämpfung politischer Gegner eingeführt worden: Der „Verbannte" wird verpflichtet, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten (vorzugsweise schwach bewohnte und weit vom Festland entfernte Inseln), wo er ständiger Polizeiaufsicht untersteht, abends das Haus nicht verlassen darf usw. Das „neue" Gesetz, für das sich insbesondere die revisionistische PCI eingesetzt hat, traf jetzt als ersten den früheren Anarchisten Roberto Mander, der heute ein Repräsentant der „Autonomen" ist (siehe AK123, S. 46).

Gegen die Wiedereinführung des „confino" wurde inzwischen ein internationales Komitee gegründet, das sich am 18. Februar in Rom mit einer Pressekonferenz vorstellte. Die erste Erklärung des Komitees wurde u.a. unterschrieben von: Dario Fo (Schauspieler und Regisseur), Franca Rame, Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Philippe Sollers, Claude Mauriac, Felix Guattari, Gilles Deleuze, Gerard Soulier, Vanessa Redgrave (Schauspielerin), Liliana Cavani (Schauspielerin), Kurt Groenewold, Peter O. Chotjewitz (Schriftsteller und Rechtsanwalt), Antonio Landolfi (PSI), Franco Basaglia (Sekretär von ‚Psichiatria Democratica', dem Verband demokratischer Psychiater), Michele Coiro (Richter), Bruno Caruso (Maler), Dacia Maraini; außerdem einige Hafenarbeiter-Komitees aus Genua, das nationale Sekretariat der UILM (Metaller-Organisation in der sozialistischen Gewerkschaft UIL), das ‚Komitee zur Verteidigung der Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten in der BRD' sowie die trotzkistische WRP (Großbritannien). (nach „il manifesto", 18.2., und „Lotta Continua", 19.2.).

Breiter Widerstand gegen DGB-Angriffe

Gewerkschafter solidarisieren sich mit dem Russell-Tribunal

Kaum geahnt haben dürfte der DGB-Vorstand, in welches Wespennest er mit seiner provokatorischen Stellungnahme gegen das Russell-Tribunal stechen würde (siehe AK 123). An kaum einer anderen Frage hat sich in der vergangenen Zeit eine derart breite Opposition, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gewerkschaften gegen den DGB-Kurs geäußert. Insbesondere innerhalb der GEW übertrifft der Protest gegen diese offenkundige Parteinahme für das „Modell Deutschland" alle Erwartungen. Dies hat, über die Empörung über das diktatorische Auftreten der DGB-Führung hinaus, seinen besonderen Grund in dem Frontalangriff der Gewerkschaftsführung gegen das gerade in dieser Gewerkschaft besonders ausgeprägte demokratische Engagement: Der GEW Hamburg soll verboten werden, weiterhin von Berufsverboten zu sprechen, ebenfalls sollte ihr verboten werden, zu einer Demonstration gegen die Berufsverbote aufzurufen; fast der gesamte Vorstand der GEW Bochum wurde ausgeschlossen, da er im Info einen Beitrag zum drohenden „K-Gruppen"-Verbot zugelassen hatte. Deshalb werden gerade auch in dieser Gewerkschaft die Zusammenhänge zwischen den innergewerkschaftlichen Zuständen und dem Abbau der demokratischen Rechte insgesamt schärfer formuliert als heute noch in den Industriegewerkschaften. Gleichzeitig gibt dies jedoch auch einen Ausblick darauf, was möglich ist, wenn diese Zusammenhänge in der richtigen Weise in die Industriegewerkschaften eingebracht und dort diskutiert werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings, daß auch der Bereich der Repression gegen die Arbeiterbewegung auf dem Russell-Tribunal behandelt wird! Wir dokumentieren im folgenden einige der Beschlüsse – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

GEW Hamburg

Auf der Landesvertreterversammlung am 2./3. März wurde der folgende Antrag mit großer Mehrheit angenommen (Bericht siehe GEW-Teil): *„Die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg nimmt die Schreiben des GEW-Vorsitzenden Frister*

nommen (Bericht siehe GEW-Teil): „Die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg nimmt die Schreiben des GEW-Vorsitzenden Frister

vom 21.1.1978 und des DGB-Vorsitzenden Vetter vom 18. und 31.1.1978 mit Empörung zur Kenntnis und erklärt dazu:

1. Die GEW Hamburg sieht im Kampf gegen die Berufsverbote-Praxis solange einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten, bis diese Praxis und die ihr zugrundeliegenden Regelungen aufgehoben sind. Die GEW Hamburg wird solange den Begriff 'Berufsverbote' verwenden, bis die damit beschriebene Praxis beendet ist, **denn nicht der Begriff Berufsverbote ist fehl am Platze, sondern die Praxis, die er benennt** *(Dokumentation der GEW Hamburg, S. 6).*

2. In dem Brief des DGB-Vorsitzenden Vetter vom 18.1.78 wird versucht, untadelige Demokraten wie z. B. die Theologen Gollwitzer und Niemöller durch Unterstellung prokommunistischer Sympathien zu diskreditieren und unglaubwürdig zu machen. Als Fakten bezeichnete Ausführungen werden z. T. wörtlich einer Schrift des Bundesinnenministeriums (Referat Ö2) vom 20.9.1977 entnommen; **die Bewertung des Russell-Tribunals erfolgt auf der Grundlage unüberprüft übernommener Informations- und Argumentationsmaterialien, die vom Verfassungsschutz selegiert wurden.** *Die GEW Hamburg wendet sich entschieden gegen die Diffamierung von regierungsunliebsamer Kritik in der Bundesrepublik und gegen derlei Angriffe auf engagierte Demokraten. Sie kann das Schreiben vom 18.Januar nicht als 'gegenstandslos' betrachten, auch wenn die Angriffe mit dem 2. Schreiben vom 31. Januar teilweise als ‚Interpretationsfehler' zurückgenommen werden.*

3. Die GEW Hamburg ist der Auffassung, daß es grundsätzlich jedem Gewerkschaftsmitglied unbenommen sein muß, sich mit der Situation des Rechtsstaats und der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik zu beschäftigen und sich an Untersuchungen von möglichen Verstößen gegen die Menschenrechte zu beteiligen." (Hervorhebungen von uns – Anm. AK)

GEW Westberlin

Die Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin hat am 2.3. mit knapper Mehrheit beschlossen, ihren Fall (Ausschluß aus GEW und DGB) vor dem Russell-Tribunal vorzutragen.

Anläßlich der Veranstaltung der GEW Westberlin „Gewerkschaften und Grundrechte" am 24.2. wurde die folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„In der ersten Woche nach Ostern 1978 findet die erste Sitzungsperiode des 3. Inernationalen Russell-Tribunals über mögliche Menschrechtsverletzungen in der Bundesrepublik und Westberlin statt.

Seitdem dies bekannt wurde, setzte eine beispielslose Verleumdungskampagne ein. Mitglieder der Bundesregierung sowie Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien diffamieren die Jury und den deutschen Beirat des Russell-Tribunals, indem sie die Unterstützerbewegung in den Dunstkreis des Terrorismus zu rücken versuchen.

Aus einem Geheimdokument des Innenministeriums wurde bekannt, daß die Bundesregierung auch nicht vor Plänen zurückschreckt, die Durchführung des Tribunals zu verhindern und die mit der Vorbereitung und Durchführung des Russell-Tribunals beschäftigten Personen zu kriminalisieren.

Derartige Äußerungen nahmen in der Presse meist einen breiten Raum ein. Richtigstellungen des Sekretariats und der Jury dagegen wurden oft verschwiegen.

Am 18.1.78 schaltete sich der DGB-Vorstand mit einem Brief an alle DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise in die Diffamierungskampagne ein. Mit diesem Brief versuchte der DGB-Vorsitzende, die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften von der aktiven Unterstützung des Russell-Tribunals abzuhalten.

Wir verurteilen dieses Machwerk, das vorgibt, im Namen der DGB-Mitglieder zu sprechen, auf das Schärfste. Wir fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, in ihren Gremien auf eine Verurteilung zu dringen.

Der Abbau demokratischer Rechte in unserer Gesellschaft geht Hand in Hand mit dem Abbau innerge-

eine Verurteilung zu dringen.
Der Abbau demokratischer Rechte in unserer Gesellschaft geht Hand in Hand mit dem Abbau innerge-

werkschaftlicher Demokratie. Während die Bundesregierung und die Landesregierung die Meinungsfreiheit und andere demokratische Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit Disziplinierungsmaßnahmen bis hin zum Berufsverbot einschränken, versucht der DGB-Vorstand, seine Mitglieder über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu disziplinieren, und hat somit Teil an der politischen Unterdrückung in unserem Lande. Bisher sind über 4.000 Gewerkschafter auf Grund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlossen worden. Damit wird innerhalb der Gewerkschaften und durch die Gewerkschaftsführung das Grundrecht der Koalitionsfreiheit in Frage gestellt.

Als bisheriger Höhepunkt der Beschneidung von Mitgliederrechten ist der Ausschluß des gesamten Landesverbandes Berlin der GEW mit mehr als 12.000 Mitgliedern zu sehen (er erfolgte, weil die GEW Berlin sich weigerte, die Bundessatzung vorbehaltlos zu übernehmen, weil sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnt).

Da Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote oftmals in einer Wechselbeziehung stehen, fordern die Anwesenden die Jury des 3. internationalen Russell-Tribunals auf, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Untersuchungsgegenstand zu behandeln."

GEW Frankfurt

Im Info der GEW Frankfurt (2/78) wird der Vetter-Brief ausführlich dokumentiert, und nach einem kurzen Kommentar als Gegenstellungnahme der Aufruf des westdeutschen Beirats nachgedruckt. Durch die auf den nachfolgenden Seiten dokumentierte Stellungnahme einer Schulgruppe wird die Sympathie zumindest der Info-Redaktion für das Tribunal recht deutlich ausgedrückt. Dort heißt es:

„... Der DGB versucht, Gründe für das faktische Verbot einer Teilnahme seiner Mitglieder zu finden, indem er einmal die politischen Intentionen des Tribunals falsch darstellt und andererseits einzelne Mitglieder der internationalen Jury und des deutschen Beirats diffamiert.

So vollzieht der DGB den Trugschluß, daß es nur in faschistischen, bzw. präfaschistischen Staaten Verletzungen der Menschenrechte geben kann...

Wer dieses Tribunal dennoch abhält und unterstützt, kann folglich nur ‚Nestbeschmutzer' und ‚notorischer Kritiker' sein, der z.B. die Berufsverote ‚herbeiredet'. Diese Personen diffamiert man – im Einklang mit dem Großteil der Koalitionsregierung und der CDU/CSU – als Kommunisten, kommunistisch Gesteuerte oder Linksextremisten und braucht sich nicht mit der Realität der politischen Unterdrückungspraxis in der BRD auseinanderzusetzen... Darüberhinaus ist es gerade Aufgabe gewerkschaftlicher Politik, staatliche Repression jeglicher Art aufzudecken und zu bekämpfen. Es ist für uns als Gewerkschafter unerträglich, daß kritische Denkansätze von der eigenen Führungsspitze von vornherein verteufelt, mit Zwang zu angebot und unverhohlener Drohung beantwortet werden.

• Wir fordern daher den DGB-Bundesvorstand auf, seinen Beschluß zur Nichtteilnahme am Russell-Tribunal zurückzunehmen und sich dem Druck und der Horrorpropaganda der Bundesregierung gegen das Russell-Tribunal nicht blind zu unterwerfen...

• Wir fordern die GEW und alle Basisgliederungen auf, eine breite Diskusssion über die Hintergründe und Zielsetzungen des 3. Russell-Tribunals im Zusammenhang mit dem Vetter-Rundschreiben vom 18.1.78 zu initiieren und auf eine Meinungsbildung unter den Mitgliedern hinzuwirken. ..." (Stellungnahme der Schulgruppe an der Heinrich-Kraft-Schule, nach GEW-Info 2/78 – Frankfurt). Weiterhin fordert die Schulgruppe alle anderen Schulgruppen auf, ebenfalls Stellung zu beziehen und an der Vorbereitung und Durchführung des Russell-Tribunals teilzunehmen.

DGB-Jugend

DGB-Jugend

Mit einer einstimmig angenommenen Resolution hat sich der Bundesjugendausschuß des DGB von der Stellungnahme des DGB-Bundesvorstands zum Russell-Tribunal abgegrenzt. Hier leicht gekürzt der Wortlaut der Resolution: *„Das Russell-Tribunal will mögliche Verstöße gegen die Grund- und Menschenrechte in der BRD untersuchen. Bei vielen Bürgern haben die Abhöraffären, die Nichteinstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst aus politischen Gründen, der Abbau von bürgerlichen Freiheitssrechten z.B.durch §§ 88a, 130a StGB usw. zu einer tiefen Verunsicherung und Einschüchterung geführt. Ein demokratischer Staat muß auch eine unbequeme Überprüfung seiner Verfassungspraxis ertragen können. Unsere staatlichen Institutionen müssen sogar an ihren eigenen Maßstäben und Grundsätzen gemessen werden. Eine solche Überprüfung der Rechts- und Verfassungspraxis ist nicht diffamierend, sondern kann zur Stabilisierung des demokratischen Rechtsstaates beitragen.*

Der DGB-Bundesjugendausschuß identifiziert sich nicht mit dem Russell-Tribunal. Jedem muß aber unbenommen sein, sich mit der Situation des Rechtsstaates in der BRD zu beschäftigen.

Die Überlegungen des Innenministeriums zur Verhinderung des Russell-Tribunals kriminalisieren die Teilnehmer dieser Veranstaltung und stellen ein weiteres Indiz für den Abbau demokratischer Rechte in der BRD dar. Gerade junge Bürger begreifen nicht, wenn der Rechtsstaat mit nicht dem Geist unserer Verfassung entsprechenden Mitteln geschützt werden soll.

Für die Arbeiterbewegung galt immer der Grundsatz, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist (Rosa Luxemburg). Das Russell-Tribunal muß daher ungehindert duchgeführt werden können. Auch Gewerkschaftsmitgliedern muß die autonome Entscheidung vorbehalten sein, am Russell-Tribunal teilzunehmen. Dieser Grundsatz hat sich schon bei den Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung bewährt und trug zur Entwicklung innergewerkschaftlicher Demokratie bei."

Die Stellungnahme des Bundesjugendausschusses ist auch vor dem Hintergrund seiner eigenen Disziplinierungen durch den DGB-Bund zu sehen. Nach der Bundesjugendkonferenz Ende letzten Jahres drohte das DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab in einem „Kurzbericht" zu eben jener Konferenz der DGB-Jugend, die gewagt hatte, die BRD als Unrechtsstaat zu bezeichnen, mit Disziplinierung. In diesem Bericht hatte Schwab nochmals betont, daß die Gewerkschaftsjugend *„keine Aktionen, insbesondere solche feindlicher oder gegnerischer Organisationen"* unterstützen dürfe, wenn sie nicht in Konflikt mit dem „höchsten Gremium" geraten wolle (nach „FR", 28.12.77).

AjLE der GEW Hessen

Mit einer Erklärung vom 16.2.78 wendet sich der Landesausschuß junger Lehrer und Erzieher Hessen gegen die diffamierenden Äußerungen im DGB-Papier anläßlich der Beurteilung der Jury-Mitglieder zum Russell-Tribunal. Im zweiten Teil der Stellungnahme beurteilt der LAjLE dann das Selbstverständnis der DGB-Führung:

„ ...Mit der Formulierung, das Russell-Tribunal befasse sich 'mit der angeblichen politischen Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten in der BRD und insbesondere mit den sogenannten Berufsverboten', macht der DGB-Bundesvorstand deutlich, daß sie als Gewerkschafter nicht unterscheiden können zwischen Staat und Gewerkschaft. Sie beginnen sich zu wehren und zu rechtfertigen, drohen gar, wenn tatsächlich Praktiken, die in der BRD angewandt werden, angegriffen werden.

Das sich hier und in den Schlußpassagen des Vetterbriefes widerspiegelnde Selbstverständnis von Gewerkschaften als schlichten Transmissionsriemen staatlicher Politik kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Es stünde gerade in der gegenwärtigen politischen Lage, die gekennzeichnet ist von fortschreitendem Abbau demokratischer Rechte, Gewerkschaften und Gewerkschaftern gut an. öffentlich und nach-

gekennzeichnet ist von fortschreitendem Abbau demokratischer Rechte, Gewerkschaften und Gewerkschaftern gut an,

öffentlich und nachdrücklich gegen Entdemokratisierung in der BRD Stellung zu beziehen.

Wenn der DGB aber versucht, seine Mitglieder zu hindern, sich öffentlich gegen die Aufgabe von Freiheitsrechten zu wenden, gerät er in Gefahr, selbst mit undemokratischen Tendenzen indentifiziert zu werden. **Briefe wie dieser des DGB-Vorstandes machen die Berechtigung und Notwendigkeit eines Russell-Tribunals in der BRD überdeutlich.**

Es bliebe noch festzuhalten, daß wir mit Erstaunen feststellen mußten, daß der DGB-Bundesvorstand mit diesem Schreiben einer 'indirekten' Aufforderung des Innenministeriums in der sogenannten Maihofer-Studie, in der es als besonders wichtig bezeichnet wurde, daß die Gewerkschaften sich gegen das Russell-Tribunal wenden, prompt nachgekommen ist." (Hervorhebung von uns - Anm.AK).

Auch der AjLE im GEW-Kreisverband Gießen-Stadt protestierte am 31 .1.78 gegen das Schreiben des DGB-Vorstandes. Unter anderem heißt es: *„Gerade jetzt, wo eine der entscheidendsten Auseinandersetzungen um Erhalt von Freiheitsrechten in der BRD beginnt, kann u.a. ein gut vorbereitetes Tribunal durch international anerkannte Persönlichkeiten einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der politischen Diskussion leisten. Nur eine offene Diskussion über mögliche Verletzungen der Menschenrechte wird in dieser Situation, in der jede Kritik tabuisiert werden soll, die Funktionsfähigkeit und den Erhalt der Demokratie gewährleisten können.*

Die Mitarbeit bei der Vorbereitung eines Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD richtet sich keinesfalls gegen die Interessen des DGB, sie bedeutet im Gegenteil ein Eintreten für Demokratie und Fortschritt in unserer Gesellschaft. Der AjLE Gießen fordert die Einstellung aller Angriffe auf die Jury und die an der Vorbereitung des Russell-Tribunals beteiligten Gewerkschafter". (aus: Uni Press/AStA-Zeitung der Uni Gießen).

GEW Hannover

Auf der Delegierten-Versammlung des GEW-Kreisverbandes Hannover-Stadt wurde in einem Antrag der Protest gegen den Rundbrief (bzw. beide) des DGB-Vorsitzenden Vetter ausgedrückt. In dem Antrag heißt es u.a. : *„Unabhängig von einer noch ausstehenden Diskussion über Stellenwert und Funktion des III.Internationalen Russell-Tribunals verurteilen wir aufs Schärfste die tendenziöse und denunziatorische Form der Charakterisierung der Sekretariats - und Beiratsmitglieder des Tribunals ......* **Wir sind bestürzt über das antikommunistische 'Kalte-Krieger-Denken', das aus dem Brief des DGB-Bundesvorstands spricht, und fordern diesen auf, sich von diesem Schreiben zu distanzieren und damit allen DGB-Gliederungen deutlich zu machen, daß Geheimdienstmethoden im DGB keinen Platz haben."**

Mit der Verabschiedung des Antrags wurden alle Betriebs-und Fachgruppen aufgefordert, sich über das III. Russell-Tribunal zu informieren und darüber zu diskutieren. Diese Diskussion soll auf der nächsten Delegiertenversammlung fortgesetzt werden.

GEW Nürnberg

Die GEW-Mitgliederversammlung vom 15.2. 78 hat einstimmig verabschiedet: *„Die GEW-Mitgliederversammlung drückt ihre Empörung über den Versuch der DGB-Spitze aus, durch eine vage und in keiner Weise schlüssige und überzeugende Argumentation die Funktionäre und Mitglieder der Einzelgewerkschaften daran zu hindern, an den Initiativen zum Russell-Tribunal und dem Bürgerkomitee ‚Weg mit den Berufsverboten', teilzunehmen.*

Der DGB stellt unter anderem fest, „eine Teilnahme an der kommunistisch beeinflußten Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten' wird wegen des undurchsichtigen politischen Hintergrunds abgelehnt". Der DGB-Bund fordert seine Mitgliedschaft auf, „sich in keiner Weise an der Vorbereitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen." „Eine Teilnahme

in keiner Weise an der Vorbereitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen." „Eine Teilnahme

würde sich strikt gegen die Interessen des DGB auswirken."

Da zweifellos durch die sich ausweitende Berufsverbotespraxis und Überwachungspraxis, durch Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Meinungsfreiheit, durch Ausweitung und schikanöse Handhabung polizeilicher Kompetenz die Rechtsordnung zusehends ausgehöhlt, eine politische Hexenjagd inszeniert und die Einschüchterung aller Kritiker versucht wird, ist der Kampf aller engagierter Demokraten, insbesondere Gewerkschafter, mehr denn je ein Gebot der Stunde.

Um dem behördlichen Verfassungsbruch und der legalisierten Repression Einhalt zu gebieten, hält die Mitgliederversammlung die Arbeit in Initiativen wie zum Beispiel Russell-Initiativen und Berufsverbote-Komitees für notwendig."

GEW Bielefeld

Einziger Tagesordnungspunkt der nächsten GEW-Vollversammlung des Ortsvereins Bielefeld soll die Diskussion über eine Unterstützung des Russel-Tribunals sein. Zu dieser Mitgliederversammlung, die als Veranstaltung durchgeführt werden soll, ist auch Sebastian Cobler vom Russel-Sekretariat eingeladen worden.

VDS: „...Praktiken des Verfassungsschutzes"

Schon immer hatte die demokratische und sozialistische Bewegung der BRD Schwierigkeiten in der Bestimmung ihres Verhältnisses zum DGB. Allein die Tatsache, daß sich der DGB als Einheits-gewerkschaft und als die Organisation der Arbeiterklasse ausgibt, genügt für wesentliche Teile schon, um über den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und über die Rolle, die die DGB-Führung bei der Durchsetzung des „Modells Deutschlands" spielt, den Mantel der Verschwiegenheit zu decken. So gibt es bis heute außerhalb des DGB kaum einen nennenswerten Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, ja selbst

Endlich! DGB „auf allen Ebenen" unterwandert

Wie kam „Russell-Tribunal" an Namenslisten des DGB?

dpa, Bonn

Der Bundestag wird sich demnächst mit der Frage befassen, wie EDV-Listen des DGB entgegen den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes in den Besitz des sogenannten „Russell-Tribunals" gelangten. Der CSU-Abgeordnete Michael Glos will von der Regierung wissen, ob damit schutzwürdige Belange von Bürgern verletzt wurden. Die EDV-Listen enthielten Namen, Adressen, und Ausschlußgrund ehemaliger Gewerkschaftsmitglieder. Glos äußerte die Vermutung, der Gewerkschaftsapparat sei von Ultralinken auf allen Ebenen durchsetzt, die den Russell-Initiativgruppen entsprechende Informationen zuschleusten.

Daß der DGB (in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz) Ausgeschlossenen-Listen anlegt, ist für die CSU selbstverständlich. Daß aber der Kreis der davon Betroffenen sich Informationen über diese ‚Datenspeicherung' einholt, verletzt das Daten-„Schutz"gesetz. Sowas ist wirklich nur in Westdeutschland möglich! (aus: „Welt", 28.2.).

beim Ausschluß von über 10.000 Mitgliedern in Westberlin fehlten die Stimmen, die sich sonst engagiert gegen den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD einsetzen.

In diese Haltung hinein platzte jetzt die Stellungnahme des DGB-Vorstandes zum Russell-Tribunal, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Dies hat selbst Kräfte zum Protest bewogen, die ansonsten eher Vorsicht walten lassen. Wir dokumentieren an dieser Stelle einige Stellungnahmen, die in etwa die Stimmung widerspiegeln.

Auf Antrag der Jusos, des LHV (FDP) und der Basisgruppen verabschiedete die VDS-MV gegen die
Auf Antrag der Jusos, des LHV (FDP) und der Basisgruppen verabschiedete die VDS-MV gegen die
Stimmen von MSB/SHB eine Erklärung, die in fast gleichlautender Art schon von der Landesastenkonferenz Hessen beschlossen worden war. Initiator ist der AStA der Uni Gießen. Die MV wendet sich gegen die Angriffe des Innenministeriums auf das Tribunal und fährt dann fort:

„Mit Schreiben vom 18.1.1978 an alle DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise schlägt nun der DGB-Bundesvorstand in die gleiche Kerbe der Verleumdung. Die MV stellt zu diesem Brief fest, daß der DGB-Bundesvorstand sich im Sprachgebrauch der denunziatorischen Praktiken des Verfassungsschutzes bedient, um das Russell-Tribunal als linksradikal abzustempeln und die es tragenden Persönlichkeiten zur Kriminalisierung freizugeben...

Die MV ist nicht der Meinung, daß die Mitarbeit bei der Vorbereitung des Russell-Tribunals sich gegen die Interessen des DGB richtet. Die Mitarbeit im Russell-Tribunal bedeutet im Gegenteil ein Eintreten für die Verwirklichung von Grundrechten in der Bundesrepublik. Die VDS-MV fordert die Einstellung aller Angriffe auf das Russell-Tribunal und die an der Vorbereitung beteiligten Gewerkschaftler. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, jegliche Reglementierung von Gewerkschaftsmitgliedern, die das Tribunal unterstützen, zu unterlassen.

Die VDS-MV sieht in dem diffamierenden Schreiben des DGB-Bundesvorstandes in der Verbindung mit der Verleumdung des Russell-Tribunals als Förderverein krimineller Ziele für terroristische Gewalttäter durch den Bundesinnenminister nichts anderes als den Versuch, die Öffentlichkeit auf ein eventuelles Verbot oder polizeiliche Auflösung des Russell-Tribunals einzustimmen...

In der demokratischen Tradition der Studentenschaften liegt es selbstverständlich, daß sie alles in ihren Kräften stehende tun, um eine Durchführung des Russell-Tribunals gegen alle unrechtmäßigen Verhinderungsmaßnahmen zu garantieren."

Frankfurt: Offener Brief an den DGB

Gegenwärtig werden in Frankfurt Unterschriften unter einen „Offenen Brief an den DGB-Bundesvorstand" gesammelt. Initiatoren sind Heiner Halberstadt (SPD), Alexander Schubart (SPD,SB) und der ehemalige Redakteur der IG-Metall Zeitung, Jakob Moneta. In diesem Brief heißt es: *„Wir sehen in dem Brief Heinz O. Vetters gefährliche Tendenzen: 1.Die Aussagen und Bewertungen des RT sind ohne jedwede innergewerkschaftliche Diskussion zustande gekommen. Der Brief gleicht einem ‚Erlaß' einer vorgesetzten Behörde an ihre nachgeordneten Dienststellen - es fehlt nur die Veröffentlichung im Staatsanzeiger. Gegen solche undemokratischen Verfahrensweisen müssen wir uns nachdrücklich verwahren.*

2.Dem eigentlichen Anlaß des III.RT

müssen wir uns nachdrücklich verwahren.

2.Dem eigentlichen Anlaß des III.RT

- nämlich der Frage, ob wir es in diesem Lande mit dem Abbau von demokratischen Rechten und einer Verletzung von Menschenrechten zu tun haben, geht der Brief H.O. Vetters aus dem Weg ...

3.Die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber dem Staat wird aufgegeben, - wenn anstelle einer eigenständigen Einschätzung politisch relevanter Sachverhalte aus gewerkschaftlicher Sicht ausschließlich regierungsoffizielle und geheimdienstliche Bewertungen . . . gesetzt werden,

- wenn anstelle konsequenter Interessenvertretung der Lohnabhängigen eine so weitgehende und unkritische Indentifizierung mit den bestehenden Verhältnissen . . . .tritt.

4.Sollte mit dem Satz: ‚Die Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelnen Gewerksschaftsmitgliedern richtet sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften', die Andeutung oder gar Ankündigung einer Ausdehnung bestehender Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die weitere Fallgruppe ‚Beteiligung am RT' gemeint sein, so müßten wir uns besonders nachdrücklich gegen solche Bestrebungen wenden . . . . ."

„express"(SB):„Sein Brief ist ‚widerwärtig' . . ."

Schwergetan hatte sich auch das SB bei der Frage, wie der Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie zu behandeln sei. Zwar gibt es einen im Juni letzten Jahres gefaßten Beschluß des Delegiertenrats, daß die Repression umfassend untersucht werden soll, in der Praxis jedoch traten SB-Gruppen oft genug für eine enge Begrenzung der Thematik des Tribunals (insbesondere Ausklammerung der UVB's) ein. Im „express" (Zeitung des SB für den Betriebs- und Gewerkschaftsbereich) schreibt die Redaktion nun: *„Der Brief des DGB-Vorsitzenden verrät in seiner Absicht und in seinem Stil, daß offenbar auch noch andere Mitschreiber beteiligt waren, die sich selbst zur Aufgabe gestellt haben, die Linke in der Bundesrepublik zu verfolgen, zu unterdrücken und – wo sich ihnen die Gelegenheit dazu bietet – auch in die Ecke politisch Krimineller zu drängen ... Die Mitschreiber, das sind die professionellen Schnüffler und Beamte im Bundesinnenministerium, die nicht die geringsten politischen Skrupel mehr besitzen . . . Der Vetter- Brief gleicht in ganzen Passagen den Darstellungen in diesem Geheimpapier . . . Vetter folgt den Empfehlungen, die das Geheimpapier über eine ‚Aufklärungs- und Informationskampagne' enthält, mit der das Russell-Tribunal bekämpft werden soll. In welcher Gesellschaft befindet sich dieser DGB-Vorsitzende? . . . Sein Brief ist so ‚widerwärtig' wie das Papier aus dem Innenministerium".*

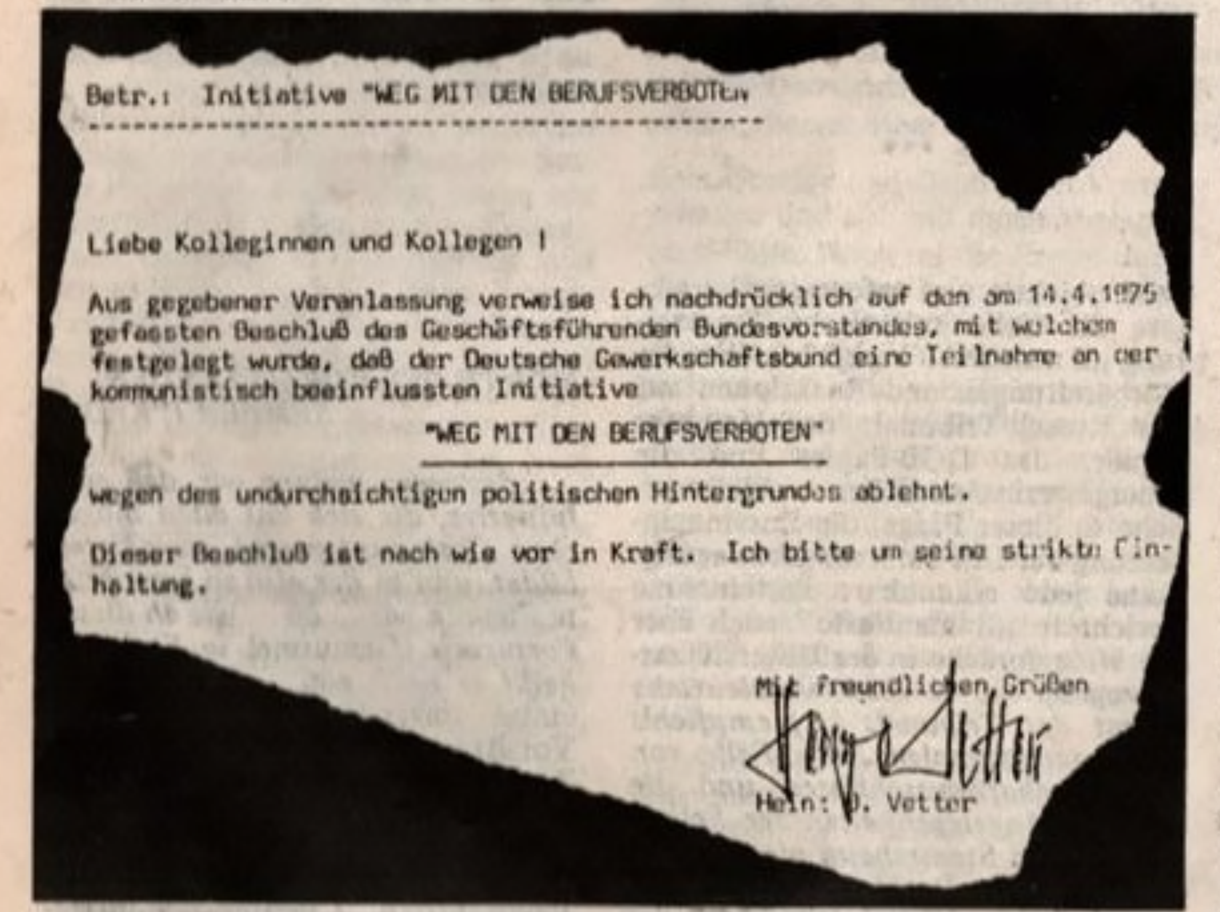
„Gruppe Rheinische Zeitung": Die Linke ist Schuld

„Gruppe Rheinische Zeitung": Die Linke ist Schuld

Einen demagogischen Purzelbaum schlug erneut die „Gruppe Rheinische Zeitung". In einem Flugblatt der „Sozialistischen Gruppe Westberlin" (die der GRZ angeschlossen ist) wird eingangs die Erklärung des DGB zitiert, um dann zu kommentieren: *„Eigentlich verständlich, wer unterstützt schon gerne ein Tribunal, wo er selbst auf der Anklagebank sitzen soll. Aber — seit wann soll der DGB denn dort sitzen? Es war immer nur die Forderung eines Teils der Unterstützerbewegung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB vor's RT zu bringen."* Mit keinem Wort finden sie erwähnenswert, in welcher Weise das Tribunal und die Jury angegriffen werden, auch findet man nichts über die Zusammenarbeit des DGB-Vorstands mit dem Geheimdienst. Stattdessen wird „Verständnis" geäußert. Auch die Bundesregierung wird sich nicht gern vor ein Tribunal „zerren" lassen — ist ihre Reaktion nicht mindestens ebenso „verständlich"? Und sie fahren fort: *„Auch die These von der faschistischen Entwicklung der BRD gehört zum geistigen Kleingeld nur eines Teils der Unterstützerbewegung — für das Tribunal völlig unmaßgeblich."* Einmal davon abgesehen, wer heute alles über eine faschistische Gefahr in der BRD diskutiert, müssen wir uns ernsthaft fragen, was Leute, die alles daransetzen, die Verhältnisse in der BRD systematisch zu verharmlosen, eigentlich mit diesem Tribunal vorhaben? Gegen den DGB-Vorstand haben sie offenkundig nichts einzuwenden, denn: *„Der DGB-Vorstand hatte offensichtlich schlechte Informanten [Bundesinnenministerium??]. Deshalb können wir seine Stellungnahme nicht als endgültig auffassen."* Freilich — ob die GRZ das nun „kann" oder nicht, wird den DGB wenig kratzen.

Auch die DKP bekommt ihr Fett ab

Eine knappe Woche nach seinem Russell-Rundschreiben wurde DGB-Boß Vetter wieder aktiv:



Betr.: Initiative "WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN"

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Aus gegebener Veranlassung verweise ich nachdrücklich auf den am 14.4.1975 gefassten Beschluß des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, mit welchem festgelegt wurde, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Teilnahme an der kommunistisch beeinflussten Initiative

"WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN"

wegen des undurchsichtigen politischen Hintergrundes ablehnt.

Dieser Beschluß ist nach wie vor in Kraft. Ich bitte um seine strikte Einhaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz O. Vetter

Man sieht, auch die DKP-beeinflußte „Initiative Weg mit den Berufsverboten" kommt nicht ungeschoren davon, obwohl sie in Wort und Tat stets unermüdlich ihre super-loyale Haltung gegenüber der DGB-Spitze dokumentiert hat. Dieses Vorgehen widerlegt auch drastisch die skurrilen Vermutungen einiger Unterstützer des Russell-Tribunals (etwa der „Gruppe Rheinische Zeitung"), die Linke habe den DGB durch ihre ständige Forderung nach Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse vergrault, und müsse sich „die Folgen" selbst zuschreiben.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse vor's Tribunal!

Zur Arbeitskonferenz in Köln

Am 25./26.2. fand auf Einladung der Kölner Russell-Initiative eine Arbeitskonferenz statt, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, Materialien zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in den DGB-Gewerkschaften und den damit verbundenen Ausschlüssen aufzuarbeiten, um damit der Forderung nach Behandlung der UVBs auf dem Tribunal Nachdruck zu verleihen.

Notwendig geworden war dieser Schritt insbesondere deshalb, weil sich die Mehrheit des Sekretariats und des Beirats trotz zweier vorliegender Gutachten, die die Gewerkschaftsausschlüsse eindeutig als Menschenrechtsverletzung charakterisieren, in öffentlichen Erklärungen wiederholt gegen deren Behandlung ausgesprochen hatte.

Die Aktualität dieser Frage machten drei Ereignisse in der jüngsten Zeit nochmals deutlich: die bekanntgewordene Existenz von EDV-Listen beim DGB über aus der Gewerkschaft Ausgeschlossene; der Vetter-Brief, in dem die UVBs auf Unterstützer des Russell-Tribunals erweitert werden; und der Massenausschluß aus der GEW-Bochum wegen Abdrucks eines Artikels im Info des Verbands zum drohenden "K-Gruppen"-Verbot. Etwa 150 Gewerkschafter und Ausgeschlossene hatten sich versammelt, wobei das politische Spektrum von Mitgliedern kommunistischer und sozialistischer Organisationen über unabhängige Linke zu Mitgliedern und Vertretern oppositioneller Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen reichte.

Am Abend des 25.2. fand eine Veranstaltung statt, an der als Redner ein Betriebsrat der Delmenhorster Müllwerke, der Betriebsratsvorsitzende von Reynolds/Hamburg, ein Betriebsrat von Pierburg/Neuss, ein ehemaliger Bildungssekretär der Westberliner IG Chemie, der ausgeschlossene 1. Vorsitzende der GEW-Bochum und ein Vertreter des Solidaritätskomitees Opel Bochum teilnahmen.

Neben der konkreten Ausschlußpraxis der Gewerkschaftsführung, den sozialen Folgen und den Folgen für eine konsequente Betriebsarbeit war die direkte Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit dem Staatsapparat und der Kapitalistenklasse Thema der verschiedenen Arbeitskreise. Einhellige Meinung der großen Mehrheit der Anwesenden war, daß die Gewerkschaftsausschlüsse keinesfalls als rein innergewerkschaftliches Problem behandelt werden können, da sie ein ganz zentrales Instrument zur Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Intelligenz sind.

Diese Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitskreisen und im Plenum

gesamten Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Intelligenz sind.

Diese Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitskreisen und im Plenum

wurden in einer fast einstimmig verabschiedeten Resolution zusammengefaßt, die mit Materialien an die Jury-Mitglieder weitergegeben werden soll (siehe Abdruck). Weiterhin wurde beschlossen, zu Beginn des Tribunals eine Veranstaltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in Frankfurt durchzuführen.

Boykottiert wurde diese Arbeitskonferenz von denjenigen Kräften, die sich innerhalb der Unterstützerbewegung gegen die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen haben. Insbesondere verweigerte auch diesmal das Sekretariat und der Beirat eine Diskussion mit den Betroffenen, worin die Überheblichkeit zum Ausdruck kommt, die sie den Problemen der Arbeiterbewegung gegenüber an den Tag legen. (Ohne Mandat anwesend war immerhin ein Mitglied des Sekretariats, Ellen D., die sich in der Vorbereitung mit diesem Arbeitsbereich befaßt hatte).

"KPD" auf Spalterkurs

In beträchtlicher Besetzung war die "KPD" zu dieser Arbeitskonferenz angerückt, obwohl sie schon in der "Roten Fahne" vom 15.2. erklärt hatte, daß sie dieses Tribunal nicht unterstützen könne, da die Repression in der DDR kein Thema sei. Wie zu erwarten, stieg sie denn auch mit diesem Thema in den Ring. Schon auf der Veranstaltung stellte ein Vertreter die verrückte These auf, die DKP sei gemeinsam mit der DGB-Führung Hauptinitiator und -träger der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Dies wurde in einer Plenumsdiskussion noch dahingehend gesteigert, daß die DGB-Gewerkschaften gegenüber den Gewerkschaften der DDR "Waisenknaben" seien, da es sich dort um reine Staatsgewerkschaften handle. Wie dies nach den auf der Konferenz vorliegenden Materialien, die historisch beweisen, daß die DGB-Führung seit Gründung des DGB das Geschäft der Unterdrükkung der Arbeiterbewegung übernommen hat und zwar in engster Kooperation mit dem Staatsapparat (und nicht einmal erst seit dem Antritt der SPD-Regierung), noch behauptet werden konnte, war für den weitaus überwiegenden Teil der Anwesenden schlichtweg unverständlich. Als glatte Provokation wurde dann die Erklärung empfungen, daß Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote für DKPler zu begrüßen seien. Alles deutete in diesem Moment darauf hin, daß der Versuch der "KPD", doch noch mit einem Fuß auf den Russell-Zug aufzuspringen, scheitern würde, da niemand Interesse zeigte, mit Vertretern solcher provokatorschen Auffassungen bei einem Tribunal über die BRD zusammenzuarbeiten. Die "KPD"-Führung machte jedoch rechtzeitig einen Rückzieher und erklärte in weiteren Gesprächen, daß dies für sie keine Hauptfrage sei und sie es daran nicht zur Spaltung kommen lassen wolle. Hierin drückt sich die ganze Orientierungslosigkeit des Vorgehens der "KPD"

frage sei und sie es daran nicht zur Spaltung kommen lassen wolle. Hierin drückt sich die ganze Orientierungslosigkeit des Vorgehens der "KPD"

aus, die noch in der "Roten Fahne" dies (keine Behandlung der DDR) als einzigen Grund aufführte, weshalb sie das Tribunal nicht unterstützen könne. Jetzt soll dies plötzlich keine Hauptfrage mehr sein? In dieser Frage kann wohl erwartet werden, daß die "KPD" endlich Farbe bekennt und ihre Position einmal eindeutig definiert.

Resolution

verabschiedet auf der Arbeitskonferenz "Unvereinbarkeitsbeschlüsse vors Russell-Tribunal" am 25./26.2.78

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich mit folgender Entschließung an die Jury des Russell-Tribunals:

„Mit Bestürzung haben wir die Erklärung des Beirats und des Sekretariats zur Kenntnis genommen, nach der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den DGB-Gewerkschaften kein Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein sollen.

Wir dagegen sind aufgrund des uns vorliegenden Materials zu der Erkenntnis gelangt, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse

- das Koalitionsrecht verletzen, da der DGB aufgrund seiner Monopolstellung eine weitere gewerkschaftliche Organisierung von Ausgeschlossenen verhindern kann und dies auch mit schwarzen Listen praktiziert (siehe die dem Sekretariat vorliegenden Gutachten)
- der zentrale Radikalenerlaß gegen die Arbeiterbewegung sind, da Gewerkschaftsausschlüsse unmittelbar mit betrieblichen Entlassungen verbunden sind
- die Informations- und Meinungsfreiheit innerhalb der Gewerkschaften verletzen (siehe das vorliegende Material zu den Ausschlüssen aus der GEW-Bochum)
- die Organisationsfreiheit der Gewerkschaftsmitglieder aufheben. Heute müssen wir sogar feststellen, daß die Gewerkschaftsführung die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die Teilnahme am Russell-Tribunal ausdehnt.

Weiterhin müssen wir feststellen, daß die DGB-Führung in direkter Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat das "Modell Deutschland" gegen seine Kritiker verteidigt und dies mit einer ungeheuerlichen Verleumdungskampagne gegen das Tribunal und seine Mitglieder verbindet.

Über die Verletzung der innergewerkschaftlichen Demokratie hinaus können wir feststellen, daß es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsführung, dem Staatsapparat und den Kapitalisten bei der Festlegung der Lohnleitlinien und damit des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung gibt. Gerade in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen hat sich wiederum bewiesen, daß die Gewerkschaftsführung als Kontroll- und Disziplinierungsorgan gegenüber den Mitgliedern fungiert und nicht als Vertretungsorgan der Arbeiter. Aus all diesem schließen wir:

der DGB kann nicht als privatrechtlicher Verein angesehen werden, sondern als eine Institution, deren Führung eng mit den Interessen des Staates verbunden ist.

Wir schließen weiterhin, daß die DGB-Führung über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse direkt an der Verletzung von Grund- und Menschenrechten und an der Verschärfung der Repression in der BRD beteiligt ist. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Gewerkschaftsausschlüsse ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein sollten und wenden uns mit dieser Aufforderung an die Mitglieder der Jury.

SB fordert Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse

Das SB zeigt sich *„besorgt"*, denn *„der deutsche Beirat und das Sekretariat haben am 10. Januar 1978 eine Erklärung verfaßt ..., die darauf hinauslaufen könnte, die Inhalte der Fragestellungen ... erheblich einzuschränken ... . Es kann u.E. überhaupt keinen Zweifel darüber geben, daß in einer großen Zahl von Berufsverbotsfällen ein direkter – ja oft bestimmender – Zusammenhang von Ausschlüssen aus den Gewerkschaften und praktiziertem Berufsverbot besteht. Und noch wichtiger: wegen der Anerkenntnis der Koalitionsfreiheit, wie sie als Grundrecht im Grundgesetz der BRD verankert ist, ist der Verdacht nicht auszuschließen, daß – in Form der Drittwirkung – politisch begründete Gewerkschaftsausschlüsse einer Grundrechtsverletzung gleichkommen könnten*". Das SB schlägt deshalb der Jury vor, *„im Rahmen der ersten Sitzung des Tribunals die Frage der Gewerkschaftsausschlüsse im Sinne der ursprünglichen Konzeption zu behandeln."* (Brief des SB an die Jury vom 19.2.). Ein Seitenhieb gegen den KB darf freilich nicht fehlen. Angeblich würde der KB *„am liebsten ein Tribunal haben, das vor allem (??) die Gewerkschaften auf die Anklagebank setzt und möglichst als Handlanger eines faschistoiden Staats BRD verurteilt."* Hier scheint wieder einmal der Undogmatismus zum Prinzip der Wahrheitsfindung gemacht worden zu sein. Braucht das SB vielleicht einen Pappkameraden, um eigene „Unsicherheiten" vergessen zu machen? Gerne geben wir zu, daß wir zu den vehementesten Befürwortern der Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gehören. Dies so zu interpretieren, wir wollten den Hauptstoß gegen den DGB richten, ist wohl kaum ein zulässiger Schluß. Wenn für alle Unterstützer eine umfassende Behandlung der Repression, und dann eben auch der Gewerkschaftsausschlüsse, so selbstverständlich gewesen wäre, wie sich das jetzt im SB-Brief liest, hätten sich viele zeit- und kraftraubende Diskussionen erledigt.

Schwachsinn aus der rechten Ecke

Verfolgungswahn gegenüber dem KB und eine offenbar ungezügelte Phantasie kennzeichnen ein surrealistisches Werk von Thomas Hofman, Luise Morgenthal und Jochen Staadt in der Westberliner links (?) sozialdemokratischen Zeitung „Langer Marsch" (Februar).

Wir haben hier einmal spaßeshalber sämtliche in dem Artikel enthaltenen Ausführungen über den KB zusammengestellt:

- den *„Machtpolitikern des KB Nord"* sei es gelungen, *„Teile der Linken in ihren Schlepptau zu nehmen"*.
- der KB habe *„Debatten"* geführt, um die *„Themen, die das Tribunal zu behandeln hätte, bevor es durch die Linke als förderungswürdig anerkannt werden könnte"*. (Tatsächlich hat der KB, im Gegensatz zu vielen anderen, das Tribunla vom ersten Moment an und ohne jeden Vorbehalt unterstützt!).
- In diesem Zusammenhang habe der KB *„die Untersuchung 'imperialistischer Politik der BRD in der 3. Welt"* gefordert. (Frei erfunden!).
- Die *„Knast- und Foltergruppen"* würden *„im Gefolge des KB segeln"*. (Wahrscheinlich müssen wir schon froh sein, daß die langen Marschierer nicht das Umgekehrte behauptet haben).
- Der KB habe *„stirnrunzelnd und süßsauer"* auf den Eintritt anderer Organisationen in das Russell-Bündnis reagiert, da dies sein Vorhaben *„gefährdet"* hätte, *„das Russell-Tribunal als Vehikel einer linksradikalen Sammlungsbewegung unter Führung des KB zu nutzen"*.
- Der KB habe *„im Laufe des Konflikts den Schafspelz abgelegt und sich als typische K-Gruppe gezeigt"*.
- Der KB habe eine *„moralisierende Debatte über gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Schwule, Frauen, AKW-Gegner"* angestrebt.
- KB *„und Anhang"* (?)hätten über jeden Rückschlag frohlockt.
- Dem KB sei es gelungen, *„den Gedanken von 'Basisdemokratie' (in diesem Fall bei der Besetzung des Sekretariats) in demagogischer Weise und mit zeitweise erheblichem Erfolg zur Festschreibung seiner Sektiererpolitik zu funktionalisieren"*.
- Die Notwendigkeit, vom KB böswillig angezettelte Abstimmungen zu überstehen, habe in den Unterstützungskomitees *„so viele Kräfte gebunden, daß für eine positive Unterstützung des Tribunals nicht mehr viel Zeit übrig bliebe"*.

Damit die Ausgewogenheit aber auch gewahrt ist: Auch mit scharfer Kritik an der DKP wird nicht gespart. So schreibt der „Lange Marsch" mit geradezu ätzender Schärfe, „T e i l e" der DKP hätten **„Schwierigkeiten mit dem Russell-Tribunal"**. *„T e i l e"* der DKP hätten *„e i n i g e s zur Behinderung des entstehenden Bündnisses"* getan. Und als nicht weniger bissig ist wohl die Bemerkung zu verstehen, es deute sich seit Mitte Januar *„eine Änderung der Position der DKP an"*. - Jedenfalls sieht man doch, w o für diese Langen Marschierer der Feind steht und nach welcher Seite hin der Honig gekleistert wird.

MELDUNGEN MELDUNGEN MELDUNGEN

Paderborn. Am 24./25.2. trat der „Arbeitskreis zur Unterstützung des 3.Russell-Tribunals" erstmals mit einem Antirepressionswochenende an die Öffentlichkeit. Am ersten Tag (Veranstaltung zum Thema Zensur) kamen ca. 90 Leute; am zweiten Tag fand dann eine Fete statt, die von rund 150 Leuten besucht wurde. Auf der Veranstaltung sprach Prof. Wesel vom westdeutschen Beirat. Vom eigentlichen Thema kam er aber bald ab, um sich speziell auf den KB einzuschießen, denn dieser sei schuld daran, daß die DKP beim Russell-Tribunal nicht mitmacht. Wegen der Forderung nach Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse „tobt in der Provinz der Kleinkrieg". Außerdem würde man auf diese Weise den vorhandenen innergewerkschaftlichen Widerstand gegen die Berufsverbote liquidieren (?).

Schließlich gipfelten seine Beschuldigungen gegen den KB in der Behauptung, der KB wolle die Unterstützerbewegung dadurch spalten, daß er die Behandlung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR auf dem Tribunal fordere. Gefragt, woher er das denn habe, meinte er, das hätten ihm „führende Vertreter des KB" auf Veranstaltungen erzählt (was wir hiermit feierlich dementieren).

Wesel wurde dann darauf aufmerksam gemacht, daß er den KB mit der „KPD" verwechsle, mochte dies aber nicht zugeben, sondern biß sich unwahrscheinlich an dieser Frage fest ...

Da kann man nur hoffen, daß ihm solche „Mißgeschicke" nicht während des Tribunals passieren.

DFG/VK Westberlin unterstützt Tribunal

Erfreuliches ist aus der DFG/VK zu melden. Der Landesverband Westberlin hatte sich schon im Juli 1977 für die Teilnahme von pazifistischen und anti-militaristischen Organisationen und Gruppen am Russell-Tribunal

Ebenfalls erfreulich ist der Entschluß des Bundesvorstands der DFG/VK, allen Gruppen zu empfehlen, Materialien zu den die KDVler betreffenden Repressionen an das Sekretariat zu schicken und Zeugen zu

DFG/VK Westberlin unterstützt Tribunal

Erfreuliches ist aus der DFG/VK zu melden. Der Landesverband Westberlin hatte sich schon im Juli 1977 für die Teilnahme von pazifistischen und anti-militaristischen Organisationen und Gruppen am Russell-Tribunal
eingesetzt.

Am 3.12.77 bekräftigte sie ihre Mitarbeit im Westberliner Vorbereitungskomitee und forderte die DFG/VK-Gruppen auf, sich an den jeweiligen regionalen Vorbereitungsgruppen zu beteiligen und Material zum Thema Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und Berufsverbote für Pazifisten an das Sekretariat zu schicken und Zeugen zu benennen. Zu den Erstunterzeichnern der Initiative „Pazifisten für das Russell-Tribunal" gehören Mitglieder des Bundesvorstands, von Landesverbänden und Gruppen (der Aufruf wird von Bodo Brühl, 1000 Berlin 20, Wilhelmshavener Str. 16, verschickt).

Ebenfalls erfreulich ist der Entschluß des Bundesvorstands der DFG/VK, allen Gruppen zu empfehlen, Materialien zu den die KDVler betreffenden Repressionen an das Sekretariat zu schicken und Zeugen zu
benennen, ohne das Tribunal selbst formell zu unterstützen. Dieser Entschluß kam erst nach einigem Sträuben zustande. Im Sommer 1977 wurde ein entsprechender Vorstoß der Westberliner DFG/VKler noch vom Bundesvorstand abgeblockt. Dieses Verhalten führte zu einer Mißbilligung durch den Landesausschuß Westberlin, der den Bundesvorstand aufforderte, *»sich unverzüglich um eine Mitarbeit im nationalen Vorbereitungskomitee für das Russell-Tribunal zu bemühen«*. Der Bundesvorstand hat dieser Kritik jetzt teilweise Rechnung getragen (nach der Januar-Ausgabe v. „Berlin-Intern" der DFG/VK).

Protest gegen „Europa der Polizei

Auf der Pressekonferenz zum Russell-Tribunal III in Brüssel (18.1.) wurde ein Berufsverbote-Fall dargestellt, der mittlerweile ziemliche Wellen in Belgien geschlagen hat: Es handelt sich darum, daß das Westberliner Jugendamt einer Sozialarbeiterin die Einstellung verweigert mit der Begründung, sie habe als KB-Vertreterin auf einem Fest der belgischen Sozialistischen Organisation PLS am 14. Mai '77 in Brüssel teilgenommen und damit „zu Zweifeln an ihrer Verfassungstreue Anlaß gegeben".

Die Zeitung „La Cite" (20.1.) äußerte sich daraufhin beunruhigt über diesen „typischen Fall von Berufsverbot" und stellte die Frage, wie die westdeutschen Behörden zu diesen „Erkenntnissen" gelangt seien.

Schließlich brachte P.H. Gendebiens, Vorsitzender des „Rassemblement Wallons", Mitunterzeichner des Aufrufs zur Unterstützung des Russell-Tribunals, am 24.1. eine parlamentarische Anfrage zu diesem Vorgang ein:

„Weiß der Minister, auf welche Art und Weise die Polizei und die deutschen Behörden über die Anwesenheit der betreffenden Deutschen informiert wurden? Ermächtigt die belgische Regierung die deutschen Behörden zu Kontrollen über politische Veranstaltungen, die gemäß unserer Verfassung und unseren Gesetzen stattfinden? Sind Informationen bezüglich solcher Veranstaltungen von belgischen Behörden an westdeutschen Behörden übermittelt worden?" (Protokoll der Sitzung vom 24.1.78).

Innenminister van Elslande antwortete am nächsten Tag und legte in brutaler Offenheit die internationale Zusammenarbeit der Schnüffler bloß:

„Ich antworte M. Gendebien, daß die Polizeiapparate und die verschiedenen Sicherheitsdienste dieses Landes Informationen austauschen, um die Informationen über die Kriminalität zu verbessern, und daß die belgischen Sicherheitsdienste sich veranlaßt sahen, ihre westdeutschen Kollegen über die Äußerungen in Kenntnis zu setzen, die in Belgien öffentlich durch eine deutsche Agitatorin abgegeben worden sind" (Protokoll vom 25.1.78).

Immerhin hat das Aufsehen um diesen Fall dazu beigetragen, die Wachsamkeit gegenüber einem „Europa der Bullen" und dem „Modell Deutschland" in Belgien zu erhöhen.

Belgien-Kommission

Portugal. Major Otelo de Carvalho, einer der entscheidenden Leute beim Sturz des Faschismus in Portugal, ist als Mitglied der Jury für das Russell-Tribunal benannt. Es ist jedoch fraglich, ob er von den portugiesischen Behörden die Ausreiseerlaubnis erhält: Die Militärbehörden behalten sich das Recht vor zu entscheiden, ob Otelo am Tribunal in Frankfurt teilnehmen darf. Einen billigen Vorwand hätten sie für ein derartiges Verbot: In Portugal existiert ein Gesetz, nach dem es Militärs verboten ist, sich politisch zu äußern. Unter dem Aspekt der bekanntlich sehr guten Beziehungen BRD/Portugal wie auch zwischen der SPD und der portugiesischen sozialdemokratischen Partei (PS) ist damit zu rechnen, daß auch die SPD das Ihrige dazu tun wird, um die Ausreise zu verhindern – daß sie auch vor solchen Mitteln nicht zurückschreckt, hat das Papier des Bundesinnenministeriums eindeutig belegt!!

Otelo stellt dieser Tage seinen Ausreiseantrag. Die demokratischen Kräfte in der BRD werden es sich nicht nehmen lassen, die Beteiligung von Otelo an den Sitzungen der Jury mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften zu fordern.

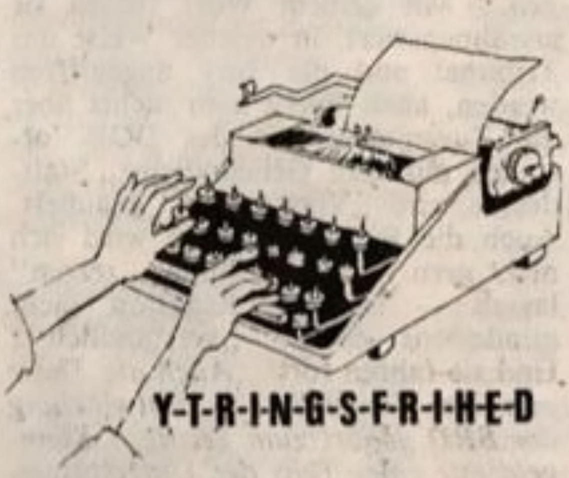
***

auch vor solchen Mitteln nicht zurückschreckt, hat das Papier des Bundesinnenministeriums eindeutig belegt!!

Otelo stellt dieser Tage seinen Ausreiseantrag. Die demokratischen Kräfte in der BRD werden es sich nicht nehmen lassen, die Beteiligung von Otelo an den Sitzungen der Jury mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften zu fordern.

***

Dänemark. Als Reaktion auf recht positive Artikel in demokratischen dänischen Zeitungen zum Russell-Tribunal („Information", „Politiken" und „Ekstra Bladet" vom 15.1., „Frit Danmark" in der Februar-Ausgabe) sahen sich die rechte Tageszeitung „Berlingske Tidende" (25.1.) und das sozialdemokratische Blatt „Aktuelt" (19.1.) ihrerseits zu Anpinkeleien veranlaßt. Erstere weiß nicht, ob sie *„lachen oder weinen soll, wenn man nun hört, daß der portugiesische Antidemokrat und Putschmanager Carvalho über die demokratischen Institutionen Westdeutschlands zu Gericht sitzen soll"*. Auch für die Sozialdemokraten scheint Otelo der Hauptangriffspunkt zu sein. Originellerweise wirft „Aktuelt" ihm im gleichen Atemzug vor, einerseits *„Exponent für Portugals repressive Kolonialpolitik in Afrika"* gewesen zu sein, andererseits eine *„revolutionäre Räterepublik"* angestrebt zu haben. Was die Sozialdemokraten dabei ganz vergessen haben: Otelo ist überzeugter Anarchist, außerdem Agent des Sozialimperialismus, Intimus von Fidel Castro und und.....



Meinungsfreiheit

***

Die französische Richterin Monique Guemann, Stellvertretende Vorsitzende des Syndicat de la Magistrature (demokratischer Richterverband), soll bestraft werden, weil sie sich gegen die Auslieferung des westdeutschen Rechtsanwalt Klaus Croissant ausgesprochen hatte. Am 28. November wurde sie deswegen „vorläufig beurlaubt", bis zur weiteren Behandlung der Sache. Am 10. Februar entschied die zuständige Disziplinarkommission, Monique Guemann habe gegen ihre Pflichten gegenüber dem Staat, der Ehre, der Würde etc. pp. verstoßen. Beschlossen wurde ihre Herabstufung und ihre Versetzung. Am 14.Februar wurde dieser Spruch der Kommission vom Justizminister bestätigt, und am 19. Februar wurde ihr mitgeteilt, daß sie nach Nanterre versetzt sei.

Das Syndicat de la Magistrature hat erklärt, das dies die schwerste Maßnahme gegen einen Richter seit der Befreiung Frankreichs von den Nazis sei. Für den 15. Februar wurde vom Syndicat de la Magistrature zu einem einstündigen Proteststreik aufgerufen. Es hat sich inzwischen ein Unterstützungskomitee für Monique Guemann gebildet, das schon über 6000 Unterschriften gesammelt hat.

***

Eine Veranstaltung gegen die Repression in der BRD fand am 28. Februar in Rom statt. Veranstalter war das italienische **‚Komitee zur Verteidigung der Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten in der BRD'**, das sich im Zusammenhang der Vorbereitungen zum Russell-Tribunal gebildet hat.

Auf der Veranstaltung sprachen

Eine Veranstaltung gegen die Repression in der BRD fand am 28. Februar in Rom statt. Veranstalter war das italienische **‚Komitee zur Verteidigung der Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten in der BRD'**, das sich im Zusammenhang der Vorbereitungen zum Russell-Tribunal gebildet hat.

Auf der Veranstaltung sprachen
Lelio Basso und Lombardo Radice vom Komitee. Lelio Basso ist Senator im römischen Parlament, er war Vorsitzender des 2. Russell-Tribunals (Repression in Lateinamerika); Lombardo Radice ist Mitglied des ZK der PCI und gehört der Jury des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD an. Lelio Basso warnte in seiner Rede u.a. auch vor der Tendenz der BRD, eine politische Beeinflussung auf europäischer Ebene durchzusetzen, wofür die „Europäische Konvention gegen den Terrorismus" ein Beispiel sei.

Aus der BRD sprachen Wolfgang Abendroth und Peter Schneider. Abendroth ging in seiner Rede auf das Ausmaß und die näheren Umstände des Berufsverbots ein.

(nach „il manifesto", 1. 3. 78)

***

Sehr objektiv und informativ berichtete die linke italienische Tageszeitung „il manifesto" am 22.2. über die Vorbereitungen und Reaktionen auf das Russell-Tribunal: das Maihofer Papier, das DGB-Papier und die innergewerkschaftlichen Widersprüche in dieser Frage, die Zusammensetzung der Unterstützungsbewegung. Ohne jede erkennbare Parteinahme berichtete „il manifesto" auch über die Widersprüche in der Unterstützerbewegung: „ ... *Der westdeutsche Beirat des Tribunals (...) empfiehlt der internationalen Jury, Fälle von Gewerkachaftsausschlüssen und die dunklen Angelegenheiten der ‚Selbstmorde' von Stammheim nicht zu untersuchen ... Darüber jedoch existieren keine Übereinstimmung der Meinungen in der westdeutschen Linken. Einige Organisationen meinen nämlich, daß man sich auf diesem Wege schließlich auf einen allzu begrenzten Gesichtskreis einschränken wird"*.

* * *

Bonn. Am 25.2. führten die Falken eine Veranstaltung des Tribunals durch, an der 180 Menschen teilnahmen. Als Vertreter der Jury war der niederländische Sozialdemokrat Lolle Nauta anwesend, ferner Karsten Voigt (SPD-Bundesvorstand), Gerhard Schröder (Juso-Vorsitzender) und Wolf-Dieter Narr. Karsten Voigt betonte, die SPD sei aus ihrer Tradition heraus als erste aufgerufen, gegen die Repression, soweit sie in der BRD stattfinde, zu arbeiten. Das RT sei nicht in der Lage, die Situation objektiv einzuschätzen, da es wesentlich von antidemokratischen (!) Kräften beeinflußt sei. Lolle Nauta stellte zunächst fest, daß allein das Vorhaben des RT eine breite Diskussion entfacht habe. Und gerade an dieser Diskussion hätten die Parteien als die Verantwortlichen kein Interesse. Als Ergebnis aus dem Tribunal erhoffte er sich eine breite Bürgerbewegung zur Verteidigung der Freiheitsrechte. Die politische und ökonomische Macht der BRD bestärke ihn in seinem Vorhaben.

Gerhard Schröder meinte, um die Repression festzustellen, brauche man eigentlich kein Tribunal. *„Nützlich wäre es als Mittel zum Zweck, mit den demokratischen und sozialistischen Jugendbewegungen in der BRD eine Bürgerrechtsbewegung in*

erhoffte er sich eine breite Bürgerbewegung zur Verteidigung der Freiheitsrechte. Die politische und ökonomische Macht der BRD bestärke ihn in seinem Vorhaben.

Gerhard Schröder meinte, um die Repression festzustellen, brauche man eigentlich kein Tribunal. *„Nützlich wäre es als Mittel zum Zweck, mit den demokratischen und sozialistischen Jugendbewegungen in der BRD eine Bürgerrechtsbewegung in*
Gang zu setzen, eine Bewegung, an der sich Sozialisten, Liberale und Christen beteiligen können" (nach „Vorwärts", 2.3.).

Wolf-Dieter Narr sprach zur konkreten Durchführung des Tribunals, wobei als einigermaßen überraschende Neuigkeit herauskam, daß im Falle der Absage von Behörden- und Regierungsvertretern *„ein faires Gegengutachten ihre Position vortragen"* soll. Offenbar will der Beirat jetzt „Pro- und Contra"-Gutachten zu allen Unterdrückungsmaßnahmen erstellen.

Karsten Voigt forderte schließlich eine Distanzierung von „antidemokratischen Teilen" der Unterstützungsbewegung.

Der „Vorwärts" empfiehlt der SPD in seinem Bericht, die beste Taktik sei es jedenfalls, von Repressionen gegen das Russell-Tribunal abzusehen.

***

WORTE DES VORSITZENDEN SEMLER ("KPD")

„ ...deswegen meinen wir, daß eine Initiative, die sich aus allen möglichen Obskuranten und Trotzkisten bildet, und in der also so berüchtigte Figuren wie ... äh ... wie äh dieser Portugiese (Gemurmel im Saal) *wie heißt er noch mal ...* (Gelächter – einige unverständliche Laute des Vorsitzenden – lautes Gelächter, Zurufe) *C a r v a l h o ! Ah! Carvalho, dieser berüchtigte Abenteurer und ... äh ...* (ständiges Gelächter im Saal) *und U-Boot der modernen Revisionisten,* **Carvalho** *sich ausgerechnet, sich ausgerechnet ... äh ...* (Gelächter hält an) *zum Schiedsrichter über die Entwicklung der Bundesrepublik aufschwingen will... natürlich zurückweisen müssen..."*

(Semler auf einer Diskussionsveranstaltung von KBW, „KPD" und KB in Frankfurt; nach Tonbandmitschnitt).

Grohnde-Prozesse

Zwei Monate nach Beginn der Grohnde-Prozesse laufen in Hannover vorm Landgericht mittlerweile fünf Verfahren. Nach Planung der Justiz sollten es bereits sieben sein. Offenbar hatte man sich die Aburteilung der AKW-Gegner zügiger vorgestellt.
Die nach Ansicht von Staatsanwalt Borchers „hieb- und stichfesten" Anklagen in den laufenden Verfahren (gegenüber den 110 Verfahren, die wegen Beweisschwierigkeiten eingestellt werden mußten, wie Borchers zugab) stehen nach diesen zwei Monaten auf immer tönernden Füßen.

Stand der einzelnen Verfahren

Jerry (Vorerst jeden Montag; Vorsitzender Richter Taeglichsbeck; Verteidiger Adamietz):

Das Verfahren gegen Jerry ist in der „Beweisaufnahme". Gegen Jerry liegt eigentlich nichts vor, außer einem Vernehmungsprotokoll, das er nach einem Verhör am 19.3. unterschrieben hat. Nach diesem Protokoll soll er angeblich an der Schienenbesetzung in Kirchohsen beteiligt gewesen sein und einmal an einem Seil gezogen haben.

Verhaftet wurde er, als er auf eine Polizeikette zuging, angeblich, um die Polizei vor einer Gruppe zu warnen, die vorgehabt hätte, Gefangene mit MP's zu befreien. Zeugen für seine vermeintliche Beteiligung an der Schienenbesetzung und am Seilziehen gibt es nicht. Er selbst nimmt dazu und zu seiner Verhaftung keine Stellung mehr. Im Prozeß ging es deshalb darum, festzustellen, wie es zu Jerry's merkwürdigem „Geständnis" kam. Zu diesem Punkt wurden Kripo-Beamten Frieler und Ahlhorn vernommen, die ihn in Hameln verhört hatten.

Nachdem sie sich zunächst in einige Widersprüche verwickelten, wer wessen Erinnerung bei einem Gespräch vor der Verhandlung auf die Sprünge geholfen hat, sagten sie schließlich übereinstimmend aus:
— daß sie von dem angeblich getöteten Polizisten wußten, daß davon möglicherweise auch in der Vernehmung gesprochen wurde,
— daß auf dem Flur, wo die Vernehmung wohl stattfand, möglicherweise auch Polizisten mit Maschinenpistolen waren,
— daß es Vernehmungspausen gegeben hat, in denen Jerry möglicherweise allein gewesen ist,
— daß möglicherweise in der Vernehmung von einem Haftbefehl gesprochen wurde und von einem angeblich anwesenden Haftrichter,
— daß Jerry zu Beginn der Vernehmung außer „Teilnahme an der Demonstration" kein konkreter Tatvorwurf gemacht wurde!

Zusätzlich wurden zu diesem Punkt der Hamelner Haftrichter und eine Gerichtsgehilfin verhört, die sich allerdings „an nichts" erinnern konnten.

Christian G. (vorerst dienstags; Vorsitzender: Name nicht bekannt; Verteidigerin: Klawitters):

Auch in Christians Verfahren konnte es dem Staatsanwalt nicht gelingen, die schon in der Anklageschrift massiv auftretenden Widersprüche auszuräumen. Nach wie vor ist sich der Polizist Riemann nicht klar darüber, ob Christian nun mit einer Eisenstange oder einem Rohr zugeschlagen haben soll. Nach wie vor fehlen die von so einem 'wuchtigen Schlag' notwendig herrührenden Spuren auf seinem Helm (dort waren nur oberflächliche Kratzspuren zu finden). Auch bezüglich der Verhaftung und den zu Hilfe eilenden Kollegen konnte das Gericht, trotz aller Bemühungen keine Klarheit schaffen. Da dem Staatsanwalt ziemlich bald klar wurde, daß mit diesen „Beweisen" offensichtlich nichts anzufangen ist, konzentrierte er sich deshalb in seiner Befragung lieber auf die angebliche allgemeine Brutalität der Demonstranten. Darüber wußte sowohl Riemann, als auch sein Hundertschaftsführer Stappke eine Menge zu berichten. Er sei auch lediglich vorgeladen, um über angebliche Waffen (die er allerdings nicht im „Einsatz" gesehen hat) etc. zu fabulieren, vom Tathergang weiß er gar nichts. Zu diesem Punkt soll auch noch der Einsatzleiter vom 19.3., Juretzki, einiges zum Besten geben.

Andreas (vorerst jeden Mittwoch; Vorsitzender Richter Rienhoff; Verteidiger Müller)

Mittlerweile hat der Arzt, der den Polizisten Lahrs untersucht hat, ausgesagt, daß der angeblich von Andreas ausgeführte Schlag gegen das Ohr des Polizisten niemals eine solche „Verletzung" hinterlassen haben kann. Lahrs hatte behauptet, Andreas hätte mit einem 3cm dicken Knüppel waagerecht ausgeholt und ihm damit eine schwere Körperverletzung in Form einer 3mm langen Schürfwunde am Ohr zugefügt, durch die er ohnmächtig geworden sei.

Drei weitere Polizeizeugen, Eggers, Malz und Piepho brachten bei ihren Aussagen ähnliche Ungereimtheiten zutage. Während Eggers und Piepho sicher angeblich genau daran erinnern können, daß es Andreas war, der zum Schlag gegen ihren Kollegen ausholte, ist sich Malz nicht sicher. Eggers will Andreas lange Zeit im Auge behalten haben, bevor er ihn festnahm, an seine Kleidung kann er sich jedoch nicht erinnern. Auch traten Widersprüche darüber auf, wer ihn festgenommen hat. Eggers will es allein getan haben, ein anderer Polizeizeuge sprach dagegen von einem Greiftrupp usw.

Die Existenz solcher Greiftrupps wurde sowohl von Zeugen der Verteidigung als auch vom Einsatzleiter Juretzki bestätigt. Einsatzleiter Juretzki „enthüllte" noch andere interessante Einzelheiten: Die Polizei wäre, auf Grund der Erfahrungen von Brokdorf und Itzehoe (!) sowohl auf eine „gewaltsame" als auch auf eine „friedliche" Demonstration vorbereitet gewesen, nämlich: auf den Schutz des Baugeländes und den „Schutz" der Demonstration. „Schutz" der Demonstration sollte z.B. die Polizeisperre in Kirchohsen sein, die dieselbe vor dem Autoverkehr schützen sollte!

Nach längerem Zögern gibt Juretzki zu, daß er vor der Demonstration Albrecht und Groß einen Vortrag gehalten und sich mit ihnen abgesprochen hätte. Auch sei die Presse durch die Polizei vorher informiert worden. Um welche Informationen es sich dabei handelte, wußte er natürlich nicht (mehr). Auch wußte er angeblich nichts von einer frühzeitigen „Information" und Observierung der Bevölkerung, obwohl dies aus dem Einsatzplan hervorgeht. Und daß, obwohl sich Juretzki in einem Buch „Grundlagen der Befehlstechnik" (Hildesheim 73) ausführlich über polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Demonstrationen ausgelassen hat.

Auch BKA-Mann Edelmann wußte interessante Dinge zu berichten. Er war vom LKA beauftragt, Andreas anhand von Photos zu identifizieren. Zur Auswertung hat er zehn von 250 Photos genommen, die an der Sperre vom Ortsausgang von Kirchohsen gemacht wurden. Diese hat er verglichen mit anderen, die bei der ED-Behandlung am 19.3. nach Andreas' Festnahme gemacht wurden. An 29 Merkmalen (Kleidung, Haaransatz, Nase, Augen usw.) meint er nun nachgewiesen zuhaben, daß Andreas entsprechend zu identifizieren sei. Nach seiner Aussage wurden derartige Methoden der Identifizierung das erste Mal bei Demonstranten angewandt.

Als Zeugen der Verteidigung traten W. Schirr (WSL), Jordan und ein Arzt auf, die über den brutalen Einsatz der Polizei vor und während der Demo berichteten.

Der Arzt war aus einem Sani-Wagen heraus selbst festgenommen und brutal zusammengeschlagen worden. Er hatte sogar die „Ehre" von Ministerpräsident Albrecht persönlich die Drohung „Dich bring ich ins Gefängnis" an der Gefangenensammelstelle zu hören. Nachdem er bejaht hatte, den Fahrer des Sani-Wagens zu kennen, zog Staatsanwalt Borchers eine Ermittlungsakte gegen ihn hervor und sagte, er müsse mit weiteren Vorladungen rechnen! (Von diesen Ermittlungsakten existieren noch weitere, u.a. auch gegen W. Schirr!) Vorsitzender Rienhoff verweigerte diesem Zeugen anschließend das Zeugengeld, weil seine Aussage nicht „sachdienlich" gewesen sei!

Auch W. Schirr schilderte das brutale Vorgehen der Polizei, was bereits eine Woche vor der Demonstration begann. Er schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung: *„Hohes Gericht, wie sollen wir bei den Tatsachen in diesem Staat noch Recht erwarten können?"*.

Verteidiger Müller hat zum 8.3. Albrecht und Groß vorladen lassen!

Eso (vorerst donnerstags; Vorsitzender Richter Kobold; Verteidiger Magsam).



Unter Parolen wie „Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!", „Einer ist getroffen, alle sind gemeint – gegen die Prozesse kämpfen wir vereint!" und „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!" demonstrierten am 25.2. knapp 4.000 AKW-Gegner gegen die derzeit laufenden Grohnde-Prozesse (14 AKW-Gegner sollen stellvertretend für über 20.000 Teilnehmer an der Grohnde-Demonstration verknackt werden).
Auf der Abschlußkundgebung nahmen mehrere Angeklagte zu ihren Verfahren selbst Stellung. Während die Demonstration selbst recht friedlich verlief, hat der Staatsapparat durch einige Provokationen deutlich gemacht, daß er die Kriminalisierung von AKW-Gegnern noch weiter zu eskalieren gedenkt. Die Bilanz vom 25.2. ist: 3 verhaftete AKW-Gegner und mehrere Verletzte.
Anlaß war die provokatorische Festnahme eines Demonstranten, der angeblich einen Grabstein bemalt haben soll. Demonstranten umringten daraufhin einige Mannschaftswagen der Polizei in der Annahme, daß der Verhaftete dort festgehalten wird. Als die Bullen versuchten, sich durch rücksichtsloses Hineinfahren in die Menge zu befreien, machte sich die Empörung in Stein-, Flaschen- und Farbbeutelhageln Luft. Beim folgenden Ausfall der Polizei mit Chemical Mace, Knüppeln und sogar gezogenen Pistolen (!) wurden 2 weitere AKW-Gegner festgenommen und erst nach Aufnahme ihrer Personalien wieder freigelassen. So sollen weitere Angeklagte geschaffen werden! Gleichzeitig war ein Bulle, der mit seinem Motorrad in die Menge gefahren war, zu Boden gerissen worden. Er sprang auf – und lief mit durchgezogener Knarre auf die umstehenden Demonstranten zu! Natürlich hat er hinterher die Bestätigung der Polizeidirektion bekommen, daß er sich „in einer Notwehrsituation befand" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 1.3.78).
Die hannoversche Presse zeigte sich mit keinem Wort empört über die Brutalität der Polizei. Sie war vielmehr entrüstet, daß die Demonstranten nicht ordentlich zusammengeknüppelt worden sind. Zitat: „Das lächerliche Bild von Polizeibeamten, die vor einer aufgehetzten Menge flüchten müssen, darf sich nicht wiederholen" HAZ, 27.2.78).

Die Polizeizeugen, die Eso eigentlich belasten sollten, verwickelten sich in zahlreiche Widersprüche. Eso soll einem Polizisten in den Stiefel gebissen haben (obwohl ihm schon vorher die oberen Zähne fehlten), woran dieser sich nach einigen Fragen allerdings dann doch nicht mehr genau erinnerte. Der Richter reagierte immer nervöser, bis er ihn schließlich anfuhr: *„Was glauben Sie, warum wir diese Verhandlung vor dem Landgericht eröffnet haben? Sie können doch nicht immer 'weiß ich nicht mehr' sagen!"*

Nach der Vernehmung wurde dieser Zeuge weinend auf dem Gang gesehen, während Staatsanwalt Borchers mit dem nächsten ein intensives Gespräch führte.

Auch der Einsatzleiter Juretzki trat in diesem Prozeß wieder auf. Es kam heraus, daß Juretzki Lüneburger Richtern Polizeifilme und Bilder von der Grohnde-Demonstration gezeigt hat, illustriert mit seiner „Einschätzung". Ähnliche Vorführungen hat es auch in Hameln gegeben, allerdings von höherer Stelle.

Neun Zeugen der Verteidigung, darunter J. Steffen (LBU), eine 47jährige Lehrerin, Fotografen und der Fahrer des Detmolder VW-Busses schilderten aufgebracht das brutale Vorgehen der Polizei — fast alle von ihnen waren verprügelt worden. J. Steffen z.B., als er mit erhobenen Händen und normaler Straßenkleidung auf eine Polizeikette zuging, um mit den Polizisten zu reden. Für ihn endete dieser „Bürgerdialog" mit schweren Prellungen, Blutergüssen und einer stark blutenden Wunde am Kopf. Der ständige Versuch von Staatsanwalt Borchers, eine Distanzierung dieser Zeugen von irgendwelchen „Verbrechen" zu erreichen, mißlang. Die Lehrerin meinte dazu: Sie habe gesehen, wie der Zaun eingerissen wurde, sie habe auch die Polizeidurchsage gehört, nach der sich die friedlichen Demonstranten von den Verbrechern entfernen sollten. Verbrecher habe sie allerdings nicht gesehen!

Rüdiger (vorerst freitags; Vorsitzender Rienhoff; Verteidiger Thode, Eisele, Böddeling).

Nach der endgültigen Aufhebung von Rüdigers Haftbefehl wurde nun endlich auch sein Zwangsverteidiger Erlhoff entpflichtet. Beides — Haftbefehl und Zwangsverteidigung — waren ohne den Anflug einer juristischen Begründung angeordnet worden. Sie basierten einzig und allein auf Rüdigers politischer Erklärung zu den Prozessen. Mit ebenso politischen Begründungen wurden beide Maßnahmen wieder zurückgezogen.

Staatsanwalt Borchers hatte schließlich selbst die Aufhebung des Haftbefehls befürwortet, *„um den Stein des Anstoßes endlich aus dem Weg zu räumen"*.

Mit fast gleichlautender Begründung befürwortete er am 3.3. die Entpflichtung des Zwangsverteidigers Erlhoff. Beide Male hatte auch das Gericht dann nichts mehr einzuwenden, und sah nun plötzlich ohne den Zwangsverteidiger den „geordneten Verlauf des Verfahrens" wieder gewährleistet.

Dies ist ein Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit der Anti-AKW-Bewegung; gleichzeitig aber auch ein weiterer Beleg für den politischen Charakter dieser Verfahren!

Zu Rüdigers Belastung wurde der Polizist Burschepers vernommen, der Rüdiger festgenommen hatte, weil er ihn angeblich mit einer Zwille mit Stahlmuttern beschossen hat. Dieser Zeuge leidet offenbar unter den selben Wahrnehmungsstörungen, wie seine Kollegen — offensichtlich eine Polizeikrankheit vor Gericht. Detailliert wußte er über die angebliche Brutalität der Demonstranten zu berichten (*„Wäre einer von uns in die Menge reingegangen, der wäre nicht wieder lebend rausgekommen"*. Die Schraubenmuttern, die Rüdiger angeblich mit einer Zwille verschoß, *„wirken wie Dum-Dum-Geschosse"*!). Er will gezielte Steinwürfe aus 500m Entfernung gesehen haben, will Rüdiger lange Zeit im Getümmel im Auge behalten und gesehen haben, wie er mit der Zwille zielte, an seine Kleidung und die Farbe seines Helms konnte er sich freilich nicht erinnern. Er wußte nicht einmal mehr, daß Rüdiger nach seiner Festnahme aus Mund und Nase geblutet hatte. Allerdings gab er zu, um Rüdigers „Widerstand" zu brechen, „den Schlagstock eingesetzt" zu haben. Dabei könnte es schon zu Rüdigers Verletzungen, über die ein Attest vorlag (Gehirnerschütterung, Nasenbeinbruch, Schulterverletzungen, Prellungen) gekommen sein. Wohin er Rüdiger geschlagen hat wußte er nicht. Viele Fragen beantwortete er mit: *„Das weiß ich nicht, ich hatte ja keine Gelegenheit mehr, die Anklageschrift zu lesen"*. Nachdem er sich in zahlreiche Widersprüche verwickelt hatte, wich seine anfängliche Redseligkeit einer anderen Taktik — er konnte sich an kaum noch etwas erinnern! Was er allerdings auf Fragen der Verteidigung hin noch wußte war, daß es etwa sechs bis acht Wochen vor der Grohnde-Demonstration eine Polizeiübung in Braunschweig gegeben hat, die auf den Einsatz am 19.3. vorbereiten sollte.

Wenn beim nächsten Termin sein Kollege vernommen wird, soll er weiterhin als Zeuge präsent sein. Nach Meinung von Richter Rienhoff allerdings **i m** Gerichtssaal. Wiederum eine sehr unübliche Maßnahme!!

Vorgehen der Justiz in allen Verfahren

In allen Verfahren gibt es ein übereinstimmendes Vorgehen von Richtern und Staatsanwalt, aus dem auch die Absicht, die hinter den Prozessen steht, deutlich wird:
– Anträge auf Einstellung der Verfahren wurden bisher in allen Prozessen gestellt und sowohl von den Angeklagten als auch den Verteidigern ausführlich und schlüssig begründet. U.a.damit, daß durch Vorverurteilung und Kriminalisierung kein faires Verfahren mehr möglich ist; mit dem Notwehrrecht gegen die lebensgefährdenden Atomanlagen und der offenkundigen Konstruktion der Anklagen.

Alle diese Anträge wurden von den verschiedenen Kammern abgelehnt, ohne auf die Begründungen auch nur ansatzweise einzugehen!
– Alle Polizeizeugen haben nur eine beschränkte Aussagegenehmigung, die ihnen erlaubt, alle Aussagen zum konkreten Geschehen zu machen, Angaben zur Vorbereitung des Polizeieinsatzes, Taktik und Einsatzstärke aber verbietet.

Bezeichnenderweise läßt die Aussagegenehmigung **e i n e** Ausnahme zu – die Beschränkung kann nämlich aufgehoben werden, wenn es zum Nachweis strafbarer Handlungen erforderlich ist (Nicht dann, wenn es zur Entlastung des Angeklagten erforderlich ist.). Damit wird die Vernehmung von Polizeizeugen von vorneherein zur Farce. Es kann nicht mehr aufgehellt werden, welche Vorbereitung und Informationen an die eingesetzten Beamten ihr brutales Vorgehen hervorgerufen haben.

Bezeichnend für die „Unparteilichkeit" des Gerichts ist es, wie pingelig die Vorsitzenden auf die Beachtung dieser Beschränkung achten.
– Sehr deutlich ist die offenkundige Behinderung bis Beleidigung der Verteidigung durch Richter und Staatsanwalt (*„Von der Strafprozeßordnung verstehe ich mehr, als der Herr Verteidiger"* Rienhoff zu RA Böddeling).

Ihre Anträge werden oft nicht zugelassen, ohne daß der Inhalt überhaupt gehört wird, Erklärungen werden abgewürgt, Richter und Staatsanwalt fallen ihnen ins Wort oder ihre Mikrophone werden einfach abgestellt!
– Den Verteidigern wird unterstellt, sie wollten die Verfahren verzögern, andererseits wurden sämtliche Anträge auf Zusammenlegung der Verfahren abgelehnt!
– Es herrscht große Übereinstimmung zwischen Richtern und Staatsanwalt, was besonders in Bezug auf Rüdigers Haftbefehl und der Zuordnung bzw. Entpflichtung des Zwangsverteidigers deutlich wurde. In den anderen Verfahren dadurch, daß die Vorsitzenden ständig an den Staatsanwalt gewandt reden, oder der Staatsanwalt durch sein Eingreifen die Verhandlungsführung übernimmt.
– Keinem Anwalt wurde Einsicht in die „Sicherheitsverordnung" gewährt, obwohl die „Sicherheitsmaßnahmen" auf die Einstellung des Gerichts gegenüber den Angeklagten schließen lassen. Die Ausweiskopien, die von jedem Besucherausweis angefertigt werden, wurden entgegen anderslautender Zusagen nicht vernichtet. So sagte Richter Rienhoff bei

einer seiner häufigen Drohungen, den Saal räumen zu lassen, er könne die „dauernden Störer" aus den Zuschauern ermitteln, er habe ja die Adressen!

– Den Prozeßbesuchern wird nicht „nur" der Ausweis abgenommen, die müssen sich nicht „nur" einer Leibesvisitation unterziehen, ihnen wird auch jede Regung im Gerichtssaal bei ständiger Androhung von Strafen oder Saalräumung untersagt. Gegen einen Prozeßbesucher läuft mittlerweile ein Ermittlingsverfahren, einer Besucherin wurde eine „Ordnungsstrafe" von 150,– wegen eines Zwischenrufs aufgebrummt („Das Gericht ist ja wieder unheimlich unparteiisch heute") andere wurden verprügelt.

– Sämtliche Befangenheitsanträge, die auf Grund der ungeheuerlichen Maßnahmen gegen die Richter gestellt wurden, wurden – wie nicht anders zu erwarten – abgelehnt.

Stammheimer Landrecht in Hannover

Auch, wenn mittlerweile alle Haftbefehle aufgehoben sind und der Zwangsverteidiger entpflichtet ist, deuten diese Maßnahmen daraufhin, was in Zukunft in politischen Verfahren und von der „Reform" der StPO zu erwarten ist.

Aus offener Gesinnungshaft wurde in diesen Prozessen jedenfalls kein Hehl gemacht. „...*Die Taktik sei geändert worden, er* (Rüdiger), *wolle den Kampf im Gerichtssaal fortsetzen.... An seiner grundsätzlichen Ansicht, sein Verfahren gehöre vor kein Gericht, hat sich nichts geändert.....*" Rüdiger hat „*aus überzeugter Gegnerschaft gegen Kernkraftwerke mindestens an den Demonstrationen in Grohnde und Hannover (am 13.1.) teilgenommen*" Daraus sei zu schließen, „*daß der Angeklagte an weiteren denkbaren Demonstrationen im In- und Ausland teilnehmen will*". Aufgrund dieser Einschätzung hielt das Oberlandesgericht Celle die Aufrechterhaltung des Haftbefehls gegen Rüdiger weiter für geboten!

Die Begründung für alle Haftbefehle war besagter Spitzelbericht, nachdem es angeblich Absprachen zwischen den Angeklagten gegeben hätte, nicht zu den Prozessen zu erscheinen.

Die Verteidiger beantragten, diesen Bericht als unzulässig für die Begründung der Haftbefehle abzulehnen. Staatsanwalt Borchers berief sich dennoch auf den Spitzel als „Zeugen vom Hörensagen".

Praktiken, wie diese und die beschränkte Aussagegenehmigung der Polizeizeugen sind bereits bekannt aus den Anti-Kommunisten-Prozessen (Staatsschutzprozesse) der 50er Jahre!

Gesinnungshaft, Zwangsverteidigung, das Verbot für Anwälte, mehrere Verteidigungen in einer Sache zu übernehmen (Richter können das gung, das Verbot für Anwälte, mehrere Verteidigungen in einer Sache zu übernehmen (Richter können das natürlich, ebenso der Staatsanwalt), die Kriminalisierung der Besucher, gehören zu den drastischen Einschränkungen elementarster Rechte, die in Stammheim unter dem Motto „Terroristenbekämpfung" eingeführt wurden. Sie werden jetzt ihrer eigentlichen Bestimmung übergeben: Der Bekämpfung von politischen Massenbewegungen!

Wie vorhersehbar, brechen die konstruierten Anklagen bei Befragen der Zeugen, die diese Anklagen untermauern sollen, zusammen.

Abzusehen ist, daß in allen Prozessen als Anklagepunkt nur „Landfriedensbruch" übrig bleiben kann, der dann einzig und allein begründet wäre mit der Teilnahme an der Demonstration!

Daß dies nach dem geltenden Demorecht für eine Verurteilung nicht ausreicht, ist klar. Die Frage ist, ob es der Anti-AKW-Bewegung und allen Demokraten gelingen wird, Terrorurteile mit dieser Begründung zu einem so großen Stein des Anstoßes zu machen, daß sie nicht gefällt werden können. Neben dem breitesten öffentlichen Protest gehört dazu auch die Öffentlichkeit im Gerichtssaal!!

Prozeßtermine:

Mo: Jerry
Di: Christian G.
Mi: Andreas (am 8.3. Vorladung von Albrecht und Groß)
Do: Eso
Fr: Rüdiger (10.3., 17.3., 28.3. – kein Freitag!)

Die Termine gegen Christian M. und Norbert wurden verschoben.

Geplante Prozeßtermine gegen weitere Grohnder Angeklagte:
23.3. Matthias (Amtsgericht Hameln)
6.4. Wolfgang
20.4. Bernd

Noch nicht terminiert ist das Verfahren gegen Klaus.

KB/Gruppe Hannover

50.000 in Almelo

50.000 AKW-Gegner aus den Niederlanden und dem Ausland – vor allem aus der BRD – demonstrierten am 4. März in Almelo nach einer vierstündigen Kundgebung in einem Zug von sieben Kilometer Länge durch Almelo und an der dortigen Uran-Anreicherungs-Anlage (UC) vorbei. Die Demonstration richtet sich außer gegen die UC auch gegen die Lieferung angereicherten Urans an die brasilianische Militärdiktatur.

An der Aktion beteiligten sich ca. 8.000 AKW-Gegner aus der BRD, darunter 1.200 aus Hamburg.

Um 11 Uhr begann auf dem Marktplatz von Almelo die Kundgebung mit einem Frauenkabarett, vielen Musikgruppen, Sprechern und rund 60 Ständen, wo fast jeder Teilnehmer des Almelo-Bündnisses seine Zeitungen, Plakate oder sonstigen Informationsschriften vertreiben konnte.

Gegen den Widerstand eines nicht geringen Teil des Almelo-Bündnisses war den im Bündnis vertretenen politischen Parteien Sprechzeit zugestanden worden. Besonders stark hatten sich hierfür die Revisionisten (CPN) und die Sozialdemokraten (PvdA) gemacht. So traten neben anderen Sprechern des Almelo-Bündnisses (darunter Holger Strohm für die BUU Hamburg) auch noch sechs Sprecher namens ihrer Parteien auf: PvdA, CPN, Radikaldemokraten (PPR), Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) sowie die revolutionären Gruppierungen Sozialistische Partei (SP) und der trotzkistische Internationale Kommunistenbond. Die im Bündnis daran geäußerte Kritik richtete sich vor allem gegen die Bevorrechtung politischer Organisationen und Parteien, bei denen es darüber hinaus – dies betrifft in ganz besonderem Maße die Sozialdemokraten, in abgeschwächtem Maße auch die CPN – sehr fraglich ist, welchen Beitrag sie überhaupt zum Kampf gegen die Atomenergie geleistet haben und leisten wollen.

Die PvdA, deren Parlamentsfraktion sich mehrheitlich mit einem „ja, aber" f ü r den Ausbau der UC und den Brasilien-Vertrag ausgesprochen hat, mußte vom Almelo-Bündnis extra schriftlich aufgefordert werden, ihren Pflichten im Bündnis nachzukommen. So hatte die vergleichsweise kleine CPN sich bereit erklärt, mit 5.000 Gulden bei einem eventuellen Defizit einzuspringen, während die PvdA dafür gerade 1.000 Gulden hergeben wollte. Wieweit die PvdA überhaupt in nennenswerterem Maße eine Mobilisierungsarbeit für die Demonstration geleistet hat, liegt im Dunkeln. Aber auch die CPN hat, wie aus einzelnen Städten berichtet wurde, den Verkauf der „Almelo-Zeitung" und die damit verbundene Mobilisie- einzelnen Städten berichtet wurde, den Verkauf der „Almelo-Zeitung" und die damit verbundene Mobilisie- rungsarbeit erst aufgenommen, als sicher war, daß auf der Kundgebung auch ein Redner für ihre Partei sprechen durfte. – Die Rede des PvdA-Sprechers, Relus ter Beek, ging dann auch zeitweise fast unter in den Rufen der Demonstranten: „*PvdA – bla, bla, bla!*"

Für die (sozialdemokratische) „Industriegewerkschaft" (die nicht im Bündnis vertreten war, wohl aber ihre Solidarität bekundet hatte) sprach Ab Schravemade, Mitglied der Hauptverwaltung des Industriebond NVV: „*Nein, sagte der Industriebond NVV auf die Frage, ob man Uran für Brasilien anreichern muß. Wir meinen, daß die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nicht nur über die Weise, in der produziert wird, Mitbestimmung haben müssen, sondern auch darüber, was produziert wird. ... Es ist die außerparlamentarische Aktion in unserer Gesellschaft, die als einzige für die so notwendige Veränderung der Politik sorgen kann*".

Marcio Moreira Alves, ehemals Parlamentarier in Brasilien, 1968 abgesetzt, weil er gegen die Folterung politischer Gefangener protestiert hatte – verwies auf die derzeitige Schlüsselrolle der Niederlande, zumindest was die nächsten Jahre anginge.



Bis zum Abmarsch folgten noch Beiträge eines kirchlichen Vertreters und die Rede des Sprechers der nordrhein-westfälischen BI's zum Thema „Westdeutschland – Atomstaat?", sowie der Beitrag des LEK, der Dachorganisation aller niederländischen Anti-AKW- und Umweltschutz-Gruppen.

Bei der Bildung des Demonstrationszuges reihten sich überall einzelne Gitarristen, Gesangsgruppen, ganze Kapellen – zu Fuß und auf Wagen – ein, eine „Atombombe" wurde mitgetragen, ein Mensch, gefangen im Spaltstoffzyklus – bunte, schwarze, rote Fahnen, viele Bildtransparente – geschminkte, kostümierte Demonstranten ... das Volksfest fing erst richtig an!

Zu den 50.000 aus den Niederlanden, der BRD, England, Dänemark (zwei Busse voll!), Belgien und Frankreich, kann man mit Fug und Recht noch die mindestens 5.000 Bürger von Almelo rechnen, die in dicken reich, kann man mit Fug und Recht noch die mindestens 5.000 Bürger von Almelo rechnen, die in dicken Trauben die Straße säumten und dem Zug zusahen.



Dem Zug voran wurde die „vereinheitlichte" Hauptlosung: „Kein Ausbau der UC!" getragen. Das war aber dann auch der einzige Platz, wo diese Kompromißformel des Bündnisses – ohnehin nur von zwei Gruppen (CPN und PvdA) verbissen verteidigt – deutlicher hervortrat. „UC – Nee!" „UC – weg ermee" (weg damit) – das waren die beherrschenden Parolen. Dazu unser gutes, altes „Wehrt Euch, leistet Widerstand ...", wovon es mittlerweile mindestens fünf verschiedene niederländische Übersetzungen gibt!

Nach einem Marsch von sieben Kilometern durch die Stadt, an der UC vorbei und wieder zurück in die Stadt, wurde – die „Zündhölzer" aus Hamburg hatten gerade gespielt und es wurde dazu getanzt und „geschunkelt" – bei der Abschlußkundgebung bekanntgegeben: „Soeben haben die letzten Demonstranten den Abmarschplatz verlassen".

Es war die größte Demonstration gegen Atomenergie, die die Niederlande erlebt haben; es war eine der größten, wenn nicht die größte Demonstration überhaupt in den Niederlanden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bis zum späten Nachmittag konnte man den Eindruck haben, daß die Demonstranten die „Polizei neben und nicht gegen sich" haben würde (wie es der Almeloer Bürgermeister publicity-wirksam verkündet hatte): Bei der Kundgebung sah man, wenn überhaupt, weibliche und Verkehrspolizei, bei der Demonstration in den Seitenstraßen gelegentlich berittene Polizei; an der Spitze des Zuges fünf Polizisten auf ihren Gäulen.

Am späten Nachmittag bildete sich jedoch in der Höhe des Haupttores der UC ein Stau, die fünf davor postierenden Polizisten wurden ebenso beiseitegeschoben wie die Ordnerreihen. Fast gleichzeitig liefen einige Demonstranten etwas entfernt vom Tor auf eine Wiese, bis zum Zaun und zupften ein wenig daran. Daraufhin rückten Polizisten im Kampfanzug, mit großen Schildern und Helmen, gegen die Demonstranten vor, von denen immer mehr, am Ende rund 400, auf die Wiese vor den Zaun geströmt waren.

von denen immer mehr, am Ende rund 400, auf die Wiese vor den Zaun geströmt waren.

Die Lage auf der Wiese konnte vergleichsweise einfach bereinigt werden: Hinweise auf die politische Schädlichkeit eines Zusammenstoßes reichten für die meisten aus, um sich dem Zug wieder einzureihen. Polizei-Übergriffe gab es dann aber doch noch, als einige Provokateure (von denen noch ungeklärt ist, ob von der Polizei eingesetzt, ob vom Werkschutz der UC oder eines rechtsextremen Organisation) auf einzelne Demonstranten einschlugen und in der Folge einige berittene Polizisten den Demonstranten auf die Hacken ritten und begannen, ernsthafter mit ihren langen Reiterstöcken zuzulangen.

Für den Abend hatte das Nijmeger Stop Kerneregie Komitee (SKK) zu einer Feier eingeladen. Insgesamt versammelten sich gut 1.000 Menschen zur Diskussion, national wie international, und gewaltigem Schwoof. Die Musikgruppen Kladderadatsch, Vlooienband und Druckknöpfe waren noch nach Nijmegen mitgereist.

Es bietet sich an, bei entsprechender Gelegenheit (nach Brokdorf? oder Gorleben?) zusammen mit den ausländischen Freunden dann in Hamburg in dieser Weise den Tag fortzuführen.

Die Anti-AKW-Bewegung der Niederlande hat sich seit Kalkar mit großen Schritten weiterentwickelt. In den meisten niederländischen Städten wurden die Mobilisierungszahlen im Vergleich zu Kalkar verdoppelt und verdreifacht.

„Ist Almelo Zwischenstation oder Endpunkt?" fragte der Schlußsprecher, Jan Kater vom Twents Energie Komitee. „Wo radioaktiver Abfall, Atomwaffen und die Drohung eines dritten Weltkrieges die Atomenergie zu einem gefährlichen Spielzeug in den Händen nicht zu kontrollierender Konzerne machen, da darf Almelo nur eine Zwischenstation sein. Vergeßt nicht, daß die Grohnde-Prozesse noch im Gange sind, ein Lagerplatz für radioaktiven Abfall nach Ahaus – hier dicht über die Grenze – kommt, daß man AKWs an diversen Plätzen der Niederlande bauen will, eine Aufbereitungsfabrik nach Mol in Belgien kommt ... und im übrigen auch die UC noch immer steht und ausgebaut wird! Bis dann also ... in Mol, oder Ahaus, oder auf der Maas-Vlakte, oder Gott-weiß-wo..." Genau!

Niederlande-Kommission



Internationaler Anti-AKW-Dienst gegründet

Auf Einladung eines Kreises von AKW-Gegnern aus mehreren Län-

Auf Einladung eines Kreises von AKW-Gegnern aus mehreren Län-

dern, zu dem u.a. auch Siegfried Christasen (OOA Dänemark), F.v. Zaaden (LEK Holland) und Nina Gladiz (bekannt durch ihren Film über die Aktionen in Whyl „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv") gehören, wurde am 25./26.2. in Amsterdam der „World Information Service on Energy" (WISE) aus der Taufe gehoben.

Geplant ist die Herausgabe eines regelmäßigen Informationdienstes mit internationalem Charakter. Er wird als „Dienstleistungsunternehmen" verstanden, es sollen Informationen ohne Kommentierung veröffentlicht werden. Der Dienst soll aktionsbezogen ausgerichtet sein, d.h. er wird vornehmlich über internationale und nationale Aktionen der Anti-AKW-Bewegung berichten.

Zur Versammlung in Amsterdam hatten sich 150 Teilnehmer aus aller Welt angesagt, von denen ca. 120 auch tatsächlich teilnahmen. Die westdeutschen Teilnehmer stellten mit 80 den Hauptanteil.

Auf dem Kongreß selbst gab es einige strittige Debatten über das Statut von „WISE" – er wird als ein Verein nach holländischem Gesetz gebildet.

Hintergrund der Auseinandersetzung war, daß die „WISE"-Initiatoren zwar die Mitgliedschaft im Verein auf Einzelpersonen beschränken wollten, aber andererseits hinter ihnen selbst bestimmte Verbände stehen.

Offensichtlich wollten sie den Informationsdienst nicht auf weitere Verbände erweitern, sondern wesentlich mit dem Kongreß einen Unterstützerkreis aufbauen. Genaueres wird man sehen, wenn der Informationsdienst anläuft.

Postanschrift des WISE
über Frank van Zaanen
Vereiging Mileudefensie
Weteringplantsoen 9
Amsterdam

Protestaktion gegen Brennstab-Transport aus der BRD durch Basel

Basel. Ca. 1.000 Atomkraftgegner demonstrierten am 25.2. in Basel gegen den Transport von Brennstäben für das AKW Gösgen aus der BRD durch Baseler Stadtgebiet nach Gösgen.

In einer Volksabstimmung hatte die Bevölkerung des Kantons Basel 1977 entschieden, daß die Kantonsregierung alles zu unternehmen habe, um den Bau von AKWs in der Region zu verhindern. Mit der Genehmigung für den Transport von Brennelementen durch Basel wird gegen diese demokratisch erlassene Bestimmung verstoßen.

Zu der Demonstration hatten die GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst), die BI Basel und das SAG (Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen) aufgerufen. Um dem Protest mehr Nachdruck zu verleihen, war beschlossen worden, die Autobahn N2/N3 in Basel zu blockieren, was auch öffentlich angekündigt wurde. Mit Parolen wie *„solidarisiere, mitblockiere"* oder *„kein Brennelement, kein Probelauf, kein AKW in Gösgen"* marschierte der Zug vom Badischen Bahnhof in Richtung Autobahn.

Die Polizei hatte sich jedoch umfangreich vorbereitet und war ebenso umfangreich anwesend. Mit Natodraht und drei Polizeiketten hintereinander, Tränengas und Wasser einsatzbereit, wurde die Autobahn schon an den Zufahrtstraßen „gesichert", die Auf- und Abfahrt wurde „nur" noch mit Nato-Draht „dekoriert". Vor der ersten Polizeisperre stoppte der Demozug, per Megaphon wurde eine Kundgebung abgehalten. Schon zuvor war vereinbart worden, es bei dieser Aktion auf keine gewaltsame Kraftprobe mit der Polizei ankommen zu lassen. Angesichts des ca. 300 Mann starken Polizeiaufgebots kehrte man dann auch um, zog zum Marktplatz und beendete die Aktion dort.

Österreich-Schweiz-Kommission



Weitere Enthüllungen über Uran-Deponien in Weisweiler

Wie wir im AK 110 berichtet haben, lagern in Weisweiler in einer alten Lagerhalle 1.100 t Uranhexafluorid. Es existiert eine Genehmigung, dort bis zu 1.500 t abzulagern.

Wie sich mittlerweile eindeutig herausgestellt hat, stammt dieses Uran aus der Sowjetunion, die für die BRD Natururan anreichert („Klenkes", 1/78 u. „Aachener Nachrichten", 27.2.78). Schon seit 1975 bietet die Sowjetunion „Lohnanreicherungen" (Urananreicherungen gegen Bezahlung) für europäische Staaten an, um die eigenen Anreicherungskapazitäten voll auszulasten. So sind bisher mit der sowjetischen „Technab-Export" Verträge über mehr als 13.000 t TAE (= Anreicherungseinheiten, Anm. AK) mit Frankreich, Italien, Belgien, Schweden und der BRD abgeschlossen worden. Konkret wird in der SU für folgende AKWs angereichert: Mülheim-Kärlich, Biblis B, und Neckarwestheim. Darüber hinaus hat die NUKEM eine Option auf wenigstens 1.350 t TAE für die Erstausstattung von Kernkraftwerken in der BRD erhalten (alle Angaben nach Michaelis, Kernenergie, S. 367).

Das angereicherte Uran, das beim Anreicherungsprozeß abfällt, wird gelagert, um es später als Brennstoff in Schnellen Brütern einzusetzen. Zudem gibt es Entwicklungen aus Uran 238, aus dem das angereicherte Uran zu 99 % besteht, Granaten für Panzer zu bauen.

Bekanntlich ist Uranhexafluorid aber auch ein besonders gefährlicher Giftstoff, da es sich bei Erwärmung auf ca. 50 Grad mit Wasser zu Fluorwasserstoff umsetzt.

So löste auch die Ankündigung Farthmanns, daß ganz in der Nähe noch ein zweites Uranlager eingerichtet werden soll, weitere Proteste aus.

In Neunkirchen-Vluyn hat schon im August letzten Jahres das Landesoberbergamt die Lagerung von 1.900 t Uranhexafluorid genehmigt („WAZ", 24.2.78).

Die STEAG, auf deren Gelände das Lager entstehen soll, stellte sich erst noch dumm und tat so, als ob sie noch gar nicht wüßte, ob sie überhaupt dort ein Lager einrichten wollte („AN", 27.2.78).

Die Gemeindeverwaltung in Neunkirchen-Vluyn erfuhr erst jetzt von dieser Genehmigung, und will sie wieder rückgängig machen.

Dieser Fall zeigt einmal mehr, daß typischerweise wieder einmal die STEAG eine Genehmigung unter Ausschluß jeder Öffentlichkeit durchsetzen konnte und es gar nicht gern sieht, wenn ihre zwielichtigen Atomgeschäfte, wie auch mit Südafrika, an die Öffentlichkeit geraten.

AKW-Nein-Kommission

AKW- Gegner sorgten für Aufregung in Ohu

13 AKW-Gegner aus Nürnberg und Landshut hatten sich vorgenommen, am vergangenen Samstag das Informationszentrum des KKI I in Ohu zu besuchen, um sich an Ort und Stelle über den Unfall zu informieren, der vor kurzem zu einem Austritt radioaktiver Gase in das Innere des Reaktorgebäudes und über den Abluftkamin auch in das Isartal, geführt hatte. Gleichzeitig wollten sie gegen die Informationspolitik der bayerischen Staatsregierung protestieren, die den Unfall erst mit einer Verspätung von 5 Tagen an die Presse gemeldet hatte. Zudem waren die Meldungen widersprüchlich gewesen: So hieß es zuerst, das Reaktorgebäude sei während des Störfalls menschenleer gewesen und es sei kein radioaktiver Dampf nach außen getreten.

„Daß es weitere zwei Tage brauchte, bis die ganze Wahrheit heraus war, ist für uns Anlaß großer Zweifel an der offiziellen Darstellung. Warum hat das Umweltministerium nicht von Anfang an sämtliche Informationen offengelegt, wenn der Störfall wirklich so harmlos war wie behauptet wird", meinte einer der protestierenden Atomkraft-Gegner.

Die Informationsreise der AKW-Gegner war bei der Polizei nicht sehr beliebt.

An allen Einfallstraßen nach Landshut hatte sie Streifenwagen postiert. Schon auf dem Weg nach Ohu wurden die Autos der AKW-Gegner *„von einer Zivilstreife mit eingebauter Filmkamera verfolgt. Unsere Wagen waren durch große Anti-AKW-Aufkleber und Fahnen gekennzeichnet. Eine ganze Reihe von Bewohnern winkten uns zu. Kurz vor dem Atomkraftwerk parkten wir unsere Wagen und liefen auf das Tor zu. Es entstand auf dem Gelände eine hektische Aktivität. Schwarze Sheriffs schlossen das Tor und über Lautsprecher wurden Anweisungen an die auf dem Gelände zusammengezogenen Polizeieinheiten gegeben. Eine Hundertschaft war extra angerückt. Außerdem war Bundesgrenzschutz vertreten. Das Informationszentrum sei geschlossen, hieß es.*

Nachdem wir einige Hinweisschilder und die Zufahrtsstraßen zum AKW mit Anti-AKW-Parolen verschönert hatten, fuhren wir zurück nach Landshut, wobei jedes unserer Fahrzeuge von einem zivilen Bullenwagen verfolgt wurde. Eines unserer Autos wurde angehalten und ohne Angaben von Gründen durchsucht."

KB / Gruppe Nürnberg





Wie kommt der Schuh aus dem Reaktor?

Diese Frage mußten sich die Unfallforscher des amerikanischen AKWs Brown's Ferry (berühmt-berüchtigt durch den Brand „mit der Kerze" im März 1975, der alle Sicherheitseinrichtungen außer Betrieb setzte) ganze zwei Wochen lang stellen. Einem der Angestellten war nämlich der Plastiküberzieher eines Schuhes in das Reaktorgefäß gefallen, der sich natürlich in so empfindlichen Anlagen wie es Atomanlagen sind, überhaupt nicht gut macht. Trotz der 14tägigen Suche fand man rein gar nichts, der Einfachheit halber wurde verlautbart, der Schuh habe sich zwischenzeitlich zersetzt, in jedem Fall sei er allein schon dadurch, daß man ihn nicht finden könne, für den weiteren Betrieb unschädlich geworden!

Dieser verlorene Schuh kam der Betreibergesellschaft immerhin teuer zu stehen: Die Kosten für die Stillegung und die Suche betrugen mehr als 2 Mio. Dollar! Im Zuge der Fragen bezüglich des Stillstands mußte ein Sprecher der Betreibergesellschaft zudem zugeben, daß derlei Dinge im AKW Browns Ferry nicht allzu selten sind: „Vielleicht zweimal, vielleicht auch zehnmal" wurde über die Häufigkeit von kleineren Unfällen gesagt. Man fühlt sich hier doch an die verlorene Schraube im AKW Brunsbüttel erinnert, ob die sich mittlerweile auch „zersetzt" hat? ... Fehlt nur noch, daß einmal ein Chef hineinfällt ... (nach „SZ", 10. Jan. 1978).

AKW-Nein-Kommission



Gorleben:

Wieder ein Schritt näher zu den Probebohrungen!

In puncto Probebohrungen hat sich die Landesregierung von Niedersachsen wieder etwas Neues einfallen lassen: War es bislang noch ungeklärt, wie die für die Probebohrungen benötigten Grundstücke den Bauern abgeluchst werden, so ist dieser Punkt jetzt offensichtlich auf sehr einfache Weise „geklärt" worden: Vor der Verabschiedung des „Berggesetzes" wurde noch flugs ein Paragraph eingebaut, der im wesentlichen folgendes besagt: Die „Grundabtretung" (sprich Grundstücksklau) *„zum Zweck der Probebohrungen (erfolgt) nach dem Berggesetz und nicht nach dem Enteignungsgesetz. Die Vorschrift bedeutet, daß das Bergamt in den Fällen, in denen es nicht zu einer gütlichen Einigung* (und davon wird es wohl nicht zu wenige geben! —Anm. AK) *mit den Bodeneigentümern kommt, einen Grundabtretungsbescheid erlassen kann, der bestimmte Gelände vorübergehend seiner ursprünglichen Nutzung zum Zwecke der Probebohrung entzieht"* („EJZ", 7.2.78).

Wie lange dieses „vorübergehend" ist, und welche „bestimmten Gelände" kurzerhand enteignet werden dürfen, wird nicht gesagt. Damit dieses Vorgehen nicht gar so undemokratisch aussieht, ist in dem Artikel, wie es einer Demokratie gebührt, ein Einspruchsrecht eingebaut, aber, und da steckt auch schon der Haken: Es *„kann eine vorläufige Besitzeinweisung verfügt werden, die die sofortige Nutzung des Geländes erlaubt"* (ebenda)! Auf gut deutsch heißt das nichts weiteres, als daß ungeachtet der Einsprüche der Bauern und ungeachtet des Willens der Bevölkerung locker enteignet werden darf — wie man sieht, werden die Probebohrungen juristisch immer weniger anfechtbar.

Des weiteren sind inzwischen genauere Details der konkreten Durchführung der Probebohrungen bekannt geworden: Es sollen allein fünf Tiefbohrungen bis 2.000 m, hundert Bohrungen bis 250 m und nochmal hundert Bohrungen zur Baugrunduntersuchung stattfinden. Der Plan sieht dabei vor, erstmal zwei Tiefbohrungen durchzuführen (Dauer: vier Monate), und nach deren Ergebnissen die restlichen drei. Demzufolge sollen die gesamten Bohrungen sich über einen Zeitraum von ca. 2,5 Jahren erstrecken und die DWK (und der niedersächsische Landwirtschaftsminister Küpker) hofft, bis 1987 die Eingangslagerbecken und im Jahre 1990 die „Wiederaufbereitung" in Betrieb setzen zu können.

Um dann auch in allernächster Zeit mit dem Bau der WAA (Probebohrungen) beginnen zu können, fanden Anfang Februar Gespräche zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem Innenminister Maihofer statt, bei denen es offenbar um die Frage der Enteignung der benötigten Grundstücke sowie vor allem um die für die Probebohrungen notwendigen „Sicherheitsanforderungen" (BGS nach Lüchow-Dannenberg etc.) gegangen ist und sich Albrecht für die weiteren Schritte ganz praktisch Rückendeckung geholt hat: *„Das Land muß Wert darauf legen, daß der Bund sich an den Sicherheitsmaßnahmen sichtbar beteiligt in Gestalt des Bundesgrenzschutzes"* (Lt. „EJZ", 11.2.78 soll eine ganze BGS-Einheit (6.000 Mann) nach Lüchow verlegt werden. —Anm. AK) *„Hier sind offenkundig noch viele Probleme zu lösen, zumal eine Bohrstelle polizeilich schwer geschützt werden kann"* (ebenda) — da muß schon der BGS her, oder vielleicht besser eine Spezialeinheit vom Schlage der GSG 9 ? ...

Diese Gespräche mit Maihofer werden fortgesetzt („EJZ", 11.2.78) — die vielen „Probleme", die es zu lösen gilt, machen dies wohl notwendig. Mit einem baldigen Baubeginn muß demzufolge spätestens nach Schluß des „Gedankenaustausches" zwischen Maihofer und Albrecht gerechnet werden!

AKW-Nein-Kommission

Bergkamen: Verzögerung eines Kraftwerks in Zukunft kriminell?

Die Vorgänge um das Kohlekraftwerk Bergkamen gleichen *,,stellenweise einem Krimi im Milieu hochkarätiger Wirtschaftsverbrecher''*. Einem Notar der STEAG, die das Kraftwerk bauen will, soll das zuviel gewesen sein: *,,Das riecht hier nach Erpressung, ich mache nicht mit''*, mit diesen Worten verabschiedete sich der Mann. Dies ist die Darstellung des Staatsanwaltes in den ,,Ruhr-Nachrichten'' vom 1.3.78. Aber nicht die *,,hochkarätigen Wirtschaftsverbrecher''* sollen jetzt vor den Kadi kommen, sondern die Bürgerinitiative in Bergkamen, die mit der STEAG einen Vertrag über einen Schadensausgleich für den Bau des Kohlekraftwerkes in Bergkamen Heil geschlossen hatte, soll nun wegen ,,Schwerer Nötigung und Erpressung'' angeklagt werden, und zwar speziell die drei Sprecher der BI und ihr Rechtsanwalt. Gegen die restlichen 69 Mitglieder der BI besteht die gleiche Anklage, die aber im Moment nicht verfolgt werden soll (,,Hellweger Anzeiger'', 1.3.78). Begründet wird von der Staatsanwaltschaft diese Anklage damit, daß *,,die*

Betriebsräte der Zeche Monopol – für sie besteht die BI aus Gaunern!

BI trotz Kenntnisse des sehr umweltschonenden Charakters des geplanten Kraftwerks durch Aus-

BI trotz Kenntnisse des sehr umweltschonenden Charakters des geplanten Kraftwerks durch Ausschöpfung aller Rechtsbehelfe die Errichtung des Kraftwerkes zu verhindern oder jedenfalls langfristig zu verzögern versucht habe'' (,,HA'', 1.3.78). Zudem seien Arbeitsplätze bedroht gewesen, nämlich die der Zeche Monopol, die für das Kraftwerk Steinkohle liefern könnte.

Die BI habe aus ,,eigennützigen Motiven'' gehandelt und damit ,,die Verhältnismäßigkeit der Mittel'' überschritten (,,HA'', 1.3.78).

Interessant sind hieran mehrere Dinge.

Zum einen geht die Staatsanwaltschaft davon aus, daß ein Kohlekraftwerk, das die gesetzlichen Auflagen erfüllt, nicht gesundheitsschädigend sein kann, daß also jegliche Schadensforderung nur Erpressung ,,aus eigennützigen Motiven'' sein kann. Falls dies durch einen Gerichtsbeschluß festgelegt würde, hieße das, daß jeder BI, die Schadensforderungen gegen ein geplantes oder im Betrieb befindliches Kraftwerk oder z.B. ein Chemiewerk stellt, Gefahr läuft, wegen Erpressung angeklagt zu werden.

Daß aber Kraftwerke oder auch Chemiewerke trotz vielleicht zeitweiliger Einhaltung der gesetzlichen Auflagen gesundheittschädigend wirken, merkt jeder, der einmal durchs Ruhrgebiet fährt.

Darüber hinaus wird dieser Anklagepunkt in Bezug auf den ,,umweltschonenden Charakter des Kraftwerkes'' um so unglaubwürdiger, als gerade vor ein paar Tagen NRW-Sozialminister Farthmann einen Umweltbericht vorgelegt hat, in dem bestätigt wird, daß im Ruhrgebiet z.B. bestimmte Erkrankungen der Atemwege wesentlich häufiger als in anderen Gebieten der BRD auftreten. Oder sollten etwa die Betriebe und Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet ihre Auflagen nicht einhalten?! So oder so dürfte es für die Staatsanwaltschaft einigermaßen schwierig werden, die völlige Unschädlichkeit des geplanten Kohlekraftwerkes bei den bestehenden Auflagen zu beweisen, da z.B. die Filter, die dies gewährleisten könnten, aus Kostengründen gar nicht erst eingebaut werden. Ein anderer

bezeichnender Vorwurf ist der der ,,Unverhältnismäßigkeit der Mittel''. Was damit gemeint ist, erklärte

bezeichnender Vorwurf ist der der ,,Unverhältnismäßigkeit der Mittel''. Was damit gemeint ist, erklärte STEAG-Vertreter von Freyer. Die STEAG leiste bei Ansiedlungen solcher Größenordnungen in der Regel (!) einen Beitrag für die Allgemeinheit – nämlich Zuschüsse für Freibäder-Ausbauten oder ähnliche infrastrukturelle Maßnahmen (,,HA'', 1.3.78)!

So offenherzig hört man es selten, daß bei Industrieansiedlungen die betreffende Gemeinde immer geschmiert wird. Als aber die Bürgerinitiative auf entsprechende Angebote der STEAG eingegangen ist und schließlich der Vertrag über 1,5 Mio zustandekam, sei nach der Meinung des Staatsanwaltes die BI *,,weit über das Ziel hinausgeschossen''* (,,HA'', 1.3.78).

Es wird also auch vom Staatsanwalt nicht bestritten, daß die STEAG als erste Geld angeboten hat, was auch noch einmal auf einer Pressekonferenz der BI bekräftigt wurde, und zwar für jeden der Sprecher DM 210.000,-!

Um sich aber von dem Geruch zu befreien, die Gemeinde Bergkamen geschmiert zu haben, versucht jetzt die STEAG, den Vertrag mit der Bergkamener BI anzufechten und für ungültig zu erklären.

In dem Vertrag mit der BI ist nämlich auch enthalten, daß die Stadt Bergkamen DM 640.000,- erhält! Nun will die STEAG, daß der Stadtrat seine Zustimmung zur Anfechtung des Vertrages erteilt, was bedeuten würde, daß die Stadt Bergkamen auf das Geld verzichtet.

Vor allem die CDU-Fraktion beharrt aber darauf, daß der Vertrag bestehen bleibt und das Geld auf alle Fälle ausgezahlt wird (,,HA'', 2.3.78).

All dies kann den Staatsanwalt natürlich nicht daran hindern, den Stadtrat von Bergkamen als ehrenwerten Mann zu bezeichnen, die BI-Mitglieder aber als Erpresser anzuklagen.

Entsprechende Stimmung machte auch der Betriebsrat der Zeche Monopol, der sowohl auf die Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft als auch der BI mit 60 Leuten gekommen war, um in trauter Einigkeit mit Staatsanwalt und STEAG die BI als *,,Interessenhaufen, der sich Geld ergaunern will''*, zu bezeichnen (,,HA'', 1.3.78).

Als ,,korrupt'' und ,,Gauner'' sollen die gelten, die sich für Geld ihre Sicherheitsbedenken abkaufen lassen. So an den Pranger gestellt, will jetzt der Staatsanwalt durchsetzen, daß es überhaupt als ,,kriminell'' und ,,verbrecherisch''gilt, gegen Kohlekraftwerke zu kämpfen, gegen das Gericht genehmigt hat. Es ist zu hoffen, daß die BI nicht nur versucht, von ,,ihrem'' Vertrag zu retten, was zu retten ist, sondern daß sie alles tut, um die Hintergründe schonungslos aufzudecken.

AKW-Nein-Kommission



Nach Hetze in der Öffentlichkeit: BI unter Polizeischutz

AKW-Nein-Kommission

Nach Hetze in der Öffentlichkeit: BI unter Polizeischutz

DKP-Presse: Atomsatelliten-Absturz nur eine Zeitungsente?

Die Tatsache, daß es sich bei dem abgestürzten Atomsatelliten, der die Gesundheit vieler Menschen gefährdet, um einen Gruß aus dem »realen Sozialismus« handelte, fand in der westdeutschen Revi-Presse gebührende Beachtung.

Unter der Überschrift *»,Bild' erweckt tote Zeitungsente zum Leben«* und *»Panikmache um verglühten Kosmos-Satellit unverantwortlich«* weiß die ,,UZ'' vom 27.1.78, erst drei Tage nach dem Absturz, zu berichten, daß *»der Sattellit keine Spuren in dem kanadischen Suchgebiet, wo man Reste des Satelliten vermutete, hinterlassen«* habe.
Desweiteren sei die *»explosionssichere Kernanlage«* des Satelliten *»beim Eintritt in die Erdatmosphäre völlig verglüht«* (hier bietet sich ja geradezu der richtungsweisende Vorschlag an, den Atommüll »einfach zu verglühen«, denn nach Meinung der ,,UZ'' ist ja wohl durch das angeblich völlige Verglühen die Radioaktivität gleich mit verglüht?...). Nicht etwa die ungeheuer starke radioaktive Verseuchung (einige Teile des Satelliten strahlen so stark, daß ein Mensch nach 3-stündigem »Genuß« der Strahlung buchstäblich zerstrahlt ist!) ist für die DKP das Unverantwortliche an diesem Fall, sondern die »Panikmache« der bürgerlichen Presse. Diese abstruse Logik versuchte anfangs die Westberliner SEW (dortiger Revi-Ableger) zu vermeiden. Ihre Tageszeitung ,,Wahrheit'' schwieg erst einmal zwei Wochen. Nach diesem langen Ringen mit der Wahrheit versuchte sie es dann am 6.2. mit der Überschrift: *»Wolke der Desinformation schwebt über der Erde«*durch entsprechend wolkige und nebulöse Äußerungen die Tatsachen zu umschiffen: Der Vorfall *»hat die reale Zusammenarbeit zwischen den Regierungen, unter anderem der UdSSR, der USA und Kanadas, während solcher vorläufig* [??! — man muß offenbar auf ziemlich vieles gefaßt sein! — Anm. AK) *noch seltenen kosmische Zwischenfälle, bewiesen. Friedliche Atomenergie wird die Kosmosforschung unbedingt stets begleiten. Gleichzeitig aber wird die internationale Zusammenarbeit im Kosmos selbstverständlich die weitere Vervollkommung des Verfahrens bei der Lösung der Schwierigkeiten und Probleme erfordern, die im Verlauf des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unvermeidlich entstehen«.*

Trotzdem war die Sowjetunion schließlich bereit, für die Suchaktion nach diesem Nebel an Kanada Entschädigung zu zahlen.

Auch die DKP-orientierte »Deutsche Volkszeitung« bringt es nicht fertig, in ihrer bisweilen etwas differenzierteren Betrachtungsweise die schlichten Fakten zu benennen (s. AK 122). In einem Kommentar vom 2.2.78 bringt es die ,,DVZ'' fertig, angesichts der am selben Tag von AP gemeldeten Wrackteile und ihrer starken radioaktiven Verseuchung zu behaupten: *»Mit großem technischen Aufwand unternommene Suchaktionen haben jene Informationen und Prognosen bestätigt, wonach weder eine radioaktive noch andere Gefährdung aus der Kosmos-Panne zu erwarten sei«!*
Im folgenden bemüht sich die ,,DVZ'' lediglich nachzuweisen, daß es sich bei dem Kosmos-Satelliten nicht um eine Waffe handele, mit einer sehr einleuchtenden »Begründung«, die wir dem Leser nicht vorenthalten wollen:

»Eines kann ausgeschlossen werden: daß es sich bei Kosmos 954 um eine Waffe gehandelt hat. Dies hätte gegen den Vertrag über die Atomwaffenfreiheit des Weltraums verstoßen« — so einfach ist das! Nun, daß der Satellit keine Waffe ist, mag noch angehen (obwohl: bewiesen ist auch das nicht!), aber ein harmloser »Wettersatellit« war es auch nicht gerade, sondern er hatte handfeste militärische Aufgaben im Bereich der Überwachung. Aber selbst die Vorstellung, daß der Satellit zumindest zu einem Waffensystem gehört, ist so absurd nicht, arbeiten doch die USA und die UdSSR nach Angaben der ,,Frankfurter Rundschau'' vom 14.11.77 seit Jahren fieberhaft an Systemen von ferngesteuerten Satelliten, die vom Weltraum aus einen Atomkrieg überwachen sollen und z.B. feindliche Atomraketen abschießen sollen.

Diese entgegen dem Entspannungsschwindel auch hier hektisch betriebene nukleare Aufrüstung ist sicher kein Grund, um die schon in »Friedenszeiten« auftretende Gefährdung für die Menschheit derart verantwortungslos herunterzuspielen!

AKW-Nein-Kommission

Anti-AKW- Nachrichten aus Österreich

Vor der Parlamentssitzung, auf der über die Inbetriebnahme des fertigen AKW Zwentendorf entschieden werden soll, versucht die Bundesregierung, von einigen wesentlichen Bedingungen herunterzukommen, an deren Erfüllung sie früher die Inbetriebnahme des AKWs geknüpft hatte. Weil es nicht gelungen ist, einen Ort für die Endlagerung des Atommülls zu finden, weder im In- noch im Ausland, soll jetzt ganz darauf verzichtet werden. Die neue Masche heißt: Bau eines überirdischen Zwischen- oder Dauerlagers. Diese ,,Lösung'' wird inzwischen von führenden Kapitalisten unterstützt: Der Chef des österreichischen Stromverbundes, Erbacher, erklärte: *,,Kein Mensch muß, wenn er ein Kind gebiert, auch gleich den Sarg hinstellen. Wir haben ein konkretes Konzept für ein Lager entwickelt, das alle Brennelemente aufnehmen kann, die in der 20-jährigen kaufmännischen Lebensdauer des Kernkraftwerks anfallen''* (,,profil'' 6/78).

Bis 1990 läuft ein Wiederaufbereitungsvertrag mit der französischen Firma Cogema in La Hague. Danach muß Österreich den Müll selber einlagern. Das ,,konkrete Konzept'' Erbachers für ein solches Dauerlager ab 1990 geht davon aus, daß es für *,,keine anderen Auflagen gelten würde als für einen mehrstöckigen konventionellen Bau''*!! (,,profil''). Wie er diesen Bau allerdings für mehrere Millionen Jahre sicher machen will, bleibt sein Geheimnis.

••• ••• •••

Der Gemeinderat in Alberndorf (Niederösterreich), der sich zu Verhandlungen über die Errichtung eines Zwischenlagers bereit erklärt hatte, mußte inzwischen auf Grund des Drucks der Bevölkerung sein Angebot offiziell zurückziehen. Inzwischen klagen die AKW-Betreiber: *,,Bei der Suche nach einem Standort beißt sich die Katze in den Schwanz. Wir haben einige Angebote von Gemeinden da. Aber wenn wir wo zu bohren beginnen und schauen, ob wir ein Häusl hinstellen können, dann jagen uns ja heute die Leut' mit den Hunden weg''* (,,profil'' 6/78). Weiter so!

Die österreichische Anti-AKW-Bewegung diskutiert gegenwärtig darüber, ob sie eine Volksabstimmung gegen AKWs fordern sollte. Der Vorschlag stammt von der Sozialistischen Jugend (SPÖ) und wird u.a. von der trotzkistischen GRM unterstützt, ebenso von dem KBW-Ableger KBÖ. Über die Haltung der Umweltschutzorganisationen wie dem WSL, der in der österreichischen Anti-AKW-Bewegung eine große Rolle spielt, ist uns z.Zt. nichts bekannt.

Österreich-Schweiz-Kommission

Ermittlungen gegen Pastor

Der Hannoveraner Pastor Bretzke erklärte auf einer Gedenkfeier für Hartmut Gründler, der sich vor einigen Monaten in Hamburg aus Protest gegen das Atomprogramm selbst angezündet hatte: *,,Dieser Staat muß endlich aufhören, Menschen in die Verzweiflung und in den Tod zu nötigen''*. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen *,,Verunglimpfung des Staates''*, (,,tat'', 24.2.78).

»Strahlende Nacht«

Zu einem ,,Anti-Atom-Fest für Jugendliche'' unter dem Motto: ,,Strahlende Nacht'' hatte die evangelische Versöhnungsgemeinde Dreieich-Sprendlingen für den 11.2. geladen. Dafür wurde über Plakate geworben und auch in der örtlichen Presse erschien ein sehr lieber Artikel, der zu der, wie es hieß, ,,Großveranstaltung in Sachen Atomkraftwerke'' aufrief. Und es kamen dann rund 150 AKW-Gegner. Aber nicht nur, denn vor der Tür wurden auch Leute von der KWU (Bürgerinitiative für gesicherte Energie) gesichtet, die mit Geigerzähler und Gartendünger ausgerüstet die Ungefährlichkeit der AKWs beweisen wollten, indem sie die natürliche Radioaktivität in der Luft und dem Dünger vorführten. Davon war aber niemand begeistert...

Die Fete jedenfalls war große Klasse. Es wurde über wirtschaftliche und politische Hintergründe von AKWs informiert, die Langener Bürgerinitiative führte ein Theaterstück auf und hielt einen Beitrag zur Anti-AKW-Bewegung. Und natürlich gab es ein reiches kulturelles Programm. Der veranstaltende Pfarrer berichtete in seiner Begrüßungsrede noch davon, daß der Kirchenvorstand ihn ersucht hatte, die Veranstaltung wieder abzublasen, er aber dann doch die Veranstaltung gemacht habe, weil den Jugendlichen dieses Problem sehr am Herzen lag. Man sieht, solche Aktivitäten sind in der Kirche nicht sehr gefragt.

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft



Metall

Massenhafte Arbeitsplatz-vernichtung im Saarland perfekt

Wegrationalisierung von mindestens 8.800 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie im Saarland, das ist das Konzept des luxemburgischen, multinationalen Konzerns „Arbed". „Arbed" ist nach „Bereinigung der Eigentumsverhältnisse", die nur noch der formalen Zustimmung der Bundesregierung bedürfen, Alleineigentümer der Hüttenwerke in Völklingen, Burbach und Neunkirchen. Präsident Tesch hat folgenden detaillierten „Umstrukturierungsplan" der Bundesregierung vorgelegt: Danach sind nachstehende Rationalisierungen geplant:

a. für 1980: in Neunkirchen wird die Roheisenenergieerzeugung stillgelegt,
in Burbach werden Stahlwerk sowie Block- und Knüppelstraße „entmottet", die geplante Stranggußanlage geht in Betrieb,
in Völklingen werden das OBM- und das Siemens-Martin-Stahlwerk stillgelegt.
b. für 1981 und 1982: in Neunkirchen werden das Stahlwerk und die Walzstraßen der ersten Hitze halbiert und die Grobstraßen 1

stillgelegt.
b. für 1981 und 1982: in Neunkirchen werden das Stahlwerk und die Walzstraßen der ersten Hitze halbiert und die Grobstraßen 1
und 3 stillgelegt,
in Burbach wird 1981 Hochofen 9 „entmottet",
in Völklingen geht die erste Stufe des neuen Blasstahlwerks in Betrieb und es wird das Siemes-Martin-Stahlwerk stillgelegt.
c. für 1983: in Neunkirchen werden Stahlwerk und Walzstraßen der ersten Hitze stillgelegt,
in Burbach wird Hochofen 9 stillgelegt,
in Völklingen wird die Roheisenerzeugung stillgelegt und es geht die zweite Phase des neuen Stahlwerks in Betrieb.

Nach diesem Programm werden in Neunkirchen 3.750 Arbeitsplätze vernichtet, in Burbach 2.838 und in Völklingen 2.201.

Insgesamt will „Arbed", der in insgesamt elf Ländern Stahl kocht, von 44 Walzstraßen 18 stillegen, was auch Massenentlassungen in Luxemburg und Belgien bedeuten würde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der saarländischen Landesregierung. Wirtschaftsminister Klump (FDP) meinte, die Pläne seien geeignet, *„in den gesamten Stahlbereich Ordnung hereinzubringen"*. Außerdem bescheinigte er dem Konzern eine *„weitsichtige Unternehmenspolitik"*.

Dabei ist jetzt schon abzusehen, daß sich die Arbeitsplatzvernichtung kaum auf die gigantische Zahl von 8.800 „beschränken" wird. Nach Schätzungen sind 3.000 Arbeitsplätze der Zulieferindustrie gefährdet sowie ca. 10.000 (!) bei den Saarbergwerken, da der „Arbed"-Konzern selbst über Kohlegruben in den USA und in Brasilien verfügt (Handelsblatt, 28.2.).

Bereits jetzt ist die Arbeitslosigkeit im Saarland mit 8,1% die höchste in der BRD. In Neunkirchen steht die Arbeitslosenquote zur Zeit bei 10,4%. Auf jede offene Stelle kommen 18 Arbeitssuchende. Nach Schließung des Eisenwerks wird die Arbeitslosigkeit mindestens 14% betragen!

„Saarländische, lothringische und Luxemburger Arbeiter – gemeinsam gegen 'Arbed'-Plan!"

„Saarländische, lothringische und Luxemburger Arbeiter – gemeinsam gegen 'Arbed'-Plan!"

Unter dieser Parole demonstrierten am 21.2. über 5.000 Arbeiter und Angestellte in Neunkirchen gegen die drohende Schließung des Eisenwerks. Mit dieser fünften grossen Demonstration und Kundgebung seit März 1977 machte die Belegschaft ihre Bereitschaft deutlich, sich gegen die Entlassungen zur Wehr zu setzen. Allerdings sind ihre Forderungen bei der IGM-Führung nicht in vertrauenswürdigen Händen. Darüber können auch scheinradikale IGM-Töne z.B. auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 21.12. in Neunkirchen nicht hinwegtäuschen.

BR-Vorsitzender Becker, der gleichzeitig auch im Aufsichtsrat und SPD-Landtagsabgeordneter ist, sagte dort u.a.: *„Wir werden kämpfen. Wenn es notwendig ist, dann stelle ich mich an die Spitze der Demonstration in Saarbrücken oder in Bonn"* („UZ", 25.2.). Der gleiche „kämpferische" Becker schließt aber einen Streik ausdrücklich aus, *„weil wir denen da oben nur Vorwände geben würden, den Laden zuzumachen"* („FR", 23.2. 78).

Natürlich haben die IGM-Oberen bereits das passende Konzept zur Arbeitsplatzsicherung in der Tasche. IGM-Bevollmächtigter Jung sagt das so: *„Wir sind keine Maschinenstürmer"* („FR", 23.2.). Dementsprechend fordert die IGM die zeitgleiche Schaffung gleichwertiger und langfristig gesicherter neuer Arbeitsplätze. Lt. Vorstandsmitglied Judith könne die IGM erst bei einer solchen Gesamtkonzeption dem „Arbed"-Plan uneingeschränkt zustimmen! Allerdings müsse die IGM eingestehen, daß sie nicht in der Lage sei, der technischen Konzeption von „Arbed" eine Alternative entgegenzusetzen („Süddeutsche Zeitung" 25.2.). Das heißt im Klartext also, daß die IGM-Führung die Rationalisierungen akzeptieren wird. In die gleiche Richtung geht die von BR Becker und einigen SPD-Leuten aufgestellte Forderung nach Verstaatlichung oder staatlicher Unterstützung. Auch hier wird versichert, die SPD *„wende sich nicht gegen Rationalisierungsmaßnahmen, um die Überlebensfähigkeit der Hütten zu sichern. Die Produktionsstruk-*

Unterstützung. Auch hier wird versichert, die SPD „wende sich nicht gegen Rationalisierungsmaßnahmen, um die Überlebensfähigkeit der Hütten zu sichern. Die Produktionsstruk-
tur müsse geändert werden." (Handelsblatt, 28.2.).

Im Endeffekt geht es also nur darum, daß die Massenentlassungen etwas „humaner" – z.B. über mehr vorzeitige Altersruhegelder – über die Bühne gehen, aber nicht verhindert werden.

Außerdem läßt diese Forderung völlig außer acht, daß es schließlich die Bundesregierung war, die dem „Arbed"-Konzern die Übernahme der Saarhütten antrug.

Weiter verlautete in der Presse, daß bei Verhandlungen zwischen „Arbed", Bundesregierung und Saarland-Regierung eine Summe von 500 Mio. Mark für die „Saar-Sanierung" – also für das Rationalisierungsprogramm – in Form von Krediten und Bürgschaften im Gespräch ist! („SZ" 21.2.).

Eine Parallele zur „Sanierung" des Kohlebergbaus wird deutlich. Dort wurden hunderttausende Arbeitsplätze mit massiver finanzieller Hilfe des Bundes vernichtet.

Metall-Kommission



Neunkirchen am 21. Februar: Rund 5000 Stahlarbeiter demonstrieren gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze

Storno- Kolleginnen zum zweiten Mal gekündigt

Am 25.2. fand in Flensburg das Solidaritätsfest der sechs entlassenen Storno-Kolleginnen statt. Die Besucherzahl blieb mit knapp 200 zwar hinter den Erwartungen zurück, das Fest war aber eine runde Sache. Es sprachen Anna, mehrmals gekündigte ehemalige Betriebsrätin von Colgate-Palmolive aus Hamburg, Rainer Trampert, Betriebsrat bei Texaco Hamburg, Jörg Wessels, Betriebsrat bei der HHLA, der auch einen Video-Film über den Hafenarbeiterstreik mitbrachte und ein Mitglied der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe Opel Bochum. Eine Frau aus Bochum übermittelte solidarische Grüsse von Bochumer Frauengruppen, die die Storno-Kolleginnen zu einer Frauen-Antirepressionsveranstaltung anläßlich des 8.März nach Bochum eingeladen haben. Heinz Brandt hatte den „armen Kirchenmäusen" eine humoristische Solidaritätsadresse geschickt. Kalle & Jürgen sorgten mit plattdeutschen Liedern, Canta Cronica mit südamerikanischer Folklore und Alcatraz mit ihrem Anti-AKW-Programm für gute Stimmung.

Jürgen sorgten mit plattdeutschen Liedern, Canta Cronica mit südamerikanischer Folklore und Alcatraz mit ihrem Anti-AKW-Programm für gute Stimmung.

In ihrer Rede gingen die Kolleginnen neben der Darstellung der bisherigen Ereignisse darauf ein, wie sich die Hetze gegen linke Kollegen gegenwärtig im Betrieb fortsetzt. Eine Kollegin und ein Kollege hatten kurz vor der Veranstaltung schriftliche Verwarnungen erhalten mit der Begründung, sie hätten im Betrieb die Broschüre der Entlassnen verkauft, was gegen die Arbeitsordnung verstoße und eine Störung des Betriebsfriedens sei. Im Wiederholungsfall wurde auch ihnen die fristlose Kündigung angedroht. Das zeigt, daß die Geschäftsleitung bei Storno mit den sechs Entlassungen noch lange nicht zufrieden ist, sie will restlos aufräumen, bis keiner es mehr wagt, das Maul aufzumachen. Die Entlassenen schätzen deshalb auch ein, daß gegen sie ebenfalls weitere Angriffe zu erwarten seien.

Wenige Tage nach der Veranstaltung war es dann soweit: die sechs wurden zum zweiten Mal fristlos gefeuert. Begründung: „Störung des Betriebsfriedens", „grobe Beleidigung" und „Verleumdung" sowie „Geschäftsschädigung" durch das Verschicken von Info-Material, in dem der Geschäftsleitung bewußte Unternehmerwillkür und undemokratisches Verhalten, der bewußte Einsatz der Terroristenhatz als Mittel der Kriminalisierung unterstellt würde, und außerdem gegen eine Gruppe von Mitarbeitern gehetzt werde, die ein Flugblatt gegen die fortschrittlichen Kandidatinnen herausgegeben hatten am Tag der Betriebsratswahl. Damit wäre die Katze aus dem Sack! Die Sache hat zwei Seiten: zum einen hat es die Geschäftsleitung offenbar nötig, einen neuen Kündigungsgrund nachzuschieben, denn ihre Chancen für die Berufungsverhandlung am 13. März in Sachen „Matjes und Erbsensuppe" sind nicht gerade rosig. Zum anderen werden die Kolleginnen mit

nachzuschieben, denn ihre Chancen für die Berufungsverhandlung am 13. März in Sachen „Matjes und Erbsensuppe" sind nicht gerade rosig. Zum anderen werden die Kolleginnen mit
diesem Kündigungsgrund noch weiter in die linke Ecke gedrängt, eine Solidarisierung mit ihnen für jeden Kollegen und Gewerkschafter immer schwerer. Bisher haben sich die Kolleginnen allerdings nicht einschüchtern lassen. Die Mehrheit der sechs wird auch gegen die neuen Kündigungen weiter klagen. Darüber hinaus soll die Arbeit gegen die Entlassungen und im Betrieb sowie die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Gewerkschaftern in Flensburg in einem 'Solidaritätskomitee Storno' fortgesetzt werden. Zu einem ersten Treffen luden einige Kolleginnen auf der Veranstaltung ein.

FSG-Storno-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Reynolds Aluminium: Das Maß ist voll - schon wieder 50 Entlassungen

Am Freitag, den 24.Februar legte der vor zwei Jahren gefeuerte und vor kurzem zurückgeholte Reynolds Manager Reiman dem Betriebsrat sein neues Konzept vor. Es sieht vor, daß wieder 50 Kollegen rausfliegen sollen. Betroffen hiervon sind vor allem Angestellte, von denen jetzt jeder vierte gehen soll.

Außerdem wurden eine schwangere Kollegin und ein behinderter Kollege, sowie zwei Betriebsratskandidaten auf die Kündigungsliste gesetzt.

Damit setzen die Reynolds Kapitalisten ihren brutalen Kurs gegen die Belegschaft unverändert fort, denn Entlassungen haben Tradition. Innerhalb von 5 Jahren sollen nun zum vierten Mal Kollegen rausfliegen. Mehr noch: Die Konzernherren werden immer dreister, jetzt schrecken sie nicht mal vor Kollegen mit besonderem Kündigungsschutz zurück.

Für die Reynolds Arbeiter steht viel auf dem Spiel. Die 50 Entlassungen müssen verhindert werden, nicht nur um das menschenverachtende Treiben der Konzernherren zu beenden, sondern um die sich abzeichnende Schließung auf Raten zurückzuschlagen.

Nach dem neuen Konzept soll das Werk zum Zulieferbetrieb für andere Reynoldswerke degradiert werden. Gerade die Bereiche, die zukunftsorientiert arbeiten, wie das Labor und die Technische-Abteilung werden stark dezimiert. Die Reynolds-Manager wollen offensichtlich keine Mark mehr investieren, sondern nur noch rausholen, was rauszuholen ist. Die Anlagen sollen solange Tonnen bringen, bis sie zu Schrott gefahren sind.

„Heute 50 – Morgen Alle! Wir müssen uns wehren."

Unter diesem Motto fand am letzten Donnerstag die Betriebsversammlung statt, in der mit Transparenten und

Fortsetzung auf Seite 18

Chemie

Zementwerk Seibel und Söhne, Erwitte: Kündigungen zurückgewiesen

Nach 3 Jahren Kündigungsschutzklagen hat am 14. Februar das Bundesarbeitsgericht die Kündigungen der Belegschaft der Zementwerke Seibel in Erwitte zurückgewiesen.

1975 hatten die Zementwerker fast 6 Wochen ihren Betrieb wegen drohender Betriebsschließung besetzt gehalten. Der Kapitalist hat daraufhin fast alle 151 Beschäftigten zunächst fristlos und später fristgemäß gekündigt. Neben dem Erfolg, daß die Kündigungen zurückgewiesen wurden, steht aber auch, daß das Bundesarbeitsgericht den Streik und die Betriebsbesetzung zum „wilden Streik" erklärte und damit die Aktion für illegal. Von daher hat es die fristgemäßen Kündigungen auch nur deshalb für unwirksam erklärt, weil der Betriebsrat nicht gehört wurde (der sich am Streik beteiligte). Die fristlosen Kündigungen wurden zurückgewiesen, „*weil die Arbeiter die Rechtswidrigkeit ihres eigenen Verhaltens angesichts der Verhaltensweisen der Gewerkschaft und der Sympathie durch die breite Öffentlichkeit nicht erkennen konnten*". In der gleichen Logik hat das Gericht die Kündigungsschutzprozesse für die Kollegen, die zu den sogenannten „Handelnden der ersten Stunde" gehörten, die also wesentlich für das Gelingen und die Durchführung des Kampfes aktiv wurden, an das Landesarbeitsgericht Hamm zurückgegeben, um eine weitere „Interessenabwägung" vorzunehmen. Das kann u.U. bedeuten, daß gerade diese Kollegen evtl. doch noch gekündigt werden.

Insgesamt kann man feststellen, daß dieses Urteil zunächst ein Erfolg der breiten Solidarität mit den Erwitter Zementarbeitern ist. Hätte die Gewerkschaftsführung allerdings den Streik übernommen (was sie ja nicht getan hat), hätte das Gericht ihn nicht für illegal erklären können, und die aktivsten Kollegen müßten jetzt nicht noch mal vor Gericht.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg



Erwitte: Nach 3 Jahren — Erfolg der Kündigungsschutzklagen vor dem BAG

Neue Kampagne gegen Linke in Betrieb und Gewerkschaft

Seit der 10. Bundesjugendkonferenz des DGB (s. Bericht im Rebell 26), auf dem Schwab (vom DGB-Vorstand) sich besorgt über kommunistische Unterwanderung in der DGB-Jugend äußerte und seinen Vorstandskollegen einen entsprechenden Bericht zukommen ließ, hat sich einiges getan.

Auf einer Klausurtagung des DGB-Bundesjugendausschusses in Oberursel, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Es sollen die verschiedenen bestehenden Arbeitsausschüsse reduziert werden auf nur einen Ausschuß. Dieser soll zwischen den dreimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Bundesjugendausschusses die konkreten Arbeitsaufgaben festlegen, Aufträge an die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand erteilen und zu allen (?) relevanten Themen Stellung nehmen. Klar ist, daß so ein Ausschuß besser zu überwachen ist. Um aber ganz sicher zu gehen, werden Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften, der DGB-Bundesjugendsekretär und Schwab diesem Ausschuß angehören.

Es soll, wie immer wieder betont wird, eine breite Massenbewegung (?!) erreicht werden, mit deren Hilfe die kommunistische Unterwanderung und die Kaderpolitik der DKP unter (völlige) Kontrolle zu bringen.

Das „Handesblatt" (18.2.78), sah sich unter dem Motto „Linksradikale Agitation im Betrieb bekämpfen" nicht nur genötigt, über die Maßnahmen gegen die „Unterwanderung" der DGB-Jugend zu berichten, sondern gab seinen Lesern auch praktische Handlungshilfen. Es ist der Meinung, daß aus den Schwab' schen Erkenntnissen auch die Unternehmer die Konsequenzen ziehen sollten. Zitat: „*Auf jeden Fall sollte eine vertrauensvolle betriebliche Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaft bzw. Betriebsrat angestrebt werden (!), da es auch in kommunistisch unterwanderten Betriebsräten demokratisch gesinnte Gewerkschaftler gebe. Zu diesen sei laufend und offen Verbindung zu halten, und sie sollten über Erkenntnisse linksradikaler Aktivitäten ins Bild gesetzt werden, damit sie in ihren Bereich gegensteuern können.*"

Weiter wird ausgeführt, daß bei Lehrlingen Kontakt mit dem Ausbilder und der Berufsschule gehalten werden muß. Zu Flugblättern empfiehlt das Blatt: „*Schließlich sollten die Unternehmen die rechtlichen Möglichkeiten gegen die linke Agitation ausnutzen: Die Flugblätter linksradikaler Agitatoren enthalten immer wieder Passagen, die eine strafrechtliche Verfolgung der presserechtlich für sie Verantwortlichen z.B. nach § 185 oder § 186 StGB, rechtfertigen könnte.*"

Es ist anzunehmen, daß die Gewerkschaftsführung sich über soviel Hilfe freuen wird, Schulter an Schulter stehen Gewerkschaftsausschluß und Kündigung.

Nehmen wir den Kampf dagegen auf!

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

IG Chemie verklagt Bayer AG

Die anstehenden Vertrauensleute-Wahlen bei der Bayer AG, Werk Brunsbüttel, versucht die Geschäftsleitung zu verhindern: Die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute während der Arbeitszeit und auf dem Werksgelände wurde verboten. Andererseits fordert diese Geschäftsleitung die Wahl betrieblicher Vertrauensleute (die von allen gewählt werden und im wesentlichen das Sprachrohr der Geschäftsleitung darstellen sollen).

Die IG-Chemie hat auf diesen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte Klage eingereicht, damit gewerkschaftliche Vertrauensleute-Wahlen durchgeführt werden und die Wahl betrieblicher Vertrauensleute unterbleibt (aus Gewerkschaftspost 2/78).

BASF: Repression gegen KPD/ML-Betriebsratsliste

Die KPD/ML hat mit dem bei ihr üblichen rrrevolutionärem Brimborium eine sogenannte „RGO-Liste" zu den Betriebsratswahlen bei BASF in Ludwigshafen eingereicht. An sich kein weltbewegendes Ereignis; interessant ist allerdings wie die IG-Chemie verhindern wollte, daß die Liste die nötigen Unterschriften zusammenbekommt. Neben der üblichen Drohung, daß jeder aus der Gewerkschaft fliege, der diese Liste unterschreibt, wurden gleich zwei (!) Briefe an die Unterzeichner verschickt, wo sie ultimativ aufgefordert wurden, die Unterschrift zurückzuziehen und bei der IG Chemie zu unterschreiben. In dem zweiten Brief wurde noch eine vorgedruckte Erklärung beigelegt und ein frankierter Rückantwortbrief. Die IG-Chemie hat die Namenslisten offensichtlich von dem Wahlausschuß erhalten, was eindeutig illegal ist.

26 Kollegen haben unter diesem Druck ihre Unterschrift zurückgezogen. Von diesen Kollegen wurde dann noch eine weitere Unterschrift verlangt, und zwar sollten sie erklären, daß sie zu der Unterschrift auf der Liste „durch arglistige Täuschung" gezwungen wurden!

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 17

Parolen nett dekorierten Kantine. Wie immer zu solchen Anlässen wurden die Konzernherren nach Strich und Faden ausgezählt und ausgepfiffen. Der besonders „sensible" Personalchef war drauf und dran, die Versammlung zu verlassen. Was nicht schlimm gewesen wäre, denn die Kapitalisten waren nicht bereit, sich der Auseinandersetzung zu stellen. Sie zogen es vor, möglichst viel zu schweigen, um die Empörung der Kollegen nicht noch zu steigern. Geschockt und irritiert waren sie aber, als der Betriebsrat aus Zeitgründen die Versammlung beendete und für Montag die Weiterführung bekannt gab. Mit dem saublöden Argument Zeitmangel versuchten sie die Vertagung allerdings ohne Erfolg zu verhindern.

Für die Reynolds-Kollegen wird es am Montag darauf ankommen, daß Maßnahmen und Aktionen beraten und festgelegt werden, wie der Kampf weiter zu führen ist. Der Zustand, daß Protest und Empörung ausschließlich in einer kämpferischen Betriebsversammlung zum Ausdruck kommen, reicht nicht aus, diese sich abzeichnende Liquidierung zu verhindern.

Erste Schritte hat der Vertrauenskörper bereits beschlossen. In Zusammenarbeit mit der IG Metall soll am nächsten Samstag an mehreren Stellen in Hamburg ein Flugblatt verteilt werden.

Außerdem haben die Vertrauensleute der IG Metall vorgeschlagen, eine große Solidaritätsveranstaltung im Gewerkschaftshaus zu organisieren. Denn neben betrieblichen Aktivitäten müssen die Entlassungen breit in die Öffentlichkeit gebracht werden. Zugute kommen dürfte den Reynolds-Kollegen, daß in Hamburg Wahlkampfzeit ist, wodurch die Vergeudung von Steuergeldern auf offene Ohren stoßen dürfte (man erinnere sich: Das Reynolds-Werk wurde seinerzeit mit Millionenbeträgen aus dem Steuersäckel finanziert!). Besonders den Hamburger Sozialdemokraten muß ihr Wahlschlager von vor 4 Jahren kräftig um die Ohren gehauen werden.

Das Maß ist voll, bei Reynolds darf keiner mehr rausfliegen!

Reynolds-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

ÖTV-Führung entschieden für Aufrüstung zum Polizeistaat

Im ÖTV-Echo, Gewerkschaftszeitung für Hamburg (Nr. 1, Jan./Febr. 78), geben die ÖTV-Führer, voran Heinz Kluncker, erneut einen Beweis für ihre vollkommene Übereinstimmung mit dem im Schatten der „Terroristen"-bekämpfung betriebenen weiteren Ausbau des Polizeiapparats durch den SPD-Senat in Hamburg. Auf über zwei der sechs Seiten umfassenden Zeitung werden in Wort und Bild die erreichten „Verbesserungen" und die Pläne des Senats in dieser Hinsicht gepriesen: „*In den letzten vier Jahren wurden mehr als 600 neue Stellen im Polizeidienst geschaffen, die technischen Mittel erheblich verbessert*". Daneben Bilder: Bullen bei der Fahndung auf der Autobahn, Maschinenpistole im Anschlag, bei der Verkehrsregelung und bei der Streife mit Hund.

ÖTV-Echo, Jan./Febr. '78

Noch in diesem Monat ist's soweit: Ein außerordentlicher Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird darüber entscheiden, ob sie Antrag auf Beitritt zum Deutschen Gewerkschaftsbund stellt.

Die ÖTV will ebenfalls noch in diesem Monat in ihrem Hauptvorstand über einen eventuellen Beitrittsantrag der GdP beraten und hat vorsorglich bereits beantragt, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Bundesausschusses im März dieses Jahres zu setzen.

Die Diskussion über einen möglichen Beitritt der GdP zum DGB geht bereits seit längerer Zeit. Im Mai 1977 fanden in Hilden Kommissionsgespräche zwischen der ÖTV und der GdP über Sach- und Grundsatzfragen statt. Weitere Besprechungen folgten Ende Juli und Anfang Dezember letzten Jahres.

Im Mittelpunkt dieser Werbeschrift für den Ausbau des Polizeistaates steht ein Interview mit dem Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Hartmann — nebst Bild und Lebenslauf — über die Pläne der SPD, die „Innere Sicherheit" noch besser gewährleisten zu können. Überschrift: „*Terror und Gewalt: Wie sicher ist der Bürger in Hamburg?*" und dazu zwei Bilder von den Überfällen auf Buback und Schleyer.

Das Interview wird in einem kleinen Artikel u.a. folgendermaßen angekündigt: „*Was in Hamburg auf dem Gebiet der inneren Sicherheit getan wurde und was noch zu tun ist, darüber hat Ulrich Hartmann freimütig (?) Auskunft gegeben. Die Forderungen, die er dabei aufstellt, sollten auch unsere sein*" (!).

Und so sieht Hartmann die aktuelle Situation und „unsere Aufgaben" für die Zukunft: „*In Hamburg kommt ein Polizeibeamter auf 235 Bürger. Dabei sind die personellen Verstärkungen, die wir in den letzten Monaten vorgenommen haben, noch nicht berücksichtigt. Dieses Zahlenverhältnis wird nur noch von Bremen übertroffen, wenn man von Berlin — wegen seiner besonderen Lage — einmal absieht. Die personelle Stärke ist z.B. in dem Land, dessen Regierung besonders oft von innerer Sicherheit spricht, nur halb so groß. Ich meine Baden-Württemberg. Unsere Polizei ist auch viel stärker — immer auf die Einwohnerzahl bezogen — als die vergleichbarer anderer Großstädte, ob man nun Frankfurt, Stuttgart, Köln oder München nimmt*".

„*Es heißt in unserer Wahlaussage für die Jahre 1978-82: Wir sind bereit, die Personalstärke der Polizei — wie die der Staatsanwaltschaften und Gerichte — aufzustocken, wenn die Kriminalität das erfordert.*" ... „*In den Haushaltsberatungen zum Etat 1978 hat meine Fraktion weitere 50 Stellen für die Bereitschaftspolizei und sieben Stellen für das Rauschgiftdezernat der Kripo durchgesetzt.*"

Damit wird die Sorge der ÖTV-Führer um die Überlastung der „Kollegen" Bullen hinfällig — denn Hamburg stellt den Vorreiter auf dem Weg zum Polizeistaat dar.

Für Hartmann ist aber auch ein Teil der Bekämpfung des „Terrorismus" die „*politische Auseinandersetzung*" mit denjenigen, die die „Terroristen" politisch „unterstützen". Kluncker ergänzt diese Aussage folgendermaßen: „*Die Reform der Polizei darf sich nicht auf technische und verwaltungsbezogene Maßnahmen beschränken, sondern muß auch das Verhältnis zum Bürger einbeziehen.*"

Es herrscht also vollkommene Einigkeit zwischen ÖTV- und SPD-Führung; wobei die ÖTV-Fürsten ihren Part — die Propagierung dieser Ziele innerhalb der Gewerkschaft — bereits seit einiger Zeit eifrig spielen. Auf Seite 1 des „ÖTV-Echos" sagen sie noch einmal, worauf es ihnen ankommt:

„*Innere Sicherheit ist nicht nur eine Frage von Polizei-Ausstattung und -Ausbildung, sondern auch ein Problem des Verhältnisses zwischen Bürger und Polizei. Und wir alle werden einiges tun müssen, um Aversionen und Aggressionen, die sich auf beiden Seiten [leider] aufgebaut hatten, zu beseitigen und um ein entkrampftes Miteinander (!) aller zu erreichen.*"

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Gewerkschaftlicher Unterstützungskreis gebildet

Wie wir bereits im letzten AK berichteten, wurde am 9.2. der Kieler Gewerkschaftssekretär Manfred Schwanbeck von der ÖTV-Führung, im Bunde mit dem Verfassungsschutzes, zum 31.3. gekündigt und mit sofortigem Arbeitsverbot belegt.

Mittlerweile hat sich hiergegen in Kiel ein gewerkschaftlicher Unterstützungskreis „Solidarität mit Manfred Schwanbeck" gebildet. Dieser Kreis sieht es als seine Aufgabe an, auf „*Grundlage der Forderungen:*

- *Für die sofortige Rücknahme der Kündigung und Aufhebung des Arbeitsverbot des Gewerkschaftssekretärs Manfred Schwanbeck!*
- *Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!*
- *Für freie politische Betätigung in der Gewerkschaft!*
- *Schluß mit den Bespitzelungen fortschrittlicher Gewerkschafter durch den Verfassungsschutz und die Gewerkschaftsführung!*

... *inner- und außerhalb der Gewerkschaft eine breite Öffentlichkeit in dieser Frage herzustellen*" (Flugblatt des Unterstützungskreises).

Ein erster praktischer Schritt hierzu war die Herausgabe eines Flugblattes mit einer persönlichen Erklärung Manfreds für die Kolleginnen und Kollegen, die er in seiner bisherigen hauptamtlichen Tätigkeit betreut hatte. Dieses war auch von daher besonders wichtig, weil es die Gewerkschaftsführung bislang peinlichst vermieden hat, die Kolleginnen und Kollegen über diese Kündigung auch nur zu informieren (was bei ihren schweinischen Praktiken wohl auch nicht weiter verwundern darf).

Darüberhinaus fand vor kurzem ein erstes Treffen von ÖTV-Kolleginnen und Kollegen aus sämtlichen Bereichen, für die Manfred zuständig gewesen war, statt. Hier wurde insbesondere über die Möglichkeiten von Aufklärungs- und Solidaritätsaktionen in den einzelnen Betrieben und Gewerkschaftsgruppen diskutiert.

Unterstützt Manfred!

Die Kontaktadresse lautet
Gewerkschaftlicher Unterstützungskreis „Solidarität mit Manfred Schwanbeck"
c/o H.G. Schmidt
Holtenauer Straße 67a
2300 Kiel

KB/Gruppe Kiel

Druck

Fortsetzung von Seite 1

Diese bewußte Provokation rief den Protest vieler Drucker und Setzer hervor: *„Beim Wiesbadener Kurier, bei der Allgemeinen Zeitung Mainz und bei der Hessischen Allgemeinen wurde das Erscheinen von Setzern oder Betriebsräten verhindert. Nicht erschienen ist die Anzeige in der Frankfurter Rundschau, im Kölner Stadtanzeiger, in der Stuttgarter Zeitung, in der Hamburger Morgenpost und einigen weiteren Zeitungen".* (nach „FR", vom22.2.).

In mehreren Zeitungen setzten die Druckarbeiter sogar durch, daß statt der Anzeige Flugblätter der DruPa abgedruckt wurden.

Nachdem die DruPa mit ihrer oft geänderten „Taktik" in den letzten Wochen nicht mehr weiter gekommen ist und von Seiten der Kapitalistenverbände keine Verhandlungen angeboten wurden, hat die DruPa in mehreren Betrieben (je ein Betrieb in Essen, Kassel, Düsseldorf und München) eine Urabstimmung durchgeführt *„ob sie* (die Kollegen, Red.) *den Abschluß eines Tarifvertrages .. auf der Grundlage der Forderungen der DruPa vom 1.2.78 notfalls auch mit Arbeitskampfmaßnahmen durchzusetzen"* („FR", 1.3.) bereit wären.

An dieser Urabstimmung haben ca. 1.600 Kollegen teilgenommen, wobei 89% für einen Streik gestimmt haben. Mit Abschluß der Urabstimmung wurden dann diese 4 Betriebe von der DruPa unbefristet bestreikt.

In den letzten Tagen kam es dann im ganzen Bundesgebiet zu längeren Proteststreiks in 25 Betrieben, soda8 17 Tageszeitungen mit einer Auflage von über 8 Millionen Exemplaren nicht erschienen bzw. mit „Notausgaben" auf den Markt kamen.

Die Druckkapitalisten hatten daraufhin *„zunächst alle die 25 Unternehmen, bei denen es am Montag Proteststreiks gab, zu einer auf 24 Stunden befristeten Schwerpunktaussperrung aufgerufen"* („FR", 4.3.).

Allerdings sind die meisten Betriebe nicht dem Aufruf ihrer Verbände gefolgt, was die DruPa-Führer
bände gefolgt, was die DruPa-Führer als Beweis verkaufen wollten, *„daß nicht alle Unternehmer bereit seien, den harten Kurs ihrer Verbandsspitze mitzumachen".* (ebenda) Ein wirklich großer „Silberstreif" am Horizont.

Auf der anderen Seite kam es in der Geschichte der Drucktarifauseinandersetzungen zu einem bisher einzigartigen Vorfall: *„Allein zwölf Zeitungen, wie die Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine, Stuttgarter Nachrichten, haben selber auf die Herausgabe ihrer Zeitungen verzichtet"* („FR", 4.3.). Schon gedruckte Zeitungen wurden zum Teil in einer Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren wieder eingestampft. Obwohl die DruPa-Führung in München zunächst nur den Süddeutschen Verlag bestreiken ließ, haben die Druckkapitalisten sofort auch die Kollegen der anderen großen Betriebe in München ausgesperrt.

Diese Aussperrung wurde dann am Montag auf den Bauer-Verlag (Hamburg) und Gruner & Jahr (Itzehoe) ausgeweitet. Damit hatten die Kapitalisten die Taktik der DruPa-Führer durchbrochen, die nur in einigen ausgewählten Betrieben streiken lassen wollten, um ihre angeblich so schwache Streikkasse zu schonen. Der DruPa-Hauptvorstand rief als Antwort darauf alle Mitglieder des Springerkonzernes zu einem befristeten Streik auf. Ursprünglich hatten sie geplant, den Springerkonzern rauszuhalten und nur liberale Zeitungen zu bestreiken. Springer sollte dann „in der 2.Phase" drankommen, wobei niemand (außer vielleicht den DruPa-Fürsten) wußte, wann diese eigentlich eintreten sollte! ...

Nach neuesten Mitteilungen der Kapitalistenverbände ist *„in der Nacht zum Sonnabend die Herausgabe der Notausgaben der 'Westdeutschen Allgemeinen' und der 'Neuen Ruhr Zeitung' behindert worden. Die Verlagsleitung habe Polizei anfordern müssen. Erst nach dem Eintreffen von rund 50 Polizisten hätten Störer die unter anderem durch quergestellte Autos blockierten Ausfahrten der Druckereien geräumt"* (nach „Bild" vom 5.3.).

Versuche ähnlicher Art, die Herausgabe der „Bild am Sonntag" zu verhindern, hatte es auch beim Springer Verlag in Hamburg gegeben. Dort hatte die örtliche DruPa-Führung aber massiv abgewiegelt und sich von solchen Aktionen schnell distanziert.

Kritik von der Basis

Auf offene Kritik ist inzwischen das Vorgehen der DruPa-Streik-Führung in Hamburg gestoßen. Ende Februar hatte der Arbeitskreis „neue Technik" im Ortsverein Hamburg zu einem Seminar eingeladen, an dem auch viele Gewerkschafter aus anderen Städten teilnahmen.

Auf diesem Seminar wurde laute Kritik geäußert, die auch bundesweit bekannt wurde, da ein längerer Artikel in der „FR" erschien, der Proteste des DruPa-Hauptvorstandes hervorrief. Schwerpunkte der Kritik waren *„die Maxime des Hauptvorstandes, man dürfe nicht zu früh über den Schlachtplan reden, weil das nur dem Gegner nütze, wird ebenso wie in Hamburg auch in anderen Städten so nicht akzeptiert, lehrte doch die Erfahrung, daß die Unternehmer ohnehin meist früher informiert waren als die Funktionäre"* („FR", 27.2.). Auch wurde bemängelt *„der Hauptvorstand (habe) überhaupt kein Konzept".* Ein Vertrauensmann sagte: *„Ich bin nicht bereit, das Vertrauen, das ich mir in sechs Jahren erworben habe, mit auch nur einer Fehlinformation oder Halbwahrheit aufs Spiel zu setzen".*

Stärkste Kritik war, daß die Arbeiter es satt haben, *„von Warnstreik zu Warnstreik und zu Proteststreik zu*
Warnstreik und zu Proteststreik zu stolpern und immer weiter in eine Sackgasse zu geraten, die Kollegen haben sich müde gestreikt" (alle Zitate nach „FR", 27.2.).

Die Reaktion des Hauptvorstandes der DruPa kam auch postwendend. Statt mit den Hamburger Mitgliedern in eine Auseinandersetzung einzusteigen, soll der Arbeitskreis, der das Seminar organisiert hat, aufgelöst werden, weil er angeblich „vom KB durchsetzt" ist.

Hintergrund der Kritik, die hauptsächlich von den Gruner-Kollegen in Hamburg vorgetragen wurde, war, daß sie aufgrund ihrer betrieblichen Situation Bedenken hatten, als Schwerpunktbetrieb alleine in Hamburg zu streiken. Sie wollten nur unter bestimmten Bedingungen mitmachen, wie Offenlegung der Streiktaktik des Hauptvorstandes sowie Klarheit über die Solidaritätsmaßnahmen des DGB. Daraufhin wurden sie kurzerhand vom Hauptvorstand von der Liste der Schwerpunktbetriebe gestrichen.

Man muß dies auch vor dem Hintergrund sehen, daß die Gruner-Kollegen betrieblich schon wesentlich mehr erreicht haben, als der jetzige DruPa-Entwurf für einen neuen Tarifvertrag vorsieht. Den Kollegen wurde deswegen sogar „Streikbrechertum" vorgeworfen. Die Geschäftsleitung von Gruner stieß sogleich nach und bot jedem der nicht streikenden Kollegen 250 DM Belohnung. Dieses Angebot wurde inzwischen dankend angenommen und den ausgesperrten Kollegen von Gruner in Itzehoe überwiesen! ...

»Parteipolitische Betätigung unerwünscht«

Ende letzten Monats fand vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel die letzte juristische Auseinandersetzung zwischen zwei linken Betriebsräten und der Geschäftsleitung (GL) der Tiefdruckerei Broschek statt. Mittels einer Flut von Prozessen hatte die GL es erreicht, daß beide Betriebsräte seit über einem Jahr ihr Amt nicht ausüben konnten. Das BAG sollte nun endgültig *„klären"*, ob die beiden sich parteipolitisch betätigt hätten, da sie kurz nach ihrer Wahl in den Betriebsrat eine Resolution der Delegiertenversammlung der DruPa nebst einem kleinen eigenen Kommentar vor dem Betrieb verteilt hatten.

Das BAG blieb seinem Auftrag treu, nämlich Bundesarbeitgebergericht zu sein und schloß die beiden aus dem Betriebsrat aus.

Wesentlich schwerer wiegt dabei, daß in dem Grundsatzurteil gesagt wurde *„Wenn die Flugblätter parteipolitischen Inhalt haben ... sei dadurch zwangsläufig der Betriebsfrieden gestört"* (Welt 22.3.)

Auch sei der Begriff *„weit auszulegen"* (FR 23.3.)!

Dazu muß man wissen, daß sich die BRs in ihrem Flugblatt gegen ein Treffen der Waffen-SS-Angehörigen gewendet hatten. Bereits ein solcher Einsatz für die Demokratie stört den Betriebsfrieden – so das Bundesarbeitsgericht. Während das Waffen-SS-Treffen damit in Schutz genommen wurde, wurde in der Presse der oppositionellen Betriebsgruppe das Beiwort *„Kampfgruppe"* gegeben, die *„längs der Politik des KBW"* (den man bei Broschek noch nie erblickt hat) den DGB *„unter Druck setzen"* wolle (offensichtlich gegen die HIAG etwas zu unternehmen).
(Zitate aus „FR" 23.2. und „WELT" 22.2.).

Kein Wunder, daß sich die Kapitalisten über dieses Urteil begeistert zeigten. Begeistert war auch der Kapitalist der Firma Broschek. Es dauerte nicht einmal 3 Tage und einer der beiden ehemaligen Betriebsräte bekam seine fristlose Kündigung, noch schnell vor den neuen Wahlen. Daß der betreffende Kollege nachweislich schon wieder Kündigungsschutz hatte, da er Ersatzmitglied des Wahlvorstandes sowie bereits vor seiner Kündigung die nötigen Unterschriften zu seiner Wahlaufstellung beim Wahlvorstand abgegeben hatte, störte den Kapitalisten nicht.

Betriebszelle Broschek
KB Gruppe Hamburg

»Sozialer Auftragsdienst« der Post



Der im letzten Jahr von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) vorgeschlagene „Soziale Auftragsdienst" wird im Sommer d.J. vom Bundespostministerium in die Tat umgesetzt. Laut „Welt der Arbeit" (DGB-Organ) ist beschlossen worden, einen entsprechenden „Test" in den Städten Ludwigshafen, Wilhelmshaven und im Main-Kinzig-Kreis anlaufen zu lassen; die Stadt Frankfurt soll auch bereits interessiert sein.

Dies bedeutet für die Briefzusteller, daß in der nächsten Zeit erhebliche Mehrarbeit auf sie zukommen wird. Die zusätzlichen Arbeiten, die hier den Kolleginnen und Kollegen abverlangt werden, sind normalerweise Aufgaben der Sozialarbeiter bzw. -ämter in den Gemeinden und Bezirken:

- Besorgungen für alte und hilfebedürftigen Menschen,
- „Alarmzeichen" wie überquellende Briefkästen weiterleiten,
- die von der Post eigens entworfenen Schecks einsammeln und weitergeben, womit die besonderen Wünsche (z.B. Altenpflege) der Hilfebedürftigen den Fürsorgeämtern bekannt gemacht werden sollen.

„Nach Meinung der Postgewerkschaft sollte der 'Soziale Auftragsdienst' bereits mit der Vorsorge beginnen. Dazu gehört sowohl das Benachrichtigen von Verwandten und Behörden, wie das Mitbringen von Rezepten, Paketen und Medikamenten" („Welt der Arbeit", 16.2.78).

„Mehr Menschlichkeit in die Gesellschaft bringen, das war ein Leitgedanke der Postgewerkschaft (!) für die Errichtung des 'Sozialen Auftragsdienstes', ein anderer – mindestens ebenso wichtiger – ist die mit der Forderung verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn, für jede Minute, die der Zusteller zugunsten von hilfebedürftigen Personen aufzuwenden hätte, müßte er an anderer Stelle zeitlich entlastet werden" (ebenda).

Daß die DPG-Führer sich jedoch von ganz anderen Gedanken leiten lassen, haben sie auf dem letzten Kongreß der DPG im Oktober 77 (s. AK 116, S.19) nicht verheimlichen können und wollen:

Auf diesem Kongreß waren mehrere Anträge gestellt worden, die sich gegen die Rationalisierungen bei der Post richteten (es waren in den letzten Jahren mehrere 10000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden); u.a. war ein Antrag gestellt worden, der die Forderung nach einem vollständigen Rationalisierungsstop enthielt. Die Delegierten mußten nun vernehmen, daß die Führung der DPG *„nicht grundsätzlich gegen Rationalisierung"* sei („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.10.77). Der Vorsitzende Breit: *„Mit einem Rationalisierungsstop kommen wir nicht aus dem Schneider, sondern in des Teufels Küche"* (ebenda). Es sollten aber für die wegrationalisierten Arbeitsplätze neue geschaffen werden . . . Wie sie das unter einen Hut bringen wollen, bleibt das Geheimnis der DPG-Führer.

Was diesen „Test" angeht, so wird in der „Welt der Arbeit" nicht ein Sterbenswörtchen darüber gesagt, ob und wieviele neue Arbeitsplätze hierfür geschaffen werden sollen. Auch wird selbstverständlich darüber hinweggesehen, daß die neue Aufgaben mit mehr Verantwortung gegenüber den Betreuten verbunden sein werden, was normalerweise mit mehr Lohn honoriert werden müßte.

Der „Soziale Auftragsdienst" wird also dazu führen, daß Sozialarbeiter eingespart, Zustellern mehr Arbeit und Verantwortung aufgebürdet und die Situation der Alten und Hilfsbedürftigen ebenfalls verschlechtert werden. Denn eine persönliche Betreuung und Beratung, konkrete tägliche Hilfe für jeden einzelnen, wird mit dieser Verfahrensweise überhaupt nicht möglich sein – wobei die Situation – besonders die Vereinsamung – für diese Menschen schon jetzt unerträglich ist. In der Öffentlichkeit preisen die Gewerkschaftsfürsten diese „Reform" auch noch als besonderen Schritt an, *„mehr Menschlichkeit in die Gesellschaft (zu) bringen" !!!*

Pfui Teufel!

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

HBV

co op Hamburg: Wieder Arbeitsplätze in Gefahr

Seit einigen Monaten schon sickern Gerüchte durch, wonach der Frankfurter co-op Vorstand im Rahmen einer Umstrukturierung der zentralen Bereiche die Auflösung, Verlegung oder auch Schließung von in Hamburg ansässigen co-op-Betrieben plant.

Jetzt sind die Einzelheiten dieses Plans ansatzweise zu erkennen:

- Die hageba (einer der co-op-Kleinbetriebe) wird in der bisherigen organsiatorischen Form aufgelöst; Abteilungen werden entweder ausgegliedert und anderen co-op-Betrieben zugeordnet, der technische Betrieb der hageba wird wahrscheinlich drastisch personell reduziert; d.h. Entlassungen größeren Umfanges müssen befürchtet werden.
- Gerüchten zufolge hat das von co-op beauftragte Beratungsunternehmen McKinsey ermittelt, daß in der HaPro (Großhandels- und Produktionsstufe des co-op-Konzerns) 40% der Kosten (Kollegen?) eingespart werden können.
- Der Bereich Investitionsgüter soll ebenfalls nach nicht widersprochenen Gerüchten von Hamburg nach Kamen verlegt werden.
- Die Aerosolproduktion bei der Severa wird eingestellt.
- Auf Hochtouren laufen die Arbeiten, um speziell zunächst im Buchhaltungsbereich eine Zentralisierung und weitergehende Umstellung auf Computerverarbeitung durchzusetzen.

Kollegen wehren sich

Die Kollegen der hageba haben in einem Brief, den die große Mehrheit unterschrieben hat, bei der Geschäftsleitung und dem Vorstand in Frankfurt gegen die geplante Auflösung und die Gefährdung der Arbeitsplätze protestiert und verlangt, daß keine Entlassungen in der hageba vorgenommen und die Konzernvorstandspläne offengelegt werden.

Dieser Brief wurde über einen breiten Verteiler u.a. an den DGB-Vorsitzenden, den Hamburger SPD-Chef (und co-op-Manager) Oswald Paulig, den Hamburger Bürgermeister, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und die Hamburger co-op-Betriebsräte verschickt.

Spontan haben sich bereits einige Betriebsräte mit den hageba-Kollegen solidarisch erklärt und zugesagt, daß sie die Belegschaft bei der Erfüllung ihrer Forderungen unterstützen werden. Von seiten der „offiziellen" Empfänger des Briefes, insbesondere von der DGB-Spitze, liegen noch keine Antworten vor. Man darf gespannt sein, wie sie sich aus der Affäre ziehen wollen, sind sie es doch, die die Pläne tragen. Da es für die Hamburger co-op-Kollegen bisher immer sehr schwer war, überhaupt einen Überblick in den verschiedenen Gesellschaften zu erhalten, hat eine Gruppe von oppositionellen Kollegen in den vergangenen Wochen mit zwei Informationsflugblättern die Gesamtsituation dargestellt, die düsteren Perspektiven aufgezeigt und die Kollegen im Hinblick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen in den Hamburger Betriebsteilen aufgefordert, nur Kandidaten zu unterstützen, die sich konsequent für die Interessen der Kollegen einsetzen.

Holger Strohm hat für die Kollegen bei co-op ein Exklusiv-Interview gegeben, in dem er auf die Möglichkeiten computergesteuerter Fertigung, die erst am Anfang steht, eingeht. Die Flugblattaktionen haben bei den Kollegen starken Anklang gefunden, und bei einem Betriebstreffen, zu dem eingeladen worden war (zur Rechtsberatung mit einem Rechtsanwalt zu Fragen des Kündi-

LZ Hamburg, 23. Februar

Mit einer Flugblattaktion werden gegenwärtig in Hamburg co op-Mitarbeiter verunsichert. Unter den Titeln „Arbeitsplatzvernichtung bei der co op geht weiter" und „Hamburg-Zentrale soll liquidiert werden!" versuchen offensichtlich extreme Kräfte außerhalb der Gewerkschaften, vor den anstehenden Betriebsratswahlen Stimmung für sich zu machen. Gezeichnet sind alle Flugblätter von einem Verband ausgeschlossener Gewerkschaftler (VaG) mit Adresse in Hamburg.

In einem am Montag der Woche vor allen co op-Betrieben in Hamburg verteilten Flugblatt heißt es, der co op-Vorstand beabsichtige die „Zerschlagung und Auflösung" der hageba. Der Bereich Investitionsgüter des GZK solle von Hamburg nach Kamen verlegt und die Aerosolproduktion bei der Severa eingestellt werden. Weiter habe die Beratungsfirma McKinsey herausgefunden, daß im HaPro-Bereich 40 Prozent der Kosten eingespart werden könnten. Entlassungen sollten nicht mit einem Paukenschlag, sondern scheibchenweise im Einvernehmen mit der SPD-Spitze in Hamburg und derem Vorsitzenden Oswald Paulig durchgeführt werden.

Wie von der Pressestelle der co op-Zentrale AG in Hamburg zu erfahren ist, handelt es sich bei den Hintermännern der Flugblattaktion um aus der Gewerkschaft ausgestoßene Personen, durchweg Mitglieder kommunistischer Gruppierungen. Zu den einzelnen Vorwürfen Pressesprecher Peter Nebel: „Es ist nicht beabsichtigt, die hageba als Gesellschaft aufzulösen, vielmehr werden von den rund 80 Mitarbeitern einige zu anderen Gesellschaften wie der Inform überwechseln, da Abteilungen ausgegliedert werden." Von weiteren Schließungen bzw. Firmenverlagerungen sei nichts bekannt.

Interessant sei, so wird bei der co op weiter mitgeteilt, daß die in den Flugblättern angegebene Reduzierung von 700 Mitarbeitern in den letzten Jahren in Hamburg viel zu niedrig gegriffen sei. Bei einem Einstellungsstop von mittlerweile drei Jahren sei diese Zahl erheblich höher. Es handele sich dabei aber im wesentlichen um natürliche Abgänge.

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

gungsschutzes) wurde vereinbart, daß in einer Unterschriftenaktion im Hamburger co-op-Bereich der Vorstand zu Stellungnahmen aufgefordert wird.

co op reagiert

Diese Flugblätter müssen den Herren in den Chefetagen einige Kopfschmerzen bereitet haben. War es doch erstmal mit der Stille vorbei, in der alle Maßnahmen isoliert durchgezogen werden sollten. Um die Kollegen, die als Herausgeber verantwortlich gezeichnet haben, zu treffen, beantragte die co-op eine einstweilige Verfügung, die es dem Hamburger „Verband ausgeschlossener Gewerkschafter" als presserechtlich Verantwortlicher untersagt, weiterhin Flugblätter unter dem Titel „co-op Information" herauszugeben. Weiter veranlaßte co-op eine Richtigstellung in der „Lebensmittelzeitung". Dabei wird in üblicher Hetzmanier zwar wenig über die Pläne des Vorstands aber umso mehr über die Herausgeber hergezogen (s. Kasten).

Diese Reaktion macht deutlich, daß die oppositionellen Kollegen offensichtlich eine empfindliche Stelle getroffen haben. Denn öffentlich in der auflagenstarken „Lebensmittelzeitung" Stellung zu nehmen, zu Flugblättern, die in vergleichsweise kleiner Auflage erschienen sind, ist schon sehr bemerkenswert. Es macht auch deutlich, daß das Thema co-op auch bei den Medien Aufmerksamkeit erregt.

Es wird an den Kollegen und der Geschlossenheit der Belegschaften und Betriebsräte liegen, hier weiter zu arbeiten und die Öffentlichkeit durch weitere Aktionen zu mobilisieren.

co op-Genossen
KB/Gruppe Hamburg

BR-Wahlen

Bank für Gemeinwirtschaft: Rechter BR-Klüngel durchbrochen

Am 1. März haben die Kollegen der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft in Persönlichkeitswahl ihren neuen Betriebsrat gewählt. Im Gegensatz zur vorherigen Wahlperiode, die sich durch eine eindeutige Bestätigung des alten Betriebsrats auszeichnete, hat der BR diesmal eine Reihe neuer Gesichter.

Die Spitzenreiter des alten BR haben an Stimmen verloren. Zwei von sechs Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen der Persönlichkeitswahl eine gemeinsame Wahlaussage erarbeitet hatten, wurden in den BR gewählt. Gut ein viertel der Kollegen haben durch ihre Stimmabgabe ihrer Unzufriedenheit mit der Arbeit des alten BR Ausdruck gegeben.

Bisher: „Geheimbetriebsrat"

Fehlende Informationspolitik (oder heißt das „Arbeit im Verborgenen"?), sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber (in diesem Falle der Gewerkschaft!!) sowie Rechtfertigung von Maßnahmen des Arbeitgebers zeichneten die bisherige Arbeit des BR für viele Kollegen aus. So war dieses „Arbeitsprinzip" u.a. dafür verantwortlich, daß eine Reihe von Verschlechterungen betrieblicher Vereinbarungen hinter dem Rücken der Kollegen verfaßt wurden:

- Arztbesuche bei „begründeten Zweifeln" an der Krankheit eines Kollegen durch Beschluß von Geschäftsleitung (GL) und BR,
- Versetzungen, „soweit zumutbar", innerhalb des „gesamten Betriebs" (d.h. innerhalb der BRD),
- Arztbesuche zur Feststellung der Erwerbsunfähigkeit oder Berufsunfähigkeit eines Kollegen durch Beschluß von BR und GL, etc.

Diese Punkte, wie auch der mangelnde Informationsfluß gerade im Hinblick auf die anstehenden Rationalisierungen, waren vielfach diskutierte Punkte im Betrieb. Eine Gruppe von schließlich sechs Kandidaten waren sich in der Kritik daran einig – und auch bereit, ihre Vorstellungen den Kollegen schriftlich vorzustellen.

Heckenschüsse durch die HBV-Führung

Auf einer Betriebsversammlung, auf der sich die Kandidaten vorstellten, konnten dann die Mitglieder des alten BR nichts anderes tun, als sich wortreich von dem Papier der Kollegen abzugrenzen:

- es diskriminiere eine ganze Schicht von Angestellten (die Kollegen waren gegen leitende Angestellte im BR)
- die Kollegen seien unverbesserliche Meckerer, mit solchen Leuten könne man nicht zusammenarbeiten, weil man dann „nur noch Prinzipiendiskussionen" führen müsse ...

Die Dreckarbeit gegen diese Opposition wurde jedoch von einem Angestellten (im Betrieb allseits als alter Söldner der Fremdenlegion bekannt) im Bunde mit dem Fachsekretär der HBV vorgenommen. Sie griffen tief in die antikommunistische Trickkiste: eine Kollegin sei angeblich beim ‚Verteilen' des „Arbeiterkampf" gesehen worden, sie sei somit Mitglied einer laut Grundgesetz verbotenen Organisation („diese Leute stehen nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes"), solche Leute gehörten nicht in die Gewerkschaft (also auch nicht in einen Gewerkschaftsbetrieb), solche Leute seien Pflastersteinwerfer etc.

Das war vielen Kollegen nun doch zu starker Tobak. Das erste mal hatte sich in der BfG „was geregt" und schon waren alle Kritiker „Pflastersteinwerfer".

Das recht gute Stimmergebnis für die Kollegen dieser Gruppe, und auch der Sitz im Betriebsrat für die herausgegriffene Kollegin sind sicherlich auch ein Ergebnis vieler „Protestwählerstimmen", die solch ein Vorgehen zurückweisen.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Mindestens 200 DM mehr für die Versicherungsangestellten!

Arg enttäuscht vom Verlauf der Mitgliederversammlung Versicherungen der HBV Hamburg dürfte der Vertreter des Hauptvorstandes, Paulke, gewesen sein. In seinem Bericht zur „allgemeinen Situation" zog er alle Register. Das altbekannte Gewäsch über die gestiegenen Haushaltskosten, gestiegene Produktivität, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer etc. etc., gipfelte dann wieder einmal in der Feststellung, daß man aber auf dem Boden der Tatsachen bleiben müsse und nur „realistische" Forderungen aufstellen dürfe, um die Gewerkschaft nicht lächerlich zu machen. Dann erstaunte er die anwesenden Kolleginnen und Kollegen mit der Feststellung, daß eine Prozentforderung die einzig gute Forderung sei, da ja die Mehrzahl der im Versicherungsbereich Beschäftigten in den hohen Tarifgruppen eingestuft seien. Stimmt das schon für die männlichen Kollegen nicht, so wird dabei noch ganz elegant vom Tisch gewischt, daß gerade die Frauen, die ca. 60% der Angestellten ausmachen, zu etwa 75% in den untersten Gehaltsgruppen sind. Darauf hingewiesen, hielt sich der Kollege Paulke erstmal zurück.

Erst als sich in der Diskussion mehr und mehr herausstellte, daß eine Mindestforderung von 200 DM gefordert werden würde, ließ Paulke die Kollegen wissen, daß die Mindestforderung viel zu hoch sei und einer Festgeldforderung gleichkäme, und der Hauptvorstand solch unrealistische Forderungen gar nicht gern sehe. Die Kollegen ließen sich davon nicht irritieren und stellten als Forderung 8%, mindestens 200 DM auf, und das bei ca. 7 Gegenstimmen von ca. 120 Anwesenden.

Gleichzeitig wurde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit beschlossen. Sehr massiv kam die Forderung auf, zur Durchsetzung und Erläuterung der Forderung auch bei Nichtorganisierten Kollegen Veranstaltungen u.ä. durchzuführen und sich nicht wie bisher auf zwei inhaltsleere Flugblätter zu beschränken. Diese Maßnahme wurde allerdings nicht abgestimmt, so daß entsprechende Anträge leicht abgewürgt werden können, wenn der entsprechende Druck von den Kollegen fehlt.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Bau

Tarifrunde am Bau: Erste Streiks zum Auftakt

Noch vor Beginn der Gehaltstarifrunde haben die Baukapitalisten gezeigt, daß sie vorhaben, das provokatorische Vorgehen der Metall- und Stahl-Bosse zu kopieren:

- Sie verweigern ihre Zustimmung zur Schlichtung in den Verhandlungen um den Bundes-Rahmentarifvertrag. Dort waren mehr Urlaub, mehr Urlaubsgeld, neue Fahrtkostenabgeltung etc. vereinbart worden.

- Sie haben bei der Polierverordnung einen Rückzieher gemacht. Dabei geht es darum, daß der Beruf des Poliers staatlich festgelegt werden soll, sowohl was den Ausbildungsgang als auch diverse sozialrechtliche Belange betrifft. Mehr als 1 Jahr war verhandelt worden, die Einigung lag bereits 6 Monate zurück!

- Sie nannten die Lohnforderungen „ganz und gar indiskutabel" und „unvertretbar".

Dabei bewegten sich die offiziellen Forderungen der IG-Bau-Steine-Erden mit 7,7 % und Anhebung des 13. Monatseinkommens am unteren Ende aller Forderungen aus den Bezirken. Oftmals waren 8-9 % und darüberhinaus gefordert worden. Die Forderungen der Gewerkschaft lassen *„die nach wie vor katastrophale Ertragslage der Bauunternehmen unberücksichtigt"*– meinen die Kapitalisten (RN, 24.2.78)

Nun, in den vergangenen Jahren mußte dieses Argument für miserable Abschlüsse herhalten, in diesem Jahr aber kann von katastrophaler Erwerbslage ganz und gar nicht mehr die Rede sein. „Bau wieder Stütze des Wachstums" jubelt Minister Lambsdorff (WR 21.2. 78) – und er hat Recht!

Für 1978 ist mit einem 4%igen Wachstum der Bauproduktion zu rechnen. Damit liegt das Wachstum der Bauproduktion zum ersten Mal seit sechs Jahren über dem Wachstum des Bruttosozialproduktes! (HB 31.1. 78). Die Anleger am Aktienmarkt haben das mit Genuß registriert: *„Vom tiefsten Stand im vergangenen Jahr bis heute (Februar 78) sind die Kurse der deutschen Bauaktien um mehr als 50 % gestiegen"* (WAZ, 4.2.78).

Worin liegen diese rosigen Zukunftsaussichten begründet?

Zum einen darin, daß mehr Aufträge vorliegen. Die bessere Finanzlage der Gemeinden, niedriges Zinsniveau und damit gestiegener Anreiz zum Bau von Eigenheimen und das Anlaufen des ‚Programmes für Zukunftsinvestitionen' haben bewirkt, daß der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe Ende Dezember 77 für eine volle Beschäftigung von 2,4 Monaten ausreichte. Das waren immerhin 0,2 Monate mehr als 1976! (WAZ, 2.2. 78).

Zum anderen aber darin, daß die Konzentrationsentwicklung und vor allem die Rationalisierungen „zu greifen' beginnen. Im 1. Halbjahr 77 waren weitere 605 Betriebe Konkurs gegangen. (7,3% mehr als im Jahr zuvor) (WAZ, 28.10. 77); allein im letzten Jahr haben weitere 66.000 Facharbeiter den Bau verlassen müssen (über 400.000 Kollegen wares es seit 1972 schon gewesen) (Welt, 17.12.77)

Und das hat allmählich eben seine Auswirkungen:

- bei gestiegenen Umsätzen ist der Lohnanteil bei den Baukosten von 42,1 auf 40,7 % gesunken (FR, 17.12.77)
- *„Nach dem Kapazitätsabbau in den vergangenen Jahren dürfte die Bauwirtschaft 1978 zu den Bereichen gehören, die eine relativ hohe Kapazitätsauslastung haben werden"* (HB, 31.1.78)

Die Kollegen aber ahben einiges nachzuholen! Noch immer stehen sie an 20. Stelle aller Effektiveinkommen unterschiedlicher Branchen – vor 3 Jahren standen sie noch an 2. Stelle! In den letzten Jahren hatte die Demagogie der Unternehmer gewirkt – die Gewerkschaftsführer hatten miserabel niedrig abgeschlossen – zuletzt bei 6,4 % im letzten Jahr! Und nicht zuletzt: bis 1985 werden weitere 13.500 Konkurse prophezeit, eine weitere Abnahme der Beschäftigtenzahl am Bau um 200.000! Und eine weitere Entwicklung beschleunigt sich rapide: bereits jetzt arbeitet 1/3 der 1,1 Millionen Bauarbeiter bei ‚Verleihfirmen', d.h. bei Sklavenhändlern (FR, 17.12.77). Nachholbedarf also auf der ganzen Linie!

Dies und das unverschämte Auftreten der Kapitalisten in der jetzigen Tarifrunde hat bereits zum ersten Streik geführt. 300 Kollegen der Baustelle Gundremmingen (!) haben für 1 1/2 Stunden spontan die Arbeit niedergelegt (Grundstein 2/78)! Und sie haben zu einer Veränderung der offiziellen Äußerungen der Gewerkschaft geführt – zumindest in Worten: *„in der Tarifrunde 1978 sei eine harte Gangart erforderlich, um wieder klare Fronten im Verhältnis Arbeitgeber und IG Bau-Steine-Erden zu schaffen."* Und es *„ist ... ein Arbeitskampf wahrscheinlich nicht mehr ausgeschlossen"* (IG BSE-Vorsitzender Sperner auf einer Presse konferenz nach Grundstein 2/78)...

Wohnungskommission



ausländische Arbeiter in der BRD

Bildungsnotstand bei Ausländerkindern

Ein Kongreß der FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine) am 11. und 12. Februar in Gelsenkirchen zur Bildungssituation der ausländischen Kinder in der BRD brachte Erschreckendes zu Tage.

In der BRD leben mehr als eine Million ausländischer Kinder und Jugendlicher, davon allein über 350.000 türkischer Kinder. Nach Schätzungen werden diese Zahlen in den nächsten Jahren noch steigen.

Die Bildungssituation der ausländischen Kinder ist mehr als katastrophal. Nach offiziellen Angaben schaffen 60 - 65 % aller ausländischen Arbeiterkinder, die überhaupt eine Schule besuchen, nicht einmal den Hauptschulabschluß. Zunehmend werden dann diese Kinder in „Schulen für Lernbehinderte" geschickt, z.B. sollen in Gelsenkirchen-Rotthausen ca. 30 % der türkischen Kinder auf eine Sonderschule geschickt werden. Allein in NRW gehen ca. 50.000 ausländische Kinder überhaupt nicht zur Schule! So klagt die FIDEF die BRD-Regierung an, daß *„die für den Bildungsbereich verantwortlichen Stellen nach wie vor so tun, als gäbe es diese Kinder nicht."* Die jetzige Situation bedeutet, *„daß die überwältigende Mehrzahl der ausländischen Arbeiterkinder ohne den niedrigsten Bildungsabschluß zu Dauerarbeitslosigkeit und Schwarzarbeit verurteilt ist"* („SZ", 3.2.78).

Hauptforderungen der FIDEF auf dem Kongreß waren:

Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht auch für ausländische Kinder; das Recht auf eine moderne humanistische und wissenschaftlich fundierte Bildung für deutsche und ausländische Kinder; Einstellung der Lehrer nur durch deutsche Behörden. Keine Einstellung von faschistischen Lehrern. Keine Bespitzelung der türkischen und deutschen Lehrer durch Organe des türkischen oder bundesdeutschen Verfassungsschutzes.

Weitere Informationen sind erhältlich in einer Broschüre der Presseabteilung beim Bundesvorstand der FIDEF, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf.

Eine Metallgenossin

GEW

Ausschluß nicht anerkannt!

Bochum: Am 23.2. fand die erste Mitgliederversammlung (MV) des Ortsverbandes (OV) Bochum nach dem Ausschluß von sieben ihrer Vorstandsvertreter und drei Redakteuren des GEW-Infos statt. Eingeladen worden war noch mit einem „ordnungsgemäßen" Beschluß des Vorstands, bevor dieser durch die Ausschlüsse faktisch abgesetzt wurde. Daß dies den Rechten gegen den Strich gehen mußte, liegt auf der Hand, denn zu erwarten war, daß sich die MV wie bisher hinter die von ihr gewählten Vertreter stellen würde. Lachmann, Zweiter Vorsitzender und Denunziant beim Landes- und Bundesvorstand, verstieg sich denn auch dazu, die MV per Zeitungsanzeige (!) in der Bochumer Lokalpresse für abgesetzt zu erklären, womit er gegen eindeutig gefaßte Vorstandsbeschlüsse verstieß (zumindest ist dies arg gewerkschaftsschädigendes Verhalten).

Schon im Vorfeld der MV hatte Lachmann versucht, eine Information der Mitglieder zu verhindern. In einem Brief vom 15.2. an alle Mitglieder der Redaktionskonferenz des Infos wollte er allen Redakteuren (also auch den nichtausgeschlossenen) die Herausgabe eines Infos verbieten mit dem Hinweis darauf, daß die Redaktion nicht mehr in der ursprünglichen Besetzung existiere.

Mit dieser Argumentation könnte im weiteren j e d e r Beschluß des Vorstands für null und nichtig erklärt werden, denn auch dieser würde im Sinne Lachmanns nicht mehr in der von den Mitgliedern gewählten Form existieren. Eine erfolgreiche Mobilisierung konnte er jedoch nicht verhindern: Mit 200 von ca. 1.000 Mitgliedern war dies eine der bestbesuchtesten MVs seit Jahren.

Die erste Hürde wurde genommen, indem sich die MV mit deutlicher Mehrheit dafür aussprach, den ausgeschlossenen Kollegen Gast- und Rederecht zu geben. Im Gegensatz zu den Auffassungen des Bundesvorstandes, der Gastrecht für Ausgeschlossene strikt verbietet, waren die Anwesenden der Meinung, daß s i e allein zu entscheiden haben, wer auf ihren Gewerkschaftsversammlungen teilnimmt, denn laut ihrer Satzung entscheidet hierüber allein die Mehrheit einer MV.

Obwohl hiermit den Rechten schon eine erste Niederlage beigebracht wurde, gab es unter den Betroffenen (den Ausgeschlossenen und den immer noch vom Ausschluß Bedrohten) verschiedene Ansichten über die Zukunft des Verbandes. Während die einen darauf hoffen, daß trotz der Ausschlüsse die bisherige Gewerkschaftsarbeit fortgeführt werden kann, wenn der Bundesvorstand nicht weiter „provoziert" wird, sehen andere Teile einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Ausschlüssen und den Angriffen auf den g e s a m t e n Kurs der Bochumer GEW.

Das Ausmaß der Ausschlüsse, der Anlaß und die Auswahl (so wurden nicht die Urheber der Resolution, die Fachgruppe Gymnasien, belangt, sondern eben der Vorstand) weisen jedenfalls darauf hin, daß es hier mehr als um die Disziplinierung einzelner Gewerkschafter geht.

Deshalb spielt die Entscheidung darüber, ob die Ausschlüsse anerkannt werden, oder ob die Mitglieder selbst darüber entscheiden, wem sie ihr Vertrauen geben, eine entscheidende Rolle.

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung vollzog die MV mit ihrem Beschluß, in dem sie feststellt: „*Wir sind nicht bereit, diese Politik durch den Landes- und Hauptvorstand unserer Gewerkschaft hinzunehmen und erklären, daß wir die ausgeschlossenen Kollegen weiterhin als unsere Gewerkschaftskollegen betrachten.*" Die Konsequenzen aus diesem Beschluß, Teilnahme an gewerkschaftlichen Versammlungen, Übernahme von gewerkschaftlichen Aufgaben und Funktionen sind jetzt Gegenstand der Diskussion unter den Mitgliedern. Hieran wird sich endgültig entscheiden, ob es gelingt, diesen Ausschluß zurückzukämpfen.

Vor diese Aufgabe wird auch die nächste Jahreshauptversammlung gestellt sein, die gegenwärtig durch eine Unterschriftensammlung vorbereitet wird.

Solidarität ist unsere Stärke

Nach dem Ausschluß der GEW Westberlin hat kaum eine Frage die GEW so beschäftigt wie die Vorgänge in Bochum. Solidaritätsadressen kamen aus mehreren Ortsvereinen in Nordrheinwestfalen, darüber hinaus von der Bundesfachgruppe Hochschulen, der nordrheinwestfälischen Fachgruppe Hochschulen, dem Bezirksverband Frankfurt, der GEW Westberlin, der Fachgruppe Gesamtschulen der GEW Hamburg und vielen einzelnen Betriebsgruppen. Der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Hochschulen ist aus Protest gegen diese Maßnahme zurückgetreten, und der Hamburger Landesvorsitzende Lemke hat einen Protestbrief angekündigt, der in der nächsten „Hamburger Lehrerzeitung" veröffentlicht werden soll. Solidaritätsadressen kamen ebenso vom dänischen Lehrerverband und von einer Sektion der englischen Lehrergewerkschaft.

Nicht zufällig fällt dieser Massenausschluß zusammen mit den provokatorischen Angriffen der DGB-Spitze auf das Russell-Tribunal. Gerade dieser Zusammenhang hat vielen Mitgliedern deutlich gemacht, daß es sich bei den Gewerkschaftsausschlüssen nicht allein um innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen handelt, sondern daß sie als Instrument eingesetzt werden, um Schaden vom „Modell Deutschland" fernzuhalten. Diese Zusammenhänge gilt es in der Solidaritätskampagne mit dem OV Bochum zu diskutieren, der selbst dazu auf der MV feststellte: „*Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind damit Teil der zunehmenden Unterdrückung in der BRD und stehen auf einer Stufe mit Berufsverboten und Gesetzen zur sogenannten inneren Sicherheit.*"

Wenn diese Zusammenhänge von der gesamten demokratischen Bewegung erkannt werden, bestehen auch reale Chancen, Massenausschlüsse aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu Fall zu bringen. Und auch erst dann, wenn sich die demokratische Bewegung stärker gegen die Disziplinierung der Gewerkschaftsmitglieder wendet, die sich gegen den Abbau demokratischer Rechte zur Wehr setzen, wird es eine Chance geben, größere Teile der Gewerkschaften als bisher für diesen Kampf zu gewinnen.

Beschluß der Bochumer MV vom 23.2.

Die MV des OV Bochum fordert vpm Hauptausschuß der GEW, die gegen 10 Bochumer Gewerkschaftskollegen ausgesprochenen Ausschlüsse zurückzunehmen.

Die Ausschlüsse zeigen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse dazu dienen, eine starke Einheitsgewerkschaft, in der alle Kollegen ihre Interessen vertreten können, zu spalten. Wir alle werden mit dem Instrument dieser Beschlüsse daran gehindert, uns gerade zusammen mit den aktivsten Kollegen gegen Maßnahmen zu wehren, mit denen die zunehmende wirtschaftliche und politische Krise gelöst werden soll. Solche Maßnahmen sind z.B. die Senkung unseres Reallohnes und der Einsatz von Lehrern zu dem Zweck, willfährige Schüler zu erziehen.

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind damit Teil der zunehmenden Unterdrükkung in der BRD und stehen auf einer Stufe mit Berufsverboten und Gesetzen zur sogenannten inneren Sicherheit. Die Bedrohung durch diese Maßnahmen erfahren wir besonders in unseren Arbeitsbereichen als Lehrer und Erzieher.

Wir sind nicht bereit, diese Politik durch den Landes- und Hauptvorstand unserer Gewerkschaft hinzunehmen und erklären, daß wir die ausgeschlossenen Kollegen weiterhin als unsere Gewerkschaftskollegen betrachten. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere grundsätzliche Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Diese Resolution wurde bei 106 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen. Eine Unterschriftensammlung gleichen Inhalts wurde auf der MV von 140 Kollegen unterschrieben und wird sowohl in Bochum als auch in anderen Ortsverbänden weitergeführt.



Blick in die EDV-Zentrale des DGB. Das neue Computersystem „NADIS" nimmt den vielbeschäftigten DGB-Funktionären einen Gutteil ihrer Arbeit ab: Es speichert die Daten aller ausgeschlossenen ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder und „liefert ‚Erkenntnisse' in Sekundenschnelle", wie Gerhard Schmidt vom geschäftsführenden Bundesvorstand nicht ohne Stolz mitteilte (Foto: „Welt der Arbeit", 16.2.78).

Protest gegen den Ausschluß von Knöss

Frankfurt. Als Reaktion auf den Ausschluß des 2. Vorsitzenden des Bezirksverbands (BV) Frankfurt, Klaus Knöss, über den wir in AK 123 ausführlich berichteten, verabschiedeten zahlreiche GEW-Schulgruppen Resolutionen und Beschlüsse für die Mitgliederversammlung des BV am 28.2. Der 1. Vorsitzende Dingeldey wandte sich in einem Brief an alle Mitglieder gegen den Ausschluß, und der stellvertretende Geschäftsführer Volker Mergner protestierte schriftlich beim Hauptvorstand. Allen Stellungnahmen ist die Forderung nach sofortiger Rücknahme des Ausschlusses gemeinsam. Von Dingeldey wurde noch einmal hervorgehoben, daß der Bezirksvorstand gegen die Versetzung von Knöss durch die Schulaufsichtsbehörde „schärfstens protestiert", und auch der Landesvorstand die Rücknahme der Versetzung gefordert habe und sich beide bei der Behörde um Gespräche bemüht hätten. „*Mitten in diese Situation hinein schloß der Hauptvorstand am 11.02.78 Klaus Knöss aus der GEW aus.*" Dieser Ausschluß sei trotz genauer Kenntnis der Situation durch den GEW-Bundesvorstand geschehen, trotz einer Erklärung von Klaus Knöss, daß er dem KBW nicht angehöre, und ohne Kontaktaufnahme mit dem Bezirksverband noch mit dem Landesvorstand. „*Beide wurden von der Entscheidung völlig unvorbereitet getroffen.*"

Gegen Ende des Briefs versichert Dingeldey allerdings, daß sich der „*Bezirksvorstand (...) trotzdem nicht in eine Konfrontation mit dem Hauptvorstand (hat) treiben lassen*" und stattdessen auf die Revidierung des Ausschlusses von Knöss durch den Hauptausschuß der GEW Bund in der Berufungsverhandlung am 18.3.78 hoffe. Dann freilich könnte Frister seinen Hut nehmen. Denn der Ausschluß von Knöss wie auch der Bochumer Vorstandsmitglieder sind elementare Bestandteile der aktuellen Offensive der DGB-Spitze zur Formierung insbesondere im Bereich der GEW. Eine Beendigung dieses Kurses ausgerechnet von einem Spitzengremium wie dem GEW-Hauptausschuß zu erwarten, scheint uns doch sehr ‚kühn' zu sein.

Die volle Tragweite des Ausschlusses wird u.E. jedoch auch in der Stellungnahme der Schulgruppe des Abendgymnasiums (wo Knöss unterrichtete, und der Konflikt seinen Ausgang nahm) nicht erfaßt, wonach der Ausschluß nur der ungehinderten Durchsetzung von Lohn- und Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst diene. „*Die Pläne, mit denen unsere sozialen Interessen hart angegriffen werden, lassen sich nur dann reibungslos verwirklichen, wenn es dem Dienstherrn nachhaltig und wirkungsvoll gelingt, die Möglichkeiten und die Bereitschaft gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu zerschlagen.*" Konsequenterweise wird daraus geschlossen, daß es „*jetzt darauf ankommt, die Tarifrunde zu ... (unseren) Gunsten zu entscheiden*". Diese Reduzierung auf einen ökonomischen Konflikt, bei dem die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Praktiken der Gewerkschaftsführung als Aufgabe weitgehend unter den Tisch fällt, kommt letztlich Frister nicht ungelegen.

Auf der Mitgliederversammlung selbst, auf der ca. 200–250 Lehrer anwesend waren, unterlag ein Antrag der Schulgruppe der Gesamtschule Griesheim, daß „**die Mitgliederversammlung des BV Frankfurt der GEW ausdrücklich fest(stellt), daß der Kollege Knöss weiterhin Mitglied des BV Frankfurt der GEW ist und die Funktionen ausübt, in die er von den Kollegen gewählt wurde**", leider sehr knapp mit 3 Stimmen. Gleichzeitig wurde in dem Antrag die Forderung erhoben, „**den Bundesvorsitzenden der GEW, Erich Frister, wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten unverzüglich aus der GEW auszuschließen.**" Das hört man gern!

P.S. Interessanterweise hat übrigens der KBW, dessen Mitglied zu sein Klaus Knöss beschuldigt wird, bisher noch keinerlei Stellungnahme zu seinem Ausschluß abgegeben, obwohl dies immerhin schon drei Wochen zurückliegt. Das bestätigt nur erneut, daß man diese Organisation im Kampf gegen die UVB's vergessen kann.

Preißler legt noch einen Zahn zu

In Zusammenhang mit dem Ausschluß von Klaus Knöss berichteten wir auch über die unrühmliche Rolle des SB-Mitgliedes Herbert Preißler, der es fertig gebracht hatte, Knöss in der „FR" (13.1.) als KBW-Anhänger zu denunzieren. Auf eine Erklärung des SB Frankfurt (abgedruckt in der Frankfurter SB-Zeitung „Büroklammer") reagierte Preißler mit einer siebenseitigen, äußerst demagogisch gehaltenen Polemik gegen seine Genossen, die sich „auf das Schärfste" von ihm distanziert hatten.

Wenn man sich an die Art und Weise erinnert, mit der sich Preißler im Vorfeld dieses Konflikts an seinen „lieben Kollegen Frister" (!) gewandt und ihm versichert hatte, wie sehr er Fristers „*Sorge um den Bestand und die gewerkschaftliche Identität der GEW*" teile, und ihn kriecherisch darum bat, „*Ich würde mich freuen, wenn Du über die Festtage eine halbe Stunde Zeit fändest, mir auf diesen Brief zu antworten*", ist man verblüfft über die Tonart, in der Preißler mit dem Frankfurter SB umzuspringen glaubt. Ganz im Stil sozialdemokratischer Bildungspolitiker à la Krollmann tut er die Kritik am ständigen Abbau der Bildungsmöglichkeiten als linke Spinnerei ab.

Eine Einschränkung des Zweiten Bildungsweges kann er beim besten Willen nicht entdecken, vielmehr sei dieser in den letzten Jahren sogar ausgebaut worden. Den Kampf gegen den staatlichen Druck zur Verschlechterung des Notenschnitts am Abendgymnasium stellt er plump-demagogisch als Beharren auf dem Notensystem dar, das „*gerade von Sozialisten nicht verantwortbar*" sei. Na gerade ein Preißler muß das sagen!

Weit davon entfernt, auch nur die geringste Scham an seiner Denunziation von Knöss zu formulieren, fordert er vielmehr den „definitiven und endgültigen Bruch" mit den „K-Gruppen" als notwendige Voraussetzung für die Linke, aus dem Ghetto, in dem sie sich befinde, auszubrechen. Dafür scheinen Denunziationen offenbar das geeignetste Mittel zu sein!

Auf arroganteste Art empfiehlt er seinen „*ein kleines bißchen Anstengung des Begriffes, ein kleines bißchen empirisches Material und ein ganz klein wenig Differenzierungsbereitschaft*", um nicht „*das SB sehr rasch auf KBW-Niveau heruntergebracht zu haben*". Seine Ausführungen gipfeln in der Erklärung, sich „*mit keinem KBWler, der dumm genug ist, sich von seiner Organisation als politisches Kanonenfutter ... verheizen zu lassen, mehr* (zu) *solidarisieren* (...)". Frister (der von Preißler in einem Briefwechsel mehr ‚Leistungen' bei der Bekämpfung des KBW verlangt hatte — siehe AK 123), dürfte hoch zufrieden sein.

Der Brief schließt damit, daß Preißler das SB Frankfurt für „*nicht ganz bei Trost*" erklärt (!) und ankündigt: „*Wenn diese Erklärung das letzte Wort des Frankfurter SB in Sachen AG bleiben sollte und nicht bald korrigiert wird, dann müßte ich feierlich, aber ohne Reue, meinen Austritt erklären. Und glaubt mir Genossen, dann wäre ich nicht der Einzige.*"

Man wundert sich allerdings, daß Preisler überhaupt noch die Gelegenheit hat, mit seinem Austritt aus dem SB zu „drohen". Was auch immer das organisatorische Selbstverständnis des SB ist — für Denunzianten ist in linken Organisationen kein Platz!

Ein Frankfurter Genosse

Ausschlußverfahren gegen den Vorsitzenden des Kreisverbands Offenbach

Im Juni vergangenen Jahres hatte der Geschäftsführende Bundesvorstand der GEW einen Ausschlußantrag gegen den 1. Vorsitzenden der GEW Offenbach, Gerd Turk, gestellt, weil dieser entsprechend einem Mitgliederbeschluß des Kreisverbandes gegenüber dem DGB Offenbach die Unvereinbarkeitsbeschlüsse abgelehnt und sich geweigert hatte, den Ausschluß einer Offenbacher GEW-Kollegin zu betreiben. Im Ausschlußantrag heißt es, Gerd Turk habe sich nicht aktiv für die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingesetzt.

Die Landesschiedskommission hat den Ausschlußantrag gegen Turk im November abgelehnt. Dagegen hat der Bundesvorstand bei der Bundesschiedskommission Berufung eingelegt. Im Ausschlußantrag wird jetzt neben dem „gewerkschaftsschädigenden" Eintreten gegen die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch noch damit argumentiert, Turk habe seine Politik mit KBW-Parolen bestritten. Belegt wird dies damit, daß er für die Unterstützung des Streiks der Medizinstudenten gegen das „praktische Jahr" eingetreten sei, die Festgeldforderung von 220DM für Angehörige des Öffentlichen Dienstes vertreten und sich gegen den Polizeieinsatz auf der 1.Mai-Kundgebung 1977in Frankfurt ausgesprochen habe. Alle diese Forderungen basieren auf Mitgliederbeschlüssen des Kreisverbandes Offenbach! Die Mitgliederversammlung in Offenbach hat dem Kollegen Turk ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen und die sofortige Rücknahme des Ausschlußantrages gefordert.

CSU-Mühlfenzl gab den Tip: Frister klagt gegen GEW Westberlin

Bayerischer Rundfunk

Herrn Erich Frister
Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund

Unterlindau 58
6000 Frankfurt/Main 18

Chefredaktion Fernsehen
2864

— Anlage 3

Fr/Ka 7.10. Dr.Ma/ba 17. Oktober 1977

in der von Ihnen beanstandeten Sendung ist an einer Stelle ein Hauseingangsschild zu sehen mit der Aufschrift: "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin". Dieses Türschild wurde aufgenommen am 23.9.1977 in der Ahornstraße in Berlin. Der Text zu dieser Einstellung lautet: "Das Russell-Sekretariat in der Berliner Ahornstraße befindet sich unter dem Dach der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft."

Sie dürfen, sehr geehrter Herr Frister, mein volles Verständnis für die Probleme voraussetzen, die Ihnen aus der Namensgleichheit mit dem von Ihnen mittlerweile ausgeschlossenen Berliner Landesverband erwachsen können. Andererseits kann ich aber in unserem Verhalten keinerlei Verletzung journalistischer Sorgfaltspflicht erblicken. Vielmehr drängt sich mir die Überlegung auf, ob nicht im öffentlichen Interesse eine Beseitigung der Namensgleichheit durch die Beteiligten angebracht wäre. Unabhängig davon will ich eine sich bietende Gelegenheit zum Hinweis auf

aus einem Brief Mühlfenzls an Frister. Frister nahm den „Ratschlag" dankbar auf und klagte vor dem Westberliner Landgericht auf Namensaberkennung für die GEW-Westberlin.

Allen Hoffnungen zum trotz, die GEW Bund würde vielleicht bei einer »entgegenkommenden Haltung« der GEW Westberlin darauf verzichten, hat der Bundesvorstand beim Landgericht Westberlin Klage erhoben, um dem ausgeschlossenen Westberliner Landesverband das Tragen des Namens »GEW« zu untersagen. Das zeigt erneut die Gegenstandslosigkeit aller Überlegungen, mit dem abgebrühten GEW- Chef doch noch zu einem Einvernehmen zu kommen. Zur Begründung der Klage wird als zentrales Argument die Unterstützung der GEW Westberlin für das Russell- Tribunal angeführt. Aufgrund der Namensgleichheit sieht die GEW Bund dadurch ihr »Ansehen geschädigt«, da eine »ständige Verwechslungsgefahr« vorliege (?). Demnach ist es garantiert k e i n Zufall, daß Frister die Klage just im gleichen Zeitraum einreichen ließ, als auch der DGB- Vorsitzende Vetter mit seinem Rundschreiben zum Russell- Tribunal an die Front der Vorkämpfer für das »Modell Deutschland« eilte. Vielmehr paßt diese Klageerhebung als weiterer Mosaikstein in das Bild, das sich von der reaktionären Offensive ergibt, die vom DGB- Vorstand zu Beginn dieses Jahres eingeläutet worden ist.

In schamloser Offenheit macht sich Frister bzw. sein Anwalt in der Klagebegründung die hetzerischsten Tiraden der Reaktion zu eigen. Immer dann, wenn man glaubt, jetzt ist aber wirklich der Höhepunkt erreicht, ist dieser Mann für ungeahnte Steigerungen gut! So heißt es in dem vor Gericht ein-

lich der Höhepunkt erreicht, ist dieser Mann für ungeahnte Steigerungen gut! So heißt es in dem vor Gericht ein-

gereichten Text des GEW- Anwalts, das *»von Linksextremisten inszenierte sogenannte Russell-Tribunal«* werde mit dem Terrorismus in Zusammenhang gebracht. Deshalb sei es für die GEW Bund untragbar, daß eine gleichnamige Organisation dieses Tribunal unterstützt. Aber es kommt noch dicker:

Da die GEW Westberlin die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Herausgabe des »Buback-Nachrufs« und die sofortige Aufhebung der Suspendierung von Prof. Brückner gefordert habe, entstehe »der Eindruck, daß die GEW zur Sympathisantenszene des Terrorismus gehöre und sich für Verteidiger oder Sympathisanten des Terrorismus einsetzt«. Da der Begriff »Sympahisantenszene« diesen Demagogen offensichtlich noch zu lasch ist, wird gleich im nächsten Absatz sogar vom *»U m f e l d des Terrorismus«* (Hervorhebung von uns - Anm. AK) gesprochen, in das die GEW Bund in der Öffentlichkeit durch die »ständige Verwechslungsgefahr« mit der GEW Westberlin gerate !

Das bedeutet, daß die im Namen der GEW Bund eingereichte Klageschrift mit größter Selbstverständlichkeit voraussetzt, daß nicht nur die Buback- Nachruf- Dokumentatoren (Prof. Brückner) sondern auch die GEW Westberlin dem »Umfeld des Terrorismus« zuzurechnen seien. Dies ist nicht mehr und nicht weniger als astreiner CDU/CSU- Stil und würde vortrefflich in die berühmte Geißler-Dokumentation über die »Sympathisanten« passen (der CDU- Generalsekretär hatte die Erwähnung der GEW Westberlin seinerzeit noch vergessen - solche Lücken würden sich bei vorheriger Beratung mit der DGB-Spitze leicht füllen lassen!)

Deshalb ist es auch bezeichnend, auf wessen Initiative und wohlgemeinten Rat sich der GEW- Boß beruft. Der bayrische Rundfunk hatte es sich nicht nehmen lassen, in einer Sendung über den Terrorismus (5.10.77; 20.15 Uhr in der ARD) auch über das Russell-Tribunal herzuziehen. Dabei wurde in provokatorischer Weise das Hauseingangsschild der GEW Westberlin mit dem Hinweis gezeigt, daß dort die Russell- Sekretäre hausen würden. Als Frister natürlich sofort eine Klarstellung vom Bayrischen Rundfunk verlangte, antwortete ihm der für die Sendung verantwortliche Chefredakteur Mühlfenzl - als CSU- Sympathisant bekannt - mit gespielter Naivität, ob es nicht »angebracht« wäre, die Namensgleichheit mit der GEW Westberlin zu beseitigen...

Dieser »Vorschlag« wird von Frister allen Ernstes als Begründung für seine Klage angeführt (der Brief Mühlfenzls ist als »Beweisstück« in der Klageschrift der GEW Bund faksimiliert!) »Konstruktive Zusammenarbeit« zwischen CSU und GEW-Spitze?! Eins freilich will uns nicht in den Kopf: Wieso geht Frister eigentlich davon aus, daß zwischen s e i n e r Politik und der GEW Westberlin eine »Verwechslungsgefahr« bestünde? Ein wirklich unlogischer Punkt in der Klagebegründung!

Ich möchte nicht

Ich möchte nicht ständig mit ihm verwechselt werden!

GEW

GEW

Frister-Kampagne: Immer dümmlicher

Nach seinem berüchtigten Brief an den Hamburger GEW-Vorsitzenden Lemke, in dem er der GEW-Hamburg die Teilnahme an einer Demonstration gegen die Berufsverbote untersagen wollte (siehe AK 122 und Anti-Repressions-Info 4), hat sich Erich Frister in einem Schreiben an die Mitglieder des Hauptausschusses der GEW erneut zum Thema Berufsverbote zu Wort gemeldet. Anlaß für seinen neuen Brief ist die Antwort des hessischen Innenministers Gries auf eine kleine Anfrage der CDU, aus der hervorgeht, daß im Jahre 1976 die Anzahl von Mitgliedern „linksextremistischer" Organisationen im hessischen Staatsdienst von 201 auf 252 angestiegen ist. Diese Feststellung von Gries ist für Frister Anlaß genug, mal wieder gegen die Berufsverbotegegner zu Felde zu ziehen und sie als Lügner hinzustellen. Frister steht offenbar unter so starkem Druck, dem DGB-Bundesvorstand (Abt. Vorsitzender!) „Leistungen" melden zu müssen, daß seine Argumentation immer dümmlicher wird. Würde er im ARBEITERKAMPF nicht nur den GEW-Teil lesen und z.B. auch die Frankfurter Rundschau verfolgen, dann ließen sich vielleicht derart peinlich primitive Ausfälle vermeiden.

Denn es ist gar nicht zu bestreiten, daß sich die Häufigkeit der verhängten Berufsverbote seit Mogadishu erheblich gesteigert hat.

Was die Erwähnung „der Frau Nieß" (!) angeht, so kann man sich nur eine angemessene Erwiderung von Ch. Nieß auf diese Ergüsse wünschen! Die prinzipielle Bedeutung des Nieß-Urteils für die Ausweitung der Berufsverbotepraxis auf Menschen, die nicht einmal selber „Linksextremisten" sind, sondern nur mit solchen zusammenarbeiten, nicht sehen zu wollen, erfordert einiges an Abgebrühtheit. Aber abgebrüht ist Frister eh. So scheut er sich auch nicht, sich selbst als einen Gegner des Radikalenerlasses hinzustellen und zu behaupten, die GEW sei *„von Anbeginn an . . . gegen den Radikalenerlaß aufgetreten"*. Welch plumpe Lüge **das ist, zeigt sich, wenn man sich den Beschluß des GEW-Hauptvorstandes** vom 23.10.1971 ins Gedächtnis zurückruft. Dort heißt es: *„Verfassungsfeinde, wie auch ihre Auffassungen motiviert sein mögen, oder welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, haben in der GEW keinen Platz. Verfassungsfeinde haben nach Auffassung der GEW weder einen Anspruch auf Beschäftigung im öffentlichen Dienst, noch dürfen sie im öffentlichen Dienst belassen werden."*

Was war das anderes als die unverhüllte Forderung nach Einführung der Berufsverbote?

Man darf gespannt sein, wie lange Frister überhaupt noch auf solche Heucheleien zurückgreifen wird, und wie lange er braucht, um stolz zu verkünden, er sei ja immer schon „von Anfang an" dafür gewesen, die roten Agitatoren nicht zu zimperlich anzufassen . . .

Was die Erwähnung „der Frau Nieß" (!) angeht, so kann man sich
roten Agitatoren nicht zu zimperlich anzufassen . . .

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
im Deutschen Gewerkschaftsbund

GEW

An die
Mitglieder des Hauptausschusses

nachrichtlich an:
DGB-Bundesvorstand, Abt. Vorsitzender
Gewerkschaftspresse

30. Januar 1978
Fr/Ka

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anliegend finden Sie die Drucksache 8/5379 des Hessischen Landtages vom 12. Dezember 1977.

Angesichts der pausenlosen und massiven im In- und Ausland betriebenen Propaganda, wonach der Radikalenerlaß "Berufsverbote" für Kommunisten zur Folge habe, dürfte die Feststellung von Bedeutung sein, daß allein im Bundesland Hessen im Jahre 1976 die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder linksextremistischer Organisationen von 201 auf 252 angestiegen ist. Allein die Zahl der Mitglieder der DKP ist von 116 auf 149 gewachsen.

Mit der so beliebten Darstellung der Bundesrepublik als eines totalen Überwachungs- und Gesinnungsprüfungsstaates, der alle "Linken" aus seinem Dienst fernhält, stimmt das Bild der Wirklichkeit also nicht überein. Auch dies sollte, wenn es um die Folgen des Radikalenerlasses geht, zur Kenntnis genommen werden.

Mit welchen Mitteln im übrigen seitens der "Berufsverbote"-Propagandisten gearbeitet wird, zeigt die ständig neu erfolgende Auflistung der Frau Nieß als vom "Berufsverbot" betroffen. Es ist zwar richtig, daß die Einstellung der Frau Nieß in den öffentlichen Dienst durch das Land Bayern abgelehnt und verwaltungsgerichtlich auch bestätigt wurde, richtig ist aber auch, daß Frau Nieß als Juristin im Lande Nordrhein-Westfalen beschäftigt wird. So sehr man die bayerische Entscheidung auch kritisieren mag, so sehr ist es absurd, jemanden als vom "Berufsverbot" in der Bundesrepublik Deutschland betroffen zu bezeichnen, der im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland in seinem Beruf beschäftigt ist.

Gerade weil wir als GEW von Anbeginn an - schon vor dem Beschluß der Ministerpräsidenten aus dem Januar 1972 - gegen den Radikalenerlaß aufgetreten sind, weil wir seine Folgen - Rechtsunsicherheit, Gesinnungsschnüffelei und Duckmäusertum - gefürchtet und bekämpft haben, weil wir vielen Kollegen geholfen haben und weiter helfen, weil wir zusammen mit den Gewerkschaften des DGB für ein rechtsstaatliches Verfahren gesorgt haben, gerade darum haben wir auch das Recht, uns gegen die Agitatoren zur Wehr zu setzen, die die Vorgänge nur zum Anlaß nehmen, die Bundesrepublik als einen Unrechtsstaat zu diffamieren.

Mit freundlichen Grüßen

Erich Frister

Erich Frister

Zensur haben wir satt! Projektwoche findet statt!!

Eine kritische Auseinandersetzung mit der BRD-Realität, die Schüler und Lehrer der IGS Roderbruch im Rahmen einer Projektwoche vom 27.2. - 3.3.78 unter dem Motto „Demokratie in Gefahr?" in ihrer Schule durchführen wollten, war für die hannoversche Bezirksregierung so unbequem, daß sie die Projektwoche kurzerhand verbot und Normalunterricht anordnete.

Daraufhin beschlossen mehr als 80% der Roderbruchsschüler auf einer SVV, sich und ihre Arbeit nicht zensieren zu lassen, und verfaßten eine Resolution an Kultusminister Remmers mit der Aufforderung, die Bezirksregierung anzuweisen, das Verbot wieder rückgängig zu machen. Allerdings ohne Erfolg. Da die Schüler die Verarschung satt hatten, zogen sie am darauffolgenden Tag zum Kultusministerium und veranstalteten ein sit-in vor Remmers Bürotür, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Erst nachdem genügend Bullen im Raum waren, wagte es ein Remmers Abgesandter, sich den Schülern zu stellen, und behauptete frech, *„daß der Arbeitsplan jegliche methodisch-didaktische Grundlage fehlen lasse"*. (HAZ 25./26.2.) Mit dieser formalen Begründung, die inhaltlich noch nicht einmal abgesichert ist, da die Kultusbürokratie das Konzept überhaupt nicht überprüft hat, versuchen Hannovers Bildungsplaner, eine Auseinandersetzung über Berufsverbote, § 88a, Verteidigerausschluß, den Fall Croissant und dem darauf in Frankreich erfolgten Echo, AKWs und den damit verbundenen Prozessen, Neofaschismus, Verflechtung von Wirtschaft und Politik um nur einige der Themen zu nennen, zu unterbinden.

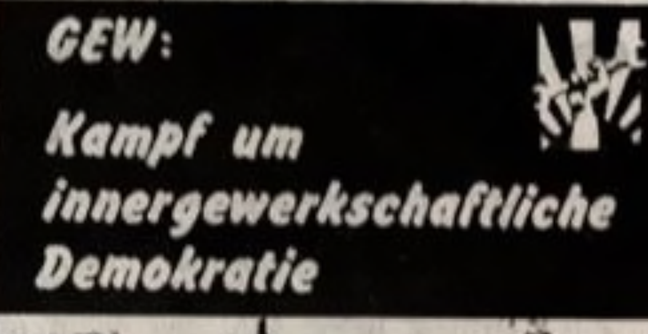
Empört äußerte sich der Elternsprecher dazu auf einer Pressekonferenz am 1.3.: *„Egal, wie die schulaufsichtlichen Kompetenzen aussehen, ich halte so etwas für Behördengängelei, die nicht dazu geeignet ist, das Vertrauen in diesen Staat und seine Regierung zu fördern. Im Gegenteil, sie zeigt, daß nicht freie sondern kontrollierte Meinungsäußerung in diesem Staat garantiert ist..."*

Die Schüler indes haben ihre geschlossene Haltung bewahrt und führen die Projektwoche trotz Verbots durch. Um den Druck auf die Schüler zu verstärken, erteilte die Bezirksregierung den Lehrern die Anweisung, Abwesenheit der Schüler in den Kursbüchern zu vermerken.

An der Schule besteht Präsenzpflicht, wer mehr als 25% des Unterrichts nicht mitmacht, muß den Kurs wiederholen. Daß dieses Verbot jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrt, läßt die Kultusbürokratie getreu dem Motto, „was noch nicht Recht ist, wird zu Recht gemacht", völlig unberührt. Nach § 23 des nds. Schulgesetzes entscheiden die Konferenzen über „alle wesentlichen Angelegenheiten" der Schule.

Weil die Projektwoche verboten wurde, verbot die Schulleitung ihrerseits eine in diese Woche integrierte Veranstaltung mit Peter Brückner. Ein breites Meinungsspektrum, so die sozialdemokratische Schulleitung, sei durch die Absage des Parlamentariers Wernstedt (SPD) nicht mehr garantiert. Die Veranstaltung mußte in ein Jugendzentrum verlegt werden. Der Schulleiter auf der PK: *„Wir wollen die Zuspitzung der Konflikte vermeiden"*.

KB-Gruppe Hannover





Nach dem Wahlsieg der SPD 1972 wurde von der GEW-Führung versucht, den relativ direkten Einfluß der GEW-Mitglieder auf die Politik ihrer Gewerkschaft radikal mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen, Gesinnungsschnüffelei, Ausschlüssen linker Mitglieder und Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie abzubauen und anderen DGB-Gewerkschaften anzupassen. Höhepunkt war der Ausschluß von 13.000 Westberliner GEW-Mitgliedern.

Die Broschüre dokumentiert in Nachdrucken von Artikeln aus dem ARBEITERKAMPF von März bis September 76 die Auseinandersetzungen innerhalb der GEW ebenso wie die taktischen Differenzen innerhalb der Linken.

108 Seiten
Format A 5
DM 3,50

Es geht weiter: »Lehrer wenden sich an die Öffentlichkeit«

Braunschweig. Angeregt durch die Anzeigen-Aktionen in West-Berlin und Hamburg, haben Kollegen (insbesondere Deutschlehrer) im „Braunschweiger Lehrerzentrum" beschlossen, eine entsprechende Anzeige zu initiieren. Diese Unterschriftenliste ging zunächst „eher zufällig über persönliche Bekannte" an die Schulen und das Mindestziel war mit 300 Unterschriften nicht sehr hoch gesteckt.

Die Reaktion unter den Kollegen hat alles (im Stillen erhoffte) in den Schatten gestellt: Schnell zog die Aktion weite Kreise (Wolfsburg, Salzgitter, Helmstedt, Bad Harzburg u.a.), viele Kollegen beteiligten sich aktiv und selbstständig am Diskutieren und Sammeln. Endlich eine Sache, mit der man (fast) jeden Kollegen ansprechen konnte. Nicht selten werden alte Kontakte aufgefrischt und neue hinzugewonnen, gute Voraussetzungen, um bei den anderen Fragen weiterzumachen. Aber auch bittere Erfahrungen werden gemacht: Kollegen sehen sich nicht in der Lage, den Text zu unterschreiben, weil sie Angst vor Repressionen haben. Einzelne spenden zehn Mark, weil sie die Sache gut finden, aber unterschreiben...? Die Staatstreuen und die Reaktionäre machen sich gleichfalls bemerkbar, reden von „pauschalen Angriffen" und „linksradikalem Text".

Beides ist ein Beleg für die Notwendigkeit solcher Aktivitäten unter den Lehrern.

Das Endergebnis von über 900 Unterschriften (nach 1 Woche Verlängerung) dürfte so manchen im Nachhinein überzeugen, alle aber ermutigen weiterzumachen.

Die Anzeige erscheint voraussichtlich am 3.3.78 in der „Braunschweiger Zeitung" und den entsprechenden Ortsausgaben für Wolfsburg und Salzgitter.

Lehrer wenden sich an die Öffentlichkeit

Wir, die unterzeichnenden Lehrer, wenden uns an Kollegen, Eltern und Schüler, an die Öffentlichkeit, weil wir durch die Entwicklung des geistigen Klimas in den letzten Wochen unseren pädagogischen Auftrag gefährdet sehen.

Im Gefolge der terroristischen Gewaltakte werden von Teilen der Medien und der politischen Parteien Intellektuelle, vornehmlich Schriftsteller, der geistigen Urheberschaft oder Nähe zum Terrorismus bezichtigt. Dabei sind Literaten wie Böll, Grass, Luise Rinser, Wallraff, Fried, aber auch Pädagogen, Theologen, Psychologen und Soziologen öffentlich angeklagt worden, den Boden für die wahnwitzigen Gewalttaten der Terroristen bereitet zu haben. Deutschlehrer behandeln die Werke dieser Dichter im Unterricht. Sie stehen in allen Lehrplänen und gelten als anerkannte und gültige Dokumente der deutschen Nachkriegsliteratur. Im Ausland sind alle diese Schriftsteller als integre Demokraten und als führende Repräsentanten der deutschen Literatur bekannt und geschätzt. Durch die Verleumdung dieser Schriftsteller als Wegbereiter des Terrorismus sind viele Deutschlehrer verunsichert, wenn sie ihre Werke im Unterricht behandeln, sie sehen sich einem Rechtfertigungszwang ausgesetzt, der das pädagogische Klima zu vergiften droht, indem er Duckmäusertum, Selbstzensur und Angst verursacht. Unterricht, der Mündigkeit und Kritikfähigkeit der Schüler als Ziel verfolgt, wurde bereits öffentlich von Politikern in ursächliche Verbindung zum Terrorismus gebracht.

Wenn die Gewaltakte der Terroristen jetzt von Medien und vielen Politikern zum Anlaß genommen werden, einer Erziehung zum obrigkeitsstaatlichen Denken und zur Anpassung das Wort zu reden, sind die Interessen aller am Unterricht Beteiligten, der Eltern, Lehrer und Schüler, betroffen. Wenn Kritik an Staat und Gesellschaft nicht mehr erlaubt sein soll, ist die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Interesse der Menschen in Frage gestellt.

Wir sehen mit Sorge, wie durch die Entwicklung der letzten Zeit die grundgesetzlich garantierten Freiheiten des Geistes, der Literatur, Kunst und Wissenschaft bedroht werden. Wir wenden uns, vor allem aus unserer Verantwortung als Lehrer und Erzieher der jüngeren Generation, gegen alle Versuche, diejenigen in die geistige Nähe des Terrorismus zu rücken, die in Wort und Schrift sich das Recht auf Kritik nicht nehmen lassen, die sich für die Freiheit des Andersdenkenden einsetzen. Jede Literatur muß verkümmern, wenn sie dieses fundamentalen Rechts nicht mehr gewiß sein kann. Wir handeln gleichzeitig in historischer Verantwortung, wenn wir als Lehrer das Recht auf Kritik und geistige Auseinandersetzung als Grundelement jeder Demokratie in Anspruch nehmen. Schon einmal haben Deutschlehrer in unserem Land geschwiegen, als Literaten und Künstler zu Unmenschen gestempelt wurden, als Menschen wie Thomas und Heinrich Mann, Tucholsky, Brecht, Zweig und andere als „Geistesjuden" zur Emigration gezwungen wurden.

Eine Bücherverbrennung in Deutschland darf es nie mehr geben. „Wer Bücher verbrennt, verbrennt am Ende auch Menschen." (Heinrich Heine).

Ohrfeige für GEW- Bosse

Hamburg. Am 2. und 3.März führte die GEW Hamburg ihre erste ordentliche Landesvertreterversammlung in diesem Jahr durch. Auf der Tagesordnung standen unter anderem Wahl des 1. und 2.Vorsitzenden des Landesverbandes, eine neue Geschäftsordnung und Anträge zum Russell-Tribunal, zu den Berufsverboten und zur Gesamtschule.

Mit dieser LVV ging die erste Hälfte der „Ära Lemke" zu Ende (in Hamburg ist satzungsmäßig durchgehend nur 6 Jahre Vorstandstätigkeit zugelassen). Nachdem die ersten drei Jahre unter dem linkssozialdemokratischen Lemke-Vorstand eine Aktivierung und stärkere Orientierung der Hamburger GEW gegen die staatliche Sparpolitik und die zunehmende politische Repression gebracht haben, ist jetzt die Frage, ob dieser Weg weiter gegangen wird – auch gegen stärker werdende Quertreibereien von Seiten des GEW-Bundesvorstandes. Wie mehrfach im ARBEITERKAMPF berichtet, hatte die politische Entwicklung der Hamburger GEW zu einer rechtssozialdemokratischen Abspaltung in einem eigenen Verband geführt. Für einige der linken Sozialdemokraten Anlaß, nun noch gedämpfter aufzutreten, um nur kein Mitglied rechter Couleur zu verprellen.

Die LVV vom 2./3.März zeigte jedoch, daß kein Kurswechsel der Hamburger GEW ansteht. Lemke selbst blieb bei den Aussagen,

- die GEW müsse sich beim Kampf um Verbesserungen im wesentlichen auf die eigene Kraft verlassen, die SPD in Hamburg sei jedenfalls kein Reformpartner,
- der Kampf gegen Berufsverbote sei zu intensivieren,
- er werde auch künftig entschieden gegen die Ausschlußpraktiken des Bundesvorstandes Stellung nehmen, besonders gegen die Ausweitung der Unvereinbarkeitbeschlüsse, wie sie sich bei den Bochumer Ausschlüssen ankündige,
- ein Schwerpunkt der GEW-Arbeit werde künftig der Kampf für Meinungsäußerungsfreiheit und gegen zunehmende Disziplinierung von Kollegen sein.

Lemkes Wahlergebnis – er wurde mit 334 Ja-, 55 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen wiedergewählt – wie auch das seines wiedergewählten Stellvertreters Peter Daschner sind eine klare Bestätigung dieses Kurses, gerade auch für die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit den GEW-Rechten.

Daß die Delegierten aber nicht blinde Lemke-Anhänger sind, sondern ihren eigenen Kopf gebrauchen, zeigte die LVV allerdings auch recht deutlich. So wurde der von Lemke und dem jetzigen Landesvorstand favorisierte Kandidat für den ersten Kassenverwalter, obwohl er keinen Gegenkandidaten hatte, mit 214 Nein- bei nur 153 Ja-Stimmen kräftig abgebürstet, nachdem sein Eintreten für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zur Sprache gebracht worden war. Aber auch die DKP verrechnete sich, als sie unbesehen auf die linken Delegierten zählte. Ein von ihr lancierter Kollege – in der Hamburger Szene als Demagoge bekannt – wurde nicht gewählt, da vielen Delegierten sein früheres denunziatorisches Verhalten gegenüber linken Kollegen noch in guter Erinnerung war.

Die politische Selbstständigkeit, die sich die LVV bewahrte, zeigte sich auch bei der Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung. Nahezu alle rigiden Regelungen wie Antragstellung auf LVV's nur noch durch mindestens 10 Delegierte oder auf Fachgruppenversammlungen durch mindestens 10 Mitglieder wurden gestrichen. Der Versammlungsleitung wurden einige Kompetenzen, die sie bisher hatte, ersatzlos gestrichen – wie etwa Ausschluß von „zu weit gehenden Anträgen". Schließlich strich die LVV gegen den erbitterten Widerstand eines Teils des Vorstands, mit großem Schmunzeln, im Haushalt der GEW die Erstattung von Fahrgeldern innerhalb Hamburgs für GEW-Funktionäre.

Herausragendes Ergebnis der LVV war jedoch die Verabschiedung einer Stellungnahme gegen die Angriffe des DGB-Vorstandes auf das Russell-Tribunal wie auch gegen den Versuch Fristers, der GEW Hamburg eine Teilnahme an Aktionen gegen die Berufsverbote zu untersagen (siehe die letzten Ausgaben des AK). Aufgrund der Diskussion der Schulkreiskonferenzsprecher hatten 4 Kollegen einen Dringlichkeitsantrag dazu eingebracht. Dieser Antrag wurde dann als letztes auf der LVV behandelt (Wortlaut siehe Russell-Teil in diesem ARBEITERKAMPF). Er wurde schließlich mit deutlicher Mehrheit (ca. 75 % dafür) verabschiedet. Auch ein Teil der DKP-Delegierten stimmte ihm schließlich zu. Vorher gab es allerdings bei diesen und ihnen nahestehenden Kollegen hellen Aufruhr: Ein Teil war lautstark gegen jede Befassung dieses Antrages und verunglimpfte selber das Russell-Tribunal. Wortführer dieser Fraktion war Horst Bethge (den AK-Lesern wohlbekannt durch die von ihm verfaßten Stellungnahmen der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" gegen das Tribunal). Ein anderer Teil war hingegen sogar bereit, das Russell-Tribunal zu unterstützen. Ein weiterer Teil dieser Kollegen fühlte sich einfach von den Linken so in Zugzwang gebracht, daß sie trotz Ablehnung des Russell-Tribunals nicht offen gegen den Antrag Stellung nehmen mochten. Sie schlugen daher vor, statt dieses Antrags lieber einen zur Lehrerarbeitslosigkeit zum Abschluß der LVV zu behandeln. Lemke selbst schließlich äußerte, der Antrag spreche ihm zwar aus dem Herzen, aber er sei für Nichtbefassung, um die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung nicht zuzuspitzen. Stattdessen bot er an, in einem Brief an Vetter seine Kritik vorzubringen.

All' diese Manöver beeindruckten die Mehrheit der Delegierten nicht: Die endgültige Abstimmung war eine Ohrfeige für Vetter und Frister. Angesichts der hektischen Formierungsbestrebungen des DGB-Vorstands gerade im Bereich der GEW ist es ein bedeutender Erfolg, daß ein ganzer Landesverband im DGB seinen Widerstand dagegen erklärt und demonstrativ bekundet hat, sich vom Kampf gegen Berufsverbote und Repression auch künftig nicht abbringen zu lassen.

Ein Dringlichkeitsantrag zum Ausschluß der 10 Bochumer GEW-Kollegen wurde aus Zeitgründen nicht mehr behandelt. Lemke teilte jedoch mit, er habe in einem Brief an alle Hauptausschußmitglieder gegen diese Ausschlüsse Stellung genommen und sie aufgefordert, auf der nächsten Hauptausschußsitzung diese Ausschlüsse aufzuheben.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Demokratischer Unterricht gefährdet

Hamburg
Die CDU hat ihre Mitglieder und Sympathisanten darauf angesetzt, an den Schulen systematisch Spitzeldienste gegen fortschrittliche Lehrer zu betreiben.. Die Ergebnisse werden dann als „immer wieder neue Beschwerden" von Eltern ausgegeben und in der Öffentlichkeit zur Einstimmung in den Bürgerschaftswahlkampf benutzt.

So werden in einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.2.78 neben schon bekannten Fällen angeblicher „linksradikaler Indoktrination" (Information über Schleyers Vergangenheit, Süverkrup-Gedicht) neue Fälle benannt: In der 6. Klasse eines Gymnasiums soll (nachdem an der Schule eine Referendarin Berufsverbot bekommen hatte) in einer Englischstunde über Berufsverbote diskutiert worden sein; weitere Anlässe für die CDU-Anfrage sind die Behandlung einer Erklärung von Horst Mahler, in der er sich von der RAF distanziert, im Politikunterricht sowie die angebliche Behandlung von Thesen der RAF im Geschichtsunterricht eines Gymnasiums.

Man muß bei dieser Anfrage bedenken, daß sie nicht nur in der Öffentlichkeit das CDU-Horrorgemälde (*„linke Träumer gefährden die Zukunft unserer Kinder"*) untermauern soll, sondern daß erfahrungsgemäß in allen Fällen von der SPD-orientierten Schulbürokratie sofort umfangreiche Ermittlungen eingeleitet werden, die zu einer zusätzlichen Einschüchterung an den Schulen führen.

Der Hammer in der CDU-Anfrage sind allerdings folgende Fragen: „*Wie beurteilt der Senat die Entschließung der Personalversammlung Gymnasien vom Januar 1978, in der das Schreiben Senators Apels zum Problem Terrorismus verurteilt wurde?*
Wie verurteilt der Senat die Unterschriftensammlung von 1.600 Hamburger Lehrern, in der unserem Staatswesen eine Tendenz zum Abbau grundsetzlich garantierter Freiheiten unterstellt wird?
Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang das Tragen von Plaketten mit der Aufschrift „Maulkorb – nein danke" oder ähnliches im Unterricht durch Lehrer?"

Angesichts der Tatsache, daß sich die CDU in Zeitungsanzeigen damit brüstet, daß „*die über 200 kommunistischer Lehrer unter einer CDU-Regierung keine Chance mehr haben, Schüler gegen ihr Elternhaus und gegen unseren freiheitlichen Staat aufzuwiegeln*", muß sich doch jeder Lehrer fragen, ob nach CDU-Vorstellungen nicht schon die hier genannten „Vergehen" für ein Berufsverbot ausreichen.

Das Mosaik nimmt Gestalt an

Wir haben in den letzten Wochen die Erfahrung machen müssen, daß die aktuellen Ausschlüsse aus der GEW wie auch die weiteren Angriffe Fristers auf fortschrittliche Positionen vielfach noch nicht in ihrer vollen Tragweite gesehen sondern als Einzelfälle und noch nicht im Zusammenhang behandelt werden. Immer noch fällt es der GEW-Linken schwer, Politik über die Grenzen des eigenen Landes-bzw. Bezirksverbandes hinaus zu machen.

So macht man sich in Bochum und Frankfurt teilweise Illusionen über eine Revision der Ausschlüsse durch den GEW-Hauptausschuß (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen). In Frankfurt ist die an den KBW erinnernde Einschätzung verbreitet, der Ausschluß von Knöss stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Lohnkampf im Öffentlichen Dienst. Selbst die GEW Westberlin ist weitgehend mit eigenen Diskussionen beschäftigt und war bisher praktisch nicht in der Lage, sich in die gegenwärtigen Konflikte in der GEW ‚einzumischen' (was sie – auch im eigenen Interesse – unbedingt tun sollte!). U.E. beweisen die Tatsachen klar, daß Fristers Vorgehen Beschlüsse der DGB-Spitze zugrunde liegen, die ihren deutlichsten Ausdruck in dem Vorgehen des DGB-Vorstands gegen das Russell-Tribunal finden. Dieses Vorgehen, das an die finstersten Zeiten des McCarthyismus erinnert, geht bekanntlich unmittelbar auf ‚strategische Überlegungen' des Staatsschutzes zurück (siehe das Geheimpapier des Referats Öffentliche Sicherheit im Innenministerium zum Russell-Tribunal). **Demnach ist dem DGB eine zentrale Rolle bei der Abwehr der Protestbewegung gegen das „Modell Deutschland" zugedacht, da er als Gewerkschaft bei der Propagierung „unseres freiheitlichen Rechtsstaats" scheinbar besonders glaubwürdig ist.**

Wie konkret der DGB bei der geplanten Liquidierung der Antirepressionsbewegung innerhalb der Gewerkschaften bereits ‚bei der Arbeit' ist, zeigt sich im Bereich der GEW und in Fristers intensiven Aktivitäten besonders deutlich. Zum Beweis führen wir noch einmal die bisher bekannt gewordenen Elemente dieser reaktionären Offensive an:

- 18.1.: Vetter verschickt sein berüchtigtes Schreiben, das den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB mit einer Unterstützung des Russell-Tribunals enthält (s.Antirepressions-Info Nr. 4, hsg. vom KB).
- 21.1.: Frister versucht, der GEW Hamburg die Teilnahme an einer Demonstration gegen Berufsverbote, zu der diese aufgerufen hatte, zu verbieten (s. AK 122).
- 24.1.: Vetter erinnert an das Verbot für gewerkschaftliche Gliederungen, an Aktionen der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" teilzunehmen (s. Russell-Rubrik in dieser Ausgabe).
- Im gleichen Zeitraum reicht die GEW Bund ihre Klage gegen den ausgeschlossenen West-Berliner Landesverband ein, den Namen GEW nicht mehr zu benutzen. In der Begründung wird die GEW Westberlin dem *„Umfeld des Terrorismus"* zugerechnet. Begründung ist u.a.. ihre Unterstützung für das Russell-Tribunal (siehe Art. in dieser Ausgabe).
- 27.1.: Frister schreibt einen Hetzbrief an die ESG Bochum, die sich mit den vom Ausschluß bedrohten Bochumer Kollegen solidarisiert hatte. Er beschuldigt die ESG Bochum, in der sich *„Linksextremisten" „gut getarnt"* hätten, der Unterstützung von *„Mord und Totschlag"* und fordert kaum verhüllt ein Berufsverbot für den Bochumer Studentenpfarrer (s.Antirepressions-Info Nr. 4)
- 30.1.: Frister verschickt ein außerordentlich dümmliches Schreiben an die Mitglieder des Hauptausschusses, in dem er zu beweisen sucht, daß es Berufsverbote in der BRD nicht gibt (s.Art. in dieser Ausgabe).
- 30.1.:Vetter verschickt eine leicht geänderte Fassung seines Russell-Schreibens. Das erste – es war zu rechtslastig! – wird so mal eben als *„gegenstandslos"* erklärt (s. AK 123).
- Am 11.2. schließt der GEW-Hauptvorstand (mindesten?) 11 GEW-Funktionäre aus Bochum und Frankfurt aus der GEW aus.

Diese Aufzählung ist sicher nicht vollzählig. Schon auf den ersten Blick fällt die Qualität („Schlag auf Schlag") auf. Analysiert man jedoch die Inhalte dieser Briefe, ist unzweifelhaft die neue Qualität erkennbar. Hier geht es nicht einfach um innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Hier geht es um Repression, Zensur und Sympathisantenhetze übelster Machart, wie sie für das „Modell Deutschland" typisch ist. **Womit die DGB-Bosse nicht gerechnet haben: Im Gegenzug gegen Fristers und Vetters Schläge hat sich eine im Vergleich zu dem, was an linker Politik heute möglich ist, ungeheuer breite Unterstützung für das Russell-Tribunal innerhalb der GEW manifestiert (s. Art. in der Russell-Rubrik in diesem AK). Eine Auseinandersetzung zeichnet sich ab, die für die Zukunft der GEW von entscheidender Bedeutung sein wird.**



Na, Herr Frister haben Sie schon wieder den Arbeiterkampf gelesen?!

DGB Hamburg ist enttäuscht

In einer Stellungnahme zum Ausschluß der rechten Spalterfraktion „Alternative" aus der GEW Hamburg bedauert es der DGB Hamburg, daß *»die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der Gruppe ‚Die Alternative' [nicht] einvernehmlich«* beendet wurde. Ausdrücklich wird das *»Bestreben der ‚Alternative', den kommunistischen Einfluß in der GEW zurückzudrängen«* gelobt und auch *»zukünftig als Pflicht aller Gewerkschafter«* erklärt, *»zur Aufrechterhaltung der demokratischen Struktur der Gewerkschaftsorganisationen«.* In diesem Sinne fordert der DGB Hamburg alle Mitglieder auf, *»in der GEW zu verbleiben. Gerade in dieser schwierigen Situation kommt es darauf an, engagiert für die eigene Auffassung in der GEW zu streiten und sich nicht durch einen Austritt in dieser politischen Auseinandersetzung und der Verantwortung zu entziehen«* Und da sage einer, der DGB sei nicht solidarisch mit der GEW...(Presseerklärung vom 31.1.78, abgedruckt in der HLZ Nr.3 vom 25.2.78).





Hamburg - Stadt mit Herz für Nazis



Hamburgs Senat macht wieder einmal von sich reden: Nach Hamburgs Vorreiter-Rolle bei der Einführung der Berufsverbote, des polizeilichen Todesschusses und der »Trennscheibe« bei Gesprächen zwischen Anwälten und Gefangenen, soll Hamburg jetzt wohl auch das erste Bundesland der BRD mit einer legalen »NSDAP« werden. Widerstand dagegen läßt Hamburgs Senat von der Polizei nieder prügeln.

So geschehen am 26.2.78 in Hamburg-Lurup. Dort konnte in der Gaststätte »Lindenpark« ein bundesweites Nazi-Treffen durchgeführt werden, das eindeutig als Vorkonferenz zur Gründung einer neuen »NSDAP« anzusehen ist.

800 antifaschistische Demonstranten, die das Nazi-Treffen verhindern wollten, wurden von starken Polizeikräften in Schach gehalten. Mehrfach knüppelte Hamburgs Polizei den Nazis eine Gasse, damit sie in ihren Versammlungsraum gelangen konnten.

Wer wurde da geschützt?

Mit Geleitschutz der Polizei beteiligten sich an dem Nazi-Treffen:

— Thies Christophersen, Verfasser der antisemitischen Hetzschrift »Auschwitz-Lüge«;
— Erwin Schönborn, Vorsitzender des nazistischen »Kampfbund Deutscher Soldaten«, Organisator von sogenannten »Auschwitzkongresse«;
— Karl-Heinz Hoffmann, Chef der berüchtigten »Wehrsportgruppe Hoffmann« (Nürnberg);
— Uwe Rohwer, Ausbilder der Schlägerbanden der »Wiking-Jugend«;
— die Hamburger »Hansa«-Bande (ANS), eine kriminelle Nazi-Bande mit 20 - 30 Mitgliedern, bekannt durch zahlreiche kriminelle Handlungen in



Hamburg, 26.2.78: Gegen den Widerstand von 800 Antifaschisten (Bild unten) darf sich die „NSDAP"/„Hansa"-Bande unter ihrem paramilitärischen Ausbilder Uwe Rohwer (Bild mitte rechts) zusammenrotten. Polizei bahnt der „NSDAP" den Weg durch die Demonstranten (Bild oben) und prügelt gemeinsam mit den Nazis auf Antifaschisten ein (Bild mitte links).



Hamburg und anderen Städten Norddeutschlands.

Es gibt genug Beweise und genug Gesetze, um alle diese »NSDAP«-Gründer und antisemitischen Mordhetzer hinter Schloß und Riegel zu bringen. Dies liegt aber offensichtlich nicht in der Absicht des Staates.

Hamburg — seit Jahren Tummelplatz für Nazis!

Der Schutz, den die »NSDAP«-Leute am 26.2. 78 vom Hamburger Senat erhielten, hat eine lange Tradition. Hamburg war in den letzten Jahren d i e Stadt der BRD, in der Nazis und Antisemiten am offensten ihre Propaganda verbreiten konnten und trotz eindeutiger krimineller Taten so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen wurden.

Heute besitzt Innensenator Staak (SPD) — unmittelbar nach dem Knüppeleinsatz seiner Polizei für die »NSDAP« - die Frechheit, dazu aufzurufen, »den Anfängen zu wehren«.

Wir werden nicht vergessen, welche Stationen die geradezu unglaubliche Duldung derartiger Umtriebe in Hamburg bisher durchlaufen hat:

— So konnte der Nazi Wolf-Dieter Eckart seit Ende der 60er Jahre (!) zuerst seinen »Antikominternbund«, später seinen *»Bund Deutscher Nationalsozialisten«* organisieren, konnte seinen »NS-Kampfruf« und »NS-Pressedienst« verbreiten, das »NSDAP«-Organ »Wille und Weg« versenden, ohne daß gegen ihn vorgegangen wurde. Erst im Herbst 77 wurde er zu einer lächerlichen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

— So konnte Christophersen im November 74 im Hamburger »Haus des Sports« eine Versammlung mit Hakenkreuzfahnen abhalten, an der u.a. auch Eckart teilnahm.

— So fand Anfang 76 eine »Reichsgründungsfeier« verschiedener Nazi-Organisationen statt, die in SA-Manier und -Uniform durch Hamburg randallierten.

— So konnte jahrelang der Ex-»KPD/ML«er Michael Borchard als »Faschistische Front« auftreten und seine Hetzschrift »Der Aufmarsch« verbreiten, bevor auch er 1977 zu Geldstrafen und »auf Bewährung« verurteilt wurde.

— So erklärte Hamburgs Innensenator im August 76 anläßlich eines internationalen NPD-Kongresses trotz massiver Proteste demokratischer Kräfte: *»Wir werden die Veranstaltung zu schützen wissen«* und ließ die Polizei mit Knüppeln und Chemical Mace gegen Antifaschisten und unbeteiligte Passanten vorgehen.



Wehe, wenn sie losgelassen!

— So »ermittelt« die Staatsanwaltschaft seit nunmehr annähernd einem Jahr gegen die Schläger vom 15.5.77 (DVU-Veranstaltung am Osdorfer Born), ohne daß Anklage erhoben ist. Es handelte sich vor allem um »Hansa«-Nazis!...

Wie weit die Duldung dieser Bande mittlerweile geht, wird auch daran deutlich, daß das L a n d e s w a h l a m t auf Anfrage bestätigte, daß es gegen die angekündigte Kandidatur der »ANS« zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen aufgrund des vorliegenden Programms und der Satzung nichts einzuwenden hätte!

Die Nazi-Aktivitäten vom 25./26.2.78

Am Wochenende vom 25./26.2. 78 fanden gleich zwei »NSDAP«-Versammlungen statt. Schon am Vorabend des 25.2 78 konnte sich - trotz eines Verbots! - unter den Augen der örtlichen Polizei, mit Wissen des Hamburger »Staatsschutzes« und verschiedener Bürgerschaftsabgeordneter in Buchholz (Niedersachsen), nur wenige Kilometer außerhalb Hamburgs, die »Hansa«-Bande zusammen mit Schönborn versammeln.

Gegen das Nazi-Treffen vom 26.2. 78, zu dem Christophersen aufgerufen hatte, hatte es in den Vortagen massive Proteste gegeben. Verbotsforderungen lagen vom KB, der VAN und verschiedenen Einzelpersonen vor; der jüdische Antifaschist Arie Goral hatte sich an die Bürgerschaftsfraktionen gewandt; das Nazi-Treffen wurde sogar in der Bürgerschaft diskutiert. Ein Verbot allerdings gab es nicht. Stattdessen riegelte die Polizei schon in den frühen Morgenstunden das Versammlungslokal ab. Die »NSDAP«-Leute wurden in kleinen Gruppen von Polizei-Eskorten durch die Reihen der Antifaschisten geschleust, wobei es auch zu Knüppel-Einsätzen der Polizei kam. Die Spitze wurde erreicht, als die Einsatzleitung der Polizei gegen die Bedenken eines Polizeioffiziers und auf dessen ausdrückliche Anfrage hin anordnete, daß auch die nahezu vollständig anwesende und uniformierte Kerntruppe der »Hansa«-Bande in das Lokal zu geleiten sei.

Zum Abschluß versammelten sich die Antifaschisten zu einer Kundgebung, auf der ein Vertreter des KB, ein Vertreter der Jungdemokraten, Wolf Biermann und ein Pastor der benachbarten Gemeinde sprachen.

Die Nazis, die sich am 26. Februar in Hamburg-Lurup unter Polizeischutz treffen konnten, um die nächsten Schritte zur Gründung einer bundesweiten »NSDAP« zu beraten, mögen - trotz ihrer zahlreichen terroristischen und kriminellen Aktivitäten - als vergleichsweise »harmlose Spinner« erscheinen. Wesentlich ist jedoch, daß hier gezielt die nach 1945 durchgesetzten antinazistischen Gesetze (Verbot der NSDAP und ihrer Wiedergründung, Verbot nazistischer Propaganda, Verbot der Hetze gegen andere Völker usw.) durchbrochen werden, daß hier der Weg für eine legale »NSDAP« bereitet wird. Die SPD spielt dabei wieder, wie schon einmal in der deutschen Geschichte, die Rolle des Wegbereiters für den braunen Terror.

Nicht zufällig zogen Kommunisten u n d Sozialdemokraten nach der nazistischen »Machtergreifung« 1933 in Gefängnissen und KZ's den g e m e i n s a m e n Schluß, daß es künftig gelten müsse, den A n f ä n g e n zu wehren. Diese Erkenntnis steht heute wieder auf der Tagesordnung!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»NSDAP Westberlin: Staatliche Duldung trotz Festnahme!

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren wurde am 20. Februar ein Treff der illegalen »NSDAP-Gau Berlin« von der Polizei »ausgehoben«. Trotzdem erfreut sich die Bande nach wie vor der staatlichen Schonung.

Waren es 1976 noch 13 Faschisten auf einer angeblichen Gründungsfeier der »NSDAP« gewesen, so wurden diesmal gleich 18 Neonazis in einer Kneipe in der Neuköllner Mareschstraße festgenommen. Einige trugen Hakenkreuzbinden. In ihren Wohnungen wurde NS-Propaganda-Material gefunden. Unter den Festgenommenen war wieder einmal Wolfgang Rahl (34) aus Rudow, Möwenweg 8, der als Schreiber für das »NSDAP«-Blatt »Wille und Weg« und »Ortsgruppenleiter« der »NSDAP« bekannt ist.

18 Kriminalbeamte und 37 Schutzbeamte waren laut »Tagesspiegel« vom 21.2. an der Aktion gegen die »NSDAP« beteiligt. Offensichtlich weiß man in staatsschützenden Kreisen um die Gefährlichkeit faschistischer Banden, speziell der »Waffennarren« unter ihnen. Dennoch wurden die 18 nur zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen und danach auf freien Fuß gesetzt.

Am 25.2. wurde dann Arnulf-Winfried Priem (siehe AK 122), einer der aktivsten Mitglieder der »NSDAP«, in seiner Wohnung in Berlin-Wedding, Wriezener Str. 8, verhaftet. Ihm werden Hakenkreuzschmierereien u.ä. vorgeworfen. Priem (29) ist kein Unbekannter. Er hatte, bevor er Ende '75 nach Westberlin übersiedelte, in Freiburg schon eine »Kampfgruppe« aufgebaut. Bei einem Verhör durch den »Staatsschutz« gab Priem zu, in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober eine Hakenkreuz-Fahne an der Siegessäule angebracht zu haben und mit weiteren Faschisten zusammen im Wedding »NSDAP«-Flugblätter verteilt zu haben (»Abend«, 28.2.). Mitglieder seiner »Kampfgruppe« nahmen auch an dem Treffen der »NSDAP« in Neukölln teil. Laut »Staatsschutz« soll die Priem-Bande »aus etwa zehn Personen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren« bestehen. »NSDAP-Ortsgruppenleiter« Rahl hielt es für nötig, sich von der Priem-Bande zu distanzieren.

KB/Gruppe Westberlin

Hannover: Antifaschismus unerwünscht!

Das niedersächsische Kultusministerium verweigerte der Gesamtschule Roderbruch die Genehmigung für eine Projektwoche. Schon im November hatten Schüler und Lehrer, motiviert durch die kriminellen Umtriebe einer »NSDAP«- Bande in Hannover, einen Plan unter dem Thema »Demokratie in Gefahr?« vorgelegt. Danach sollte sich vom 27.2.-4.3. insbesondere mit neonazistischen Tendenzen auseinandergesetzt werden. Das kurzfristig ausgesprochene Verbot wurde vom Ministerium mit »methodisch- didaktischen Bedenken« begründet - ohne diese jedoch zu begründen!

Auch ein Infostand der »Bürgerinitiative gegen braun« wurde von der Stadtverwaltung untersagt. Als Begründung mußte eine gleichzeitige Kundgebung von AKW- Gegnern herhalten - obwohl beide Seiten versicherten, sie würden sich gegenseitig nicht ins Gehege kommen. Noch makabrer wird dieses Verbot dadurch, daß seit Monaten an just der beantragten Stelle fast allwöchentlich Infostände der JN (NPD- Jugendorganisation) und des »Kampfbundes Freiheit für Rudolf Heß« (Tarnname der »NSDAP«- Bande) stattfinden!

Der niedersächsische Innenminister Groß hatte in den letzten Wochen ja schon sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß ihm der wachsende Protest gegen die in Hannover immer frecher auftretenden Nazis nicht gefällt. Dabei sollte man auch nicht vergessen, daß die Hamburger »Hansa«- Bande ein in Hamburg verbotenes Treffen am 25.2. in Buchholz (Niedersachsen) ungehindert abhalten konnte!

Antifa- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

sicherten, sie würden sich gegenseitig
KB/ Gruppe Hamburg



Hoffmann (links) schleicht sich mit vier Mitgliedern seiner Bande unter der persönlichen Deckung eines Einsatzleiters in das Lokal.

Biermann war da

»Was willst du denn hier?«, »Willst wohl wieder in die Zeitung kommen?!«, »Zieh wieder ab« - Wolf Biermann war sicher der Linke, der auf der antifaschistischen Aktion gegen das Nazi-Treffen am 26.2. in Hamburg-Lurup am unfreundlichsten empfangen wurde. Von der Demonstration aus hatten einige Antifaschisten Biermann angerufen, und ihn gebeten zu kommen, um eventuell etwas zu singen. Biermann kam - und wurde dann wie oben beschrieben empfangen. Zum Glück war dieser Empfang nicht repräsentativ für die 800 Demonstranten. Die meisten freuten sich und sangen mit, als Wolf durchs Megaphon sang. Allerdings ist diese allergische Reaktion auf Biermann kein Einzelfall, und Biermann ist auch nicht der einzige aus dem linken oder liberalen Lager, dem sein Engagment im Rahmen seiner politischen Einsichten mit Pfiffen und anderen Unmutsäußerungen gedankt wird. Es ist nicht neu, daß Biermann fast überall, wo er auftritt, politischen Widerspruch herausfordert. Aber unbestreitbar ist er ein Linker, und noch unbestreitbarer ist er ein Antifaschist, - immerhin hat er einen Teil seiner Familie in den Nazi-KZ's verloren. Ihn auf einer antifaschistischen Protestdemonstration als »publicitysüchtig« zu diffamieren zeugt allerdings von politischer Blindheit und einem gerüttelt Maß an Geschmacklosigkeit. Man muß sich diese politische Blindheit mal als Maßstab für eine antifaschistische Bündnispolitik vorstellen: Da hätte man dann seine blitzsauberen politisch ausgerichteten Demo-Reihen beisammen: klitzeklein aber blitzefein, Marke ML. Kein Hahn würde danach krähen, keine Demonstration, keine antifaschistische Aktion würde über das Stadium eines drittklassigen Menschenauflaufs hinauskommen. Diese Haltung erinnert an jemanden, der sich den Hals wäscht, bevor er aufgehängt wird. Außerdem finde ich es wichtig, daß »Personen des öffentlichen Lebens« - und dazu gehört auch Biermann — sich bei derartigen Gelegenheiten »zeigen«, und ihren Protest gegen faschistische Provokationen zum Ausdruck bringen, und wenn es nur durch Anwesenheit ist.

Leuten vom Schlage des »Biermann-Empfangskomitees« muß erst mal klar werden, daß es sich bei den Faschisten um eine reale Gefahr handelt, zumal sie den Schutz des Staates haben, und daß antifaschistische Aktionen kein Spielfeld sind, auf denen politische Widersprüche oder politische Allergien untereinander ausgetragen werden; der Feind steht auf der anderen Seite der »Hamburger Gitter«.

»Hansa«-Mitglied Lutz Wegener wegen Bankraub verhaftet!

Schon am Dienstag, 28.2.78, hatte Hamburgs Innensenator Staak den Verdacht geäußert, daß nazistische Gruppen sich durch Bankraub finanzieren.

Am Mittwoch wurde dann die Verhaftung des führenden „Hansa"-Banditen Lutz Wegener bekannt. Er wird beschuldigt, bei einem Bankraub im Dezember in Hamburg beteiligt gewesen zu sein, zusammen mit mindestens einem Komplizen! Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß der kriminelle Nazi-Untergrund u.a auch derartige Überfälle verübt. Speziell Lutz Wegener, der in letzter Zeit ziemlich „weggetaucht" war, erscheint aufgrund seiner Vorstrafen (Schändung des KZ Bergen-Belsen, Überfall auf eine Juso-Veranstaltung in Buchholz) für derartige „Einsätze" in Frage zu kommen. Lutz Wegener gilt übrigens als „Stellvertreter" von „Hansa"-Chef Michael Kühnen, mit dem zusammen er vor einigen Monaten bei Nazi-Schmierereien erwischt wurde.

Nazi-Aktivitäten

Die „Aktionsgemeinschaft 4. Partei" hat sich gespalten: Der AVP-Landesvorstand Niedersachsen gründete die **„Vierte Partei Deutschlands" (VPD).**

• • •

Auch im Ausland ist eine zunehmende neonazistische Aktivität festzustellen. So benutzten die Faschisten von der britischen „Nationalpartei" Aufkleber, die aus Nebraska stammen. Die angegebene Adresse ist die des US-Nazis G. Rex Lauck („NSDAP/AO"). Auf den Hakenkreuzaufklebern ist ein Totenkopf und der Spruch „Weiße Macht! Nigger seht euch vor! Hände weg von den Weißen! Cder ihr sterbt" abgedruckt (nach „Extra-Dienst", 24.2.78).

• • •

Hakenkreuz und SS-Runen wurden Ende Februar an Mauern und Grabmalen auf dem jüdischen Friedhof und an die Fenster der Synagoge in Fürth geschmiert. Auch an Fenster von Erdgeschoßwohnungen jüdischer Bürger wurden Nazi-Symbole gemalt.

• • •

In Frankfurt überfiel ein Geschwisterpaar eine Kinokasse. Sie gaben sich als „Kommando Willi Peter Stoll" aus und drohten mit der Zündung von Sprengsätzen. Beute: 5.200 DM. Die Anführerin, eine 23jährige, stellte sich als Mitglied des Kreisvorstandes der Jungen Union Wiesbaden heraus! Die beiden wurden jetzt zu 15 und 18 Monaten Gefängnis verurteilt („die tat", 3.3.78).

• • •

Antifaschisten aufgepaßt!

Geplante Aktivitäten der NPD:
11.3.78 Hildesheim
11.3.78 Kassel
18.3.78 Delmenhorst
1.4.78 Hameln/Rinteln/Bückeburg
15.4.78 Göttingen.

Hier sind jeweils öffentliche Kundgebungen und Wahlveranstaltungen bzw. Parteitage vorgesehen.

• • •

Kassel: Am 24.-26.5.78 will die „Gesellschaft für freie Publizistik" einen Kongreß unter dem Motto „Verrat in Deutschland" abhalten.

Antifaschistische Aktion

Braunschweig

Unter der Parole „Nazis raus aus Braunschweig!" demonstrierten am 25.2. ca. 800 bis 1.000 Braunschweiger Antifaschisten gegen eine NPD-Kundgebung. Schon im November vergangenen Jahres hatten NPD/JN in Braunschweig unter starkem Polizeischutz Kundgebungen versucht, die allerdings im lautstarken Protest von bis zu 2.800 Antifaschisten untergingen.

Mit der letzten Kundgebung schienen die Faschisten nun „Rache" nehmen zu wollen. Entsprechend war auch das Auftreten der Faschisten: Sie hatten Latten, Fahnenstangen und über 1 m lange Eisenstangen mitgebracht, die am einen Ende mit Widerhaken ausgestattet waren. Diese trugen sie bei ihrem Aufmarsch auf den Kundgebungsplatz und bei verschiedenen Streifzügen durch die Innenstadt nicht nur offen zur Schau, sondern sie praktizierten auch direkten Terror. **So wurden Genossen des KB an einem Büchertisch von mehreren bewaffneten Faschisten bedroht und in einem plötzlichen Überfall das dort aufgestellte Stellschild zerstört. Ein anderer Antifaschist, der bereits am frühen Morgen mit mehreren Transparentstangen durch die Innenstadt ging, wurde zusammen mit seiner Freundin überfallen. Beide wurden verletzt.**

Wie üblich wurden die Faschisten dabei von der Polizei begünstigt. Zwar kam es seitens der Polizei selbst nicht zu derart massiven Übergriffen wie im vergangenen November – damals waren in brutalen Einsätzen u.a. elf Antifaschisten von der Polizei verhaftet und zwei verletzt worden. Die Polizei ließ sich aber durch die Waffen und Provokationen der Faschisten zu nichts bewegen, als Antifaschisten am Kundgebungsort nach Waffen zu durchsuchen – während die Faschisten unbehelligt blieben!

Um den Kundgebungsort der Faschisten waren „Spanische Reiter" aufgebaut worden und eine Hundertschaft Polizei stand in Bereitschaft. So gelang es den Faschisten, die auch lautsprechermäßig besser ausgerüstet waren als das Mal zuvor, trotz der massiven Proteste ihre Kundgebung bis zu Ende zu führen. Weder das Abspielen faschistischer Lieder noch ein Lob auf den „letzten deutschen Reichskanzler" (Hitler) veranlaßte die Polizei zum Eingreifen. Trotzdem ist die antifaschistische Mobilisierung als Erfolg zu werten:

- **Jusos, Judos, VVN u.a. hatten diesmal ein eigenes Flugblatt herausgebracht, das sie auch während der Aktion weiter verteilten.**
- **Ein „Antifaschistischer Arbeitskreis", der sich im November gebildet hat und in dem auch der KB mitarbeitet, bot eine Dokumentation über die Vorfälle im November an.**
- **In der Innenstadt wurde den ganzen Morgen eine Fotoausstellung über die NPD-Kundgebung im November gezeigt, die auf reges Interesse stieß.**

Für die Zukunft gilt es, diese Ansätze weiter zu intensivieren. In dieser Arbeit müssen aber auch die nach wie vor vorhandenen „Berührungsängste" vor allem bei den Jusos, Judos und VVN gegenüber anderen linken Kräften überwunden werden. Denn auch bei der Vorbereitung dieser antifaschistischen Aktion luden Jusos, Judos etc. die Basisgruppen, GIM, KB und den Antifaschistischen Arbeitskreis nicht zu Aktionseinheitsverhandlungen ein, obwohl sie gerade vom KB die Informationen zur NPD-Kundgebung erhalten hatten. So kam es zwar zu einer praktischen Aktionseinheit, aber nicht zu vorbereitenden Diskussionen und Absprachen.

Dies gilt es zu ändern.

KB/Gruppe Braunschweig

Düsseldorf

Am 25.2.78 wollte die NPD seit über zwei Jahren wieder in Düsseldorf eine öffentliche Kundgebung durchführen. Nur dieser Absicht wurde aber nichts, da zu einer Gegenkundgebung 500 Antifaschisten kamen, die die Faschisten nicht zu Wort kommen ließen und sie reichlich mit Eiern und Tomaten eindeckten. Zu dieser Gegenkundgebung hatten u.a. „Spontis", GIM, KB, VVN, DKP, SDAJ bis hin zur Gewerkschaft HBV mobilisiert, die in ihrem Flugblatt schrieb: *„Toleranz kann nur unter Demokraten geübt werden. Die NPD gehört nicht dazu. Wehrt den Anfängen!"*

Besonders bemerkenswert war das Auftreten einiger SDAJ und DKPler, die tatkräftig gegen die Faschisten vorgingen: Ein Trupp setzte die Lautsprecheranlage außer Betrieb und gab den Faschisten gleich noch eins auf Maul. Das Ganze ging so schnell, daß die Polizei nicht eingreifen konnte. Während der Kundgebung nahm die Polizei mit Greiftrupps 15-20 Antifaschisten „zur Personalienfeststellung" fest; nach Abschluß der Kundgebung wurden von den Bullen weitere sieben Leute festgenommen und auf der Wache „erkennungsdienstlich behandelt".

KB-Sympathisanten-Gruppe Düsseldorf

Amberg

Etwa 150 Antifaschisten in Amberg gelang es, am 26.2. die Wahl-Rede des NPD-Vorsitzenden Mußgnug zu vereiteln. Ein Fackelzug von etwa 30 NPD-Anhängern wurde von der Polizei geschützt. („die tat", 3.3.78)

Hamburg

Am 1.3. fand im „Hamburg-Haus" in Hamburg-Eimsbüttel eine antifaschistische Kundgebung mit internationaler Beteiligung statt, die unter den Forderungen:

- **Für das Verbot der SS-Treffen,**
- **Gegen die Rehabilitierung des Faschismus**

stand und für die Demonstration am 22. April in Köln, veranstaltet von der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer), werben sollte. Zu der Veranstaltung, die mit 500 Besuchern relativ schwach besucht war (regionale Mobilisierung), rief ein sehr begrenzt gehaltener Kreis von Verbänden auf: VAN-Hamburg, VVN Schleswig-Holstein, VVN-Bremen, Komitee der Moorsoldaten in der BRD, Arbeitsgemeinschaft Neuengamme in der BRD, Lagergemeinschaft Sachsenhausen Hamburg.

Entgegen der auf der Veranstaltung mehrmals erhobenen Bündnisbereitschaft blieben die Veranstalter weitgehend unter sich.

Leider blieben die Ausführungen der Sprecher zu allgemein und oberflächlich – kein Wort wurde verloren über Schwierigkeiten und nicht gelöste Probleme der Antifaschisten, geschweige denn über Meinungsverschiedenheiten.

In einer Resolution verurteilten die Anwesenden, daß Faschisten heute sich mit Staatsschutz versammeln können, wie die „NSDAP"-Leute in Hamburg.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Tübingen

Für den 30. Januar 1978 hatte der rechtsradikale „Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS) eine Veranstaltung angekündigt, auf der das ehemalige Vorstandsmitglied Thomas V e i g e l, der seit zwei Jahren in Chile studiert, über die „Wahrheit in Chile" berichten sollte. Der HTS ist bekannt für seine Unterstützung reaktionärer Regimes in der ganzen Welt (bisher speziell Südafrika) und meint zu Chile z.B., daß es **„geradezu das Muster eines freiheitlichen Staates"** („Uni-UHU", 10.1.78) darstellt. Welch „freiheitlicher" Geist vom HTS gemeint ist, ist spätestens seit Dezember 1976 klar, als HTS-Schläger, zusammen mit der „Wehrsportgruppe" des Nürnberger Faschisten Hoffmann einen brutalen Überfall auf Tübinger Antifaschisten ausführten. Sieben Menschen wurden dabei verletzt, einige krankenhausreif geschlagen (AK 95 und 116).

Gegen die Chile-Veranstaltung des HTS bildete sich eine Aktionseinheit zu der das Chile-Komitee Tübingen (Chiko) und das Antifaschismus-Komitee, gegründet nach dem Hoffmann/HTS-Überfall vom Dezember '76, aufgerufen hatten. In einem gemeinsamen Flugblatt rief dann eine erweiterte Aktionseinheit, zu der auch KSG(KABD), KHG (KBW), KSB/ML („KPD/ML") und GIM gehörten, zur „gemeinsamen Aktion" und zu einer Gegenveranstaltung des Chiko und des Antifa-Komitees auf..

Vor Beginn der HTS-Provokation versammelten sich 200 Antifaschisten, um über die endgültige Vorgehensweise zu entscheiden. Es wurde beschlossen, gemeinsam in die Veranstaltung hineinzugehen und dem Redner drei Fragen zu stellen, die das Chiko vorbereitet hatte.

Unter den Parolen „Keine Propaganda für die „Junta" und nie wieder Faschismus – Wehret den Anfängen" zogen die mittlerweile 300 Antifaschisten dann in den Versammlungsraum.. Etwa 50 Polizisten standen in der Nähe. Im Saal waren ca. 15 HTS'ler.

Auf Fragen mußte HTS-Referent Veigel zugeben, daß in Chile Versammlungsverbot, Verbot politischer Parteien und Gewerkschaften, Vernichtung der Wahlregister, Kennzeichnung der Personalausweise („Teilnahme" oder „Nichtteilnahme" am Referendum) und Entlassungen aus politischen Gründen für Pinochets Pseudo- „Volksabstimmung" kennzeichnend waren. Die Unterdrückung der chilenischen Arbeiterbewegung bestritt HTS-Veigel erst gar nicht.

Anschließend zogen die Antifaschisten um in die Neue Mensa, wo das Chile-Komitee und das Antifa-Komitee zusammen mit einer Delegation des chilenischen Chores „Canto General" die Gegenveranstaltung vorbereitet hatten. Das Chiko beschrieb die derzeitige Lage in Chile – dabei wurde auch auf die Widerstandsaktionen der letzten Zeit, wie den großen, erfolgreichen Streik der Minenarbeiter von El Teniente und auf die Zusammenarbeit der BRD mit der Junta eingegangen.. Die Delegation von „Canto General" sang einige antifaschistische Lieder. Von den etwa 400 Teilnehmern wurden 240 Mark für die Unterstützung des Antifa-Komitees gesammelt.

Nach dem Bericht eines AK-Lesers aus Tübingen

Göttingen

Die breite Protestbewegung gegen die NPD-Kundgebung am 11.2. scheint nun auch in der Göttinger SPD einiges in Gang gebracht zu haben.

Noch am gleichen Wochenende gaben die Jusos eine Erklärung heraus, in der das "unverantwortliche Verhalten" der Göttinger Stadtverwaltung angegriffen wurde. Durch die Genehmigung der Kundgebung habe sie dem Trend Vorschub geleistet, „neofaschistische Umtriebe hoffähig zu machen".

Der SPD-Ortsverein gab am darauffolgenden Donnerstag eine „überarbeitete" Fassung der Juso-Erklärung heraus, in der kritisiert wurde, daß die Stadtverwaltung das Vorhaben der NPD nicht rechtzeitig von sich aus bekanntgegeben habe, um dadurch eine breite politische Gegenmobilisierung zu ermöglichen.

In einem Leserbrief im „Göttinger Tageblatt" vom 18.2. weist ein SPD-Mitglied auf die *„Diskrepanz in der Wahrung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit von Seiten der Polizei und der Verwaltung"* hin: *„Es geht nicht an, daß faschistische Organisationen großkalibrige Lautsprecheranlagen genehmigt werden, während die Stadtverwaltung dem DGB für die letztjährige Kundgebung zum 1. Mai nicht einmal einen Lautsprecherwagen genehmigen wollte. Es ist ebensowenig mit der Versammlungsfreiheit vereinbar, wenn die Polizei eine KBW-Kundgebung schon wegen eines Spottliedes auf Georg Leber auflöst, das Abspielen faschistischer Lieder in Überlautstärke aber duldet".*

Im übrigen wird in dem Leserbrief kritisiert, daß die Polizei nicht eingeschritten sei, als die Faschisten mit angespitzten Metallstangen auf die friedlichen Demonstranten einschlugen.

Für den 15.4. hat die NPD eine neue Provokation in Göttingen angekündigt.. Wir würden uns freuen, die SPD an einem breiten Bündnis gegen die faschistische Kundgebung beteiligt zu sehen!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Göttingen

Forderung nach Verfolgung von Nazi-Verbrechern »unzurechnungsfähig«?

Jüngst wurde im britischen Fernsehen der Film »A blind eye to murder« (Bei Mord ein Auge zugedrückt) gezeigt, der die Schonung von Nazi-Verbrechern in der BRD zum Thema hatte. Dabei wurde auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen befragt, der seit 1970 sechsmal eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung gestellt hatte, warum sie nicht bereit sei, daß in Westberlin gelegene »Document- Center« der USA zu übernehmen. In diesem Center sind u.a. die gesamten Personalien von 10,9 Mio. NSDAP- Mitgliedern und 600000 SS- Verbrechern gesammelt. Damit könnte die bisher skandalös vernachlässigte Verfolgung von Altnazis (Bisher wurden in der BRD nur 6425 verurteilt!) etwas auf Trab gebracht werden. Die USA wären zu einer Übergabe bereit; wenn von diesem Angebot bisher trotz internationalen Drucks kein Gebrauch gemacht wurde, so kann man mit Hansen nur zu einer Schlußfolgerung kommen: *»Die Bundesregierung will ehemalige Nazis decken, die durch Veröffentlichung bestimmer Dokumente in eine peinliche Lage gebracht werden könnten«* (»Frankfurter Rundschau«, 22.2.).

Peinlich würde es sicher auch für die Regierung selbst sein, denn nach einer Übergabe müßte das Archiv nach geltendem Recht zur allgemeinen Benutzung freigegeben werden und jedermann könnte sich dann von der verschleppten Strafverfolgung und der Nazi- Vergangenheit mancher »Persönlichkeiten« überzeugen.

Nach diesen Äußerungen Hansens setzte in der BRD eine Hetzkampagne gegen ihn ein. Justizminister Vogel meinte, *»derartige Vorwürfe seien aus der Luft gegriffen«* (»Süddeutsche Zeitung«, 23.2.). Das Hamburger Abendblatt« zitierte freudig »einige Abgeordnete der SPD«, die von »Amoklauf« sprachen und meinten, *»es stelle sich langsam die Frage nach Hansens Zurechnungsfähigkeit«* (22.2.). Die CDU klagte, daß die Äußerungen Hansens dem Ansehen der BRD im Ausland schaden könnten (»Süddeutsche Zeitung, 23.2.).

Hansen gehört zu den »Rebellen« der SPD- Fraktion, die trotz allen Drucks standhaft blieben und u.a. gegen die »Anti-Terror«- Gesetzgebung der Bundesregierung stimmten. Schon damals stellten einige SPD-Abgeordnete die Frage, ob die 4 nicht ihr Bundestagsmandat abgeben müßten. Nun ist wieder Gelegenheit, Hansen durch persönliche Beleidigungen und Drohungen fertig zu machen.

Bezeichnend für das Klima der BRD ist, daß solche Vorstöße wie die von Hansen nicht einmal von Leuten unterstützt werden, deren Amt es ist, Nazi- Verbrecher gerichtlich zu verfolgen. So fühlte sich z.B. der Leiter der Ludwigsburger »Zentralstelle zur Aufklärung von NS- Verbrechen«, Rückert, der aufgrund seiner Arbeit nun wirklich über das »blind eye« Bescheid wissen müßte, bemüßigt, für den englischen Film ein Interview zu verweigern, da der Reporter zu sehr mit Vorurteilen beladen sei (nach »Guardien«, 23.2.78).

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum

Nazi-Verbrecher vor Gericht

„Wie der Pariser Rechtsanwalt Serge Klarsfeld Nazi-Verbrechen aufzuklären versucht" – darüber berichtete Eckard Spoo am 15.2.78 in der „Frankfurter Rundschau". Serge, dessen Vater ein Opfer des Nazi-Terrors in Frankreich wurde, hat u.a. folgende Nazi-Verbrecher aufgespürt:

- **Ernst Achenbach**, einst als hoher Botschaftsangehöriger im besetzten Paris für die Deportation von 2.000 Juden mitverantwortlich – später FDP-Bundestagsabgeordneter, der seine Macht wesentlich dazu benutzte, in Frankreich in Abwesenheit verurteilte Nazi-Verbrecher vor der Auslieferung zu bewahren;
- **Heinrich Illers**, einst GeStaPo-Chef von Paris, später Senatspräsident des Landgerichtes in Celle;
- **Kurt Lischka**, einst stellvertretender Pariser GeStaPo-Chef, heute Bauunternehmer in Köln;
- **Hans-Dietrich Ernst**, einst GeStaPo-Chef in Angers, in Frankreich viermal zum Tod verurteilt, heute Rechtsanwalt in Leer;
- **Karl Heinz Müller**, einst unterschrieb er als hoher NS-Kriminalbeamter Deportationsbefehle gegen französische Juden (darunter z.B. auch gegen ein zweijähriges Kind wegen „reichsfeindlicher Betätigung"), später war er Chef der Landeskripostelle Celle.

Auch von der Deckung dieser Nazis durch den westdeutschen Staats- und Polizeiapparat kann Serge Klarsfeld einiges berichten. Nachdem er Müller aufgespürt hatte, wurde seine Anzeige weder beim Celler Landeskriminalamt, noch bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg, noch beim niedersächsischen Innenministerium angenommen. Man gab an, längst Bescheid zu wissen, Müller sei auch schon mal vernommen worden, aber schließlich war der Müller dann doch ein guter Polizist: *„Über die Dienstausübung des Kriminalhauptkommissars Müller ist Nachteiliges nicht bekannt geworden"* (so das Innenministerium Niedersachsen).

* * *

In Lübeck stehen Straf- und Ermittlungsverfahren gegen zwei NS-Verbrecher an. Werner Hahn, SS-Oberscharführer, soll 1943 Juden im KZ Janowska (Polen) ermordet haben. Anklage wurde am 30.5.74 erhoben, und sobald es der Gesundheitszustand des Hahn zuläßt, soll das Verfahren mit internationalen Zeugen eröffnet werden.

Arvids Bajars, Sicherheitspolizist von 1941 - 1945, hat in Lettland jüdische Zivilisten und sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Zeugenaussagen aus der Sowjetunion liegen dem Gericht vor. Die Ermittlungen hat die Zentrale Stelle in Ludwigsburg gemacht. Das Verfahren gegen Bajars wurde am 23.2.77 wegen Verjährung eingestellt. Die Staatsanwaltschaft legte Beschwerde ein. Das Oberlandesgericht hob den Einstellungsbeschluß am 17.11.77 wieder auf. Das Verfahren liegt derzeit auf Eis, weil Bajars auf seinen Gesundheitszustand untersucht wird (Informationen nach „Lübecker Nachrichten", 31.1.78).

* * *

Wilhelm Westerheide (69) aus Bielefeld und Johanna Zelle (58) aus München sollen nach dem Ergebnis des seit 1964 schwebenden Ermittlungsverfahrens an der Vernichtungsaktion gegen rund 9.000 Juden aus dem Ghetto von Wladimir-Wolynsk im September 1942 beteiligt gewesen sein. Die Juden waren aus ihren Häusern geholt, auf Lastkraftwagen nach Piatydny gebracht und dort in vorher ausgehobenen Gruben erschossen worden. Westerheide soll als Gebietskommissar an der Vernichtungsaktion maßgeblich mitgewirkt und acht namentlich genannte Juden selbst erschossen haben. Frau Zelle hat der Anklage zufolge die zur Erschießung bestimmten Juden mit ihrer Reitpeitsche zusammengetrieben. Sie soll außerdem Kinder gegen die Wand geschlagen und vom Balkon geworfen haben („Frankfurter Rundschau", 7.2.78). Jetzt erhebt die Dortmunder Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen Anklage („Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 10.2.78).

Wilhelm Schubert sucht als Zeugen ehemalige Soldaten seiner Einheit, insbesondere ... **Dr. Heinz Baumkötter, Kurt Eccarius, Horst Hempel.** Zu lesen in „Der Freiwillige", Zeitschrift des Waffen-SS-Traditionsverbandes HIAG, die u.a. behauptet, die Waffen-SS habe nie etwas mit Konzentrationslagern und den dort begangenen Verbrechen zu tun gehabt. Was in der Suchanzeige und im „Freiwilligen" verschwiegen wird: SS-Oberscharführer Schubert war einst berüchtigter Blockführer im KZ-Sachsenhausen (1960 zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt). Baumkötter war dort Lagerarzt (acht Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord). Eccarius war Leiter des Zellenbaus (achteinhalb Jahre Zuchthaus), und KZ-Aufseher Hempel führte die Todeskartei! („Stern", 9.2.78).

* * *

Nicht nur die BRD, sondern auch Bolivien beschützt die ihm zugelaufenen Alt-Nazis: 1974 wies es einen Antrag Frankreichs ab, den Nazi-Verbrecher Altmann (früher nannte er sich Klaus Barbie) auszuliefern. Altmann war als „Sicherheitsbeauftragter" im besetzten Lyon verantwortlich für Deportation und Folter zahlreicher Juden und politischer Häftlinge. Nun versucht es der Alterspräsident der französischen Nationalversammlung, Virgile Barel, nochmals mit einer Petition an den Europarat. Viel Erfolg! („Allg. Jüdische Wochenzeitung", 3.2.78).

Zur »Initiative gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz'«

Bereits vor Monaten hat sich in Westberlin eine »Initiative gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' « gebildet, die sich den Kampf gegen die verschiedenen inzwischen teils schon verabschiedeten, teils noch anstehenden »Anti- Terror«- Gesetze zur Aufgabe gestellt hat. Inzwischen gibt es ähnliche örtliche »Initiativen« auch in einigen anderen Städten. Kürzlich haben darüber hinaus zentrale Treffen bestehender »Initiativen« sowie interessierter Organisationen - darunter auch Vertreter des KB - stattgefunden, um über mögliche gemeinsame Schritte zu diskutieren.

Insgesamt gesehen (mit Ausnahme vor allem von Westberlin) ist in diesen »Initiativen« die »KPD« tonangebend. Jedoch verzichtet sie, entsprechend ihrer üblichen Praxis, darauf, in den »Initiativen« ihre »antihegemonistische« bzw. richtiger »antisozialimperialistische« Linie durchzusetzen.

Wir haben, sowohl auf den zentralen Treffen der »Initiativen« als auch gesondert in einem Gespräch mit verantwortlichen Vertretern der »KPD«, über eine mögliche Zusammenarbeit oder auch Mitarbeit des KB in diesen »Initiativen« gesprochen und sind vorläufig zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen:

Wir ziehen grundsätzlich j e d e »Initiative« und j e d e n Ansatz in Erwägung, der dazu beitragen könnte, eine breitere Front gegen die »Anti-Terror«- Gesetze zu schaffen. Insofern stehen wir auch den »Initiativen gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' « vorurteilslos gegenüber und würden d o r t in ihnen mitarbeiten, wo über diese »Initiativen« tatsächlich ein breites Bündnis herzustellen ist, wie in Westberlin. Andererseits sehen wir keine Veranlassung, isolierte Projekte, in denen wesentlich die »KPD« unter sich ist - wie es derzeit in mehreren örtlichen »Initiativen« aussieht - durch eine Blutzufuhr des KB künstlich aufzuwerten und zu stärken.

Die Vertreter der »KPD« haben in den Gesprächen erklärt, daß das 'Einheitliche Polizeigesetz' ein Punkt sei, an dem es einen überdurchschnittlich breiten Widerstand u.a. auch aus bürgerlich-demokratischen Kreisen, gebe, und daß die »Initiativen gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' «, die geeignete äussere Form seien, um an dieser Frage ein breites Bündnis herzustellen und eine Aktionsperspektive (nationale Demonstration, nationaler Kongress u.a.m.) zu entwickeln.

Dieser These widersprachen wir folgendermaßen: Die bisherige Entwicklung und Praxis der Initiativen gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' zeigt eindeutig, daß das dadurch erreichte Bündnis- Spektrum insgesamt sehr viel schmaler ist als die bestehenden Anti-Repressions-Bündnisse, die meist in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Russell-Tribunal arbeiten. Das gilt auch für die politische Stoßrichtung, die (wesentlich von der »KPD«) in die Arbeit der »Initiativen« hineingetragen wird.

Während kritische Sozialdemokraten und Liberale an der Basis der Parteien, erst recht radikal- demokratische außerparlamentarische Kritiker, angesichts der gegenwärtigen Qualität und Breite der »Anti- Terror«- Maßnahmen und -Gesetze von »praktiziertem Notstand« von »unseligen Erinnerungen« zu sprechen beginnen, begnügen sich die »Initiativen« mit der Formulierung vom »Abbau demokratischer Rechte«. Man möchte auf keinen Fall in den Geruch kommen, grundgesetzgläubig zu sein, indem man etwa von Aufhebung der Grundrechte spricht. Es ist bezeichnend für die Beengtheit dieser Linie, daß man letztlich - trotz aller Umwerbung einzelner Persönlichkeiten und Gruppen kaum bereit ist, die »Initiativen« auch für s o l c h e Bündnispartner offen zu halten, die eine sozialdemokratische oder liberale Einstellung zum bürgerlichen Staatsapparat haben. In der Praxis führt dies dazu, daß die »Initiativen« im wesentlichen im engeren Kreis der Linken bzw. häufiger noch des »KPD«-Umfelds verbleiben.

Dies zeigte sich bei den zentralen »Initiativen«- Treffen ebenso wie z.T. örtlich. So z.B. in Hamburg, wo die örtliche - von der »KPD« dominierte - »Initiative« bisher eine Kundgebung mit 15 und eine Veranstaltung mit 50 Teilnehmern durchführen konnte. Tatsächlich haben die »Initiativen gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz'« bisher (von ganz seltenen Ausnahmen vielleicht abgesehen) nirgendwo Kräfte ansprechen können, die nicht auch in den örtlichen Anti- Repressions- Bündnissen und in der Russell- Unterstützungsbewegung aktiv wären. Einzige wesentliche Ausnahme ist die »KPD« selbst, die sich immer noch nicht recht entschliessen kann, wie sie zum Russell- Tribunal und zur Unterstützungsbewegung steht.

Initiativen, Komitees und andere Bündnis- Formen zu bestimmten Einzel- Themen k ö n n e n sinnvoll sein, sofern sie zu diesem Thema Bündnisse ermöglichen, die über andere, allgemeinere Zusammenschlüsse hinausgehen. So z.B. die Komitees gegen die Berufsverbote, die teilweise breitere bzw. andere Kräfte umfassen als die Russell- Unterstützungsbewegung, oder z.B. auch Antifa- Arbeitskreise. Darüber hinaus können solche Komitees o.ä. zu Einzel- Themen bestimmte Untersuchungsarbeiten übernehmen, Impulse für die Öffentlichkeitsarbeit geben, Kontaktarbeit machen. Sie verfehlen ihren Zweck, wenn sie keine oder nur eine ganz beschränkte Bündnispolitik entfalten können und wenn sie an bereits bestehenden Bündnissen vorbei um jeden Preis »e i g e n e«, notwendigerweise zahlenmäßig sehr begrenzte, Aktionen durchzuführen versuchen.

Das 'Einheitliche Polizeigesetz' ist unbestritten Thema der Unterstützungsbewegung. Insofern besteht im Allgemeinen überhaupt keine Veranlassung, Aktivitäten gegen das ‚Einheitliche Polizeigesetz' und die anderen »Anti-Terror«-Gesetze des bürgerlichen Staates heute n e b e n den bestehenden örtlichen Anti- Repressions- Bündnissen und neben der Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal zu organisieren, statt diese Aktivitäten in die bestehenden Bündnisse einzubringen und sie gemeinsam mit diesen zu organisieren. Hiermit bestreiten wir nicht die Möglichkeit, daß an einzelnen Orten auch über Initiativen gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' n e u e Bündnispartner angesprochen werden könnten. Wo sich dies erweisen sollte, kann für uns eine Mitarbeit in den Initiativen sinnvoll sein. Nicht beteiligen werden wir uns aber an schmalen und eingeengten Bündnisversuchen der »KPD« und an sektiererischen Aktionen, die von der »KPD« nur damit gerechtfertigt werden, es komme nicht auf die B r e i t e der Aktion an, sondern auf »rasches Handeln«.

Wir meinen, daß sich das Problem im Wesentlichen lösen lassen würde, wenn sich die »KPD« entschliessen könnte, endlich eine durchdachte und einheitliche Haltung zum bevorstehenden Russell- Tribunal und zur Unterstützungsbewegung einzunehmen, im Sinne einer Mitarbeit in den örtlichen Bündnissen und einer Einbringung ihrer Aktivitäten gegen das 'Einheitliche Polizeigesetz' in diesen Zusammenhang. Derzeit ist die Situation so, daß die »KPD« an mehreren Orten in der Unterstützungsbewegung mitarbeitet und dem Tribunal positiv gegenübersteht, während die »KPD« z e n t r a l erst kürzlich wieder bekräftigt hat, sie könne das tribunal *»nicht unterstützen«*. Das Tribunal füge nämlich *»der demokratischen Bewegung im In- und Ausland schweren Schaden zu und nutzt der sozialimperialistischen Sowjetunion«*. Es leiste *»den Ideologen des Modells der amerikanisch- deutschen Hegemonie Vorschub und lenkt sowohl von der Bedrohung durch die Sowjetunion, als auch von der wesentlich schwerwiegenderen Verletzung demokratischer Rechte in der SU ab«* (»Rote Fahne«, 15.2.78). Die »KPD« ist damit in ihren z e n t r a l e n Aussagen zu ihren total destruktiven, negativen Positionen gegenüber dem Russell- Tribunal zurückgekehrt, die sie schon in der Anfangsphase der Unterstützungsbewegung eingenommen hatte.

In der Praxis werden freilich die inneren Widersprüche dieser Haltung offensichtlich: Auch wenn die »KPD« behauptet, die konkrete Planung und Vorbereitung des Russell- Tribunals liesse *»den Verdacht aufkommen, daß man sich der Taktik moskauhöriger Parteien anschließt«*, steht doch die Tatsache fest, daß »seltsamerweise« die DKP keineswegs dieses Tribunal unterstützt, sondern sich mit ihrer strikten Ablehnung des Tribunals auf derselben Bank befindet wie die »KPD«- Führung. Andererseits befindet sich die »KPD« im K o n k r e t e n oft in der Situation, daß sie das von ihr eigentlich prinzipiell abgelehnte Tribunal sogar noch zu v e r s c h ä r f e n und thematisch auszuweiten versucht, und daß sie sich in Widerspruch zu den reformistischen Kräften setzt, die das Tribunal abschwächen oder gar mit dem bürgerlichen Staat aussöhnen möchten. Diese Widersprüchlichkeit in der Politik der »KPD« ist in ihrer vaterländischen Linie begründet und zeigt sich ebenso auch an anderen Fronten, wie z.B. der Anti-AKW- Bewegung.

Protesterklärung gegen die drohende Verabschiedung des »Razziengesetzes«

Im Februar soll eine erneute Änderung der Strafprozeßordnung (StPO) im Bundestag verabschiedet werden. Neben weiteren Einschränkungen der Verteidigungsrechte durch Einbau von Trennscheiben und erleichtertem Verteidigerausschluß, soll ein bedeutender Teil des geplanten, seit Jahren heftig umstrittenen „Einheitlichen Polizeigesetzes" im Voraus in die Strafprozeßordnung eingeführt werden. Diese Änderung wird vielfach als „Razziengesetz" bezeichnet, weil es polizeiliche Befugnisse bei der Strafverfolgung nicht mehr an konkrete Verdachtsmomente knüpft, sondern der Polizei erlauben soll, „razzienmäßig" ganze Wohnblocks und Stadtteile abzuriegeln und zu durchsuchen:

- **daß die Wohnungen völlig unverdächtiger Bürger eines ganzen Gebäudes von der Polizei durchsucht werden können, ohne daß ein konkreter Verdacht für das Auffinden von Straftätern in einer bestimmten Wohnung vorliegen muß (§ 103 StPO);**
- **daß ganze Stadtteile durch „Kontrollstellen" abgeriegelt werden können und jeder dort vorbeikommende Bürger sich ausweisen und durchsuchen lassen muß (§ 111 StPO),**
- **daß auch ohne Kontrollstellen praktisch jeder Bürger von der Polizei überprüft, kontrolliert und durchsucht, bei Schwierigkeiten der Identifizierung auch festgehalten werden kann, wobei ihm das Recht, einen Familienangehörigen oder Anwalt zu benachrichtigen, dann genommen werden soll, wenn dadurch „der Zweck der Untersuchung gefährdet" würde (§ 163b StPO),**
- **daß Trennscheiben zwischen Verteidiger und Beschuldigtem nach § 129a StGB (Zugehörigkeit oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung") eingeführt werden. Damit wird die Isolierung vervollkommnet und die Kontrollmöglichkeit über die körperliche und geistige Verfassung dieser Inhaftierten weiter eingeschränkt,**
- **daß ein Verteidiger bereits auszuschließen ist, wenn „bestimmte Tatsachen" den einfachen Verdacht begründen, daß er Straftaten nach den §§ 129, 129a StGB begehen könne.**

Warum kritisieren wir mit aller gebotenen Heftigkeit diese Verschärfungen der Strafprozeßordnung?

Die Gesetzesverschärfungen dienen nicht der „Bekämpfung des Terrorismus". Sie sollen vielmehr den Einsatz für demokratische Rechte, für den Erhalt und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung unterdrücken. Diese Änderungen im Zusammenhang mit dem geplanten einheitlichen Polizeigesetz geben der Polizei umfassende Kontrollbefugnisse. Danach wären z.B. die Kontrollstellen, die vor der Anti-AKW-Demonstration von Kalkar eingerichtet worden sind und bei denen 147.000 Bürger durchsucht worden sind (Die Streife 10/77) in Zukunft durch diese Änderungen gesetzlich abgesichert.

Die Verhinderung des „Razziengesetzes" ist damit ein entscheidender Schritt zur Verhinderung des in Einschränkung demokratischer Rechte noch weitergehenden Polizeigesetzes.

Der Protest gegen dieses „Razziengesetz" reicht von der Humanistischen Union über amnesty international und mehrere Strafverteidigervereinigungen bis in die Reihen von SPD und FDP.

***

Ich/Wir protestiere(n) gegen die geplante Verabschiedung des „Razziengesetzes" und damit gegen die Vorwegnahme bedeutender Teile des „Musterentwurfs eines einheitlichen Polizeigesetzes". Hier soll im Namen der „besseren Bekämpfung des Terrorismus" und im Namen der „Verteidigung des Rechtsstaats" ein entscheidender Schritt hin zu einem Staat gemacht werden, in dem die demokratischen Rechte in die Verfügungsgewalt der Polizei gestellt sind, in dem die Polizei umfassende Kontrollbefugnisse über jeden Bürger hat.

Die unterzeichnenden Persönlichkeiten und Organisationen fordern alle auf – über bestehende politische Differenzen hinweg – durch gemeinsame Protestaktionen dieses Gesetz zu verhindern.

Wir bitten Sie, den oben eingerahmten Text auszuschneiden, zu unterzeichnen und ihn oder eigene Schreiben als ein Zeichen des Protests zu schicken an

Koalitionsausschuß der SPD/FDP, Bundeshaus, 5300 Bonn

Bund deutscher Pfadfinder – Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz – Mieterinitiative „Rund ums Bethanien" – Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher – Kommunistische Partei Deutschlands – Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte – Kommunistischer Bund – Komitee gegen politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands – Rote Hilfe – Rote Hilfe Westberlin – Jugendvertretung Auguste-Viktoria-Krankenhaus – Arbeitersportverein „Solidarität" – ASTA PH Berlin – Forum Medizin- und Gesundheitspolitik – Redaktion der Zeitschrift „Befreiung" – Solidaritätsausschuß für Mediziner – Oberbaum-Verlag – Kirche in der Verantwortung – Vereinigung Kultur & Volk – Antirepressionsreferat am OSI – Redaktion „Radikal"

Politische Sehstörungen beim Bayerischen Staatsministerium

Auf die Anfrage des bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten A. Neuberger im August '77 über „verstärkte Aktivitäten neonazistischer Gruppen in Bayern" antwortete das Staatsministerium am 23.12.77, daß nach seinen Kenntnissen 10 rechtsradikale Organisationen seit Mitte 1975 in Bayern in Erscheinung getreten" seien.

Der „Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) jedoch konnte eine *„keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Liste"* vorlegen, die 16 weitere (!) rechtsradikale Organisationen in Bayern benennt (Information und Zitate aus "PDI-Hintergrunddienst", 15.2.78). Dabei sticht ins Auge, w e n das bayerische Staatsministerium in seiner Antwort nicht mit aufgezählt hat:

– Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" aus der Nähe von Nürnberg (Hoffmann: *„Der ganze uferlose Parlamentarismus muß weg"*), die bundesweit durch Enthüllungen u.a. im „Stern" und durch ihren brutalen Schlägereinsatz in Tübingen gegen Antifaschisten bekannt wurde. So konnten selbst die "Verfassungsschützer" des Bundesinnenministeriums nicht umhin, die Aktivitäten der Bande seit 1974 in ihre "VS-Jahresberichte" aufzunehmen.

– Die „Aktionsgemeinschaft Nation Europa" des sattsam bekannten Erwin Schönborn (auch Chef des „Kampfbundes Deutscher Soldaten"), die in Nürnberg im August '77 einen „Auschwitz-Kongreß" zur Leugnung des millionenfachen Mordes an Juden durch das NS-Regime durchführen wollte.

– Das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG), 1950 von Herbert Böhme gegründet. Böhme war schon 1933 NSDAP- und SA-Mitglied und später in der Obersten SA-Führung und dem "Kulturrat der SA" wiederzufinden. Um den jetzigen DKEG-Vorsitzenden Karl Günther Stempel, ehemaliger SS-Angehöriger und jetziger Richter am Obersten Bayerischen Landesgericht, gab und gibt es einige Skandale, weil die zuständigen CSU-Staatsbehörden beharrlich darauf bestehen, Stempel weiterhin als Richter zu beschäftigen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, ist doch z.B. Professor Dr. Bolko Freiherr von Richthofen – ein nicht unmaßgebliches CSU-Mitglied – „Ehrenmitglied" des DKEG.

– „Deutsche Volksunion" (Chef: Dr. Frey, Herausgeber der "Nationalzeitung"), „Bund Heimattreuer Jugend", „Aktion-Oder-Neiße" sind einige weitere, allgemein bekannte neo-nazistische Organisationen, die das bayerische Staatsministerium nicht benennt.

– *„Bei der Aufzählung von rechtsradikalen Druckschriften verzichtete man diskret darauf, das theoretische Organ der europäischen Neofaschisten 'Nation Europa' (Coburg) zu erwähnen und fand es auch nicht der Mühe wert, das antisemitische, neonazistische Kampfblatt DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG (DNZ) – Auflage 100.000 – zu nennen. Im letzten Fall muß man Verständnis haben, denn die DNZ hat sich in vielen Landtags- und Bundestagswahlen für die CSU ausgesprochen"* (PDI-Hintergrunddienst", 15.2.78).

Polizei-Wildwest im Ruhrgebiet

Nachts gegen 2.30 Uhr. Nach Dienstschluß fährt ein Kollege nach Hause von Dortmund in Richtung Hattingen. Er wird von einem Mercedes überholt. Dieser überfährt auf einer Strecke von 10 km mehrere Ampeln bei Rot. Der Kollege denkt sofort an Gangster, klemmt sich dahinter, kriegt den Mercedes auch zum Stehen und will die Insassen zur Rede stellen. Daraufhin zeigen die Insassen des Mercedes – Beamte des mobilen Einsatzkommandos der Dortmunder Polizei – wer die Herren im Lande sind: Mit dem Ruf „Polizei – so wird das gemacht!" bekam der Kollege zuerst ein blaues Auge verpaßt. Wenig später fand er sich mit einer schweren Gehirnerschütterung im Krankenhaus wieder.

Nach Darstellung des Polizeipräsidiums ging das so vor sich: *„Dem Beamten ist die Pistole aus dem Halfter gefallen. Sie muß den am Boden liegenden Zivilisten am Kopf getroffen haben...".* Also eine ganz neue Variante zum gezielten Todesschuß: der zufällige Fast-Todeswurf! Der Kollege hält an seiner Darstellung fest: Er behauptet, *„durch einen Schlag mit dem Pistolenknauf niedergestreckt worden zu sein: ‚Gewollt und gezielt! Ich war für zwei Minuten weggetreten, bewußtlos!'"* Der Kollege erstattete Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt.

Ein Dortmunder Genosse

Internes Polizei-Handbuch verrät: „Musterentwurf" und „Razzien-Gesetz"

Dem ARBEITERKAMPF fiel jetzt das polizei-interne Handbuch „Grundlagen der Befehlstechnik" in die Hände. Es handelt sich dabei um eine kommentierte Ausgabe der „Polizei-Dienst-Verordnung 100" (PDV 100), die als Führungsanleitung heute Grundbestandteil der Polizei-Ausbildung ist. Das Handbuch wurde herausgegeben vom **„Arbeitskreis II ‚Öffentliche Sicherheit und Ordnung' der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer"** und ist erschienen in der "Verlagsanstalt Deutsche Polizei". Das Handbuch wird im Kader-Organ der Polizei-Schule Hiltrup, "Die Polizei", angeboten mit dem Zusatz: „**Aus Sicherheitsgründen nicht über den Buchhandel lieferbar. Bestellungen richten Sie bitte über die Dienststelle an uns oder mit folgender Bestätigung der Dienststelle: Herr... ist Angehöriger unserer Dienststelle. - (Dienststempel)**".

Seit Oktober 1975 gilt die „PDV 100" einheitlich für sämtliche Bundesländer und für alle Polizeisparten. Unter anderem sind demnach seit über zwei Jahren offiziell bundeseinheitlich folgende Richtlinien geregelt:
- Führung und Führungsgrundsätze, „Führungsorgane, Einsatzkräfte, Führungs- und Einsatzmittel"; darunter fällt z.B. der bundeseinheitliche Aufbau von MEK's und anderen Sonderkommandos.
- „Allgemeine polizeiliche Maßnahmen; darunter u.a. „Suchmaßnahmen", d.h. Fahndung, Durchsuchung und Razzia.
- „Polizeiliche Maßnahmen aus besonderen Anlässen"; darunter u.a. Einsatz bei Veranstaltungen, bei „unfriedlichen demonstrativen Aktionen", bei Streiks und bei „Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung".

Aus dem Handbuch zur PDV 100 geht eindeutig hervor, daß die im Rahmen der gegenwärtigen Debatte um die Einführung des „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz" und des „Razzien-Gesetzes" angeblich erst g e p l a n t e n umfassenden Ermächtigungen für die Polizei längst Teil der Polizei-P r a x i s sind. Die gegenwärtige scheinbar so hitzige parlamentarische Debatte entlarvt sich vor diesem Hintergrund als eine bewußte Täuschung der demokratischen Öffentlichkeit.

Wir veröffentlichen in diesem AK aus dem Handbuch den Abschnitt „Suchmaßnahmen", in dem u.a. auch die „Razzia" dargestellt wird. Weitere Auszüge wollen wir in späteren Ausgaben des ARBEITERKAMPF veröffentlichen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

2.2.3. Razzia

Übersicht:
A Begriffsbestimmung
B Anlässe für eine Razzia
C Rechtliche Hinweise
D Literatur

A **Die Razzia ist eine planmäßig vorbereitete, überraschend innerhalb einer schlagartig abgesperrten Örtlichkeit und bei einem unbestimmten Personenkreis zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr durchgeführte Suche nach Personen oder Sachen. Darunter fällt auch die sogenannte Verkehrsrazzia (vgl. H zu 2.4.2.4).**

B **Anlässe, welche häufig eine Razzia erforderlich machen, sind u. a.**
- **wiederholtes sittenwidriges Verhalten an bestimmten Örtlichkeiten, Prostitution**
- **Belästigungen durch Tätlichkeiten jugendlicher Gewalttäter**
- **auffälliges kriminelles Verhalten von Personen wie Handel mit Rauschgift oder verbotenes Glücksspiel**

Auslösendes Moment für die Durchführung von Razzien sind insbesondere
- **Beschwerden von Anwohnern oder sonstwie Betroffenen**
- **Eigenbeobachtungen der Polizei im Rahmen des Streifendienstes, durch Zivilfahnder, Jugendschutztrupps, Fachdienste der Kriminalpolizei**
- **Auswertung von Anzeigen, Berichten oder Karteien**
- **Berichte zuständiger Dienststellen wie Gesundheits-, Ordnungs- oder Gewerbeamt**
- **Zeugenaussagen aus bereits anhängigen Ermittlungsverfahren**

Örtlichkeiten, auf die sich eine Razzia erstreckt, können sein
- **öffentliche Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Parkanlagen**
- **jedermann zugängliche Räumlichkeiten oder Gebäudekomplexe**
- **Lokale, Bars, Spielkasinos, polizeilich bekannte Aufenthaltsorte Krimineller, Wohnheime oder andere Örtlichkeiten**

Vor Durchführung einer Razzia sollten zunächst folgende Fragen eingehend geklärt werden:
- **Liegt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung vor?**
- Besteht dieser Zustand schon seit längerer Zeit?
- Gibt eine Konzentration starker Kriminalität in einem bestimmten örtlichen Bereich bereits Veranlassung zu bestimmten polizeilichen Maßnahmen?
- Ist die Abwehr der Gefahr oder die Beseitigung der Störung durch andere Maßnahmen wie gezielte Einzelaktionen möglich?

C Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen. Die PDV 100 gibt grundsätzlich nur taktische Hinweise für das polizeiliche Handeln.

Wegen der besonderen rechtlichen Situation bei der Durchführung von Razzien soll in diesem Zusammenhang jedoch auf die **Rechtsvorschriften** hingewiesen werden.

Eine eindeutige Rechtsgrundlage für die Razzia gibt es bisher nicht, von den Ausnahmen in einigen Ländern sowie dem Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes abgesehen. Rechtlich gesehen übt die Polizei bei der Durchführung der Razzia eine Doppelfunktion aus, indem sie einmal als Strafverfolgungsbehörde und zum anderen nach dem jeweils geltenden Polizeigesetz tätig wird, wobei sich bei der Vielzahl nacheinander folgender und ineinander übergrei-

jeweils geltenden Polizeigesetz tätig wird, wobei sich bei der Vielzahl nacheinander folgender und ineinander übergrei-

fender polizeilicher Maßnahmen mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen nicht immer eindeutig trennen läßt, aus welchem Rechtsgebiet die Durchführung dieser Maßnahmen begründet wird.

Vor einer Razzia ist der Kreis der betroffenen sog. **„unbeteiligten Dritten" (Nichtstörer)** nicht bestimmbar. In der Regel ist er meist größer als der Kreis derjenigen, gegen die sich die Maßnahme richtet. Die Polizei muß daher bemüht sein, bei einer Razzia den Kreis der „unbeteiligten Dritten" und deren Inanspruchnahme auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren.

Bei der Razzia kommt daher dem **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** eine besondere Bedeutung zu. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist er Ausfluß des Rechtsstaatsprinzips und ergibt sich im Grunde bereits aus dem Wesen der Grundrechte selbst, die von der öffentlichen Gewalt jeweils nur so weit beschränkt werden dürfen, als es zum Schutze öffentlicher Interessen unerläßlich ist (BVerfG 19, 348). Gerade bei der Razzia ist daher zu prüfen, ob ihre Durchführung und die angewandten Mittel in einem angemessenen Verhältnis zum erwarteten Erfolg stehen. Gegen diesen Grundsatz wird nicht verstoßen, wenn nach **Rechtsgüterabwägung** die Eingriffe auf das geringstmögliche Maß beschränkt bleiben, das **mildeste Mittel** ausgewählt und das **sachliche und zeitliche Übermaßverbot** beachtet wird.

Deshalb ist mit einer Identitätsfeststellung zunächst festzustellen, wer als **Störer** bzw. **Verdächtiger** oder **Nichtstörer** in Frage kommt. Handelt es sich dabei um **Straftäter**, lassen sich die Maßnahmen gegen diese Personen strafprozessual begründen.

Da eine Razzia sich auf alle anwesenden Personen erstreckt und somit auch Nichtstörer betroffen werden, liegt das eigentliche Problem darin, ob das jeweils geltende Polizeirecht als ausreichende Grundlage für den Eingriff in die Grundrechte angesehen werden kann. Der Bundesgerichtshof hat sich zu dieser Frage in seinem Urteil vom 14. 2. 1952 (BGHZ 5, 114 ff.) geäußert, in dem er feststellte:

„Die Polizei ist nicht nur dann berechtigt, zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung tätig zu werden, wenn objektiv eine polizeiliche Gefahr besteht, sondern auch dann, wenn eine Sachlage den Anschein einer polizeilichen Gefahr erweckt.

Auch wenn sich nach der Personalienfeststellung herausstellt, daß der Betroffene eine unbeteiligte Person ist (Nichtstörer), werden dadurch die polizeilichen Maßnahmen nicht rechtswidrig. Allerdings sind offensichtlich Unverdächtige von der Überprüfung auszuschließen. Nachteile und Unbequemlichkeiten für Nichtstörer sind so weit wie möglich zu vermeiden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Personen unverzüglich am Ort der Razzia abgefertigt werden."

Mit dem von ihr am 10./11. Juni 1976 beschlossenen „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" hat die Innenministerkonferenz zum Ausdruck gebracht, daß sie hierin eine geeignete Grundlage für einheitliche Polizeigesetze in Bund und Ländern sieht und sich einig ist, daß er Grundlage für entsprechende Gesetzgebungsverfahren sein soll. Auch ist die Innenministerkonferenz wie die Justizministerkonferenz der Auffassung, daß alle Befugnisse der Polizei bei der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in der Strafprozeßordnung und im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten abschließend geregelt werden sollten. Damit würden ergänzende Regelungen im Polizeirecht entbehrlich. Für die Übergangszeit soll es jedoch bei den im Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder vorgesehenen Regelungen verbleiben. Darüber hinaus wird angestrebt, mit der Justiz baldmöglichst die Harmonisierung der Bestimmungen des Musterentwurfs mit der Strafprozeßordnung herbeizuführen.

Mit der Übernahme des Musterentwurfs wäre für die Razzia eine eindeutige Rechtsgrundlage geschaffen. Insbesondere wären durch § 9 Abs. 1 Nrn. 3—5 ME die Fälle abgegrenzt, in denen ein konkreter Verdacht gegen die zu überprüfende Person nicht vorzuliegen braucht.

Darüber hinaus sind im Musterentwurf weitere, auch für die Razzia wichtige Regelungen enthalten wie
- erkennungsdienstliche Maßnahmen außer im Falle des § 81b der StPO
- Gewahrsam
- Behandlung festgehaltener Personen
- Dauer der Freiheitsentziehung
- Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen

D **Literatur:**
- Hoffmann, Die polizeiliche Sistierung zur Feststellung von Personen, DVBl. 10/1967, 751
- Walter/Zachert, Die Razzia, Kriminalistik, Hamburg 11/1967, 589
- Walter, Die Sistierung, Kriminalistik, Hamburg 4/1968, 199
- Fleischmann, Die Razzia, Deutsche Polizei, Heft 6/1973
- Greiner, Rechtsgrundlagen und -problematiken bei der Durchführung einer Razzia, Die Polizei, Heft 12/1975, 408
- Burger, Vorbereitung und Durchführung einer Razzia nach polizeitaktischen Gesichtspunkten, Die Polizei, Heft 12/1975, 411

2.2.3.1. Durch Razzien sollen
- **planmäßig vorbereitet**
- **überraschend**
- **innerhalb einer meist schlagartig abgesperrten Örtlichkeit**
- **innerhalb eines unbestimmten Personenkreises**

Personen oder Sachen gesucht und Erkenntnisse gewonnen werden.

Eingriffe besonders in die Rechte Unbeteiligter sind auf das unvermeidbare Maß zu beschränken. Deshalb sind Razzien mit ausreichendem Personal- und Materialeinsatz zügig durchzuführen. Es ist sicherzustellen, daß allen Beteiligten Fahndungshilfsmittel zur Verfügung stehen und Erkennungsdienst, Fachdienststellen und Ordnungsbehörden ausreichend besetzt oder zugänglich sind.

Planung und Vorbereitung sind geheimzuhalten. Die Einsatzkräfte sind erst kurz vor dem Einsatz umfassend einzuweisen. Gegebenenfalls ist die Teilnahme anderer Verwaltungen anzustreben.

Übersicht:
A Vorbereitende Maßnahmen
B Objektkenntnisse
C Zeitpunkt der Razzia
D Einsatzkräfte
E Fahndungsunterlagen
F Erkennungsdienst
G Geheimhaltung
H Fernmeldemittel
I Reserven
K Gesetzesunterlagen

A Die **Vorbereitung** einer Razzia richtet sich insbesondere nach
- dem jeweiligen Anlaß
- der voraussichtlichen Anzahl der von der Razzia betroffenen Personen
- der Lage, Größe oder Besonderheit des zu durchsuchenden Objekts oder Gebiets
- dem Zeitpunkt des Beginns (Tages- oder Nachtzeit)

Diese Kriterien insgesamt sind maßgebend für den Umfang der erforderlichen polizeilichen Maßnahmen.

der erforderlichen polizeilichen Maßnahmen.

In der Regel ist davon auszugehen, daß für die Vorbereitung einer Razzia ausreichend Zeit zur Verfügung steht, so daß sie gründlich geplant werden kann.

Alle einsatzbezogenen **Erkenntnisse** über Personen, Objekte und Sachen sind deshalb zu sammeln und durch einen möglichst kleinen Kreis von Mitarbeitern auszuwerten. Dabei sollten neben den Kriminalakten auch die Unterlagen und Erkenntnisse der Fachdienststellen der Polizei sowie anderer Dienststellen wie Jugend- und Gesundheitsamt, Bauamt, Einwohnermeldestellen, Ausländerpolizei, Zoll- und Steuerfahndung, Wirtschafts- und Ordnungsamt herangezogen werden. Außerdem ist zu prüfen, ob diese Stellen unmittelbar an der Razzia zu beteiligen sind. Gegebenenfalls sind auch Militärpolizei und Dolmetscher heranzuziehen.

Die Eigentums- und Besitzverhältnisse des zu durchsuchenden Objekts sind vor Beginn der Razzia festzustellen.

B Wichtig für die Durchführung einer Razzia ist die genaue Kenntnis der **Lage, Größe und Besonderheit des Objekts.**

Im einzelnen sind deshalb festzustellen
- Lage des Objekts sowie der angrenzenden Gebäude bzw. Grundstücke
- Ein- und Ausgänge, Notausgänge, Fenster und Stockwerke
- Raumaufteilung innerhalb des Gebäudes, Lage der Toiletten sowie die vorhandenen Verbindungstüren
- Treppenaufgänge oder Fahrstühle
- Fluchtmöglichkeiten
- Beleuchtungsanlagen mit Schaltern, Haupt- und Nebensicherungskästen
- Telefonanlage mit Aufstellungsorten der einzelnen Anschlüsse
- Heizungs- sowie Feuerlöschanlagen
- soweit vorhanden Lautsprecheranlagen
- Anfahrtwege zum Objekt
- Abstellplätze für Kraftfahrzeuge Verdächtiger
- Abstellplätze für Einsatzfahrzeuge

Sind **Baupläne** vorhanden, empfiehlt es sich, diese **mit den tatsächlichen Verhältnissen zu vergleichen**, weil Umbauten vorgenommen worden sein können.

Lassen es die Umstände zu, sollte sich der verantwortliche Polizeiführer selbst vor der Razzia an Ort und Stelle einen Überblick verschaffen.

C Der **Zeitpunkt** für eine Razzia ist in jedem Einzelfall unterschiedlich.

Er ist insbesondere abhängig von
- dem jeweiligen Anlaß, der zur Durchführung einer Razzia führte (nämlich ob Rauschgifthandel, Prostitution, Glücksspiel, Waffenhandel usw.)
- der Anzahl der voraussichtlich betroffenen Personen (auch Nichtstörer)
- den baulichen und sonstigen Gegebenheiten des Objekts (großes Lokal, kleine Bar, Spielsalon, Fluchtmöglichkeiten usw.)
- den örtlichen Verhältnissen um den eigentlichen Einsatzort (Bebauung um das Objekt, Straßennetz, Verkehrsdichte usw.)
- der Anzahl der erforderlichen Einsatzkräfte
- der besten Möglichkeit des Abstellens der benötigten Fahrzeuge
- der taktischen Konzeption der Polizei für den optimal günstigsten Zugriff

D a) Bei der **Berechnung der benötigten Einsatzkräfte** sind zu berücksichtigen
- allgemeine Kräftelage bei der Polizei
- Informationsstand über Zielpersonen und Objekte
- Anzahl und Zusammensetzung des betroffenen Personenkreises
- vermutetes Verhalten der Betroffenen
- vermutetes Verhalten Außenstehender
- Lage und Größe des Objekts
- Zeitpunkt der Razzia
- voraussichtliche Anzahl der Festnahmen
- Verkehrsverhältnisse am Einsatzort
- Wetterverhältnisse

Razzien sind in der Regel personalaufwendige Aktionen. Im allgemeinen müssen deshalb **Beamte von anderen Dienststellen vorübergehend abgestellt werden.** Dienststellen, denen Kräfte unterstellt werden sollen, sind darüber frühzeitig zu informieren, damit sie entsprechende Vorbereitungen treffen können.

Bei Razzien kann es erforderlich werden, auch sachkundige Personen anderer Dienststellen hinzuzuziehen wie
- Beamte aus den Fachkommissariaten Rauschgift, Sitte, Glücksspiel, Falschgeld, Erkennungsdienst, weibliche Kriminalpolizei
- Beamte des Zollfahndungsdienstes, der Steuerfahndung, des Jugendamtes, der Militär- oder Bahnpolizei

b) **Einsatzkräfte sind klar zu gliedern.**

Je nach Lage sind für die Durchführung folgender Aufgaben Kräfte vorzusehen
- Auswertung der Informationen
- Aufklärung und Observation
- Absperrung, Durchlaßstellen
- verkehrspolizeiliche Maßnahmen
- Sicherung der Einsatzkräfte
- Überprüfung von Personen
- Durchsuchung von Personen, Räumen und Sachen
- Festnahmen, Sistierungen
- Beweissicherung
- Vernehmungen
- Transport von Personen und Sachen
- Gefangenensammel- und Asservatenstelle
- Verfolgung
- Reserven

Werden Beamte fremder Dienststellen den eigenen Kräften zugeteilt, sind die Beamten miteinander bekannt zu machen sowie namentlich zu erfassen; ein wesentlicher Punkt, um später Rückfragen zu ersparen.

c) Wesentlich für eine erfolgreiche Durchführung der Razzia ist trotz eines aus Geheimhaltungsgründen nicht zu vermeidenden „Zeitdrucks" (vgl. G a) die umfassende **Einweisung** der Einsatzkräfte.

Das betrifft
- die genaue Beschreibung gesuchter Personen (evtl. Lichtbilder aushändigen)
- die Kenntnis des Sachverhalts (Auffinden von Beweismitteln)
- exakte Angaben über Lage, Größe und Besonderheiten des betroffenen Objekts
- genaue Bestimmung der Aufgaben jedes eingesetzten Beamten
- Verbleib bzw. Übergabe und Transport von Gefangenen
- Gefangenensammel- und Asservatenstelle
- ggf. Verhaltensrichtlinien für den Fall, daß bei starken Störversuchen oder bei anderen besonderen Ereignissen ein Abbrechen der Razzia erforderlich wird

Dabei ist zu berücksichtigen, daß neben Bauplänen, Karten oder Skizzen insbesondere Fotoaufnahmen einschließlich Luftbilder einen optimalen Eindruck vermitteln.

E Kräfte sowie Führungs- und Einsatzmittel sind so umfangreich einzusetzen, daß die Razzia zügig und ohne vermeidbare Beeinträchtigung der Betroffenen durchgeführt werden kann. Soweit möglich, sollte die Überprüfung der angetroffenen Personen gleich an Ort und Stelle erfolgen. Dadurch können Ingewahrsamnahmen vermieden werden, was wiederum auch der Polizei zusätzliche Belastungen erspart.

Deshalb sollten die eingesetzten Kräfte mit ausreichenden und geeigneten **Fahndungsunterlagen** ausgerüstet sein. Je nach Anlaß der Razzia können das neben dem Fahndungsbuch und dem Anschluß an das EDV-Fahndungssystem (INPOL) Unterlagen sein aus den Fachbereichen Sitte, Rauschgift, Gewalt- und Jugenddelikte, Glücksspiel, Falschgeld, Waffenhandel, Ausländerwesen usw. (vgl. 1.6.3.4 und H).

F Während bei der Identitätsfeststellung der polizeiliche Eingriff gegen einzelne Personen in den meisten Fällen beendet ist, werden bei einer Razzia häufig auch Personen angetroffen,
- gegen die ein Haftbefehl vorliegt
- die gegen das Ausländergesetz verstoßen haben
- die nicht sofort identifiziert werden können

Da es sich hier um eine größere Anzahl von Personen handeln kann, ist Vorsorge dafür zu treffen, daß der **Erkennungsdienst** sowie andere Fachdienste und Meldestellen ausreichend besetzt bzw. für die Polizei zugänglich sind. Unter Umständen müssen die entsprechenden Dienststellen für die Dauer des Einsatzes personell verstärkt werden (vgl. B zu 2.3.3.7).

G a) **Der Erfolg einer Razzia hängt entscheidend von der Geheimhaltung ab.** Aus diesem Grunde ist an den Vorbereitungen nur ein kleiner **ausgesuchter Mitarbeiterkreis** zu beteiligen.

Objekt und Einsatzzeit dürfen deshalb innerhalb der Polizei nur denjenigen Beamten frühzeitig bekannt werden, die mit den wesentlichen Funktionen betraut sind.

Auch Vorbesprechungen mit den örtlich oder fachlich zuständigen Dienststellen sowie den zu beteiligenden Behörden und Stellen sind unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Geheimhaltung zu führen.

Die Einsatzkräfte dürfen erst unmittelbar vor dem Einsatz in Auftrag und Durchführung der Razzia eingewiesen werden (vgl. D c). Schriftliche Einsatzbefehle werden aus Gründen der Geheimhaltung deshalb die Ausnahme bilden müssen. Die Befehlsausgabe erfolgt daher zumeist mündlich, persönlich unmittelbar vor der Razzia. Die Aufträge sind nachträglich schriftlich festzuhalten.

Nur wenn die Geheimhaltung so konsequent durchgeführt wird, hilft sie den Erfolg sichern.

b) Zur Vorbereitung einer Razzia gehört auch, daß die Durchführung so geplant wird, daß sie für die davon Betroffenen überraschend erfolgt.

Dadurch soll Störern wie Straftätern die Möglichkeit genommen werden, zu entweichen, sich zu verstecken, Sachen oder Gegenstände beiseite zu schaffen oder aber die örtlichen Verhältnisse so zu verändern, daß keine Straftaten oder Störungen mehr festzustellen sind.

Bei dem Zusammenziehen der Einsatzkräfte und -mittel für den Einsatz müssen gegebenenfalls getrennte oder weiter entfernte Meldeorte vorgesehen werden. Damit soll vermieden werden, daß die Aktion sich durch außergewöhnliche Massierung von Kräften und Einsatzmitteln selbst verrät.

H Im Rahmen der Vorbereitung ist auch die Funktionsfähigkeit der vorgesehenen **Fernmeldemittel** durch Fachleute **prüfen** zu lassen.

Insbesondere ist durch Fernmeldemittel eine ständige Verbindung zu anderen Dienststellen herzustellen, bei denen Fahndungskarteien, ADV-Anlagen, Kriminalakten, Meldeunterlagen, Ausländerkarteien usw. vorhanden sind.

I Da die Zahl der Betroffenen, deren Zusammensetzung und Verhaltensweisen nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden können, sollten **starke Reserven** gebildet werden.

Grundlagen der Befehlstechnik

Bearbeitet von Ltd. Polizeidirektoren **Hans-Joachim Juretzky** und **Hans-Joachim Schünemann** und Polizeidirektor **Gerhard Klauschies.**

6., auf der Grundlage der **neuen PDV 100 überarbeitete Auflage 1976.** 352 Seiten, DIN A 6, flexibler Plastikeinband, DM 11,60.

Aus dem Inhalt:
Allgemeines – Führungsgrundsätze – Information, Kommunikation, Vorfeldarbeit – vorbereitende Maßnahmen – Beurteilung der Lage und Entschluß – Durchführungsplan – Befehlsgebung – Vorbefehl – Allgemeiner Befehl – Aufklärungsbefehl – Observationsbefehl – Räumungsbefehl – Befehle für Fahrten in Kolonne oder Märsche – Versorgung – Durchsuchungsbefehl (Razzien) – Sicherungsbefehl – Befehl für den Schutz eines Objektes und Personenschutz – Raumschutzbefehl – Abwehr – Angriff – Einsatz bei unfriedlichen demonstrativen Aktionen – Befehl für Staatsbesuche und sonstige Besuche – Arbeitskämpfe – Befehl für den Einsatz bei größeren Schadensereignissen – Checklisten zu Erster Angriff – Veranstaltungen – Versammlungen und Aufzüge – Entführungen – Geiselnahmen – Bombendrohungen und Sprengstoffdeleikte – Flugzeugkatastrophe

Aus Sicherheitsgründen nicht über den Buchhandel lieferbar. Bestellungen richten Sie bitte über die Dienststelle an uns oder mit folgender Bestätigung der Dienststelle:

Herr ______________________ ist Angehöriger unserer Dienststelle.

(Dienststempel)

gehören schon zur Polizei-Praxis

Auch eine sorgfältige Lagebeurteilung vor der Razzia kann nicht verhindern, daß Unsicherheitsfaktoren vorhanden bleiben. Deshalb müssen Überprüfungs-, Festnahme-, Transport- und Vernehmungskräfte sowie Beamte des Erkennungsdienstes starkem Andrang gewachsen sein.

Daher gilt auch hier der Grundsatz: In ungeklärten Lagen sind starke Reserven zu bilden.

K Neben dem Polizeigesetz, der Strafprozeßordnung und dem Strafgesetzbuch sollten **Spezialvorschriften** wie
- Betäubungsmittelgesetz
- Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten
- Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit
- Jugendgerichtsgesetz
- Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
- Ausländergesetz
- Waffengesetz
- Richtlinien für das Strafverfahren

bereitgehalten werden.

2.2.3.2. Die Durchführung einer Razzia richtet sich weitgehend nach den Grundsätzen der Durchsuchung. Schon vor Beginn der Razzia ist im Einsatzraum verdeckt aufzuklären.

Im übrigen sind
- **bei Beginn des Einsatzes die Betroffenen davon zu unterrichten, daß eine Razzia stattfindet und wie sie sich zu verhalten haben**
- **von der Razzia betroffene Personen und Objekte zu beobachten**
- **in unmittelbarer Nähe des Einsatzraums abgestellte Kraftfahrzeuge zu beobachten und gegebenenfalls zu überprüfen**
- **vermutlich Unverdächtige vorrangig zu überprüfen**
- **Gefangene unverzüglich aus dem Kontrollbereich zu entfernen, andere Überprüfte zu entlassen**

Übersicht:

A Aufklärung und Observation
B Führung, Bereitstellung der Einsatzkräfte
C Absperrung
D Verkehrsmaßnahmen
E Personenüberprüfung
F Freiheitsentziehungen
G Gefangenentransport
H Gefangenensammelstelle
I Sonstiges

A Kräfte für eine verdeckte **Aufklärung** und **Observation** sind frühzeitig einzusetzen, um die bereits vorhandenen Informationen zu ergänzen. Umfang und Intensität dieser Aufklärungs- und Observationsmaßnahmen werden vom jeweiligen Informationsstand der Polizei bestimmt.

Aus Gründen der Geheimhaltung sollte die Zahl der hierfür eingesetzten Beamten allerdings auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben, zumal die Qualität der Informationen mehr von der Eignung der Beamten als von ihrer Anzahl abhängt.

Der Einsatz der Aufklärungs- und der Observationskräfte hat so unauffällig zu erfolgen, daß sich für den Störer keine

Aus Gründen der Geheimhaltung sollte die Zahl der hierfür eingesetzten Beamten allerdings auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben, zumal die Qualität der Informationen mehr von der Eignung der Beamten als von ihrer Anzahl abhängt.

Der Einsatz der Aufklärungs- und der Observationskräfte hat so unauffällig zu erfolgen, daß sich für den Störer keine
Anhaltspunkte für bevorstehende polizeiliche Aktionen ergeben. Soweit erforderlich und möglich, sollten sich die eingesetzten Beamten milieuangepaßt verhalten.

Sind die Beamten der eigenen Dienststelle in den einschlägigen Kreisen bekannt und damit „verbrannt", sind zur Aufklärung und Observation geeignete Beamte anderer Dienststellen heranzuziehen.

Den Aufklärungs- sowie den Observationskräften sind besondere Funkverkehrskreise zuzuweisen.

Bezüglich des Einsatzes der Kräfte zur
- Aufklärung: vgl. 2.1.1
- Observation: vgl. 2.1.2
- Voraufsicht: vgl. 2.1.4

B a) Bei einer Razzia sind straffe **Führung**, übersichtliche Kräftegliederung, klare Befehls- und Unterstellungsverhältnisse sowie eine zweifelsfreie Befehlsgebung unabdingbare Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz. Die eingesetzten Kräfte müssen wissen, wer ihr Führer ist, wo er sich befindet und wie er zu erreichen ist.

Razzien sind zumeist durch schnellwechselnde Situationen gekennzeichnet. Am Einsatzort ist deshalb ggf. eine bewegliche Befehlsstelle mit günstigen Positionen für den Gesamtüberblick einzurichten (vgl. auch Text und Kommentar zu 1.6.1).

b) Die Einsatzkräfte sind unauffällig zu versammeln und ihren Aufgaben entsprechend den betreffenden Kraftfahrzeugen zuzuteilen. Unmittelbar vor der Abfahrt werden nochmals die Ergebnisse der bereits am Einsatzort befindlichen Observanten ausgewertet und die **Abfahrtszeit** und die **genaue Einsatzzeit festgelegt**.

Bei größeren Aktionen oder längerer Fahrt zum eigentlichen Einsatzraum werden zunächst vorher festgelegte Bereitstellungsräume angefahren. Diese müssen so nahe am Einsatzort liegen, daß ein schlagartiger Einsatz möglich ist. Andererseits müssen sie aber so weit abgesetzt sein, daß Störer nicht gewarnt werden. Sind keine geeigneten Bereitstellungsräume vorhanden, so ist die überraschende Absperrung des Objekts durch eine schnelle, möglichst gleichzeitige Anfahrt der Kräfte anzustreben. Durch Funkverbindung zu den am Einsatzort operierenden Observationsgruppen ist sicherzustellen, daß jederzeit kurzfristige Verschiebungen vorgenommen werden können.

Je nach den örtlichen Gegebenheiten sind die Einsatzkräfte getrennt an das Objekt heranzuführen. Wesentliche Voraussetzung für den gleichzeitigen Einsatz der Kräfte aus verschiedenen Richtungen ist eine richtige Raum-Zeit-Berechnung.

Der Einsatz erfolgt erst, wenn alle Einheiten ihre Einsatzbereitschaft gemeldet haben. Zeitunterschiede von Minuten können unter Umständen den Ablauf der Aktion empfindlich stören und damit den Erfolg in Frage stellen.

C Nach möglichst unauffälliger Anfahrt der Kräfte ist der Einsatzraum **schlagartig** von allen Seiten **abzusperren**. Dadurch soll ein Entweichen der von der Razzia betroffenen Personen sowie ein unkontrollierter Verkehr zum und vom abgesperrten Raum verhindert werden. Vor dem Einsatz der uniformierten Kräfte sollten sich Beamte in Zivil im Einsatzraum befinden, die dann während der Aktion den eingreifenden Kräften die eigentlichen Störer bezeichnen können. Um die Zusammenarbeit zwischen uniformierten und zivilen Kräften zu erleichtern, sind Kennworte oder -zeichen festzulegen.

Je nach Art und Lage des Objekts oder des Ausmaßes des Einsatzraumes erfolgt die **äußere und innere Absperrung** (vgl. 2.1.5.6).

Bei Einsätzen in Lokalen oder Sälen empfiehlt es sich, die äußere Absperrung erst dann zu errichten, wenn die für die Razzia vorgesehenen Einsatzkräfte in das Gebäude eindringen. Deshalb sollten diese Kräfte auch die ersten in der anfahrenden Kolonne sein. Die äußere Absperrung sollte so aufgebaut werden, daß vor dem Objekt ein breiter Streifen bleibt, damit Einsatzfahrzeuge gesichert sind und Gefangenentransportfahrzeuge nicht in den Bereich von Störern oder Schaulustigen kommen können.

Im Objekt selbst sind von den entsprechend eingewiesenen Kräften sofort die neuralgischen Punkte wie alle Ein-, Aus- und Durchgänge, Stockwerke, Fahrstühle und Treppenhäuser, Lichtschalter, Sicherungskästen und Telefonapparate zu besetzen. Dadurch soll jede unerwünschte Fluktuation unterbunden werden.

Um Überreaktionen oder Eskalationen zu vermeiden, ist sofort nach der Absperrung den anwesenden Personen der **Grund der Razzia** mitzuteilen (ggf. mittels Handlautsprecher). Die Anwesenden sind aufzufordern, ihre Ausweise bereitzuhalten und außerdem darauf hinzuweisen, wie sie sich zum Zwecke eines reibungslosen Ablaufes der polizeilichen Maßnahmen zu verhalten haben. Dabei haben launige Worte oft den besten Erfolg. Welche Verhaltensweisen jedoch notwendig sind, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab, insbesondere dem Verhalten der betroffenen Personen selbst. Durch die Anweisung soll erreicht werden, Ruhe unter den Anwesenden herzustellen, um die erforderlichen Überprüfungen und Durchsuchungen reibungslos durchführen zu können.

D Lageangepaßte **Verkehrsmaßnahmen** erleichtern je nach Einsatzort die Durchführung der Razzia. Im allgemeinen sind die verkehrspolizeilichen Maßnahmen von den Absperrkräften wahrzunehmen. In besonderen Einsatzverhältnissen kann es jedoch zweckmäßig sein, diese Aufgaben wegen ihres Umfanges speziellen Kräften zuzuweisen.

Durch Sperren, Ableitungen, Umleitungen und ggf. Verkehrsregelungsmaßnahmen ist der Einsatzraum von unbeteiligten Verkehrsteilnehmern freizuhalten (vgl. 2.4.4 und 2.4.5).

E Alle **Personen**, die sich innerhalb der abgesperrten Örtlichkeit aufhalten, sind zu **überprüfen**. Ausgenommen davon können allenfalls offensichtlich Unbeteiligte bzw. Unverdächtige sein.

Die Überprüfung kann
- direkt am Gestellungsort
- an einer Überprüfungsstelle innerhalb des Einsatzraumes
- an einem geeigneten Platz außerhalb des engeren Einsatzraumes

vorgenommen werden.

Im Interesse eines zügigen Ablaufs der Razzia sollten getrennte Überprüfungs- und Durchlaßstellen für Verdächtige und Unverdächtige eingerichtet werden. Je nach Lage oder Auftrag beginnen die hierfür bestimmten Kräfte mit der Personalienüberprüfung sowie der Durchsuchung von Personen, Sachen und Räumen. Grundsätzlich ist die Identität aller angetroffenen Personen festzustellen.

Dem Versuch von Straftätern oder Störern, **sich belastender Gegenstände zu entledigen oder sich der Überprüfung durch die Flucht zu entziehen**, ist durch den Einsatz von Kräften zur Beobachtung und Dokumentation bzw. durch das Bereithalten von Festnahmetrupps zu begegnen.

Auf jeden Fall ist zu verhindern, daß Personen
- Beweismittel fortwerfen oder beiseiteschaffen
- etwas zugesteckt oder abgenommen wird
- sich mit anderen Personen unterhalten oder verständigen können

Da bei Razzien stets auch eine Vielzahl Unverdächtiger betroffen wird, hat die Überprüfung insbesondere dieser Personen so schnell wie möglich zu erfolgen.

Ist mit der Personalienüberprüfung der polizeiliche Eingriff gegen einzelne Personen beendet, sind diese unverzüglich zu entlassen.

F **Festgenommene** oder in Gewahrsam genommene Personen sind grundsätzlich sofort an Ort und Stelle oder an einem geeigneten Ort nach Beweismitteln bzw. aus Gründen der Eigensicherung nach gefährlichen Gegenständen zu durchsuchen.

F Festgenommene oder in Gewahrsam genommene Personen sind grundsätzlich sofort an Ort und Stelle oder an einem geeigneten Ort nach Beweismitteln bzw. aus Gründen der Eigensicherung nach gefährlichen Gegenständen zu durchsuchen.

Störer, nicht identifizierte Personen oder solche, gegen die ein Haftbefehl vorliegt bzw. die gegen das Ausländergesetz verstoßen haben oder gegen die sonst ein berechtigter Verwahrungsgrund vorliegt, sind der Gefangenensammelstelle zuzuführen (vgl. H).

Wird **weiblichen Personen** die Freiheit entzogen, so sollen nach Möglichkeit weibliche Kräfte hinzugezogen werden, andernfalls ein zweiter Beamter.

G Gefangene müssen schnell abtransportiert werden. Verbleiben sie zu lange am Einsatzort, kann ihre Anwesenheit Ursache für erhebliche Störungen des Einsatzablaufs sein.

Gefangenentransportfahrzeuge sind so aufzustellen, daß Beamte mit festgenommenen oder in Gewahrsam genommenen Personen keine langen Wege zurückzulegen haben.

Personen, die lediglich zur Personalienfeststellung, zur Aufnahme von Aussagen oder aus ähnlichen Gründen an Ort und Stelle festgehalten oder zur Gefangenensammelstelle verbracht werden, sind gesondert und vorrangig zu behandeln. **Kranke** oder **Verletzte** sind unter polizeilicher Sicherung ggf. mit einem Krankenwagen zu befördern.

Ist bei einer Razzia mit einer größeren Anzahl von festgenommenen oder in Gewahrsam genommenen Personen zu rechnen, empfiehlt sich zur Vermeidung einer starken Kräftebindung die Bildung eines **Gefangenentransportkommandos**. Dieses hat die Gefangenen von den Einsatzkräften zu übernehmen, sie unverzüglich zur Gefangenensammelstelle zu bringen und sie dort zu übergeben (vgl. auch D zu 3.3.4.12).

Über Transportfahrten ist in einfacher Form ein Nachweis zu führen. Das Gefangenentransportkommando ist bei Bedarf zeitgerecht unter Angabe von Meldeort, Anfahrtwegen und Anzahl der zu befördernden Personen anzufordern.

Sind Angriffe auf das Transportkommando während des Transportes zu erwarten, haben besondere Einsatzkräfte das Transportkommando zu sichern.

Die Transportführer haben die Gefangenen grundsätzlich nur mit ausgefüllten **Kurzberichten** zu übernehmen.

Übernommene Personen sind, soweit eine Durchsuchung durch die festnehmenden Beamten nicht oder nicht gründlich erfolgen konnte, am Übernahmeort nach Waffen, gefährlichen Gegenständen und Beweismitteln erneut zu durchsuchen.

Ist wegen der Vielzahl der betroffenen Personen die Personalienfeststellung und die Fertigung der Kurzberichte an Ort und Stelle nicht möglich, empfiehlt sich die Fertigung einer **Polaroid-Photographie**, die den festnehmenden Beamten und die festgenommene Person zeigt. Sie ist zusammen mit der Namenskarte des festnehmenden Beamten anstelle des ausgefüllten Kurzberichtes zu übernehmen. Auf der Namenskarte ist der Anlaß der Freiheitsentziehung anzugeben (vgl. auch B zu 2.1.6.6).

Beamte, die Gefangene mit Polaroid-Photographie und Namenskarte übergeben haben, sind unverzüglich zur Fertigung des Kurzberichtes zur Gefangenensammelstelle zu entsenden, sobald diese Beamten abkömmlich sind. Im übrigen vgl. auch Kommentar zu 3.3.4.13.

H Die **Gefangenensammelstelle** hat
- in enger Zusammenarbeit mit dem Transportkommando die Übernahme der Gefangenen sicherzustellen
- lagebezogene Erkenntnisse unverzüglich dem verantwortlichen Polizeiführer zu melden

Ihre Aufgabe ist es außerdem, Verzeichnisse über die Gefangenen und die Asservate zu führen sowie die vorläufigen Vernehmungen der Gefangenen durchführen zu lassen.

Gefangene sind sofort nach Einlieferung **erneut** von zwei Beamten sorgfältig zu **durchsuchen**. Jede Person ist unter Darlegung der Gründe, die zu ihrer Freiheitsentziehung geführt haben, mit bereits sichergestellten Gegenständen dem Wachthabenden zu übergeben. Gegebenenfalls ist auch die Entnahme von Blut- oder Urinproben (Alkohol bzw. Betäubungsmittel) zu veranlassen.

Grundsätzlich sollten eingebrachte Personen von den als Begleiter eingeteilten Beamten nach Eintreffen in der Gefangenensammelstelle getrennt werden.

In Gruppen eingebrachte Störer sind grundsätzlich zu trennen und in verschiedene Sammelstellen zu bringen. Hierdurch wird u. a. ein weiteres gemeinsames Handeln vermieden.

Die **Zeit der Einlieferung**, Entlassung oder Zuführung ist aktenkundig zu machen. Der Wachthabende soll einen Beamten, bei weiblichen Personen möglichst eine Beamtin, mit der **Bewachung** beauftragen. Steht niemand zur Verfügung, so ist die Bewachung zunächst dem einliefernden Beamten zu übertragen.

In allen Fällen ist über INPOL **nachzufragen, ob Suchvermerke bestehen**.

Die eingebrachten Personen sind nach ihrem Eintreffen von geeigneten Beamten in ruhiger und sachlicher Form auf das sich anschließende Verfahren (Durchsuchung der Person und der mitgeführten Sachen, erkennungsdienstliche Behandlung, kriminalpolizeiliche Vernehmung usw.) hinzuweisen. Durch diese Information werden Vorbehalte abgebaut und die Atmosphäre versachlicht.

Ist ein Gefangener erkennbar oder vermutlich **krank** oder verletzt oder wird dieses von ihm behauptet, ist
- Erste Hilfe zu leisten
- unverzüglich für ärztliche Behandlung zu sorgen
- eine ärztliche Entscheidung über die Verwahrfähigkeit herbeizuführen

Im übrigen vgl. auch D b) zu 2.1.6.4 und 3.3.4.13.

I a) Bei allen Maßnahmen sind besonders die Einschränkungen **gegenüber privilegierten Personen** wie Abgeordnete, Exterritoriale, Angehörige der Schutzmächte, Personen, die zur Verweigerung des **Zeugnisses** berechtigt sind, zu beachten.

b) Der nicht zu vermeidende Eingriff in die Rechte anderer, insbesondere Unverdächtiger, führt erfahrungsgemäß am Einsatzort immer wieder zu **Beschwerden**. Deshalb müssen die Einsatzkräfte besonders korrekt und höflich sein, aber auch bestimmt auftreten. Sie dürfen sich nicht auf Debatten einlassen, sondern haben Beschwerdeführer an die Beschwerdestelle zu verweisen.

Um den für die Gesamtführung verantwortlichen Polizeiführer hiervon freizuhalten, sollte für Beschwerden oder andere Fragen der Betroffenen ein „Beruhigungsbeamter" **eingesetzt werden. Ggf. kann dieser zugleich die Aufgabe der örtlichen Pressestelle wahrnehmen.**

c) Der Platz der **Reserven** muß unmittelbar an den zu bildenden Schwerpunkten im Einsatzraum liegen.

d) Der Ablauf einer Razzia ist aus Beweisgründen in einem **Zeitplan** festzuhalten. In Verlaufsberichten sind besondere Vorkommnisse zur Information vorgesetzter Dienststellen und zur Auswertung für künftige Einsätze niederzulegen (vgl. 1.6.3.17).

e) Die PDV 100 weist im Text zu Recht darauf hin, daß sich die Durchführung einer Razzia weitgehend nach den Grundsätzen der Durchsuchung richtet. Deshalb wird im übrigen auf den Text und Kommentar zu den Nrn. 2.2.2.1 bis 2.2.2.16 hingewiesen.

2.2.3.3. Sofern es das vorrangige Ziel der Razzia ist, Beweismittel und andere Sachen zu finden, kann es zweckmäßig sein, mit dem Eintreffen der Polizeikräfte sofort die Personenüberprüfung – auch ohne Absperrung – durchzuführen, um ein Wegwerfen oder Verstecken von Sachen zu verhindern.

Besonders bei der Razzia ist der Erfolg nicht zuletzt davon

und andere Sachen zu finden, kann es zweckmäßig sein, mit dem Eintreffen der Polizeikräfte sofort die Personenüberprüfung – auch ohne Absperrung – durchzuführen, um ein Wegwerfen oder Verstecken von Sachen zu verhindern.

Besonders bei der Razzia ist der Erfolg nicht zuletzt davon
abhängig, daß die von der Razzia betroffenen Personen völlig überrascht werden.

Aus diesem Grunde werden die Einsatzkräfte unter richtiger Raum- und Zeitberechnung getrennt und so nah an das Objekt herangeführt, daß sie zur gleichen Zeit eintreffen, um mit ihren Maßnahmen beginnen zu können.

Der anfängliche Überraschungserfolg würde jedoch bei bestimmten Razzien vereitelt werden, wenn durch den sonst grundsätzlich erst vorzunehmenden Aufbau einer Absperrung den betroffenen Personen die Möglichkeit bleibt, Beweismittel beiseite zu schaffen oder selbst gar flüchten bzw. sich verstecken zu können. Gerade bei der Razzia kommt es darauf an, aus Gründen der Beweissicherung ein Wegwerfen oder Verstecken von Sachen zu verhindern.

Deshalb kann es z. B. bei Razzien gegen verbotenes Glücksspiel oder Rauschgifthandel zweckmäßig sein, beim Eintreffen der Polizei unmittelbar mit der Personenüberprüfung zu beginnen. Erst dann, wenn die Trupps für die Personenüberprüfung, Besetzung der neuralgischen Punkte, Durchsuchung von Räumen und Sachen sowie für die Festnahme in das Objekt eingedrungen sind oder gleichzeitig mit diesen Kräften, sollte deshalb ausnahmsweise die Absperrung eingenommen werden.

Bezüglich der Beweissicherung vgl. auch Text und Kommentar zu 2.1.3.3.

2.2.3.4. Im Einzelfall kann es erforderlich sein, nach Beendigung der Razzia den Einsatzraum abzusuchen oder die Razzia nach kurzer Zeit zu wiederholen

A Ist der Einsatzzweck erreicht und sind innerhalb des Objekts oder Einsatzraums keine Amtshandlungen mehr erforderlich, sind sämtliche Maßnahmen unverzüglich aufzuheben und alle Einsatzkräfte möglichst gleichzeitig abzuziehen.

Das ist jedoch nur dann zu erreichen, wenn Vorsorge dafür getroffen wurde, daß die ständige Kommunikation zwischen dem Polizeiführer und den eingesetzten Kräften gewährleistet ist.

Alle über das mögliche Einsatzende hinaus getroffenen Maßnahmen fallen unter das zeitliche Übermaßverbot.

Allerdings sind Fälle denkbar, in denen der Einsatzraum bei Beendigung der eigentlichen Razzia abgesucht werden muß, um weggeworfene oder eilig versteckte Gegenstände zu finden; dies hat sich vor allem bei „Rauschgift-Razzien" in einschlägigen Lokalen oder Grünanlagen u. ä. bewährt, wo der „Stoff" bei Beginn der Razzia (vgl. 2.2.3.3) unter Stühlen, Tischen oder im Gebüsch versteckt wurde und ohne Absuche anschließend doch noch in den Handel gekommen wäre.

B Bei Razzien hat es sich häufig auch als sinnvoll erwiesen, wenn nach Abzug der Einsatzkräfte die Observationsgruppen vor Ort verbleiben. Das kann sowohl außerhalb als auch innerhalb des durchsuchten Objekts geschehen, um sowohl das Verhalten der vorher Betroffenen wie auch den weiteren Verlauf am Ort des Geschehens zu beobachten.

Gerade hieraus haben sich schon häufig Hinweise für weitere Einsätze ergeben, weil entweder nicht gefundene Beweismittel vernichtet oder andernorts versteckt werden sollten oder weil nicht gefundene Personen zu flüchten versuchten.

Auch sonstige Aktivitäten wie telefonische oder persönliche Verbindungsaufnahme zu Mittätern oder Hehlern oder auch Gewalttätigkeiten rivalisierender Gruppen werden häufig erst nach Beendigung des augenfälligen Einsatzes der Polizei von den Observationskräften festgestellt.

Unter Umständen machen diese Feststellungen dann eine Wiederholung der Razzia erforderlich.

2.2.3.5. Die Grundsätze der Absperrung, Sicherung, Eigensicherung und Beweissicherung sind zu beachten.

A Die in dieser Nummer angeführten Grundsätze sind in den Abschnitten
- Absperrung (vgl. 2.1.5)
- Sicherung (vgl. 2.5.1)
- Beweissicherung (vgl. 2.1.3)

sowie in der PDV 371 „Eigensicherung im Polizeidienst" geregelt.

B Hinsichtlich der **Beendigung der Durchsuchung**, des **Durchsuchungsberichtes** sowie der **nachfolgenden Maßnahmen** wird auf die Kommentierung zu 2.2.2.16 hingewiesen.

Aus dem Bullen-Alltag

Todesschuß in Aachen

In Aachen erschoß in der Nacht zum 19.2.78 ein 31jähriger Polizeimeister einen 37jährigen Gastwirt bei einer Autokontrolle. Der Polizist soll ein Taxi nach Beteiligten einer Schlägerei kontrolliert haben. Beim Öffnen der hinteren Wagentür „löste sich ein Schuß aus der Dienstpistole" und traf den Fahrgast in die Schulter. Das Opfer taumelte aus dem Wagen und brach auf der anderen Straßenseite sterbend zusammen. (Nach „Hellweger Anzeiger", 20.2.78)

Verfolgungsjagd in Hamburg: Ein Toter

Ein Toter und ein Schwerverletzter waren das Ergebnis einer wilden Verfolgungsfahrt, bei der ein Jugendlicher (19) von der Hamburger Polizei gejagt wurde. Der Jugendliche Dieter W. aus Herford soll auf der Autobahn Walsrode – Hamburg rechts überholt, andere Wagen geschnitten und an der Tankstelle Brunautal ohne zu bezahlen getankt haben. In Hamburg erwarteten den Jugendlichen drei Straßensperren der Polizei. An der ersten wurden drei gezielte Schüsse („auf die Reifen") abgegeben und bei den anderen beiden jagten Streifenwagen hinterher. In Panik raste der Jugendliche schließlich in voller Fahrt bei Rot auf eine Kreuzung und knallte in die Seite eines unbeteiligten Autos, dessen Fahrer kurz darauf starb. Der Jugendliche wurde schwer verletzt. („Hamb. Abendblatt", 22.2.)

2000 Mark „Strafe" für Todesschützen

2000 Mark „Strafe" für Todesschützen

Wegen der Erschiessung des Fuhrunternehmers G. Schlichting am 2.7.77 wurde der Polizist Haarmann am 13.2.78 in Bochum wegen „fahrlässiger Tötung" zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt. Entgegen Zeugenaussagen blieb das Gericht bei der Version, Schlichting habe den Polizisten angegriffen und mit Messer und Stock bewaffnet dessen Leben bedroht, sodaß dieser in Notwehr schiessen mußte. Verurteilt wurde Polizist Haarmann überhaupt nur deswegen, weil er schon früher gezielt auf die Beine hätte schiessen können und dann immer noch 5 Schuß im Magazin gehabt hätte, um notfalls auf den Körper zu schießen(nach„Rote Fahne"22.2.78)

Prügel-Bullen verurteilt

Endlich einmal sind zwei prügelnde Bullen (22 und 29 Jahre alt) in Wiesbaden zu einem dreiviertel Jahr Knast, in einem Fall, und zu 20 Monaten mit Bewährung und 5. 000 Mark Geldbuße im anderen Fall verurteilt worden. Ihre kriminellen Handlungen ließen sich wohl durch nichts mehr decken: Im Juli 1976 hatten sie Jugendliche mindestens 15 mal gefesselt und getreten – angeblich wegen „Bagatell-Delikten". In einem Fall zwangen sie einen Jugendlichen in den Bullenwagen und fuhren in einen Wald bei Rüdesheim. Das Opfer mußte sich mit heruntergelassenen Hosen über den Autokühler beugen und wurde von einem Bullen mit dem Gürtel verprügelt, während der andere dies photografierte. Die Bullen leugneten bis zuletzt ihre Verbrechen und versuchten, sich als Opfer „eines Komplotts jugendlicher Rechtsbrecher" darzustellen („FR", 20.2.78)

Saarland verabschiedete Muster-Entwurf

Den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz hat als erste Landesregierung das saarländische CDU/FDP-Kabinett verabschiedet. Dieser von der Länderinnenministerkonferenz ausgearbeitete Gesetzentwurf enthält u.a. die Legalisierung des gezielten Todesschusses durch die Polizei und die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten.



CDU'ler fordert 27 Berufsverbote

Im „Pinneberger Tageblatt" wurde anläßlich des sechsjährigen Bestehens des Radikalenerlasses eine Unterschriftensammlung der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" veröffentlicht. Unterzeichnet hatten neben 9 DKP- und 8 SPD-Kandidaten zur Kommunalwahl auch 27 Lehrer und Erzieher.

Der CDU-Kreisvorsitzende Heinz Rittscher wertete die Mitwirkung von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern an der Unterschriftenaktion als *„einen Skandal größter Tragweite"* („Flensburger Tageblatt", 18.2. 78). Volker Koop von der CDU Schleswig-Holsteins witterte gar eine *„Volksfrontpraxis an der Parteibasis"*, weil die SPD'ler nicht wie im Falle des ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Richard Bünnemann *„gerügt"* würden oder gar *„ein Parteiordnungsverfahren befürchten"* müßten („FT", 21.2.78). Das stark rechtslastige „Flensburger Tageblatt" springt Koop zur Seite und erinnert: *„Das Präsidium der SPD hatte bereits im Juni 75 alle Parteimitglieder aufgefordert, sich nicht an kommunistisch gesteuerten Kampagnen gegen angebliche (?!) Berufsverbote zu be-*

springt Koop zur Seite und erinnert: *„Das Präsidium der SPD hatte bereits im Juni 75 alle Parteimitglieder aufgefordert, sich nicht an kommunistisch gesteuerten Kampagnen gegen angebliche (?!) Berufsverbote zu be-*

teiligen" (18.2.78). Und das sei hier der Fall, denn *„nach Angaben der zuständigen Behörden* (eine „feinere" Bezeichnung für die Schnüffler vom Verfassungsschutz; Anm. d. Red.) *gehören ein Drittel der 130 Unterzeichner ins linksextremistische Lager..."* (s.o.).

Ziel der CDU ist es, einen „Säuberungsprozeß" in der SPD in Gang zu bringen.

Die Reaktion der SPD auf diese Angriffe war recht unterschiedlich: während der Pinneberger SPD-Vorsitzende den Unterzeichnern *„die volle Solidarität der SPD"* zusicherte, hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Reger *„von dem Aufruf distanziert"* (s.o.). Man wird sehen, ob die Unterzeichner in der SPD „ungeschoren" davonkommen oder nicht...

Doch damit war es der CDU nicht genug. Neben SPD'lern hatte man mit scharfem Blick 27 Lehrer und Erzieher entdeckt. Um die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu schützen, forderte Rittscher, *„der Kultusminister solle Vorkehrungen treffen, damit ‚die Kinder in Kindergärten und Schulen vor dem Einfluß dieser 27 Lehrer und Erzieher geschützt werden' "* („FT", 24.2.78).

schützen, forderte Rittscher, *„der Kultusminister solle Vorkehrungen treffen, damit ‚die Kinder in Kindergärten und Schulen vor dem Einfluß dieser 27 Lehrer und Erzieher geschützt werden' "* („FT", 24.2.78).

Im Klartext: Berufsverbot!

Kultusminister Braun signalisierte sofort Aufmerksamkeit: *„Als politischen Skandal hat inzwischen Kultusminister Prof. Dr. Walter Braun die Unterschrift von 27 Lehrern und Erziehern unter den Aufruf der Bürgerinitiative bezeichnet".* Und weiter im Originalton: *„...es sei schon ein trauriger Zustand, wenn Lehrer nichts besseres im Hirn hätten,* **wenn sie überhaupt etwas im Hirn haben** (!!), *als sich mit Kommunisten zu verbrüdern"* („FT", 21.8.78).

Braun wie braun, kann man da nur sagen!

Inzwischen hat sich jedoch breiter Protest dagegen geregt: Bislang mehr als 250 Menschen – unter ihnen 53 Lehrer und Erzieher, fünf Pastoren, die Bundestagsabgeordnete Helga Schuchardt (Hamburg), der FDP-Landtagsabgeordnete Martin Schumacher aus Wedel (Kreis Pinneberg) und Kandidaten der SPD und FDP – wenden sich gegen die Forderung Rittschers ..." („FT", 24.2.78).
Weiter so!

FDP – wenden sich gegen die Forderung Rittschers ..." („FT", 24.2.78).
Weiter so!

KB/Gruppe Flensburg

Berufsverbot und Gewerkschaftsausschluß Hand in Hand für »Modell Deutschland«

Am 20.10.75 wurde Rüdiger Qu., Lehrer am Aufbaugymnasium Kaiserslautern, mitgeteilt, daß er in einer Personalangelegenheit bei der pfälzischen Bezirksregierung in Neustadt/Weinstr. vorstellig werden solle.

Bei der Anhörung am 22.10.75 wurde Rüdiger Qu. darüber informiert, daß ihm „verfassungsfeindliche Aktivitäten" zugunsten des KBW und dessen Sympathisantengruppe ‚Kommunistische Gruppe Kaiserslauterrn (KGK)' vorgeworfen werden. Gleichzeitig wurde ihm strikte Amtsverschwiegenheit auferlegt. Bei einer weiteren Anhörung am 4.11.75 wurden diese Vorwürfe zum ersten Mal konkretisiert. Unter anderm wurden ihm Beteiligungen an Veranstaltungen gegen den Faschismus in Chile, gegen den § 218 sowie Beteiligung an einem „Rollkommando des KBW" gegen eine NPD-Veranstaltung vorgeworfen.

Selbst bei einer Demonstration gegen den § 218, wo sich über 20000 Leute eingefunden hatten, wurde Rüdiger Qu. in der Menge rein zufällig entdeckt.

Schülern und SMV-Vertretern sämtlicher Kaiserslauterer Schulen wurde ausdrücklich verboten, sich mit dem Fall Rüdiger Qu. zu befassen. Bis zum 23.12.1975 wurde die Rückgabe aller schulischen Gegenstände durch Qu. von der Bezirksregierung angeordnet – die Suspendierung war somit vorerst geglückt. Diese relativ schnelle Abwicklung des Falles wurde damit begründet, daß Qu. seine Schweigepflicht gebrochen habe und dadurch *„am Aufbaugymnasium der Schulfrieden gestört und Gefahr für Sachen und Menschen"* entstanden sei. Desweiteren wurde Rüdiger Qu.'s Eigeninitiative in seinem Fall in die Liste der ‚verfassungsfeindlichen Aktivitäten' miteingebracht.

Durch verschiedene Veranstaltungen und einer Demonstration mit relativ hoher Teilnehmerzahl wurde nun verstärkt seitens der Schülerschaft Öffentlichkeit geschaffen. In zwei Schreiben an das Verwaltungsgericht in Neustadt legte Rüdiger Qu.'s Rechtsanwalt Widerspruch gegen die Suspendierung ein. Daraufhin wurde die Entlassung vorläufig wieder aufgehoben, da formaljuristische Fehler begangen worden waren und wohl eine Solidaritätskampagne in diesem Ausmaß nicht erwartet worden war.

Heute, über 2 Jahre danach, nachdem es der Bezirksregierung geglückt ist, durch ihre „Hinhaltetaktik" den

wohl eine Solidaritätskampagne in diesem Ausmaß nicht erwartet worden war.

Heute, über 2 Jahre danach, nachdem es der Bezirksregierung geglückt ist, durch ihre „Hinhaltetaktik" den

Kampf gegen die Suspendierung vorerst einzuschläfern, wird der Fall Qu. wieder aufgerollt. Nachdem man den Lehrer während der ganzen Zeit weiter bespitzelt hatte, erscheinen die schon angeführten Vorwürfe den zuständigen Stellen offenbar als nicht mehr ausreichend. Heute werden Rüdiger Qu. hauptsächlich mangelnde dienstliche Qualifikationen vorgeworfen. Dieses Vorgehen wirkt umso grotesker, je näher man die Argumentation der Bezirksregierung unter die Lupe nimmt. Neben den Hauptvorwürfen wie zu gute Notengebung, einseitige Lehrinhalte usw. taucht auch der Vorwurf auf, der Lehrer hätte sich in seiner Freizeit auffallend oft mit Schülern getroffen. Allein dies zählt heute offenkundig schon zu den subversiven Tätigkeiten.

Zu der Verhandlung am 14.2.78, bei der Rüdiger Qu.'s Entlassung endgültig ausgesprochen werden sollte, konnten über 80 Leute mobilisiert werden. Nur etwa die Hälfte fand Einlaß in das Verwaltungsgericht Neustadt. Nach einem länger andauernden Paragraphenstreit zwischen Staatsanwalt und Richter stand fest, daß sich die bürgerliche Justiz einmal mehr in ihren eigenen Kanälen verirrt hatte: bei dem heute relevanten Entlassungsantrag des rheinland-pfälzischen Justizministeriums hatte ein nicht befugter Beamter unterzeichnet. Die Verhandlung wurde vorläufig vertragt. Rüdiger Qu. darf wieder unterrichten.

GEW-Führung: Helfershelfer des Staatsapparats

Konnte sich Rüdiger Qu. zu jeder Zeit auf die Solidarität der Schüler verlassen, entpuppte sich die GEW-Führung einmal mehr als direkter Arm des Staatsapparats. Am 17.12. 1975 wurde er aufgrund eines Beschlusses des GEW-Landesvorstands aus der GEW ausgeschlossen. Entlarvend für die Praxis der Gewerkschaftsführer ist dabei vor allem die Begründung. So heißt es in dem Ausschlußantrag:

„ ... *Wenn auch kein Junktim* (Verbindung) *zwischen den Ermittlungen des Verfassungsschutzes und dem Ausschluß aus der GEW hergestellt werden kann, muß doch die Gewerkschaft im Interesse ihrer übrigen Mitglieder und um einer Unterwanderung vorzubeugen, strenger (!) vorgehen als der Staat. Gewerkschaftsschädigendes Verhalten sollte (?!) nicht mit Erkenntnissen des Verfassungsschutzes belegt werden, sondern durch eigene Feststellungen."*

Niemals waren sich die Gewerkschaftsführer jedoch zu schade, die „Erkenntnisse des Verfassungsschutzes" für den Ausschluß zu benutzen. Welche Intentionen die Gewerkschaftsführer dabei mit den Ausschlüssen verfolgen, zeigt der folgende Passus aus dem Ausschlußbeschluß:
„Der Landesvorstand ist entschlos-

Welche Intentionen die Gewerkschaftsführer dabei mit den Ausschlüssen verfolgen, zeigt der folgende Passus aus dem Ausschlußbeschluß:
„Der Landesvorstand ist entschlos-

sen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der GEW aus Sorge um die Demokratie konsequent zu befolgen." Der DGB als konsequenter Verteidiger des „Modell Deutschland", wenn selbst die Staatsorgane Schwierigkeiten haben, das Berufsverbot zu begründen, das ist auch bundesrepublikanische Wirklichkeit.

KB-Sympathisanten Kaiserslautern

Gewerkschaftsveranstaltung gegen Berufsverbote

In Düsseldorf fand kürzlich eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote statt, zu der der Bezirksvorstand der IG Druck und Papier sowie die Stadtverbände der GEW und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff eingeladen hatten. Podiumsteilnehmer waren Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur des IG Metall-Organs „Metall"), Christian Götz (Chefredakteur der HBV-Zeitung „ausblick"), Peter Riemer (Chefredakteur der „Holzarbeiterzeitung"), Guntram Schneider vom DGB-Landesbezirk NRW (Abt. Jugend) und Bärbel Mang vom GEW-Landesverband. Als Betroffene saßen Charlotte Nieß und Cornelia Politicky auf dem Podium.

Soweit es die Berichte von „UZ", „DVZ" und „tat" erkennen lassen, bestand auf dem Podium Einigkeit über die Ablehnung der Berufsverbote. In der Diskussion wurden nicht nur die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst behandelt, sondern auch die verstärkten Disziplinierungen und politischen Entlassungen in den Betrieben, die zunehmende Tendenz zur Selbstzensur unter Journalisten und Redakteuren usw.

(Verhaltene) Kritk wurde auch an der Haltung der DGB-Spitze zu den Berufsverboten geübt. Demgegenüber kündigten die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre an, die von ihnen vertretenen Einzelgewerkschaften würden sich auf dem DGB-Kongreß im Mai 1978 dafür einsetzen, daß dort eindeutige Beschlüsse gegen die Berufsverbote gefaßt werden.



Oslo. *„Schwarzer Geburtstag – 6 Jahre Berufsverbote in der BRD"!* **Unter diesem Motto haben die nationalen Berufsverbote-Komitees in Norwegen und Dänemark gegen die Berufsverbotepraxis in der BRD protestiert. Den westdeutschen Botschaften in Kopenhagen und Oslo wurde zur „Feier" des Tages ein Strauß schwarzer Rosen und ein Protestschreiben überreicht, während vor den Botschaftsgebäuden Demonstranten in schwarzer Trauerkleidung mit weißen Mundbinden Stellung bezogen hatten (s. Bild). Das norwegische Komitee wandte sich in einem offenem Brief an den westdeutschen Botschafter in Oslo, in dem auf die zunehmende Rechtsentwicklung in der BRD, den ständigen Bruch von Menschenrechten und die befürchteten Auswirkungen dieser Entwicklung auf andere europäische Staaten Bezug genommen wurde. Der Brief wurde in der norwegischen Presse zumindest ausschnittweise veröffentlicht (nach „DVZ" vom 23.3.78).**

Mißlungener Rechtfertigungsversuch

Westberlin. Auf die Kritik des Westberliner Richters Busse an der Berufsverbotepraxis, die seiner Meinung nach eine *»Manipulierung des politischen Entwicklungsprozesses durch die herrschenden Gruppen«* ist (»Tagesspiegel«, 14.2.78), sah sich der Leiter der Westberliner »Landeskommission zur Überprüfung der Verfassungstreue«, Rose, zu einer umfangreichen Entgegnung genötigt (»Tagesspiegel«, 26.2.78). Scheinbar betont sachlich wirft er die folgenden Fragen auf:

– *»Muß die Prüfung der Verfassungstreue unter Einschaltung der Verfassungsschutzämter überhaupt erfolgen?*
— *Verbietet das Parteienprivileg die Ablehnung von Bewerbern, die ‚verfassungsfeindlichen' Parteien angehören?*
— *Welche Kriterien und Maßstäbe sind für die Prüfung der Verfassungstreue maßgebend?«*

Was dann folgt, ist aber alles andere als eine Antwort auf diese Fragen. Zu den Verfassungsschutzpraktiken äußert er sich vorsichtigerweise lieber gar nicht. Zu der totalen Willkür, mit der die Behörden Berufsverbote austeilen, behauptet Rose, man dürfe *»es sich keinesfalls [leicht] machen«*. Angeblich gehe in Westberlin alles unheimlich »rechtstaatlich« zu — der reine Hohn für die Westberliner Berufsverboteopfer, die die Praktiken der Landeskommission am eigenen Leib erfahren mußten.

Bezeichnend für die Logik der Berufsverbieter ist ferner Roses Argumentation gegen die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung der Parteien. Den Widerspruch zwischen diesem angeblich bestehenden Recht und der Berufsverbotepraxis versucht Rose so zu lösen: Das Recht auf freie politische Betätigung gelte ja nur insofern, als bestimmte Parteien vom Bundesverfassungsgericht nicht als verfassungswidrig verboten sind. Die Einleitung eines Verbotsverfahrens sei aber eine taktische Frage. Rose geht also davon aus, daß die kommunistischen Organisationen und die DKP jederzeit vom BVG verboten werden würden, wenn nur die Bundesregierung den entsprechenden Antrag stellen würde. Solange dies nicht der Fall ist, behandelt man sie eben, a l s o b sie schon verboten wären...
Rechtsstaatlich, gell?

Charlotte Nieß: Paradebeispiel für die SPD

Schon seit geraumer Zeit versucht die SPD, insbesondere gegenüber dem westeuropäischen Ausland, den Eindruck zu erwecken, Berufsverbote würden in der BRD allein von den CDU/CSU-Landesregierungen ausgesprochen.

Um dieser Lüge den Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen, landete die nordrheinwestfälische Landesregierung jetzt einen Coup ganz besonderer Art: sie stellte die von der bayrischen Landesregierung abgewiesene Juristin Charlotte Nieß in den Landesdienst ein. Allein, die Anstellung erfolgte nicht, weil sich die Landesregierung etwa gegen die Berufsverbote stellen würde, sondern weil das bayrische Verwaltungsgericht *„mit seinem Urteil im Widerspruch zu Rechtssprechung der Bundesgerichte stehe"* („Tagesspiegel", 23.2.).

Da Charlotte Nieß gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt hat, warten wir gespannt auf die Reaktion der SPD, falls dieses Gericht das bayrische Urteil bestätigen sollte.

Geradezu lächerlich muß jedoch der Versuch der SPD erscheinen, sich mit diesem Fall von der Verantwortung rein zu waschen. In diesem Zusammenhang muß zum wiederholten Male daran erinnert werden, daß es die SPD-Landesregierung in Hamburg gewesen ist, die als erste einen Radikalenerlaß faßte. Heute können wir feststellen, daß es gerade die CSU-Regierung in Bayern ist, die die Berufsverbotspraxis in selbstverständlicher Weise auch auf die linken Sozialdemokraten auszuweiten versucht (neben dem »Fall« Charlotte Nieß sticht hier besonders der »Fall« Häberlein ins Auge). Daß dieses Vorgehen jedoch keineswegs grundsätzlich den Intentionen der SPD-Führung widerspricht, macht das Vorgehen gegen die linke Opposition deutlich. Dennoch zeigt gerade dieses Beispiel, in welcher Klemme sich die SPD-Führung befindet, denn offenkundig hat sie es nötig, sich immer wieder gegen die offensichtlichsten Auswüchse der von ihr selbst mit initiierten Praxis der Berufsverbote auszusprechen. Dies ergibt zumindest einen kleinen Spielraum im Kampf gegen die Berufsverbote, der genutzt werden sollte.



Die falsche Adresse? Protestaktion in Dortmund: „Ich möchte ‚Dabeisein' ohne Berufsverbot"

Maulkorb für Volkshochschule?

Bremen. Seit 1973 veranstaltet die Volkshochschule (VHS) einmal jährlich das „Bremer Literaturgespräch". In diesem Jahr zum Thema: „*Empörung, Beifall, Blindstelle: Gewalt als Provokation der Literatur*". An vier Abenden referierten und diskutierten Anfang Februar auf Einladung der VHS u.a. Prof. Peter Brückner, die Schriftsteller Erich Fried, Luc Jochimsen, Jürgen Fuchs und der Liedermacher Wolf Biermann. Die Veranstaltungsreihe fand im Stadtteil Bremen-Nord regen Zuspruch und wurde allabendlich von mehreren hundert Besuchern aufgesucht.

Sie hatte und hat ein Nachspiel. Die CDU - offensichtlich bedacht, ihre Führungsposition in Sachen „Sympathisantenjagd" zu wahren - witterte „Unrat". Nachdem bereits kürzlich der Bremer CDU-Vorsitzende Neumann für seine Forderung, Fried-Gedichte sollten verbrannt werden, heftige Proteste erntete, versuchten sich nun andere CDU-Abgeordnete. Bereits am 9.12.1977 hatte der CDU-Abgeordnete Schulte in der Bürgerschaft festgestellt, daß die Einladung zu diesem Literaturgespräch 1978 deutlich mache, daß die „*Führungsmannschaft der Volkshochschule Bremen einen Kurs weit links von der SPD* (steuert) ... *Die sachlich fundierte Arbeit im Bereich der beruflichen Fortbildung wird mehr durch politisch extrem linke Kräfte behindert, die sich lieber politischer Agitation zuwenden*". Es drohen unabsehbare Gefahren. Deshalb fordert Schulte in Anlehnung an seinen Vorsitzenden: „*Hier sollte doch endlich die Stadtgemeinde Bremen als Träger der Volkshochschule tätig werden, um diesem Politisierungsspuk ein Ende zu bereiten und eine personelle Säuberungsaktion vorzunehmen ...*"! (alle Zitate aus: „Politische Unterdrückung in Bremen", Nr. 2).

Der Volkshochschule drohen Gefahren. Denn die SPD, die sich zunächst zum Verteidiger der VHS aufzuschwingen schien, läßt nun über Wissenschaftssenator Franke eine „Untersuchung" anstellen. U.a. moniert Franke, die VHS hätte „*kritische Gegenpositionen auswählen müssen*" (Bremer Nachrichten, 17.2.).

KB/Gruppe Bremen

Berufsverbot für Presseverantwortlichen des KB

Flensburg/Kiel: Dem ehemaligen Presseverantwortlichen des KB/Gruppe Flensburg, Peter P., wird von Seiten des schleswig-holsteinischen Landesamtes für Schule die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Vorgeworfen wird ihm, in der Zeit zwischen Juni 1971 und Juni 1977 für den KB oder seine Gründerorganisationen tätig gewesen zu sein. Namentlich werden folgende „Vergehen" aufgeführt:

— November 1972: verantwortlich für ein Flugblatt der Roten Zellen;
— Januar 1973: verantwortlich für ein Flugblatt „Amis raus aus Vietnam";
— Mai 1973: verantwortlich für ein Flugblatt „Polizeiaktion großen Stils gegen Kommunisten";
— Mai 1975: verantwortlich für ein Flugblatt „Nie wieder Faschismus"
— Februar 1976: verantwortlich für ein Flugblatt gegen den §218.

Als krönender Abschluß wird ihm die Verurteilung „*wegen verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr*" vorgeworfen, womit seine Verantwortlichkeit für eine Soldatenzeitung angesprochen wird.

Ebenso wie in vielen vorangegangenen Fällen hat sich das Landesschulamt auch in diesem Fall nicht die Mühe gemacht, die „Verfassungsfeindlichkeit" nachzuweisen, sondern es reicht für das Berufsverbot allein die Tätigkeit für den KB!

»Wir warnen, weil wir Antifaschisten sind«

Mit einem sehr lesenswerten Beitrag hat sich der niederländische Senator Han Wielek (PvdA) zum sechsten Jahrestag des Radikalenerlasses zu Wort gemeldet (vollständig abgedruckt in „FR", 13.2.78). Wielek stellt (und beantwortet) die Frage nach der Behandlung der Verfolgten und der Verfolger aus der Nazi-Zeit in der Bundesrepublik. Durch die Rehabilitation der Nazis unter Adenauer seien die Zeichen gesetzt worden. Diejenigen dagegen, die sich innerhalb des Staats für eine Demokratisierung von Justiz, Armee und Schule eingesetzt hätten, seien Einzelkämpfer geblieben und hätten keinen Erfolg gehabt.

Heute seien Berufsverbote und Gesinnungsprüfung Instrumente, um die demokratischen Kräfte einzuschüchtern. Maßnahmen gegen rechts seien „*in Deutschland mit seiner autoritären Tradition*" niemals angewandt worden. Dadurch werde die neue Generation der Fähigkeit beraubt, sich gegen diejenigen Kräfte zur Wehr zu setzen, „*die aus freien Bürgern wieder Untertanen machen wollen*".

Wielek warnt vor den immer stärkeren Tendenzen in der BRD, den Faschismus zu beschönigen, und weist auf alarmierende Meinungsumfragen unter westdeutschen Jugendlichen hin. Leute, die die Terror-Regimes in Chile, Argentinien, Südafrika oder Rhodesien unterstützen, würden in der BRD als „Hüter der freiheitlichen Grundordnung" gelten.

Die ausländischen Kritiker dieser Entwicklung seien keineswegs antideutsch, wohl aber antifaschistisch. Deshalb schließt Wielek mit dem Freundschaftsbekenntnis zu den „*gefährdeten Deutschen*", „*die sich dem Untertanengeist, dem Ungeist, dem Unrecht widersetzen, die Zivilcourage haben*". Mit ihnen zusammen gelte es, „*dafür zu sorgen, daß es eines finsteren Tages nicht zu spät ist*".

Kurzmeldungen . . . kein Anspruch auf Vollständigkeit

Augsburg. Der Lehrer Klaus P. aus Sulzbach-Rosenberg muß nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg ins Beamtenverhältnis übernomen werden. Der „Freistaat" Bayern hatte ihm die Anstellung verweigert, weil er 1975 an der Universität Nürnberg-Erlangen gemeinsam mit MSB-Mitgliedern auf einer „GO"-Liste kandidiert und später eine Reise in die DDR unternommen hatte. Wieder mal ein typischer Kontaktschuld-Fall. In diesem Fall jedoch entschied das Gericht, was für bayerische Verhältnisse schon recht erstaunlich ist, gegen den „Freistaat": auch ein Beamter habe ein Recht auf Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes, das kein abschließendes Urteil – beispielsweise über die DKP – verlange. Er brauche sich daher nicht pauschal von einer bestimmten Partei zu distanzieren. Es ist leider kaum zu erwarten, daß dieses positive Urteil die erste Instanz überleben wird, bedenkt man, was höhere bayrische Gerichte in den Fällen Nieß und Haeberlein schon für Urteile gefällt haben (nach „tat", 24.2.78).

***

Wiesdorf. Einen neuen Fall von Sippenhaftung meldet die „Rote Fahne" vom 22.2.: Der Assistenzärztin Dr. Bärbel K. wurde 14 Tage vor Beendigung ihrer Probezeit an einem kirchlichen Krankenhaus in Wiesdorf (bei Köln) bekündigt. Begründung: ihr Mann wird „als Kommunist verdächtigt". Bärbel K. erklärte zwar, daß weder sie selber noch ihr Mann Kommunisten seien, an der Kündigung änderte dies jedoch nichts.

***

Nürnberg. Auch die Nürnberger DGB-Jugend erklärte auf einer Delegiertenkonferenz ihre Solidarität mit dem vom Ansbacher Verwaltungsgericht zum Berufsverbot verurteilten bayrischen DFG/VK-Vorsitzenden Heinrich Haeberlein.

***

München. Auf einer Podiumsdiskussion in München wandten sich der Tübinger Universitätsprofessor Walter Jens, der Schriftsteller Thadäus Troll und der SPD-Bundestagsabgeordnete Lattmann, der übrigens auch gegen die „Anti-Terror"-Gesetze gestimmt hatte, gegen die Berufsverbote.

***

Bonn. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ernst Haar (SPD), stellte in einem Schreiben an Karsten Voigt fest, daß die zum 1. Januar 1978 angeordnete Entlassung des Bundesbahninspektoranwärters Axel Seiderer „*im Rahmen unserer Rechtsordnung und der Rechtsprechung der oberen Gerichte*" liege. Durch sein „*Bekenntnis zu den politischen Zielen der DKP biete Seiderer nicht die Gewähr, jederzeit...*".

Durch die deutliche Stellungnahme eines Vertreters der Bundesregierung werden noch einmal sehr deutlich die Behauptungen Schmidts und Brandts auf dem letzten SPD-Parteitag, im Bereich des Bundes werde der Radikalenerlaß nicht mehr praktiziert, als Lügen entlarvt. Tatsächlich verschärft sich auch hier die Berufsverbotspraxis mit vollster Rückendeckung der Bundesregierung. Voigt bezeichnete das Schreiben Haars als „enttäuschend". Damit scheint die Sache für ihn erledigt zu sein...?!

***

Münster. Dem seit zweieinhalb Jahren mit Berufsverbot belegten Lehrer Günter W. wird vom Studentenwerk die Bezahlung von Sozialleistungen und Ausbildungsförderung für sein Psychologiestudium aus politischen Gründen verweigert. Weil er sein Berufsverbot „selbst zu vertreten" habe, habe er keine Ansprüche auf die Förderung einer weiteren Ausbildung.

Das Rektorat der Universität Münster kündigte W. sogar ein erneutes Berufsverbot an. Bereits jetzt stehe fest, daß er auch an der Ausübung dieses Berufs gehindert werde, zu dem das zweite Studium ihn qualifizieren solle. W. ist DKP- und MSB-Mitglied.

***

London. Auch in England wurde jetzt ein „Nationalkomitee gegen die Berufsverbote in der BRD" gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen von westdeutscher Seite sowohl Vertreter der „Initiative Weg mit den Berufsverboten" als auch Befürworter des Russell-Tribunals teil.

***

Hannover. „*Die Kandidatur auf einer Liste der DKP oder bei Hochschulwahlen auf einer Liste des MSB reicht nach einem Urteil des Arbeitsgerichts ... nicht aus, einen Bewerber für den öffentlichen Dienst zu disqualifizieren*" („FR", 2.3.78). Mit dieser Begründung verurteilte das Arbeitsgericht das Land Niedersachsen, einem Bewerber das Gehalt für die Zeit vom November 76 bis Juni 77 nachzuzahlen. Diesem war von der Universität eine Anstellung in einem wissenschaftlichen Projekt versprochen worden. Seine Anstellung wurde jedoch durch die Intervention des Innenministeriums verhindert.

***

Westberlin. Anfang Februar standen drei Kreuzberger Hauptschullehrer vor dem Amtsgericht Tiergarten. „Nötigung mit Gewalt" lautete die Anklage gegen die Lehrerin A.S. und die beiden Lehrer J.K. und E.B. . Nach mehrtägiger Beweisaufnahme vor dem Schöffengericht wurde das Verfahren gegen die beiden Lehrer eingestellt, wenn sie je DM 500.- Buße an den Schullandheim-Verein zahlen. Die Lehrerin wurde auf Antrag des Staatsanwalts von der Anklage der Nötigung freigesprochen.

Die beiden Lehrer hatten am 11.3. 76 ein Ausbildungsseminar in Kreuzberg für Lehrer „gestört", als sie über zwei Prüfungsentscheidungen diskutieren wollten; sie gehörten dem Seminar nicht an. Anlaß: Die (zweiten) Examina der jetzt freigesprochenen und einer weiteren Lehrerin waren als „nicht bestanden" gewertet worden. Die Lehrer wollten über die negativen Prüfungsentscheidungen gegen die beiden Kolleginnen als politische Disziplinierungen diskutieren. Das lies der anwesende Oberschulrat nicht zu.

Die Lehrer, unterstützt von weiteren Kollegen, verließen jedoch nicht sofort den Raum. Bevor die vom Oberschulrat gerufene Polizei erschien, waren die Lehrer gegangen.

Der Schöffenrichter hatte ursprünglich kein Verfahren wegen Nötigung eröffnen wollen, weil Reden keine Gewalt sei. Diesen Beschluß hob die 14.Strafkammer auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft wieder auf.

Das Verwaltungsgericht hatte indessen die beiden umstrittenen Prüfungsentscheide aufgehoben.

Einer der Lehrer konnte während des Verfahrens unterrichten, sein Kollege war suspendiert, die freigesprochene Lehrerin war bereits entlassen („Tagesspiegel", 31.1.78/15.2.78).

***

Westberlin. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen von politischen Überprüfungen in Westberlin haben innerhalb der F.D.P. eine Auseinandersetzung ausgelöst. Der Vorsitzende der F.D.P./Steglitz, Roloff, wandte sich gegen die Äußerungen des F.D.P.-Landesvorsitzenden und Bürgermeisters Lüder, daß die Chancen zur Berufsausübung „voll gegeben" seien. Lüder hatte die Tätigkeit der Landes(-überprüfungs-)kommission als „*Beweis für mehr Rechtssicherheit und Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze*" gewertet.

In der Stellungnahme Roloffs heißt es, eine volle Chance zur Berufsausübung sei erst dann gegeben, „*wenn jeder ohne staatliche Behinderung den Beruf seiner Wahl ergreifen kann*". Die gesellschaftliche Schädlichkeit des durch die Überprüfungen erzeugten Anpassungsdrucks sei größer als eine mögliche Gefährdung durch Einstellungen in den Öffentlichen Dienst ohne vorherige Überprüfung. Daher müsse auf eine Abschaffung der Überprüfungen hingearbeitet werden.

***

Westberlin. Die auf Veranlassung des Charlottenburger CDU-Bürgermeisters Legien angeordnete Gesinnungsschnüffelei durch den Verfassungsschutz bei Einstellungen von Reinigungspersonal und Pförtnern (im übrigen auch bei ehrenamtlichen Mitgliedern der Sozialkommission) ist nach Auffassung der Gewerkschaft ÖTV kaum noch erträglich. Verantwortlich für diese Handlungsweise des „Mini-McCarthy" aus Charlottenburg trägt nach Ansicht des Gewerkschaftsorgans „ÖTV-Dialog" auch der Innensenator („Welt", 21.1.78). Eine „*skandalöse Mißtrauenserklärung gegenüber den anerkannten Wohlfahrtsverbänden dieser Stadt*" sieht die Arbeiterwohlfahrt in der politischen Überprüfung von ehrenamtlichen Sozialhelfern („Tsp", 12.1.). Im Rat der Bürgermeister verlangte Innensenator P. Ulrich (SPD) von R. Legien künftig Begründungen für Anfragen an das Verfassungsschutzamt. Andernfalls werde der VS (angeblich) keine Auskünfte mehr geben („Welt", 17.2.78).

***

Schweizer Lehrer, die die freiheitlich- demokratische Staatsordnung bekämpfen, sind für ihren Beruf ungeeignet. Von Erziehern der schweizer Jugend müsse verlangt werden, daß sie an der gesunden Weiterentwicklung des Staates mitwirken. Diese Feststellung traf die von Christlichen Demokraten, Liberalen und Sozialdemokraten gebildete Regierung in Bern („BM", 17.2.78).

***

Westberlin. Ein Flugblatt von PH-Studenten, das an Schüler verteilt wurde, hat die CDU-Abgeordnete N. Greiff zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage gemacht. Die CDU-Abgeordnete charakterisierte das Flugblatt als Stellungnahme in „*unverantwortlicher, agitatorischer und polemisierender Art*" und äußerte die Ansicht, daß die Herausgeber „*sich als angehende Pädagogen disqualifiziert hätten*". Das Flugblatt behandelt das HRG, über dessen Reglementierungen der Lehrerausbildung die Schüler informiert werden sollten.

Die Abgeordnete fragt weiter: „*Was unternehmen der Senat und die PH, die Studenten im einzelnen namhaft zu machen, um ihnen von einer Fortsetzung des Studiums abzuraten, da sie von einer Übernahme in das Beamtenverhältnis sich selbst ausgeschlossen hätten.*"

Die Antwort von Lüder und Glotz: Das Flugblatt enthalte falsche hochschulpolitische Wertungen, die Äußerung solcher Meinungen könne aber nicht zu einer Disqualifizierung führen. Der Senat sei auch nicht der Meinung, „*daß die Abfassung und Verteilung dieser Flugblätter ein Grund sein könnte, die Urheber von der Übernahme in ein Beamtenverhältnis auszuschließen*" („Tsp", 11.1.).

***

Der (revisionistische) Welt-Gewerkschaftsbund, mit Sitz in Prag, hat bei der International Labour Organisation (ILO) in Genf, deren Konvention die BRD anerkennt, Klage eingereicht: Die ILO-Leitung wird daraufhin dem Vorschlag eines Sonderkomitees folgen und die Berufsverbote in der BRD untersuchen. Der Welt-Gewerkschaftsbund hatte am 28. Januar die Verletzung der ILO-Konvention Nr. 111 angeklagt, in der jede Diskriminierung im Arbeitsverhältnis untersagt ist. Der BRD-Radikalenerlaß von 1972, wonach Kommunisten (und sonst irgendwie „Verdächtige") Berufsverbot erhalten, wird als klarer Verstoß gegen die Konvention bezeichnet; elf Fälle, darunter der von Axel Seiderer, dessen Anstellung die Bundesbahn im November 77 verweigerte, wurden vorgelegt.
(„Guardian", 24.2.78)

Buback-Prozeß in Göttingen: Schwere Hürde für die Justiz

Am 6.3. tritt das Göttinger Landgericht an, seinen „Diskussionsbeitrag" zum Thema „Buback-Nachruf" zu leisten. Obwohl die leidenschaftliche Diskussion dieser Frage in der Öffentlichkeit von Oberstaatsanwalt Kutzer ausdrücklich anerkannt wird, scheint das Gericht es vorzuziehen, seine Geistesblitze nicht allzusehr der Öffentlichkeit preiszugeben. Vermutlich wohl wissend, daß es einiger akrobatischer Gedankensprünge bedarf, den vier angeklagten angeblichen Göttinger Urhebern des Bubackartikels „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" nachzuweisen, will das Gericht genau 45 Menschen als „Öffentlichkeit" seine juristischen Kunstgriffe vorführen. Allerdings ist der Wunsch der Justiz, den Prozeß im stillen Kämmerlein durchzuziehen, verständlich, wenn man bedenkt, was von der recht eindrucksvollen Pressekampagne übriggeblieben ist, die einhellig die Meinung propagierte, der Buback-Nachruf verherrliche die Erschießung Bubacks und predige Gewalt und Terror. Die Argumente, die von der Staatsanwaltschaft zur Begründung des Vorwurfs vorgebracht werden, die vier Angeklagten hätten „*in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angegriffen, daß sie zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt haben, sowie diese beschimpft und böswillig verächtlich gemacht haben*" (so steht's in § 130 StGB) — diese Argumente sind geradezu von einer bestechenden Ungereimtheit, daß es wohl einiger Mühe bedarf, darüber eine Gerichtsverhandlung zu inszenieren. Folgende drei „Beweise" bringen den Oberstaatsanwalt zu der Ansicht, die vier Angeklagten müßten für eine Zeit von drei Monaten bis zu fünf Jahren in den Knast wandern:

1. Es gebe eine klar abzugrenzende Gruppe von Personen, die in dem Artikel „beschimpft" werden, nämlich „Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda" — womit nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die Personen gemeint sind, die mit der Bekämpfung des Terrorismus befaßt sind. Allerdings ein recht beachtlicher „Teil der Bevölkerung"! Die Beschimpfungen des „Mescalero" bestehen nun zum einen darin, daß diesem Personenkreis die „dicksten Rechtsbrüche" vorgeworfen werden. Offenbar hat die Staatsanwaltschaft bei ihrer Behauptung, diese Feststellung sei die reinste Volksverhetzung, darauf spekuliert, daß die Abhöraffäre Traube und Stammheim in der Öffentlichkeit sehr schnell in Vergessenheit geraten, und daß die Praktiken des MAD nicht an die Öffentlichkeit dringen. So schrieb selbst der „Spiegel": „*Maihofer und Meier haben sich ihr Vorgehen, den Akten nach zu urteilen, nicht leicht gemacht. Dennoch scheint es so, als hätten sie den schweren Rechts- und Verfassungsbruch nahezu in einer Art von panikartigem Kurzschluß unternommen*" („Spiegel" 10/77) Auch das Düsseldorfer Gericht, das über den Nachdruck des Buback-Artikels zu befinden hatte, konstatiert in seiner Urteilsbegründung: „*Der von ihm* (dem „Mescalero" — Anm. AK) *zitierte Lausch-Angriff auf Traube, die Stammheimer Abhör-Affaire und der Roth-Otto-Prozeß in Köln waren nicht nur bei dem Verfasser des Buback-Nachrufs, sondern in der allgemeinen Öffentlichkeit einer kritischen Betrachtung unterworfen*". Das Gericht dürfte also gut damit beraten sein, diesen Teil der staatsanwaltlichen Beweisführung geflissentlich beiseite zu lassen.

2. Die zweite Äußerung im Buback-Artikel, die nach Meinung von OStA Kutzer das Volk verhetzt, ist die, daß im Kölner Roth-Otto-Prozeß die „*Bubacks die Strategie verfolgen, Personen, die nachweislich nicht geschossen haben, als Polizistenmörder zu verurteilen*". Inzwischen haben die Absetzung des vorsitzenden Richters im Roth-Otto-Prozeß, Draber, wegen Befangenheit und der Freispruch der Angeklagten die Behauptungen des „Mescalero" als Tatsachen bestätigt. Auch in dieser Frage hat die von Kutzer unterstellte „Volksverhetzung" nicht halt gemacht vor Presseorganen mit ansehnlicher Auflage: „*In Köln* (im Roth-Otto-Prozeß — Anm. AK) *scheint, wenn auch in kleinerem Format, ein Über-Stammheim bevorzustehen. Die Anklage lautet auf Mord und versuchten Mord, obwohl keiner der beiden Angeklagten geschossen hat*" („Spiegel" 6/77).

3. Als dritten Beweis für die Volksverhetzung führt Kutzer an, daß der besagte Personenkreis als „staatlich legitimierte Killer" bezeichnet würde, was sich aber bei genauem Hinsehen gar nicht so liest. Im Artikel heißt es wörtlich: „*Wenn in Argentinien oder gar in Spanien einer dieser staatlich legitimierten Killer umgelegt wird...*".

Nachdem die Staatsanwaltschaft mit dieser Beweisführung die Tatsachen schon reichlich strapaziert hat, schiebt sie gleich noch ein Brikett nach, nämlich den Vorwurf, die Angeklagten hätten das Andenken des verstorbenen Herrn Buback verunglimpft. Nachzuweisen gedenkt man dies anhand der Charakterisierung Bubacks als „*Typ*", der oft „*gehetzt*" und bei der „*Kriminalisierung und Folterung der Linken eine herausragende Rolle gespielt hat*". Sehr eindrucksvoll!

Zumal dem Herrn Staatsanwalt angesichts der „*klammheimlichen Freude*" noch ein Interpretationspatzer unterläuft. So schreibt der Verfasser des Buback-Artikels, daß er seine unmittelbare Reaktion, seine „*klammheimliche Freude nicht verhehlen kann (und will)*". Nun wird der aufmerksame Leser sehr schnell erkennen, daß der Zusatz „*(und will)*" sich auf's Verhehlen bezieht — Herr Kutzer bringt's jedoch fertig, daraus zu konstruieren, daß die anfängliche „*klammheimliche Freude*" des Mescacalero zur Stunde noch andauert. Woher er das wohl so genau weiß? Und kann er's auch beweisen?! Wer allerdings glaubt, daß Kutzer aus dieser Einsicht heraus den Angeklagten auch noch ein Vergehen wegen § 140 StGB (Billigung von Straftaten) anhängen will, hat sich getäuscht! Denn laut Anklageschrift fällt diese Gesetzesverletzung gegenüber der zu erwartenden Strafe (!) aufgrund der anderen beiden Delikte nicht ins Gewicht und ist daher ausgeschieden worden. Eine elegante Lösung des Problems, einerseits aufgrund der Kampagne gegen den Göttinger AStA den zentralen Vorwurf, der Nachruf billige das Attentat auf Buback, aufrecht erhalten zu müssen, andererseits wegen der völligen juristischen Unhaltbarkeit dieses Vorwurfs ihn vor Gericht nicht explizit erheben zu können...

Dem Göttinger Prozeß kommt über die Tatsache hinaus, daß es sich hier um die angeblichen Urheber des „Steins des Anstoßes" handelt, insofern eine Schlüsselfunktion zu, als in diesem Prozeß keine Berufungsmöglichkeit besteht. Lediglich bei formalen Fehlern kann es zu einem Revisionsverfahren kommen, das dann gleich vor dem Bundesgerichtshof stattfinden würde, der für seine rigide Urteilsfindung bereits ausreichend bekannt ist. Für alle Bubackverfahren, besonders gegen die 48 Profs und Rechtsanwälte, wird der Göttinger Prozeß somit präjudizierenden Charakter haben.

Allerdings bestätigen die bereits gefällten Gerichtsbeschlüsse die Vermutung, daß es dem Göttinger Gericht noch ziemliche Kopfschmerzen bereiten wird, mit einigermaßen überzeugenden Argumenten in die Diskussion um den Buback-Artikel einzusteigen. Jedenfalls ist man sich in den Reihen der Justiz noch keineswegs einig, wie nun die Lage einzuschätzen sei, wie aus den folgenden Nachrichten aus den Gerichtssälen der BRD deutlich wird:

Heidelberg, 23. und 27.1.78: Dort fand Richter Simon im Prozeß gegen einen angeblichen Nachdrucker, daß im Artikel „*die verfassungsmäßige Ordnung der BRD aus bewußt feindlicher Gesinnung böswillig beschimpft und verächtlich gemacht wird*" (§90 StGB). Bei diesem Herren scheint der Artikel geradezu zu Horrorvisionen geführt zu haben, sieht er beim Lesen schon „*nach der Revolution die maßgebenden Leute zu Schauprozessen vorgeführt*". Nach seiner Meinung soll durch den Buback-Nachruf (der „*Greuelpropaganda gegen unseren Staat*" enthält!) „*wie einst in der Weimarer Republik ... den jungen Leuten eingeredet werden, der Staat, in dem wir leben, sei etwas Verächtliches, eine Republik, die von Killervisagen beherrscht wird*". Und sowas muß natürlich hart bestraft werden, damit die „Meinungsfreiheit" nicht mißverstanden wird. Daß bei alledem auch Herr Buback verunglimpft wird, bedarf nach Auffassung Simons gar keiner weiteren Begründung.

Die Ausführungen dieses sauberen Richters gipfeln in der Feststellung zur Schuld des Angeklagten: „*Es war u.a. Sinn der Veröffentlichung die Diskussion des bewaffneten Kampfes. Schon allein dieser Terminus zeigt, wo der Kommentator steht. Die Handlungen der Terroristen sind nämlich kein bewaffneter Kampf, sondern sind kriminelle Verbrechen. Offensichtlich hält jedoch der Verfasser des Kommentars den sogenannten bewaffneten Kampf für diskussionswürdig und billigt auch damit die Tendenz des Artikels...*". Fazit: 1.200 DM Geldstrafe für den Angeklagten, eine Strafe, die auch aus „*generalpräventiven Gründen nicht zu niedrig ausfallen durfte!*"

Westberlin, 31.1.78. Das Landgericht hat vorerst beschlossen, das Hauptverfahren gegen die wegen Nachdrucks angeklagten zwölf Westberliner Professoren nicht zu eröffnen, weil ihnen nicht nachgewiesen werden könne, daß sie sich mit dem Inhalt des Artikels identifiziert hätten, noch Beihilfe zur Verunglimpfung von Toten oder zur Verleumdung der BRD geleistet hätten.

Allerdings hält das Gericht den Artikel für strafbar im Sinne von § 90 und 189 StGB. Interessanterweise ist das Westberliner Gericht der Meinung, daß eine Verurteilung nach §130 in keinem Fall in Frage kommt, weil „*die beleidigten Gruppen ... nicht deutlich umrissen*" seien.

Bonn, 20.12.77. Dort sprach das Amtsgericht den Angeklagten frei vom Vorwurf der Volksverhetzung, Beschimpfung der BRD und der Billigung von Straftaten. Grund für den Freispruch ist zum einen, daß der Angeklagte sich offenkundig nicht mit dem Artikel identifiziert habe und zum anderen, daß auch über die Beurteilung des Artikels keine ausreichende Klarheit bestehe. Das Bonner Gericht läßt in seinem Urteil offen, inwieweit die in der Presse zitierten Passagen für eine strafrechtliche Beurteilung überhaupt in Frage kommen, bzw. ob im Artikel der „*Gewaltlosigkeit propagierende Tenor*" überwiege.

Düsseldorf, 15. und 21.12.77. In Düsseldorf kam das Amtsgericht zu dem Ergebnis, daß die Angeklagten freizusprechen seien, und zwar einerseits, weil unklar sei, ob sie den Nachdruck überhaupt zu verantworten hätten. Darüber hinaus wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß auch der Buback-Artikel selbst nicht strafbar sei, und zwar weder nach § 90, noch 189 oder 140. Begründet wird dieses Urteil folgendermaßen: 1. „ ... *der Verfasser nimmt jedoch seine klammheimliche Freude nur zum Ausgangspunkt weiterer Überlegungen, um sich später klar auch von dem Mord an Buback zu distanzieren...*". 2. „*Der Verfasser des Nachrufs wollte ... eine politische Aussage machen und wandte sich ... primär an Studenten, die innerlich unsicher bei der Bewertung der Terroristenszene waren*".

Frankfurt. Am weitesten ging ein Frankfurter Gericht beim Freispruch der verantwortlichen Redakteure des „Informationsdienst": „*Den Freispruch den ‚Buback-Nachruf' betreffend begründete der Richter mit dem öffentlichen Interesse, das an diesem Beitrag bestanden habe, auch wenn der Inhalt in einigen Punkten strafbar sei. Eine Veröffentlichung sei aber in der Situation (als alle Medien über Fragmente dieses Artikels berichteten, nämlich die ‚klammheimliche Freude') durch § 5 Grundgesetz (Meinungs- und Pressefreiheit) gedeckt*" („ID", 25.2.). Die geradezu grotesken Widersprüche innerhalb der Reihen der Justiz gehen sogar so weit, daß das Düsseldorfer und das Frankfurter Gericht ausdrücklich auf Artikel 5 des Grundgesetzes hinweisen und damit begründen, daß der Buback-Artikel nicht strafbar sei, während das Westberliner Gericht denselben Grundgesetzartikel herbeizitiert, um das Gegenteil zu beweisen. Während der Düsseldorfer Richter der Meinung ist, daß der Artikel sich nur gegen „*Übergriffe einzelner Repräsentanten*" und somit nicht gegen den Staat als solchen richte, glaubt Richter Simon (Heidelberg), daß mit den „*hervorragenden Vertretern*" der BRD auch gleich die BRD als solche „verächtlich" gemacht werde. Dies alles zeigt nur den politischen Charakter und die totale Willkür jeder Zensur.

Auch das Göttinger Gericht wird es nicht leicht haben, die hochgesteckten Erwartungen der „öffentlichen Meinung" mit diesem Prozeß zu erfüllen und die Angeklagten als leibhaftigen Sympathisanten des Terrors zu überführen. Während der ersten Prozeßwoche (9./10.3.) veranstaltet der AStA Göttingen zusammen mit den angeklagten Professoren in der Uni Göttingen einen Solidaritätskongreß. Ziel sollte es sein, dazu beizutragen, daß der Stein, der die „Sympathisanten" treffen sollte, auf die Jäger zurückfällt.

KHB/Göttingen

Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!

„Im übrigen waren bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat."
Zitat aus einem Urteil gegen eine angeklagte Studentin (9 Monate auf 2 Jahre Bewährung)

Am 9. und 10. März findet in der Uni Göttingen ein Solidaritätskongreß anläßlich des Buback-Prozesses statt, zu dem die Herausgeber der Dokumentation "Buback - Ein Nachruf" und der AStA Uni Göttingen aufrufen.

VERANSTALTUNGSPLAN

1.Tag, 9.März

14.oo Uhr	"Buback - Ein Nachruf -- Ein Ereignis ?" Eröffnungsveranstaltung zur Entstehung, Bedeutung und zu den Hintergründen der 'Mescalero-Affäre' und den Buback-Prozessen mit Sebastian Cobler (Mitgl. des Sekretariats des III. Russell-Tribunals), Erich Fried (Schriftsteller, London) und AStA Uni
anschließend	Arbeitsgruppen und Diskussionsforen -- Politisches Mandat der Wissenschaft; Wissenschaftsfreiheit und Treueerklärungen -- Der Buback-Artikel - eine Provokation ? -- Verrechtlichung politischer Auseinandersetzungen
19.oo Uhr	"Volksverhexer - Revue" oder: "Von einem der auszog und das Fürchten nicht lernen wollte ..." Kulturveranstaltung mit den Bremer Herausgebern, Fachgruppe Germanistik, bekannten Liedermachern u.v.a.
anschließend ab ca. 22.oo Uhr	Nachtmarsch mit einigen Überraschungen

2. Tag, 1o.März

11.oo Uhr	"Der Mescalero bewegt sich außerhalb jeder mitteleuropäischen Zivilisation" (Zitat aus der Räumungsklage des Vermieters gegen einen G6, Mescalero) Veranstaltung zur Frage der 'Selbstausbürgerung' und Ausbürgerung, mit Erich Fried, den West-Berliner Herausgebern und AStA Uni
anschließend	Arbeitsgruppen und Filme -- Treffen der Nachdrucker und der die es noch werden (wollen) -- Film: Wallraf bei Bild-Hannover u.a.
16.oo Uhr	"Verrechtlichung politischer Auseinandersetzungen" Veranstaltung zum Politischen Mandat und zu den Prozessen gegen fortschrittliche Studenten, u.a. mit U. Mückenberger und AStA Uni
19.oo Uhr	"Deutsche Pressefrechheit - oder: Das Medienmonster" Anhand von 4 Beispielen soll auf die 'Gleichschaltung' der Presse eingegangen werden und wie es dazu kommt. Der 'Fall Bissinger' (Stern) und die Frage: Datenverarbeitung statt Redakteurssessel?sollen weitere Themen dieser Veranstaltung zur Entwicklung der Meinungsindustrie sein, u,a. mit Bernd Kirchhoff (dju), Jürgen Roth (freier Journalist), AStA Uni u.v.a.
anschließend	Solidaritätsfest

Spendenkonto für die Buback-Prozesse: Städt. Sparkasse Göttingen, Konto Nr. 18oo 1263, Alwin Merkel

---

Pestel muß nachgeben

Hannover. „*Der des Dienstes enthobene Psychologieprofessor Dr. Peter Brückner darf die Technische Universität in Hannover vorerst wieder betreten*" („Tagesspiegel", 18.2.), jedoch nur dann, „*wenn er sich der politischen Agitation enthält*". Dieses Urteil fällte das Gericht auf Antrag von P. Brückner, gegen den Hausverbot an allen niedersächsischen Hochschulen seit seiner Suspendierung bestand.

Erneute Freisprüche

Göttingen: Das Göttinger Amtsgericht hat erneut einen ehemaligen AStA-Vorsitzenden von der Anklage der „Veruntreuung" studentischer Gelder freigesprochen, die er mit Wahrnehmung des politischen Mandats begangen haben soll. Dabei kam es zu äußerst interessanten Begründungen. So verstößt neben einem Flugblatt, mit dem zu einer Kundgebung des DGB gegen Arbeitslosigkeit aufgerufen wurde, auch die Stellungnahme zu Ereignissen in Chile oder Portugal nicht gegen das Verbot des politischen Mandats, „*wenn darin zumindest auch die Zustände an den dortigen Hochschulen oder zum Beispiel Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit angesprochen würden*" („Frankfurter Rundschau", 2.3.). Damit läßt dieses Gericht zumindest eine Hintertür offen, denn was ließe sich nicht mit den Belangen der Studentenschaft in „Zusammenhang" bringen?

Politische Prozesse

Albartus/Schwall/Schlehuber

Der Prozeß läuft seit dem 16.1.78 vor dem 4. Strafsenat (Staatsschutz) des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Gerd Albartus und Enno Schwall wird die Mitgliedschaft und Hans-Joachim Schlehuber die Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" vorgeworfen. Die Vereinigung soll u. a. einen Brandsatz in das Kino „Gloria-Palast" in Aachen gelegt haben, weil dort der Film „Unternehmen Entebbe" lief. Ein Bericht zur Prozeßeröffnung steht im AK 121.

In der zweiten Prozeßwoche äußerten sich Enno und Hans-Joachim zum Film und zur Anklage. Dann wurden als Zeugen ein Observationsbeamter (Allebrodt), der Enno ins Kino gefolgt war und Kinoangestellte gehört.

Enno erläuterte, warum er und Gerd nach Aachen gefahren waren. Sie hatten erhebliche Kritik an dem Film, der eine israelische Kommandoaktion in Uganda darstellte und verherrlichte, und beabsichtigten, durch Diskussionen mit Kinobesuchern den Charakter des Films aufzuzeigen, um durch eine kritische Öffentlichkeit evtl. eine Absetzung des Films zu erreichen. Da sie observiert wurden, verzichteten sie auf die Diskussionen. Enno bestritt, daß sie irgendetwas mit dem am nächsten Morgen gefundenen Brandsatz zu tun gehabt hätten. Er bestritt ebenfalls, in irgendeiner Verbindung mit Plänen einer Geiselnahme einer Ministerin zu stehen, was ihnen auch vorgeworfen wird.

Hans-Joachim Schlehuber schilderte, wie er, allein weil er Enno Schwall kennt, verdächtigt wurde, jene „terroristische Vereinigung" zu unterstützen. Seine „terroristische Gesinnung" wurde ihm durch einige Bücher angehängt, die bei ihm gefunden wurden! Die Bücher waren in einer Umzugskiste gewesen, die sich vorübergehend in seiner Wohnung befand, und deren Inhalt ihm nicht bekannt war.

Die Vernehmung des Observationsbeamten war äußerlich dadurch gekennzeichnet, daß er anfangs mit einer unbeschränkten Aussagegenehmigung ankam, die während seines Auftritts nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten erheblich eingeschränkt wurde.

Nach seinen Aussagen und den Aussagen von Kinobesuchern und Angestellten sieht die Beweislage für die Staatsanwaltschaft mehr als mager aus:

1. Es ist nicht erwiesen, daß der „Brandsatz" in d i e s e r Vorstellung gelegt wurde (in der Enno war).
2. Es ist nicht erwiesen, daß die Person, die auf dem hinteren Eckplatz saß, den „Brandsatz" legte.
3. Es ist der Staatsanwaltschaft nicht gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß überhaupt einer der beiden Hauptangeklagten, nämlich Enno Schwall oder Gerd Albartus diesen Platz eingenommen haben.

Alle Zeugen konnten nur allgemeine Beschreibungen des vermutlichen Mannes geben, der vor Ende der Veranstaltung aufgestanden war und eine Aktentasche trug. Wenn sie überhaupt glaubten, jemanden wiederzuerkennen, so glaubten sie Gerd zu erkennen, der aber für diese Zeit ein Alibi hat. Die „Beweiskette" der Staatsanwaltschaft besteht darin, daß Enno als erster das Kino verlassen hat – mit einer Aktentasche. Ob sonst jemand eine Aktentasche trug, wurde nicht untersucht, ebensowenig, ob der Brandsatz in der betreffenden Vorstellung gelegt wurde (gefunden wurde er am nächsten Morgen). Da kein einziges Indiz (von Beweisen ganz zu schweigen) eindeutig gegen die Angeklagten spricht, folgert Staatsanwalt Rosenbaum, der Tatverdacht ergebe sich *„aus der Gesamtschau"*. Offensichtlich hatte der Staatsanwalt „eine Vision" oder einen Traum, eine andere Quelle seiner „Gesamtschau" läßt sich jedenfalls nicht ausmachen.

(Informationen laut Prozeßberichte des Prozeßbüros Albartus/Schwall/Schlehuber, Düsseldorf)

***

Pohle-Prozeß

Seit dem 16.1.78 wird vor dem Landgericht I in München gegen Rolf Pohle verhandelt. Dieser hatte 1975, als er gegen Peter Lorenz ausgetauscht wurde, gefordert, daß die Regierung für den nicht ausreisewilligen Horst Mahler trotzdem 20 000 DM zahlt, und zwar an die übrigen Ausreisewilligen, wurde er angeklagt – genauso wie die Bewegung 2.Juni – die BRD räuberisch erpreßt zu haben. Zum Prozeßbeginn siehe AK 122.

Über den weiteren Prozeßverlauf liegen uns derzeit noch keine genaueren Informationen vor. Es soll jedoch auf einen Vorfall hingewiesen werden, der ein bezeichnendes Licht auf die Verhandlungsführung wirft. Die Verdächtigungen, die gegen Verteidiger von „Terroristen" anläßlich vieler Prozesse und Ermittlungsverfahren ausgestreut werden, wurden in München durch eine unerhörte Variante erweitert. Rechtsanwalt Maull muß, bevor er seinen Mandanten besuchen darf, vor den „Sicherheitsbeamten" seine Hose runterlassen!! Er stellte wegen dieser Behandlung den Antrag, das Verfahren auszusetzen. Am 23.2. entschied Richter Diehl, dem Antrag könne nicht entsprochen werden. *„Das Justizministerium hat auf Anfrage des Gerichts erklärt, von den angesprochenen Maßnahmen könne im Interesse der Sicherheit kein Abstand genommen werden"*. Allerdings gestand Diehl zu, die Untersuchung „diskret" im Vorstandsbüro der Justizvollzugsanstalt durchzuführen.

Am 3.3. soll BKA-Chef Herold vernommen werden (lt. „SZ", 24.2.78).

***

Roos/Schulz-Prozeß

Im Mai 76 wurde ein Polizist beim Aufspüren eines vermeintlichen Exhibitionisten erschossen. Wegen dieses Vorfalls wird seit dem 11.1.78 in der Mehrzweckhalle der **JVA Frankfurt-Preungesheim** gegen Johannes Roos und Detlev Schulz verhandelt (siehe AK 123).

Detlev äußerte sich inzwischen zu dem fraglichen Vorfall. Er gab an, der angebliche Exhibitionist gewesen zu sein. Als er zwecks Personenkontrolle abgeführt werden sollte, habe er plötzlich ein „Hände hoch" gehört, habe sich aus Angst vor einer Schießerei losgerissen und sei in den Wald geflüchtet. Er bestritt energisch, daß Johannes Roos am Tatort gewesen sei. Als Grund für seine Flucht bzw. die Furcht vor einer Personenkontrolle gab er an, er sei Ende April 75 untergetaucht, weil er vom BKA belästigt worden sei. Nach seinem Untertauchen habe er aus der Zeitung erfahren, er sei bei dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm ums Leben gekommen.

Johannes kommentierte am Nachmittag desselben Verhandlungstages einen abgelehnten Antrag der Vertrauensanwälte mit *„Scheißladen"*. Der Antrag hatte die Beiordnung der Wahlverteidiger als Pflichtverteidiger gefordert. Der Vorsitzende Spahn hatte gekontert, das sei nicht notwendig, es handele sich um einen ganz normalen Schwurgerichtsprozeß. Er quittierte Johannes' Würdigung der Verhandlungsführung mit zwei Tagen Ordnungshaft, ohne juristische Formalitäten, wie rechtliches Gehör, zu beachten.

Am Schluß dieses Prozeßtages stellte Rechtsanwalt Koch den Antrag, das Verfahren auszusetzen, da offensichtlich noch ermittelt wurde. Während des Prozesses waren ganze Aktenberge aufgetaucht, die die Verteidigung infolgedessen auch noch nicht vor dem Prozeß durcharbeiten konnte. Und darüberhinaus wurde eben **während des Prozesses** noch Belastungsmaterial gesammelt („normalerweise" wird ein Prozeß erst eröffnet, wenn die Staatsanwaltschaft ihr Beweismaterial beisammen hat). Zu den Ermittlungen gehört auch, daß noch während des Prozesses Post von Johannes Roos beschlagnahmt wurde. Staatsanwalt Rammelmeier: *„Es fehlt nur noch ein kleines bißchen"*. Na, wenns weiter nichts ist ... („ID" Nr.218).

***

Köln: Fünf Demonstranten wurden vom Schöffengericht zu Geldstrafen zwischen DM .1200 und 2400 verurteilt, weil sie im November 1974 während einer Demonstration Plakate mit der Aufschrift *„Mord an Holger Meins"* trugen (lt. „Roter Morgen" 8).

IKAH Hamburg

Groenewold- Prozeß: Ausschluß des französischen Verteidigers

Im Groenewold-Prozess zeigte sich Mitte Februar erneut, daß die Bundesanwaltschaft mit allen möglichen Mitteln versucht, die Verteidigung zu behindern: sie beantragte wegen einer Äußerung des französischen Verteidigers Houver zu der Vergleichbarkeit bestimmter Haftbedingungen (Behandlung im Durststreik) in den faschistischen Konzentrationslagern und den westdeutschen Gefängnissen dessen Ausschluß aus dem Verfahren. Dies wurde damit begründet, daß gegen Houver kein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden könne (!), weil er als Ausländer der bundesdeutschen Ehrengerichtsbarkeit nicht unterliegt.

Das bedeutete jedoch nicht, daß die Strafverfolgungsbehörden gänzlich auf eine Anzeige verzichten wollten: es wurde beantragt, die angebliche Äußerung von Houver im Wortlaut zu Protokoll zu nehmen. Begründung: *„Die Protokollierung ist weiter nach § 183 Satz 1 GVG geboten, damit die insoweit zuständige Staatsanwaltschaft Hamburg prüfen kann, ob der durch die Äußerung begründete Verdacht eines Vergehens nach § 90a StGB* (Anm.AK: das ist „Verunglimpfung der BRD") *die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Rechtsanwalt Houver rechtfertigt."*

Das Gericht lehnte diesen Ausschlußantrag ab; dabei dürften wohl weniger Überlegungen über die Wahrung der „Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens" ausschlaggebend gewesen sein als vielmehr die realistische Einschätzung, daß eine Entbindung Houvers von seinen Aufgaben insbesondere in der internationalen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätte.

Die Fragen des Gerichts zielen auf eine Verurteilung ab

Ebenfalls in den letzten Verhandlungstagen hat sich die Einschätzung bestätigt, die schon in AK 122 gegeben wurde:

das Gericht sollte nicht an seinem „verbindlichen Umgangston" gemessen werden, sondern an den Inhalten seiner Prozessführung. An d i e s e m Maßstab gemessen, kann von fairer Prozessführung keine Rede sein.

So wurde Groenewold vom vorsitzenden Richter z.B. gefragt, ob er es nicht als seine Aufgabe als Verteidiger gehalten habe, die Gefangenen zu „resozialisieren". Dabei weiß Richter Dr.Plambeck vermutlich genau, daß die Resozialisierung – jedenfalls vom „Anspruch" her – erst eine Aufgabe des Strafvollzuges und keinesfalls des Verteidigers ist, der vor der Verurteilung tätig ist.

Die Frage kann also nur darauf abzielen, Groenewold durch die Verneinung dieser Frage in den gleichen Topf mit seinen früheren Mandanten zu werfen; was das für eine Verurteilung bedeutet, ist klar.

Noch deutlicher ist dieses Ziel, Groenewold aufgrund seiner vermeintlichen politischen Meinung zu bestimmten Fragen zu verurteilen (Gericht an Groenewold: Sagen Sie mal, wieso haben Sie Herrn Baader mit „Genosse" angeredet?), an folgender Frage geworden: Groenewold wurde von den Bundesanwälten befragt, wieso er nicht versucht habe, seine Mandanten von bestimmten Beweisanträgen abzubringen, die von vornherein „völlig aussichtslos" gewesen seien.

An dieser Fragestellung wird absolut deutlich, daß es den staatlichen Stellen offenbar nicht mehr um die Sanktionierung strafbarer Handlungen geht, sondern um die Bestrafung „unsinniger Beweisanträge". Das bedeutet in der Tat nichts anderes, als daß das Konzept der Verteidigung insgesamt Gegenstand der Anklage ist, wie von den Verteidigern schon lange behauptet.

Das Gericht ist von sich aus dieser diffamierenden Frage der Bundesanwälte nicht entgegegetreten, so daß man annehmen muß, daß es sie nicht für besonders bemerkenswert hielt; was das für die Urteilsfällung bedeuten wird, kann man sich an den fünf Fingern abzählen.

IKAH Hamburg

Solidaritätsveranstaltung mit Kurt Groenewold in Hamburg

Am 2. März fand im Hamburger Audimax eine Solidaritätsveranstaltung für RA Groenewold statt.

An der Podiumsdiskussion nahmen u.a. Prof. Brückner, RA Spangenberg aus Berlin und Prof. Ulrich K. Preuß aus Bremen teil, der Groenewold verteidigt.

Aus München war RA Wächtler anwesend, der den vom Berufsverbot bedrohten RA Gildemeier verteidigt.

Die Veranstaltung war aufgrund von Versäumnissen in der Mobilisierung mit ca. 800 Teilnehmern nicht übermäßig gut besucht.

Nach einer Darstellung der „Fälle" von Groenewold und Gildemeier schilderte RA Spangenberg die Bemühungen der Staatsschutzbehörden, die Verteidigung im „Lorenz-Entführer-Prozeß" zu zerschlagen: Von ehemals 12 Verteidigern sind inzwischen sechs durch Ehrengerichtsverfahren und Verteidigerausschlüsse ausgeschaltet worden.

Demgegenüber stellte Spangenberg dar, wie ein prominenter Nazi heute völlig unbehelligt agieren kann: Es handelt sich um einen in Frankreich in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilten Nationalsozialisten, heute Rechtsanwalt und in Miltenberg/Main Bürgermeister. Dieser Mann wurde von einem britischen Journalisten mit den Taten konfrontiert, derentwegen er zum Tode verurteilt worden ist; dabei konnte er sie nicht bestreiten, stattdessen ritt er auf der Welle: *„Wenn ich das gewußt hätte"*.

Sein Name: Heinrichsson.

In der anschließenden Diskussion auf dem Podium wurden außer allgemeineren Fragen, was z.B. ein politischer Prozeß sei, konkrete Probleme der Verteidigung in solchen Prozessen angesprochen.

Die Veranstaltung endete schließlich mit der eindringlichen Aufforderung zum Prozeßbesuch. Von den Verteidigern wurde dargestellt, daß es einen Riesenunterschied macht, ob ein Richter, der einen politischen Prozeß führt, mit einem vollen Saal konfrontiert ist, oder klammheimlich seine Schweinereien durchziehen kann.

Am nächsten Tag, am Freitag, wurde dann noch dem Gericht und dem Hamburger Justizsenator eine Protestresolution übergeben, die von über 100 Anwälten unterschrieben war und mit der gegen das Verfahren gegen Groenewold protestiert wurde.

IKAH Hamburg

Neues Ehrengerichtsverfahren gegen RA Heldmann - Teilberufsverbot gefordert!

Die Staatsanwaltschaft beim Frankfurter Oberlandesgericht hat ein neuerliches Ehrengerichtsverfahren gegen RA Heldmann eingeleitet.

Nach dem Tod seines Mandanten Andreas Baader versuchen die Staatsschutzbehörden nun offenbar, auch seinen Verteidiger auszuschalten; der Zusammenhang ist relativ offensichtlich: Heldmann hat auch in der (vor allem) internationalen Öffentlichkeit seine Zweifel an der Selbstmordstory des BKA geäußert. Die Vorwürfe, die gegen Heldmann nun ein sofortiges Berufsverbot begründen sollen, liegen teilweise schon d r e i Jahre zurück!

„Standesverfehlung": Pressemitteilung

Der erste Komplex der Vorwürfe gegen Heldmann besteht darin, daß er im März 1975 in einem Ermittlungsverfahren gegen Brigitte Heinrich deren Inhaftierung kritisiert und die langdauernde Untersuchungshaft als „Kriminalisierung" bezeichnet hatte. Außerdem war in der Presseerklärung die Erklärung enthalten, daß aus den Haftbedingungen der Schluß gezogen werden müsse, daß das BKA und der BGH den Tod von Brigitte Heinrich in Kauf nehmen würden. Eine weitere Pressemitteilung und ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Schriftsatz enthielten ähnliche Behauptungen.

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt prüft jetzt nicht aber, ob da was dran ist, oder welche Haftbedingungen für Brigitte Heinrich seinerzeit gegeben waren; stattdessen steht fest, daß Heldmann sich schwer gegen seine Berufspflichten (durch die Verteidigung?!!) vergangen haben soll.

Die Willkür dieser Anschuldigungen wird daran deutlich, daß jetzt, drei Jahre später, diese Sachen ausgegraben werden. Die Vermutung liegt nahe, daß irgendein Mitarbeiter der Staatsschutzstellen darauf angesetzt worden ist, auch noch so fadenscheiniges Belastungsmaterial gegen Heldmann zusammenzusuchen.

Mal wieder: Äußerungen in Stammheim

Die Absurdität des neuen Verfahrens wird besonders an folgendem Vorwurf deutlich. Der Anschaulichkeit halber der Vorwurf, so wie er in der Anschuldigungsschrift steht: *„Der Rechtsanwalt hat sich in dem Strafverfahren gegen Andreas Baader u.a. vor dem Zweiten Strafsenat des OLG Stuttgart zeitweise auf Agitation beschränkt und dabei u.a. immer wieder Verfahrensbeteiligte verunglimpft. So titulierte er am 27.1.1976* (!) *den Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Holland, als ‚Spaßvogel'* (!). *Am gleichen Tage störte er die Hauptverhandlung durch unverständliche Zwischenbemerkungen* (!), *ohne, daß ihm zuvor das Wort erteilt worden war."*

Mal abgesehen davon, daß es wohl eher als ein Kompliment aufzufassen sein dürfte, wenn sogar ein Bundesanwalt als „Spaßvogel" bezeichnet werden kann, müssen die äußeren Umstände kurz geschildert werden: Direkt zuvor hatte Holland nämlich einen Verfahrensbeteiligten Verteidiger verunglimpft: *„Völlig richtig, Herr Zeuge. Offensichtlich ist ihre Auffassungsgabe doch größer als die von Herrn Rechtsanwalt Geulen"*.

Soweit bekannt, ist gegen Holland kein Verfahren eingeleitet worden.

Die weiteren Vorwürfe sind öffentliche Äußerungen

Schließlich wird Heldmann vorgeworfen, den Stammheimer Prozeß in seinem öffentlichen Schlußplädoyer als ein Verfahren kritisiert zu haben, das einen gewissen Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu verzeichnen habe. Heldmann soll von einem *„Muster für eine Zerstörung der Strafverteidigung"* geredet haben.

Gerade nach der Öffentlichkeitsarbeit von Heldmann zu den Stammheimer Todesfällen vom 18.10.77 vermerkt die Justiz folgendes besonders: Einen Auftritt im holländischen Fernsehen, in dem Heldmann sagte, die Selbstmordthese über den Tod von Ulrike Meinhof sei *„bereits heute (2.9.76) als unwahr zu erkennen"*.

Angesichts des Gesamtbildes der Vorwürfe bleibt nur eine Schlußfolgerung: Aus allen Strafverfahren ausschalten, weil er mit seiner Kritik an dem „Rechtsstaat" nicht zurückhält. Da die Kritik vom Staat als schwere Standespflichtenverletzung angesehen wird, wird nunmehr offenbar auch von den Anwälten verlangt, sich selber einen Maulkorb umzuhängen – in der „freiheitlichsten" Demokratie, die es je auf deutschem Boden gab.

IKAH Hamburg

Bonner Rathausbesetzung demnächst vor Gericht

Am 10. April 1973 traf der damalige südvietnamesische Diktator Thieu zu einem Staatsbesuch in Bonn ein. Dagegen fanden an diesem Tag mehrere, von verschiedenen Organisationen durchgeführte Demonstrationen und Aktionen in Bonn statt. Am spektakukärsten war dabei die Besetzung des Bonner Rathauses durch eine große Gruppe von Demonstranten, während gleichzeitig vor dem Rathaus Barrikaden errichtet wurden, um einen Angriff der Polizei zu stoppen. Erst nach etwa einer Stunde konnten Polizei-Truppen, herzhaft mit einem Hagel von Steinen und Flaschen empfangen, das Rathaus stürmen. Alle Rathausbesetzer – bis auf einen, der festgenommen wurde – hatten sich vorher zurückziehen können. Diese Rathaus-Besetzung wurde zum Vorwand für eine Verbotskampagne vor allem gegen die „KPD" sowie gegen deren Studentenorganisation KSV genommen.

Im März – falls keine Verschiebung notwendig wird – soll nun die juristische „Aufarbeitung" der damaligen Aktion beginnen. Es stehen dazu drei Prozesse an, nämlich:

1. Gegen acht Demonstranten (Die „KPD" spricht von *„Freunden und Genossen"*), die angeblich auf Fotos als direkte Teilnehmer der Rathaus-Besetzung identifiziert wurden. Unter ihnen sind Thomas Luczak, führendes Mitglied der „KPD" in NRW, und Klaus Fritsche, führendes Mitglied der „Liga gegen den (Sozial-) Imperialismus".
2. Gegen acht (oder sieben?) Demonstranten, die v o r dem Rathaus an der Abwehr gegen die Polizei-Angriffe beteiligt gewesen sein sollen. Dabei geht es um „Landfriedensbruch" bzw. „schweren Landfriedensbruch".
3. Gegen Christian Semler und Jürgen Horlemann (beide ZK der „KPD") sowie gegen Christian Hommerich, damals 1. Vorsitzender der „Liga", wegen Planung und Leitung der Besetzung. Hilfsweise kommt noch die Anklage hinzu, einen „Aufzug ohne Anmeldung" durchgeführt zu haben.

Das formaljuristische Material für den dritten und politisch bedeutendsten der drei Prozesse scheint nach der vorliegenden Anklageschrift „dicht" zu sein. Das heißt, die Justiz kann nicht nur nachweisen, daß die „KPD" und die „Liga" die Planung und Leitung der Besetzungsaktion durch ihre Organisationen öffentlich bekanntgegeben haben, sondern sie kann auch nachweisen, daß speziell Semler und Horlemann diese Version im Fernsehen vertreten haben, daß Hommerich als Presseverantwortlicher entsprechender Flugblätter in der „Liga" fungiert hat, und daß überdies beschlagnahmte interne Dokumente der „KPD" über eine Sitzung ihres ZK am 9. April 1973 vorliegen, auf der die Besetzungsaktion vom 10. April beraten wurde und an der u.a. nachweislich auch Semler und Horlemann teilnahmen.

Den Angeklagten droht eine Strafe von mindestens einem bis zehn Jahren Haft. Außerdem wird von ihnen in Zivilverfahren noch „Schadenersatz" verlangt, nämlich ca. 147.000 Mark für Sachschäden im Rathaus und ca. 50.000 Mark für Schäden außerhalb des Rathauses, zusätzlich die zu erwartenden hohen Prozeßkosten. „KPD" und „Liga" haben erklärt, daß die Schäden in erster Linie durch den Polizei-Einsatz verursacht wurden.

Der „KPD" ist zuzustimmen, daß die damalige Aktion – unbeschadet der Frage, ob diese Aktion taktisch richtig war – aufjeden Fall g e r e c h t f e r t i g t und a n g e m e s s e n war angesichts der Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Statthalter-Regimes am vietnamesischen Volk und angesichts der Rolle der BRD in dieser Sache. Die Aktion war nicht weniger gerechtfertigt als etwa die Besetzung eines AKW-Bauplatzes. Das Besondere an diesem Prozeß ist, daß hier die bloße Teilnahme an der Aktion – ohne konkrete Vorwürfe – und darüberhinaus auch die Planung der Aktion bestraft werden soll.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Justiz die Gelegenheit nutzen würde, um auf diese Weise führende Mitglieder der „KPD", speziell ihren Vorsitzenden Christian Semler, für längere Zeit „aus dem Verkehr zu ziehen". Zu erwarten ist auch, daß die Diskussion um ein „K-Gruppen"-Verbot wieder belebt werden wird. Chancen haben dabei insbesondere der Plan, „K-Gruppen" und DKP für „verfassungsfeindlich" erklären zu lassen, aber ein Verbot erst d a n n auszusprechen, wenn die betreffende Organisation gewalttätige Aktionen unternimmt. Dies würde vor allem die vom Staat derzeit noch erwünschte Schonung der DKP legitimieren.

Gegen die Thieu-Prozesse sollte von allen Demokraten und Antiimperialisten klar Stellung genommen werden!

Die „KPD" hat inzwischen ein Solidaritätskomitee gegründet, dem sie offenbar ihre „antihegemonistische" Linie unterjubeln will. So heißt es z.B. Jürgen Horlemann für sinnvoll, bei den Vorbereitungsgesprächen hervorzuheben, „daß der Hauptschlag gegen den russischen Sozialimperialismus gerichtet werden müsse" und daß „man sich vor denen in Acht nehmen (müsse), die unter dem Segel des ‚proletarischen Internationalismus' Aggressionsakte in vielen Teilen der Welt, wie in Angola, verüben" (lt. „Beiträge gegen den Bonner Thieu-Prozeß", Rundbrief der „Indochina-Hilfe"). Christian Semler gar hielt es für nötig, sich in einem Interview zum Thieu-Prozeß von den „Terroristen" zu distanzieren – und zwar nicht etwa p o l i t i s c h, sondern mit der Behauptung: „Diese Leute nutzen dem KGB (sowjet. Geheimdienst – Anm. AK) bzw. handeln in seinem Auftrag" („Rote Fahne", 1.2.78). Diese Linie kann für die Solidarität zu den Prozessen nur schädlich sein.



Zum 8. März möchten wir auf neue Frauenliteratur hinweisen. Die hier angekündigten Bücher beschäftigen sich vornehmlich mit dem Thema Repression und Gewalt gegen Frauen. Dies ist ein Ausdruck dafür, daß sich die Frauen heute verstärkt mit diesem Problem konfrontiert sehen und den Kampf dagegen aufnehmen.

S. Brownmiller
Gegen unseren Willen
Vergewaltigung und Männerherrschaft
S. Fischer Verlag 28.–

Eine sehr gründliche und äußerst materialreiche Darstellung des historischen gesellschaftlichen Hintergrundes der Vergewaltigung. Anhand von zahlreichen Beispielen (deutscher Faschismus, Vietnamkrieg, rassistische Motive, Pogrome, Minderheitenverfolgung) beschreibt sie, wie die Vergewaltigung als ein entscheidendes Machtinstrument des Mannes gegenüber der Frau benutzt wurde und wird. Die Vergewaltigung als Methode zur systematischen Einschüchterung aller Frauen durch alle Männer ist der Leitgedanke dieses Buches, in dem sowohl die psychologischen Herrschaftsmechanismen als auch die Rechtfertigungsideologien einer scharfen Kritik unterzogen werden. Es ist nicht nur Analyse sondern zugleich auch massive Anklage gegen diese erschreckende Form der Frauenunterdrückung.

erschreckende Form der Frauenunterdrückung.

A. Krantz
Schrei leise Liebling,
die Nachbarn könnten dich hören
Selbstverlag 7.50

Eine Foto-Bildergeschichte, die über Marlene (34, verheiratet, Zwillinge, 4 Jahre) berichtet, die wie Millionen andere Frauen in Familienalltag und -nacht ihre „ehelichen Pflichten" erfüllt und daran immer mehr verzweifelt. Das Zusammentreffen mit einer alten Freundin hilft ihr, einen Weg zu finden, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren, sie schließt sich einer Frauengruppe an.

Gewalt
Werkstatt schreibender Frauen 6.–

Beiträge von 11 Frauen erzählen von der „kleinen alltäglichen Gewalt", die sich täglich in unserer Umgebung abspielt und die wir oft schon als selbstverständlich hinnehmen. Sie wollen Gewalt sichtbar machen, damit wir hellhöriger werden und nicht erst reagieren, wenn Gewalt „schlagzeilenwürdig" ist.

M. Dürkop/G. Hardtmann
Frauen im Gefängnis
Edition Suhrkamp 916 8.–

Dieses Buch handelt von Frauen, die in der BRD oder Westberlin in Haft sind. Die Beiträge stammen teilweise von ihnen selbst. Es will die besonderen Benachteiligungen aufzeigen, denen Frauen im Stafvollzug ausgesetzt sind, und die Notwendigkeit einer Verbesserung der Haftbedingungen vor Augen führen.

Weiberkladde

Aufgeschreckt von der aktuellen Verschräfung des politischen Klimas in der BRD hat die Uni-Frauengruppe Münster eine Zeitung gemacht. Schwerpunkt der Ausgabe sind neben frauenspezifischen Fragen, Hochschulprobleme, Frauen in der 3. Welt und sehr viele Einzelbeiträge zu aktuellen BRD-Verschärfungen („Sympathisantinnen", AKW, Zivildienst-Arbeitsdienst-Arbeitsdienst für Mädchen usw.) Die Zeitung soll unregelmäßig weitererscheinen.

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Am 15.2.1978 wollte die Mutter von Sabine Schmitz, Frau Cullen, diese in Stuttgart-Stammheim besuchen. Eine Besuchererlaubnis ohne Einschränkungen lag vor. Kurz vor dem Zusammentreffen wurde im Besucherraum eine „Hausverfügung" vorgelesen, aus der folgende Besuchseinschränkungen hervorgingen:

- *Körperkontakte mit den Gefangenen sind auf einen kurzen Händedruck bei der Begrüßung zu beschränken.*
- *Informationen aus der Terroristenszene und aus diese unterstützende Gruppen sind im Gespräch verboten.*
- *Über die Verhältnisse in der Anstalt und in anderen Vollzugsanstalten darf nicht gesprochen werden.*
- *Gespräche über Hunger- und Durststreiks sowie Selbstmord sind verboten.*
- *Bei Zuwiderhandlung kann der Besuch sofort abgebrochen werden.*

Sabine Schmitz und ihre Mutter lehnten unter diesen Umständen die Durchführung des Besuchs ab. Frau Cullen legte Beschwerde ein.

„Begründung:
Ich weiß, daß meine Tochter sich vor und nach jedem Besuch nackt ausziehen und durchsuchen lassen muß. Ich selbst werde vor jedem Besuch am ganzen Körper abgetastet und durchsucht. Ich kann daher nicht einsehen, weshalb ich meine Tochter bei der Begrüßung und beim Abschied nicht umarmen soll, wenn noch dazu zwei Kontrollbeamte dabei im Raum anwesend sind, die uns beobachten. Welche Bedeutung ein solcher ‚Körperkontakt' für einen Menschen hat, der sich seit länger als einem Jahr in Einzelhaft befindet, brauche ich wohl nicht hervorzuheben.

Ich verwahre mich auch entschieden gegen den Verdacht der Übermittlung von Informationen aus der Terroristenszene. Ich bestehe aber darauf, daß mir bei einem Gespräch mit einer Gefangenen so viel Freiraum gelassen wird, daß ich mit ihr über ihre Haftbedingungen und die Verhältnisse in der Vollzugsanstalt sprechen kann. Ich möchte auch das Recht für mich in Anspruch nehmen können, mit meiner Tochter über das Ergehen und die Haftsituation anderer Gefangener zu sprechen, die das gleiche Schicksal trifft wie sie, an denen ich ebenfalls Anteil nehme und mit deren Angehörigen ich in Verbindung bin im gemeinsamen Bemühen um die Verbesserung der Haftbedingungen der Gefangenen. Diese Dinge sind es in erster Linie, die wir Gefangenen bewegen und über die zu sprechen für ihn wichtig ist.

Soll ich vielleicht mit meiner Tochter über die neueste Frühjahrsmode sprechen, über Kochrezepte oder das Wetter?

Ich bin so vermessen, etwas mehr Menschlichkeit im Strafvollzug zu fordern – auch in dieser Zeit, in der Übereifer und Hysterie auf diesem Gebiet Wellen schlagen!" („Informationsdienst" Nr. 218).

***

Karlruhe. Am 22.2. hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß Beschuldigten, bevor sie Zeugen gegenübergestellt werden, Haar und Bart zwangsweise verändert werden dürfen, wenn das der Indentifizierung des Betreffenden als Person oder Täter dient. Der 2.Senat des BVG erklärte, dies sei keine Verletzung der Menschenwürde, es sei ja nur vorübergehend und *„im Interesse überwiegender Belange des Gemeinwohls"*. Ein besonderer Tatverdacht brauche nicht vorzuliegen, ebensowenig müsse es sich um eine schwere Straftat handeln!!!

Das Urteil war zustandegekommen, weil Roland Mayer, der seit dem 1.12.76 in U-Haft sitzt, einer derartigen Frisurveränderung unterworfen worden war. Er hatte sich wegen der entsprechenden Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof beschwert und war, nachdem dieser abgelehnt hatte, bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen (lt. „Süddeutsche Zeitung", 23. 2.).

IKAH

Vorschlag für eine

Knast-Veranstaltung

Liebe Freunde und Genossen!

Im Dezember gab es in Hamburg eine Veranstaltung zur Heimerziehung mit betroffenen Erziehern, Jugendlichen, Fürsorgern etc. Ziel der Veranstaltung war es, die katastrophalen Zustände in den Heimen aufzuzeigen. Im Anschluß bildeten sich Arbeitsgruppen mit verschiedenen Schwerpunkten, wie Jugendselbsthilfe, Erziehergruppe und ein regelmäßig tagendes Arbeitsplenum.

Wir, die Gefangenenselbstinitiative (GSI) und das Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) wollen an diesen guten Erfahrungen anknüpfen und planen eine Großveranstaltung zum Thema Knast. Wir möchten hiermit alle Initiativen, Gruppen und Organisationen, die zu diesem Thema arbeiten oder daran Interesse haben, einladen, die Veranstaltung mitzutragen und/oder zu unterstützen. Wir werden darüber hinaus auch Knastgruppen und sachkundige, engagierte Persönlichkeiten aus dem übrigen Bundesgebiet zur Teilnahme auffordern.

Vorfälle wie in Stammheim/Stadelheim und die Häufung der Selbstmorde in Hamburg-Fuhlsbüttel werfen ein kleines Licht in das tiefe Dunkel der deutschen Knäste und zwingen uns dazu, hier endlich mehr Öffentlichkeit zu schaffen.

Nach den Gefängnisskandalen in Mannheim und in der Glocke war die Diskussion um den Strafvollzug schnell wieder versandet. Nach den spärlichen Liberalisierungsversuchen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre ist die Tendenz heute, die Knäste wieder zu "schließen", die wenigen Knastgruppen, die es noch gibt, zu kriminalisieren und insgesamt eine schärfere Gangart einzulegen.

Mit der Veranstaltung wollen wir erreichen, daß der heutige Knastalltag und die völlige Entrechtung der Menschen hinter den Mauern bekannter werden. Es muß gelingen, wieder eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen und Ansätze zu einer wirkungsvollen Knastarbeit zu entwickeln.

Für die Veranstaltung – die nach unserer Vorstellung Ende März/Anfang April in Hamburg stattfinden soll – haben wir uns vorgenommen, in Referaten, Erfahrungsberichten und Diskussionsbeiträgen zu folgenden Fragen zu informieren:

1. Die allgemeine Lage im Knast (Reformpläne und Wirklichkeit).
2. Die konkrete Situation der Gefangenen (Zellengröße/Ausstattung, Arbeitsbedingungen, medizinische Versorgung, Sanktionen, "Resozialisierung").
3. Kriminalisierung der Knastgruppen und Widerstand.

...

Um über diesen Vorschlag zu diskutieren und die Veranstaltung vorzubereiten, wollen wir uns am 12. März um 17.00 Uhr im Kinderhaus, Heinrichstr. 14 a, treffen.

Kontakte über:

GSJ 2 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 225
Tel.: 43 32 96

IKAH 2 Hamburg 19, Methfesselstraße 41
c/o Theis Tel.: 491 28 49



frauen



Frauenbewegung bereitet Kongresse von Köln und Frankfurt vor

Ende Oktober 1977 wandte sich das Nürnberger Frauenzentrum in einem Offenen Brief an die Frauenbewegung in der BRD und Westberlin und schlug vor, eine breite Diskussion über die gesellschaftliche Situation und die sich verschärfenden staatlichen Angriffe zu beginnen.

Dazu schlug das Nürnberger Frauenzentrum einen nationalen Frauenkongreß vor, der mit regionalen Treffen vorbereitet werden sollte. Diese regionalen Vorbereitungstreffen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Vorbereitungstreffen haben in Nürnberg, Bremen, Gießen, Münster, Kiel und in Hannover stattgefunden. Nach unserem Überblick haben sich insgesamt über 350 Frauen aus knapp 40 Städten beteiligt.

Auf den meisten Treffen wurden anfangs Erfahrungen ausgetauscht, wie sie besonders während und nach der Schleyer-Entführung gemacht wurden. Die Hetze in der bürgerlichen Presse, speziell auch gegen politisch aktive Frauen, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Frauen berichteten, wie Nachbarn anfingen, sich mißtrauisch nach ihren Wohnverhältnissen, nach späten Besuchern etc. zu erkundigen und häufig auf Beobachtungsposten standen. Das eskalierte bis zu Hausdurchsuchungen durch die Polizei, die in einem Fall offensichtlich auf eine Denunzierung von Nachbarn zurückzuführen war. Eine Gruppe von Frauen aus Hannover hatte zu diesem Themenkomplex ein Papier für das regionale Frauentreffen vorbereitet.

Einige Frauen auf dem Hannover-Treffen stellten fest, daß sie damit begonnen hätten sich selbst zu zen-
Treffen stellten fest, daß sie damit begonnen hätten sich selbst zu zen-
sieren, etwa andere Begriffe zu wählen, um nicht anzuecken — z.B. Schwangerschaftsberatung statt Abtreibungsberatung.

Große Betroffenheit bestand auf dem Bremer Treffen anläßlich der Verhaftung der AKW-Gegnerin Linda, und auf dem Hannover-Treffen durch das Berufsverbot, das gegen die Hamburger Rechtsanwältin Petra Rogge geplant ist.

Frau war sich einig , daß diese bedrohliche Entwicklung gestoppt werden muß. Die Zeit der Beschränkung auf Selbsterfahrungsgruppen müsse vorbei sein; gemeinsame Handlungsmöglichkeiten wurden diskutiert.

Wir wollen einige voneinander abweichende Vorstellungen wiedergeben, die bei diesen Diskussionen auftraten. Ein wesentlicher Punkt dieser Auseinandersetzung war die Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Einige Frauen aus Hannover meinten, daß Veranstaltungen und Flugblätter nicht viel bringen würden, sondern daß man andere Widerstandsformen finden müsse. So meinten sie auch bezüglich des Kongresses, daß sie keine Lust hätten, drei Tage lang zu diskutieren, sondern sie wollten drei Tage lang ,,agieren": ,,proletarisch einkaufen gehen", sich als ein Angriffsziel die Sex-Shops in Frankfurt vorzunehmen u.ä. etc.

Extremer wurde dieser Standpunkt auf dem Bremer Treffen von ,,Antifa"-Frauen vertreten: Sie wollten sich nicht ,,auf die Ebene der Massen herunterlassen", sie seien eben weiter, wollten ihren Widerstand ,,vorleben". Wer das gut findet, kann ja mitmachen!...

Auf dem Gießener Treffen lag ein Papier vor, das sehr entschieden Kritik an der ,,Frauenflaute", an dem Rückzug ins Private, übte. Die Frauenbewegung wurde darin aufgefordert, sich einen eigenen Standpunkt gegen die Repression zu erarbeiten und sich nicht bloß in Abgrenzung zur Linken zu definieren. Konkreter faßte diesen Standpunkt eine Arbeitsgruppe auf dem Bremer Vorbereitungstreffen: Sie sprach sich mehrheitlich dafür aus, das Russell-Tribunal zu unterstützen, Antirepressionsaktivitäten zu unterstützen, Veranstaltungen und Kongresse zu initiieren.

Die Hannover-Frauengruppe wies in ihrem Papier darauf hin, welch enorm wichtige ,,Zielgruppe" die Frauen in der bürgerlichen Politik (gerade im Faschismus) darstellen, und wie sich die herrschende Klasse darum bemüht, die Frauen für ihre Politik zu gewinnen.

Mehrheitlich wurde sich auf allen Vorbereitungstreffen für die Notwendigkeit einer stärkeren Öffentlichkeitsarbeit ausgesprochen. Dies war ja auch ein wesentlicher Punkt beider Kongreß-Vorschläge, sowohl des Nürnberger als auch des Kölner Frauenzentrums. Zitat aus dem Protokoll des Nürnberger Treffens am 22.12.77: ,,*Es wurde der Vorschlag gemacht, daß die Frauengruppen sich wegen der verschärften Angriffe in stärkerem Maße als bisher an Aktionseinheiten mit linken und demokratischen Organisationen beteiligen — zum einen, um aus der Isolierung als Frauengruppe herauszukommen, um bei allen Antirepressions-Aktivitäten den besonderen Frauenaspekt aufzuzeigen, aber auch, um in anderen Organisationen die Diskussion über die besondere Unterdrückung der Frau voranzutreiben*".

Und ein Zitat aus dem Aufruf zum Kölner Kongreß: ,,*Wir glauben in den vergangenen Jahren Zeit genug gehabt zu haben, uns in den Frauenzentren zu formieren, zu solidarisieren, d.h. wir dürfen nicht mehr länger in der heilen Welt des Zentrums untertauchen, während draußen Frauen unterdrückt, verachtet werden. Wir müssen endlich jeder Form von Gewalt an Frauen entschlossen und öffentlich entgegentreten ... Nur wenn wir endlich unsere Wut in die Öffentlichkeit tragen und in konkrete politische Aktivität umsetzen, können wir aufrütteln, können*
Wut in die Öffentlichkeit tragen und in konkrete politische Aktivität umsetzen, können wir aufrütteln, können
wir systemverändernd wirken".

Trotz bestehender inhaltlicher Differenzen ist es auf mehreren Regionaltreffen zu Ansätzen einer guten Zusammenarbeit gekommen.

Auf dem norddeutschen Vorbereitungstreffen in Hannover verabschiedeten die Frauengruppen einstimmig einen Brief an die vom Berufsverbot bedrohte Rechtsanwältin Petra Rogge, in dem sie ihr die ihnen mögliche Unterstützung zusagten.

Den detailliertesten schriftlichen Vorschlag für gemeinsame Aktivitäten legte das Nürnberger Vorbereitungstreffen vor: Es wurden Straßenaktionen mit Flugblättern und Stellschildern unter dem Thema ,,Wir sind Terroristinnen, wir sind gegen den § 218" beschlossen ; des weiteren kleine Veranstaltungen zum Thema ,,Zusammenhang zwischen Frauenarbeitslosigkeit und reaktionärer Ausrichtung des Frauenbildes", Filmveranstaltungen zur Solidarität mit Margit Czenki, eine Plakatserie zum Thema ,,Frauen und Faschismus", eine Veranstaltungsreihe zum Thema ,,Terrorismus — oder Anpassung?" etc.

Dies sind jedoch nur einige Beispiele geplanter Aktivitäten. Vielerorts werden die Kongreß-Vorbereitungen verbunden mit gemeinsamen Veranstaltungen und Festen zum 8. März .

Auf dem Gießener Treffen traten zwei Standpunkte bezüglich des Zwecks des Frankfurter Kongresses auf. Zum einen die Meinung, den Kongreß zu einer Art Tribunal zu machen mit hauptsächlich demonstrativer Wirkung nach außen; der andere Standpunkt beinhaltete, den Kongreß für eine ,,Selbstverständnis"-Diskussion zu nutzen. Verbunden war diese Meinung teilweise mit Äußerungen wie ,,Wir haben die Nase voll von diesem frauenspezifischen Kram!"; der Frankfurter Kongreß habe die Aufgabe, ,,die linke Frauenbewegung zu sammeln".

Diese sektiererische Einengung ist ähnlich verkehrt wie der entgegengesetzte Standpunkt, daß nämlich die Frauenbewegung gar kein Interesse am Kampf gegen die staatliche Repression habe, daß sie sich nicht davon betroffen fühle.

Beide Kongresse sind Kongresse der Frauenbewegung — Ausdruck ihres Kampfes gegen die Repression. Die beiden Kongresse alternativ zu sehen, hieße, die Spaltung der Frauenbewegung zu stabilisieren.

Der Kongreß in Frankfurt

Die Nürnberger Frauen haben inzwischen ihr Programm für die Durchführung des Kongresses verschickt. Es soll folgendermaßen aussehen:

Am Freitagabend (10.3.) geht es um 20 Uhr los mit einem allgemeinen Plenum, auf dem von der Repression direkt betroffene Frauen ihre Fälle darstellen: Eleonore Poensgen, Sibylle Haag, Frauen vom Frauenhof Gaiganz und vom Frauenzentrum Bockenheim, die im Rahmen der § 218-Verfolgung von einem Bullenkommando überfallen worden waren.

Am Samstag beginnt um 9 Uhr das Plenum mit der Vorstellung der Arbeitsgruppen. Die Aufteilung in Kleingruppen beginnt um 10.30 Uhr. Für die Mittagspause zwischen 12 und 14 Uhr ist für Essen in den umliegenden Kneipen gesorgt.

An Arbeitsgruppen sind bisher folgende Themenbereiche vorgeschlagen:

1. Frauen und Faschismus
2. Stellung der Frauenbewegung zur Solidarität mit politischen Gefangenen
3. Frauenbild in den Medien, Terroristinnenhetze, Heim- und Herd-Ideologie
4. Frauen und Militanz
5. Frauenbewegung zwischen Rückzug und politischem Engagement
6. Genossen auf der Straße — Faschisten im Bett?... Zu den Auseinandersetzungen um den Neochauvinismus in der Linken.

schisten im Bett?... Zu den Auseinandersetzungen um den Neochauvinismus in der Linken.

Das sind die Arbeitsgruppen, die bisher feststehen. Die Frauen betonen jedoch, daß sie jederzeit von den Teilnehmerinnen erweitert und ergänzt werden können und sogar sollen.

Der Samstagabend soll der individuellen Gestaltung überlassen bleiben. Die Frankfurter Frauen wollen aber auch versuchen, entsprechende Räumlichkeiten zum Feiern zu organisieren.

Am Sonntag treffen sich alle Frauen um 10 Uhr zum abschließenden Plenum. Danach oder während dieses Plenums soll eine Pressekonferenz stattfinden.

Die genaue Adresse: Frankfurt/Main, Universität, Studentenhaus, Pupille, Jügelstraße. Anmeldungen bitte an das Frauenzentrum Bockenheim, Frankfurt/Main, Landgrafenstraße 13, Telefon: 0611 / 77 82 88.

Die Planung für den Kölner Kongreß

Die Kölner ,,Frauenbefreiungsaktion" plant ebenfalls einen Kongreß gegen Gewalt gegen Frauen, vom 28. bis 30.4.78. Auf diesem Kongreß sollen a l l e Bereiche der Unterdrückung der Frauen behandelt werden, so z.B. (Auszug aus dem vorläufigen Themenkatalog der Kölner Frauen):

— Gewalt in der Familie, in der Erziehung, im Beruf, in der Rechtsprechung (hierunter fallen auch alle Bereiche der allgemeinen Repression gegen Frauen);
— Gewalt gegen Frauen in staatlichen Institutionen (also z.B. auch in Erziehungsheimen, Fürsorge etc.);
— Frauen und finanzielle Versorgung;
— Gewalt gegen Frauen in den Medien, in Kunst und Literatur, im Konsumbereich, in der Sexualität, durch die Kirche, in der Medizin.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem reichhaltigen Themenkatalog, den die Kölner Frauen aufgestellt haben und der im Grunde a l l e n Frauen aus der Frauenbewegung die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit einzubringen und darüber eine Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung zu beginnen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauenzentrum Bremen: Solidarität mit Irmgard Möller!

,,Liebe Frauen,
viele von Euch haben damals, nach den Morden in Stammheim, ihre Solidarität mit Irmgard Möller ausgedrückt. Wir erinnern an den ,,Offenen Brief" der Westberliner oder auch der Bochumer Frauen.

Eure Solidarität darf aber hier nicht stehen bleiben, denn klar ist: **Irmgard Möller soll lebenslänglich ins Gefängnis!** Da die Sicherheitsverwahrung für politische Gefangene noch nicht gesetztlich abgesichert ist, muß dieser Staat in seine Trickkiste greifen — um Irmgard länger in Haft zu behalten. Nach den letzten Informationen, die wir von Jutta Bahr-Jendges — Verteidigerin aus der Frauenbewegung hier in Bremen — bekommen haben, sieht die Situation folgendermaßen aus:

Am 6. März wird in Stuttgart-Stammheim eine neue Hauptverhandlung gegen Irmgard Möller beginnen. Sie wird voraussichtlich sechs Monate dauern.

Das Landgericht Hamburg hat sie am 16. März wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu viereinahlb Jahren Knast verurteilt. Diese Freiheitsstrafe war schon im Januar 77 ausgelaufen.

Seitdem erleidet sie neue Untersuchungshaft, weil die Staatsanwaltschaft Heidelberg sie angeklagt hat wegen Mordes mittels Sprengstoffanschlägen in Augsburg und Karlsruhe. Diese Vorwürfe waren schon im damaligen Verfahren Gegenstand der Ermittlungen. Sie mußten allerdings eingestellt werden und eine Anklage wurde deswegen nicht erhoben, weil Beweise für eine Beteiligung fehlten. Im jetzigen Verfahren ist dem Staatsschutz der beliebte RAF-Kronzeuge Müller ausgesprochen dienlich.

Irmgard Möller wird von folgenden Anwälten verteidigt: Als Pflichtverteidiger, Rechtsanwalt Frommann aus Berlin und Jutta Bahr-Jendges aus Bremen, die Irmgard schon seit Mai 1975 verteidigt und als Wahlverteidiger Rechtsanwalt Heldmann. Trotzdem — die Verteidigung von Irmgard wird fast vollständig blockiert und eine Verfahrensvorbereitung konnte bisher kaum getroffen werden u.a. wegen

— der Kontaktsperre ab 5.9.1977, seit dem keine Besuche bei Irmgard mehr möglich waren;
— den Vorfällen in Stammheim;
— und den Verteidigerausschlüssen (Im November 77 wurden die beiden Rechtsanwälte Jutta Bahr-Jendges und Heldmann für zwei Monate ausgeschlossen. Damit waren ihr genau die Verteidiger entzogen worden, die in die Akten des Verfahrens eingearbeitet waren);
— seit dem 18.10.1977 besaß Irmgard keine Verteidigungsunterlagen mehr, da sie vom Staatsschutz beschlagnahmt worden waren.

Erst seit Januar 1978 ist sie berechtigt, einige Unterlagen zur Vorbereitung ihrer Verteidigung zu entnehmen.

Da Rechtsanwalt Heldmann wahrscheinlich nicht als Pflichtverteidiger zugelassen werden wird, womit wenigstens ein Teil der Kosten gedeckt werden könnte (Die Prozeßkosten werden ca. 50.000 DM betragen), werden Jutta Bahr-Jendges und Heldmann den Prozeß nur einige Tage führen können, da sie nicht in der Lage sind, einen mehrmonatigen Prozeß zu führen, ohne daß die Reisekosten (Bremen — Stammheim — Frankfurt), Unterbringungskosten, Kontakte mit dem Ausland, Öffentlichkeitsarbeit, Kanzleikosten und vieles andere mehr gedeckt werden können.

Irmgard Möller will und muß aber verteidigt werden!

Deshalb haben wir hier in Bremen schon seit längerer Zeit ein Solidaritätskonto für ihre Verteidigung eingerichtet. Es ist gar nicht so einfach, die Gelder zusammenzukriegen, aber vielleicht fällt euch ja was Originelles ein ... ?

Wir wollen versuchen, ne kleine Kampagne zu starten,
,,eine Tageseinnahme für Irmgard Möller" — da wollen wir linke Kneipen, Buchläden, Druckereien, Projekte u.a ansprechen. Außerdem wollen wir dies Problem beim Frankfurter Frauenkongreß einbringen.
,,Wer wirklich empört ist — also betroffen und mobilisiert zugleich — jammert nicht, sondern überlegt sich, was zu tun ist".

Solidaritätskonto:
Sparkasse in Bremen, Anke Holtdorf,
Konto Nr. 10286334

Frauen aus dem Frauenzentrum Bremen."

Kampf um das Frauenhaus

Kampf um das Frauenhaus in Lübeck - ein Schritt vorwärts

Seit fast einem Jahr sind die Frauen der Lübecker Frauenhausinitiative für ein selbstverwaltetes Frauenhaus aktiv — jetzt haben sie ein Haus gefunden, das mit mehr als 15 Zimmern und in zentraler lage optimal erscheint.

Die Frauenhausinitiative hat seit ihrem Bestehen durch Öffentlichkeitsarbeit (Flugblatt- und Stellwandaktionen, Veranstaltungen und Geldsammlungen) und durch die Betreuung betroffener Frauen (Hilfe bei Um- und Auszügen, Behördengängen und evtl. private Unterbringung) bewiesen, wie notwendig so ein Haus auch in Lübeck ist.

Auf mehreren Terminen haben Frauen aus der Initiative dies auch beim Sozialamt klargelegt und schließlich eine schriftliche Bestätigung erhalten, daß die Finanzierung eines Frauenhauses durch die Tagessätze des Sozialamtes zu decken sei. Außerdem wurde auch finanzielle Unterstützung bei Bedürftigkeit (Kleidergeld etc.) versprochen.

Auf diese Zusage bauend, konnte die Frauenhausinitiative ein seit längerem bestehendes Angebot eines Hausbesitzers annehmen und einen Mietvertrag ausarbeiten.

Der Abschluß des Mietvertrags sollte abends auf einer Solidaritäts-Fete der Initiative begossen werden. Die Frauen mußten aber ihren Gästen leider mitteilen, daß der Vermieter ohne Angabe von Gründen am selben Tag vom Vertrag zurückgetreten war! Die Fete wurde dennoch recht sauber. Sketche, Musik, Diskussionen und Berichte über die bisherige Arbeit brachten der Frauenhausinitiative neue ,,Sympathisanten". Am Schluß wurde gemeinsam beratschlagt, wie die Frauenhausinitiative das vom Hausbesitzer ehemals gegebene Versprechen durchsetzen könnte.

Der Vorschlag, nochmals mit ihm zu sprechen, erwies sich als erfolgreich: Er nahm seine Absage zurück und seit einer Woche haben die Frauen in Lübeck ein Frauenhaus, das in Kürze bezugsfertig sein wird.

Frauenkommission
KB/Gruppe Lübeck

Frauenhaus Hannover in Schwierigkeiten

Seit Mitte November gibt es in Hannover ein Frauenhaus für geschlagene und mißhandelte Frauen, das bis jetzt von 14 Frauen mit ca. 30 Kindern in Anspruch genommen wurde, und immer wieder kommen neue Frauen.

Bis heute ist aber die Finanzierungsfrage noch nicht geklärt. Es hat den Anschein, als wenn es den offiziellen Stellen wesentlich lieber ist, das Frauenhausprojekt des Landesfrauenrates zu unterstützen. Daß dieses Projekt den ,,Stadtvätern" genehmer ist, liegt auf der Hand: Das Frauenhaus des Landesfrauenrates soll eine hierarchische Struktur und den Charakter eines staatlichen Heimes haben. Daß ein solches Konzept nicht dem Interesse der Frauen entspricht, in einem solchen Haus ein größeres Selbstvertrauen und Selbständigkeit zu erlangen, liegt auf der Hand.Trotzdem versucht die Stadt, die Frauen mit Kompromißvorschlägen bei Laune zu halten: Wenn sie sich innerhalb von vier Wochen mit dem Landesfrauenrat einigen und das jetzt bestehende Frauenhaus auflösen, ist die Stadt auch bereit, die restliche Miete zu bezahlen. Hierzu sind die Frauen allerdings nicht bereit; daher sind sie weiter auf Unterstützung angewiesen. Sie schreiben: ,,*Einmal mehr ist ein Projekt auf euch angewiesen, das versucht, mit alten Sozialarbeitsformen zu brechen, und das zusammen mit den Betroffenen Wege und Möglichkeiten entwickelt, um wirkliche Hilfe, Selbstvertrauen und Stärke zu erlangen*".

(Informationen aus: ,,Fragezeichen", Februar 78, Stadtzeitung für Hannover.)

8. März - Internationaler Frauentag

1978 im Zeichen vieler, vieler Frauenfeste



Der 8. März — der internationale Kampftag der Frauenbewegung — steht in diesem Jahr in der BRD spürbar im Zeichen eines neuen und festeren Zusammenschlusses der Frauenbewegung. In vielen Städten finden Feste statt, die von den verschiedenen örtlichen Frauengruppen gemeinsam getragen werden. Teilweise ist es sogar zu regionalen Zusammenschlüssen für gemeinsame Veranstaltungen gekommen, so in Nordrhein-Westfalen.

In den vergangenen Jahren war es nichts besonderes, wenn in einer Stadt mit mehreren Frauengruppen zum 8.3. auch mehrere Frauenveranstaltungen stattfanden, ohne daß überhaupt der Versuch gemacht worden wäre, sich zu einigen. Dieses Jahr dagegen gingen von fast jeder Frauengruppe Bemühungen aus, mit anderen Frauengruppen gemeinsam ein Fest oder eine Veranstaltung zu machen. Damit ist in der Frauenbewegung ein weiterer Schritt gemacht, von der Zersplitterung in einzelne sich befeindende oder ignorierende Grüppchen wegzukommen, hin zu einer auf Verständigung und inhaltliche Auseinandersetzung ausgerichteten Zusammenarbeit, wie sie sich schon in den letzten Monaten in verschiedenen gemeinsamen Aktionen gezeigt hat. Mehr als früher wird heute die Parole *„Frauen gemeinsam sind stark"* wieder mit Inhalt gefüllt.

Auf den verschiedenen Festen und Veranstaltungen soll in erster Linie die Möglichkeit bestehen, von der eigenen Arbeit, den spezifischen Problemen und unserer eigenen Entwicklung zu erzählen und unsere Meinung zu den verschiedensten Fragestellungen — in der Regel sind hier keine Grenzen gesetzt — zu äußern. Wir wollen gemeinsam diskutieren, uns kennenlernen und — feiern! Und bei alledem, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, und dem, was wir selbst in der Frauenbewegung dazu getan und gesagt haben, besteht für uns hierzu aller Grund!

Wir wollen im folgenden einen — keineswegs endgültigen (vielfach sind die Gespräche für gemeinsame Veranstaltungen noch im Gang) oder vollständigen Überblick über Veranstaltungen und Feste zum 8. März geben.

Hamburg

In Hamburg veranstalten zum wohl ersten Mal gemeinsam das Frauenzentrum, die F.R.A.U. (Forum zur restlosen Abschaffung der Unterdrükkung) und viele, viele Frauengruppen aus der Frauen-Aktionseinheit (darunter auch die KB-Frauen) ein Fest nur für Frauen. Nachmittags ist geplant, ein Programm für junge Mädchen auszurichten. So will z.B. eine Gruppe von Lehrlingen und Schülern das Stück „Das hälste ja im Kopf nicht aus" vorspielen. Abends soll es dann für die Älteren losgehen, mit Musik und Theater und lockeren Gesprächen oder Beiträgen. Die Frauengruppen mobilisieren mit einem Flugblatt und einer Anzeige in der örtlichen Presse für das Fest.

Schleswig-Holstein

In *Flensburg* hat die Frauengruppe alle Frauengruppen eingeladen, sich zu treffen und die gemeinsamen Diskussionen abends in einem Fest münden zu lassen. Bisher angesprochen wurden die Schülerinnen-Frauengruppe, die Frauenreferentin des AStA der PH, die FG von Pro Familia, der evangelische Frauenkreis und die DFI. An dem Fest wollen sich außerdem die Frauengruppen aus *Kappeln* und *Schleswig* beteiligen.

In *Niebüll* wird nachmittags am 8.3. ein Mädchenfest beginnen, auf dem auch mit der Auswertung der schon seit einiger Zeit im örtlichen Rahmen laufenden Fragebogenaktion begonnen werden soll. Diese Aktion sollte dazu dienen, die Situation der Mädchen in Nordfriesland genauer kennenzulernen und gemeinsam zu überlegen, wie sie zu verändern ist.

In *Lübeck* veranstaltet das Frauenzentrum ein Fest, bei dem auch Männer teilnehmen dürfen.

Hessen

In *Darmstadt* findet am 8.3. ein großes Fest verschiedener Frauengruppen statt: Es beteiligen sich die AUD-Frauen, die Langener Frauengruppe, die Frauengruppe an der Fachhochschule, die KB-Frauen, Frauen aus dem Buchladen, die Schülerinnen-Frauengruppe und die Frauengruppe am Fachbereich Architektur. Die Frauen wollen von ihrer Arbeit berichten und darüber diskutieren, was sie gegen die zunehmende Repression in der BRD unternehmen können. Die Frauen aus der DFI — die anfangs noch mitmachen wollten — haben sich in den letzten Tagen leider aus dem Bündnis zurückgezogen und machen jetzt eine eigene Veranstaltung. Sie begründeten das u.a. mit der Teilnahme der KB-Frauen (These 41). Die anderen Frauen sind jedoch nach wie vor bereit, den DFI-Frauen ausreichend Gelegenheit zu geben, einen Beitrag auf dem Fest zu halten. Die Frauenband aus Langen soll für Schwung und Stimmung auf dem Fest sorgen.

In *Frankfurt* wird es vermutlich ein lustiges Happening der Frauen geben, wie dem „Informationsdienst" zu entnehmen ist. Unter dem Motto „Wir sind alle Sympathisantinnen" rufen Frauen dazu auf, am 8.3. *„eine Frauendemo für alle Emanzen, Stadthexen, Terroristinnen und andere höhere Töchter"* zu machen. Sie lehnen sich dabei an den Vorschlag des internationalen Frauentreffens in Paris (Anfang des Jahres) an, auf dem vorgeschlagen worden war, zum 8. März in allen Ländern Demonstrationen der Frauen zu machen, gegen Repression, Arbeitslosigkeit und Abtreibungsverbot.

Das Frauenzentrum in *Kassel* veranstaltet am 4.3. mit allen Untergruppen ein Frauenfest; der Kasseler Frauentreff zeigt am 8.3. den Film „Nehmen Sie's wie ein Mann, Madame...".

Bayern

Auch in *Nürnberg* hat sich eine breite Aktionseinheit für ein Frauenfest zum 8. März gebildet. An ihr sind beteiligt: AG Gewalt gegen Frauen (Frauenzentrum), Wiso-Frauengruppe, SPD-Fraueninitiative Nordbahnhof, Juso-Arbeitskreis Frauen, private Frauengruppen, Babyinitiative, Filmfabrik, Bücherkiste, weitere Frauengruppen und einzelne Frauen.

Auch hier gibt's ein buntes Programm: Frauengruppen werden über ihre Arbeit berichten, Beiträge zu Frauenarbeitslosigkeit, Frauen und Militarisierung, Frauenlieder, Sketche usw. ...

Das Frauenfest, zu dem auch Männer eingeladen sind, findet am 9. März im Kommunikationszentrum in Nürnberg statt.

Niedersachsen

Eine große Veranstaltung soll es am 8. März in *Braunschweig* geben: Die Fraueninitiative, die Bambule-Gruppe, die TU-Frauengruppe „Distel", das Fachhochschul-Frauenreferat, die KB-Frauen und zwei Lesbengruppen laden zu einem Frauenfest ein. Mit einer Diaserie zu „Frauen und Werbung", mit Sketchen und kleinen Beiträgen zu „Frauen und Repression" soll es rund gehen. Darüber hinaus plant die Frauenhausinitiative einen Stand am 8.3. in der Innenstadt.

Göttinger Frauen machen am 8.3. einen Aktionstag in der Innenstadt, wo sie über die drohende Ausweisung koreanischer Krankenschwestern informieren; das Frauenzentrum mobilisiert für den bevorstehenden Buback-Kongreß.

In *Hannover* zeigt die Kneipeninitiative zusammen mit dem Frauenplenum am 4.3. einen Film in der Frauenkneipe zum Thema Frauenarbeitslosigkeit.

Die Offene Frauengruppe in *Wolfsburg* lädt am 8.3. Frauen und Männer zu einem Fest mit Liedern, Sketchen und kleinen Referaten ein.

Bremen

In Bremen soll es am 8.3. eine Straßenaktion von Frauen aus dem Frauenzentrum, der Frauen-AE, der KFZ-Frauengruppe, der Rechtsberatungs-Frauengruppe und weiteren Frauengruppen geben, bei der ein Sketch aufgeführt und die Passanten auf die Probleme der Frauen aufmerksam gemacht werden sollen.

In *Oldenburg* zeigt die Russell-Frauengruppe am 2.3. den Film „Auf Bewährung" von und mit Margit Czenki und will in Verbindung damit über die beiden anstehenden Kongresse in Frankfurt und Köln diskutieren. Das Frauenzentrum veranstaltet am 8.3. einen „Tag der offenen Tür" und zeigt den Film „Nehmen Sie's wie ein Mann, Madame...".

Nordrhein-Westfalen

Hier haben sich bei weitem am meisten Frauengruppen zusammengeschlossen, um am 8.3. eine *regionale Großveranstaltung* mit dem Thema „Frauen gegen jede Repression" zu veranstalten. Sie wird ausgerichtet von verschiedensten Frauengruppen und -zentren aus Düsseldorf, Aachen, Münster, Wuppertal, Bochum, Essen, Bielefeld und Köln. Eingeladen wurden (und sie haben auch bereits ihr Kommen zugesagt) Alexandra Goy, Margit Czenki selbst oder Beobachterinnen ihres Prozesses, Christiane Ensslin und ein oder zwei Frauen des Storno-Betriebs aus Flensburg. Für Musik, Theater und diverse Sketche ist gesorgt. Die Veranstaltung ist nur für Frauen und findet statt in *Essen*, in der Aula der alten PH, Henry-Dunant-Straße.

In *Paderborn* lädt das Frauenzentrum am 8.3. zum Frauenfest ein.

Daneben veranstalten verschiedene Frauengruppen in ihren Städten noch kleine Feste: In *Aachen* soll eventuell am 6.3. der Film „Auf Bewährung" von Margit Czenki gezeigt werden. In *Düsseldorf* macht das Frauenzentrum am 4.3. eine Demonstration (ebenfalls in Anlehnung an den Pariser Aufruf) und schließt bis zum 8.3. eine Aktionswoche an. In *Münster* veranstalten das Frauenzentrum, der Hausfrauenbund, die DFI und die Initiative sozialdemokratischer Frauen am 10.3. gemeinsam ein Frauenfest. In *Bielefeld* ist am 7.3. der Videofilm von Margit Czenki im Frauenzentrum zu sehen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Ein Fest »nur« für Frauen? -Warum denn nicht?! ...

Die Ankündigung der Absicht, zum 8. März in diesem Jahr mancherorts Frauenfeste „nur" für Frauen zu organisieren bzw. sich an solchen Festen zu beteiligen, hat bei vielen Genossinnen und Genossen Reaktionen zwischen Aufregung, Ratlosigkeit und Empörung hervorgerufen. Ja, warum denn das auf einmal? Haben wir nicht immer gegen „reine" Frauenfeste Stellung genommen?...

Nein, das haben wir eben nicht. Sondern wir haben uns gegen die dogmatische Verabsolutierung irgendeines Standpunkts gewandt — sei es nun, daß frau sich ein Frauenfest überhaupt nicht anders vorstellen kann als ohne Männer, oder sei es auch die umgekehrte Sicht („Ohne die Männer läuft nix"). Wir haben uns in früheren Jahren vor allem gegen eine Verabsolutierung „reiner" Frauen-Veranstaltungen ausgesprochen, in der Absicht, dem damaligen Trend in der Frauenbewegung (Frontstellung gegen „die" Männer, Isolierung von der Linken, Rückzug in die „Selbsterfahrung") entgegenzuwirken. Zu Recht, wie wir auch nachträglich meinen, zumal diese Entwicklung heute auch von erheblichen Teilen der „autonomen" Frauenbewegung als Sackgasse gesehen wird. Ob wir diese Absicht jedesmal und überall mit der richtigen Taktik verfolgt haben, steht noch auf einem anderen Blatt...

Die „gemischten" Frauenfeste der vergangenen Jahre haben indessen auch einige negative Aspekte deutlich gemacht:

— So mehrten sich die Beschwerden von Frauen, daß manche Männer den Begriff „Frauenfest" offenbar gründlich mißverstanden, mit dem Erfolg, daß frau dort unverschämtesten Belästigungen und Anmachen ausgesetzt war, schlimmer womöglich als auf irgendeinem „normalen" Fest. So berichtete frau z.B., wie sie sich eines besonders „sensiblen" Typen, der auf eigenwillige Weise seine „Solidarität" zum Ausdruck bringen wollte, nur durch einen Hieb mit der Cola-Flasche erwehren konnte. Und das kann doch irgendwie nicht der Sinn eines Frauenfestes sein?...

— Eine andere Erfahrung ist, daß viele Frauen nicht bereit waren, zu einem „gemischten" Fest zu kommen — sei es aus grundsätzlicher Abneigung gegen „die" Männer, sei es aus dem nicht ganz unverständlichen Bedürfnis, wenigstens einmal im Jahr „nur" mit Frauen zusammen zu sein. Dies engte die Mobilisierung und die Bündnismöglichkeiten spürbar ein.

Hinzu kommt, daß wir es heute mit einem gegenläufigen Trend in der Frauenbewegung zu tun haben, nämlich einer zunehmenden Besinnung auf die umfassenden eigenen Interessen (statt einer Fetischierung der angeblichen „unmittelbaren Bedürfsnisse" und „unmittelbaren Betroffenheit"), politische Gegenoffensive statt Rückzug in die eigenen vier Wände, und damit auch neue Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen unterschiedlicher Strömungen der Frauenbewegung. „Nur"-Frauenfeste können diese positive Entwicklung festigen.

Auf der anderen Seite hat bei linken Frauen insbesondere die Auseinandersetzung um die neo-chauvinistischen Exzesse in der Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand" die Aufmerksamkeit wieder darauf gelenkt, daß es außer der staatlichen und offiziellen Repression gegen Frauen auch noch eine „frauenspezifische" Unterdrückung gibt, die es ebenfalls zu bekämpfen gilt. Auch das dürfte ein Argument sein, es heuer doch ruhig mal mit einem „Nur"-Frauenfest zu versuchen.

Der heftige Widerstand, auf den dieser Vorschlag z.T. unter Genossen und Genossinnen gestoßen ist, zeigt zumindest, daß die absurde Vorstellung, frau dürfe ohne „IHN" nichts unternehmen, recht tief zu sitzen scheint: „Er" ist beleidigt, weil man ihn vor die Tür sperrt, obwohl er doch nun wirklich kein Frauenfeind ist, und auch „sie" fühlt sich bei dem Gedanken nicht recht wohl. Es kam dann auch das Argument, daß ein „gemischtes" Frauenfest zum 8. März doch eine besonders gute Gelegenheit sei, auch die Männer für die Frauenfrage zu agitieren. Aber da fragt frau sich doch: Warum das ausgerechnet und unbedingt am 8. März? Reichen die übrigen 364 Tage des Jahres dafür nicht aus?!...

Sei es wie es sei: Es gibt gewiß kein rationales Argument, nicht auch mal ein Fest „nur" für Frauen zu machen. In diesem Sinn: Viel Spaß am 8. März!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

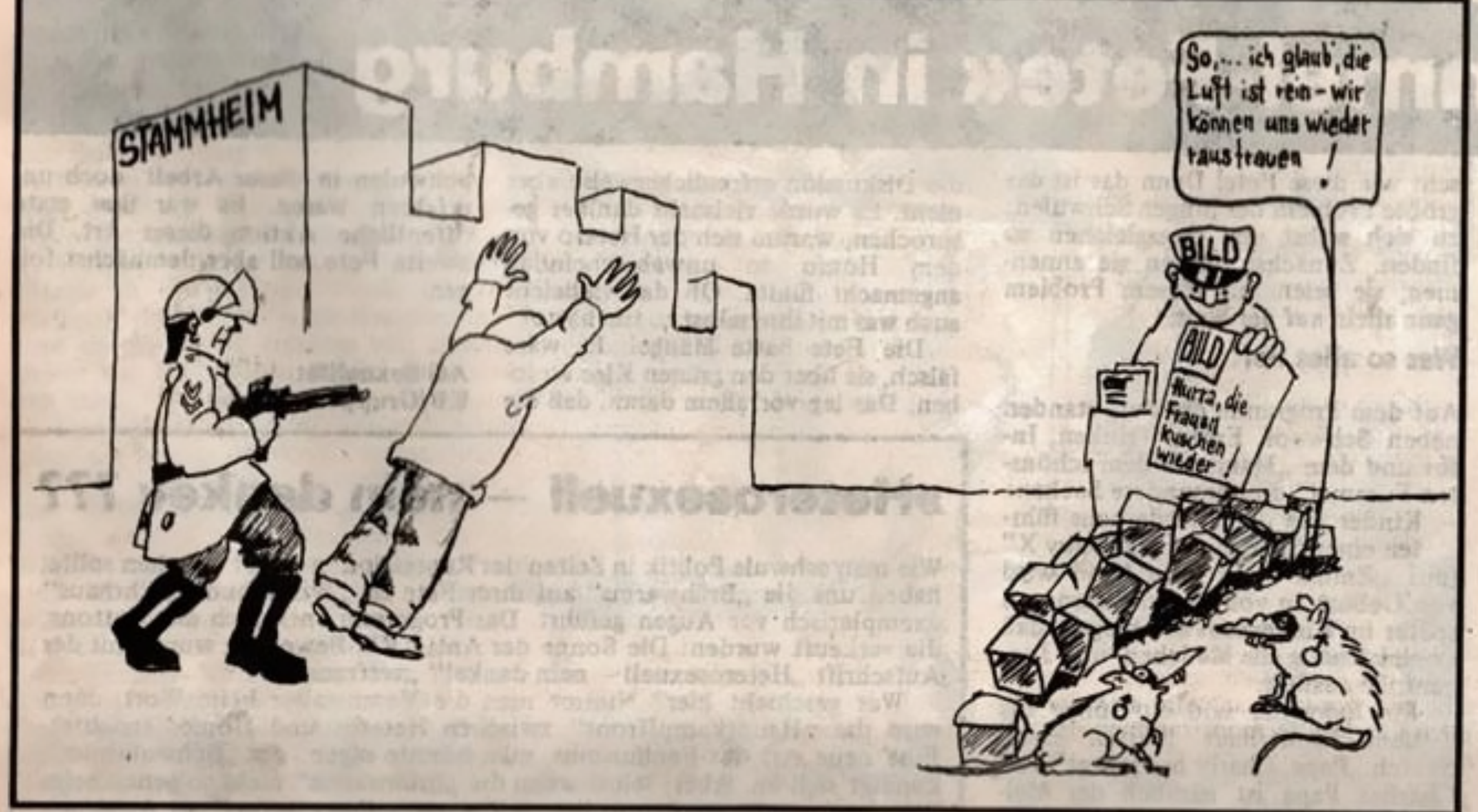
»Schluß mit dem Femi-Kram«? ...
Chauvi's Gegenoffensive in der Alternativ-Presse

Beim Tunix in Westberlin (Ende Januar) erregte das Auftreten der Frauen einiges (leider noch zu wenig!) Aufsehen. Letzter Anstoß für den Protest der Frauen war ein Artikel in der Frankfurter Sponti-Zeitung ,,Pflasterstrand", in der ein lange von der bösen Frauenbewegung ,,unterdrückter" Chauvi-Mann sich ausgetobt hatte. So hatte er u.a. beschrieben:

— wie *,,gelöst"* er es regelmäßig genießt, wenn er in ,,Oben-Ohne-Bars" oder ähnlichen Betrieben für ein paar Drinks Frauen *,,unter dem Rock herum fummeln"* kann, *,,gerade w e i l die Beziehung* ... (zu diesen Frauen) *über das Geld vermittelt"* ist, irgendein Widerstand oder Ablehnung von den Frauen also nicht zu befürchten ist.

— welchen *,,Spaß"* er hatte, als er eine Frau, die *,,sexuell nichts mit mir machen"* wollte, zu Boden schlug und sie anschließend in den Unterleib trat, was eben *,,Teil meiner Emanzipation"* sei.

Viele Frauen, u.a. Sponti-Frauen



ebenso wie KB-Frauen, sahen in diesem Erguß zurecht nur den allergröbsten Ausdruck einer viel umfassenderen Tendenz zu einem patriarchalischen ,,roll back" (Gegenoffensive) gegen die Frauenbewegung.

Im engeren Sinn begonnen hatte diese Auseinandersetzung mit einer Ausgabe des ,,Pflasterstrand" speziell zur individuellen Darstellung und Konfrontation sexueller und Beziehungs-
zur individuellen Darstellung und Konfrontation sexueller und Beziehungs-
Erfahrungen (Nr. 21, 15.12.77). Einen relativ großen Anteil der Berichte stellten dabei Männer, die darüber berichteten, in welche Schwierigkeiten sie durch die Entwicklung und die Ansprüche der Frauenbewegung und speziell ,,ihrer" Frauen geraten seien. Am klarsten äußerte sich ein Mann (*,,Gedanken eines Sauriers"*): *,, ... ich will manchmal wieder ... richtig vögeln, ficken ... Viele Genossen sagen, daß die Auseinandersetzung über eine andere Sexualität, die nicht mehr nach den üblichen ,Methoden' des Schwanzfickens abläuft, eben doch nur reiner Opportunismus gegenüber der Frauenbewegung war und man jetzt endlich wieder zur Tagesordnung übergehen könne"*.

Bereits bei der Erstellung d i e s e r Ausgabe des ,,Pflasterstrand" gab es einen Konflikt: Eine Genossin vom Druckladen weigerte sich, zwei Fotos in Druck gehen zu lassen, *,,weil die beiden Bilder die Frau als Opfer der sexistischen Gewalt darstellen"*. Man wolle sich daher, so die Redaktion, *,,in der nächsten Nummer mit dem Konflikt ,Sexualität und Gewalt' auseinandersetzen"*.

Stattdessen erschien in der folgenden Ausgabe (Nr. 22, 12.1.78) als e i n z i g e r Beitrag zum Thema das schon erwähnte Chauvi-Selbstportrait, unterschrieben mit: Siegfried Knittel. Dazu hatte die Redaktion als Dekoration in unheimlich provokatorischer Weise (gerade vor dem Hintergrund des Konflikts um die Fotos in der Nr. 21!) ein ,,Folter-Porno"-Foto gesetzt — Frau mit Stricken und Eisenkette auf ein Brett gefesselt, nackt, links im Bild ein Schwanz, offensichtlich zur *,,Emanzipation"* bereit.

Sieht man von den speziellen ,,Höhepunkten" in Knittels Artikel ab, so ergibt sich folgende Grundstruktur: Er, der Verfasser, habe sich *,,schon recht lange"* von der *,,Emanzipationsmoral"* der Frauenbewegung *,,ziemlich unterdrückt gefühlt"*; er und *,,viele andere Männer auch"* würden nun *,,begreifen, daß ihnen von den Frauen da jahrelang eine Moral eingebleut worden ist, die ihnen in ihrer Psyche weithin fremd ist"*. Die Diskussion um die *,,Chauvirolle"* des Mannes hänge ihm ebenso zum Halse heraus wie die *,,Normen"* der Frauenbewegung — als da wären so völlig unzumutbare und schreckliche Dinge wie: *,,mehr Sensibilität, viel Zärtlichkeit, tendenzielle Ablehnung genitaler Sexualität — mir hängt diese ganze Chose einfach zum Hals heraus!"*.

Besser komme er mit Frauen zurecht, deren ,,Zuneigung" er sich mit Geld kaufen kann und auf die man folglich auch nicht besonders einzugehen braucht, da es halt ihr Job ist, stillzuhalten. An dieser Stelle formuliert Knittel am klarsten seine neue (?) Chauvi-Philosophie: *,,Nun ist natürlich klar, daß derlei Versuche, meine Allmacht zu erleben, mit der erniedrigendste Form von Ausbeutung darstellen. Aber ich bin einfach nicht mehr bereit, mich nach diesem lediglich abstrakten Wissen im Kopf zu richten, das mit meinem Bauch* (nanu?!) *nichts zu tun hat. Ich habe angefangen zu begreifen, daß das, was mir Spaß macht, Teil meiner Emanzipation ist"* . Dazu gehöre auch die Geschichte von der Frau, die er geschlagen und getreten hat. Und auch hier wieder die Knittel-Philosophie:
schlagen und getreten hat. Und auch hier wieder die Knittel-Philosophie:
,,Mir ist schon klar, welche Erniedrigung es für eine Frau darstellt, von einem Mann Prügel zu bekommen. Wenn man diese Unterlegenheit, dieses Ausgeliefertsein an die Männer so erfährt. Trotzdem kann ich mich von der Geschichte nicht distanzieren. Sie ist Teil meiner Entwicklung" (= ,,Emanzipation").

Seit er sich endlich *,,nicht mehr um die frauenbewegte Moral in der Szene gekümmert"* habe, sondern sich *,,meinen eigenen Bedürfnissen gemäß"* (also wie ein Schwein!) verhalten habe, sei er auch *,,mit den Frauen viel besser klargekommen ... Denn die Frauen sind ja mit den Typen, die sie theoretisch gefordert haben, praktisch gar nicht zurande gekommen"*. Das soll heißen, die Frauen kommen mit sensiblen, zärtlichen etc. Männern in Wirklichkeit gar nicht zurecht, sie wollen den brutalen, egoistischen, menschenverachtenden Typen!

Der wichtigste Punkt in diesem Chauvi-Erguß sind wohl nicht einmal die Prügel-Episode oder die ,,Beziehungen" des Verfassers zu ,,Bardamen" und Prostituierten. Sondern noch bedenklicher ist das Verständnis von individueller Emanzipation als *,,das, was mir Spaß macht"* — auch und gerade auf Kosten anderer — eine letztlich faschistische Philosophie, die aber ihren Ausgangspunkt in einem recht weit verbreiteten falschen Verständnis von Bedürfnisbefriedigung und Emanzipation hat.

Es scheint indes, als habe der Verfasser damit nur einer breiten Tendenz unter linken Männern einen besonders krassen und widerlichen Ausdruck gegeben. So erschienen Artikel mit verwandter Stoßrichtung zumindest auch in den Alternativzeitungen ,,Stadtzeitung" (Kassel, Januar-Ausgabe) und ,,Was lefft" (Erlangen, Februar-Ausgabe).

Relativ milde war der Artikel in der ,,Stadtzeitung", wo ein Mann schrieb, er habe es in seiner Männergruppe gelernt, *,,immer mehr ,zu-meinem-Mann-zu-stehen', ich brachte meine Phantasien mehr als vorher in die Wohngemeinschaft ein und forderte, daß sich die Frauen auch mit diesem Teil von mir auseinandersetzen und nicht nur mit den Teilen, die ihnen angenehm sind. Das ging alles nicht reibungslos. Auch meinen Porno räumte ich hinter den Büchern hervor und stellte ihn neben all die anderen Bücher. Ich empfand das alles sehr befreiend"*. Allzu lange habe man(n) sich von der Frauenbewegung und *,,von Frauen, die mit uns zusammen sind"*, *,,Denk-, Sprech- und Erlebverbote ... auflegen lassen"*.

Der Chauvi-Mann in ,,was lefft" hingegen ging mehr aus sich heraus: Ja, *,,teilweise"* würden Frauen wirklich von ihren Männern unterdrückt. Das habe aber folgenden Grund: *,,Viele Männer sind halt leider emanzipierter als ihre Hausfrauen und müssen sich im Beruf mehr anstrengen als die Frauen, die oft nur noch wenige Kinder, dafür umso mehr arbeitssparende Geräte haben.."* Ach, und ansonsten sei ja *,,gar nicht immer so leicht"* zu entscheiden, wer denn nun wen unterdrücke. *,,Wenn wir Schluß machen wollen mit der Unterdrückung der Frauen und der Männer, müssen wir die Kluft zwischen den Geschlechtern überbrücken. Frauengruppen stehen uns dabei im Weg, denn sie graben neue Klüfte"* ... Und schaffen dem Chauvi persönliche Probleme, denn:
neue Klüfte" ... Und schaffen dem Chauvi persönliche Probleme, denn:
,,Ich kannte einmal zwei ganz nette Frauen. Sie hatten aber einen Nachteil: Wenn ich sie besuchen wollte, waren sie entweder in ihrer Frauengruppe oder sie mußten mit Frauen aus ihrer Frauengruppe zusammenkommen".

Chauvis Aufschrei ,,Weg mit den Frauengruppen" war im übrigen von der ,,was lefft"-Redaktion mit einem sehr wohlwollenden Kommentar versehen worden: *,,Jetzt schreien sicher wieder alle Angehörigen und Sympathisantinnen der hiesigen Frauenbewegung, weil wir solche Artikel wie den folgenden abdrucken. Wir meinen aber, daß frustrierte Männer genauso das Recht haben sollten, sich hier einiges von der Leber zu schreiben, wie die Frauengruppe oder das Frauenhaus ... Die Alternative, entweder zu spuren oder als Chauvi abgestempelt zu werden, ist für einen Mann nämlich auch nicht sonderlich angenehm"*.

Was hier abläuft, ist in erster Linie ein Reflex der g e s a m t-gesellschaftlichen Restauration. So, wie sich die Herrschenden auf allen Gebieten anschicken, schmalste Reformen totzutreten und jede bescheidene demokratische Errungenschaft der Phase nach der Studentenrevolte zu liquidieren, so treibt das gesellschaftliche Klima auch die alten Chauvis wieder aus ihren Löchern. ,,Man trägt wieder Schwanz" und ,,Chauvi ist beautiful" sind offenbar die Devisen. Mit unverkennbarem Stolz werden öffentliche (und gewiß weit mehr noch private) Bekenntnisse zum allzu lange von den bösen Frauen ,,unterdrückten" Inneren Schweinehund abgelegt. Bezeichnend, daß die Neo-Chauvis es den Herrschenden dabei auch an Demagogie und Maßlosigkeit der Übertreibungen gleichtun: So, wie die Herrschenden das Bild einer BRD kurz vorm vollendeten Sozialismus malen und kümmerlichste reformistische Ansätzchen als Teil einer angeblich von der SPD betriebenen ,,Sozialisierung" darstellen, so tun auch die Neo-Chauvis ganz so, als würde heute (und angeblich schon ,,jahrelang") die Frauenbewegung in der BRD ein Terror-Regiment über die allzu gutmütigen Männer ausüben, als wäre man(n) zur Befriedigung seiner sexuellen Bedürfnisse schon total auf Selbstbedienung oder andere Männer angewiesen usw.usf.

Eine ebenso dumme wie zynische Kampagne! Denn immer noch sind es in allererster Linie die Frauen, die von den Männern unterdrückt werden, und nicht etwa umgekehrt. Gerade die S c h w ä c h e der Frauenbewegung und nicht etwa deren angebliche S t ä r k e ist es, die heute linke Männer dazu veranlaßt, die ,,sensible" Tünche abzustreifen und den brutalen Chauvi wieder herauszuhängen. Zu den Voraussetzungen dieser Entwicklung gehört allerdings auch die von beträchtlichen Teilen der (,,autonomen") Frauenbewegung kurzsichtig betriebene Selbstisolierung von der ,,männerbeherrschten Linken", ihr Rückzug von der Auseinandersetzung und zu weiten Teilen auch ihr Rückzug von gesellschaftsverändernder Praxis. Dies hat insgesamt in der Linken — einschließlich des KB — ein Abschlaffen der ohnehin nicht sonderlich geschärften Aufmerksamkeit für ,,frauen s p e z i f i s c h e" Unterdrückung begünstigt. Erst nach der Schleyer-Kampagne der Bourgeoisie und nach Stammheim scheint hier — in Ansätzen — eine Wende zum Besseren sichtbar: ein Herauskommen der ,,autonomen" Frauenbewegung aus Isolation und politischer Enthaltsamkeit ebenso wie auch — ebenso noch am Anfang stehend — eine stärkere Besinnung linker Frauen auch auf die, z.T. in Vergessenheit geratene, ,,frauenspezifische" Unterdrückung. Das öffentliche Hervortreten des Neo-Chauvinismus hat dabei als Provokation eine wichtige auslösende Rolle gespielt.

Im ,,Pflasterstrand" Nr. 23 wurden weitere Beiträge zur Sexualitäts-Diskussion, insbesondere natürlich zum Knittel-Artikel, abgedruckt. Es überwiegen dabei sehr deutlich (auch in den von Männern geschriebenen Beiträgen) ablehnende Kommentare zum Neo-Chauvinismus:

— *,,Wir waren nicht nur sauer auf den Artikel von dem Siegfried, sondern wir sehen diesen Artikel als Ausdruck einer Tendenz im ,PS', die uns schon länger stinkt"!* Es zeige sich, *,,daß über den ,PS' hinaus viele Spontis nicht in der Lage waren, sich mit Gewalt und Tauschwertverhältnissen gegenüber Frauen auseinanderzusetzen"* (Frankfurter Frauen).

— *,,Nach der Lektüre ... war ich sauer, enttäuscht und wütend — wütend über die Dummheit der Chauvinisten, wütend darüber, daß es nach unendlich vielen Versuchen der Frauen, etwas klarzumachen, ihre Unterdrückung hier und jetzt — durch Männer! — klarzumachen, immer noch Typen in der Szene gibt, die sich nicht viel anders als ein Zuhälter verhalten: aggressiv, brutal, unkontrolliert und großkotzig"* (Hartmut).

— *,,Was nützt dem Unterdrückten die Ehrlichkeit seines Unterdrückers? Was nützt der Geschlagenen die Offenheit ihres Schlägers?...Dann wäre es nur konsequent, daß als nächstes Alternativprojekt ein linksradikales Bordell seine Pforten öffnet für all die Bedürftigen mit ihren Bedürfnissen. Und das alles ganz offen und ehrlich..."* (Micky).

— *,,Sämtliche Diskussion in und über die Frauenbewegung werden rechts liegen gelassen und nun wird wieder auf die alten patriarchalischen Formen zurückgegriffen ... Wir dachten und hofften, ihr hättet was gelernt; aber anscheinend habt ihr nur so lange das Maul gehalten, solange wir als stark erschienen und ihr euch nicht unsere Sympathien verscherzen wolltet. Diese Tendenzwende bei den Typen zeigt sich nicht nur in den Artikeln in Pflasterstrand ... Uns kommt dabei das kalte Kotzen"* (Frauen des Frauencafes Neuhofstr.)

— *,,django will (wieder) in den sattel, da mach ich nicht mit, es gibt nicht nur ein gesellschaftliches rollback, eine zunehmende politische finsternis, sondern jetzt auch nach dem endgültigen und verdammt tödlichen scheitern des politischen guerilla-ansatzes ein chauvinistisches rollback, einen ,sinnlich-sexuellen' gewaltansatz, den ich ebenso bedrohlich und gefährlich finde"* (,,Böhmische Gespräche").

— **,,Das ist Freiheit nach Wildwest-Manier. Ich kann nur hoffen, daß er von seiten der Frauen auf harten Widerstand bei seinen Versuchen der Selbstbefreiung trifft"** (Norbert).

— **,,Dann müssen wir (Frauen) jetzt umso mehr darauf achten, nicht resigniert früheren autoritären Strukturen zu verfallen — die Frauenbewegung hat wirklich erst angefangen, hat die Strukturen kaum angekratzt und die Widersprüche erst sichtbar gemacht (auch in uns selbst) — so schnell dürfen wir den Löffel nicht werfen, dann hätten wir erst gar nicht beginnen brauchen"** (Gitta). — Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Da schmunzelt der Frauenfeind

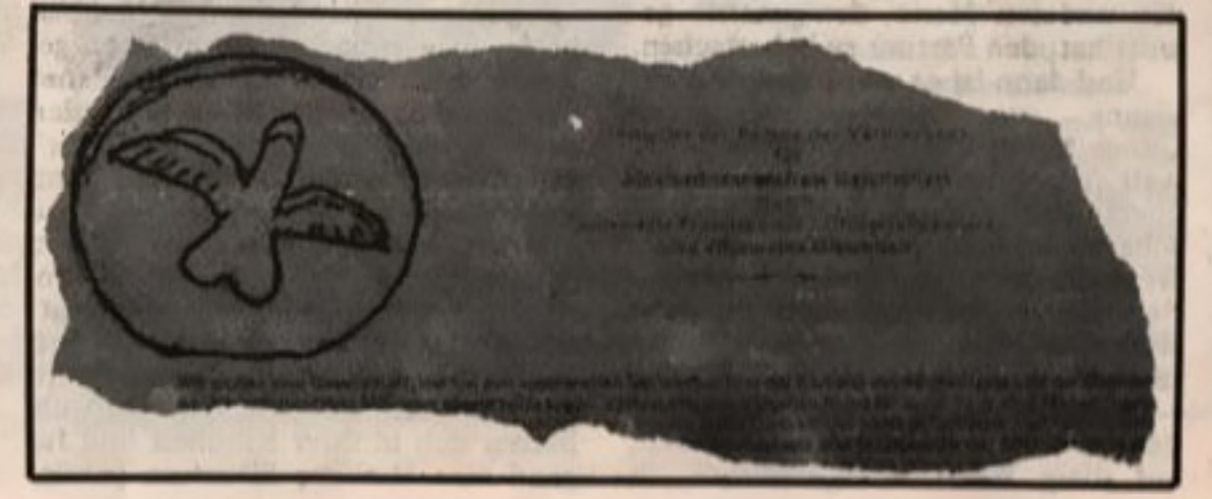
Offenbar ernstgemeint ist das Flugblatt einer ,,Initiative der Feinde des Verbrechens", das u.a. kürzlich an der Hamburger Universität verbreitet wurde, unterzeichnet von einem **Jürgen Zeymer**, Aumühle (b. Hamburg), Bleicherstr. 7.

In dem Flugblatt heißt es, 80% aller Verbrechen würden von Männern begangen. Dies liege an mangelnder Gelegenheit zur umfassenden Triebbefriedigung. Daher müßten alle Männer von *,,Triebfesseln"* befreit werden. Dies sei zu erreichen durch *,,den Allgemeinbesitz der Frauen, d.h. gleiches Genußrecht aller Männer an allen Frauen, bei Entschädigung derselben"*. Denn der Mann habe ein **,,Naturrecht, Gesetze zu schaffen, die die Frauen und Mädchen zwingen...jedem, der nach ihrem Geschlechtsgenuß verlangt, unterschiedslos zu willen zu sein..."**. Verweigerung der Frau irgendeinem Mann gegenüber sei *,,ein verbrecherischer Wiederstand gegen die Absichten der Natur"*; ,,sexuelle Selbstbestimmung" der Frau sei *,,ein Verbrechen"*, da sie *,,für den betroffenen Mann schlimmsten Sexualterror bedeutet"*.

Das Programm sieht außerdem vor, die Familie ,,umzuwandeln" – ab dem 4. Lebensjahr sollen die Kinder in ,,Kinderhäuser" mit *,,freisinniger Sexualerziehung"* untergebracht werden. Für ,,Jungmädchen" soll ein *,,Pflichtjahr"* eingeführt werden, natürlich in ,,Freudenhäusern"!

Als Übergangslösung wird gefordert, *,,Universalbordelle"* einzuführen, wo die Frauen – vom Staat ,,großzügig" bezahlt – *,,alle Launen und Wünsche, welcher Art sie auch sein mögen, der arbeitenden Männer kostenlos und völlig willfährig zu befriedigen hätten"*. Da schmunzelt Siegfried Knittel!...

Gegen einen makabren ,,Witz ", etwa aus der Sponti-Szene, spricht zum einen die Aufmachung des Flugblattes (sauber gedruckt auf einem guten Papier), zum anderen auch der Hinweis auf die ,,völlige Loslösung vom Joch der jüdisch-christlichen Moral...", die klar auf rechtsradikale Urheber (etwa aus dem Umkreis der sogenannten ,,Ludendorfer" oder ähnlicher Schrate) hindeutet.



„Emma“ und die bösen Linken

Die Frauenzeitung „Emma" (März 1978) berichtet, daß in Ägypten die sogenannte „Moslem-Brüderschaft" gefordert habe, daß die Frauen wieder „islamische Kleidung" tragen müßten, also rundum bedeckt, womöglich Wiedereinführung des Schleiers.

Diese Meldung versieht „Emma" mit folgendem Kommentar: „Diese Forderungen werden übrigens von Gruppen erhoben, deren politisches Selbstverständnis als nationalistisch-l i n k s einzuordnen ist. Es zeigt sich wieder einmal, wie sehr sogenannte ‚linke' Politik im Gegensatz zur Frauenbefreiung stehen kann. DAs ist im Iran und in Ägypten offenbar nicht anders als hierzulande, auch wenn die Konflikte dort schärfere Züge tragen. Frau weiß inzwischen, daß sie diesen Tatbestand in der ganzen Welt vorfindet, unter welcher politischen Verkleidung er sich auch immer verbirgt " (S. 49)

Wahrscheinlich hat die Verfasserin der Meldung tatsächlich nicht gewußt, daß die Moslem-Brüderschaft keine l i n k e, sondern eine rechtsradikale Gruppierung ist. Aber wenn die Verfasserin nicht mit anti-linker, antikommunistischer Blindheit geschlagen wäre, so müßte sie wohl anerkennen, daß sich Linke überall auf der Welt für die Befreiung der Frau, und nicht für deren noch schärfere Unterdrückung, einsetzen, und daß sich das auch sichtbar in realer Politik niedergeschlagen hat – sei es nach der Oktoberrevolution in Rußland, sei es nach dem Sieg des Befreiungskampfes in China, sei es in Vietnam, in Angola, auf Kuba oder selbst in der DDR noch. Frau mag das alles noch nicht genug sein, ihr mag das alles nicht schnell genug gehen usw. Und die Linken sind auch gewiß in der Frauenfrage keine 100%igen Engel. Aber derart dummdreist links und rechts zu verwechseln, irgendeine mies recherchierte Story aus dem Nahen Osten aufzutischen, um den Leserinnen einzutrichtern, daß man daran mal wieder „die Schlechtigkeit der Linken" sehen könne – dazu gehört schon sehr viel böser Wille!



Da schmunzelt frau: Alice Schwarzer frech wie Oskar!

Im AK 122 (S. 22) berichteten wir: EMMA-Chefin Alice Schwarzer hat es den Frauen vom „Frauenkalender Tag für Tag 1978" (mit denen sie früher einmal bei der Herausgabe eines Frauenkalenders zusammengearbeitet hat) per „Männerjustiz" verbieten lassen, irgendwelche (!) Aussagen über ihren Konflikt mit Alice S. zu veröffentlichen. In der März-Ausgabe der EMMA nimmt Alice S. nun unter der Überschrift **„Wie mies sind Frauen?"** indirekt zu der Sache Stellung, ohne sie freilich offen auszusprechen oder gar inhaltlich und argumentativ etwas zur Sache zu sagen. Alice S. : „.....*Auch unter Feministinnen gibt es, wie überall, Machtkämpfe und Haß... Und was uns, die aktiven Feministinnen angeht, so müssen wir lernen... auch Konflikte ehrlicher auszutragen*". Offensichtlich macht frau das so, daß sie der Gegenseite gerichtlich verbieten läßt, sich überhaupt zu dem Konflikt zu äußern? Ja, ganz recht, denn: „... *Vielfalt ist eines der fundamentalen Prinzipien des Feminismus: keine Gleichschaltung! kein Programm weniger für viele! dafür Selbstbestimmung! Und gerade das will gelernt sein, und – es öffnet zunächst auch M i ß b r a u c h Tür und Tor*".

Und da geht es dann eben zu wie ü b e r a l l in diesem Staat: Wer die feministische Selbstbestimmung „mißbraucht", der muß natürlich der Mund verboten werden. Von der „Männerjustiz"! Aber ansonsten gilt selbstverständlich: „*Unser Hauptfeind sind nicht die Frauen, sondern ist und bleibt die Männergesellschaft. Und wenn manche Frauen sich heute noch nicht entsprechend verhalten können, dann müssen wir, bei aller Sisterhood, auch fähig sein, uns zu wehren – auch gegen die eigenen Schwestern*". Sich entsprechend verhalten heißt offenbar vor allem: Auf gar keine Fall Kritik an Alice S. und alll ihrem Weben und Wirken! Und „sich zu wehren" heißt hier nicht sachliche, oder notfalls auch polemische, öffentliche Auseinandersetzung, sondern heißt Maulkorb per Gerichtsbeschluß – wie von Alice S. u.a. auch schon mal gegenüber dem AK angedroht.

Jeder Zoll ein weiblicher Henri Nannen!

AG Frauen - KB/Gruppe Hamburg

Schwule »Fummel-Fete« in Hamburg

Am 18.2. fand im Kinderhaus Heinrichstraße (Hamburg) eine „Fummel-Fete" der „Antirepressionsgruppe" in der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg) zugunsten des Kinderhauses statt. Das Wort „Fummel" erklärten die Veranstalter auf den Einladungsplakaten nichts- oder anderes ahnenden Heteros so: **„Fummel-Trine ist nichts weiter als ein Herr in Damengarderobe".**

Provokation gleich zweifach:
– Schwule und Kinder zusammen („Schwule verführen Kinder").
– Männer in Frauenkleiung.

Dennoch kamen etwa 400 Besucher – vor allem Schwule, aber auch kess geschminkte Heteros – zur Fummel-Fete ins Kinderhaus. Da ziehen sich Schwule die verrücktesten „Fummel" an, schminken sich pfundweise und „kreischen hysterisch". Die machen sich wohl lustig über die beschissene Frauenrolle im Kapitalismus!? Über die Problematik dieser Rolle sehen sie einfach hinweg?... In der Tat, manche Argumente von Frauen, die zu hören waren, klangen so oder ähnlich. Nur, dies geht an der Absicht der Schwulen vorbei. Sie wollten keineswegs über Frauen herziehen, sich über sie lustig machen, sondern sie wollten ihr eigenes Problem, ihre eigenen Empfindungen ausdrücken.

genen Empfindungen ausdrücken.

Warum Schwule im Fummel?

Zunächst natürlich, weil es Spaß macht, besonders den Kindern. Wer erinnert sich nicht daran, daß er als kleiner Junge heimlich oder offen (je nachdem) ein Kleid angezogen hat, sich geschminkt hat? In diesem Spaßhaben kommt ein Stück Lebensfreude zum Ausdruck, das im grauen Alltag der Geschlechterrollen verschüttet ist. Manche Hetero-Genossen, die sich auf der Fete angefummelt hatten oder bereits im Fummel dorthin gekommen waren (ziemlich ungewohnt und auch anstrengend in der klirrenden Kälte draußen), haben uns dieses Spaßhaben freudig bestätigt.

Für die Schwulen bedeutet dieses Spiel natürlich mehr. Auch sie haben sich als Kind gern angefummelt, vielleicht sogar mit Puppen gespielt. Manche Eltern haben ihnen das sogar erlaubt. Dann aber wurden sie in die Hetero-Norm gepreßt; sie lernten, daß sie gefälligst Mädchen zu begehren haben, daß sie „Mann sein" müssen. Schwule Regungen mußten sie verdrängen. Aber eines Tages merkten sie doch, daß sie Jungs lieben und vielleicht mit 20 wurden sie für sich selbst schwul. Und nun tragen sie den ganzen Hetero-Scheiß mit sich herum, sind als „Mann" erzogen, der die Frau zu lieben hat, indem er sie beherrscht, lieben aber einen anderen Mann, der genauso gelernt hat, den Partner zu beherrschen.

Und dann ist es schon mal eine Erlösung, aus diesem permanenten Clinch mit sich selbst und seiner Umwelt auszusteigen, sich einen Fummel überzustülpen und laut loszukreischen. Dies natürlich besonders dann, wenn man – wie die allermeisten Schwulen – sein Schwulsein den überwiegenden Teil des Tages verstecken muß.

Den Geschlechtsrollenkonflikt, in dem sich Schwule ständig befinden, auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen, heißt natürlich auch: diese Rollen infrage zu stellen! Fortschrittliche Schwule greifen somit von der Peripherie her die Männer- und Frauenrolle an. Sie fühlen sich darin mit den Frauengruppen solidarisch.

Hetero-Männer: etwas verstört, mehr oder weniger

Die Hetero-Männer – mit oder ohne Fummel – machten auf der Fete doch einen etwas verstörten Eindruck, der eine mehr, der andere weniger. Sie schienen irgendwie nackt und bloß und bar jedes gesicherten Verhaltensrepertoires. Sie haben das aber allesamt wohl ganz gut gemeistert. Ein Heterogenosse, der von seinen drei Mitbewohnerinnen in der Wohngemeinschaft so wahnsinnig angefummelt worden war, daß selbst die Schwulen ihn für „stockschwul" hielten, zeigte sich beim Abschied begeistert von dem Abend.



... der schwule Kinderverführer?

Vielleicht ist es richtig, die Fummel-Athmosphäre mit dem Wort „menschenfreundlich" zu beschreiben. Es hat großen Spaß gemacht und für viele war es eine neue und erfreuliche Erfahrung. Vor drei bis vier Jahren wäre eine solche Fete unter Hetero-Genossen wohl noch nicht denkbar gewesen.

Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der Kinder, Frauen und Schwule gemeinsam Probleme des alltäglichen Lebens und Zusammenlebens in die Diskussion der Linken einbringen und damit zu einer etwas menschenfreundlicheren Atmosphäre in dieser Linken beitragen.

Der „schwule Kinderverführer"?

Diese Provokation ging natürlich vor allem in Richtung Schwule. Manch ein Schwuler, der auf dem Plakat „Zugunsten Kinderhaus" gelesen hatte, mag zunächst erschrocken gewesen sein. Eine Fete ausgerechnet dafür und dort, obwohl die Schwulen doch sowieso als "Kinderverführer" gelten? Mußte dieses Vorurteil dann noch verstärkt werden? Die Schwulen, die trotzdem gekommen waren (und das waren doch eine ganze Menge) hatten sich dann aber wohl gesagt: gerade deshalb ist die Fete dort gut, man muß diesem Vorurteil aktiv entgegenwirken! Und wie viele Schwule hätten sich in ihrer Kindheit und Jugend eine ähnliche Situation gewünscht wie diese Fete. Denn das ist das größte Problem der jungen Schwulen: zu sich selbst und ihresgleichen zu finden. Zunächst müssen sie annehmen, sie seien mit diesem Problem ganz allein auf der Welt.

Was so alles lief:

Auf dem Programm der Fete standen neben Schwoof, Essen, Trinken, Infos und dem „Mann mit dem schönsten Fummel" drei besondere Sachen:
– Kinder aus dem Kinderhaus führten einen Sketch „Projekt Baby X" (aus „Emma") auf: Ein Kind wird von Geburt an von seinen Eltern und später im Kinderhaus so erzogen, daß es gleichzeitig die Mädchen- und Jungenrolle ausfüllt.
– Ein Schwuler und ein Junge aus dem Kinderhaus führten einen Sketch „Papa, Charly hat gesagt" auf. Charlies Papa ist nämlich der Meinung, daß Charly nicht mehr zu seinem schwulen Nachhilfelehrer gehen soll. Darüber unterhielten sich Vater und Sohn. Des Vaters „Toleranz" gegenüber Schwulen bröckelt immer mehr ab. Schließlich schlägt der Sohn seinem „liberalen Vater" vor, Charlies Papa zu sagen, daß er (der „liberale Vater") auch ein Homo sei. Dann könne der nicht mehr davon sprechen, daß Schwule „Banditen" seien. Das kann nur noch mit einem „Un-
chen, daß Schwule „Banditen" seien. Das kann nur noch mit einem „Un-
tersteh' dich!" enden.
– Über Schwule, Fummel, Heteros und Schwule und ähnliches fand eine Diskussion statt. Hier ein Auszug: Ein Hetero-Genosse erzählte, wie ihn ein alterer Schwuler in der Sauna angemacht habe. Darüber habe er sich ziemlich aufgeregt. Ein anderer Genosse erwiderte, daß sei ja auch unter „Normalen" gang und gebe, daß ein Mann z.B. einer Frau in den Hintern kneift. Wieso regt sich man(n) erst dann darüber auf, wenn ein Schwuler einen Hetero anmacht? – Hier hätte die Diskussion auch einen anderen Verlauf nehmen können, indem sich die Schwulen quasi entschuldigt hätten: Man müsse das Verhalten dieses älteren Schwulen doch zu verstehen suchen – das Alter, die Adenauer Zeit oder gar der Faschismus usw. – Auf diese Ebene gelangte die Diskussion erfreulicherweise aber nicht. Es wurde vielmehr darüber gesprochen, warum sich der Hetero von dem Homo so unwahrscheinlich angemacht fühlte. Ob das vielleicht auch was mit ihm selbst zu tun hätte?

Die Fete hatte Mängel. Es wäre falsch, sie über den grünen Klee zu loben. Das lag vor allem daran, daß die Schwulen in dieser Arbeit noch unerfahren waren. Es war ihre erste öffentliche Aktion dieser Art. Die zweite Fete soll aber demnächst folgen.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

»Heterosexuell – nein danke« ???

Wie man schwule Politik in Zeiten der Repression n i c h t machen sollte, haben uns die „Brühwarms" auf ihrer Fete im „Winterhuder Fährhaus" exemplarisch vor Augen geführt. Das Programm entsprach den buttons, die verkauft wurden: Die Sonne der Anti-AKW-Bewegung wurde mit der Aufschrift „Heterosexuell – nein danke!" „verfremdet".

Was geschieht hier? Nimmt man die Veranstalter beim Wort, dann wird die „Hauptkampffront" zwischen Heteros und Homos errichtet. Eine neue Art des Feminismus, man könnte sagen: der „Schwulismus", kündigt sich an. Aber, selbst wenn die „Brühwarms" nicht so genau beim Wort genommen werden wollen, selbst wenn dieser Spruch nur Ausdruck momentaner Gefühlslage ist oder sein soll, politisch klug ist er auch dann nicht.

Er nährt antischwule Vorurteile in der Linken und vergrätzt potentielle Bündnispartner. Das darf nicht die Politik der Schwulen sein. Sie brauchen diese Bündnispartner im gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrükkung.

Allerdings stellen sie ihr Schwulsein dabei auch nicht mehr unter den Scheffel und lassen sich nicht auf die Zeit nach der „Lösung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs" vertrösten. Sie haben das Motto der US-amerikanischen Schwulenbewegung („gay and proud") übernommen: **„Wir sind schwul und wir sind stolz darauf!"**

US-amerikanischen Schwulenbewegung („gay and proud") übernommen: „Wir sind schwul und wir sind stolz darauf!"

JULIA – ein antifaschistischer Frauenfilm

In den bundesdeutschen Kinos wird zur Zeit ein Film gezeigt, der sowohl als Frauen- wie auch als antifaschistischer Film bezeichnet werden kann: „Julia" von Fred Zinnemann.

Überzeugend spielen in ihm Vanessa Redgrave und Jane Fonda die Hauptrollen: Zwei ungleiche, aber eng miteinander verbundene Freundinnen wachsen zusammen in englischem Adelsmilieu auf. Julia (Vanessa R.) geht nach Wien und studiert bei Dr. Freud. Die Freundin lernt einen amerikanischen Schriftsteller kennen und wird Autorin.

Julia politisiert sich durch die Erfahrungen mit dem Faschismus in Wien und schließt sich der Widerstandsbewegung an. Die amerikanische Freundin will Julia nach langen Jahren in Wien besuchen, und findet sie in einem Lazarett unter faschistischer Aufsicht. Nazi-Studenten hatten sie im Zusammenhang mit einem antisemitischen Pogrom in der Universität das Treppengeländer heruntergestürzt. Sie kann nicht sprechen, ein Bein muß amputiert werden. Hier im Lazarett wird die bis dahin recht naive und weltfremde, inzwischen erfolgreiche Autorin mit der deutsch-österreichischen Realität der 30er Jahre konfrontiert. Langsam werden ihr die Augen geöffnet und sie fängt an, die Hintergründe für Julias plötzliches Verschwinden aus dem Lazarett aufzuspüren, reist ihr nach und übernimmt sogar, der Freundin zuliebe, einen geheimen Geldtransport für die politischen Gefangenen in Berlin. Schließlich trifft sie Julia in Berlin wieder. Doch die Begegnung ist sehr kurz, und es ist die letzte zwischen den beiden Frauen, denn die Widerstandskämpferin wird bald darauf von den Nazis ermordet.

In diesem Film wird der Faschismus keineswegs als bloße Kulisse dargestellt (wie z.B. im „Schlangenei"); die Erfahrungen mit ihm, die bedrückende Alltagsatmosphäre in ihm und der Kampf gegen ihn bilden ein zentrales Thema des Filmes.

Der Film, der auf einen authentischen Roman basiert,ist aus der Sicht der zunächst unpolitischen, aber solidarischen Freundin geschildert. Zuerst bewundert sie Julia nur; mit der Zeit aber kann frau nachvollziehen, wie durch die Wut über erlebte Unterdrückung der Mut der Frau wächst, wie sie sich langsam verändert und zum handelnden Subjekt wird. Dennoch hat der Film nichts falsch-Heroisches: die konsequente und politisch überzeugte Julia setzt ihre Freundin nicht unter moralischen Druck, sondern rät ihr zu, nur das zu tun, was sie sich auch zutraut. Julia wird nicht vereinfacht als Nur-Kämpferin gezeigt, sie läßt trotz ihrer Tapferkeit Momente von Trauer und Zärtlichkeit durchscheinen, die es uns leichter machen, uns mit ihr zu identifizieren. Wir können den Film empfehlen, weil er Mut macht und uns zeigt, daß politischer Kampf und Liebe, Entschlossenheit und Zärtlichkeit zusammengehören können.

Kulturkommission

»Müllprozeß« gegen Margit Czenki, Jutta Fritton und Johnny v. Rauch - 1. Teil

Zwei Verhandlungstage bisher, aber was für welche! 8 – 10 Stunden dauerten sie jeweils, 11 Zeugen der Anklage (Polizisten) sollen insgesamt gehört werden, die Dauer des Prozesses ist noch nicht abzusehen – gilt es, ein schweres Verbrechen zu ahnden?

Über diesen Justizbluff zu lachen, wie's angemessen wäre, dafür ist die Sache zu bitter, denn der Aufwand wird ja nicht zum Spaß betrieben, das ist spätestens nach diesen zwei Prozeßtagen klar. Für Margit steht jahrelanger Knast auf dem Spiel (Wegfall der Bewährung, erneute Verurteilung, evtl. Sicherungsverwahrung), und Johnny hätte auch bereits „Widerstand gegen die Staatsgewalt" im „Wiederholungsfall" geleistet und ist damit besonders gefährdet. (Siehe auch Artikel in den letzten beiden AK-Nummern.) Den dreien wird vorgeworfen: Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Beamtenbeleidigung, Vortäuschen einer Straftat.

Die Angeklagten äußern sich zu den Vorwürfen, denn, so Johnny v. Rauch, die volle Wahrheit kann ihnen nur nützen: „denn die ganze Anklage ist widersinnig, beschuldigt die Falschen, wir sind beleidigt und auch verletzt worden". Zur Erklärung, was damals los war, geht Johnny zurück bis zur Erschießung Benno Ohnesorgs, die ihn tief getroffen hatte; ein weiterer gravierender Einschnitt in seinem Leben war die Erschießung seines Bruders Georg v. R. Seither versuchen er und andere anders zu leben, gegen die Unmenschlichkeit zu leben. Dazu gehören auch alternative Projekte, Wohngemeinschaften. Für Margit ist ein wichtiger Punkt ihrer Haltung, daß ihr Vater SS-Mann war, und sie nie wieder zulassen will, daß etwas wie Faschismus wieder passieren kann.

Dann gehen beide auf die Geschehnisse des letzten Jahres ein wegen denen sie vor Gericht stehen: Kurz vor der Urteilsverkündung in Stammheim wurden WGs und linke Projekte wie die Alternativzeitung „Blatt" und die „Basisbuchhandlung" einer offenen Observation unterzogen: die Herren saßen in ihren Autos vor den betreffenden Wohnungen, mit großen Fotos der Observierten vor sich, verfolgten jeden auf Schritt und Tritt und überprüften z.B. mehrmals am Tag mit gezogener Pistole Margits Personalien auf offener Straße. Es ging offensichtlich darum, die Observierten ö f f e n t l i c h als Aussätzige hinzustellen, sie vor Nachbarn, Ar-

Tag mit gezogener Pistole Margits Personalien auf offener Straße. Es ging offensichtlich darum, die Observierten ö f f e n t l i c h als Aussätzige hinzustellen, sie vor Nachbarn, Ar-

beitgebern usw. zu diskriminieren. Als die Observierten es bis oben hin satthatten, wollten sie, um Öffentlichkeit zu schaffen, im Autokorso durch die Stadt zu den Redaktionsräumen der „Süddeutschen Zeitung" fahren – alle Observierer hinterher – wie sie hofften. Gut 30 Leute machten sich auf – die Bullen folgten aber nicht. Man traf sich vor dem Amtsgericht, um zu besprechen, was man nach der verunglückten Aktion unternehmen wolle und war kurz davor, in Kinos und Kneipen zu verschwinden, es war bereits 11 Uhr nachts. Da standen plötzlich zwei Pappkartons mit der Aufschrift „Müll" in der Gegend herum und 2 „Objektschützer" ebenfalls, die sich dafür interessierten. Einer aus der Gruppe soll noch, „da tickt was" gesagt haben. Die Pakete wurden rumgeschubst, die Gruppe blödelte, die Objektschützer grinsten. Einer sagt im Prozeß aus, er habe sich von der Gruppe verarscht gefühlt, man sei einfach um ihn rumgehüpft . . . Und Johnny v. R. habe die Pakete abgelegt. Dann ging's los: die beiden Spitzel rufen Verstärkung (sprengstoffverdächtiges Paket), Funkstreife nach Funkstreife rückt an. Beim Greifen und Verhaften von Johnny soll er einen Polizisten getreten haben und außerdem habe er sich nicht freiwillig genug verhaften lassen, Margit und Jutta hätten ihn festgehalten, an ihm „gezogen". Jutta dasselbe dann wieder bei Margit, als sie verhaftet werden sollte. Margit hatte nach eigenen Angaben einen Polizisten von hinten an den Haaren mit kurzem Ruck von einer Frau weggezogen, die dieser an den Schultern gepackt hatte und gegen eine Mauer preßte oder schlug, daß sie vor Schmerzen gellend schrie. Margit: „das würde ich sofort wieder tun, bei sowas muß ich helfen, egal was das für ein Mann ist, ob er ein „Fräckelchen" anhat oder nicht. (Für's „Fräkkelchen" wurde sie vom Gericht heftig gerügt, sie solle anständig reden. – Darauf Margit: „das ist meine Sprache und die lasse ich mir nicht verbieten".) Mit einem Schimpfwort hätte sie den Polizisten zusätzlich noch beleidigt. Dann steigt sie nicht schnell genug in den Streifenwagen, weil man sie, wie sie sagt, derart an den Türrahmen preßt, daß sie gar nicht kann. Da beißt Schäferhund Cäsar zu, einige Male, am Arm und Oberschenkel, verbeißt sich, bis endlich der Hundeführer was unternimmt.

Als der Hundeführer zu dieser Brutalität von der Verteidigung länger befragt wird, will der Staatsanwalt das Thema abschmettern; es ginge nicht um den Hundebiß, sondern um den Widerstand von Frau Czenki. (Trotz Margits sofortiger Anzeige wird diese schwere Körperverletzung tatsächlich nicht weiter geahndet – Verfahren eingestellt!) Zum Geschehen äußerte sich der Hundeführer dann folgendermaßen:

Der Hund gehe immer von alleine los, er kriege kein Kommando. Er habe eben seinen Herrn gefährdet gesehen, und zwar durch eine Handbewegung Margits (die selbst nach seinen Angaben 1 m von dem Mann weg stand, dazwischen war noch ein anderer Polizist). In so einer Situation mußte er seiner Ausbildung gemäß beißen. Wörtlich: „Es ist mustergültig, wie der Hund gearbeitet hat". Daß ein Bulle den Biß mit den Worten



„der braucht auch mal was Knackiges" kommentiert will kein Zeuge der Anklage gehört haben, aber daß Zustimmung kam, geben sie schon zu; es wird auch nicht bestritten, daß einer

„der braucht auch mal was Knackiges" kommentiert will kein Zeuge der Anklage gehört haben, aber daß Zustimmung kam, geben sie schon zu; es wird auch nicht bestritten, daß einer

sagte: „Geschieht ihr ganz recht, wenn sie das Maul so aufreißt." Die Gesinnung, die hinter d e r l e i Aussagen steckt, wurde vom Gericht in keiner Weise gerügt – die Herren zuckten nicht mal mit der Wimper. Es sind übrigens alles Herren: Vorsitzender, Staatsanwalt und auch die zwei Schöffen.

Gehört haben sie natürlich auch nicht den Ausspruch eines Bullen: „die Öfen in Dachau sind für euch schon vorgeheizt". Worauf Margit sinngemäß ihnen antwortete, das sei eben der Unterschied zwischen ihnen, daß sie selbst so etwas Menschenverachtendes nie zu ihnen sagen würden, weil sie die Polizisten eben auch als Menschen ansehen.

Jutta F. habe nun angeblich versucht, Margit auf dem Weg zum Streifenwagen zu befreien, indem sie zwei Polizisten, einen rechts, einen links von Margit, gleichzeitig attackierte – ganz schöne Leistung von der zierlichen Jutta! Aber auch hier gehen die Polizistenaussagen weit auseinander – wie bei vielen Details. Der von dem einen angegebene zweite Polizist an Margits Seite will da gar nicht gewesen sein, denn er gibt an, nur ein Polizist habe Margit zum Auto geschleppt, er habe nur zugesehen.

Widersprüche wie diese sind häufig bei diesen Zeugenaussagen, gerade bei Vorgängen, die die Angeklagten entlasten – holen aber den Vorsitzenden und den Staatsanwalt nicht aus ihrer schläfrigen Dickfelligkeit. Ganz anders später bei der ersten Zeugin der Verteidigung, da puhlen sie nach haarfeinsten Widersprüchen wie die Geier im Aas.

So baut der Staatsanwalt im Gegenteil goldene Brücken, um Bullenwidersprüche zu verkleistern. Da hat angeblich ein Zeuge z.B. „blitzschnell, vielleicht aus den Augenwinkeln" beobachtet (bereits der 2. Zeuge, der aus den Augenwinkeln genau sah, was hinter ihm passierte!), wie der „Kollege Meiler von einem blonden Mädchen eine Ohrfeige ins Gesicht" bekam. Da mittlerweile ziemlich feststand, daß sich höchstens am Hinterkopf von Herrn Meiler etwas abgespielt haben kann, fragt der Staatsanwalt: „Kann es sein, daß es vielleicht doch mehr auf den ganzen Kopf war?" „Ja, vielleicht der ganze Kopf" wird geantwortet – und zufrieden lehnt sich der Staatsanwalt wieder zurück. Als Margit daraufhin sich das Lachen nicht verkneifen kann, wird sie von ihm angefaucht, sie wisse ja, was für sie auf dem Spiel stünde – da ist so viel persönlicher, abgrundtiefer Haß in dieser Drohung und in seinem Blick, daß man erschrickt. Zum Schluß dieser Zeugenvernehmung kommt überdies noch heraus, daß im damaligen Vernehmungsprotokoll kein Wort über eine Ohrfeige steht, der Polizist sich also heute daran erinnert.

Solche Beispiele könnte man am laufenden Band aufzählen. Zu Johnnys Widerstand und körperverletzendem Tritt wird dann auch von den beiden Bullen zugegeben, daß nicht sehr viel passiert war, er mehr passiv war. Aber dafür wird jetzt alles auf die Frauen geschoben, besonders diese zwei; die Frauen seien rabiat gewesen, hätten von Rauch festgehalten, die Bullen mit Schimpfworten beleidigt und heftig die Festnahme zu verhindern versucht. Überhaupt waren, wie einer sagte, „ die Frauen an dem ganzen Schlamassel Schuld; die Frauen als wilde Furien, viel schlimmer als Männer, darauf wollen alle hinaus.

haupt waren, wie einer sagte, „ die Frauen an dem ganzen Schlamassel Schuld; die Frauen als wilde Furien, viel schlimmer als Männer, darauf wollen alle hinaus.

Worauf keiner der Zeugen auf Befragung durch die Anwälte was zu sagen weiß: wieso, wenn sie wirklich Sprengstoff in den Paketen vermuteten, nicht schleunigst der Platz geräumt wurde?! Die Tatsache, daß man zwar in 100 m Entfernung zwei Straßenbahnen umleitete, aber die Polizisten selbst direkt dabei blieben, beweist, daß sie offenbar selbst nicht an Sprengstoff glaubten.

Die Vernehmung der ersten Entlastungszeugin zeigt dann auch, worauf Richter und Staatsanwalt hinaus wollen: eine Frau aus der linken Szene soll als sowieso unglaubwürdig hingestellt werden. Die Befragung läuft darauf hinaus, ein Bild vom „Sympathisanten-Sumpf" zu erzeugen.

Zur „Stimmung" während des Prozesses bleibt zu bemerken, daß der kleinste Mucks aus den vollbesetzten Zuhörerbänken (30 Leute gehen bloß rein) mit bösem Donnerwetter und Räumungsdrohung vom Vorsitzenden geahndet wurde. Und mit lauerndem Blick suchten Vorsitzender und Staatsanwalt die Zuhörerbänke ab, um Anstoß nehmen zu können. Zwei Ordnungsstrafen wurden schon ausgeteilt: einmal 150 Mark, einmal 200 DM wegen Zwischenrufs, der so fällig war, daß wir ihn alle hätten rausbrüllen mögen. Als die betreffende Frau zu „zahlbar sofort oder 4 Tage Haft" verdonnert wurde, sprang Margit auf, sammelte unter den Anwesenden blitzschnell 200 Mark ein und setzte sich wieder. Margit sagte dazu, die Frau habe ein kleines Kind und könne nicht ins Gefängnis. Vorn wurden Richter und Staatsanwalt vor Wut noch häßlicher und blasser als gewöhnlich und stießen wieder wilde Drohungen gegen Margit aus, sie werde schon sehen . . .

Der Staatsanwalt weist bei jeder Gelegenheit darauf hin, was für Margit auf dem Spiel steht, um sie einzuschüchtern und ihr seine Macht zu demonstrieren. Es macht ihn wahnsinnig wütend, daß Margit nicht im Büßerhemd und als Häuflein Unglück dasitzt, sondern aufrecht und mutig ist und sich aktiv ins Geschehen einmischt.

Am 1. Tag wurde nur unten am Eingang kurz in die Taschen geguckt, am 2. Tag schon unten und oben vor der Gerichtstür, und dabei wurden auch Mäntel abgetastet. Zudem fingen sie an, Personalausweise zu kontrollieren – dies sei aber ohne Zustimmung vom Richter und Staatsanwalt geschehen und wird angeblich nicht wieder vorkommen.

Es waren überwiegend Frauen unter den Zuhörern, auch von vielen Frauenzentren und Frauengruppen aus anderen Städten waren Delegierte als Beobachterinnen gekommen. Die bürgerliche Presse war allerdings kaum vertreten – einen Reißer wie damals Margits „Banklady"-Geschichte versprechen sie sich wohl nicht. Die nächsten Prozeßtermine sind am 8., 9. und 10. März, und wer kann sollte kommen: Justizpalast München, Nymphenburger Straße.

Die Erklärungen der Angeklagten

Am dritten Prozeßtag folgten die Erklärungen der drei Angeklagten. Johnny von Rauch begann: aufgrund der Tatsache, daß bei den Angeklagten und ihren Entlastungszeugen die Gesinnungsprüfung an erster Stelle stehe, gewinne man den Eindruck, hier werde ein „Sympathisanten"-Prozeß geführt, denn die Gesinnung der Beamten sei völlig uninteressant für die Beweisführung geblieben (zum Dachau-Spruch und der zugehörigen faschistischen Gesinnung kam z.B. kein Ton von Vorsitzendem und Staatsanwalt). Es würde versucht, den Kreis um die Angeklagten dem „Sympathisantensumpf" zuzuordnen, und den gelte es, wie hier ja jedem geläufig wäre, „auszutrocknen". Eine Stufe weiter wäre dann ja wohl die Liquidierung.

Der Staatsanwalt protestierte sofort: diese Formulierung sei im Prozeß bisher nicht gefallen.

Die anwesende Margarete von Trotta (bekannt als Mitschöpferin des Film „die verlorene Ehre der Katharina Blum" und „Der Fangschuß") machte einen Zwischenruf: *„Die deutsche Sprache hat das Wort „wäre" und das drückt eine Eventualität aus, nicht aber eine Tatsache."* Dieser Zwischenruf wurde vom Richter mit einem Tag Ordnungshaft (!) geahndet, die sofort zu vollstrecken war. Margarete wurde sogar das übliche Erklärungsrecht zu ihrer Äußerung verweigert, das sie sich jedoch nicht nehmen ließ und einfach losredete:

einem Tag Ordnungshaft (!) geahndet, die sofort zu vollstrecken war. Margarete wurde sogar das übliche Erklärungsrecht zu ihrer Äußerung verweigert, das sie sich jedoch nicht nehmen ließ und einfach losredete:

sie arbeite mit Sprache und empfinde es als eine Zumutung, Verdrehungen solcher Art von Seiten des Richters hinzunehmen. Als sie abgeführt wurde, sprang Margit auf und sagte, sie verlasse jetzt sofort den Gerichtssaal, um sich um Margaretes Kind zu kümmern. Der Vorsitzende schrie daraufhin, dann werde er sie sofort verhaften lassen, um so ihre Anwesenheit zu garantieren. Margit mußte sich wieder setzen.

Im folgenden erklärte Margit zum bisherigen Prozeßverlauf, daß die Frauen als die viel Schlimmeren hingestellt werden. Aus den Zeugenprotokollen der Bullen, die vor einem Jahr gemacht wurden, ist das noch nicht so herauszulesen. Damals waren die Frauen ungefähr gleich schlimm wie die Männer. Inzwischen sei aber ja auch ein Jahr vergangen – ein Jahr mit Terroristinnenhatz und Kriminalisierung von Emanzipation der Frau, das schlägt sich in den heutigen Zeugenaussagen nieder. „Es besteht eine Tendenz in diesem Prozeß, uns Frauen hier anders zu behandeln."

Eine Genossin des KB/Gruppe München

Presseerklärung

Folgende Presseerklärung wurde von Frauen, die als Prozeßbeobachterinnen in Eigeninitiative oder im Auftrag ihrer Frauengruppen nach München gefahren waren, herausgegeben:

„Frauen, die den Prozeß gegen Margit Czenki, Jutta Fritton und Johann von Rauch in den vergangenen Hauptverhandlungen beobachtet haben, stellen folgendes fest:

1. Ein lächerlicher Anlaß-„Bomben", die nicht einmal die Polizisten ernst genommen haben-führten zu massivem unverhältnismäßigem Polizeieinsatz und zu einem Prozeß gegen „Sympathisanten von Stammheim": die polizeiliche Repression wird als legal und notwendig betrachtet, da das Sichwehren „solcher Personen" zumindest als verdächtig, wenn nicht sogar als strafbar angesehen wird.

2. Polizisten werden durch politisch motivierte Menschen wohl prinzipiell verunsichert, besonders rot allerdings sehen sie offenbar bei Frauen: die angeklagten Frauen und ihre Verteidigerinnen werden von einigen Polizeizeugen noch im Gerichtssaal angegriffen – Wut und Verachtung kennzeichnen Aussagen und Haltung dieser Zeugen. Und sie können sich damit „im Recht" fühlen. Ihr Verhalten wird jedenfalls nicht gerügt. Sie bestätigen damit die Aussagen der Angeklagten über das aggressive Verhalten und die entsprechenden Äußerungen der Polizisten während des Einsatzes.

3. Die Aussagen der Polizisten sind allgemein widersprüchlich und teilweise widerlegbar. Schlicht nicht zu glauben sind Aussagen wie z.B. die über das Verhalten des Polizeihundes Caesar: er ist „so abgerichtet, daß er von selbst angreift". Wenn „aus der Sicht des Hundes das Verhalten der Frau als Angriff angesehen wird" – die Wahrscheinlichkeit dieses äusserst gefährlichen Verhaltens eines Polizeihundes wird auf keine Weise hinterfragt.

4. Das Verhandlungsklima ändert sich schlagartig bei der Anhörung der ersten Zeugin der Verteidigung. Scheinbar sind alle, die in der Pacellistraße (vor dem Amtsgericht, wo die Festnahmen stattfanden, Anm.AK) *dabeiwaren, von vornherein verdächtig und ihre Aussagen unglaubwürdig; die Zeugin wird je-*

le, die in der Pacellistraße (vor dem Amtsgericht, wo die Festnahmen stattfanden, Anm.AK) *dabeiwaren, von vornherein verdächtig und ihre Aussagen unglaubwürdig; die Zeugin wird je-*

denfalls – anders als die Polizisten – ermahnt „ die Wahrheit zu sagen", sie wird ungehalten und ungeduldig befragt, denn Zweifel an der Richtigkeit ihrer Aussagen sind unüberhörbar.

5. Die Ordnungsbeamten reagieren innerhalb und außerhalb des Gerichtssaales auf die ebenfalls politisch motivierte Öffentlichkeit aggressiv, das Gericht unsicher: Äußerungen, die weder die „Würde des Gerichts" noch den Ablauf der Verhandlungen stören können, werden mit Ordnungsstrafen belegt.

6. Daß sich die Presse bisher nicht um diesen Prozeß gekümmert hat ist bedauerlich und peinlich: es scheint einfacher zu sein, sich über Wert und Konsequenz widersprüchlicher Polizeiaussagen und falscher Anschuldigungen im „ganz normalen" Fatima-Prozeß zu äußern, als in einem Prozeß, in dem derartige Zeugenaussagen der „Wahrheitsfindung" gegen politisch motivierte Angeklagte dienen.

München, 28. Februar 1978

Von heute an gibt es unser Programm

Frauen kandidieren zur Bürgerschaftswahl

Frauen werden als minderwertig abgestempelt, Mädchen werden schlechter ausgebildet als Jungen, Frauenarbeit wird schlechter bezahlt als die Arbeit der Männer, Frauen werden allein verantwortlich gemacht für Wohlbefinden und Arbeitsfähigkeit des Ehemannes, für Haushalt und die Erziehung der Kinder.

Wir wehren uns entschieden gegen die Versuche, die Frau auf eine bestimmte Rolle festzuschreiben.

Diese Plattform wird von über 40 Frauengruppen unterstützt, die sich an der „Wehrt Euch" Liste für die Hamburger Bürgerschaftswahl beteiligen. Die Plattform kann bestellt werden bei:
Petra Nootz, Bernstorffstr. 151, 2000 Hamburg 50; Preis: –.20 DM



GRIPS mit „neuem" Stück und weiterer Unterstützung

Das Westberliner GRIPS-Theater tritt mit einem neuen-alten Stück in diesen Wochen an sein Publikum: **„Mannomann"**, vor sechs Jahren uraufgeführt.

„Mannomann" versucht Kindern zu erklären, wie es in der Arbeitswelt der Erwachsenen zu geht, warum der Vater genervt von der Arbeit kommt, warum die Mutter nervt – und die Kinder den Ärger der Eltern abbekommen: Die Kinder bekommen zunächst nur mit, daß „Vati" und „Mutti" ihnen Unrecht tun, daß sie sich gegenseitig anmachen. Heimlich im Betrieb des Vaters hören sie, wie dieser von einem Kapitalistenbüttel angetrieben wird und wie dieser Büttel Dampf vom Kapitalisten kriegt – und sie bringen die Frage auf den Tisch: Muß es so sein, daß der Chef den Krause anbrüllt, der Krause den Vati, der Vati die Mutti, und beide die Kinder? Die Familie wird sich einig, daß es n i c h t so sein muß. – Ein Stück, das Kinder sich ansehen sollten. ...

Gegen die Angriffe auf das GRIPS hat sich der „Verein Freie Volksbühne" in Westberlin gewandt (zu den Angriffen s. letzten AK):

„Das Grips-Theater habe sich in jahrelanger vorbildlicher Arbeit zu einer international anerkannten Bühne für Kinder entwickelt. Seine künstlerisch-pädagogische und kindgemäße Inszenierungsweise vermöge Kindern in unterhaltsamer Form zeitnahe Probleme zu vermitteln und ihre Entwicklung zu kritischen, gegenwartsoffenen und demokratisch gesonnenen jungen Staatsbürgern mit Spürsinn für soziale Gerechtigkeit zu fördern" („Tagesspiegel", 11.2.78).

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

»Was heißt hier Liebe?« . . .

...ist ein Stück für Kinder und Jugendliche, das gegenwärtig vom Hamburger „Klecks" gespielt wird. Das Stück ist den Wächtern von Sitte, Moral und anderen Perversitäten Anlaß, ein Wutgeheul anzustimmen.

Das Stück, *„ein Spiel um Liebe und Sexualität, für Leute in und nach der Pubertät"*, handelt von zwei Jugendlichen, die sich kennenlernen und miteinander schlafen wollen und dabei „natürlich" mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ziel des Stücks ist, *„eine positive Grundhaltung zur Sexualität und ihren Problemen"* (Textb. S.4) zu schaffen. Behandelt wird eine ganze Palette von Problemen:

* propagiertes Schönheitsideal,
* Selbstbefriedigung,
* homosexuelle Kontakte,
* Geschlechterrollennormen,
* Konflikte mit den Eltern,
* Sexualität-Liebe-Zärtlichkeit,
* Empfängnisverhütung,
* VerTEUFELung der Sexualität,
* Verständigung in der Partnerbeziehung.

Nach unserem Eindruck und nach dem Urteil des überwiegend jugendlichen Publikums ist dies auch sehr gut gelungen. Die Schauspieler schaffen es, eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen und Hemmungen abzubauen, was das Stück vom üblichen „Aufklärungs"sumpf abhebt und auch einen deutlichen Unterschied zu der in der Schule in der Regel verabreichten Sexualkunde darstellt.

„Es wird vorausgesetzt, daß Jugendliche sexuelle Bedürfnisse haben und daß es Möglichkeiten geben muß, diese zu befriedigen. Sexuell-genitale Kontakte sollen in einer jugendlichen Partnerbeziehung kein Muß sein, aber sie sollen möglich sein.

– Sexuelle Kontakte sollen eingebettet sein in eine verständnisvolle Partnerbeziehung, also weder unter Erfolgszwang noch unter psychischem Druck zustande kommen.

– Generelle Konfliktlösungsstrategie sollte es sein, immer wieder über Wünsche, Ängste und Vorbehalte zu sprechen (Ermutigung zur Offenheit und zu immer neuen Verständigungsversuchen trotz zu erwartender Rückschläge kann als Generalziel des Stückes angesehen werden)"

(Aus dem Gutachten von Prof. Koch zum Stück).

In Westberlin wurde dem Stück bzw. den Autoren der „Grimm"-Preis verliehen. Die Schulbehörde machte in Hamburg 28.000 DM locker und bezuschußte das Projekt – ein bei der schon sprichwörtlichen Sparwütigkeit gerade dieser Behörde verwunderlicher Vorgang. Beim Geldgeben blieb es nicht. Die Behörde empfahl auch noch, mit ganzen Klassen das Stück zu besuchen – und einer Reihe von Reaktionären lief die Galle über. So protestierte der Vorstand der Hamburger Elternkammer bei der Schulbehörde, und der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Kelber brachte eine kleine Anfrage in die Bürgerschaft ein, um gegen die „schamlose Sprache" des Stückes zu wettern und daran zu erinnern, daß ein Besuch nur mit der Zustimmung der Eltern möglich sei. Ebenso wurde auch eine „Aktion Menschenwürde und Familie" aktiv, die die Schulbehörde mit Beschwerden eindeckte sowie an Schulen und die Vorsitzenden der Elternräte schrieb. Über welche ausgezeichneten Verbindungen diese Leute dabei verfügen wird daran deutlich, daß die Empfehlung der Schulbehörde, das Stück anzusehen, nur sehr verzögert (mit z.T. 14tägiger Verspätung oder auch überhaupt nicht) in den Fächern der Lehrer landete, der Protest der „Aktion" aber nur 1-2 Tage später. Diese „Aktion" ist einer „Europäischen Bürgerinitiative zum Schutz der Menschenwürde" angeschlossen, die schon durch Aktionen wie die „Saubere Leinwand" weithin von sich reden machte. Die „Europäische Bürgerinitiative zum Schutz der Menschenwürde" (UCE), vertreten durch Dr. A. Neupert, erstattete inzwischen Strafanzeige gegen das „Klecks"-Theater.

Wo diese Sittenhüter Gift und Galle spucken, können wir nur empfehlen: Hingehen und anschauen!

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg



„Was heißt hier Liebe?", gespielt vom Hamburger „Klecks"-Theater

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

..indesmißhandlungen in Bayern

Die bayerische Staatsregierung wird keinen Bericht über die Entwicklung der Zahl von Kindesmißhandlungen in Bayern in Auftrag geben.

Der sozialpolitische Ausschuß im Landtag lehnte mit den Mehrheitsstimmen der CSU einen entsprechenden Antrag des FDP-Abgeordneten Flath ab. Flath belegte mit von ihm selbst gesammelten Zahlen, daß 1971 in Bayern schon 240 Fälle von Kindesmißhandlungen gemeldet wurden. Nur 31 davon seien allerdings zur Verurteilung gekommen. Nicht viel besser sah es 1976 aus, wo von 272 amtlich registrierten Fällen nur 34 abgeurteilt wurden. 20 Prozent dieser Kinder seien zum Teil sehr schwer verletzt worden, einige von ihnen wurden zu Dauerinvaliden.

Die CSU-Abgeordnete Elisabeth Schnell bezeichnete diesen Antrag als „Provozierung pflichtbewußter Eltern" („Nürnberger Nachrichten", „NN", 9.2.78). Dazu muß man wissen, daß Elisabeth Schnell diejenige ist, die in Bayern den Mutterorden für Frauen mit mehr als sechs Kindern einführen will! Offenbar kommt es ihr lediglich darauf an, daß Kinder in die bayerische Welt gesetzt werden. Was dann mit ihnen passiert, ist dieser Zynikerin gleichgültig!

KB/Gruppe Nürnberg

Schon wieder Schülerselbstmord

In Bad Schwartau (Schleswig-Holstein) hat sich eine 15jährige Sonderschülerin mit Benzin übergossen und angezündet. Das Mädchen versuchte selbst noch die Flammen zu erstikken, starb dann aber in einem Krankenhaus an den Brandverletzungen.

Die Schülerin hatte – wir vermuten, aus gutem Grund – eineinhalb Jahre die Schule nicht besucht. Das Jugendamt hat ihr mit Einweisung in ein Heim gedroht. Hat das Jugendamt sich gefragt, wie das Mädchen auf die „Sonderschule" gekommen ist, auf die alle diejenigen Kinder abgeschoben werden, die die Lernziele von Kultusbürokraten nicht erreichen wollen oder können? Hat das Jugendamt sich gefragt, warum die Schülerin diesem Abschiebebahnhof in die hundertprozentig sichere Arbeitslosigkeit den Rücken gekehrt hat?...

Schulstrafe für 6jährigen

In Karlsruhe soll ein sechsjähriger Schüler für 14 Tage vom Unterricht ausgeschlossen werden. Der Junge hatte eine Mitschülerin geohrfeigt. Die Lehrerin hatte ihn „zur Rede gestellt". Worauf der Sechsjährige die Pädagogin so kratzte, daß sie einen Arzt aufsuchen mußte („Hamburger Abendblatt, 7.2.78). Nun trifft ihn die „volle Härte" der Schulgesetze. Wann muß denn dann der erste Sechsjährige, der Schule schwänzt, wegen „Entziehung von der Schulpflicht" in den Jugendarrest?

Kinderkommission Hamburg

Wie bei den Nazis: Baby-Prämie in Bayern

Unter dem Motto „Bayern stirbt aus" will die Staatsregierung die Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen, durch finanzielle Anreize erhöhen.

Danach erhalten Paare, die nach dem 1. Juli 78 heiraten, ein Dahrlehen in der Höhe von 5.000 Mark zu einem Zinssatz von 3,5 Prozent und einer Laufzeit von sieben Jahren. Derselbe Betrag steht noch einmal nach der Geburt des ersten Kindes zur Verfügung. Gleichzeitig wird die Schuld dann um 1.500 Mark verringert. Das zweite Kind ist dem Staat schon 2.000 Mark, das dritte gar 2.500 Mark wert.

KB/Gruppe Nürnberg

„Auch ein ungewolltes Kind ist ein freudiges Ereignis" ...

... meinten die Oberlandesrichter in Bamberg und fällten ein Skandalurteil. Der Fall: Eine Mutter von zwei Kindern hatte sich – auch auf Anraten der Ärzte – „sterilisieren" lassen. Dabei ist den „Halbgöttern in Weiß" aber offenbar ein Fehler unterlaufen: Die Frau brachte danach noch Zwillinge zur Welt und verklagte den Freistaat Bayern, den Träger des Krankenhauses, in dem die Sterilisation durchgeführt worden war, auf Unterhaltszahlung. In der ersten Instanz bekam sie Recht.

Die Oberlandesrichter in Bamberg sahen die Sache allerdings anders: Kinderkriegen sei kein „Schadensfall" – auch wenn man das Kind nicht gewollt hat. Außerdem könne man aus der vielfältigen „Eltern – Kind – Beziehung" nicht einen Teil, den Unterhalt, herauslösen. Die Klage wurde abgewiesen.

Klassenjustiz gegen „Rabenmutter"

Schon wieder eine „Rabenmutter" in der Mangel der Klassenjustiz! Vor einem Hamburger Schöffengericht hatte sich eine 27jährige Frau zu „verantworten". Sie hatte im Dezember 1976 auf der Straße eine Sturzgeburt erlitten und dann das Neugeborene unter ein Auto gelegt. Dort wurde es wenig später gefunden und in einer Klinik gerettet.

Die vor Gericht geladene psychatrische Gutachterin hatte zunächst bestätigt, daß die Frau wohl drei bis vier Stunden nicht gewußt habe, was los sei. Auf die Fragen des Staatsanwaltes reduzierte sie diese Schätzung auf 20 Minuten. „Messerscharfe" Schlußfolgerung des Staatsanwalts: Dann habe ja die Mutter gewußt, was sie macht. Strafantrag wegen Verdachts auf versuchte Kindestötung! Das Verfahren geht an das Schwurgericht.

Kinderkommission Hamburg

Schüler-Selbstmorde in China

Während der Kampagne „gegen Konfuzius" 1973/74 gingen in China auch verschiedene Fälle durch die Presse, wo verzweifelte Schüler sich umgebracht hatten. Dies gab Anlaß, die z.T. sehr groben und unmenschlichen Umgangsformen mancher Lehrer zu kritisieren. Es paßt in das Klima der umfassenden Reaktion seit dem Hua-Putsch (6. Oktober 1976), daß heute auch diese Vorgänge wieder aufgerollt und ganz neu bewertet werden.

So hört man jetzt wieder von der Schülerin Chang Yu-chin, die eine Mittelschule in der Provinz Honan besuchte. Sie habe, verführt durch die angeblich von der „Viererbande" verbreitete Parole „Lernen ist nutzlos", ihre Arbeit vernachlässigt. Mit Ausnahme von Sport, Musik und Produktionsarbeit sei sie durch sämtliche Prüfungen gefallen. Die Englisch-Abschlußarbeit am 10. Juli 1973 habe sie mit dem Kommentar versehen: „Ich bin Chinesin. Wozu soll ich eine Fremdsprache lernen? Auch ohne das ABC kann ich Fortsetzerin der revolutionären Sache werden . . .". – Sie wurde daraufhin am 12.Juli 1973 von einem verantwortlichen Schulfunktionär und einem Lehrer „öffentlich kritisiert" (anscheinend auf einer Vollversammlung der Schule). Das Mädchen, offenbar zutiefst verletzt, brachte sich am Morgen des 14. Juli 1973 unter einer Brücke um.

Der Vorfall wurde zunächst totgeschwiegen und erst im Januar 1974 überprüft – angeblich auf Initiative von Djiang Tjing. Es gab daraufhin eine öffentliche Kritikkampagne an solchen Methoden, die Verantwortlichen wurden sogar vorübergehend in Haft genommen, und überall in der Provinz Honan wurden Lehrer mit ähnlichen pädagogischen Methoden kritisiert.

Heute nun sind die Verantwortlichen voll rehabilitiert worden, auch wenn immerhin zugestanden wird, sie hätten das Mädchen falsch behandelt – das sei aber nur ein Fehler im „Arbeitsstil". Heftig polemisiert wird hingegen gegen die damalige Kritikkampagne in der Presse, die angeblich dazu geführt habe, daß die Lehrer völlig eingeschüchtert waren und in den Klassen alles drunter und drüber ging.

Man sieht, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird: Wenn Lehrer und Funktionäre mit ihrer prallen den Klassen alles drunter und drüber ging.
Man sieht, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird: Wenn Lehrer und Funktionäre mit ihrer prallen Autorität und pädagogischen Dummheit eine Jugendliche öffentlich so fertig machen, daß sie sich selbst umbringt, so ist das nur ein"Fehler im Arbeitsstil." Wird aber dagegen eine Pressekampagne geführt, die vielleicht wirklich den einen oder anderen dieser Terror-Pädagogen etwas eingeschüchtert haben mag (warum auch nicht?!), so gilt das als ein ganz schreckliches „Verbrechen der Viererbande"!

Liest man überdies die heutigen offiziellen Schilderungen über jene Zeit – an den Schulen habe „Anarchie" und „Disziplinlosigkeit" geherrscht, die Schüler hätten nichts mehr lernen wollen, die Schüler hätten ihren Lehrern nicht mehr gehorcht, die Lehrer hätten kaum die Ordnung in den Klassenzimmern aufrechterhalten können, das Niveau der Schüler sei rapide gesunken . . . – so drängt sich wohl ein Vergleich mit den ganz ähnlich klingenden Tartaren-Meldungen der CDU/CSU und der Springerpresse über „das Chaos an unseren Schulen" auf. Es riecht allzu sehr nach maßloser Übertreibung!

Ein weiterer Schüler-Selbstmord wurde kürzlich in der Provinz Tschekiang neu aufgerollt. Es geht dabei um einen Grundschüler, der sich im Februar 1973 umbrachte, „nachdem er die Vorschriften während einer Prüfungsarbeit mißachtet hatte" (vielleicht hatte er abgeschrieben?). Der Lehrer „kritisierte" ihn daraufhin und gab ihm eine schlechte Note. Auch dieser Vorgang wurde erst im Frühjahr 1974 untersucht und öffentlich kritisiert. Heute wird zwar eingeräumt, der Lehrer habe sich nicht ganz richtig verhalten;scharf angegriffen wird jedoch die damalige Kritik-Kampagne. – Auch für Chinas Schüler dürften härtere Zeiten angebrochen sein!

(Quellen: Ein Artikel der „Renmin Ribao", „Volkszeitung", vom 9.12.77, zit. nach SWB, 16.12.77; ein Artikel der „Tschekiang-Zeitung" vom 14.12.77, zit. nach SWB, 6.1.78).



Nachrichten aus Schule und Hochschule



VDS-MV: Neue Konstellation in Sicht?

Die diesjährige VDS-MV stand im Zeichen der Auseinandersetzungen, die sich um das Gespräch des VDS-Vorstands mit Willy Brandt ereignet hatten. Die Veröffentlichung einer Dokumentation zu diesem Gespräch durch den Vertreter der Basisgruppen(BG)-Fraktion im VDS-Vorstand, Ali Schmeissner, war Anlaß für einen politischen Eklat gewesen: Da *„eine gemeinsame Grundlage für die Vorstandsarbeit"* nicht mehr vorhanden sei, und das Verhalten des BG-Vertreters weitere Verhandlungen gefährde, stellten Jusos und LHV ihre Vorstandsarbeit vorerst bist zur MV ein.

Es bewies sich jedoch sehr schnell, daß hinter diesen Manövern handfeste politische Interessen (z.B. in einem internen Rundschreiben des LHV formuliert, s. AK 121) stehen: Es ging dabei um die Frage der *„Einbindung der VDS in die bürgerliche Politik"* (aus dem LHV-Papier) im Rahmen des „realen Dialogs", wie ihn die SPD mit den Studenten zu führen wünscht, und welche politischen Zugeständnisse im Rahmen dieses Dialogs von den VDS gemacht werden sollten.

Daß die BG-Fraktion beim Durchziehen dieses Kurses das größte Hindernis sein würde, war Jusos und LHV durchaus klar. Mit verschiedenen Spaltungs- und Erpressungsmanövern sollte die BG-Fraktion im Vorfeld der MV „auf Linie" gebracht werden.Von Jusos/LHV wurden Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Vorstandsarbeit formuliert: Alis Referat zur Repression auf dem Brandt-Treffen sollte zum „Alleingang" von ihm erklärt werden und für die Vorstandsarbeit müsse *„eine verbindliche Arbeitsgrundlage"* her. Die bisher als linke Opposition im Vorstand repräsentierte BG-Fraktion sollte sich den politischen Positionen der Mehrheit, v.a. in der Frage der Novellierung des HRG, unterwerfen und damit ihre politische Selbständigkeit aufgeben. Es kam jedoch anders.

v.a. in der Frage der Novellierung des HRG, unterwerfen und damit ihre politische Selbständigkeit aufgeben. Es kam jedoch anders.

Die Situation auf der MV

Die Stimmen-Arithmetik für die MV ergibt folgendes Bild: Die BGen konnten über 170, die „gewerkschaftlich Orientierten" von MSB/SHB über 210 – 220, die Jusos über 160 – 180, der LHV über 20, die Rechten (RCDS, SLH) über 48 Stimmen verfügen. Geblockt (Enthaltungszwang von Koalitionsasten) waren ca. 110 Stimmen. Dies entspricht dem Kräfteverhältnis der letzten MVs. Zu berücksichtigen ist bei dieser Aufschlüsselung die Tatsache, daß die Juso-Fraktion in sich selbst weiter fraktioniert war, wobei sich die Stimmen etwa gleich auf „Anti-Revisionisten" und die „Barackenjusos" auf der einen und „Stamokaps" auf der anderen Seite verteilten.

Den ersten Tag der MV nahm fast vollständig die Auseinandersetzung um die Stimmvergabe für den Bremer AstA ein. Wie im letzten AK berichtet, ist vor der VDS-MV in Bremen ein neuer, linker AStA gewählt worden, der auf der MV die Stimmen für die Uni Bremen beanspruchte. Dieser AStA war trotz etlicher Tricks der Revisionisten auf der entscheidenden SP-Sitzung auf einer politischen Minimalplattform zustandegekommen. Obwohl die Sache also klar auf der Hand lag, wurde von den „GOlern" einschließlich der Stamokap-Jusos auf der Anerkennung des alten (Revi-)AStA bestanden.

Dagegen stand eine Koalition aus BGen, LHV sowie den linken und den Vorstands-Jusos. Schon in dieser Abstimmung deutete sich so die später wiederkehrende Spaltung der Juso-Fraktion an. Der MSB schaltete – ohne zwingende Notwendigkeit – auf harten Kurs, womit sie ihr Verhältnis zu den Jusos arg belasteten.

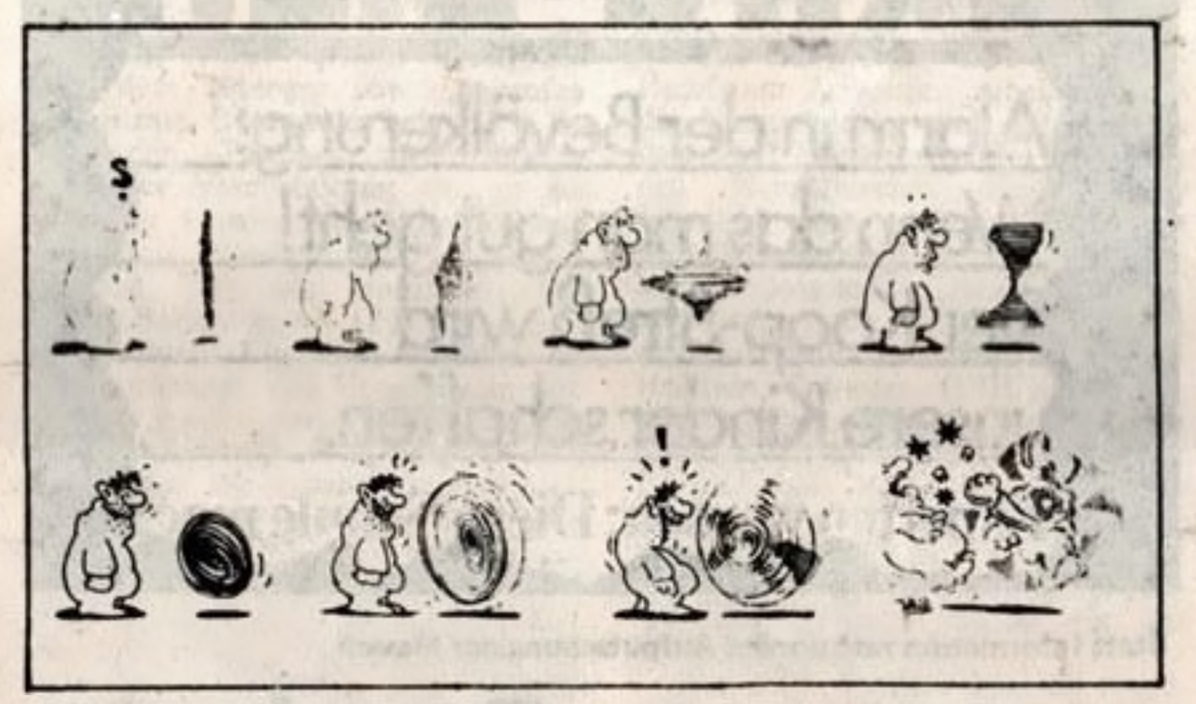
Unter Mißachtung der für jeden nachprüfbaren Tatsachen wurden die Stimmen schließlich per Mehrheitsbeschluß an den alten Bremer AStA ausgegeben.

„Gewerkschaftlich Orientierte" / LHV

Vor allem von der „GO"-Fraktion und dem LHV sollte die MV-Diskussion in Richtung „Novellierung des HRG" geführt werden.

Sowohl GOler als auch LHV hoben als wesentlichen Erfolg des WS-Streiks die *„Risse im Lager des Gegners"* (GO) bzw. gewisse *„Auflockerungserscheinungen"* hervor.

Aufgabe der weiteren VDS-Politik sei jetzt, diese „Risse zu vertiefen". Fast gleichlautend mit dem „GO"-Antrag heißt es beim LHV: *„Es ist für uns unabdingbare Voraussetzung ..., daß die VDS aktiv in die laufende Diskussion um eine punktuelle HRG-Novellierung eingreifen. Dabei müssen auch Zwischenziele formuliert werden"*, ohne die grundsätzliche Ablehnung des HRG aufzugeben. *„Eine Strategie,*



die solche Novellierungsforderungen als illusionär, belanglos oder integrationistisch ablehnt, wird der LHV *die solche Novellierungsforderungen als illusionär, belanglos oder integrationistisch ablehnt, wird der LHV* *in den VDS nicht mit tragen."* Diese grundsätzliche Argumentation wird im GO-Antrag nur noch dadurch ergänzt, daß zur Absicherung dieser Strategie der *„Druck von unten ... beständig und in breitem Ausmaß auf Parteien und Regierungen ausgeübt werden muß"*.

Beiden Anträgen gemeinsam war jedoch, daß keinerlei konkrete Vorschläge entwickelt wurden, wie heute eine Novellierung durchzusetzen wäre. So beschränkt sich die Orientierung allein auf die vagen Andeutungen, die hin und wieder von dem einen oder anderen SPD-Führer in die Welt gestreut werden. Da beiden Fraktionen ebenso klar ist, daß an substantielle Änderungen von Seiten der SPD nicht gedacht wird, verzichten sie von vornherein auf konkrete Forderungen, die immerhin den Vorteil hätten, daß an ihnen gemessen werden könnte, was bei dieser Orientierung der Studentenbewegung unter dem Strich herauskommen soll.

Die Jusos

War für die Jusos vor dieser MV die Diskussion um eine Novellierung der Hochschulgesetze noch unbedingte Voraussetzung für die Weiterarbeit im Vorstand, fand sich im vorgelegten Aktionsprogramm davon nichts wieder. Im Gegenteil heißt es dort, daß *„die Diskussion um eine Novellierung des HRG ... gegenwärtig nicht (bedeutet), daß eine solche Novelle überhaupt vorgelegt wird, noch daß sie wesentliche Forderungen ... erfüllt. Vielmehr ist diese Diskussion ein Zeichen dafür, daß die Hochschulsituation als soziales Konfliktfeld begriffen wird, das es zu befrieden (!) gilt"* Im weiteren wird festgestellt, daß *„eine Strategie gegen das HRG, die sich auf Fortsetzung von Massenaktionen beschränkt, zum Scheitern verurteilt (wäre)"*, woraus zwei Schwerpunkte entwickelt werden: Zum einen die Diskussion um die Lehrinhalte (Wissenschaftskritik) und zum anderen die Arbeit an „demokratischen Studien- und Prüfungsordnungen", womit das HRG im Detail bekämpft werden soll.

Dies steht im Widerspruch zu der vorher stattgefundenen Auseinandersetzung um die Gespräche mit der SPD. Denn seinerzeit hatten auch die Jusos Hoffnungen auf die „Novellierung" geschürt. Möglicherweise haben da innerparteiliche Recherchen zu einer Ernüchterung geführt?

Basisgruppen

Gegenüber den „Novellierern" stellten die BGen im Rechenschaftsbericht ihres Vorstandsvertreters und in ihrem Hauptantrag fest, daß diese Linie im Moment nichts anderes bedeuten kann, als Reformillusionen zu schüren, da tatsächliche Zugeständnisse von der SPD nicht zu erwarten seien, und das „Reale" am „realen Dialog" der SPD lediglich bedeute, daß sich die Studentenbewegung mit den „realen" Verhältnissen abfinden soll.

Die Basisgruppen erklärten von dentenbewegung mit den „realen" Verhältnissen abfinden soll.
Die Basisgruppen erklärten von vornherein, daß sie um das Linsengericht eines Vorstandspostens nicht bereit seien, den Erpressungsversuchen der anderen Fraktionen nachzugeben und ihre politischen Positionen aufzugeben.

Aufgrund ihrer realen Stärke (ohne die Stimmen-Manipulationen der Revis wären die BGen die stärkste Fraktion gewesen) beanspruchten die BGen, auch in Zukunft als linke Opposition im Vorstand vertreten zu sein, ohne daß dies an politische Bedingungen geknüpft wird.

Jusos und LHV haben auf der MV erkennen müssen, daß sie sich in der Wirkung ihrer Erpressungsversuche gegenüber der BG-Fraktion erheblich verschätzt haben, daß dieser Schritt insgesamt unüberlegt und – gemessen an der Begründung, die Jusos und LHV für diesen Schritt abgaben – doch erheblich überzogen war.

Dieselben Jusos und LHVler, die noch wegen Alis angeblichem „Alleingang" aus dem Vorstand gegangen waren, erklärten dann auch Alis weitere Mitarbeit im Vorstand zur „unabdingbaren Voraussetzung"!!

Klare Unterstützung für Russell-Tribunal

Die einzige inhaltliche Auseinandersetzung auf der MV verlief an dem Antrag zur Unterstützung des Russell-Tribunals. Von allen Fraktionen wurden in diesem Teil ausführliche Darstellungen ihrer Positionen zur gegenwärtigen Lage in der BRD vorgetragen.

Eingebracht wurde ein sehr weitgehender Antrag der Landesastenkonferenz Hessen, der dort mit der Juso/Basisgruppenmehrheit verabschiedet worden war (zum Inhalt siehe Russell-Komplex). Er wurde von den Basisgruppen, den Jusos und dem LHV unterstützt. Überraschender Aspekt der dann folgenden Debatte war, daß Steffen Lehndorff (MSB, DKP-Vorstand) erklärte, der MSB wolle eine *„positive Stellungnahme zum Russell-Tribunal nicht blockieren"*.

Zwar stellte der MSB etliche Vorausbedingungen für eine Zustimmung zu dem Antrag (Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse dürften nicht gleichberechtigt behandelt werden, keine Verbindung von Berufsverboten und „individuellem Terror", Zusammenarbeit des Tribunals mit der Berufsverbote-Initiative), hatte aber z.B. keine Einwände gegen die im Antrag enthaltene Kritik an der Gewerkschaftsführung.

Das ist umso interessanter, als der MSB sich tatsächlich einige Chancen ausrechnen konnte, daß seine Änderungsanträge von den Jusos übernommen würden, da diese einschränkenden Bedingungen auch von ihnen gestellt werden, die Jusos aber ihre Unterstützung des Tribunals nicht davon abhängig machten.

Von allen anderen Fraktionen wurden die Bedingungen des MSB abgelehnt, was den MSB wiederum zu dem Vorwurf an die Adresse der Jusos provozierte, sie verstießen damit gegen eigene Prinzipien.

In der abschließenden Abstimmung stimmte dann die MSB/SHB-Fraktion gegen den Antrag, und die Stamokap-Jusos enthielten sich. Damit hatte der MSB trotz der Gegenstimmen eine positive Erklärung möglich gemacht, da bei einer Enthaltung seinerseits (mit den Stimmen der geblockten ASten und der Stamokap-Jusos) der Antrag hätte zu Fall gebracht werden können (gemäß VDS-Satzung ist ein Antrag abgelehnt, wenn sich die Mehrheit der Stimme enthält). Man kann sich vorstellen, wie weit der MSB gerade in dieser Frage mit dem Rücken zur Wand steht, hatte er bisher doch nur Anpinkeleien für das Tribunal übrig. Offensichtlich wäre er an dieser Frage aber selbst bei den Stamokap-Jusos gegen eine Wand gelaufen, was ihn im VDS isoliert hätte.

Polarisierung

Jusos gegen eine Wand gelaufen, was ihn im VDS isoliert hätte.

Polarisierung

„Zwischen Umarmung und Befehdung" kommentierte die „FAZ" das Ergebnis der diesjährigen VDS-MV, wobei das Element der Befehdung stärker als bisher hervorgetreten ist. Hatte es noch auf der ersten MV eine gemeinsame Hauptresolution aller Fraktionen gegeben und auf der zweiten ein Aktionsprogramm, das zwischen MSB und Jusos ausgehandelt worden war, so schlug sich die wachsende Polarisierung diesmal so nieder, daß auf der einen Seite ein relativ festgefügter Block (MSB/SHB/Stamokaps) stand, der die übrigen Kräfte zu punktuellen Bündnissen zwang (Bremer AStA, Russell-Tribunal, Vorstandswahl). Zwar konnte der MSB auf diese Weise scheinbare Stärke demonstrieren („Zuwachs" für seine Fraktion durch einen Teil der Jusos), andererseits versaut er sich durch seine Machtpolitik Bündnismöglichkeiten insbesondere mit dem „Rest" der Jusos. Diese Praxis ist interessant angesichts der verbalen Bündnisbeteuerungen des MSB gegenüber den Sozialdemokraten.

Während auf der ersten MV die Vorstandsmitglieder auf der gemeinsamen Hauptresolution gewählt wurden, wurde auf der zweiten der Basisgruppenvertreter nur noch kommissarisch aufgenommen, da die BGen die Zustimmung zum Aktionsprogramm verweigerten. Diesmal versuchte die GO-Fraktion, den Basisgruppenvertreter ganz zu kippen: Schon zu Beginn verweigerten sie ihm die politische Entlastung, und bei der Wahl waren insgesamt acht Wahlgänge notwendig (die Vorstandsmitglieder brauchen die absolute Mehrheit der Stimmen). Die Wahl konnten sie jedoch nicht verhindern, da die BGen sich trotz dieser Erpressungen auf keinerlei Zugeständnisse einließen und die Juso-Führung, entgegen ihren bisherigen Verlautbarungen, auf einer Teilnahme der BGen bestand.

SSB / Hamburg

Reaktionärer Feldzug gegen eine Reformruine
Zum „Volksbegehren" in NRW

Am 1. März 78 fand der Propagandafeldzug von CDU und »Bürger- Aktion- Volksbegehren« (BAV) in NRW mit der Zurücknahme des Gesetzentwurfs für die Einführung der »Kooperativen Schulform« (KOOP) durch die SPD/FDP- Landesregierung seinen vorläufigen Abschluß. Eine der letzten sozialdemokratischen Reformleichen (mit dem Kernstück einer schulartübergreifenden Beobachtungsstufe in Klasse 5 und 6) wurde auf diese Weise begraben. Begünstigt wurde dieser »Erfolg« dadurch, daß die KOOP-Väter in der SPD/FDP- Landesregierung allenfalls halbherzig, fortschrittliche Institutionen und Verbände am liebsten gar nicht für dieses mißglückte Relikt schon längst aufgegebener Reformillusionen in den Ring steigen mochten. Relativ reibungslos konnte somit die Reaktion alle Register der Demagogie ziehen, um ihr Geschäft mit der Unwissenheit und den Vorurteilen in Teilen der Bevölkerung mit einem Punktgewinn für den nächsten Wahlkampf abzuschliessen. Umfragen haben nämlich ergeben, daß nur ca. 7,7% der NRW-Bürger überhaupt wußten, was eine KOOP- Schule eigentlich ist und erreichen wolle. Aus dem Gruselkabinett könnte auch das Ergebnis einer »Monitor«- Umfrage stammen, die »Stimmen aus dem Volk« an den Eintragungsständen für das »Volksbegehren« zu Wort kommen ließ: Man wisse zwar nicht, was KOOP sei, man wolle aber keinen Sozialismus und außerdem passe man sich halt »der Stimmung« an ...

Tatsächlich ging diese »Volksabstimmung« nicht um »bessere Bildung für unsere Kinder«, sondern um das Begehren der Reaktion, jeden Hauch oder auch nur Anschein von Liberalisierung im Schulwesen abzutöten und daran die Machtfrage zu knüpfen.

Wahlkampf der „Mittelstandsbürger"

In der »Bürgeraktion« sind durchweg konservative bis rechts außen anzusiedelnde Eltern- und Lehrer- Organisationen sowie kirchliche Verbände zusammengeschlossen. Neben der »Männergemeinschaft St. Engelt« findet sich der »Philologen- Verband NRW« und der »Landeskreis Schule/ NRW im Bund Freiheit der wissenschaft« u.ä. Mit Großveranstaltungen, einer regelmäßig erscheinenden Zeitung (»Stop KOOP«), Unmengen von »Informations«broschüren und-Flugblättern trommelten die Mittelstandsbürger mit propagandistischer Unterstützung und finanzieller Hilfestellung der CDU gegen das *»Vehikel, daß uns zur Einheitsschule transportieren«* und *»das Gymnasium zerschlagen«* will, das *»an die Grundfesten unserer Gesellschaftsordnung«* geht und von *»roten Spitzelbuben«* und *»Neidsozialisten«* ausgeheckt wurde. (zitiert nach Ausgaben von »Stop KOOP«). Die Orientierung dieser »parteiunabhängigen« Bürgeraktion wird aus diesen Fakten eindeutig ersichtlich, auch wenn ihr die allzu offensichtliche Ausrichtung der Kampagne auf den Wahlkampf der CDU offiziell etwas peinlich war.

So mißbilligten Sprecher der Aktion die Aktivität des Magenbitter-Fabrikanten Underberg. Um der CDU *»ein klein wenig über den Berg«* zu helfen, erforschte er in einem Fragebogen an alle Angestellten des Betriebs (mit dem Vermerk »Persönlich/ Vertraulich«), ob er sie auch zu den *»freiwilligen Mitarbeitern«* zählen könne, und welche Aktivitäten sie sich zur Unterstützung des »Volksbegehrens« vorstellten. Zur Auswahl beim Ankreuzen auf dem Fragebogen standen: *»Einsatz im Wahllokal, Verteilung von Informationsmaterial, Beförderung von Mitarbeitern mit eigenem PKW oder Firmenwagen zum Wählen ...«*, oder aber: *»Ich kann leider nicht mitmachen«.*

Der kostenlose Fahrdienst für Alte und Kranke zu den »Stimmlokalen«, der von der CDU mitorganisiert und -finanziert wurde, erschien der BAV jedoch nicht anstößig.

Klassenschule soll bleiben

Im Mittelpunkt der Argumentation von BAV und CDU steht die Furcht, daß ihre Sprößlinge nicht das Vorrecht auf weitergehende Bildungs- und damit Berufschancen für sich behalten könnten. *»Wissenschaftler und namhafte Persönlichkeiten aus Forschung und Lehre«* werden daher zitiert, die belegen sollen, daß *»Intelligenz zu 80% erblich und nur zu 20% umweltbezogen«* sei. (»Stop KOOP«, Nr. 4). Demnach wäre die schulische Auslese nur ein natürliches Resultat der individuellen Schülerneigung und -Begabung.

Neben den Mittelstandsbürgern, die ihre Privilegien schwinden sahen, sollten vor allem Arbeitereltern angesprochen werden. Hier wurde die Angst geschürt, daß ihre angeblich wesentlich *»praktisch begabten«* Kinder durch die KOOP- Schule »überfordert« seien und so noch schlechtere Berufsaussichten als eh schon hätten. So läßt jedenfalls der Kreisvorstand der Mittelstandsvereinigung in Bochum in einem Werbungsschreiben vernehmen: *»In der zweijährigen Orientierungsstufe haben die Kinder keine Gelegenheit, ihre praktische Begabung zu entfalten. Dadurch geht die eigentliche Aufgabe der Hauptschule, junge Menschen auf weniger qualifizierte Berufe vorzubereiten, verloren«.*



Stop Koop!
Zeitung der Bürger-Aktion Volksbegehren

3

Schule – keine arbeitslosen), kleinere Klassen und eine bessere pädagogische Betreuung der Schüler. Jeder vernünftig denkende Bürger sollte sich dafür einsetzen. Mit seiner Unterschrift in den Listen des Volksbegehrens.

Eintragungsfrist von Donnerstag, 16. Februar bis Mittwoch, 1. März 1978

Extra-Blatt

Alarm in der Bevölkerung:
Wenn das man gut geht!
Der Koop-Streß wird
unsere Kinder schaffen.

Experten warnen: Diese Schule mac

Statt Information reaktionäre Aufputschung der Massen



Darüberhinaus sind vor allem kleinbürgerliche Ängste, Unwissenheit und Vorurteile die Basis, auf der diese Kampagne der Reaktion geführt wird. Die Schulpolitik scheint dabei ein außerordentlich günstiges Feld zu sein, weil hier die Verunsicherung von grossen Teilen der Bevölkerung besonders verbreitet ist. Wer möchte sein Kind schon gern als »Versuchskaninchen« benutzt sehen, dessen Persönlichkeit im Einheitsbrei der »sozialistischen Einheitsschule« womöglich mit »Einheitstracht« und »Einheitshaarschnitt« untergeht? Die CDU macht sich gerade diese Emotionen zunutze, die sie auch schon in ähnlichen Kampagnen z.B. zur Mengenlehre im Mathematikunterricht, zur Oberstufenreform, zur Sexualkunde und Vorschule mobilisiert hat. Dies, obwohl in CDU-regierten Ländern wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Beobachtungsstufe schon längst eingeführt ist, weil sie in der heute praktizierten Form zumeist eine Form kapitalistischer Rationalisierung (bessere Ausnutzung der räumlichen und materiellen Kapazitäten) anstatt eine Liberalisierung der Klassenbildung ist. Dies bestätigt auch der CDU-Kultusminister Remmers (Niedersachsen):

»Wenn mir einer sagt, mit der Orientierungsstufe setzen wir die heiligsten Güter aufs Spiel, dann glaube ich das nicht« (»Spiegel, Februar 78).

Die Linke hat es mit Recht abgelehnt, in diesem Konflikt für die KOOP- Schule Partei zu ergreifen und Scheiße als Gold anzupreisen. Dennoch ist es ein Fehler, hier überhaupt nicht einzugreifen. Im weiteren sollte das Feld der Schulpolitik nicht der Betrugs- und Diffamierungskampagne der Reation gegen j e d e Form der Liberalisierung der Klassenbildung überlassen werden. Die auf dieser Grundlage für das Volksbegehren angekarrten »Massen« sind jedenfalls kein Beweis für eine überwältigende bewußte Ablehnung von wirklichen Reformen und kein Grund zur Kapitulation, sondern eher Anlaß, über das Anliegen einer wirklich fortschrittlichen Bildungs- und Schulpolitik -im KOOP- Modell bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt - aufzuklären und zu mobilisieren. Es wäre jedenfalls bedauerlich, wenn das Sprichwort sich bewahrheiten sollte, daß Dummheit die Welt regiert.

KBW: Unaufhaltsame Annäherung an Neumann und Co.

Nach zwei sehr gut besuchten Veranstaltungen mit Erich Fried in Kiel, sah sich der KBW genötigt, in der „Kommunistischen Studentenzeitung" (20.2.78) den Lyriker vorzustellen. Dieser Artikel, ein wildes Geschreibsel üblicher Phrasen, muß leider hier Erwähnung finden, da der KBW nicht auf der Ebene des Schwachsinns (den man vom KBW, zumal in kulturellen Fragen, gewöhnt ist) bleibt, sondern erneut die Absicht bekundet, mißliebige Leute zu „beseitigen".

So steht in der „KSZ" im Springer'schen Fascho-Jargon wörtlich: *„Mit solchen Parasitenexistenzen von Professoren und Dichtern wie Fried, die nicht produktiv arbeiten, aber in den Poren der Gesellschaft und auf Kosten der Arbeiter leben, wird dann aber Schluß sein."*

Nun könnte man beruhigt sein, daß man dieses „dann" angesichts des Abwirtschaftens des KBW nicht erleben wird, jedoch gibt es genügend andere Organisationen und Kräfte, die nicht an derartiger Schwäche leiden und die sehr wohl in der Lage sind, den vom KBW perspektivisch gepriesenen Zustand zu realisieren – diese Kräfte bedienen sich auch der Ausdrücke „Parasiten" und „auf Kosten ...", und diese Kräfte kennen wir sehr genau. Es sind die Neumanns und Maiers (und wie sie alle heißen), die heute schon aktiv daran arbeiten, daß „Parasitenexistenzen" (oder: „rotes Ungeziefer") liquidiert werden. Anfänge sind schon gemacht: an schlimmste Traditionen anknüpfend, sähe der Bremer CDU-Vorsitzende Fried-Gedichte lieber in den Flammen aufgehen und der bayrische Kultusminister säubert Schulbücher von linken Autoren, als hätte es sie nie gegeben.

Daß der KBW sich in diese Gesellschaft begibt und seinen Artikel mit *„die Müßiggänger schiebt beiseite ... solches wird auch E. Fried widerfahren"* beendet, ist kein grober Ausrutscher, keine einmalige Geschmacklosigkeit, sondern politisches Produkt einer heruntergekommenen Sekte, die mit ihrer Inhumanität und Kulturlosigkeit auch noch den Sozialismus diskreditieren will. Bleibt zu hoffen, daß jene Kräfte, in deren Namen der KBW zu sprechen glaubt, noch entschiedener dieser Zukunftsversion sowie all ihren Propagandisten entgegentreten. Man fragt sich in diesem Zusammenhang auch (nicht zum ersten Mal), welchen Sinn die Duldung des KBW innerhalb der Kieler Fachschaftsgruppenliste angesichts eines solchen Drecks noch haben soll ...!

Die Hundertprozentigen

Sie machen
zwar nicht
die Revolution
aber sie machen
Revolutionäre
die so sind
daß sie sogar
denen
die für
die Revolution
sein wollen
Angst einjagen
vor ihrer
Spielart
der Revolution

E. Fried

Bundesregierung für Politisches Mandat?

„Die Bundesregierung bejaht eine ‚weite' Auslegung des hochschulpolitischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft, schließt aber ein allgemeinpolitisches Mandat aus verfassungsrechtlichen Gründen erneut nachdrücklich aus" („Tagesspiegel", 18. 2.). Mit dieser Auffassung überraschte der Staatsskeretär Engholm die Öffentlichkeit. Selbst die *„geistige Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus"* sollen unter diese Rubrik fallen, allerdings nur, *„soweit die Hochschulen und ihre Mitglieder damit in Zusammenhang gebracht werden"* — fügte er hinterhältig hinzu.

Auf deutsch: Das politische Mandat steht denjenigen allemal zu, die im harten Kampf gegen den „Sympathisantensumpf" an den Hochschulen stehen usw. Wer wollte denn da so engstirnig sein und auf eine „großzügige Auslegung" der Gesetze verzichten?!

»Streik der Wehrdienstverweigerer !!!
Wieso ? Wofür ?«

Kiel: Unter dieser Überschrift kotzte sich ein gewisser Mathias Pape im letzten „Uni-Report" (Zeitung der „Studenten für das Grundgesetz" an der Kieler Uni) gegen die Kampfmaßnahmen der Zivildienstleistenden aus. In diesem Artikel wird so ziemlich jedes reaktionäre Klischee verbraten, das man sich zum Thema Zivildienst nur vorstellen kann:

- Zivildienstleistende wollen sich nur vor'm Bund drücken;
- ZDLer würden auf die fehlenden Zivildienststellen spekulieren, um den „Dienst für den Staat" zu sabotieren;
- Das *„Lamentieren gegen den heimatfernen Ersatzdienst ist der Gipfel der Unverfrorenheit"* (!). ZDLer hätten ohnehin „Sondervergünstigungen".
- Der „Dienst am Mitmenschen" sei auf jeden Fall „einfacher" als die Bundeswehr.

Haarsträubend ist der folgende Ausfall gegen die *„protestierenden Damen (!)"* – also die Frauen, die die ZDLer unterstützt haben.

„Sie haben doch sowohl den Soldaten als auch den Ersatzdienstleistenden (!) gegenüber einen enormen zeitlichen Vorsprung. Während die Männer für wenig Geld arbeiten müssen, können die Damen schon mit dem Studium oder Beruf beginnen... Es wird soviel von Gleichberechtigung geschwätzt (!), wo bleibt sie aber in dieser Sparte des Lebens. Mir scheint, die Gleichberechtigung sollte nicht nur der berechtigte Abbau männlicher Vorteile sein, sondern auch die Gleichberechtigung in Fragen des Dienstes für den Staat. Gleich ist nun mal gleich, oder in dieser Sache lieber nicht?"

Dieselben Leute, die sonst gegen jede Emanzipationsbewegung der Frauen zu Felde ziehen, deren Ziehväter in der CDU/CSU in höchstem Maße für die Unterdrückung der Frau verantwortlich sind (z.B. für den § 218), entblöden sich nicht, gerade in dieser Frage in die Pose des vermeintlichen „Gleichberechtigungs"-Apostels zu steigen – frauenfeindlicher Schweinkram! Ausgerechnet diese Typen, die gleichsam unfehlbar in j e d e r Frage zu einer Rechtsaußen-Position finden, sitzen in Kiel im AStA – hoffentlich nicht mehr lange!

Ein Kieler Genosse

Junge Union wird an der FU aktiv

Westberlin: Da der RCDS an der „Freien Universität" den Streik im Dezember nicht verhindern konnte und auch nicht in der Lage war, die Studenten auf den Boden der fdGo zurückzuführen, versucht nun die CDU, die Junge Union als eine Art „4.Partei" an der Uni einzuführen. In ihrem Gründungsaufruf wirbt die Junge Union dafür, eine *„vernünftige Alternative zur chaotischen Politik der studentischen Linken an der Universität zu bieten"*. Ihre „vernünftige" Alternative ist eine akademische Selbstverwaltung, die wiederum „vernünftig" und „sachkompetent" im *„Interesse der Freiheit von Forschung und Lehre und der an der FU Beschäftigten arbeitet"*, also nicht im Interesse der Studenten, die überhaupt nur im Zusammenhang ihrer erwünschten Mitarbeit in der JU erwähnt werden. Zu ängstigen scheint die JU auch das Bildungs- und Forschungsniveau der FU, welches dadurch gehoben werden müsse, daß an Stelle von *„Gruppenparitäten und politischen Parolen Sachkompetenz und fachliche Qualifikation der Träger der universitären Selbstverwaltung ist"* – und dies natürlich alles im Sinne der fdGo, mit der man politische Probleme am besten lösen kann.

Bemerkenswert scheint in dieser Hinsicht noch eine Meldung im „Tagesspiegel" vom 5.2. zu sein, in der der Landesvorsitzende der JU Westberlin, Havlicek fordert, den Beschluß der ARD, den Kürzel BRD zu vermeiden, auch für die Hochschulen anzuwenden. Nach Wunsch dieses Deutschlandpolitikers soll in den Vorlesungsverzeichnissen für das Sommersemester 1978 die Abkürzung BRD nicht mehr benutzt werden.



...irrtümlich verdächtigt, aber trotzdem gefeuert

Das seit Anfang November laufende Verfahren gegen den Seelsorger der Strafvollzugsanstalt Preungesheim, Christoph Engler, endete jetzt mit einem Berufsverbot. Dies ist umso ungeheuerlicher, als sowohl die Kirchenleitung von Hessen-Nassau als auch die Staatsanwaltschaft alle gegen Engler erhobenen Verdächtigungen zurücknehmen mußten und ihn für voll rehabilitiert erklärten (siehe AK 121).

Schon sein Vorgänger, Dr. Lothar Helm, hatte Schwierigkeiten durch die Kirchenführung bekommen, weil er *„zu enge Kontakte zu politisch radikalen Häftlingen gehabt habe"* („FR", 12.1.78), sein Vertrag wurde nicht verlängert.

Englers Berufsverbot entwickelte sich stufenweise:

1. Am 3. November beurlaubte die Leitung der Hessen-Nassauischen Kirche Engler mit sehr vagen Gründen: *„Schwierigkeiten, die bei der Wahrnehmung der Anstaltsseelsorge entstanden sind"* („FR", 12.1.). Auf verschiedene Gerüchte hin – Engler habe zu enge Kontakte zu politischen Häftlingen – erklärte die Kirchenleitung, seine Verfehlung läge möglicherweise darin, daß er nach einer alten liberalen Konzeption gearbeitet habe, die er *„vielleicht im Hinblick auf die jüngsten Bestimmungen hätte ändern sollen"*. Dürftige Vermutungen reichten schon zur Beurlaubung ...
2. Später wurde bekannt, daß etwa zum gleichen Zeitpunkt die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Engler *„wegen Verdachts der Unterstützung einer Kriminellen Vereinigung"* einleitete. Selbstverständlich liefen Ermittlung der Staatsanwaltschaft und Disziplinarverfahren der Kirche völlig unabhängig voneinander – wer könnte schon auf die Idee kommen, daß es anders sei. Das Justizministerium lieferte sogar noch Vermutungen, weshalb die Kirche auf die Idee gekommen sein könnte, Engler zu beurlauben: *„was möglicherweise das Justizministerium als fortschrittliche Seelsorge ansehe, könne für die Kirche Grund für die Abberufung des Seelsorgers sein"* („FR", 12.1.).
3. Die Verdächtigungen der Staatsanwaltschaft haben sich nicht bestätigt und die Ermittlungen wurden eingestellt.
4. Auch die kirchlichen Untersuchungen bestätigen keinen Verdacht. Engler ist rehabilitiert und könnte seine Arbeit wieder aufnehmen.
5. Die Kirche erklärt, daß sie den Vertrag Englers nicht über den 28.2. hinaus verlängern werde, das bedeutet, daß Engler nur noch einen Monat in der Anstalt arbeiten und dann eine andere Aufgabe in der Kirche übernehmen soll.
6. Diese einmonatige Tätigkeit wird vom Justizministerium in Wiesbaden verhindert: Engler wurde *„der Schlüssel zur Anstalt vorenthalten"* („FR", 30.1.78).
7. Der Gipfel ist nun, daß die Kirche es ablehnt, Engler ab 1.3. überhaupt weiterzubeschäftigen. Die Kirchenleitung meint: *„Solche Untersuchungen lassen Narben zurück"* („FR", 1.3.78) und es existiere keine „Vertrauensbasis" mehr. Wer also einmal in die Mühlen staatlicher und kirchlicher „Ermittlungen" geraten ist, kommt nicht mehr ungeschoren davon, auch wenn er voll „rehabilitiert" ist.

Kirchenkommission

Theologen fordern: Keine kirchlichen Gelder für Diktaturen in Lateinamerika

Im November 77 veröffentlichten mehrere bekannte katholische Theologen zusammen mit evangelischen Christen ein Memorandum, in dem sie nachwiesen, daß Gelder aus der katholischen Sammlung 'Adveniat' zur Unterstützung von Diktaturen in Lateinamerika verwandt werden. Unter besonderen Beschuß kam der Militärbischof Hengsbach, Vorsitzender von „Adveniat" und gleichzeitig Vorsitzender des „Studienkreises Theologie und Befreiung", der seine Aufgabe darin sieht, fortschrittliche Ansätze der Kirche in Lateinamerika (Theologie der Befreiung) zu zerschlagen. Hengsbach wurde zum Rücktritt aus diesem Arbeitskreis aufgefordert (siehe AK 120).

Die Katholischen Kirchenführer versuchten, „Adveniat" von allen Verdächtigungen reinzuwaschen – u.a. zitierten sie den lateinamerikanischen Kardinal Lorschneider, der sich herzlich für die Spendengelder bedankte, aber sich nicht zu dem „Studienkreis" äußern wollte – so weit ließ er sich nicht erpressen.

Ende Februar 78 fand ein Gespräch zwischen Hengsbach und einigen Verfassern des Memorandums statt, von dem Hengsbach erhoffte, es würde eine versöhnliche Erklärung zum Ergebnis haben.

Darauf aber ließen die Unterzeichner sich nicht ein. Sie fordern weiter den Rücktritt Hengsbachs aus dem „Studienkreis" und *„wollen sich nicht damit abfinden, daß nur Gelder nach Lateinamerika fließen, ohne daß damit auch eine politische Willensbekundung verbunden ist"* („FR", 2.3.78). Sie kritisieren mit aller Schärfe, daß Mitglieder der ultrarechten „Opus Dei" – Bewegung (Werk Gottes) – sich gleichzeitig bei „Adveniat" engagieren. Dieser Geheimorden hat seine Lorbeeren für den Faschismus in Spanien und Chile durch massive Untersützungsmaßnahmen verdient. Zwei Mitglieder von „Opus Dei" sind gleichzeitig Mitglieder der Militärjunta in Chile, andere besetzen entscheidende Posten in der Regierung – u.a. Wirtschaftsminister, Zentralbank.

„Viele Nachforschungen machen das riesige wirtschaftliche Netz offenbar, das – nicht nur in Spanien – die materielle Basis für seine ('Opus Dei') Penetrationspläne im Weltmaßstab darstellt. Eine große Anzahl von Banken, Industrieunternehmen, mit der modernsten Technologie, Landgüter, Luft und Seetransportfirmen bilden einen Teil seiner transnationalen Wirtschaftsmacht. In den USA unterhält es über den Magnaten David Kennedy enge Verbindungen mit der Hochfinanz und über MC CANN Erikson mit den Weltmetropolen" („Kirche in Lateinamerika", Sondernummer der „Chile Nachrichten", Mai 77). Der wichtigste Ideologe von „Opus Dei", der Spanier Calvo Serer, schlägt schon seit langem vor, eine breite internationale faschistische Front unter Leitung von „Opus Dei" zu schaffen (Sondernr. „Chile Nachrichten").

In Bezug auf Chile soll die Denkungsart dieses „Gotteswerkes" an den Worten des Ideologen Juan Carlos Ossandon deutlich werden:

„Die katholische Kirche war einmal aufrichtig. Sie erklärte die Inquisition für heilig. Wenn wir das ungeheuerlich finden, ist das ein Beweis für die Schäden, die der Krebs der Demokratie in uns verursacht hat. Möge Gott, daß die Freiheit für Verbrecher, die Demokratie und das Parlament nie wieder nach Chile zurückkehren. – Von Ewigkeit zu Ewigkeit" (zitiert nach Sondernr. „Chile Nachrichten").

Kirchenkommission

»Ein Christ muß radikaler sein als andere ...«

„Ein Christ muß radikaler sein als andere und hat in dieser Gesellschaft die Aufgabe, Unruhe zu schaffen". Mit diesem Ausspruch von dem Tübinger Theologieprofessor Ernst Käsemann luden 27 Pastorinnen, Pastoren und Diakone zu einer Veranstaltung ein, zu der Georges Casalis, Theologieprofessor aus Paris, Mitglied der Jury des 3. Russell Tribunals eingeladen war (siehe Bericht in AK 121).

In ihrem Flugblatt erklärten die Unterzeichner, daß Ungehorsam nottut, angesichts der Vernichtung von „Reformen und Hoffnungen" und angesichts der erheblich zunehmenden *„staatlichen und kirchenoberen Aggressivität"*. Sie wenden sich gegen die Zerstörung der Freiheit der theologischen und politischen Auseinandersetzung, gegen staatliche Gewalt im Strafvollzug und öffentliche Kriminalisierung nicht-konformen Denkens und Verhaltens, gegen Glaubenssätze bezüglich der Todesumstände in Stammheim und gegen die staatliche und kirchliche Disziplinierung von Pastor Ensslin, gegen den Ruf nach dem *„starken Staat"*.

Der NDR berichtete in zwei Sendungen ausführlich und sachlich über dieser Veranstaltung; er konnte so gut Bericht erstatten, weil er als einziger von Funk und Fernsehen der ausdrücklichen Einladung Folge leistete.

Alle Hamburger und Schleswig-Holsteiner Zeitungen pöbelten gegen die Veranstaltung und stützten sich dabei auf Erklärungen des Sprechers des Nordelbischen Kirchenamtes Heinrich, der, natürlich nur das Flugblatt kennend, von „linksradikaler Propaganda" sprach und – schlimmer noch – auf Hetzparolen des Justizministers von Schleswig-Holstein, Schwarz (CDU). Schwarz meinte, daß offenbar immer noch Leute damit beschäftigt seien, *„einen Unrechtsstaat zu bekämpfen, den es gar nicht gibt"*. Im Zentrum der Hetze stand dabei der Pastor W. Grell aus Hamburg-Wandsbek als presserechtlich Verantwortlicher für das Einladungsflugblatt.

Am 18.2. befaßte sich die Nordelbische Synode (Kirchenparlament) mit dem Einladungsflugblatt. Die Kirchenleitung erklärte auf Anfrage eines rechten Synodalen mit der Aufforderung nach Maßnahmen, daß durch die Aktivitäten des presserechtlich verantwortlichen Unterzeichners dieses Flugblatt der Kirche *„erheblicher Schaden zugefügt wird."* *„Die Tatsache, daß 25 unserer Pastoren und zwei Diakone, gleichgültig ob leichtfertig oder bedacht, ein derart primitives und diffamierendes Flugblatt unterzeichnet haben, ist in der Tat eine ernste Belastung der Kirche und der Gemeinschaft aller Pastoren"* (zitiert nach einer Synodenvorlage). Die Kirchenleitung befürchtet, daß sie mit Disziplinarmaßnahmen keine Ruhe schaffen kann, sie droht aber an, daß sie den Pastoren Bestimmung und Begrenzung des Auftrages der Kirche in Zukunft schärfer vorschreiben wird.

Der kircheneigene Pressedienst (EPD) machte daraus gleich eine „Rüge" gegen einen Hamburger Pastor, was wiederum fromm von den Massenmedien übernommen wurde.

Georges Casalis hatte in seinem Vortrag hervorgehoben, daß die Religion und die religiösen Symbole – des Glaubensinhaltes beraubt – wichtige Bestandteile im imperialistischen Konzept der „Nationalen Sicherheit" sind. Die Reaktion der Kirchenleitung auf Flugblatt und Veranstaltung fortschrittlicher Hamburger Christen unterstützt seine These vollauf.

Kirchenkommission

»Wir distanzieren uns vom Terror ...«

Unter diesem Titel veröffentlichte der Arbeitskreis „Freiheit für Wort und Dienst" – kirchliche Mitarbeiter und Pastoren in Bremerhaven – eine Erklärung, die sich der Terroristenhetze in der BRD entgegenstellt und sehr deutlich die wirklichen Terroristen benennt. Diese Erklärung ist von ca. 70 Personen – Professoren, Pastoren, Journalisten, Studenten, Hausfrauen, Sekretärinnen, Pädagogen usw. – unterzeichnet worden.

Die Unterzeichner distanzieren sich vom Terror in Chile, der ca. 20.000 Menschenleben auf dem Gewissen hat, Tausende in Gefängnisse eingekerkert und 200.000 aus dem Lande vertrieben hat. *„Wir protestieren dagegen, daß der Gewaltherrscher dieses Landes, Pinochet, vom CSU-Vorsitzenden Strauß als Bewahrer der „Freiheit in Chile" gelobt wurde und seine unmenschlichen Verbrechen verherrlicht werden"* (Erklärung).

Ebenso distanzieren sie sich *„vom Terror herrsehender Minderheiten in Südafrika und Rhodesien"* und protestieren dagegen, *„daß diese Terrorregimes vom hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger z.T. verherrlicht und durch seine Besuche aufgewertet werden"*. *„Mit Sorge beobachten wir, wie in unserem Lande zunehmend derartige Tendenzen – insbesondere in der CDU/CSU – deutlich werden, wie international isolierte und verbrecherische Regimes hoffähig gemacht werden"* (Erklärung).

Die Unterzeichner protestieren gegen die Ausweisung des von der Evangelischen Mission betreuten SWAPO-Mitglieds Shivangulula aus der BRD. Sie distanzieren sich von *„der Äußerung des Bremer CDU-Vorsitzenden Neumann, der Bücher wie die des jüdischen Schriftstellers Erich Fried 'lieber verbrannt sähe' und damit in erschreckende Nähe einer Zeit rückt, wo die Verbrennung von Büchern die von Menschen einleitete"*.

Dies ist eine erfreulich deutliche Stellungnahme in einem Land und in einer Zeit, in der Distanzierung von jedem Gedanken an Freiheit und Demokratie gefordert wird.

Der Arbeitskreis „Freiheit für Wort und Dienst" – Bremerhaven entstand nach der Demonstration in Kalkar (24.9.77) – Pastoren, kirchliche Mitarbeiter und Lehrer hatten zu dieser Demonstration aufgerufen und wurden deswegen heftig angegriffen. Der Arbeitskreis arbeitet zu folgenden Bereichen: Aufklärung über das menschenfeindliche Atomprogramm, Zurückweisung der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und gegen Repression und Rechtsentwicklung in der BRD.

Kirchenkommission

›Wir leben ja nicht im Mittelalter‹

Die Konferenz der katholischen Bischöfe hat die KJG (Katholische Junge Gemeinde – größter katholischer Jugendverband) aufgefordert, eine neue Bundesleitung zu wählen, sonst würde sie ihr das Recht absprechen, sich „katholisch" zu nennen.

Einer der Gründe für diese Aufforderung liegt darin, daß die KJG vor zwei Jahren einen Bundesleiter wählte, den die Bischöfe nicht akzeptierten, *„weil er sich in einer entscheidenden Frage nicht an die Moralvorstellungen der Kirche hielt"* (nach „FR", 22.2.78); er *„lebte ohne Trauschein mit einer Frau zusammen"*. Die KJG beschäftigte ihn weiter als Referenten – gegen den Widerstand der Bischöfe.

Ein anderer Grund liegt in der inhaltlichen Arbeit der KJG, in der die Bischöfe den „bewahrenden und behüteten Ansatz" der Kirche vermissen. Besonderes Mißfallen erregt bei den Bischöfen ein Handbuch, das die KJG im letzten Jahr veröffentlichte mit dem Titel: Nicht schweigen – handeln".

Natürlich liegt es den Bischöfen schwer im Magen, daß hier Jugendliche aufgefordert werden, ihre Interessen offensiv zu vertreten und in Konfliktfällen nicht klein beizugeben oder sie zu verschleiern. Der zweite Bundesleiter, Clemens Sebastian, bezeichnet die KJG als pädagogisch-politischen Jugendverband, *„der für ein selbstverwirklichtes Leben und für Solidarität eintritt ... Jugendliche sollen das, was sie denken, fühlen und wollen artikulieren und ihr Leben so gestalten, wie es ihrer eigenen Intention gerecht wird"*. Dazu gehöre es auch, die herrschenden Normen



und die Umwelt kritisch zu überprüfen (nach „FR", 22.2.78).

Die KJG erklärte sich weder bereit, der Aufforderung der Bischöfe nachzukommen, eine konzeptionelle „Neubesinnung" vorzunehmen, noch eine neue Bundesleitung zu wählen. Bundesleiter Clemens Sebstian erklärte dazu, *„man wolle sich vorbehalten, selber den Standort festzulegen, und verlasse sich dabei auf die demokratischen Strukturen der KJG"* („FR", 25.2.78). Interessant ist bei diesem Vorgang zusätzlich, daß nur 15 % des Haushaltes der KJG aus Mitteln der Bischofskonferenz finanziert wird, der Rest aus Mitgliedsbeiträgen !

Kirchenkommission

Jetzt doch: Tarifverträge in der Kirche

Nach z.T. heftigen Auseinandersetzungen um die Frage der Tarifverträge (s. AK 123), hat sich jetzt die Synode der Nordelbischen Kirche für den Abschluß von Tarifverträgen ausgesprochen.

Daran haben die vielfachen Resolutionen, Unterschriftenlisten und Eingaben eines Großteils der über 8.000 Kolleginnen und Kollegen sicher einen erheblichen Anteil gehabt.

Auch die Führer der ÖTV, DAG und des VKM (s. AK 123) zeigten sich befriedigt. Dieses Votum der Synode ist gegen die Entschließung der Bischöfe Hübner und Wölber gefallen, die noch kurz vor der Synode in die Presse gingen. Wölber nach der Abstimmung: Eine Entscheidung, die *„dem von mir gedachten Ausgangspunkt nicht voll gerecht wird."* Und: *„Ich vermute und erwarte, daß die Bedingungen, unter denen man Tarifverträge aushandelt, so eindeutig und weitgehend formuliert werden, daß man dann doch von einer möglichst kirchengemäßen Lösung sprechen kann"* („Hamburger Abendblatt", 20.2.78).

Woher diese Hoffnung des Bischofs? Sicher kann er den Führern der Gewerkschaften und Verbänden voll vertrauen, die noch vorher mehrfach betonten, daß sie ohne Umstände auf das Streikrecht verzichten werden. Anders – aber auf dasselbe hinauslaufend – begründete Oberkirchenrat Jessen seine Befürwortung von Tarifverträgen: *„Nur ein Tarifvertrag ist wegen der Gleichgewichtigkeit und Unabhängigkeit der Vertragspartner geeignet, etwa anstehende unpopuläre Entscheidungen angesichts möglicher finanzieller Einschränkungen zu legitimieren"* („Kieler Nachrichten", 20.2.78).

Auf gut deutsch: Wenn die Kirche Löhne und Gehälter drücken will, so will sie dies in legitimatorischer Zusammenarbeit mit den „Arbeitnehmervertretern" tun. Ein Arbeitskampf wird durch *„unkündbare Schlichtungsvereinbarungen im Tarifvertrag verankert"* („KN", 20.2.78).

Die unausgesprochene Frage auf der Synode hieß also: Mit welchem Modell können wir die Kollegenschaft am besten bescheißen!

Aufgabe der Kolleginnen und Kollegen wird es sein, den Tarifvertrag auszuschöpfen und die einschränkenden Regelungen auf breiter Front zu bekämpfen.

Dazu gehört auch folgender Beschluß: *„Für die Einstellung von kirchlichen Mitarbeitern wird die*

Kollegen wird es sein, den Tarifvertrag auszuschöpfen und die einschränkenden Regelungen auf breiter Front zu bekämpfen.

Dazu gehört auch folgender Beschluß: „Für die Einstellung von kirchlichen Mitarbeitern wird die

Kirchenmitgliedschaft grundsätzlich als Vorbedingung angesehen. Der Kirchenaustritt ist deshalb ein ‚wichtiger Grund' im Sinne der Kündigungsbestimmungen" („Schlesw.-holst. Landeszeitung", 20.2.78).

In Einzelfällen hat es zu dieser Frage schon mehrere Gerichtsverfahren gegeben, in denen unterschiedlich verfahren wurde. Grundlage der Kirchenbehörden war meist die Berufung auf den „Tendenzschutzparagraphen": Dabei ist völlig uneinsichtig, wieso z.B. ein Sozialarbeiter oder eine Kindergärtnerin nach ihrem Austritt aus der Kirche den Arbeitsplatz verlieren sollen.

Es wird sicher notwendig sein, die Rechtmäßigkeit dieser Bestimmung zu überprüfen und sie zu bekämpfen.

Kirchenkommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 21.000

Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Achtung! Einem Teil dieser Auflage liegen Prospekte des Verlag J. Reents bei!



Verweigerte Hilfe

„Vorsicht, Eltern: vor allem jetzt in den Herbst- und Wintermonaten sind ein- bis fünfjährige Kinder vom ‚Pseudokrupp' bedroht" warnte die „Hamburger Morgenpost" (25.11.77). Der „Pseudokrupp" ist ein Kehlkopfkatarrh, der durch einen Virusinfekt oder Bakterien hervorgerufen, sich in bellendem Husten, Heiserkeit, erschwerter Atmung und Fieber äußert. *„Die größte Gefahr: Weil der Kehlkopf der ‚Flaschenhals' des Luftwegs ist, bedeutet hier jede Schwellung durch Entzündung — Erstickungsgefahr! Die Atemnot beim Kind setzt meist am Abend ganz plötzlich ein. Ein Hamburger Kinderarzt: Mit einem solchen Anfall muß das Kind sofort ins nächste Krankenhaus"* (ebenda).

Was für Erfahrungen Eltern machen mußten, die ihre Kinder sofort ins nächste Krankenhaus brachten, schildert unser Artikel.

An ihrem ersten Geburstag, am 10.10.75, brachten ihre Eltern Julia Kötz in die Ambulanz der Westberliner Kinder-Uni-Klinik. Julia hustete seit zwei Tagen und machte einen schlappen Eindruck. Der behandelnde Kinderarzt hatte am Tag zuvor Pseudokrupp festgestellt und den Eltern geraten, Julia in eine Klinik zu bringen, wenn die Hustenanfälle (trotz verschiedener Medikamente) schlimmer würden. In der Kinder-Uni-Klinik bestimmte der diensthabende Arzt, Dr.

krupp festgestellt und den Eltern geraten, Julia in eine Klinik zu bringen, wenn die Hustenanfälle (trotz verschiedener Medikamente) schlimmer würden. In der Kinder-Uni-Klinik bestimmte der diensthabende Arzt, Dr.

Waldenmaier, schon vor(!) der Untersuchung dreist: *„Eine Aufnahme kommt nicht in Frage."* Die empörten Eltern schilderten dem Arzt die beängstigende Atemnot ihres Kindes. Erst danach bequemte sich Dr. Waldenmaier überhaupt, Julia zu untersuchen. Er bestätigte die Diagnose des Hausarztes, befand aber Julias Zustand weder schlimm noch akut. Er schickte die Eltern nach Hause und drückte der Mutter noch Beruhigungszäpfchen in die Hand.

Doch so harmlos war Julias Zustand keineswegs. In der Nacht bekam das Kind hohes Fieber und das Atmen fiel ihm immer schwerer. Als die Eltern morgens um 6.00 Uhr wieder in die Klinik gefahren waren, begrüßte sie die Schwester mit dem Vorwurf: *„das wird aber höchste Zeit!"* Dr. Waldenmaier hingegen meinte, es würde jetzt alles Erforderliche getan und am nächsten Tag könnten die Eltern ihre Tochter wieder abholen.

Als sich die Eltern gegen Mittag telephonisch nach dem Zustand ihrer Tochter erkundigen wollten, wurden sie mit der Intensivstation verbunden. Den erschrockenen Eltern ist erklärt worden, daß man Julia einen Schlauch in die Luftröhre gesteckt habe, dabei sei für kurze Zeit das Herz stehengeblieben. Nun sei Julia bewußtlos, aber der Kinderneurologe sei sehr optimistisch, daß das Kind in Kürze wieder aufwachen würde.

Nach Aussage der Eltern blieb Julia 14 Tage lang bewußtlos. Julia hat durch Sauerstoffmangel einen schweren Gehirnschaden erlitten. Sie ist spastisch gelähmt und geistig behindert. Sie spricht nicht, sieht nicht und muß ständig getragen werden. Vor ihrer Erkrankung konnte Julia schon laufen und die ersten Worte sprechen (Angaben nach „Stern" 9/78).

„Dieter und Irmhild Kötz gaben sich nicht mit der Erklärung der Ärzte zufrieden, diese Tragödie sei über sie und ihr Kind schicksalhaft hereinge-

laufen und die ersten Worte sprechen (Angaben nach „Stern" 9/78).

„Dieter und Irmhild Kötz gaben sich nicht mit der Erklärung der Ärzte zufrieden, diese Tragödie sei über sie und ihr Kind schicksalhaft hereinge-

brochen. Der ärztliche Direktor der Kinderklinik, Prof. Hans Helge, räumte zwar in einem Brief ein, ... daß man die bleibende Hirnschädigung durch früher eingeleitete Notmaßnahmen hätte verhindern können — aber einer Schuld war sich niemand bewußt" (ebenda). Das Ehepaar Kötz hat sich vergeblich um eine außergerichtliche Einigung mit der Klinik bemüht. Sie fordern bis heute ein Schmerzensgeld von einer Viertelmillion DM und eine lebenslängliche Rente von monatlich 500 DM für Julia. Doch die Klinik will die Eltern mit einer einmaligen Zahlung von läppischen 100.000 DM abspeisen. Und das, obwohl der vom Gericht bestellte Gutachter feststellte: *„durch eine dem Stadium angemessene frühzeitige Behandlung ... wäre die Sauerstoffmangel-Situation und sehr wahrscheinlich auch der Herzstillstand vermieden worden"* (ebenda).

Obwohl die Eltern nun wissen, daß ihr Kind nicht nach den Regeln ärztlicher Kunst behandelt worden ist, müssen sie aber um Schadensersatz kämpfen. Die Reisekosten in Höhe von über 6.000 DM, die den Eltern entstanden sind, um ihr Kind in ein Spezialzentrum zu bringen, sind bisher weder von der Uni-Klinik Berlin noch von der Krankenkasse erstattet worden.

Schlimmer noch erging es der dreijährigen Nicole aus Buxtehude-Hedendorf, die qualvoll sterben mußte. Sie bekam plötzlich starke Erstickungsanfälle, doch die Sprechstundenhilfe des Hausarztes Dr. Callson riet der Mutter, ins Krankenhaus zu fahren. Aber der nur wenige hundert Meter entfernt wohnende Arzt Dr. von Düring kam nicht. Seine Frau *„forderte die vor Aufregung zitternde Mutter auf, mit dem Kind in einem Taxi zur Praxis zu kommen. Drei Nachbarinnen, die die Mutter zu Hilfe gerufen hatte, machten abwechselnd Herzmassage bei der kleinen Nicole. Die Erstickungsanfälle waren so stark, daß*

te die vor Aufregung zitternde Mutter auf, mit dem Kind in einem Taxi zur Praxis zu kommen. Drei Nachbarinnen, die die Mutter zu Hilfe gerufen hatte, machten abwechselnd Herzmassage bei der kleinen Nicole. Die Erstickungsanfälle waren so stark, daß

das Kind immer wieder blau anlief. Darum wagten es die Frauen auch nicht, Nicole in ein Auto zu setzen, weil sie dann die Herzmassage hätten unterbrechen müssen. Der alarmierte Rettungswagen kam erst nach einer halben Stunde, weil er zuvor noch in einem anderen Einsatz unterwegs war" (ebenda). Zwei Stunden später war Nicole tot.

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Mißhandlungen im Pflegeheim – Verfahren eingestellt

Das Iberg–Alten- und Pflegeheim im Allgäu war im Sommer 77 den Behörden dadurch aufgefallen, daß 50 von den 300 meist geistig behinderten Patienten Symptome von Paratyphus (eine Darmkrankheit, bei der man mit der Zeit austrocknet) gezeigt hatten.

Während der Ermittlungen seitens der Kriminalpolizei wurde eine Reihe von Vorfällen aufgedeckt, die mit dem Wort „menschenunwürdig" kaum noch zu beschreiben sind:

– Einige Patienten und ehemalige Pfleger sagten aus, daß bis zu 20 Personen in demselben Badewasser gewaschen worden seien.

Dieses wurde von der Staatsanwaltschaft nicht als Körperverletzung gewertet. *„Dazu hätte sich – wie Oberstaatsanwalt Brehm erklärte – einer der Betroffenen 'schon erheblich davor ekeln müssen', daß der Strafbestand der Körperverletzung gegeben gewesen wäre"* („Schwäbische Zeitung" 27.1.78).

– Der Vorwurf, ein Patient sei mit einer Urinflasche so mißhandelt worden, daß sie während der Handgreiflichkeiten zersprang, war für die Oberschwester kein Grund, derartige Tätlichkeiten zu verurteilen. Nach Oberstaatsanwalt Brehm stand in diesem Fall *„Aussage gegen Aussage"*.

– Auch Unterschlagung liegt nicht vor, wenn von Zollbehörden 500.000 verbilligt abgegebene Schmuggelzigaretten zum vollen Preis an die Patienten verkauft werden.

– Die Verstöße gegen das Seuchen-Gesetz werden auch nicht geahndet, obwohl das Auftreten von Paratyphus erst verspätet gemeldet wurde.

– Ermittelt wird derzeit nur noch wegen Unterschlagung von Taschengeld und Heimarbeit-Entlohnung. Aber auch hier ist dem Oberstaatsanwalt Brehm noch nicht klar, ob sich dieser Vorwurf aufrecht erhalten läßt.

– Bleibt noch übrig ein Fall von sexueller Mißhandlung, der aber auch schon ein Jahr zurück liegt. Nach den Erfahrungen mit den anderen Fällen kann man gut absehen, wie dem nachgegangen wird.

Es ist ein Skandal, wie Alte und geistig behinderte Menschen ausgebeutet werden können, ohne daß diese Menschenfeinde vor Gericht verurteilt werden.

Es ist ein Skandal, wie Alte und geistig behinderte Menschen ausgebeutet werden können, ohne daß diese Menschenfeinde vor Gericht verurteilt werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Im Altenheim Wroostweg in Hamburg-Harburg leben ältere Schwerbehinderte, die nur Kleinstrenten bekommen. Besucher müssen bis 23 Uhr das Haus verlassen haben; sozialpädagogische Betreuung oder einen Hausbeirat gibt es nicht.

Nachdem nun die Renten um 4,5% erhöht werden, sollen die Bewohner jetzt 25% (!) mehr Miete bezahlen. Und zwar wegen der gestiegenen Kosten, was aber überhaupt nicht aufgeschlüsselt wurde. Die Bewohner haben noch nicht einmal einen Mietvertrag, können sich also nicht gegen die Mieterhöhung wehren.

Das Altersheim wird übrigens von einer „Sonderstiftung für Schwerstbehinderte" getragen, in deren Vorstand „Sozial"senator Ernst Weiß (SPD) und der Senatsdirektor der „Sozial"-behörde Winckelmann sitzen (nach „HA" vom 27.2.78).

•••

Der „Berufsverband deutscher Nervenärzte" hat gegen das neue Bundesmeldegesetz protestiert. Danach wird jeder registriert, der entmündigt ist, wegen einer psychischen Krankheit in einer geschlossenen Anstalt untergebracht wurde oder einen vorläufigen Vormund hat. Anders als bei Straftaten werden die Daten über psychische Erkrankungen nicht gelöscht (nach „FAZ" vom 22.2.78).

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Gekaufte »Volksvertreter« - amtlich belegt

Bremen: *„Um dennoch Profite machen zu können, wandten sich die Konzerne mittels ihrer [durch Beraterverträge, Eigentumswohnungen, Geschäftsführerposten, Aufsichtsratssitze, Fernostreisen, Karriereversprechen, feudale Empfänge] gekauften Volksvertreter in Partei und Verwaltung und an die parlamentarischen Gremien [Bremer Bürgerschaft, Fraktionsausschüsse usw.] mit dem Ziel, langfristig eine völlige Zerstörung des Viertels und die Erklärung zum City-Erweiterungsgebiet zu erreichen"* — diese realistische Zustandsbeschreibung aus dem Buch *„Wohnen darf nicht länger Ware sein"* von 1974 darf laut Urteil des Karlsruher Bundesgerichtshofs auch weiterhin erhoben werden, da es sich nicht um eine „Tatsachenbehauptung", sondern lediglich um ein „Werturteil" handele (laut „Bremer Nachrichten", 17.2. und „FR", 24.2.), das nach der Verfassung unter den Grundsatz der freien Meinungsäußerung fällt.

Aufgestellt hatte die Behauptung der Vorsitzende des Bremer Ortsvereins Altstadt, Olaf Dinné, der als „Linksaußen" bezeichnet wird und aktiver Umweltschützer in der „Bürgeraktion Küste" ist. Die zitierte Passage hatte 1975 zu heftigen Reaktionen in der SPD und im Bremer Parlament geführt. Dinné wurde seiner Parteiämter enthoben und ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet, das im September letzten Jahres eingestellt wurde; seitdem ist Dinné wieder Ortsvereinsvorsitzender. Außerdem klagte das Parlament als Ganzes — und nicht nur die SPD — da es sich völlig zu Recht als Ganzes betroffen fühlte. In zwei Instanzen vor Bremer Gerichten wurde Dinné auf Widerruf verurteilt. Insbesondere die CDU ist über ihre Klagebeteiligung mittlerweile stinkwütend, stellte das Gericht doch auch fest, daß Dinnes Kritik sich gegen die Konzerne und die Politik der SPD richte, das Parlament als Ganzes nicht gemeint gewesen sei. Nun, da sind wir zwar anderer Meinung, die CDU ist jetzt nur sauer, da sie eine Gelegenheit verpaßt hat, eine ihrer üblichen Heuchlerkampagnen gegen „Filzokratie und Parteibuchwirtschaft" der SPD zu starten.

Die Kosten für die Klage muß das Parlament — sprich der durch Dinnés Beschreibung eh beschissene Steuerzahler — tragen: 25.000 DM. Völlig zu Recht wies Olaf Dinné am 1.2. auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß betroffene Abgeordnete oder die SPD diese Kosten hätten tragen müssen. Außerdem nannte er hier konkret Namen (die SPD-Senatoren Blasse und Seifritz, sowie zwei CDU-Abgeordnete), die in den im Buch geschilderten Fall verstrickt waren. Dinné enthüllte auch, mit welchen Methoden die SPD-Führung gegen ihn vorging. So sei ihm gesagt worden: *„Vorsitzender der 1. Kammer* (vor Gericht) *ist ein nachbarschaftlicher Genosse, mit dem haben wir geredet. Du sollst mit den Kosten nicht soviel zu tun haben. Aber auf der anderen Seite mußt du einsehen, daß du nicht gewinnen kannst. Das wäre verheerend für die Partei."* Zusätzlich sei *„der Staatsanwalt, der die Sache verfolgt hat, nicht befördert worden mit der Begründung, sie sei zu lasch betrieben worden"* („Bremer Nachrichten", 2.2.78).

Neues wurde nicht aufgedeckt, dennoch lohnt es, dieses Gerichtsurteil über Dinnés „Werturteil" bekannt zu machen, schließlich erlebt man es nicht alle Tage, daß man Korruption in den Parlamenten amtlich beglaubigt erhält.

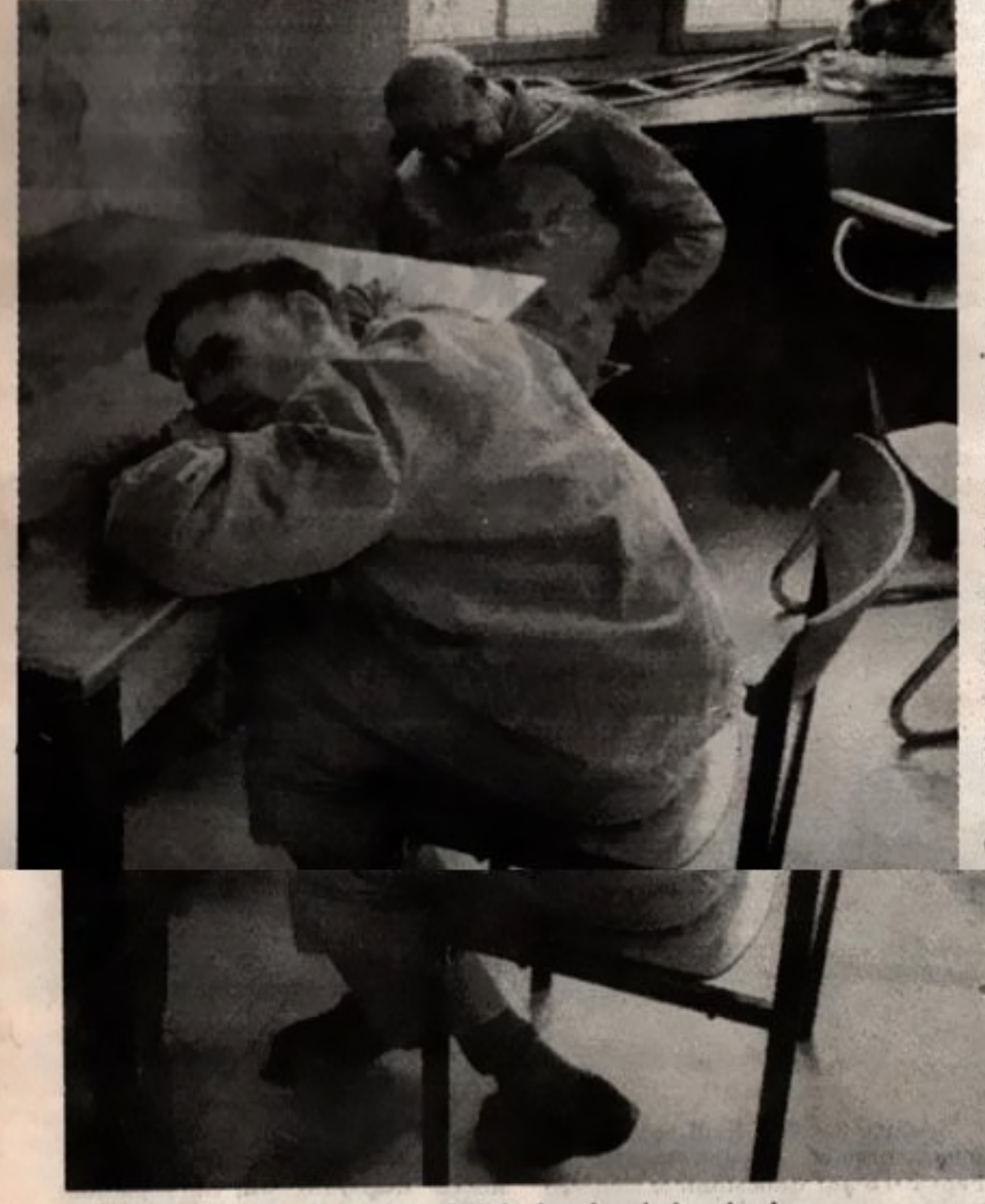
KB / Gruppe Bremen

Riesenskandal im Landeskrankenhaus Brauweiler

Anfang dieses Jahres starb Marion Masuhr, Patientin im Landeskrankenhaus Brauweiler. Todesursache: „Kreislaufversagen", so der Totenschein der Klink. Was sich dahinter tatsächlich verbirgt, brachte erst eine Anzeige der „Sozialistischen Selbsthilfe Köln" (SSK) wegen „fahrlässiger Tötung und unterlassener Hilfeleistung" zutage. Die SSK unterhält u.a. eine Beschwerdestelle für die Insassen von Landeskrankenhäusern. Ein SSK-Sprecher: „*Wir haben Marion öfter in Brauweiler besucht. Als wir am 26. Januar wieder da waren, sagte uns die Ärztin, Marion sei jetzt im Himmel.*" So kann man es auch nennen. Denn das was sie durchgemacht hat, muß ihr wie die Hölle vorgekommen sein.

"*Mit vier Jahren war Marion am Gehirn operiert worden. Die Ärzte entfernten einen Tumor. Das blonde Kind galt seitdem als 'geistig behindert' und litt zuweilen unter Krampfanfällen. Immerhin besuchte das Mädchen eine Sonderschule. Doch mit der Pubertät kamen Probleme. Marion wurde aggressiv. Ihre Eltern wurden nicht mehr mit ihr fertig. So kam sie 1974 zum erstenmal in das Landeskrankenhaus Brauweiler. Dort wurde sie mit Beruhigungsmitteln und krampflösenden Medikament behandelt.*

Pillen, Ruhigstellen und Verwahren – das war auch die Behandlung bei



Psychisch Kranke in einem rheinischen Landeskrankenhaus

Marions vorletztem Aufenthalt vom 13. Oktober bis Weihnachten 1977. Wieder erhielt sie das Psychopharmakon 'Neurocil' – freilich in einer Dosierung, die weit über die Empfehlung des Herstellerwerkes hinausgeht: 'Zur stationären Behandlung von Psychosen werden bei Erwachsenen in Abhängigkeit von der Schwere des Falles Tagesdosen bis zu 600 Milligramm Neurocil oral empfohlen.' Die Ärzte gaben Marion über 1.600 Milligramm pro Tag." Marions Zustand verschlechterte sich zusehends.

"*Jetzt wirkte sie eher apathisch, ging von allein ins Bett und mußte gefüttert werden. Die Ärzte waren dadurch nicht alarmiert. Zwar ließen sie das Mädchen in die Wachstation F1 verlegen, aber untersucht oder gar behandelt wurde sie nicht.*

Am 12. Januar hatte Marion 38,5 Grad Fieber. Endlich untersuchte die behandelnde Ärztin den Augenhintergrund der Kranken. Dabei stellte sie 'Hinweise auf eine Stauungspapille' fest – der Druck im Schädel hatte zugenommen, möglicherweise Anzeichen für Wasser im Gehirn. Mit der Eintragung im Krankenblatt war der Fall erledigt. Behandelt wurde aber wieder nicht" (*„stern", 2.3.78*). Am nächsten Morgen war das Mädchen tot.

Jetzt erst stellte der Träger der Klinik, der Landesverband Rheinland, fest, daß in Brauweiler „*eine sachgerechte Betreuung psychisch Kranker nicht mehr gewährleistet sei*" („FAZ", 23.2.78). Dabei sind diverse skandalöse Zustände in diesem Landeskrankenhaus seit spätestens Oktober 1975 öffentlich bekannt. Da sollte ein Ausschuß nämlich Beschwerden prüfen, wie unzureichende Therapie, rüde Pfleger „*bis zu der Anschuldigung, man stufe Suchtkranke, die freiwillig zu einer Entziehungskur gekommen seien, bei der Aufnahme als 'zwangseingewiesen' ein und behandele sie entsprechend, weil die Abrechnung für Zwangseingewiesene mit den Krankenkassen einfacher und weil dies eben 'die Art des Hauses' sei*" („FAZ", 23.2.78). Der Ausschuß führte seinerzeit „*die gröbsten Mängel auf fehlendes Personal und die schlechte bauliche Substanz des Hauses*" zurück (ebenda).

Und damit blieb alles beim alten! Erst nachdem Marion zu Tode „behandelt" wurde, versetzte man den Klinikchef Stockhausen, seinen Stellvertreter Thewald und zwei Stationsärztinnen. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf wegen des Verdachts falscher Behandlung mit pharmakologischen Präparaten im Falle von Marion Masuhr und mit einem ähnlichen Verdacht im Falle eines Alkoholikers, der im August 1977 in der Klinik starb. Schließlich erklärte der Trägerverband, daß Brauweiler ohnehin geschlossen werde.

Patienten und Personal sollen, wie es heißt, auf andere Häuser in der Umgegend verteilt werden.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Türkei

Türkei: Chancen für eine Demokratisierung

Allein in diesem Jahr hat der vorwiegend von faschistischen Banden verübte Terror 61 Tote („Tagesspiegel" v. 23.2.78) gefordert. Unter der inzwischen abgelösten Regierung Demirel, die sich aus rechtskonservativen und faschistischen Kräften zusammensetzte, sind in der Zeit von 1975 bis 1977 mindestens 350 Menschen zum Teil auf offener Straße ermordet worden. Die faschistischen Banden, von denen auch in der BRD die „Grauen Wölfe" ihr Unwesen treiben, waren unter der Regierung Demirel keinen polizeilichen oder strafrechtlichen Verfolgungen ausgesetzt.

Auch wenn in der türkischen und in der westdeutschen Presse die Toten als Ergebnis von Zusammenstößen links-und rechtsgerichteter Gruppen dargestellt werden, ist offenkundig, daß der Terror von den offen agierenden braunen Gruppen ausgeht. Dieser Terror hatte immer stärker zu breiteren antifaschistischen Aktionseinheiten und bewaffneten Abwehrreaktionen der Linken geführt.

Mit der Regierung Ecevit scheint diesem Treiben der faschistischen Kräfte nunmehr der Kampf angesagt worden zu sein.

So sind in den letzten Wochen umfangreiche Säuberungen im Staatsapparat vorgenommen worden. Dies betrifft vor allem die Polizei. Neben dem Chef der Polizei wurden der Personalchef und der Direktor für die allgemeine Sicherheit und Information abgesetzt. Diese Posten waren bisher von Mitgliedern der faschistischen Bewegungspartei (MHP) besetzt. Weiterhin wurden 2/3 aller Provinzgouverneure abgesetzt.

Ebenfalls zu Säuberungen ist es im Gesundheits - und Handelsministerium gekommen. Besondere Bedeutung hat die Absetzung des nationalen Direktors des Erziehungswesens in Istanbul, da hierüber die Faschisten auf Schulen und Lehrinhalte großen Einfluß nahmen.

Faschisten werden eingebuchtet

Faschisten werden eingebuchtet

Im Gegensatz zur Regierung Demirel, unter der die Faschisten ungehindert ihre bewaffneten Streifzüge begehen konnten, werden heute bei Anschlägen und Terrorüberfällen systematisch die Faschisten verfolgt.

Die Faschisten fürchten zur Zeit besonders, daß es zu belastenden Aussagen ihrer verhafteten Kumpanen kommt, da auch zurückliegende Verbrechen verfolgt werden. So sind in den letzten Wochen über 20 Mitglieder der MHP und der „Grauen Wölfe" verhaftet worden, da sie in der Zeit der Regierung Demirel für Morde und Anschläge verantwortlich waren.

So wurden sieben Mitglieder (zum Teil hohe Kader) der faschistischen MHP in Istanbul, die den reaktionären „Ideenvereinen" angehörten, festgenommen. Am 1. Februar kam es zu Gegenangriffen der Faschisten gegen die Gerichte in Istanbul, in denen Faschisten der Prozeß gemacht wurde. Doch auch hier ging die Polizei jetzt konsequent vor. Allein am 1.Februar wurden 57 Faschisten verhaftet.

Dabei ließen einige Bullen, alter Gewohnheit folgend, einige Faschisten wieder frei. Entgegen der bisherigen Praxis wurden diese sofort ihres Amtes enthoben und müssen sich nun ebenfalls verantworten. Diese offene Begegnung faschistischer Aktivitäten seitens des Staatsapparates schafft für die Linke einen neuen Spielraum, da die offen und von der rechtsradikalen Regierung Demirel unterstützten auftretenden Guppen in den letzten Jahren den Aktionsradius der Linken erheblich geschmälert haben. Zudem hat es zu schweren Opfern geführt, die für die junge Linke nicht leicht ersetzbar waren.

„*Die CHP hat den Staat nicht geändert, aber es ist eine Tatsache, daß die fortschrittlichen Kräfte den Klassenkampf auf einer freieren Ebene führen können. Von dieser Seite aus muß der Regierungswechsel gesehen werden*" (Kurtulus, die Befreiung, Zeitung der gleichnamigen Organisation). Während auf der einen Seite diese Situation im antifaschistischen Kampf genutzt werden muß, ist eine wesentliche Aufgabe der sozialistischen Politik, daß der „Mythos" des „Befreiers" CHP und

muß, ist eine wesentliche Aufgabe der sozialistischen Politik, daß der „Mythos" des „Befreiers" CHP und

der „Hoffnung Ecevit" im Volk entlarvt und somit die ideologische Bindung an die sozialdemokratische CHP gebrochen wird.

Die CHP hat in breiten Teilen der Arbeiter - und Bauernschaft ein linkes Image und ist von der Popularität her vergleichbar mit der „PASOK" in Griechenland.

Das liegt auch daran, daß es innerhalb der CHP starke antikapitalistische Strömungen gibt, die aber zunehmend auf die Politik der CHP Einfluß verlieren.

Ecevit selber hat den Mythos des „Befreiers".

Wesentliche Prüfsteine der Ernsthaftigkeit des antifaschistischen Weges Ecevits sind die Fragen nach Abschaffung der §§141 und 142 sowie einer Generalamnestie.

Nach Artikel 141 werden diejenigen, „*die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder ihre Tätigkeit ordnen, leiten oder beraten, um eine Herrschaft einer sozialen Klasse zu beseitigen, mit Gefängnis von 8 bis 15 Jahren bestraft*". Artikel 142 bestimmt, „ *daß derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen, mit Gefängnis von fünf bis 15 Jahren bestraft wird*". Die Abschaffung dieser beiden Paragraphen ist eine breit verankerte Forderung besonders an die CHP.

Aufgrund gerade dieser Paragraphen sitzen viele fortschrittliche Menschen in den Gefängnissen. Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen wird auf 2000 geschätzt (Kurtulus).

Weiterhin wird gefordert, daß die faschistischen Organisationen verboten werden, denn ohne daß die „*faschistischen Organisationen verboten werden, kann man in der Türkei nicht von Lebenssicherheit und Ordnung sprechen*"(Devrimci Yol v.3.2.78, Zeitung der revolutionären Linken). Die Linke erwartet nicht, daß diese Forderungen, obwohl sie in den zurückliegenden Jahren auch von der CHP aufgenommen wurden, derzeit erfüllt werden, da „*die Ziele der Regierung durch die Monopolbourgeoisie bestimmt werden*" (lt Kitle", Zeitung der revisionist...nen „TSIP", Sozialistische Arbeiterpartei der

stimmt werden" (lt Kitle", Zeitung der revisionist...nen „TSIP", Sozialistische Arbeiterpartei der

Türkei)

Deshalb wird das Verhalten der Regierung, „*vom aktiven und entschlossenen Kampf der demokratischen Kräfte abhängig sein*" (Kitle).

Griechenland/Türkei Kommission

Türkei: der europäische Maßanzug wird gefertigt

Unter der rechtsgerichteten nationalistischen Front-Regierung ist die Türkei in den Staatsbankrott geschliddert. „*Die Räder der Wirtschaft drehen sich nur noch mit halber Kraft. Die Austrocknung der Gold- und Devisenreserven verhindert bei überhoher Auslandsverschuldung selbst lebenswichtige Zahlungen. Die Ölversorgung reicht oft nur für drei, fünf, zehn Tage. Die Arbeitslosigkeit ist auf 16% der Berufstätigen gestiegen, die Inflation laut jüngster Bekundung des Finanzministers auf 51%*" („FAZ" v. 25.2.78).

Dieses Bild gibt noch nicht das wirkliche Elend der Bevölkerung in der Türkei wieder, die gerade im Winter in Ostanatolien unter dem Existenzminimum dahinvegetiert und immer mehr Menschen in den Slums in den Großstädten ohne Arbeit und vernünftige Unterkunft leben.

Diese Türkei ist, obwohl den Imperialisten Tür und Tor offen standen, nicht mehr profitträchtig. Die sozialdemokratische Regierung Ecevit hat jetzt ein Sofortprogramm beschlossen, was in seinen wichtigsten Punkten vorsieht, in drei Phasen die Türkei dem westeuropäischen Imperialismus anzugleichen.

So sollen ab 1.März folgende Maßnahmen in Kraft treten:

1. alle Steuergesetze werden überprüft, um Maßnahmen gegen den enormen Steuerverlust zu treffen,
2. die indirekten Steuern werden erhöht,
3. die Einfuhr von Waren soll stärker der Kontrolle des Staates unterliegen. Hierzu ist eine Kommission aus Vertretern des Handels- und Industrieministeriums, des Zolls und der Zentralbank gebildet worden.
4. Der Export soll gefördert werden, allerdings sollen Steuererleichterungen beim Export neu geregelt werden.
5. Die Zinssätze für Devisenreserven werden neu geregelt.
6. Die Banken werden durch die Zentralbank kontrolliert.
7. Das Komitee zur Kontrolle der Preise wird abgeschafft.

Außerdem haben Verhandlungen mit dem internationalen Währungsfond begonnen. Verhandlungen mit der EG sind für Mai geplant („Cumhuriyet").

Unterstützung ist der Regierung Ecevit gewiß. So bewilligte die westdeutsche Regierung einen Kredit von 120 Mio. Mark, der erst nach 10 Jahren mit 2,5% verzinst wird und von da ab in 20 Jahren zurückzuzahlen ist. Auch die UdSSR bewilligte einen Warenkredit in Höhe von 1 Mrd.Mark und verpflichtete sich Waren aus der Türkei in Höhe von 500 Mio. Dollar zu importieren.

Diese Maßnahmen sind zum einen gegen die Masse der Arbeiter, Landarbeiter und kleinen Bauern gerichtet. So z.B. die Erhöhung der indirekten Steuern, die die Kaufkraft mindert. Auf der anderen Seite aber sind diese Maßnahmen gegen die immer noch herrschenden feudalistischen Strukturen gerichtet. Gerade die aus der feudalistischen Tradition her noch herrschende Bürokratie, die in der rechtsgerichteten Demirel-Regierung ihre Stütze hatte, führte die Türkei mit Korruption und anarchischem Handel in den Bankrott.

So wurde vor kurzem ein Neffe des ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel von einem Gericht in Ankara zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis verurteilt, da er seine Einnahmen durch Exporte höher angegeben hatte, als sie tatsächlich waren, um sich dadurch staatliche Steuerzuschüsse zu erschwindeln („TP" vom 23.2.78).

Ecevit, der seine Maßnahmen gern als „*Beginn einer sozialistischen Ära besonderer Form*" hochjubelt, macht

Fortsetzung auf Seite 46

»Genosse Trend« marschiert

Die westberliner SPD-Landesschiedskommission hat den Ausschluß zweier Rechtsradikaler aus der SPD rückgängig gemacht. Der ehemalige Stadtrat Jäger und der Theologieprofessor Hentschke, beide Funktionäre der mit braunen Größen durchsetzten „Notgemeinschaft für eine freie Universität", waren an einer Verschickungsaktion „Schwarzer Listen" beteiligt, durch die zahlreiche SPD-Mitglieder (Studenten, die „mit Kommunisten" kandidiert hatten) bei ihren künftigen Arbeitgebern denunziert worden. Daraufhin flogen Jäger und Hentschke aus der SPD, was damals viel Staub aufgewirbelt hat. Aber jetzt ist wieder alles ins „rechte" Lot gebracht worden. Denn die SPD-Oberen befanden, daß die beiden Denunzianten sich „*eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht*" haben („Tagesspiegel", 16.2.78). Merke: Denunziation und Bespitzelung der SPD-Linken ist in der Sozialdemokratie noch immer erlaubt.

Eine SSB-Genossin aus Westberlin

Fortsetzung von Seite 45

hier nichts anderes als dem Feudalismus den letzten Stoß zu versetzen, um die Türkei zu europäisieren, d.h. kapitalistische Strukturen im ganzen Land durchzusetzen.

DGB-Modell für die Türkei

Der über Monate andauernde Streik der Metallarbeiter ist zu Ende. In diesem Streik haben sich die Kapitalisten mit ihrer Organisation MESS durchsetzen können. Die 1976 während des Streiks gegen die Staatssicherheitsgerichte entlassenen Arbeiter werden nicht wieder eingestellt. Der MESS wird als Verhandlungspartner anerkannt, so daß von kleineren Metallgewerkschaften keine Einzelverträge mit Kapitalisten mehr abgeschlossen werden können. Der MESS war bisher von der Gewerkschaft DISK nicht als Verhandlungspartner anerkannt worden. Diese beiden Positionen waren die umstrittensten neben den ökonomischen Forderungen. Die Anerkennung von Kapitalistenverbänden als Tarifpartner fällt zusammen mit Bestrebungen einen einheitlichen Gewerkschaftverband aufzubauen. Neben der DISK, der Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften, die 1967 gegründet wurde, gibt es noch den Gewerkschaftsverband „Türk-Is", der in den 50er Jahren mit Hilfe des CIA aufgebaut wurde. Der DISK hatte auf Grund der gelben Gewerkschaftspolitik der „Türk-Is" immer größeren Zulauf. Nach und nach schlossen sich kleine Gewerkschaften der DISK an. Trotzdem behielten diese Gewerkschaften innerhalb der DISK ihre Unabhängigkeit.

Durch die Anerkennung des MESS ist z.B. die Unabhängigkeit der kleinen Gewerkschaften aufgehoben, da nur noch mit dem MESS und damit mit der DISK als ganzem verhandelt werden kann. Ecevit hatte schon vor der Bildung der Regierung seine Mitglieder dazu aufgerufen in den Basisorganisationen mehr Einfluß zu nehmen. Der Anlaß war die zunehmende Radikalisierung einzelner Gewerkschaften, die sich immer wieder in ihren Aktionen über die DISK-Führung hinwegsetzten (siehe INTERNATIONALE Nr. 26/27 vom Mai 1977).

In den letzten Monaten sind sozialdemokratische Funktionäre dazu übergegangen die Säuberung von Linken in der DISK durchzuziehen. Diesmal waren vorwiegend Mitglieder und Funktionäre der revisionistischen TKP (Kommunistische Partei der Türkei) betroffen. Unter anderem wurde der Generalvorsitzende der DISK, Kemal Türkler, abgesetzt. Ziel ist es, die DISK für ein Zusammengehen mit der Türk-Is salonfähig zu machen. Links von der CHP dominierende Strömungen würden seitens der Türk-Is den Zusammenschluß unmöglich machen.

Ein einheitlicher Gewerkschaftsverband, der politisch an die sozialdemokratische CHP gebunden ist, würde das Geschäft Ecevits, die kapitalistische Gesundung der Türkei auf dem Rücken der Arbeiter durchzuziehen, erheblich erleichtern.

Inwieweit Ecevit diesen Plan gegen den bewußtesten Teil des türkischen Volkes durchsetzen kann, bleibt fraglich. Die Erfahrungen von tausenden türkischen Kollegen in der BRD mit dem DGB sollten jetzt zur Geltung kommen. Ecevit braucht die Unterstützung der organisierten Arbeiter, um die Türkei zu europäisieren. Diese sollten ihm hier die Unterstützung versagen.

Griechenland/Türkei-Kommission



Spanien

Erste gewerkschaftliche Wahlen in Betrieben

Im Januar und Februar konnten die spanischen Arbeiter erstmals nach über 40 Jahren Franco-Faschismus Vertreter der verschiedenen – inzwischen legalisierten – Gewerkschaftszentralen in die betrieblichen Vertretungsorgane wählen, wodurch die alten Betriebsvertretungen aus der Franco-Zeit aufgelöst sind.

Die spanische Regierung tat alles, um die Bedeutung und Tragweite dieser ersten freien betrieblichen Wahlen herabzumindern. Die Konfusion hinsichtlich dessen, was bei diesen Wahlen überhaupt gewählt wurde (d.h. hinsichtlich der Kompeten-

sen Wahlen überhaupt gewählt wurde (d.h. hinsichtlich der Kompeten-

zen des betrieblichen Vertretungsorgans), als auch des Zeitpunktes und der Ergebnisse der Wahlen ist äußerst groß. Die reformistischen Gewerkschaftszentralen („Commissiones Obreras" und UGT) trugen das ihre zur Verwirrung bei, indem sie einander stark widersprechende Wahlergebnisse veröffentlichten und das „Abschneiden" der jeweiligen Gewerkschaft in den Vordergrund schoben, statt eine Diskussion und Auseinandersetzung um die tatsächlichen Befugnisse des zu wählenden Betriebsrates unter denArbeitern zu führen.

In Spanien gibt es bisher kein „Betriebsverfassungsgesetz" (mit seiner Verabschiedung wird in etwa drei Monaten gerechnet), so daß wahrscheinlich dann – auf der Grundlage des neuen Gesetzes – erneut gewählt werden muß. Von Seiten der offiziellen Regierungsorgane wird die Durchführung der Betriebsrätewahlen zu diesem Zeitpunkt damit begründet, daß die Unternehmer in der „Übergangszeit" bis zur Verabschiedung eines „Betriebsverfassungsgesetzes" von denArbeitern anerkannte „Gesprächspartner" brauchen. Dies spricht zwar für die Bewußtheit der spanischen Arbeiterklasse, die sich niemals mit den vom Franco-Faschismus aufgezwungenen Vertretungsorganen abgefunden hat und für die „Abmachungen" dieser Vertretungen bezüglich Lohn und Arbeitsbedingungen keinen verbindlichen Charakter hatten. Es spricht allerdings gegen die reformistischen Gewerkschaftszentralen, daß sie sich als „gültige Gesprächspartner" anbieten, ohne daß ihre politischen und rechtlichen Befugnisse in der betrieblichen Interessenvertretung geklärt sind und daß sie es nicht zum Schwerpunkt dieser „Wahlen" gemacht haben, einen Kampf um diese Fragen zu führen.

Von daher haben diese Wahlen für die spanische Regierung einerseits reinen Testcharakter und andererseits eine gewisse reale Bedeutung im Rahmen des sogenannten Moncloa-Paktes. Der Moncloa-Pakt ist ein Abkommen zwischen der spanischen Rechtsregierung und den reformistischen Parteien (PCE und PSOE), denen sich die jeweiligen Gewerkschaftszentralen („Commisiones Obreras und UGT) angeschlossen haben, in dem es vor allem um eine Senkung der Löhne der spanischen Arbeiter geht. Die reformistischen Gewerkschaften haben sich eindeutig hinter diesen Pakt – im Interesse der „Krisenbewältigung" der spanischen Wirtschaft – gestellt und sind auch im betrieblichen Rahmen bereit, diesen Pakt gegen die Arbeiterinteressen durchzusetzen.

Zu den gesicherten Informationen über die Betriebsrätewahlen in Spanien gehört bisher, daß die „Comisiones Obreras" einen klaren Sieg errungen haben, was als ein Tribut an die kämpferische antifaschistische Vergangenheit dieses fast zwei Jahrzehnte lang illegal kämpfenden überparteilichen Arbeiterorgans gelten muß. Der klare Sieg der Arbeiterkommissionen, die heute wesentlich von der revisionistischen PCE beeinflußt werden, kann nicht – wie die PCE und ihre Verteidiger gerne sehen möchten – als bedingungslose Zustimmung der spanischen Arbeiter zur derzeitigen Carrillo-Politik gewertet werden.

Carrillo-Politik gewertet werden.

Wer hat gewählt?

Der offizielle, von den Gewerkschaftszentralen UGT und „Comisiones Obreras" (CCOO) ausgegebene Zeitpunkt für die Betriebsrätewahlen ging vom 15. Januar bis zum 6. Februar. Doch sowohl vorher als auch danach fanden und finden noch betriebliche Wahlen statt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es in Spanien keinen zentralisierten Gewerkschaftsapparat gibt (wie z.B. den DGB) und die alten Organe sich weigern, irgendwelche organisierende Funktionen zu übernehmen.

Bis etwa Mitte Februar haben sich nach Angaben der spanischen Presse knapp eine Million spanische Arbeiter an diesen Wahlen beteiligt. In den Betrieben, in denen Wahlen stattgefunden haben, wird die Wahlbeteiligung (von Ausnahmen abgesehen) als sehr zufriedenstellend (80% - 90%) angegeben. Dem ist jedoch gegenüberzustellen, daß es ca. acht Millionen Arbeiter und Angestellte in Spanien gibt!

Demnach müßte die Enthaltungsquote bei diesen Wahlen bei ca. 88% liegen ... So gesehen, hätte die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT, die zur Stimmenthaltung aufrief, einen wirklich bombastischen Erfolg erzielt. Doch diese Rechnung wird auch von der CNT nicht aufgemacht. Maßgeblich für die Nichtbeteiligung von ca. sieben Millionen Lohnabhängigen ist die Existenz zahlloser Klein- und Kleinstbetriebe, die nur bedingt unter das Wahlgesetz fallen (Betriebsräte werden erst ab 51 Beschäftigten gewählt). Allein etwa 2 Millionen Arbeiter sind in Betrieben mit bis zu 5 Arbeitern beschäftigt. Sie wählten also gar nicht. Weitere 2,7 Millionen Arbeiter arbeiten in Betrieben mit bis zu 50 Beschäftigten und konnten nur einzelne Delegierte wählen. Etwa 3,3 Millionen Arbeiter fallen unter das Betriebsratswahlgesetz (Angaben nach „Cambio 16", 22.1.78). Davon sind noch einmal ca. 800.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes abzuziehen, die gemäß Anordnung der Suarez-Regierung keine eigenen Interessenvertretungen wählen dürfen, was bereits zu erheblichen Protesten unter den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes geführt hat.

Somit sind bisher knapp die Hälfte der infrage kommenden Arbeiter und Angestellten in die Betriebsrätewahlen einbezogen. In allen wichtigen Industriezentren Spaniens hatten die Wahlen jedoch repräsentativen Charakter und umfaßten die große Mehrheit der Betriebe. Insofern haben die provisorischen(und sehr ungefähren) Wahlergebnisse doch einigen Aussagecharakter.

Wie wurde gewählt?

Das spanische Arbeitsministerium hatte sich zunächst geweigert, offizielle Daten über die Wahlergebnisse bekanntzugeben, und die Gewerkschaftszentralen verlegten sich darauf, Siegesmeldungen über die Anzahl ihrer gewählten Kandidaten herauszugeben. Das ging stellenweise so weit, daß in einzelnen Provinzen UGT in den eigenen Statistiken doppelt soviele Kandidaten hatte wie in den Aufrechnungen der CCOO. Die Zahlen des Arbeitsministeriums werden inzwischen offenbar als relativ vertrauenswürdig angesehen. Es sind

den inzwischen offenbar als relativ vertrauenswürdig angesehen. Es sind

übrigens Einsprüche der Gewerkschaftszentralen dagegen möglich. Nach dem Stand von 18.2. waren gemäß Arbeitsministerium insgesamt 76.600 Kandidaten gewählt worden. Davon gehörten ca. 27.600 den CCOO an, 17.850 der sozialdemokratischen UGT; die USO, eine linkssozialistische Gewerkschaft gewann ca. 2.190 Sitze. Die Gewerkschaft der „ML"-Organisation PTE (CSUT) erhielt ca. 1.950 Delegierte und die der „ML"–Organisation ORT (SU) brachte 1.290 Kandidaten durch. Die lediglich im Baskenland kandidierende, eng mit dem christdemokratischen PNV verbundene Gewerkschaft ELA-STV erhielt ca. 1.300 Betriebsratssitze. Verschiedene „unabhängige" Gewerkschaften, in aller Regel rechte (gelbe) Splittervereine, brachten 8.300 Kandidaten durch („El Pais", 23.2.78). Nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erhielten 15.800 Sitze!

In den Betrieben unter 250 Beschäftigten fand Persönlichkeitswahl statt. In den Betrieben über 250 Beschäftigte wurde nach Anordnung der Suarez-Regierung Listenwahl durchgeführt, wobei die Möglichkeit bestand, nicht genehme Kandidaten von der Liste, die man wählen wollte, zu streichen. Im übrigen wurde generell getrennt bei Arbeitern und Angestellten gewählt. Die CCOO war ursprünglich für die Persönlichkeitswahl in allen Betrieben eingetreten, da sie sich zurecht ausrechnete, daß die erst seit knapp zwei Jahren aus der Versenkung aufgetauchte UGT bei einer solchen Wahl wesentlich geringere Chancen gehabt hätte. Die UGT war natürlich interessiert, in allen Betrieben Listenwahl (d.h. Programmwahl) durchzuführen. Dabei rechnete sie nicht so sehr mit der Bekannt- und Beliebtheit ihrer Kandidaten, sondern mit den parlamentarischen Erfolgen der sozialdemokratischen PSOE, in denen sich die UGT'ler sonnten. Dies Vorgehen hat sich für die UGT ausgezahlt (17.800 Betriebsräte!).

Beachtlich sind bei diesen Wahlen die Erfolge der eher klassenkämpferischen Gewerkschaften USO, CSUT und SU (ca. 5.400 Sitze).

Erwähnt sei noch, daß der Boykott-Aufruf der CNT in Katalonien und im Gebiet von Valencia nach eigenen Angaben und in einigen Gebieten großen Erfolg hatte. So sollen sich zwischen 40% und 60% der Arbeiter in verschiedenen Zonen an den Wahlen nicht beteiligt haben („El Pais", 10.2.78). Ihren Wahlboykott begründete die CNT damit, daß sie grundsätzlich gegen Stellvertreterpolitik sei und die zu wählenden Vertreter lediglich dazu dienen sollen, den Arbeitern einzureden, daß sie selbst nicht mehr zu kämpfen brauchen.

Spanien-Kommission

Linke Redakteure inhaftiert

Immer wieder werden in Spanien Redakteure und Herausgeber sowohl linker wie bürgerlicher Zeitungen vor die Gerichte gezerrt und zu teilweise hohen Strafen verdonnert, weil sie von der Meinungsfreiheit Gebrauch machen.

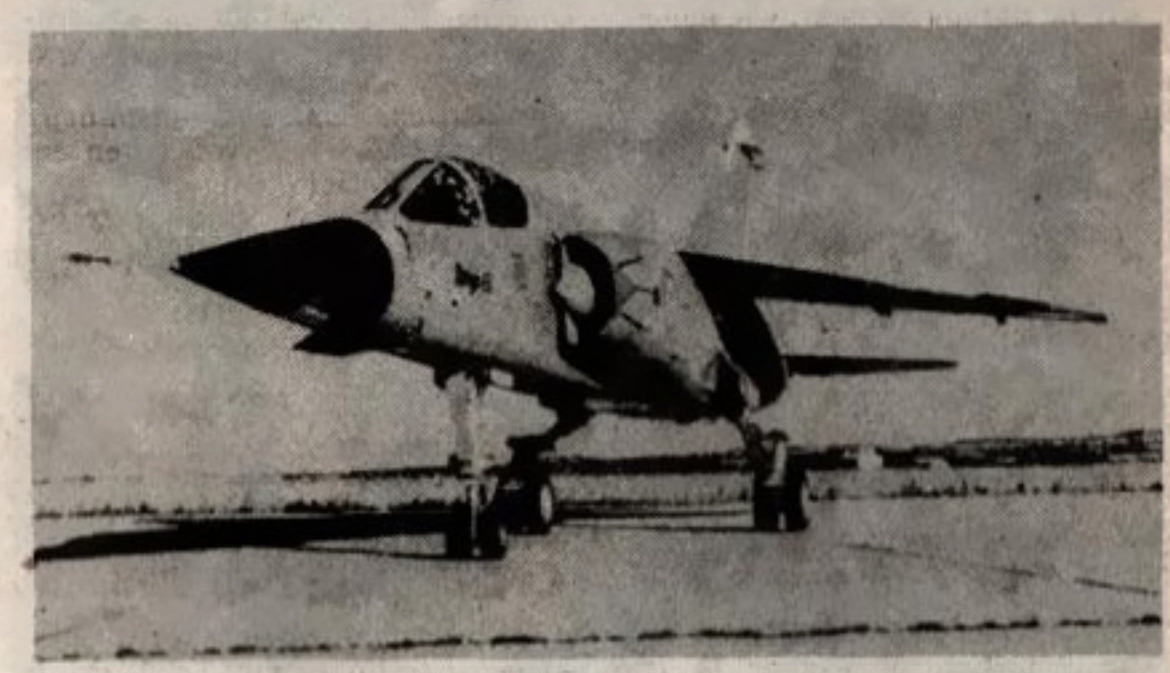
Am 17.2. mußten vier Mitarbeiter der linken Zeitschrift "Saida" ins Carabanchel-Gefängnis, weil sie sich geweigert hatten, eine Kaution zu bezahlen, die ihnen Haftverschonung bis zum Prozeß gewährt hätte. Unter den Inhaftierten befindet sich der Generalsekretär der MC sowie leitende Genossen der Gruppen PCT und LCR. Sie hatten in "Saida" ein Dossier „Es lebe die Republik" verfaßt, was als eine Beleidigung des spanischen Staatsoberhauptes ausgelegt wurde, der bekanntlich gekrönter Monarch ist. Angriffe auf die Monarchie sind nach einem nach Francos Tod verabschiedeten Presse-Knebelungsgesetz jedoch strafbar.

Wir fordern die Freilassung der inhaftierten Genossen!

Spanien-Kommission

Generalsekretär der MC sowie leiten- Spanien-Kommission

Spanien kauft 48 Mirage-Bomber



Spanien hat den Kauf von 72 US-amerikanischen Kampfbombern des Typs F-16 auf unbestimmte Zeit verschoben (dieser Kauf war im Rahmen des spanisch-amerikanischen Militärvertrages festegelegt worden) und staatdessen einen Großeinkauf bei Frankreichs Waffenproduzent Dassault angekündigt. Im Rahmen eines demnächst abzuschließenden spanisch-französischen Militärvertrages verpflichtet sich die spanische Regierung, 48 französische Mirage-Bomber vom Typ F-1 abzunehmen. Der Gesamtpreis dieses Super-Kaufs wird mit 800 Mio. Dollar angegeben (El Pais, 1.2.78)!

Das Umschwenken der spanischen Regierung auf französische Luftwaffenausrüstungen hängt offenbar damit zusammen, daß Spanien sich im Gegenzug einen "Stimmungswandel" Frankreichs gegenüber dem spanischen EG-Eintritt erwartet. Die spanische Regierung will im geplanten Militärvertrag die ausdrückliche Zusicherung der französischen Regierung, daß diese die Aufnahme Spaniens in die EG unterstützt. Auf dem strittigen Gebiet des Fischfangs beider Länder sowie der Testil- und Stahlproduktion soll es zu konkreten Vereinbarungen kommen.

Auf dem militärischen Sektor wird Frankreich sich verpflichten, den Absatz spanischer Luftwaffenausrüstungen in Afrika und Lateinamerika zu unterstützen (!) und es soll zu einer 20 %igen Beteiligung der spanischen Flugzeugfabrik CASA an der Entwicklung neuer Mirage-Modelle kommen (El Pais, 1.2. und 11.2.78).

Spanien-Kommission

ORT: Wie gut, daß der König nach China fährt

Die spanische „ML"-Organisation ORT gab in ihrer Zeitung „En lucha" vor kurzem wieder einen Beweis für ihr Befallensein von der "chinesichen Blindenkrankheit". Das ORT-ZK-Mitglied Manuel Guedan erklärte zu der Meldung der spanischen Nachrichtenagentur, daß König Juan Carlos demnächst zu einem Besuch in die VR-China starten werde:

„Die mögliche Reise des derzeitigen spanischen Staatschefs in die Volksrepublik China ist logisch und sehr positiv. Spanien ist ein Land der zweiten Welt und es ist bei der derzeitigen Weltlage sehr günstig, daß unser Land Beziehungen zur Dritten Welt herstellt, besonders mit der VR China, welche ein sozialistisches Land ist.

Es erscheint uns sehr gut, daß China und Spanien Beziehungen auf der Ebene der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens auf allen Gebieten herstellen: dem diplomatischen kulturellen, wirtschaftlichen... Die Völker Europas müssen in der VR China einen Freund und Verbündeten der europäischen Unabhängigkeit und Einheit sehen im Kampf gegen die beiden Supermächte, die eine reale Bedrohung darstellen, insbesondere der UdSSR" (Aus "En lucha", 15.2.78).

Spanien-Kommission

»BRD — Mörderstaat«



Unter der Überschrift „*Die Nazifizierung der Sozialdemokratie – BRD, ein Mörderstaat*", veröffentlichte die spanische kommunistische Organisation OCE/BR in ihrer Zeitung „Bandeira Roja" am 4.11.77 einen für die spanische Linke ungewöhnlich scharfen Artikel gegen die Rechtsentwicklung in der BRD. Wir möchten diesen Artikel im ARBEITERKAMPF dokumentieren, auch wenn er nun schon einige Monate alt ist. Die politischen Aussagen sind nach wie vor aktuell und deuten, besonders im Hinblick auf die Erkenntnis der Einflüsse des BRD-Imperialismus auf Spanien, auf eine innerhalb der spanischen Linken durchaus nicht häufig anzutreffende politische Klarheit hin.

„In einer vorangegangenen Nummer von "Bandera Roja" führten wir die mehr oder weniger subtilen Morde auf, die in der BRD an politischen und normalen Gefangenen begangen wurden. Das Massaker an vier Mitgliedern der "Roten Armee Fraktion" ist der Höhepunkt dieser Entwicklung. Da der westdeutsche Staatsapparat auf den Grundlagen des Nazi-Staates aufgebaut wurde, kann niemanden die kollektive Hysterie, der Autoritarismus, die Gewalt, der Chauvinismus und Imperialismus verwundern, der die BRD charakterisiert. Wenn man den Oberst Kappler (der aus einem italienischen Gefängnis flüchtete, wo er eine lebenslange Strafe wegen Mordes an dreihundert Geiseln absaß) wie einen Nationalhelden empfängt, dann ist es "normal", daß Gefangene sich "selbstmorden", um den Erfolg der Kommandos zu feiern, die das entführte Flugzeug in Somalia befreiten.

Die neuen "Antiterror"-Gesetze, die in der BRD durchgesetzt werden, sind nichts anderes als der permanente Ausnahmezustand. Die "Sozialisten" von Schmidt bis hin zu den Nazi-Freunden von Strauß haben sich gegen die Dissidenten erhoben. Eine der mächtigsten Nationen der Welt erklärt den "totalen Krieg" gegen eine kleine Gruppe von Aktivisten, die sie selbst als "Bande" abqualifiziert haben. Das wäre lächerlich, wenn wir nicht klar sehen würden, daß hinter der Hysterie gegen die RAF sich die Bildung eines amerikanischen Prokonsulats in Europa verbirgt, das immer nazistischer wird, sowie ökonomisch expansiv und politisch einflußreich ist.

Die „Paten"

Was uns Spanier am meisten an der ganzen Sache interessiert, ist der entscheidende Einfluß der BRD auf Spanien. Diese geschniegelten Mörder, die in ihrem Kleiderschrank die Nazi-Vergangenheit aufbewahren, sind die "Paten" unserer gekrönten Demokratie. Die deutsche Regierung ist der "Pate" von Suarez im Hinblick auf die EG, die deutsche sozialdemokratische Partei – direkt verantwortlich für die oben beschriebene Situation – ist die "Patin" für unsere "linke" PSOE, die deutschen gelben Gewerkschaften sind die "Paten" der UGT, Strauß ist der "Pate" von Fraga... Und sprechen wir gar nicht erst von der imperialistischen Infiltration. Eine der Lehren, die uns die BRD vermittelt, ist, wieweit diejenigen Kräfte gehen, die eine Wahlbasis unter den Arbeitern haben und die mit „linken" Programmen sich für die Verteidigung und Verwaltung der Kapitalsinteressen engagieren. In Krisenzeiten sind die Reformisten in der Lage, so weit zu gehen wie die deutschen Sozialdemokraten. Sie werden das Europäische Parlament beherrschen, ein politisches Instrument des Imperialismus, sie beherrschen die EG, das ökonomische Instrument desselben Imperialismus.

Die Anklage gegen die Nazifizierung Deutschlands reicht nicht aus, sich zu empören über die Morde an Gefangenen nützt nicht viel. Es ist notwendig, gegen den Eintritt Spaniens in die EG und die NATO zu kämpfen, das deutsche Eindringen und die Einmischung in die spanische Politik zu entlarven und auf allen Gebieten gegen diejenigen zu kämpfen, die im Namen des Sozialismus sich zu neuen Verwaltern des Kapitals aufschwingen wollen."

Spanien-Kommission

Deutsche Nazis auf Ibiza

Die spanische Polizei entdeckte vor kurzem bei einem bekannten Nazi (Günther Esslen) auf Ibiza ein erstaunliches Arsenal an Waffen und Explosivstoffen. Darunter befanden sich zwei Gewehre mit Zielfernrohr (?!), drei als Kugelschreiber getarnte Pistolen, große Sprengstoffmengen sowie zwei Sender/Empfänger, mit denen Explosionen in größerer Entfernung ausgelöst werden können. Esslen lebt seit sieben Jahren auf Ibiza und hat dort engen Kontakt zu „*einer Gruppe von Deutschen, die geheimen Nazi-Organisationen angehören*" (El Pais, 12.2.). Esslen war früher Hotelbesitzer in der Schweiz und lebte nach dem Verkauf dieses Besitzes von den „*periodischen Überweisungen in bedeutender Höhe, die ihm eine deutsche Bank zukommen ließ*" (El Pais, 12.2.), wie von seiten der spanischen Polizei verlautete.

Esslen wurde verhaftet. Mitte Februar wurde die Polizei von Ibiza wieder fündig. Sie verhaftete den Schweizer Rico Kobeli, der im Besitz eines deutschen Passes war. Kobeli gilt als die zentrale Figur eines Devisenschmugglerrings zwischen Spanien, der Schweiz und der BRD.

In der luxuriösen Villa von Kobeli wurde ein starker geheimer Sender vom Typ Sommerkamp CT-227 (Stärke: 300 W) gefunden. Versteckt in verschiedenen Möbeln fand die spanische Polizei eine Walter-Pistole vom Kaliber 7,65 und eine weitere 4,5 mm-Pistole sowie einen Kugelschreiber, der ebenfalls als Schußwaffe dienen kann. Diese und andere Funde ließen die spanische Polizei auf enge Verbindungen zwischen Kobeli und dem zovor verhafteten Esslen schließen.

Die Aktivitäten westdeutscher Nazis auf spanischem Gebiet wurden vor kurzem auch im Rahmen einer „Freiheit für Hess"-Kampagne deutlich. Das spanische Nazi-Komitee meldete, daß es inzwischen 10.000 Unterschriften für die Freilassung des Nazi-Kriegsverbrechers Hess gesammelt habe (El Pais, 14.12.77).

Spanien-Kommission

BRD-Intervention gegen »Liga für die Rechte und Befreiung der Völker«

In Barcelona sollte vom 8. bis 11. Dezember 1977 der erste internationale Kongreß der „Liga für die Rechte und Befreiung der Völker" stattfinden. Der Kongreß wurde vom spanischen Innenministerium jedoch 48 Stunden vor Beginn verboten, so daß die zahlreich erschienenen ausländischen Delegationen nur unter erheblichen Behinderungen „geheime Arbeitssitzungen" abhalten konnten.

Es wird übereinstimmend sowohl von Genossen der MC als auch der Zeitung der kommunistischen Organisation OCE/BR eingeschätzt, daß das Verbot des Kongresses u.a. auf die Intervention der Botschaften Chiles und Marokkos (wegen des Erscheinens lateinamerikanischer Vertreter von Befreiungsbewegungen sowie einer Delegation der F.Polisario) zurückzuführen ist. Allerdings wird von beiden Organisationen betont, daß dies nicht allein entscheidend war:

„... *Tatsache ist, daß es die deutsche Botschaft war, die am meisten beim Außenministerium intervenierte*" („Bandera Roja", 25.12.77).

Welches negative Interesse hatte die BRD an diesem Kongreß?

Die „Liga für die Befreiung der Völker" bildete sich im Juli '76 in Algier mit einer „allgemeinen Erklärung der Rechte der Völker". Zahlreiche Vertreter von Befreiungsbewegungen, demokratische Juristen, Politiker, Ökonomen usw. nahmen an dieser Gründungsversammlung teil. Die Gründung der „Liga" wurde wesentlich von dem im Zusammenhang mit dem Russel-Tribunal bekannt gewordenen italienischen Sozialisten Lelio Basso betrieben. Es deutet vieles darauf hin, daß die „Liga" eine eng mit der Russel-Peace-Foundation zusammenarbeitende Initiative ist, die es sich zur Aufgabe setzt, vor allem die Abhängigkeit der Länder der 3. Welt vom Imperialismus international bekannt zu machen und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit dazu zu machen. Durch die Person Lelio Basso, der Präsident des 2. Russell-Tribunals war, war auf dem erwähnten Kongreß eine eindeutige Beziehung auch zum 3. Tribunal gegen die Repression in der BRD und damit zu „BRD-Interessen" gegeben. Aus uns vorliegenden Informationen geht hervor, daß eine Erwähnung der politischen Repression in der BRD auf dem Kongreß in Barcelona durchaus beabsichtigt war. OCE/BR schrieb dazu:

„*Wieder einmal versuchte Helmut Schmidt und die deutsche Sozialdemokratie, eine ausdrückliche Anklage gegen die Morde in der BRD zu verhindern, wie es auf der Tagesordnung des Russell-Tribunals und seines Präsidenten, des sozialistischen Senators Lelio Basso stand*" („Bandera Roja", 25.12.77)(Anmerkung AK: „Bandera Roja" hat hier offenbar das 2. und 3. Russell-Tribunal durcheinanderbekommen).

Unabhängig davon hatten Genossen der MC für die Tagung der „Liga" eine Resolution vorbereitet, die sich gegen das „Modell Deutschland" und die „Selbstmorde" von Stammheim wandte. In der Resolution wurde „*auf das Ausmaß der Repression in der BRD, die Gefährlichkeit des Modellcharakters der repressiven Politik in der BRD, neofaschistische Tendenzen sowie auf die gegenwärtigen Voroereitungen zum Russell-Tribunal als positiver demokratischer Initiative eingegangen (...). Der Beitrag wurde von allen Kongreßteilnehmern mit großem Beifall bedacht*" (aus dem Brief eines MC-Genossen).

Die Intervention der BRD gegen den Kongreß der „Liga für die Rechte und Befreiung der Völker" ist ein schlagendes Beispiel für das Ausmaß der Einmischung der Bundesregierung in demokratische Aktivitäten des europäischen Auslands. Wir möchten kurz benennen, wer von der Intervention des Herrn Schmidt alles in Mitleidenschaft gezogen wurde:

Vertreter von Befreiungsbewegungen aus Iran, Irak, Argentinien, Chile, Sahara, Palästina, Guinea-Äquatorial, Uruguay, Tschad ... Betroffen von dem zwischen westdeutscher Botschaft und spanischem Innenministerium vereinbarten Verbot des Kongresses waren u.a. auch Patricio Guevara, der Bruder von Che Guevara, der zugleich Führer der argentinischen PCT ist, Leo Matarasso - Rechtsanwalt von Ben Barka – sowie Victor Vacaro, Mitglied des chilenischen MIR und natürlich die italienische Delegation mit Lelio Basso (nach „Bandera Roja", 25.12.77).

Spanien-Kommission

Diskriminierung der spanischen Frau kaum verändert

Nach dem starken Aufschwung der spanischen Frauenbewegung in den letzten Jahren sahen sich auch die im Parlament vertretenen Parteien gezwungen, die Gleichberechtigung der spanischen Frauen auf ihre Fahnen zu schreiben. Die schon vollzogenen gesetzlichen Neuregelungen als auch noch zur Diskussion stehende „Projekte" und „Pläne" zeigen allerdings, daß sich an der Diskriminierung der Frau kaum etwas ändern soll.

Verhütungsmittel und Abtreibung

Im Dezember vergangenen Jahres verabschiedete das Spanische Kabinett eine Gesetzesvorlage zur Legalisierung der Verhütungsmittel. Hierdurch soll der Verkauf und Kauf von, sowie die Werbung für Verhütungsmittel nicht mehr unter Strafe gestellt werden (FR 19.12.77).

Ein Großteil der Frauenbewegung kritisierte jedoch zu recht, daß sich durch eine bloße Legalisierung praktisch kaum etwas ändern kann, solange grundlegende Forderungen der Frauen unberücksichtigt bleiben: Verhütungsmittel als auch die notwendige umfassende Sexualaufklärung müßten finanziell von der Sozialversicherung getragen werden (El Pais 25.1.78).

An dem prinzipiellen Verbot der Abtreibung hat sich bisher nichts geändert. Immer noch sieht das Strafrecht (Artikel 411 ff) eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren für jede abtreibende Frau und die Hilfe leistende Person vor; einzige Ausnahme bildet eine mit der Schwangerschaft verbundene Lebensgefahr für die Frau („Reform" vom 25.1.74) (El Pais 2.12.77); bisher rangierte das Leben der Frau hinter dem des Fötus!

Bis heute hat keine der parlamentarischen Fraktionen eine Gesetzesvorlage für die rechtliche Regelung der Abtreibung zustande gebracht. Ein von der PCE eingebrachter Gesetzentwurf, der zumindest eine Amnesie für Delikte im Zusammenhang mit der Abtreibung, dem Ehebruch und der Werbung für Verhütungsmittel vorsah, wurde am 12.1.78 mit 37 Stimmen Mehrheit (119 : 156) abgelehnt (El Pais 4.2.78).

Die PSOE verabschiedete zwar auf ihrem letzten Parteikongreß eine Erklärung, in der sie sich für freie, kostenlose Abtreibung ausspricht, praktische Konsequenzen zeitigte dieser Beschluß jedoch nicht.

Die Zentrumspartei (Suarez) und die profaschistische Alianza Popular, setzten sich – wie sollte es anders sein – „für das ungeborene Leben ein das sich nicht selber verteidigen kann" (El Pais 4.2.78). Wie zu vermuten war, kann die spanische Frauenbewegung mit den Herren Parlamentariern kaum rechnen. Ihre Aufgabe wird nach wie vor darin bestehen, Kampfmaßnahmen zu organisieren, um die Forderung nach kostenlosem Schwangerschaftsabbruch, wenn es die Frau wünscht, durchzusetzen.



Scheidungsrecht

In der neuen spanischen Verfassung wird die katholische Kirche nicht mehr als offizielle Staatskirche betrachtet werden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Ehescheidung im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern. Der bislang vorliegende Regierungsentwurf schränkt das Scheidungsrecht allerdings von vornherein stark ein: z.B

- Vollziehung der Scheidung erst, nachdem die Eheleute 5 Jahre getrennt gelebt haben,
- Unfruchtbarkeit eines Ehepartners die dem Partner vor der Eheschließung nicht bekannt war,
- Verurteilung eines Ehepartners zu Haft.
- eintretende Geisteskrankheit eines Partners, bei der keine Aussicht auf Heilung besteht.(El Pais 3.1.78)

Fortschrittliche Psychiater wandten sich gemeinsam mit Frauengruppen insbesondere gegen den letzten Punkt, da hierdurch die Möglichkeit eröffnet wird, unliebsam gewordene Frauen in „Irrenanstalten" abzuschieben (gegen Männer dürfte diese Bestimmung aufgrund der Machtverhältnisse kaum Anwendung finden) (El Pais 22.1.78).

Die isolierte Erarbeitung eines Scheidungsrechtes wird solange nicht zu einer tatsächlichen Besserstellung der Frau führen, bis das patriachalische Familienrecht von Grund auf geändert wird.

Spanien-Kommission

Niederlande

Putzfrauen machen Putz

Etliche hundert Putzfrauen demonstrierten in Amsterdam für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze bei der Gemeinde, festen Verträgen für alle und die Absetzung der jetzigen Direktion, die die rund 1.200 Putzfrauen der stadteigenen Betriebe entlassen und ihre Arbeit von Privatunternehmen verrichten lassen will.



Die Demonstration wurde von der Frauengruppe der Beamtengewerkschaft (ABVA), dem der KP nahestehenden Frauenbund (NVB) wie auch vom Amsterdamer Frauenhaus und der Feministisch-Sozialistischen Plattform unterstützt. Eine Anzahl von Fensterputzern beteiligte sich ebenfalls an der Demonstration ihrer Kolleginnen.

Nach dem Bericht einer niederländischen Genossin (Foto: „Vrij Nederland").

Utrecht: Bauarbeiter setzen Asbestverbot durch

Asbest, Eternit, Asbestox usw. sind häufig beim Bau verwendete Materialien. Die bei der Verarbeitung von Asbest freiwerdenden Staubpartikel rufen ernste Lungenschäden und Asbestiose hervor.

Das Sozialministerium hat einen Beschluß über die gefährlichste Art dieser Stoffe, den „blauen" Asbest angekündigt; die sozialdemokratische Industriegewerkschaft NVV fordert darüber hinaus das Verbot aller Asbest-Stoffe.

Der angekündigte ministerielle Beschluß hat von vornherein, wie alle anderen Gesetze auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit, den Mangel, daß ein effektiver Kontrollapparat über die Einhaltung der Gebote und Verbote fehlt. Die Bauunternehmer fahren im Gebrauch der höchst gesundheitsschädigenden Stoffe fort, obwohl es gute und billige Ersatzmaterialien gibt. Ihre Argumente sind die „bequeme Anwendung" und Kostenersparnisse. Daß diese Sparsamkeit sich nicht auf die Gesundheit der Kollegen bezieht, ist bekannt ...

Die Zimmerleute und Bauarbeiter der Utrechter Baufirma Jurriens nahmen mit dem „Chemie-Laden", der die Gefährlichkeit des Asbestes aufgezeigt und nachgewiesen hatte, daß bei Jurriens bei vielen Projekten Asbest verwendet wird, Kontakt auf und schlossen sich zum „Anti-Asbest-Komitee" zusammen, das auch eine „Anti-Asbest-Zeitung" für die Baukollegen herausgab.

Die unter Druck gesetzte Direktion versteckte sich hinter dem Betriebsrat, der erst mal selber über ein Asbestverbot beschließen sollte. Eine entsprechende Sitzung des BR fand statt. Worüber genau geredet wurde, das erfuhren die Kollegen nicht. Allerdings sandte der BR einen Brief an den Chemieladen, daß *„die Direktion im Prinzip zugesagt hat, Asbest nicht mehr zu verarbeiten"*, und daß *„Arbeitnehmer, die bei Jurriens im Dienst sind und sich weigern, bestimmte gefährliche Stoffe (z.B. Asbest) zu verarbeiten, hierdurch nicht von Entlassung bedroht sind"*.

Der Direktion war sichtlich daran gelegen, daß ihre Zusagen gegenüber dem BR den Kollegen selbst nicht bekannt wurden; der BR schien dieses Spiel mitzumachen – zweieinhalb Monate nach seiner Sitzung hatte er die Kollegen immer noch nicht informiert. Daher hat das „Anti-Asbest-Komitee" nun die Sache im Betrieb selbst bekannt gemacht.

Jetzt steht die Aufgabe an, die Kontrolle des Asbest-Verbots zu organisieren, was erfahrungsgemäß nur durch die Arbeiter selbst und durch ihren direkten, kontrollierbaren Vertreter (wozu ein BR offensichtlich nicht immer gehört) geschehen kann.

Nach einem Bericht eines niederländischen Genossen vom Bau

England

»Windscale- Tribunal«

100 Tage dauerte das „Tribunal", das im November letzten Jahres zu Ende ging. Bei diesem von der Regierung angesetzten „Tribunal" ging es um den geplanten Ausbau und Neubau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Windscale und um den eventuellen Bau eines kommerziell nutzbaren „Schnellen Brüters". Schon während des „Tribunals" wurde klar, daß dieses lediglich eine taktische Maßnahme der britischen Atomkapitalisten war, die die Bedenken und den Widerstand der Bevölkerung mindern sollte.

Als Gegner der WAA traten in Windscale vor allem die „Freunde der Erde" (FoE) auf. Sie machten deutlich, welche Gefahren von einer WAA ausgehen. Ihre Argumente wurden in keinem Punkt widerlegt. Die Atomkapitalisten antworteten nur mit dem üblichen Zynismus.

In seinem Schlußwort machte Lord Silsoe als Sprecher der British Nuclear Fuels (BNFL) den Standpunkt der Kapitalisten klar: Die Wiederaufbereitung von Atombrennstoffen würde in Windscale in jedem Fall weitergehen, denn das „Tribunal" beziehe sich ja nur auf die Erweiterung und den Neubau.

Die Frage für die BNFL ist darum nur, ob die n e u e WAA „neue Probleme" aufwerfen würde („Guardian Windscale-Buch", S. 99). Im übrigen würden schon jetzt große Mengen Brennstoff in Windscale lagern, ohne daß es Gefahren gäbe. Die britische Öffentlichkeit solle nur der Atomlobby vertrauen. Die BNFL würde dann schon „beweisen", daß die *„irrationalen Argumente"* der Atomkraftgegner jeder Grundlage entbehren (S. 101). Zweifellos kann die BNFL mit dieser Werbeveranstaltung zufrieden sein.

In der Öffentlichkeit wird breit die Veröffentlichung des Abschlußberichtes des „Windscale-Tribunals" gefordert, und zwar v o r der endgültigen Entscheidung der Regierung über die Baugenehmigung. Gerade dies will die Regierung aber verhindern und argumentiert mit einer gesetzlichen Bestimmung, nach der der entscheidende Minister *„niemanden zu Rate ziehen oder jemand befragen [darf], bevor er entscheidet. Sollte er dies tun, hätte der Verlierer des Tribunals daraufhin das Recht, die Entscheidung anzufechten"* (Guardian, 10.2.).

Eine Veröffentlichung und die sich daran anschließende Diskussion würde den Minister unzulässig beeinflussen... das ist die berühmte „Unabhängigkeit" bürgerlicher Parlamentarier!

Der Premier und die Regierung begrüßen das Ergebnis des Berichts (s.o.). Offensichtlich bleibt jetzt nur noch das Problem „wie sag' ich's der Öffentlichkeit", ohne daß die sich betrogen fühlt und ohne daß sie etwas gegen die Entscheidung unternehmen kann. Schon am 6.2. war im „Guardian" zu lesen, daß BNFL „neue Arbeitsplätze anbietet". Jeder rechnet inzwischen damit, daß die Baugenehmigung erteilt wird. Für die Atomkapitalisten kommt es jetzt darauf an, den demokratischen Schein zu wahren und den weiteren Rechtsweg für die AKW-Gegner zu versperren.

Die britischen AKW-Gegner, zum größten Teil FoE oder ähnliche Richtungen, haben sich bisher bei ihrem Widerstand hauptsächlich auf ordentliche Gerichte und auf Tribunale und Anhörungen verlassen. Es ist zu erwarten, daß das „Windscale-Tribunal" der britischen Bewegung verdeutlicht, daß es falsch ist, sich auf solche „demokratischen Entscheidungsprozesse" zu verlassen. Ein erster Schritt ist von FoE unternommen: Für den 19. März haben sie eine Demonstration angesagt, die bisher breite Unterstützung z.T. auch von britischen Linken findet. 10.000 Teilnehmer werden erwartet. Der „Leveller" (linkes „undogmatisches" Monatsblatt) nennt diese Demo als Möglichkeit, die britische Anti-AKW-Bewegung zu politisieren. Allerdings scheint es im Moment fraglich, ob diese Demo überhaupt stattfindet. Die Behörden in London haben wegen eines Faschisten-Aufmarsches ein generelles mehrwöchiges Demonstrationsverbot für London verhängt, und auf diese Weise die Windscale-Demo gleich mit verboten (s. Artikel in dieser Ausgabe). *„Nur ein bedauernswerter Nebeneffekt"*, wie im „Guardian" zu lesen war, oder erste Anzeichen offener Repression jetzt auch gegen britische AKW-Gegner?

KEINE WAA IN WINDSCALE!
KEINE WAA IN GORLEBEN ODER ANDERSWO!

England-Kommission

Baugenehmigung. Gerade dies will die Regierung aber verhindern und argumentiert mit einer gesetzlichen Bestimmung, nach der der entscheidende Minister „niemanden zu Rate ziehen oder jemand befragen [darf], bevor er entscheidet. Sollte er dies tun, hätte der Verlierer des Tribunals daraufhin das Recht, die Entscheidung anzufechten" (Guardian, 10.2.).

fener Repression jetzt auch gegen britische AKW-Gegner?

KEINE WAA IN WINDSCALE!
KEINE WAA IN GORLEBEN ODER ANDERSWO!

England-Kommission

Gleicher Lohn - gleiche Rechte - auch im Knast!

Im Herbst letzten Jahres setzten die männlichen Gefangenen in mehreren

Gleicher Lohn - gleiche Rechte - auch im Knast!



Im Herbst letzten Jahres setzten die männlichen Gefangenen in mehreren niederländischen Gefängnissen eine bessere Bezahlung für sich durch. Die Frauen des (einzigen niederländischen) Frauengefängnisses in Rotterdam forderten diese Rechte auch für sich, wurden aber abschlägig beschieden. Darauf hin räumten sie in der Silvesternacht in ihren Zellen gewaltig auf, die Frauenbewegung wurde aufmerksam und unternahm erste Aktionen zur Unterstützung der Forderungen der weiblichen Gefangenen. So am 4.2., wo am Amsterdamer Frauenhaus eine Demonstration begann, die zum Bahnhof führte. Von dort fuhren die Frauen nach Rotterdam und zogen vor das Frauengefängnis unter der Forderung: „Gleicher Lohn! Gleiche Rechte! Auch für die Frauen im Gefängnis!" (Foto: „de Volkskrant", 6.2.).

Zwei Monate Demonstrationsverbot in London!

Am 22. Februar verhängte Londons Oberbulle McNee ein zweimonatiges Demonstrationsverbot für ganz London. Vorwand war ein geplanter Aufmarsch der faschistischen „National Front" am 26.2. im Ostlondoner Vorort Ilford aus Anlaß der dortigen Nachwahlen am 3. März. Mehrere linke und antifaschistische Organisationen, darunter die „Campaign against Racism and Fascism", „Anti—Nazi League" und „Socialist Workers Party" hatten Gegenmaßnahmen angekündigt.

Bei dem Demonstrationsverbot handelt es sich nicht etwa um einen Sieg der Linken oder gar „Lehren" der Polizeiführung aus früheren Zusammenstößen, wie z.B. vor sechs Monaten im Londoner Stadtteil Lewisham (AK 111). Das wird deutlich an der Dauer und Allgemeinheit des Verbots. Noch im letzten August protzte die Polizeiführung, sie könne die Lage auch ohne Einschränken der Demonstrationsfreiheit unter kontrolle halten. Jetzt wird die Ausdehnung des Verbots noch weit über den Wahltermin hinaus vom selben Oberbullen mit der Notwendigkeit einer „Abkühlperiode" begründet („Guardian", 23.2.).

Gegen die Linke

Die wirklichen Gründe sind eher in verschiedenen unliebsamen Demonstrationen von fortschrittlichen Kräften zu sehen, die nun gleichfalls unter den Tisch fallen:

Am 19. März sollte die erste Großdemonstration gegen die Erweiterung der Wiederaufbereitungsanlage Windscale stattfinden, die von allen britischen Umweltschützern unterstützt wurde. Die „Freunde der Erde" rechneten mit 10.000 Teilnehmern. Betroffen sind rund ein weiteres Dutzend Demonstrationen, darunter

— die Studenten, die am 3. März eine zentrale Demonstration für höhere Stipendien durchführen wollten;
— die Anti-Apartheid-Bewegung zur Eröffnung der Internationalen Aktions-Woche gegen Apartheid;
- die Frauenbewegung zum Internationalen Frauentag am 4. März
— sowie somalische Studenten.

National Front-Führer Martin Webster kündigte nach einem *„Gespräch in freundlicher Atmosphäre"* mit der Polizeiführung am 23.2. bereits seine Absicht an, im August auf dem „Nottinghill Carnival", dem Volksfest der Farbigen in London, aufzumarschieren. Die Faschisten wollen damit erklärtermaßen das Innenministerium zwingen, den Karneval zu verbieten („Guardian", 24.2.). Das gilt es zu verhindern.

England-Kommission

Schweiz

Viertägiger Streik beim Medienkonzern Naville

Am 17. Januar traten 400 Arbeiter und Angestellte des Medienkonzerns Naville für 4 Tage in den Streik. Ihre Forderungen waren: 200 Franken mehr für alle, Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Der Schwerpunkt des Streiks lag bei der Zeitungsauslieferung in Genf und Delmont. Darüber hinaus beteiligten sich auch die Angestellten der Kioske.

Mit dem Unternehmer - der Kiosk AG - wurde letztenendes folgendes Ergebnis ausgehandelt: 100 Franken mehr ab 1. Januar, dazu 75 Franken ab 1. Oktober. Die Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Die Stellung der Kioskhalter soll im Laufe des Jahres verbessert werden. Gegen Streikende und ihre Sprecher dürfen keine Sanktionen ergriffen werden. Die Streiktage werden bezahlt, müssen aber nachgeholt werden.

Die Kiosk AG, die seit kurzem die Mehrheit des Aktienkapitals von Naville besitzt, verfügt in der Westschweiz über die Lousanna AG über ein faktisches Monopol bei der Tagespresse und kontrolliert unter anderem Verlage, die Großzahl der Kioske, Buchhandlungen usw.

Unter Hinweis auf »finanzielle Schwierigkeiten« hatte die Direktion seit einem Jahr einen Lohnstop verfügt. Den Angestellten sollten die Folgen einer gigantischen Fehlspekulation aufgebürdet werden.

Seit Ende der 60er Jahre wurde ein ehrgeiziges Programm der Expansion ins Ausland begonnen. Der Konzern kaufte sich Anteile an Betrieben in Frankreich, Belgien, der BRD, Italien, Holland und Kanada. 1975 jedoch begann das Kartenhaus zu wanken. Im Juli 76 wurde dann die Schließung der französischen und der BRD- Filialen bekanntgegeben. Die Bilanz wurde »radikal gereinigt«; 115,4 Mio. Franken mußten abgeschrieben werden.

Trotz der finanziellen Schwierigkeiten hat eine Bankgesellschaft, die zu 20% an der Naville Holding beteiligt ist, 1976 234 Mio. Gewinn beiseite geschafft!? (Nach »Zeitdienst vom 3. Februar 78)

KB/ Gruppe Bremen

Skandinavien





Grünes Licht für Atomenergieprogramm in Schweden

Am 24.2. beschloß die schwedische Energiekommission – angeblich unabhängig und überparteilich – den weiteren Ausbau des Atomprogramms, das Schweden, gemessen an der Bevölkerungszahl, zum AKW-reichsten Land der Welt machen soll. Die Energiekommission empfiehlt der Regierung, den Reichstagsbeschluß von 1975 (als noch die Sozialdemokraten am Ruder waren) umzusetzen, nach dem in Schweden bis 1985 13 Atomkraftkraftwerke gebaut sein sollen. Gegen die „Empfehlung" stimmten in der Energiekommission, in der alle Parteien des Parlaments vertreten sind, lediglich die Vertreter der Centrumspartei des Staatsministers Fälldin und der eurorevisionistischen VPK.

Bereits im Dezember letzten Jahres wurde endgültig die Betriebserlaubnis für das AKW Barsebäck 2 von der Regierung erteilt. Staatsminister Fälldin, der 1976 die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen hatte, für Baustop und Stillegung der AKW's zu sorgen, hatte außerdem kürzlich erklärt, „zumindest" die 6 im Betrieb befindlichen AKW's müßten „akzeptiert" werden.

Der Energiekommission war bei ihrer Einrichtung das Mäntelchen des „neutralen Sachverständigen" umgehängt worden. „Sachverständig" zeigte sie sich dabei jetzt eindeutig im Beiseiteschieben der Argumente gegen AKW's. Kurz vor ihrer Entscheidung wurde dieser Kommission abermals (übrigens auf eigene Anforderung hin) ein Bericht von amerikanischen Wissenschaftlern vorgelegt, der deutlich die Gefahren des schwedischen Atomprogramms aufzeigte. U.a. wurde darin der Nachweis erbracht, daß von einem radioaktiven Unfall 8 – 10 Länder außer Schweden durch Bildung eines radioaktiven Belags betroffen sein könnten, was zumindest zu einer langfristigen Schädigung der Erdoberfläche führen würde. Bereits in einem früheren Bericht vom Herbst letzten Jahres, der der Energiekommission übergeben wurde, war davor gewarnt worden, daß bei einem GAU im AKW Barsebäck 40.000 Tote sowie erhebliche Folgeschäden für Menschen und Umwelt die Folge sein könnten. Nachdem jetzt für die AKW-Betreiber nach der „Empfehlung" der Energiekommission wohl endgültig grünes Licht gegeben ist, wird das nächste „Projekt" ins Auge gefaßt: der Uranabbau. Damit wäre die weitestgehende Forderung der AKW-Betreiber erfüllt. Bei Ranstad in Mittelschweden befinden sich 80% der europäischen Uranvorkommen (20% der Welt!) in Schieferlagen unter der Erde. Die Frage, ob in Ranstad eine großangelegte Urangewinnung begonnen werden sollte, wird ebenfalls lange schon debattiert. Neben dem Vorteil für die AKW-Betreiber, sich auf diese Weise selbst mit Uran versorgen zu können, hätte es die ASEA-ATOM (größter schwedischer AKW-Betreiber) auf diese Weise wesentlich leichter, Atomanlagen ins Ausland zu liefern, wenn gleichzeitig garantiert wäre, daß Uran über einen längeren Zeitraum gleich mitgeliefert würde.

Man kann gespannt sein, wie sich jetzt wieder der Staatsminister Fälldin winden wird, der nach wie vor versucht, den AKW-Gegner herauszukehren, und wie er sich angesichts der aktuellen Ereignisse zu den – auch aus seiner eigenen Partei – seit Dezember letzten Jahres wiederholt erhobenen Forderungen nach Volksabstimmung verhält.

Skandinavien-Kommission



Glistrup verknackt!



Mogens Glistrup – Abschied vom Folketing?

Dänemark. Am 17. Februar wurde der Vorsitzende der Faschistoiden Fremskridtsparti, Mogens Glistrup, wegen Betrügerei und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zu einer Geldstrafe von 1,5 Mill. dkr. verurteilt.

Glistrup versucht nun dieses seiner Meinung nach „skandalöse" Urteil auszunutzen, um das „gesunde auszunutzen, um das „gesunde *Volksempfinden"* gegen das dänische Rechtswesen aufzubringen, das *„russische (!) Methoden gegen ihn anwenden"* würde. Selbstsicher verkündete er, jetzt würden *„eine Million Dänen hinter ihm stehen"* und sich die Mitgliederzahl der Fremskridtsparti verdoppeln.

Gleichzeitig wird in der dänischen Presse und von bürgerlichen Politikern jedoch zunehmend die Forderung nach einer härteren Bestrafung Glistrups und seinem Rausschmiß aus dem Folketing (Parlament) laut (in den Augen vieler bürgerlicher Politiker hat Glistrup seine Geschäfte wohl auch zu plump betrieben).

Eine Woche nach dem Urteil hat nun der Landesstaatsanwalt Berufung eingelegt und eine – nicht zur Bewährung auszusetzen – Freiheitsstrafe gefordert. Ein neuer Prozeß bedeutet jedoch auf alle Fälle auch, daß Glistrup im Folketing bleibt, bis das neue Urteil gesprochen ist.

Skandinavienkommission

Prozeß gegen Vertrauensleute von »Berlingske Tidende«

Dänemark. Am 27.2. fand in Kopenhagen ein Prozeß gegen zwei Vertrauensleute von „Berlingske Tidende", dem größten dänischen Zeitungskonzern, statt. Hintergrund war der dreimonatige Streik der BT-Arbeiter vom letzten Jahr gegen Rationalisierungsmaßnahmen und die Entlassung von 300 Kollegen sowie der landesweite Druckerstreik vom April letzten Jahres, der auch zur Solidarität mit den BT-Kollegen ausgerufen worden war (der Kampf der BT-Arbeiter endete mit einem faulen Kompromiß: der Entlassung von 200 Arbeitern und Abfindungen).

In dem Prozeß wurden die beiden Vertrauensleute von der Anklage der *„Bedrohung von Menschen"* und *„Anwendung illegaler Kampfmittel"* freigesprochen. Da der Prozeß von großer Bedeutung für die dänische Arbeiterklasse war – die Kapitalisten wollten die beiden Vertrauensleute exemplarisch bestrafen lassen – waren vorher neue Streikaktionen für den Fall einer Verurteilung angekündigt worden.

Hauptsächlich ging es in dem Prozeß um die Teilnahme an den Blokkaden der Drucker gegen die Auslieferung von Notzeitungen im Februar letzten Jahres sowie um die „Drohung" von Vertrauensleuten, Namen und Adressen von Streikbrechern zu veröffentlichen.

Außerdem seien die Kapitalisten beschimpft worden.

Zum Zeitpunkt des Prozesses fand in Kopenhagen eine Solidaritätsdemonstration für die Vertrauensleute mit 2.000 Teilnehmern statt.

Skandinavienkommision

»Geheimdienstaffäre« geht weiter

Norwegen: Der Prozeß gegen Journalisten der Zeitungen „Ny Tid" (Zeitung der „Sozialistischen Linkspartei") und „Ikke Vold" (Keine Gewalt) geht weiter.

Vier Journalisten hatten, insbesondere in „Ny Tid", vor den Stortingswahlen im September letzten Jahres eine Reihe von Enthüllungen über die Tätigkeit des norwegischen Geheimdienstes gebracht, z.B. über die Ausbildung finnischer Spione gegen die Sowjetunion ohne Wissen der finnischen Behörden, und über den Ausbau norwegischer Stützpunkte für den möglichen Atomwaffeneinsatz durch den US-Imperialismus. Besondere „Verärgerung" auf Regierungs- und Geheimdienstseite hatte jedoch damals die Tatsache hervorgerufen, daß die Journalisten im Besitz einer Kartei mit Namen von 1.000 Spitzeln waren, die der Geheimdienst auf linke Organisationen angesetzt hatte.

Nach Ausnahmegesetzen, die ehemals gegen die Nazis gemacht worden waren (!), wurden die Journalisten vorübergehend eingelocht und Besuchsverbot gegen sie verhängt, sowie das Lesen von Zeitungen verboten.

Zwar wurden die Journalisten nach skandalösen Urteilen (in einem Fall sechs Monate Knast) wieder auf freien Fuß gesetzt, aber die Hetzkampagne dauerte an. In dem jetzt laufenden Prozeß, in dem von den Journalisten Schadenersatz gefordert wird, zeigt sich deutlich, daß die Richter vom Geheimdienst bestellt sind.

So hat das Gericht als „Sachverständige", die das von den Journalisten verarbeitete Material auf seine „Gefährlichkeit" hin überprüfen sollen, zwei rechte Offiziere des Nachrichtendienstes bestellt! Ein Antrag der Rechtsanwälte auf einen zusätzlichen zivilen Sachverständigen wurde zwar mittlerweile bewilligt, in zwei konkreten Fällen jedoch wiederum abgelehnt, da es sich um Kriegsdienstgegner handele! (nach „Ekstra Bladet", 20.2.).

Skandinavienkommision

Kurzmeldungen

Ein Schritt in Richtung Atomkraftwerke?

Bisher konnte in Dänemark auch den breiten Protest der Bevölkerung die Einführung von Atomenergie verhindert werden. Gegenwärtig laufen jedoch wieder die Debatten zwischen den bürgerlichen Parteien, was zeigt, daß die Atom-Lobby nicht lockerlassen will. Auf einem Treffen zwischen US-Präsident Carter und dem dänischen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen am 21.2. wurde nun die Frage behandelt, ob Dänemark eventuell Atomabfall in den USA lagern könne, da es dafür in Dänemark nur schlechte Möglichkeiten gäbe. Offenbar haben Veröffentlichungen über derartige Gespräche auch die Funktion, mehr Stimmung für die Einführung eines Atomprogramms zu schaffen, da ja durch die Lagerung des radioaktiven Abfalls in den USA eines der „Hauptprobleme" (Endlagerung) angeblich vom Tisch wäre.

Bravo: Nazi-Zeitungen eingegangen!

Dänemark. Nachdem der Faschist und Leiter einer staatlicherseits beauftragten Spionage-Bande, Hetler, nun endlich für einige Monate hinter Gittern ist, mußte sein Kompagnon Hetlers rechtsradikales Blatt „Minut" am 23.2. einstellen. Die Auflage war innerhalb kurzer Zeit von 1400 auf 1000 gesunken. Außerdem hatten Hetlers Gläubiger fast alle Maschinen abgeholt. Hetler ist jetzt auf die Idee verfallen, seinen Kompagnon zu beschuldigen, er hätte aus „Minut" ein Nazi-Blatt gemacht; und dies bringt er so ganz und gar erschüttert vor, obwohl einer der engsten Zeitungsmitarbeiter und Freund Hetlers enger Sympathisant der Waffen-SS ist und sich oft genug über sein Lieblingsthema in der „Minut" auslassen konnte.

Aktionstag der Bewohnergruppe

Dänemark. Am 23.2. führten Kopenhagener Bewohnergruppen einen gemeinsamen Aktionstag durch, um ihrem Kampf um eine bessere Wohnungsgesetzgebung und gegen Mietwucher und Spekulation Ausdruck zu verleihen. U.a. wurde an diesem Tag der Sitz des „Grundeigentümervereins" symbolisch besetzt und ihm der Name „Verband der Wohnungshaie" verliehen. Damit sollte darauf hingewiesen werden, daß dieser Verband nicht einmal in den Wohnblöcken, die er selbst verwaltet, ein Gesetz einhält, wonach Wohnungen nicht länger als 6 Wochen leerstehen dürfen. Anschließend führte eine Demonstration zum Folketing (Parlament), wo die Mieter ihre Forderungen vorbrachten, u.a. nach Anwendung des genannten Gesetzes, Zwangsvermietung leerstehender Wohnungen und hohen Bußgeldern für Wohnraumspekulanten.

Streik gegen Kündigung

Der schwedische Hafenarbeiterverband hat ab 21.2. zu einem Streik aufgerufen. Die Hafenarbeiter kämpfen gegen die Entlassung ihres Vorsitzenden der Gewerkschaftsabteilung in Göteborg. Seine Entlassung aus einer Stauerei war damit begründet worden, daß er in ein Handgemenge mit einem leitenden Angestellten verwickelt gewesen sei. Der Hafenarbeiterverband erklärte dazu, daß der Kollege wegen seiner Arbeit als Gewerkschaftsvorsitzender und Sicherheitsbeauftragter entlassen worden ist.

Skandinavien-Kommission

nahost

Zypern weist ägyptische Provokation zurück

»Wie in Mogadischu« jubilierte die »Hamburger Morgenpost« noch am Montag nach dem blutigen Wochenende in Larnaka/ Zypern. Doch hier war die Mopo- Redaktion entweder voreilig den ägyptischen Quellen gefolgt oder aber der Wunsch war der Vater des Gedanken... Denn Sadats Anti-Terror- Einheit und wohl auch die »Morgenpost« hatten nicht damit gerechnet, daß es noch Länder gibt, die ihre Souveränität nicht so einfach verkaufen, sondern im gebotenen Maß verteidigen.

Auf Zypern hatte eine Vorkonferenz der »Organisation für Solidarität der afro-asiatischen Völker (AAPSO) stattgefunden. Zwei Männer verübten dort einen Überfall, bei dem der AAPSO- Generalsekretär Sebai (ein Ägypter) getötet wurde, und nahmen 30 Menschen, überwiegend Delegierte der AAPSO, als Geiseln. Sie verlangten ein Flugzeug, um in ein Land ihrer Wahl ausfliegen zu können. Die zypriotische Regierung ging auf diese Forderung ein. Mit 15 Geiseln an Bord versuchten die Entführer verschiedene Länder anzufliegen, erhielten jedoch keine Landeerlaubnis. Nach einer Zwischenlandung in Dschibuti wegen Treibstoffmangels kehrte die Maschine schließlich nach Larnaka zurück. Unter Leitung des zypriotischen Präsidenten Kyprianou begannen Verhandlungen um die Freilassung der Geiseln. Während ein Erfolg dieser Verhandlungen bereits absehbar war (die Attentäter waren bereit, die Geiseln gegen die Zusage zypriotischer Pässe freizulassen), startete die ägyptische Regierung ein Kommandounternehmen nach westdeutschem GSG- 9 Muster: eine ägyptische Militärmaschine, die der zypriotischen Regierung als Zivilflugzeug mit einem Minister an Bord angekündigt worden war, landete in Larnaka. Gegen den Willen und trotz eindringlicher Warnung der zypriotischen Regierung, verließen die ägyptischen Truppen ihr Flugzeug und begannen wild um sich schießend an die entführte Maschine heranzukommen. Um ein größeres Blutbad unter den Geiseln zu verhindern und diese verbrecherische Provokation gegen die Souveränität Zyperns zurückzuweisen, griff die zypriotische Nationalgarde gegen die ägyptischen Soldaten ein. 15 ägyptische Soldaten wurden getötet, 17 verletzt. Die Entführer stellten sich und die Geiseln konnten dank des Eingreifens der Zyprioten unverletzt freikommen (siehe genauer den nebenstehenden Augenzeugenbericht).



Heldenehrung: „Nicht den. Das ist die Mumie von Ramses dem Zweiten!!" („Eleftherotipia", 24.2.78)

Ägyptens Präsident Sadat tobte über die zypriotische Regierung, beschimpfte sie als *»Zwerge«*, mit denen er *»nicht länger verhandeln«* werde und drohte: *»der Preis für diese Heimtücke muß gezahlt werden«* (»Frankfurter Rundschau«, 21.2. und »Süddeutsche Zeitung« 23.2.). Die Verhinderung der ägyptischen Kommandoaktion sei ein *»Komplott zwischen Kyprianou, palästinensischen Terroristen und syrischer Regierung«* (al-Akhbar. lt. »Süddeutsche Zeitung« 21.2.)

Beschuldigungen und Verleumdungen sowohl gegen »palästinensische Terroristen« als auch gegen Zypern wurden allenthalben von der reaktionären Presse verbreitet. Selbst Zeitungen wie die »Frankfurter Rundschau« stimmten in diesen Chor mit ein, bezeichneten Zypern als *»Drehschreibe des Terrorismus«* usw. (20.2.).

Die PLO distanzierte sich von der gesamten Entführungsaktion und äußerte den Verdacht, daß *„imperialistische und zionistische Geheimdienste für den Anschlag verantwortlich sind"* („SZ", 22.2.). Dieser Verdacht wurde auch von einigen griechischen Journalisten und von revisionistischer Seite geäußert, wobei zumeist folgende Argumente genannt werden:

- der getötete AAPSO-Generalsekretär Sebai sei ein Gegner von Sadats pro-imperialistischer „Friedenspolitik" gewesen (darüber existieren allerdings sehr unterschiedliche Angaben);
- unter den 15 Geiseln im Flugzeug befanden sich vier Führungsmitglieder der PLO, u.a. Abu Maizer, Zacharia und Abdel Razak Yahya;
- ägyptische Regierungs- und Militärstellen wußten offenbar von vornherein, daß die entführte Maschine nach Larnaka zurückkehren würde (siehe Augenzeugenbericht);
- vor und während der ganzen Aktion gab es intensive Kontakte zwischen dem ägyptischen Militärattaché auf Zypern, Faruk al-Tarsi, dem israelischen Geheimdienstchef auf Zypern, Amnoun Khanogah, und dem CIA-Boß auf Zypern, Colonel John Lund („Stern", 2.3.), die auch bereits seit längerem eine gemeinsame konspirative Wohnung in Nikosia unterhielten, die von einem angeblichen Deutschen angemietet worden war („Eleftherotipia", 24.2.).

Unabhängig von solchen Vermutungen bleibt aber jetzt schon festzuhalten, daß die ägyptische Regierung auf Zypern eine Provokation geplant und durchgeführt hat. Im Hintergrund stehen dabei jedenfalls auch die Versuche, Zypern zu einem Stützpunkt der imperialistischen Kriegspolitik im Nahen Osten zu machen. Zypern gehört allerdings nicht zu den Ländern, die ihre Souveränität dem imperialistischen Gangstertum so ohne weiteres vor die Füße werfen.

Griechenland-/Türkei-Kommission

Augenzeugenbericht über die ägyptische Provokation

In der „Eleftherotipia", eine der auflagenstärksten griechischen Tageszeitungen, erschien am 23.2. ein Artikel des griechischen Journalisten Spiros Karadzaferis, der in Larnaka Augenzeuge des ägyptischen Kommandounternehmens war. Wir drucken diesen Artikel nach, weil er den Hergang der ägyptischen Provokation im Gegensatz zu auch in der BRD weit verbreiteten Lügengeschichten der reaktionären imperialistischen Presse genau beschreibt.

„Vier europäische und amerikanische Journalisten sind die Hauptakteure der organisierten Provokation mit dem Ziel, Zypern bloßgestellt aus den jüngsten Ereignissen hervorgehen zu lassen, für die es als einziger gar keine Verantwortung trägt.

Diese „Journalisten" geben vom ersten Augenblick an die Ereignisse entstellt weiter, um Zypern in einen schlechten Ruf zu bringen und um die internationale öffentliche Meinung für neue abgekartete Verwicklungen vorzubereiten, und um die zyprische Regierung zu zwingen, die Lösung zu akzeptieren, die Washington anstrebt.

Der Präsident der Republik Zypern wies schon am zweiten Tag nach den tragischen Ereignissen die Polizeibehörden an, Untersuchungen über diese journalistische Provokation anzustellen. Bereits jetzt befinden sich in den Händen der zyprischen Regierung enthüllende und unerschütterliche Details über die 4 ausländischen „Journalisten", deren Ausweisung nicht ausgeschlossen ist.

Eine der hauptsächlichen Entstellungen war die Beschreibung der Schlacht auf dem Flugplatz von Larnaka. Sie gingen so weit, der internationalen öffentlichen Meinung zu berichten, daß „die Zyprer die Ägypter kaltblütig erschossen" und daß beim Unternehmen gegen die Invasoren den zyprischen Behörden bewaffnete palästinensische Kommandos geholfen hätten!

Diese vier „Journalisten" waren auch bei der vorgestrigen Pressekonferenz zugegen, die Kjiprianou gab, und ihre verdächtige Haltung wurde klarer, als ein zyprischer Journalist den Präsidenten fragte, warum die ausländischen „Journalisten" nicht ausgewiesen wurden.

Kjiprinaou schloß dies nicht aus und wies auf die Untersuchungen hin.

Die Verdrehungen der imperialistischen „Korrespondenten"

Die ausländischen „Journalisten" sahen das, was auch wir erlebten, nämlich:

Daß das Flugzeug (...) mit den zwei Terroristen und den Geiseln (...) um 5.30 Uhr nachmittags (...) landete (...).

Daß das ägyptische Militärflugzeug um 6.20 nachmittags, also 50 Minuten später, (...) am Ende des Flughafens in einer Entfernung von ungefähr 1.000 Metern ausrollte.

Daß sofort nach der Landung der C-130 der Verkehrsminister Zyperns, Tombazos, den Kontrollturm verließ, wo er sich mit anderen Regierungsmitgliedern befand, (...) und zum ägyptisches Flugzeug ging, um den ägyptischen Minister zu empfangen, den es angeblich transportierte.

Daß auch sie, genau wie wir, informiert wurden, daß um 5.50 der zyprische Präsident einen Telefonanruf vom ägyptischen Ministerpräsidenten erhalten habe, der ihm mitteilte, daß in einer halben Stunde in Larnaka ein Flugzeug der ägyptischen Fluglinien landet – und kein militärisches – und daß es den Informationsminister befördert, damit er die Verhandlungen verfolge.

Daß am Sonntag um 8 Uhr früh Kjiprianou mit Präsident Sadat telefonierte und ihn über den Mord an Sebai und seine Vorgehensweise unterrichtete. Sadat erklärte sich einverstanden, daß Kjiprianou die Angelegenheit eigenverantwortlich („in blanco") erledigt und bedankte sich für alles.

Sobald Tombazor festgestellt hatte, daß in dem Flugzeug kein ägyptischer Minister, sondern ägyptische Kommandos sind, rief Kjiprianou den ägyptischen Botschafter, Zacharias und den Militärattache, Faruk, in den Kontrollturm. Nachdem er ihnen schärfste Vorwürfe gemacht hatte, weil sie ihm die Ankunft der Kommandos verheimlicht hatten, empfahl er ihnen, daß die Soldaten nicht aus der Hercules aussteigen, und warnte sie: ‚Wenn die Soldaten ohne die Billigung der zyprischen Regierung aussteigen, werden die Militärbehörden Zyperns auf sie schießen. Ihr Flugzeug ist bereits von Männern der zyprischen Behörden umstellt. An der Spitze dieser Männer stehen der Militärkommandant von Larnaka, Oberst Moutsopoulos, und der Chef der Polizei, Savvas Andoniou. Sie haben Befehl zu feuern, wenn die Tür des Flugzeugs sich öffnet. Ich teile Ihnen mit, daß die Verhandlungen mit den Mördern sich in der letzten Phase befinden und sie sich von Augenblick zu Augenblick ergeben können. Wenn irgendetwas geschieht, tragen Sie die Verantwortung'.

Der ägyptische Botschafter und der Militärattache versprachen Kjiprianou, daß ihre Soldaten keine Handlung ohne die Billigung der zyprischen Regierung unternehmen würden:

‚Seien Sie sicher, Herr Präsident, daß die ägyptischen Soldaten nicht aus dem Flugzeug herauskommen werden.'

Kjiprianou: ‚Wenn sie nicht herauskommen, seien Sie sicher, daß das Blutvergießen vermieden wird.'

Die Rolle der zwei Ägypter

Die verdächtigen ausländischen „Journalisten" verheimlichten ebenfalls die Ankunft der zwei höheren ägyptischen Offiziere am Vortage auf dem Flugplatz von Larnaka. Diese zwei Offiziere organisierten den Überfall der Ägypter, während das Flugzeug der beiden Terroristen von Zypern abgeflogen war.

Folglich: Ägypten wußte 24 Stunden vorher, daß das Flugzeug der Mörder nach Larnaka zurückkehren würde!



Zerschossene ägyptische Transport-Maschine

Die Palästinenser waren unbewaffnet

Diese „Journalisten" verbreiteten die Lüge, daß an der Schlacht zwölf palästinensische Kommandos teilgenommen und auch die Ägypter getötet hätten. In Wirklichkeit waren am Vortag der Invasion 17 unbewaffnete Palästinenser mit der Billigung der zyprischen Regierung eingereist, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Sobald sie in Zypern ankamen, erschienen sie vor dem Verteidigungsminister, Veniamin ‚Wir kommen zu Ihnen auf Befehl von Yaser Arafat, um Ihnen zur Verfügung zu stehen. Wir sind unbewaffnet, aber wenn Sie es billigen, geben Sie uns Waffen und wir schalten sofort die zwei Mörder von Sebai aus und befreien die Geiseln.'

Der Minister: ‚Haben Sie irgendeinen konkreten Plan?'

Die Palästinenser: ‚Die Mörder mit den Geiseln sind noch im Bus und verlangen, ein Flugzeug besteigen zu können. Wir werden uns im Flugzeug verstecken und, sobald die Mörder mit den Geiseln einsteigen, sie entwaffnen und die Delegierten befreien.'

Die zyprische Regierung erachtete den Plan der Palästinenser als zu gefährlich für das Leben der Geiseln und lehnte ihn ab. So blieben die Palästinenser unbewaffnet in Zypern, halfen bei den Verhandlungen und zur Zeit des Überfalls befanden sie sich eingeschlossen in einem Saal neben den Journalisten , die sahen, daß sie nicht an der Schlacht teilnahmen.

Merkwürdige Bewegungen

Um 8.15 Uhr stellen die zyprischen Behörden merkwürdige Verhaltensweisen des ägyptischen Militärattaches fest und rufen ihn auf, das zu erklären, während gleichzeitig 15 Männer der zyprischen Behörden bewaffnet zwischen die beiden Flugzeuge placiert werden, um einen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 50



Ägyptens „GSG 9" vom Fronteinsatz zurück, leicht dezimiert und nicht unerheblich angeschlagen.

möglichen Angriff der ägyptischen Kommandos zu verhindern.

Und während der Militärattache Ägyptens gesucht wurde, öffnete sich um Punkt 8.30 Uhr die Tür des ägyptischen Flugzeuges, und heraus kam ein Jeep mit drei Kommandos, gefolgt von den übrigen Soldaten.

Die Befehlshaber der zyprischen Kräfte, die die C-130 umzingelt hatten, der Militärkommandant von Larnaka, Moutsopoulos, warnte mit einem Megaphon die Ägypter: Bleiben Sie stehen, wir werden auf Sie feuern!

Die Ägypter ignorierten die Warnung und gingen zur Seite, während der Jeep mit schwindelerregender Geschwindigkeit auf das Flugzeug mit den Geiseln losfuhr und die drei Insassen feuerten. Hinter ihnen folgten die anderen Angreifer.

Wir griechischen und ausländischen Journalisten kannten in jenem Augenblick nicht die Nationalität der Angreifer, wir sahen, daß die Männer der zyprischen Kräfte nicht gegen die Ägypter, sondern in die Luft feuerten, und mit Handbewegungen sie zu überzeugen versuchten, ins Flugzeug zurückzukehren. Bezeichnend ist der Fall des Majors Papazois, der in Zivil und mit der MP über der Schulter zu den Ägyptischen Kommandos beim Flugzeug ging, einen von ihnen verhaftete, ihn entwaffnete und entfernte.

Während der Major und der Gefangene sich dem Rand der Piste näherten, wo wir sieben Journalisten uns befanden, ging ein Kugelhagel eines ägyptischen Soldaten auf ihn nieder, der sich unter einem Auto zehn Meter von uns versteckt hatte. Der Major war gezwungen, das Feuer zu erwidern und auch auf uns zu schiessen, weil er in der Dunkelheit uns für Kommandos hielt. Für ein paar Minuten konzentrierte sich das Feuer an jenem Punkt, mit dem Ergebnis, daß wir schwierige Momente durchstehen mußten.

Insgesamt 15 Minuten waren vergangen, als die zyprischen Behörden, überzeugt, daß die Ägypter nicht in ihr Flugzeug zurückkehren würden und daß sie von Minute zu Minute das Flugzeug mit den Geiseln und den Mördern in die Luft sprengen würden, ihren Kräften befahlen, die Eindringlinge massiv zu dämpfen.

Dieser Befehl wurde gegeben, nachdem zuvor die drei Kommandos im Jeep:

Major war gezwungen, das Feuer zu erwidern und auch auf uns zu schiessen, weil er in der Dunkelheit uns für Kommandos hielt. Für ein paar Minuten konzentrierte sich das Feuer an jenem Punkt, mit dem Ergebnis, daß wir schwierige Momente durchstehen mußten.

Insgesamt 15 Minuten waren vergangen, als die zyprischen Behörden, überzeugt, daß die Ägypter nicht in ihr Flugzeug zurückkehren würden und daß sie von Minute zu Minute das Flugzeug mit den Geiseln und den Mördern in die Luft sprengen würden, ihren Kräften befahlen, die Eindringlinge massiv zu dämpfen.

Dieser Befehl wurde gegeben, nachdem zuvor die drei Kommandos im Jeep:

1. *den Kontrollturm beschossen hatten, wo sich der Präsident der Republik und die Regierungsmitglieder aufhielten;*
2. *sie versucht hatten, das Flugzeug mit den Geiseln hochgehen zu lassen;*
3. *während die Tür des Flugzeuges offen war und eine Gangway davorstand, drangen die Kommandos nicht in das Flugzeug ein, sondern blieben darunter und schossen auf seine Treibstofftanks.*
4. *Einer der Geiseln, ein Ägypter, erschien in der Tür des Flugzeuges, schwenkte ein weißes Taschentuch und rief seinen Landsleuten zu: 'Schießt nicht! Hört auf! Die Luftpiraten haben sich ergeben ... Wir sind frei ... Ihr bringt uns noch um!'*

Die Antwort der Invasoren war eine Maschinengewehrgarbe, die ihn glücklicherweise nicht traf.

5. *Ein zyprischer Hauptmann näherte sich unter Lebensgefahr kriechend dem Jeep bis auf zwanzig Meter und rief den Ägyptern zu, sie sollten verschwinden. Diese schossen weiter, und daraufhin schaltete der Hauptmann sie mit einer Handgranate aus, um die Geiseln und die Besatzung des Flugzeugs zu retten. Die Ägypter hatten begonnen, voll auf alles zu knallen, was sie sich bewegen sahen, und um Viertel nach 9 waren sie von den zyprischen Kräften ausgeschaltet, nachdem vorher Oberst Moutsopoulos mit einer RAO (Panzerabwehrrakete) die Hercules der Ägypter auf folgende Weise gesprengt hatte:*

Sobald die Ägypter ausgestiegen waren, entschloß sich Moutsopoulos, das Flugzeug zu sprengen, um ihnen den Rückzug abzuschneiden. Vorher hatte er mit dem Megaphon alle, die noch drinnen waren, aufgerufen, sich zu entfernen, weil in einer Minute das Flugzeug hochgehen würde.

Als die Ägypter sahen, daß sie die Schlacht verlieren, begannen diejenigen, die nicht getötet oder verwundet waren, auf die Felder um den Flugplatz zu laufen, um sich zu verstecken. Die Zyprer verfolgten sie nicht, um die Opfer nicht zu vermehren.

Später, um Mitternacht, rief Verteidigungsminister Veniamin den ägyptischen Botschafter zu sich, der sich zusammen mit dem Militärattache auf dem Flugplatz befand, und sagte ihm in Anwesenheit der Journalisten:

'Sie haben uns betrogen und Ihr Versprechen nicht gehalten. Sie sind voll verantwortlich für die Tragödie. Wenn Sie wollen, daß kein weiteres Blut vergossen wird, gehen Sie auf die Felder und sammeln Ihre Leute ein, damit sie sich ergeben. Wenn Sie nicht einverstanden sind, bin ich verpflichtet, Kommandos zu schikken, um sie zu verhaften, wobei Sie sicher sein können, daß es noch weitere Opfer geben wird. Was Sie getan haben, war ein reines Verbrechen!'

Der ägyptische Botschafter war einverstanden, und in Begleitung eines zyprischen Oberfeldwebels fing er an, die Felder abzulaufen, um seine Landsleute aufzurufen, sich zu ergeben. Einer nach dem anderen krochen die ägyptischen Kommandos aus den Büschen hervor, und mit erhobenen Händen ergaben sie sich dem Oberfeldwebel.

Unter den Gefangenen war auch der Kommandant der Ägypter, Oberst Sukri, der bei seiner Vernehmung sagte: 'Man hatte uns gesagt, daß Sie einverstanden seien, und wir glaubten, daß wir einen Spaziergang machen würden.' " ('Eleftherotipia', 23.2.77, Augenzeugenbericht des Reporters Spiros Karadzaferis).

Sobald die Ägypter ausgestiegen waren, entschloß sich Moutsopoulos, das Flugzeug zu sprengen, um ihnen den Rückzug abzuschneiden. Vorher hatte er mit dem Megaphon alle, die noch drinnen waren, aufgerufen, sich zu entfernen, weil in einer Minute das Flugzeug hochgehen würde.

Als die Ägypter sahen, daß sie die Schlacht verlieren, begannen diejenigen, die nicht getötet oder verwundet waren, auf die Felder um den Flugplatz zu laufen, um sich zu verstecken. Die Zyprer verfolgten sie nicht, um die Opfer nicht zu vermehren.

Später, um Mitternacht, rief Verteidigungsminister Veniamin den

einverstanden, und in Begleitung eines zyprischen Oberfeldwebels fing er an, die Felder abzulaufen, um seine Landsleute aufzurufen, sich zu ergeben. Einer nach dem anderen krochen die ägyptischen Kommandos aus den Büschen hervor, und mit erhobenen Händen ergaben sie sich dem Oberfeldwebel.

Unter den Gefangenen war auch der Kommandant der Ägypter, Oberst Sukri, der bei seiner Vernehmung sagte: 'Man hatte uns gesagt, daß Sie einverstanden seien, und wir glaubten, daß wir einen Spaziergang machen würden.' " ('Eleftherotipia', 23.2.77, Augenzeugenbericht des Reporters Spiros Karadzaferis).



Das Ende der ägyptischen „Elite"-Soldaten in Larnaka

Israel: Beste Zusammenarbeit mit faschistischen Regimes

Israelischer Finanzminister in Südafrika

Der israelische Finanzminister Ehrlich reiste Anfang Februar als erster israelischer Minister zu einem offiziellen Besuch nach Südafrika. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die schon immer guten Beziehungen – besonders auf dem Rüstungssektor –zwischen Israel und Südafrika jetzt auch ganz offiziell zugegeben werden.

Bei dem Besuch ging es vor allem darum, den Export Israels nach Südafrika auszuweiten – Israel hat Südafrika gegenüber ein Außenhandelsdefizit. Gleichzeitig sollen südafrikanische Firmen in Israel verstärkt investieren. Bei seinem Besuch erhielt Ehrlich die Zusage, daß südafrikanische Firmen in den nächsten drei Jahren 50 Mio. Dollar in verschiedene Industriezweige Israels investieren werden. Außerdem wurde ein 40 Mio. Dollar-Kredit vereinbart, mit dem Israel seine Importe aus Südafrika finanzieren kann.

Hinter diesen Vereinbarungen stecken ganz handfeste Vorteile für das südafrikanische Faschisten-Regime: Durch Beteiligung an israelischen Firmen erhält Südafrika auch deren erhebliche Vergünstigungen beim Export im EG-Länder und in die USA. Israel kann derzeit Industriegüter zollfrei in die EG exportieren. Der zollfreie Handel mit den USA umfaßt 27.000 israelische Produkte. Ganz klar ist, daß die Zionisten bei immer engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Faschisten auch für weitere südafrikanische Produkte ein „Tor" zur EG öffnen werden, auch wenn dies jetzt offiziell dementiert wird. Damit wäre nicht nur der Boykott gegen das südafrikanische Faschisten-Regime ein weiteres Mal durchbrochen, sondern Südafrika käme in den Genuß der wirtschaftlichen Vorteile, die Israel erhält („SZ", 8.2.78, „Jerusalem Post", 14.2.78).

Waffen für Pinochet

Inzwischen ist Israel zum zweitgrößten Waffenlieferanten nach den USA (und wohl auch Waffenzwischenhändler) des faschistischen Pinochet-Regimes „aufgestiegen". Nach Angaben der argentinischen Zeitung „Tiempo" liefert Israel an Pinochet vor allem Flugzeuge und Panzerabwehrraketen und unterstützt das Regime bei der Ausbildung von Militär-und Polizeieinheiten. Alle Waffenlieferungen sollen mit dem israelischen Geheimdienst „Mossad" abgeschlossen worden sein („Neues Deutschland", 29.12.77 und 3.1.78)

Nahost-Ko mmission

Tunesien: Das nennt sich »Normalisierung«

Einen Monat nach der brutalen Niederschlagung des Generalstreiks in Tunesien am 26.Januar wurde am 25.Februar der Ausnahmezustand aufgehoben. Von den über 2000 Verhafteten sitzen noch viele ohne Prozeß und Urteil in den Gefängnissen, darunter auch die Gewerkschaftsführer aus dem Exekutivbüro der Einheitsgewerkschaft UGTT, die entgegen ihrer früheren Haltung die Arbeitskämpfe in letzter Zeit voll unterstützt hatten. Währenddessen wird die „Normalisierung" weiter vorangetrieben, d.h. Betriebe, Rund-

Regierung als provisorischer Generalsekretär eingesetzt worden.

Auf dem Gewerkschaftskongreß hatte der Premierminister Nouira die Gelegenheit, gegen die inhaftierte frühere Gewerkschaftsführung und die Arbeiter zu hetzen.

Er erklärte, die UGTT dürfe die nationale Einheit nicht aus den Augen verlieren und müsse sich vor „Abweichlertum" hüten. Die Verantwortlichen für den Generalstreik hätten die Nation *„fast zerschlagen und das Land an den Rand der Anarchie"* gebracht. (Neue Züricher

Tunesien: Das nennt sich »Normalisierung«

Einen Monat nach der brutalen Niederschlagung des Generalstreiks in Tunesien am 26.Januar wurde am 25.Februar der Ausnahmezustand aufgehoben. Von den über 2000 Verhafteten sitzen noch viele ohne Prozeß und Urteil in den Gefängnissen, darunter auch die Gewerkschaftsführer aus dem Exekutivbüro der Einheitsgewerkschaft UGTT, die entgegen ihrer früheren Haltung die Arbeitskämpfe in letzter Zeit voll unterstützt hatten. Währenddessen wird die „Normalisierung" weiter vorangetrieben, d.h. Betriebe, Rundfunkanstalten, Zeitungen und nicht zuletzt die UGTT selbst werden von aktiven Gewerkschaftern und Regime-Kritikern gesäubert.

Die nächtliche Ausgangssperre von 24 bis 4 Uhr wird aufrechterhalten, ebenso besteht weiter Versammlungsverbot: Hetzkampagnen, Einschüchterungen und Entlassungen von militanten Gewerkschaftern und Säuberung von Presse und Rundfunk gehen weiter. Ein Sprecher des in Paris neu gegründeten „Kollektiv des 26.Jan." erklärte, vielen Arbeitern sei aufgrund ihrer Gewerkschaftsaktivitäten gekündigt worden; in der tunesischen Presseagentur, in verschiedenen Zeitungen und beim Rundfunk seien 11 Journalisten entfernt worden; die Gewerkschaftszeitung „Chaab" wurde in regierungstreue Hände gelegt („Le Monde", 26./27.2.78).

Aus Protest gegen das Vorgehen der Regierung am 26.Januar wurde am 6.Februar nach den Ferien an der Universität in Tunis zum Streik aufgerufen. Noch während des Streiks fand am 16.Februar ein Prozeß gegen 12 Schüler und Studenten statt, die wegen „Anstiftung des Streiks" und „Stören der öffentlichen Ordnung" zu 1–6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden („Le Monde", 19./20.2.78).

Ein weiterer Schritt zur „Normalisierung" war der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, auf dem eine neue rechte Gewerkschaftsführung bestimmt wurde.

Inzwischen haben sich internationale Gewerkschaftsorganisationen für die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter eingesetzt und bei der tunesischen Regierung interveniert. Man kann jedoch nach der Hetze der Staatspartei SDP und der Presse davon ausgehen, daß die Gewerkschaftsführer angeklag: werden, ein Komplott zur „Zerstörung des Staates und zum Sturz des Regimes" geschmiedet zu haben. Demnach ist mit einer Freilassung nicht zu rechnen, eher mit einem Schauprozeß, wie es schon der außerordentliche Gewerkschaftskongreß ankündigt.

Auf dem Kongreß wurdeTijani Abid vom neu eingesetzten Exekutivbüro zum Nachfoger des verhafteten Habib Achour gewählt. Abid hatte sich während des Generalstreiks von den anderen Mitgliedern des Exekutivbüros und von dem Streik distanziert und sein Amt niedergelegt. Daraufhin war er von der Regierung als provisorischer Generalsekretär eingesetzt worden.

Auf dem Gewerkschaftskongreß hatte der Premierminister Nouira die Gelegenheit, gegen die inhaftierte frühere Gewerkschaftsführung und die Arbeiter zu hetzen.

Er erklärte, die UGTT dürfe die nationale Einheit nicht aus den Augen verlieren und müsse sich vor „Abweichlertum" hüten. Die Verantwortlichen für den Generalstreik hätten die Nation *„fast zerschlagen und das Land an den Rand der Anarchie"* gebracht. (Neue Züricher Zeitung, NZZ, 28.2.78)

Von der Opposition wurde dieser außerordentliche Kongreß verurteilt, und die Gewerkschafter wurden aufgefordert, die eingesetzte neue „Marionetten"-Führung zu boykottieren. Der IFGB (Internationaler Freier Gewerkschaftsbund) hatte erklärt, er werde nicht an diesem Kongreß teilnehmen, solange Gewerkschafter in Gefängnissen säßen. Sogar DGB-Chef Vetter erklärte, daß der DGB die neue Gewerkschaftsführung nicht anerkennen werde.

In der französischen Zeitung „Le Monde" wurde eine Resolution veröffentlicht, die bis Ende Februar mehr als 600 Intellektuelle (Universitätsangehörige, Ärzte, Anwälte, Ingenieure und Wissenschaftler) unterzeichnet hatten. Wir drucken sie im folgenden ab:

„Die blutigen Ereignisse des 26.Januar 1978 haben das tunesische Volk in Trauer gestürzt.

Die Repression ohnegleichen, der Griff zur Armee und die Ausrufung des Ausnahmezustandes haben ein Klima der Unsicherheit bei allen Bürgern geschaffen,die sich ihrer elementarsten Freiheiten beraubt sehen.

Die Unterzeichner dieser Petition verbeugen sich mit Erschütterung angedenk aller Opfer.

Sie meinen, daß die Verantwortung für diese schwerwiegenden Ereignisse denjenigen zukommt, die mit allen Mitteln die Autonomie der UGTT beenden und jeder demokratischen Öffnung des Landes einen Schlag versetzten wollten.

In der Gewißheit, das tiefe Verlangen der breitesten Bevölkerungsteile auszudrücken, in Sicherheit und Freiheit zu leben, fordern sie mit Nachdruck:

1. die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter,
2. den Stop der Einschüchterungskampagne gegen die militanten Gewerkschafter,
3. die Aufhebung des Ausnahmezustandes,
4. die Verkündung einer Generalamnestie,
5. die Respektierung der Gewerkschaftsfreiheiten und aller Grundfreiheiten, die in der Verfassung niedergeschrieben und durch die internationalen Konventionen, die Tunesien unterzeichnet hat, garantiert sind. (Le Monde, 26./27.2.78)

Nahost-Kommission

Sowjetische Unterstützung für das faschistische Hassan- Regime

Am 26.Januar wurde in Moskau der seit vier Jahren vorbereitete „Vertrag des Jahrhunderts" zwischen Marokko und der Sowjetunion unterzeichnet.. Bei diesem Vertrag handelt es sich um das größte Phosphatlieferungsabkommen, das Marokko je abgeschlossen hat. Die Sowjetunion bezahlt die Lieferungen durch einen mehr als 2 Mrd. Kredit im voraus! Damit unterstützt und verlängert die Sowjetunion ganz klar den Krieg gegen das saharauische Volk in der von Marokko okkupierten Westsahara!

Besonders widerlich ist, daß diese handfeste wirtschaftliche Unterstützung für das faschistische marokkanische Feudal-Regime einhergeht mit politischen Absprachen, die sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetunion die Annektion der Westsahara durch Marokko akzeptiert! So wurde während der Verhandlungen um das Abkommen versichert, daß die Sowjetunion sich *„neutral im Streit zwischen Marokko und Algerien bezüglich der Westsahara verhält"* („International Herald Tribune", 4./5.6.77). Diese Äußerung stellt durchaus k e i n e n Einzelfall dar: schon vorher hatte die Sowjetunion wiederholt das marokkanische Regime „gelobt" und u.a. dem marokkanischen König Hassan II bescheinigt, daß er *„tiefe kenntnisse in internationalen Fragen besitzt"*. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß *„die Standpunkte der Sowjetunion und Marokkos einander außerordentlich nahe oder ähnlich sind"* („Monitor-Dienst", 13.6. 77, vgl. AK 107, S. 42).

In dem Vertrag verpflichtet sich Marokko, der Sowjetunion jährlich 5 Mio. t Phosphat zu liefern und diese Menge bis 1990 auf das Doppelte zu erhöhen.. Es ist der bisher größte Einzelvertrag über Phosphate, den Marokko je unterzeichnet hat: derzeit exportiert Marokko etwa 15 Mio. t pro Jahr.

Bezahlt wird das Phosphat im voraus, d.h. mit Krediten, die von der Sowjetunion jetzt geleistet werden, um Phosphatabbau-Gebiete zu erschließen. Der Kredit beträgt einmal 2 Mrd. Dollar, um die Phosphatgrube in Meskala zwischen Marrakesch und dem Hafen Essaouia auszubauen, dazu kommen 250 Mio. Dollar für den Bau der Eisenbahnstrecke von Meskala nach Essaouia und für die Erweiterung des Hafens. Die Kredite sollen außerdem dazu dienen, neue Gruben bei Ben-Guerir und Sidi-Hajjaj zu erschließen, um die jährliche Phosphatgewinnung Marokkos von 17 Mio. t bis 1990 auf 55 Mio. t zu steigern.

Hiermit schafft die Sowjetunion Marokko Möglichkeiten zum Phosphatabbau, die weit über die Lieferung der 5 oder 10 Mio. t hinausgeht, die die Sowjetunion selber beziehen will.. Zum anderen wird von der Sowjetunion Geld in Projekte gesteckt, für die Marokko derzeit kein Geld übrig hat, weil der Krieg gegen die Westsahara einen großen Teil des Etats verschlingt und Marokko Waffen einkaufen muß.

Mit der Erschließung neuer Abbaugebiete wird auch ein Ausgleich geschaffen dafür, daß es Marokko auf Grund des Kampfes des saharauischen Volkes bisher nicht gelang, in Bou-Craa, dem Hauptabbaugebiet in der Westsahara, Phosphat abzubauen bzw. von dort wegzuschaffen („Horizont" 5/78, „Le Monde", 6.10.77).

Nahost-Kommission



lateinamerika

Aufstand in Nicaragua

Die aufstandsähnlichen Unruhen in Nicaragua nehmen fast täglich zu. Der Widerstand gegen die Diktatur der Somozas (dieser Familienclan beherrscht seit über 40 Jahren das mittelamerikanische Nicaragua) spitzt sich immer weiter zu. Ein Erfolg in dem Sinne, daß die Familie Somoza gestürzt wird, scheint ziemlich greifbar.

Schwere Unruhen hat es nach Zeitungsberichten („Frankfurter Rundschau", 1.3.78 und 2.3.) vor allem in der Provinzstadt Massaya sowie in den Ortschaften Diriamba, Rivas, Jinotepe, Boaco, Chinandy und an der Universität der Hauptstadt Managua gegeben. In Massaya entwickelten sich die Unruhen zu regelrechten Straßenschlachten. Große Teile der Bevölkerung gingen mit Gewehren und Molotowcocktails gegen die Guardia National vor („FR", 1.3.). Nach Augenzeugenberichten setzte das Militär Flugzeuge, Panzerfahrzeuge und Maschinengewehre ein. Die Luftwaffe griff mit Sprengbomben das Indianerviertel von Massaya Monimbo an. Die Bewohner der Indiosiedlung waren mit selbstgebastelten Bomben und alten Gewehren gegen das Militär angegangen. In Massaya kamen mindestens 25 Menschen ums Leben.

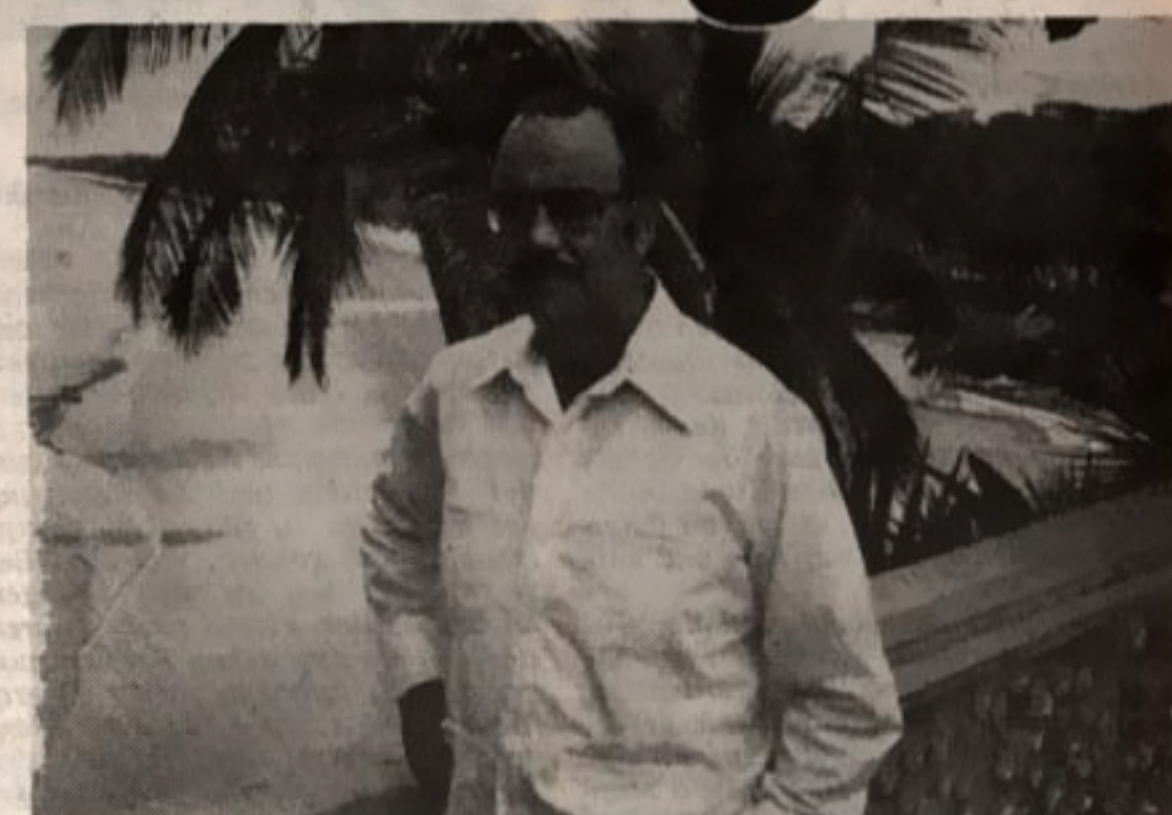
Ebenfalls zu schweren Zusammenstößen kam es auf dem Universitätsgelände der Hauptstadt. Nach einer gegen Somoza gerichteten Kundgebung wollten rund 1000 Studenten das Uni-Gelände wieder verlassen, wurden aber von der Nationalgarde daran gehindert. Nachdem die Studenten zunächst mit Tränengas zurückgedrängt wurden, setzte die Nationalgarde beim zweiten Versuch der Studenten, das Gelände zu verlassen, Schußwaffen ein, drei Studenten und ein Professor wurden dabei getötet.

Die jetzigen bewaffneten Auseinandersetzungen sind der bisherige Höhepunkt einer sich seit dem Oktober in rasender Geschwindigkeit entwickelnden Anti-Somoza Bewegung. Im Oktober begann die Sandinistische Befreiungsfront eine Offensive mit Angriffen auf Militärtransporte und Polizeikasernen in fast allen Teilen des Landes, die ziemlich erfolgreich waren. Angesichts der Ermordung des bekannten Oppositionsführers Joaquin Chamorro wurde im Februar ein siebzehntägiger Generalstreik durchgeführt, in dessen Zusammenhang es ebenfalls zu Kampfhandlungen gekommen war. Die heutigen Kämpfe zeigen, daß die Bevölkerung keineswegs resigniert den Streik abgebrochen hat, im Gegenteil, die Entschlossenheit, die Somozas zu stürzen, nimmt zu! Der Aufruf der Sandinistischen Befreiungsfront *„an alle Arbeiter und Angestellten, sich auf die FSLN zu stützen, nicht zur Arbeit in den Fabriken und Büros zu gehen"* findet offensichtlich breiteste Unterstützung.

Der Druck der Massenbewegung und die Aussichtslosigkeit, die Somoza-Diktatur zu halten, hat sogar in der bürgerlichen Presse eine relativ offene Berichterstattung bewirkt:

„Eines der am brutalsten ausgebeuteten und geschundenen Völker auf diesem Globus, das Nicaraguas, scheint im Begriff zu sein, seinen Peiniger, den Familienclan des Staatspräsidenten Anastasio Somoza, davonzujagen. Der möglicherweise für ganz Lateinamerika folgenreiche Aspekt dieses Konflikts ist, daß der Kampf gegen die Unterdrückung nicht mehr nur von einer Guerillaorganisation getragen wird, sondern von großen Teilen des Volkes. Vor allem die Indios, Mulatten und Mestizen, rund 90% der Bevölkerung, scheinen es satt zu haben, wegen der Somozas, einer Hand voll weißer Großgrundbesitzer und einigen ausländischen Unternehmen ein Leben in hoffnungsloser Armut und Würdelosigkeit zu führen".

In der Tat ist die Diktatur in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, oder wie ist es zu verstehen, wenn Somoza selbst im Zusammenhang mit seiner Regierung von einem „anti-demokratischen System" spricht und eine Beteiligung der „Nationalen Front" am Parlament vorschlägt, um einem Volksaufstand zuvorzukommen (an der Nationalen Front ist u.a. die Sandinistische Befreiungsfront beteiligt!).



Diktator Somoza

Nachdem die USA ihre Militärhilfe für Nicaragua im Januar eingestellt und offene Kritik am Somoza-Clan begonnen haben, wollte Somoza eigentlich Waffen in Spanien kaufen. Nachdem auch dieses Geschäft gescheitert ist, hat Nicaragua jetzt Waffen im Wert von über 100 Mio US Dollar in Israel gekauft. Die Waffen befinden sich auf dem Schiff Yafos zur Zeit im Hafen Laixos in Portugal (Nach Bericht des Nicaragua Komitees Göttingen).

Lateinamerika-Kommission

Stellungnahme der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaragua [FSLN]

FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL

FSLN

Die wachsenden Aussichten, daß die Somoza-Diktatur in Nicaragua durch die Kämpfe der Massen gestürzt wird, werfen immer aktueller die Frage auf, welche Entwicklung nach einem Sturz der Diktatur durchgesetzt werden kann, wie das Kräfteverhältnis zwischen Linken, Revolutionären und bürgerlicher Opposition aussieht und welche Möglichkeiten für den Aufbau eines demokratischen oder sogar sozialistischen Nicaraguas bestehen.

Unklar ist zur Zeit auch noch die Position des US-Imperialismus, der Somoza offensichtlich fallengelassen, aber wohl noch keine eindeutige Alternative aufgebaut hat.

Es ist nicht zu erwarten, daß der Imperialismus das Land den demokratischen und revolutionären Kräften überläßt. Die USA haben 80 Mio. Dollar (80% aller Auslandsinvestitionen in Nicaragua) investiert, außerdem ist das Land ein strategischer Brückenkopf in Mittelamerika und Basis zum „Schutz" des Panamakanals. Der US-Imperialismus wird noch alle Register ziehen, um auch nach einer Absetzung Somozas ein repressives bürgerliches Regime zu installieren; die Möglichkeit einer militärischen Intervention kann nicht ausgeschlossen werden – auch wenn dies nicht in Carters „Menschenrechts"politik zu passen scheint.

Die Sandinistische Befreiungsfront hat im Januar ihre erste Informationsbroschüre herausgegeben, *„um im Ausland über den sandinistischen Kampf gegen die Somoza-Diktatur zu informieren"* (Informationsbroschüre der FSLN, Nr. 1, 9.1.78).

Wir haben die Teile daraus übersetzt, um die Positionen – so weit möglich – zu den oben angegebenen Fragen bekannt zu machen:

„Politische Linie im Kampf gegen die Diktatur"

„Im politischen Bereich haben die militärischen Aktionen von Oktober, mit denen wir unsere gegenwärtige Offensive einleiteten, zweifellos ein breites Echo gefunden. In diesem Zusammenhang hat auch der öffentliche Appell von zwölf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens großen Widerhall und breite Anerkennung innerhalb der politischen Sektoren des Landes gefunden.

Der Appell zielt darauf ab, eine nationale Lösung der schweren Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist, zu suchen, eine Lösung, an der unsere Organisation notwendigerweise teilnehmen muß. Der Versuch der Bourgeoisie, über den INDE und die katholische Kirche der Verlautbarung ein anderes Gesicht zu geben, um einen Dialog mit dem Diktator herbeizuführen, wurde sowohl von den zwölf Unterzeichnern des Dokuments als auch von unserer Organisation klar zurückgewiesen. Wir glauben jetzt – wie wir es in einem Kommunique veröffentlicht haben – daß der Dialog wird stattfinden müssen innerhalb aller antisomozistischen Sektoren, mit dem Ziel des Aufbaus einer großen und breiten antisomozistischen Front, die sämtliche gegen die Diktatur gerichteten Kräfte umschließt und die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Zerstörung der Diktatur und für die Errichtung einer volksdemokratischen Regierung kämpft. Es ist daher die gemeinsame und unverzüglich anstehende Aufgabe aller dieser Sektoren und von uns selbst, diese breite Front zu bilden, um den Sturz der Diktatur zu erreichen."

Der Dialog mit Somoza für eine „friedliche Lösung", der unter anderem vom US-Imperialismus vorgeschlagen worden war, ist von der FSLN eindeutig abgelehnt worden. Die legale Opposition UDEL (Demokratische Befreiungskoalition), die nach den Scheinwahlen von 1974 gegründet wurde und aus verschiedenen bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei Nicaraguas (!) besteht, hat inzwischen als Voraussetzung für die Aufnahme des Dialogs ihre konkreten Bedingungen gestellt: Amnestie für alle politischen Gefangenen, eine Untersuchung über die Verletzung der Menschenrechte, sowie über die Korruption in Regierung und Verwaltung. Die FSLN wertet diese Bedingungen als unannehmbar für den Somoza-Clan und schätzt als politischen Erfolg ein, daß die UDEL sich bisher nicht ohne weiteres auf diesen Dialog einläßt.

Ebenso wird als Erfolg gewertet, daß die Sozialistische Partei auf einer Pressekonferenz in Mexiko erklärt hat, daß in einer Übergangsregierung nach Ablösung der Diktatur die Sandinistische Befreiungsfront beteiligt werden müsse.

Die zwölf Herausgeber des oben erwähnten Dokuments wurden zu 16 1/2 Jahren Haft verurteilt, in ihrem Prozeß haben sie keinen Versuch der Verteidigung unternommen, sondern eine massive öffentliche Anklage der Diktatur vorgetragen.

Mobilisierung der Massen und die gegenwärtigen Aufgaben

„Es läßt sich bestreiten, daß die Aktionen vom Oktober zu einem großen Teil für die Massenmobilisierung und die Agitation der Arbeiter verantwortlich sind, die im Lande seitdem vorangeschritten sind. Die Massen von Nicaragua haben gemerkt, daß die Diktatur gar nicht so stark ist, wie sie zu sein schien (und wie einige glaubten) und daß sie im Gegenteil jeden Tag schwächer und ihrem Ende näher ist ...

Natürlich wissen wir, daß sich in der aktuellen Situation die FSLN noch in einem Prozeß der Konsolidierung als Avantgarde der ausgebeuteten Massen unseres Landes befindet, und es ist eine geschickte Kombination der bewaffneten und der politischen, der legalen und illegalen Kampfformen notwendig, damit sich die Avantgarde der Massen herausbildet und festigt.

Die Schaffung und Festigung der Massenorganisationen vor allem der Arbeiterklasse, der Bauern und Landarbeiter werden die Garantie dafür sein, daß eines Tages, wenn die Diktatur gestürzt ist, sich eine volksdemokratische Regierung an der Macht halten kann."

(An anderer Stelle wird die Gefahr einer Intervention des US-Imperialismus durchaus gesehen und benannt („Lateinamerika-Nachrichten" Nr. 54) – eine genauere Stellungnahme dazu ist uns allerdings nicht bekannt).

„Deshalb glauben wir, daß die Organisierung der Arbeiter und Bauernmassen in diesem Moment von lebenswichtiger Bedeutung ist, die einhergehen muß mit dem Kampf, den wir gerade auf militärischem Gebiet weiterführen, sowohl auf dem Lande wie auch in der Stadt ... mit dem Ziel der allgemeinen und totalen Erhebung der Massen zum Sturz der Diktatur". („Boletin Informativo", FSLN, Nr. 1 – verbreitet vom Nicaragua-Komitee Göttingen).

Lateinamerika-Kommision

Generalstreik in Peru

Am 27. und 28.2.78 fand in Peru erneut ein Generalstreik statt (»FR«, 1.3.78). Nach Polizeiangaben wurden allein in Lima bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden 100 Personen verletzt und weitere 100 verhaftet. Aufgerufen hatte die CGTP, der revisionistisch beherrschte Gewerkschaftsverband, der noch einen Monat vorher einen geplanten 28stündigen Generalstreik verhindert hatte. Kurz zur Vorgeschichte: Nach dem Generalstreik im Juli 77, der sich gegen das rapide sinkende Lohnniveau und politische Unterdrückung richtete, wurden rund 5000 Gewerkschafter aus ihren Betrieben entlassen und massive Repressionsmaßnahmen gegen alle weiteren Kämpfe der Arbeiter eingesetzt. Die CGTP zog bei verschiedenen von linken und revolutionären Gewerkschaften und Organisationen geplanten Kampfmaßnahmen nicht mit, bzw. stellte sich aktiv dagegen - entsprechend der Linie der revisionistischen KP Perus, die die fortschrittlichen Teile des Militärs gegen die »Falken« unterstützt, und sich darauf beschränkt, vor den ultrarechten Kräften zu warnen.

Höhepunkt dieses Vorgehens war die Absage des Generalstreiks, der von verschiedenen Gewerkschaften (Linken und Revisionisten - in einem einheitlichen Kampfkomitee zusammengeschlossen) gemeinsam geplant war. Begründet wurde dieser Beschluß mit der schwierigen Lage des Landes auf wirtschaftlichem Gebiet und in militärischer Hinsicht. (Es gab - ausgerechnet und sehr günstig - gerade Mitte Januar verstärkte Grenzstreitigkeiten mit Ecuador, die allerdings seit Jahren bestehen und inzwischen auch sehr schnell beigelegt, bzw. entschärft wurden, »Guardian«, 21.1.78). Die Absage des Generalstreiks wurde sofort vom Kriegsminister als ein *»Schritt im Interesse des Landes gewürdigt«* (»Monitor-Dienst«, 24.1.78).

Gerade im Hinblick auf die zur Zeit verstärkten Versuche, einen Zusammenschluß der linken Gewerkschaften und Organisationen voranzutreiben, ist die eigenmächtige Entscheidung der CGTP/PCP, ohne Absprache mit dem einheitlichen Kampfkomitee, eine offene Provokation, die der CGTP aber offenbar nicht gut bekommen ist. Die Tatsache, daß nun doch - einen Monat später - der Generalstreik (u.a. von der CGTP) ausgerufen wurde, läßt darauf schließen, daß ein großer Teil der Massen sich zur Zeit nicht mehr auf die versöhnlerische Linie der CGTP festlegen läßt. Dafür spricht ebenfalls, daß die Metallarbeiter von Chimbote über 50 Tage streikten, teilweise unter Einbeziehung der gesamten Bevölkerung der Stadt und daß nach Absage des Streiks anfänglich 8 und später bis zu 200 Arbeiter in Hungerstreik traten, um die Wiedereinstellung der Entlassenen und Amnestie zu erreichen.

Die Peru-Gruppe der AELA Hamburg unterstützt derzeit die streikenden peruanischen Arbeiter mit einer Plakat-, Flugblatt- und Spendenaktion. Die Forderungen sind:

— *Wiedereinstellung der 5000 Arbeiter, die wegen Beteiligung an dem Generalstreik vom 19.7. entlassen worden waren*

— *Repatriierung der ausgewiesenen Politiker, u.a. von Jose Ona Meono, Hugo Blanco* (Bauern- und Guerillaführer zu Zeiten des Che)

— *Amnestie für alle politischen Gefangenen*

— *Preisstop und Verringerung der Lebenshaltungskosten*

— *Abschaffung von restriktiven Arbeitergesetzen der Militärregierung*

(Spendenkonto: Haspa 1015/786260, Kennwort »Solidarität mit Peru«)

Lateinamerika-Kommission

Geisel raus aus der BRD

Ausgerechnet zwei Tage nach der Demonstration in Almeloh, die sich unter anderem gegen die Lieferung von angereichertem Uran nach Brasilien und das deutsch-brasilianische Atomabkommen richtet, stattet der brasilianische Staatschef Geisel einen Besuch in der BRD ab.

Offensichtlich geht es bei dem Besuch noch einmal um Einzelheiten des Atomvertrages, jedenfalls kommentierte das brasilianische Außenministerium: *„Der Atomvertrag zwischen Brasilien und der BRD kann als ... Modell von Beziehungen zwischen einem entwickelten Land (BRD) und einem Entwicklungsland (Brasilien) bezeichnet werden*" und weiter, es gehe bei dem Besuch um eine *„Formalisierung bereits bestehender, exemplarischer bilateraler Beziehungen*" („Lateinamerika-Nachrichten", Nr.56).



Präsident Geisel

Der „exemplarische" Charakter der Beziehungen besteht z.B. darin, daß die BRD ein Drittel ihrer Auslandsinvestitionen in Brasilien tätigt (1977 — laut Deutsch-Südamerikanische Bank 3,76 Mrd. DM) und kurz hinter den USA den zweiten Platz un-

der Beziehungen besteht z.B. darin, daß die BRD ein Drittel ihrer Auslandsinvestitionen in Brasilien tätigt (1977 — laut Deutsch-Südamerikanische Bank 3,76 Mrd. DM) und kurz hinter den USA den zweiten Platz un-

ter den ausländischen Investoren einnimmt. Die Aufrechterhaltung dieser „exemplarischen" Beziehungen wird ebenfalls Gegenstand der Gespräche sein, angesichts der Tatsache, daß das brasilianische „Wirtschaftswunder" sich nicht mehr so reibungslos fortentwickelt, wie noch vor einigen Jahren (geringeres Wachstum, hohe Auslandsverschuldung usw.).

Lateinamerika-Kommission

BRD zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Chile



Der westdeutsche Botschafter in Chile, Robert Römer, hat sich vor kurzem *„optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in Santiago"* geäussert: Für *„deutsche Interessen und Investoren (sei) das Klima wie in der früheren Vergangenheit besonders günstig"* („Nachrichten für Außenhandel", 31.1.78).



asien



Bis zum Sieg!

Nach den Versuchen des letzten Jahres, den Befreiungskampf der Moslems auf den Süd-Philippinen durch Verhandlungen zu beenden, sind die Kämpfe dort erneut entbrannt. Das Scheitern der „friedlichen Lösung" ist ausschließlich auf die feindselige Haltung der faschistischen Marcosdiktatur auf den Philippinen zurückzuführen. Diese hatte niemals ernsthafte Friedensverhandlungen geführt, hat niemals an eine wirkliche Unabhängigkeit der Moslems gedacht. Wir sind hierauf in verschiedenen früheren Artikeln eingegangen.

Aus der Zeitschrift „Afrique-Asie" vom 19. Februar 1978, liegt uns ein Interview mit dem Führer der Moslem-Befreiungsbewegung MNLF, Nur Misuari, vor. Nur Misuari geht in dem Interview noch einmal auf die Gründe für das Scheitern der Friedensverhandlungen ein. Im Weiteren wird aus dem Interview deutlich, daß die MNLF sogar zu politischen Zugeständnissen zugunsten eines Friedens bereit gewesen ist.

Das Interview widerlegt die These des Religionskrieges „Moslems gegen Christen", Nur Misuari nennt die wesentlichen politischen Ziele des moslemischen Befreiungskampfes. Wir veröffentlichen das Interview, da es tatsächlich eine der wenigen authentischen Stellungnahmen des Philippinischen Widerstandes darstellt und außerdem einen politischen Einblick in den vielfach unbekannten Befreiungskampf der Moslems gibt. Anzumerken ist noch, daß es im moslemischen, philippinischen Widerstand nach unseren Informationen durchaus radikalere Positionen als die Nur Misuaris gibt, Positionen, die eindeutiger eine sozialistische Perspektive haben und für eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei eintreten.

Asien-Australien-Kommission

Perspektive haben und für eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei eintreten.

Asien-Australien-Kommission

Ein Interview mit Nur Misuari, Präsident der Nationalen Moro-Befreiungsfront (MNLF)

Kannst Du uns sagen, welche Faktoren im moslemischen Süden der Philippinen zum Bruch des Waffenstillstandsabkommens geführt haben, das im Dezember 1976 zwischen der Regierung Marcos und der MNLF unterzeichnet worden war?

Nur Misuari: *Mehrere Faktoren haben zur Wiederaufnahme des Krieges geführt. Zuerst die Ablehnung des Übereinkommens von Tripoli durch das Kriegsrechtsregime des Präsidenten Marcos, über den Umweg verräterischer Aktivitäten wie die Sabotage der Februar/März-Verhandlungen, der April-Verhandlungen in Manila und die Abhaltung eines rechtswidrigen Referendums; ich werte es als rechtswidrig, weil es nicht unter den Bedingungen der Vereinbarung aufgeführt ist. Dann die Serie der Verletzungen durch die Philippinischen Streitkräfte (AFP) und ihre terroristische Front – zivile Selbstverteidigungsmiliz oder einfache Banditen – die während der Durchführung des Waffenstillstands seit Anfang Oktober stattfanden. Die wichtigste dieser Verletzungen ist die Kampagne der Zerstörungsoperationen, die von dem Regionalchef der AFP im Süden, Admiral Romulo Espaldon, durchgeführt wurde. Die Angriffe gegen unsere Soldaten und Zivilbevölkerung in den Provinzen Cotobato-Sud und Lanao del Sur haben den Tod von Dutzenden unserer Freiheitskämpfer und Zivilisten mit sich gebracht, die Verbrennung ihrer Häuser, ihrer heiligen Stätten und ihrer Pflanzungen. Mehrere Tausend unserer Zivilbevölkerung wurden gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen.*

Unter den anderen Faktoren gibt es die illegale Festnahme eines der Mitglieder einer Waffenstillstandskommission des MNLF, Fiscal Abdul-Asis el Matondo Jr., aus der Stadt Davao, im Laufe der Durchführung des Waffenstillstands, unter der Beschuldigung der Subversion; die Erklärung des Präsidenten Marcos, die unter Verletzung der Tripoli-Vereinbarung alle Moslems und Nicht-Moslems, die den Waffenstillstandskommissionen der MNLF helfen oder mit ihnen sympathisieren, denunziert; die provokatorische Erklärung des Admirals Espaldon, die die MNLF auffordert, sich zu ergeben oder den Tod zu riskieren.

Der Verteidigungssekretär, Enrile, hat im Laufe der 1. Mai-Feiern im Hauptquartier in Zamboanga erklärt, wenn es nötig sei für die Würde des Landes, das Blut zu vergießen, nun gut, soll das Blut fließen! Und er forderte jeden auf, die Stärke der Streitkräfte zu testen. Man muß ebenfalls den erzwungenen Rückzug unserer Waffenstillstandskommission in Palawan und das Massaker an den Familien derer, von denen man wußte, daß sie an diesen Missionen in Palawan beteiligt waren, erwähnen; die Tatsache, daß die philippinische Regierung das Waffenstillstandsabkommen ausgenutzt hat, um neue Truppen und Militärmaterial einzuführen, wobei sie noch überdies Auskünfte über unsere Truppenstärke und Streitkräfte gewann; die Besetzung strategischer Zonen durch ihre Streitkräfte, indem sie die Bewegungsfreiheit ausnutzten, die in der Tripoli-Vereinbarung vorgesehen war.

Es gibt außerdem äußere Faktoren: die Hoffnung der philippinischen Regierung und der AFP, militärische Ausrüstung von den Vereinigten Staaten zu erhalten als Folge der früheren Verhandlungen mit Kissinger und das Versprechen der japanischen Regierung, ihnen wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Ein anderer Faktor besteht darin, daß es Marcos gelungen ist, daß sich gewisse Regimes des ASEAN (Vereinigung südostasiatischer faschistischer Staaten, die außer den Philippinen Malaysia, Indonesien, Singapur und Thailand umfaßt – Anm. d. Red.) gegen die NMLF ausgesprochen haben. Nach der Gipfelkonferenz der ASEAN im letzten August erklärte Marcos in Manila, daß Malaysia und Indonesien bereit seien, eine Vereinbarung über gemeinsame Grenzpatrouillen um und in den Territorialgewässern unseres Volkes zu unterschreiben, angeblich gegen Schmuggler, Drogenhändler und Banditen. In Wirklichkeit zielte es darauf ab, die MNLF und unser Volk zu unterdrücken, indem ihre Bewegungen in dem Gebiet eingeschränkt werden. Man muß schließlich noch den Erwerb von Militärmaterial, besonders Kampfflugzeuge israelischer Herkunft durch den Stabschef der AFP, General Espino nach dessen letztem Besuch dort im Februar 1977 hinzufügen.

Ursprünglich habt Ihr die Bildung einer Moro-Republik gefordert, aber nach den Bedingungen der Übereinkunft von Tripoli begnügt Ihr Euch mit der Autonomie. Warum habt Ihr Eure Forderungen reduziert?

N.M.: *Das geschah in Übereinstimmung mit der islamischen Konferenz vom Mai 1974, die zu einer gerechten und friedlichen politischen Lösung im Rahmen der philippinischen Republik und Souveränität aufrief. Um damit übereinzustimmen, hat die MNLF ihre politischen und territorialen Forderungen reduziert. Vorher hatten wir das ganze moslemische Gebiet beansprucht, aber um dem Krieg ein Ende zu setzen, haben wir unsere Forderungen reduziert.*

Heute, da die Übereinkuft von Tripoli überholt ist, fordert Ihr weiterhin die Autonomie?

N.M.: *Aufgrund der Verletzung der Übereinkunft von Tripoli und der Wiederaufnahme des Völkermordkriegs auf den Philippinen und daraus folgend der Unmöglichkeit zu einer friedlichen Lösung des Problems zu kommen, sind die MNLF und das Volk gegenwärtig entschlossen, zu unserer ursprünglichen Absicht zurückzukehren, die nationale Unabhängigkeit und die Freiheit für das ganze moslemische Vaterland zu erhalten, was Mindanao, Basilan, die Sulus und Palawan umfaßt. Wir sind uns bewußt, daß dies wirklich die einzige Lösung ist, um die Vernichtung des philippinischen Kolonialismus im Süden der Philippinen und die Wiederherstellung der Freiheit und der Souveränität unseres Volkes zu erreichen. Unser Volk ist eine eigene Nation mit fünfhundert Jahren islamischer Zivilisation. Und im Laufe seiner Geschichte hat es nie aufgehört, einen langen antikolonialen Krieg zu führen.*

Im Ausland wird die Moro-Rebellion oft als ein Religionskrieg dargestellt. Ist das der Fall?

N.M.: *Der revolutionäre Kampf im Süden der Philippinen ist grundsätzlich ein politischer Kampf, der als Ziel erstmal hat, die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Befreiung unseres Volkes vom philippinischen Kolonialismus zu erreichen. Weiterhin zielt er darauf ab, gegen die Kampagne des Völkermords der philippinischen Regierung gegen unser Volk zu kämpfen. Die Bangsa-Moro-Revolution hat als Ziel, die Souveränität und Integrität unserer moslemischen und eingeborenen Kultur und Zivilisation zu schützen, die vom kulturellen Völkermord, den die philippinische Regierung unter dem Deckmantel der kulturellen Integration führt, bedroht wird. Wirtschaftlich, in unserer Eigenschaft als kolonialisiertes Volk, wird unsere Heimat als reichster Teil der Philippinen angesehen. Im Laufe dieser Kolonialherrschaft wurde unser Land illegal von der Regierung und philippinischen Abenteurern angeeignet, ebenso wie von den philippinischen Pächtern, die als Instrument zur Verstärkung der kolonialen Hegemonie im Süden der Philippinen dienen.*

Welches Wirtschaftssystem ist für die Bangsa Moro geplant?

N.M.: *Das Wirtschaftssystem, daß wir jetzt schrittweise anwenden, befindet sich in Übereinstimmung mit jeder wirklichen Revolution auf der Welt. Charakterisiert durch eine gerechte Verteilung der Reichtümer, zielt es darauf ab, jede Form der menschlichen Ausbeutung zu bekämpfen. Dieses System wird stark von unseren historischen, philosophischen und kulturellen Erfahrungen beeinflußt. Zur gleichen Zeit wird es durch die fortschrittliche Ideologie der Gegenwart beeinflußt.*

Wie ist Eure Haltung in Bezug auf Auslandsinvestitionen?

N.M.: *Die ausländischen Investoren werden ihren Platz im Zusammenhang unserer Revolution haben. Aber wir werden darauf achten, daß das sowohl den Investoren wie auch unserem Volk nützt. Wir glauben, daß der Reichtum unseres Volkes unserem Volk gehört, wozu wir auch die friedlichen christlichen Siedler zählen, die mit uns zusammenarbeiten.*



Was ist der Haupttrumpf Deiner Bewegung?

N.M.: *Das einmütige Bewußtsein unseres Volkes, daß wir für eine gerechte Sache kämpfen. Wir bekämpfen ein kolonialistisches Ausbeutungs- und Unterdrückersystem, wie man es auch in anderen Gegenden der Welt findet. Der revolutionäre Kampf, durch die Erfahrungen anderer Völker inspiriert, ist die einzige Art, dieser Kolonialsituation ein Ende zu bereiten und die Freiheit unseres Volkes zu sichern.*

Eure hauptsächliche Beschränkung?

N.M.: *Unser Mangel an Unterstützung, momentan, von seiten des revolutionären Lagers, wirtschaftlich, politisch und moralisch. Aber wir verlieren nicht die Hoffnung, weil wir glauben, daß wir schnell fruchtbare Beziehungen mit ihnen knüpfen können.*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

Hast Du eine Schätzung der Zahl der Opfer des Konflikts auf beiden Seiten?

N.M.: *Nach den Schätzungen unserer neun Provinzkommandos, haben wir den regulären Streitkräften 30.000 Tote und den paramilitärischen Einheiten 10.000 zugefügt. Etwa 55.000 moslemische Zivilisten und 3.000 unserer Kämpfer sind getötet worden, schätzen wir. Es ist unmöglich, die Zahl der Opfer unter der christlichen Zivilbevölkerung zu erkennen. Es gibt viele Christen, die zwischen zwei Feuer gerieten. Etwa 200.000 moslemische Behausungen wurden verbrannt und 539 Moscheen zerstört. Es gibt gegenwärig 92.000 moslemische Flüchtlinge in Sabah (malaysischer Staat im Norden Borneos, südlich der Philippinen).*

Wie stehen die Chancen für eine Wiederaufnahme der Gespräche?

N.M.: *Sie sind minimal. Besonders jetzt, da Marcos erklärt hat, daß die Islamische Konferenz keinen Platz dafür habe. Die Islamische Konferenz hat gegen die Verletzung des Waffenstillstands protestiert. Marcos hat erklärt, daß der Krieg ein internes Problem sei. Er hat die Tür für eine friedliche Lösung zugeworfen. Wir gauben, daß nur dann, wenn die philippinische Regierung sich entschließt, ihren Völkermordkrieg zu beenden und die Flammen, die aus ihren Kanonen kommen, auslöscht, unser Volk zu kämpfen aufhören wird. Solange die Zentralregierung ihren Krieg weiterführt, werden wir fortfahren, bis zum endgültigen Sieg und zur Freiheit zu kämpfen.*

Marcos bedient sich des Moslemproblems im Süden, um sich an der Macht zu halten und das Kriegsrecht fortzusetzen. Er hat offen bekannt, daß er es nicht aufheben wird, solange das Moslemproblem im Süden nicht gelöst ist, indem er argumentierte, daß es nicht möglich sei, das Land zu unterteilen in einen Teil, in dem das Kriegsrecht gilt und in einen anderen, in dem es aufgehoben ist. Viele Generäle und Zivilisten aus Marcos Umkreis haben sich durch den Gebrauch der Macht bereichert und wollen sie behalten für die Fortsetzung des Kriegs im Süden der Philippinen, der ihnen erlaubt, sich noch mehr zu bereichern.

Regionalwahlen in Indien

Ende Februar fanden in den fünf indischen Bundesstaaten Karnataka, Andhra Pradesh, Maharashtra, Assam und Meghalaya Wahlen zu den jeweiligen Landesparlamenten statt. Nach den uns vorliegenden Teilergebnissen hat der von Indira Gandhi zu Beginn dieses Jahres abgespaltene Flügel der Kongreß-Partei in Karnataka von den 224 Parlamentssitzen 149 für sich ge-

Regionalwahlen in Indien

Ende Februar fanden in den fünf indischen Bundesstaaten Karnataka, Andhra Pradesh, Maharashtra, Assam und Meghalaya Wahlen zu den jeweiligen Landesparlamenten statt. Nach den uns vorliegenden Teilergebnissen hat der von Indira Gandhi zu Beginn dieses Jahres abgespaltene Flügel der Kongreß-Partei in Karnataka von den 224 Parlamentssitzen 149 für sich ge-

wonnen, die „offizielle" Kongreß-Partei brachte es auf ganze zwei Sitze und die in Neu-Delhi regierende Janata-Partei noch auf 59. Das Wahlergebnis in Andhra Pradesh ist ähnlich: Von 294 Parlamentsabgeordneten stellt der Indira-Kongreß-Flügel 175, der „offizielle" Kongreß 30 und die Janata-Partei 60 Abgeordnete. Lediglich im Maharashtra steht bis jetzt ein relativer Wahlsieg der Janata-Partei fest. Sie stellt dort von 288 Abgeordneten 97, der Indira-Kongreß brachte es auf 62 und der „offizielle" Kongreß auf 69 Sitze. In Assam und Meghalaya liegen Endergebnisse noch nicht vor. Dort wird aber mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem „offiziellen" Kongreß und der Janata-Partei gerechnet. Über das Abschneiden von Linksparteien liegen uns keine Informationen vor.

Für die Janata-Partei des indischen Ministerpräsidenten Morarji Desai waren die Wahlen eine Probe auf den Grad der Verankerung ihrer aus Versprechungen bestehenden sozialen Demagogie, mit der sie ihre volksfeindliche Politik bemäntelt. Für Indira Gandhis Kongreß-Flügel waren die Wahlen ebenfalls ein Test auf ihr altes Image. Zynisch verhöhnte sie im Wahlkampf die Desai-Regierungsmannschaft als Schwächlinge. „*Ich brauchte nur ein paar Stunden, um meine Opponenten hinter Schloß und Riegel zu setzen. Mich zu verhaften scheint hingegen sehr viel schwieriger zu sein*" („Hamburger Abendblatt", 1.3.78). Sie hatte in den vergangenen zwei Monaten verstärkt versucht, sich nach links zu profilieren. Die von ihr initiierte Spaltung der Kongreß-Partei war dazu der Auftakt gewesen. Die Wahlergebnisse zeigen, daß ihre „sozialistische" Demagogie immer noch verfängt. Dies ist ein Beweis auch für das Fehlen einer organisierten linken Alternative, die überregionale Bedeutung besitzt.

Asien-Australien-Kommission

Atomwaffen in Japan

oder: Bruch zahlloser Abkommen und Erklärungen

In Japan ist eine neue Debatte über die Einfuhr atomarer Waffen durch US-Militäreinheiten entstanden. Vor dem Militärausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hatten zwei führende Persönlichkeiten der US-Marine Anfang Februar 1978 ausgesagt, daß der Flugzeugträger Midway der 7. US-Flotte als Mutterschiff für die nuklear bewaffneten Flugzeuge im Rahmen der militärischen Abschreckungsstrategie der USA gedient habe. Die Midway ist seit Oktober 1973 im Militärhafen von Yokosuka (südlich von Tokyo) stationiert. Sie trägt etwa 28 F4J Düsenjäger, 28 A7E Angriffsjäger, rund 12 A6 schwere Angriffsjäger und einige weitere Flugzeugtypen, die allesamt mit atomaren Waffen ausgerüstet werden können. Nach Meinung von Militärexperten hat die Midway 70 Atombomben an Bord („Asahi Evening News", 9.2.78). Hochgestellte japanische Militäroffiziere sagten: „*Es ist unter Experten allgemein bekannt, daß die Midway als Mutterschiff einer atomar bewaffneten Lufteinheit gedient hat. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß die Midway Platz für 100 Atombomben hat*" (ebenda).

Es muß noch hinzugefügt werden, daß es hier nicht nur um die Midway geht. Die Begleitschutzzerstörer sind mit Asroc Raketen ausgerüstet, die auch mit nuklearen Sprengköpfen versehen werden können. Das gleiche gilt für die Subroc Raketen der US-Atom-U-Boote. „*Sowohl Militärexperten als auch Offiziere der [japanischen] Selbstverteidigungskräfte sagen, die US-Kriegsschiffe hätten unter keinem Umstand ihre atomare Ausrüstung jedes Mal entladen können, bevor sie in japanischen Häfen einliefen*" (ebenda).

Die Tatsache, daß auf diese Weise atomare Waffen nach Japan eingeführt werden, stellt eine grobe Verletzung der drei nicht-atomaren Prinzipien Japans dar, die vom ehemaligen japanischen Premierminister Eisaku Sato vor sechs Jahren aufgestellt worden waren, nämlich Verzicht auf Produktion, Besitz und Einfuhr atomarer Waffen. Ferner heißt es im Artikel 6 des US-japanischen Sicherheitsvertrages, daß jede „größere Veränderung" in der Ausrüstung der US-streitkräfte in Japan einer vorherigen Konsultation mit der japanischen Regierung bedarf, was allerdings bisher noch nie stattgefunden hat.

Bereits 1974 kam es zu der Enthüllung, daß US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen, diese vor dem Anlegen in fremden Häfen nicht ausgeladen würden (so US-Konteradmiral La Rocque vor dem US-Kongreß). Wörtlich: „... Außer den amerikanischen Flugzeugträgern mit atomarem Potential, d.h. die atomare Waffen mit sich führen können, können sehr viele Kriegsschifftypen — Fregatten, Zerstörer, U-Boote — auch Atomwaffen an Bord haben, und in vielen Fällen, in den meisten Fällen, tun sie es. ... Aus meiner Erfahrung: ein Kriegsschiff, das Atomwaffen mit sich führen kann, tut dies auch. Wenn diese Kriegsschiffe in japanischen oder anderen ausländischen Häfen anlegen, entladen sie ihre Atomwaffen nicht. Kriegsschiffe, die Atomwaffen mit sich führen können, tragen diese normalerweise immer, außer wenn sie überholt oder in größerem Maße repariert werden!" (Hiroharu Seki: The Rebuilding of Peace). Auch Besatzungsmitglieder der US-Fregatte Worden, deren Heimathafen auch Yokosuka ist, und die zur gleichen Zeit dort ankerte wie die Midway, erklärten damals öffentlich, „*daß sie davon überzeugt seien, daß nicht nur die Midway, sondern auch die Worden und andere Kriegsschiffe Atombomben geladen hatten und daß diese Kriegsschiffe Übungen abgehalten hatten für den Fall, daß radioaktive Leckagen auftreten, und daß sie niemals gesehen hatten, wie Atomwaffen in anderen Häfen* (außerhalb Japans, Anm.AK) *entladen wurden*" (ebenda).

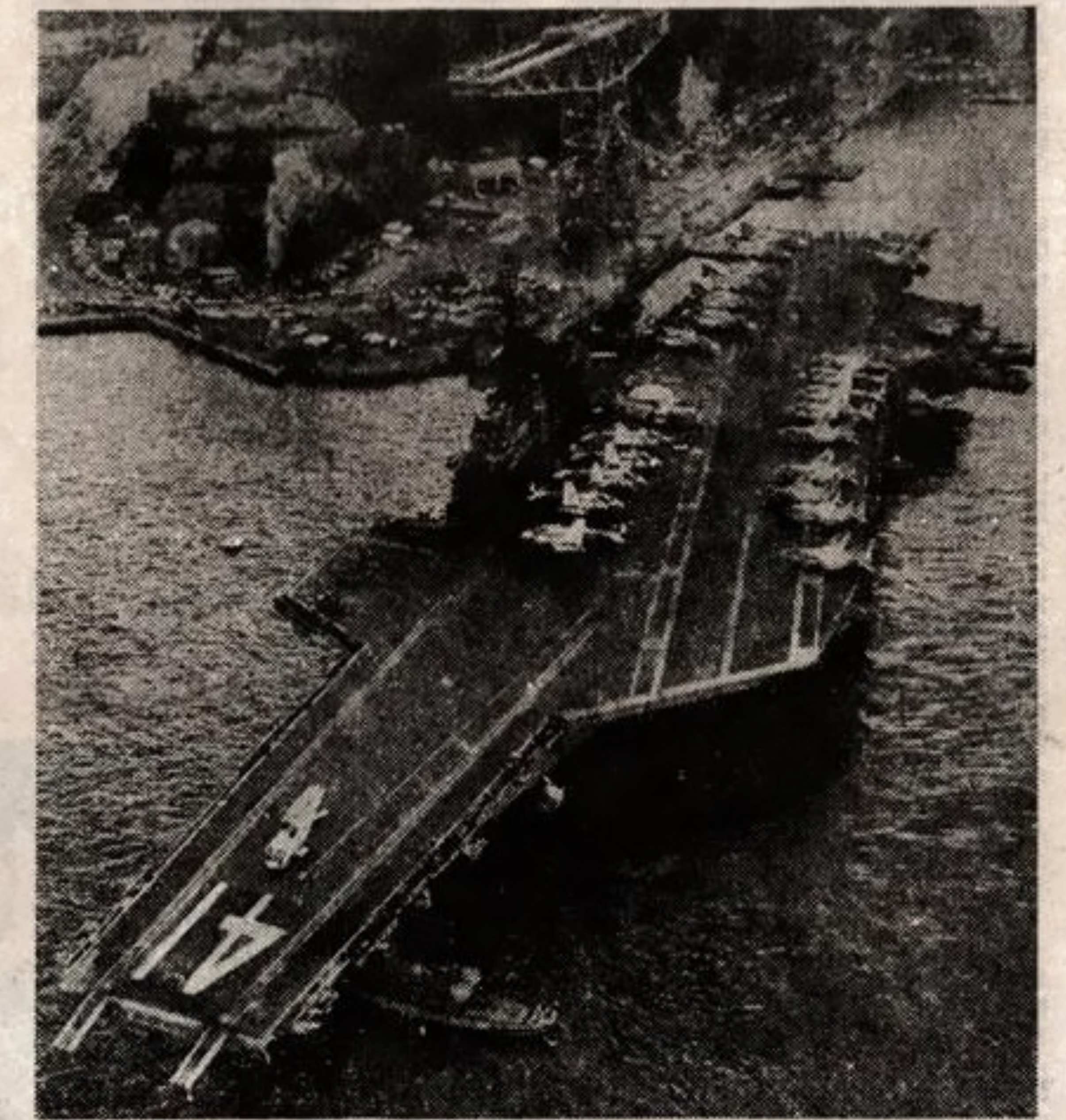
Die Enthüllung dieser Tatsachen damals, wovon die japanische Regierung natürlich nie etwas gewußt haben will, fiel ironischerweise mit dem Zeitpunkt zusammen, als der ehemalige Premier Eisaku Sato den Friedensnobelpreis verliehen bekam. So mußte die japanische Regierung von der US-Regierung eine offizielle Erklärung zu den Zeugenaussagen verlangen. Von Seiten der US-Regierung wurden die Behauptungen von La Rocque nicht dementiert, es hieß lediglich, daß „*das La Rocque-Zeugnis auf keinen Fall als repräsentativ für die Ansichten der US-Regierung gesehen werden darf*" (ebenda). Das einzige, was von der US-Regierung zurückgewiesen wurde, war die Aufforderung La Rocques, alle US-Atomwaffen aus dem Ausland nach den USA zurückzuziehen!

Auf Seiten der japanischen Regierung wurde diese offizielle Erklärung der USA jedoch so interpretiert, als hätte die US-Regierung die Glaubwürdigkeit der La Rocque-Aussage bestritten. Auch eine parlamentarische Untersuchung der Aussagen der US-Kriegsschiffbesatzung wurde nie zugelassen mit der arroganten Argumentation, daß Zeugenaussagen von Seeleuten nicht glaubwürdig seien! Die neueste Zeugenaussage stammt jedoch vom US-Marinesekretär, einer der führenden Personen in der US-Regierung. Obwohl die japanische Regierung nun mehrmals aufgefordert wurde, der Sache nachzugehen und über diplomatische Wege eine neue Stellungnahme von der US-Regierung zu fordern, ist noch nichts unternommen worden. Der japanische Premier Fukuda sieht überhaupt keinen Anlaß, „*da Japan die offizielle Stellungnahme der US-Regierung bereits zu der Zeit, als die La Rocque-Aussage Aufruhr erzeugte, erhalten habe*" („Asahi Evening News", 9.2.78). Ferner erklärte er, daß die USA versprochen hätten, die atomare Verzichtpolitik Japans zu beachten (ebenda).

Die bislang unwiderlegten Enthüllungen über den ungehinderten Zugang von Atomwaffen nach Japan machen den wahren Charakter der japanischen „Friedens"politik deutlich. Sie dient nur der Verschleierung einer zielstrebigen Politik, Japan wieder auch in politischer und militärischer Hinsicht zu einer Großmacht im asiatischen Raum zu machen.

Die offensichtliche stillschweigende „Duldung" durch die japanische Regierung dürfte sich allerdings nicht nur auf eine „vorübergehende" Einführung atomarer Waffen nach Japan beschränken, sondern sich auch auf die langfristige Lagerung von Atomwaffen in Japan beziehen. Dies ist allerdings nur schwer nachweisbar. Fest steht nur, daß die Flugzeuge der Midway vor dem Erreichen des Hafens Yokosuka normalerweise nach Atsugi oder Misawa (zwei US-Luftstützpunkte in Japan) fliegen. Inwieweit diese Flugzeuge Atomwaffen an Bord haben und diese auf den Luftstütztpunkten entladen, läßt sich nicht feststellen. Es ist lediglich bekannt, daß ein US-Düsenjäger im Herbst 1977 in Yokohama auf dem Rückflug zur Midway abgestürzt war, atomare Waffen jedoch nicht gefunden wurden. Dennoch wurden auch innerhalb Regierungskreisen sehr starke Besorgnisse bezüglich der Gefährdung der Bevölkerung laut. Im vergangenen Jahr hat allein die Midway sechsmal Yokosuka angelaufen. Bei 70 Atombomben pro Anlauf hieße das 420 Atombomben im Jahr!

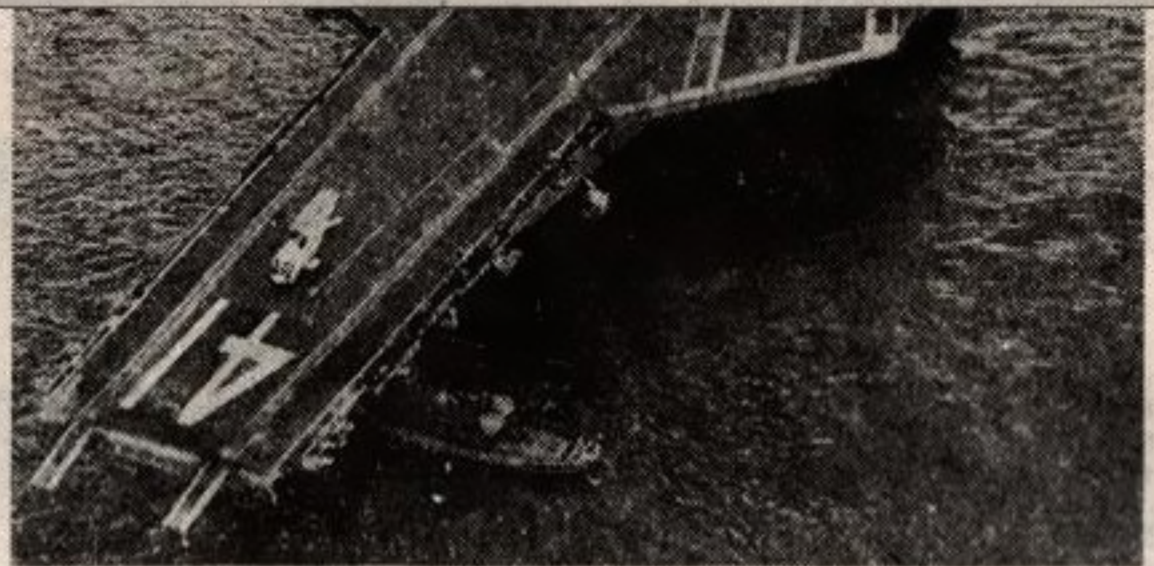
Asien-Australien-Kommission



Atomwaffenträger Midway in Yokosuka

worden waren, nämlich Verzicht auf Produktion, Besitz und Einfuhr atomarer Waffen. Ferner heißt es im Artikel 6 des US-japanischen Sicherheitsvertrages, daß jede „größere Veränderung" in der Ausrüstung der US-streitkräfte in Japan einer vorherigen Konsultation mit der japanischen Regierung bedarf, was allerdings bisher noch nie stattgefunden hat.

Bereits 1974 kam es zu der Enthüllung, daß US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen, diese vor dem Anlegen in fremden Häfen nicht ausgeladen würden (so US-Konteradmiral La Rocque vor dem US-Kongreß). Wörtlich: „... Außer den amerikanischen Flugzeug-



Atomwaffenträger Midway in Yokosuka

und diese auf den Luftstütztpunkten entladen, läßt sich nicht feststellen. Es ist lediglich bekannt, daß ein US-Düsenjäger im Herbst 1977 in Yokohama auf dem Rückflug zur Midway abgestürzt war, atomare Waffen jedoch nicht gefunden wurden. Dennoch wurden auch innerhalb Regierungskreisen sehr starke Besorgnisse bezüglich der Gefährdung der Bevölkerung laut. Im vergangenen Jahr hat allein die Midway sechsmal Yokosuka angelaufen. Bei 70 Atombomben pro Anlauf hieße das 420 Atombomben im Jahr!

Asien-Australien-Kommission

Kurzmeldungen

Technologievertrag BRD — Neuseeland

Ende Januar wurde bekannt, daß die Bundesregierung mit Neuseeland einen sog. Vertrag „*über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit*" abgeschlossen hat. Der Vertrag soll die „*wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zu friedlichen Zwecken zwischen zivilen Stellen und Organisationen im öffentlichen und privaten Bereich jedes Landes*" fördern (Wortlaut des Vertrages lt. „New Zealand Headlines", 19.1.78). Beide Regierungen werden über den Vertrag verpflichtet, gemeinsame Projekte etc. zu fördern und „*die Kosten ihrer Verpflichtungen aufgrund von Kooperationsprogrammen*" zu tragen.

Tatsächlich verbirgt sich hinter diesem Vertrag nichts anderes als die Verpflichtung Neuseelands, westdeutsche Investitionen zu fördern usw. Eine „Zusammenarbeit" wird angesichts des unterschiedlichen technischen Standes beider Staaten immer ein einseitiger Verkauf westdeutscher Technologie sein. Ein ähnlicher Vertrag, abgeschlossen mit Australien, hat bisher zu zahlreichen westdeutschen Investitionsprojekten geführt (Kohleverflüssigung, Uranabbau etc.) — aber niemals umgekehrt zu australischen Projekten in der BRD.

* * *

Solidarität mit dem thailändischen Widerstand!

Zur Unterstützung des Widerstandes des thailändischen Volkes gegen die faschistische Militärjunta wird von den Thailand-Solidaritätsgruppen zur Zeit eine medizinische Spendenkampagne durchgeführt. Nachstehend der Aufruf des französischen Komitees:

„*In den Regionen, in denen der Widerstand gegen die Militärjunta wächst, leiden Bevölkerung und Gegner des Regimes stark unter den fortgesetzten Angriffen der Regierung. In den nördlichen und südlichen Provinzen Thailands wurden tausende Menschen getötet oder verletzt.*

Der Widerstand leidet ebenfalls unter dem starken Mangel an medizinischen Ausrüstungen, Medizin, Verbandsmaterial usw. Wir müssen ihnen effektive Unterstützung geben.

Deshalb veröffentlicht das 'Komitee für Solidarität mit dem thailändischen Volk' einen Appell zur Erfüllung des Hilfsprogramms. Das Ziel ist es, dem Widerstand innerhalb einiger Monate 500 Kartons dringend benötigten Sanitätsmaterials zu schicken. Die voraussichtlichen Kosten werden etwa 50.000 Franc betragen" (lt. „Ost-Timor aktuell" Nr. 2/3, 78).

Spenden nimmt das französische Komitee entgegen:
Jean Guilvout
C.C.P. 1273-69 W
Limoges/Frankreich
Kennwort: „SOS-Medical"
Selbstverständlich können Spenden auch auf unser Spendenkonto überwiesen werden.

* * *

SU will AKW an Philippinen liefern

Die Sowjetunion hat der faschistischen Marcos-Diktatur auf den Philippinen „*die Lieferung eines Atomkraftwerkes als Ersatz für das in den USA bestellte umstrittene Kraftwerk*" („FAZ", 15.2.78) angeboten.

Gleichzeitig hat die SU „*Hilfe bei der Erschließung der eigenen Uranvorkommen angeboten*" (ebenda). Allem Anschein nach soll das Zustandekommen des Handels durch besonders günstige Kreditbedingungen subventioniert werden. Die Rede ist von Krediten zu 2% Zinsen („FAZ", 15.2.78). Ein solches Geschäft würde, falls es zustandekommt, die Lebensdauer der Marcosdiktatur verlängern. Die Philippinen würden mit Errichtung von Atomkraftwerken noch mehr zum lohnenden Investitionsziel der Imperialisten und das faschistische Regime käme auf diese Weise auch in den Besitz von Atomwaffen.

* * *

Pakistan: Weitere Absage für Wahlen

Die im letzten Jahr von den pakistanischen Militärs angekündigten allgemeinen Wahlen sind nach jüngsten Aussagen noch weiter in die Ferne gerückt. „*Pakistan kann vorerst nicht auf freie Wahlen hoffen, sondern wird aller Voraussicht nach noch geraume Zeit unter Militärherrschaft leben müssen*" („FAZ", 1.3.78). Wahlen sollen erst stattfinden, wenn „*Garantien für positive Ergebnisse*" bestehen — also erst dann, wenn die Militärs sicher sind, daß die Wahlen zur Schmierenkomödie werden.

Neben dieser Verlautbarung wurden die demokratischen Rechte weiter eingeschränkt. So dürfen ab sofort Politiker, deren Namen im Regierungsanzeiger veröffentlicht werden, keinerlei politische Arbeit mehr leisten. Nach Darstellung der „FAZ" würden mindestens 500 Politiker unter diese neue Verordnung fallen („FAZ", 1.3.78).

Australische Gewerkschaften setzen Urabstimmung über Uranboykott ab!

Die vom australischen Gewerkschaftsdachverband nach dem Wahlsieg der rechten Regierungskoalition angekündigte Urabstimmung über die Wiedereinführung des generellen Uranboykotts wurde jetzt endgültig abgesetzt!

Der angebliche Grund ist, daß es keinen Überblick über die Mitgliedschaft gibt, die tatsächlich mit dem Uran zu tun hätte („Australasian Express", 3.2.78). Dies ist natürlich Nonsens, da es ursprünglich um eine Urabstimmung aller gewerkschaftlich organisierten australischen Arbeiter ging!

Statt in einer Urabstimmung soll der weitere Kampf gegen den Uranabbau nun auf einer ACTU-Konferenz geklärt werden. Diese Konferenz jedoch ist keineswegs repräsentativ. Verschiedene große Gewerkschaften protestierten, da „*auf der Konferenz jede der 130 Gewerkschaften zwei Stimmen hat, unabhängig ihrer zahlenmäßigen Stärke*" (-do-). Verschiedene große Gewerkschaften, wie die „Transportarbeiter Union" und die „Vereinigten Metallarbeiter" haben dem Kongreß deshalb das Recht abgesprochen, die gewerkschaftliche Bewegung und Basis zu repräsentieren (-do-).

Ganz offensichtlich ist hier geplant, über einen manipulierten Kongreß erneut dem Uranabbau zuzustimmen und den angekündigten Boykott endgültig vom Tisch zu bekommen! Angesichts dieser erneuten Bedrohung für die Front der Urangegner haben die verschiedenen Initiativgruppen für März eine neue Großdemonstration angekündigt.



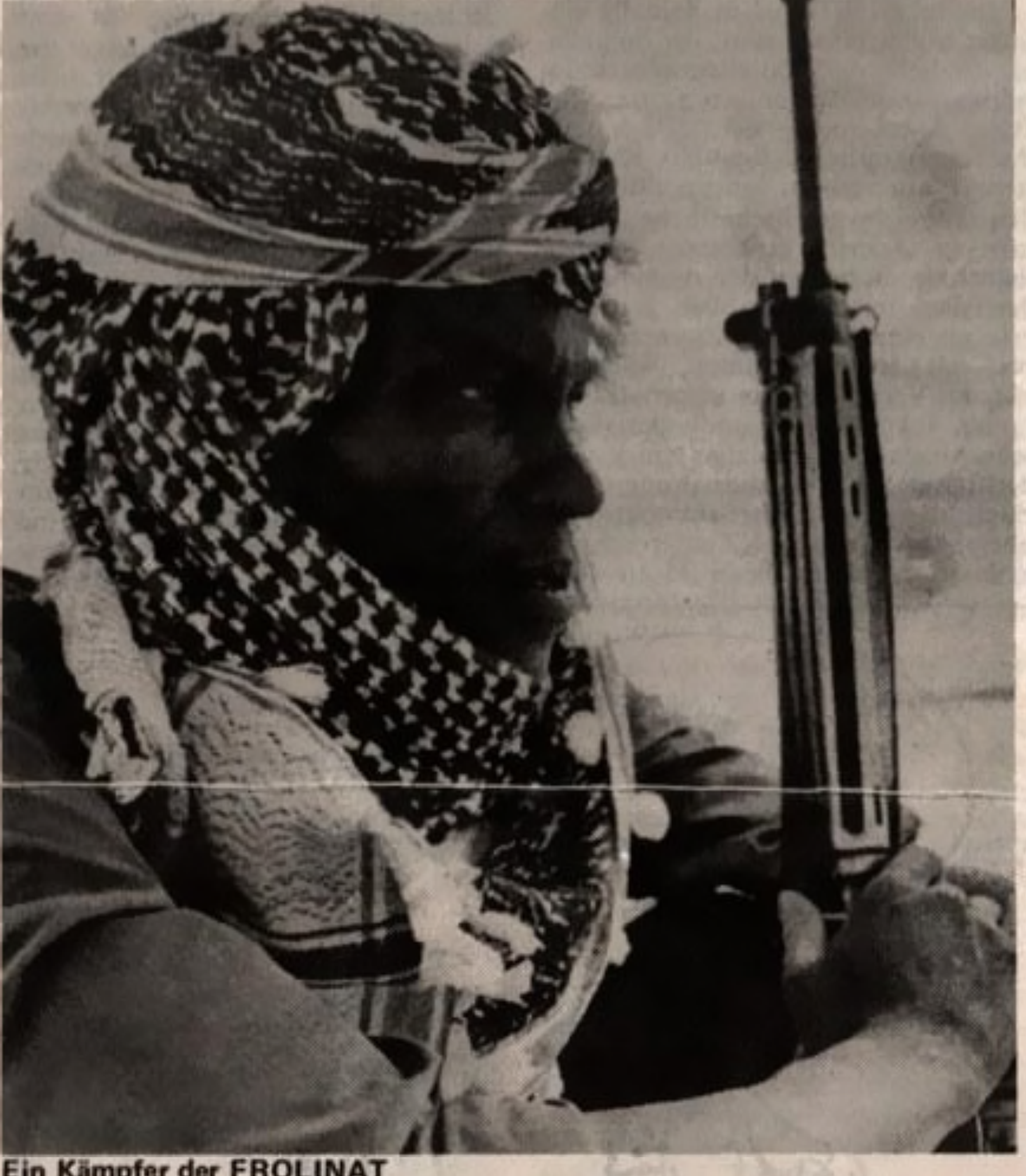
Tschad: Sieg der FROLINAT - Waffenstillstand?

Mit der Eroberung der zweitgrößten Stadt des Tschad, Faya-Largeau sowie der Oase Fada kontrolliert nun die Befreiungsbewegung FROLINAT fast völlig die große Nordprovinz des Tschad, Borkou-Ennedi-Tibesti, die gut die Häfte des ganzen Landes umfasst. Angesichts dieser Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der FROLINAT hat das Malloum-Regime seine Politik der „nationalen Versöhnung" und Integration gegenüber der FROLINAT verstärkt, wobei es massive Unterstützung vor allem durch Libyen erhält, das bisher die FROLINAT unterstützt hatte.

Seit 1969, besonders aber in den letzten 1 1/2 Jahren hat Libyen die FROLINAT durch Lieferungen von Waffen und Versorgungsgütern unterstützt. Die Befreiungsbewegung konnte ein Büro sowie einen Radiosender in Tripolis unterhalten. Das Verhältnis war jedoch nicht ganz ohne Widersprüche. Seit Jahren beansprucht Libyen einen Streifen Land an der Nordgrenze des Tschad, in dem Uran vermutet wird. So bestand einerseits ein gemeinsames Interesse Libyens und der FROLINAT an einer Schwächung bzw. Zerschlagung des neokolonialen Malloum-Regimes. Andererseits hatte die FROLINAT den libyschen Gebietsanspruch bisher sowenig anerkannt wie das Malloum Regime.

Diese Frage, wieweit das Bündnis der FROLINAT mit Libyen gehen könne, spielte auch eine wichtige Rolle bei der Absetzung des FROLI–NAT-Führers Hissen Habre vor einem Jahr, der gegen ein zu enges Zusammengehen mit Libyen eingetreten war.

Als die Erfolge der FROLINAT bei Faya-Largeau und Fada von Malloum nicht mehr zu verhindern waren, begann er seine Politik der „nationalen Versöhnung", indem er einen „Vertrag" schloß mit dem abgesetzten, „anti-libyschen" Hissen Habre. In diesem Vertrag wurden zum einen Köder ausgelegt: Beteiligung der FROLINAT an dem korrupten neokolonialen Regime durch Ministerposten. Zum anderen enthielt er Zugeständnisse: Die Freilassung aller politischen Gefangenen, auch der gefangenen FROLINAT-Mitglieder. (Die Freilassung soll inzwischen stattgefunden haben – „Le Monde", 20.2.) Dieser Vertrag wurde am 22.1. abgescholssen, also noch bevor der eigentliche Höhepunkt der FROLINAT-Offensive im Norden errreicht war.


Ein Kämpfer der FROLINAT

Zugleich versuchte das Malloum-Regime, den erfolgreichen Feldzug der FROLINAT propagandistisch umzulügen und ihn lediglich als Folge einer angeblichen massiven Intervention Libyens hinzustellen. Die Propagandahetze ging sogar soweit, Libyen vor dem UNO-Sicherheitsrat der „bewaffneten Aggression" gegen den Tschad zu beschuldigen Es folgte eine interessante Entwicklung: Unter Beteiligung des Sudan, Nigers, Libyens und des Tschad-Regimes fanden Verhandlungen statt, die mit der Verkündigung eines „Waffenstillstandes" im Tschad durch Gadhafi endeten! Zudem sollen Ende März Verhandlungen Malloums mit „allen Fraktionen" der FROLINAT stattfinden (LM, 21.2., NZZ 1.3.).

Das Malloum-Regime zog daraufhin seine Klage gegen Libyen vor dem UNO-Sicherheitsrat zurück und nahm die im Zuge der Hetze vor einigen Wochen unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Libyen wieder auf (LM, 22.2.).

Die Meldugen über die Reaktion der FROLINAT sind widersprüchlich. In Paris wurde ein Kommunique von der FROLINAT veröffentlicht, welches versichert, daß die Befreiungsbewegung den Kampf fortsetzen wird (LM, 22.2.). Andererseits hieß es in einer Sendung des in Tripolis stationierten Senders der FROLINAT, *„die FROLINAT-Verbände hätten ihre militärischen Ziele bei der im vergangenen Juli begonnenen Offensive im Norden des Tschad und mit der Einnahme der Hauptstützpunkte Bardai, Zouar, Ounianga-Kebir, Fada und Faya-Largeau erreicht. Nach der Befreiung dieser Zone könne jetzt eine Feuerpause eintreten."* Der Sender kündigte jedoch weiter an, *„daß es mit jenen, die der französische Imperialismus an die Spitze unseres Landes gesetzt habe,"* (gemeint ist das Malloum-Regime) *„keinen Kompromiß geben könne."* („SZ", 21.2.78).

Die Frage ist nun, wie sich Libyen angesichts seiner neu verkündeten Einigkeit mit Malloum gegenüber der FROLINAT verhalten wird. Dabei dürfte es eine Rolle spielen, daß Libyen angesichts seiner Gebietsinteressen an der Nordgrenze des Tschad an einer allzu starken FROLINAT nicht interessiert sein kann und hierin zum Teil auch eine Erklärung für die Annäherung an das Malloum-Regime liegt.

Die Frage ist auch, wieweit es Malloum gelingt, Kräfte aus der FROLINAT für eine Beteiligung an seinem Regime zu gewinnen. Er baut dabei auf die Tatsache, daß neben der starken antiimperialistischen Stoßrichtung der FROLINAT noch eine andere wichtige Triebfeder ihres Kampfes besteht: Die Überwindung der ungeheuren Armut und Benachteiligung der Menschen aus den Nordgebieten des Tschad gegenüber dem Süden des Landes, ihren bisher völligen Ausschluß von jeglicher Machtposition des Regimes – eine Hinterlassenschaft der Spaltungstaktik der französischen Kolonialherren zwischen Nord und Süd.

Afrika-Kommission

Faya-Largeau und Fada von Malloum Köder ausgelegt: Beteiligung der (Die Freilassung soll inzwischen Ziele bei der im vergangenen Juli Afrika-Kommission

SWAPO: Wir kämpfen gegen UNITA!

Der 2. Ausgabe des neuen SWAPO-Organs „Namibia Today" entnehmen wir folgende Passagen über die Rolle der angolanischen Marionettenbewegung UNITA in Namibia:

„Die südafrikanische Militärpräsenz in Namibia richtet sich nicht nur gegen die Namibianer, sondern auch gegen das angolanische Volk. Seit August 1975, dem Zeitpunkt seiner Invasion in Angola hat das südafrikanische Regime offen alle Versuche der UNITA, die MPLA-Regierung zu destabilisieren, unterstützt. Die militärische Strategie Südafrikas in Namibia schließt nun die Verwendung von UNITA-Truppen, die es ausrüstet und trainiert, gegen die SWAPO ein.

Die UNITA-Einheiten in Namibia sind in zwei Bereiche eingeteilt. Eine Gruppe ist im Norden stationiert und wird als Südafrikas erste Verteidigungslinie gegen PLAN-Kader (PLAN = Militärischer Arm der SWAPO) benutzt, die die Grenze von Angola überqueren. Verkleidet als SWAPO-Einheiten, brennen UNITA-Leute Häuser nieder, stehlen Vieh und terrorisieren die örtliche Bevölkerung. Die Schuld hierfür wird dann der SWAPO zugeschoben.

Die andere UNITA-Sektion ist in Zentral-Namibia und in Windhuk stationiert. Sie wird benutzt, um Unruhe zu stiften, indem Leute, vor allem SWAPO-Mitglieder und -Sympathisanten, zusammengeschlagen werden. In Katatura, dem schwarzen Township außerhalb Windhuks, in Rossing und anderen Bergwerks-Compounds, ist UNITA verantwortlich für den Diebstahl von Geld, Kleidung und Nahrungsmitteln und für die Zerstörung von Habseligkeiten der Leute dort.

Die UNITA selbst hat der SWAPO den Krieg erklärt. Ihr Führer, Jonas Savimbi, hat den Westen beschuldigt, Namibia an die Sowjetunion auszuverkaufen, die durch SWAPO „repräsentiert" sei. Er weiß, daß seine Gruppe nicht mehr operieren kann, wenn SWAPO an die Macht kommt. Er hat sich deshalb geschworen, SWAPO weiter zu bekämpfen und **jegliche Wahlen zu stören, um zu verhindern, daß SWAPO an die Macht kommt.** (Hervorhebung im Original – Anm. AK). *Er hat auch gesagt, er werde die angolanischen „Flüchtlinge" in Namibia dazu bringen, für die Turnhallen-Marionetten zu stimmen. Diese sogenannten Flüchtlinge sind Angolaner, die von UNITA zwangsrekrutiert wurden und mit Waffengewalt gezwungen wurden, Anfang des Jahres nach Namibia überzuwechseln. Südafrika hat damals sofort die Propagandalüge verbreitet, sie würden vor der MPLA-Regierung fliehen...*

Es ist unwahrscheinlich, daß Südafrika versuchen wird, UNITA-Söldner während der Wahl zu benutzen und die Verantwortung für ihre Aktivitäten zurückweisen wird, bzw. sie der SWAPO zuzuschieben. Diese Möglichkeit wird nicht verhindert, wenn Südafrikas Truppen auf ihre Kasernen beschränkt werden. Es muß einen vollständigen Rückzug der südafrikanischen Truppen und ihrer UNITA-Banditen geben. Sonst bleiben die Ursachen des Krieges bestehen und könne nur mit Waffengewalt beseitigt werden."
(„Namibia Today", No 2, 1977, S. 5 - 7).

Afrika-Kommission

Zaire: 2000 Dorfbewohner durch Mobuto- Truppen massakriert

Im Januar 1978 richteten zairische Militäreinheiten in der Unterregion Idiofa, Provinz Bandundu, ein furchtbares Massaker unter den Einwohnern verschiedener Dörfer an, bei dem mindestens 2.000 Menschen getötet wurden.

Dies hat das belgische Zaire-Komitee in Erfahrung bringen können, das über sehr gute Kontakte zur zairischen Opposition verfügt. Die Meldung wurde sofort nach ihrem Bekanntwerden am 21. Februar über belgische Presseagenturen verbreitet („Info Zaire", Februar '78).

Über internationale Reaktionen auf diesen erneuten blutigen Terror-Akt des faschistischen Mobutu-Regimes ist uns bislang nichts bekannt geworden.

Als Vorwand für das Massaker dienten Protestaktionen unzufriedener Plantagen-Arbeiter auf den Palmbaum-Farmen gegen die ihnen bezahlten Hungerlöhne, bei denen ein örtlicher Verwaltungschef den Tod fand.

Der Widerstand in Bandundu hat eine lange Tradition. Die Bevölkerung dieser Provinz nahm zwischen 1963 - 65 aktiv am Mulele-Aufstand teil (vgl AK 103). Seit etwa einem Jahr hat das Mobutu-Regime die Repression gegen die Bandundu-Bevölkerung verschärft. Unter anderem wurden mehrere hohe Offiziere dieser Region aus der Armee entlassen und einige davon hingerichtet.

Vor ein paar Jahren wurde die in Bandundu lebende Frau des 1968 in Kinshasa hingerichteten Mulele von der zairischen Geheimpolizei ermordet. Zu den Opfern des jetzigen Terror-Anschlags zählt auch die Mutter Muleles, für die Anfang Februar von der Bevölkerung von Kinshasa Trauerkundgebungen organisiert wurden („Info Zaire", Februar '78).

Afrika-Kommission



In den USA ausgebildet: Schwarze Manager für Zimbabwe

Acht zimbabwesche Studenten wurden aus der Pittsburgh-Universität (USA) ausgewiesen, weil sie gegen die Lehrinhalte protestiert hatten, mit denen sie im US-amerikanischen Interesse zu Managern eines neokolonialen Zimbabwe ausgebildet werden sollten. Die 8 gehörten zu einer Gruppe von 25 Studenten, die im Juli '77 in Rhodesien angeworben wurden, um an dem US-Schulungsprogramm „Carnegie-Mellons-Rhodesia-Project" als Stipendiaten teilzunehmen. Das Projekt war ihnen als „rein akademisch" und „unpolitisch" dargestellt worden.

Bereits nach wenigen Wochen mußten die Studenten erkennen, welchen Zwecken die Lehrinhalte in Wirklichkeit dienten. Die 19 Schwarzen unter ihnen veranstalteten darüber eine Pressekonferenz, wo sie u. a. erklärten:

„Die Absicht dieses Programms ist es, einen Kern von prowestlichen Marionetten zu schaffen, die als ein Hemmschuh gegen das wahre Anliegen der Volksrevolution in Zimbabwe stehen sollen und den ökonomischen, politischen und diplomatischen Interessen der Urheber des Programms dienen sollen. (...) Wir sind sehr enttäuscht von diesem Programm und lehnen es strikt ab, als Werkzeug zur Wahrnehmung heimtückischer ausländischer Interessen in unserem eigenen Land benutzt zu werden. Dies ist weder in unserem, noch im Interesse Zimbabwes."

Direkt nach dieser Pressekonferenz wurden die Studenten vor die Alternative gestellt, entweder ohne weitere Proteste dem Programm zu folgen oder binnen 72 Stunden nach Rhodesien ausgeflogen zu werden.

Acht der Studenten unterwarfen sich dieser Alternative nicht. Sie traten in Unterrichtsboykott, forderten eine angemessene Ausbildung an anderen Universitäten. Gleichzeitig enthüllten sie, daß die Geldgeber des Projekts dick im Rhodesien-Geschäft steckende US-Konzerne sind wie z.B. Allegheny Ludlum (Chrom) und Union Carbide. Sie deckten auch auf, daß vor dem Start des Projekts enge Absprachen stattfanden zwischen Universitätsleitung und den Spitzen des Rassisten-Regimes, u. a. Außenminister Van der Byl.

Am ungeschminktesten aber wurde das Ziel des Projekts deutlich aus einem Papier, welches den Studenten während ihrer Recherchen in die Hände fiel. Mit diesem Papier
lich aus einem Papier, welches den Studenten während ihrer Recherchen in die Hände fiel. Mit diesem Papier
wurde vor dem Start des Projekts dafür bei US-Geldgebern geworben. Es trägt den Titel *„Rhodesien – Zeit zum Wählen und Handeln"* und fordert heuchlerisch dazu auf, *„weiterhin nach Wegen zu suchen, um Rhodesien beim friedlichen Übergang zu einer Mehrheitsregierung zu helfen. (...) Wir schlagen vor, nun damit zu beginnen, schwarze Rhodesier zu schulen, die eventuell Teil einer schwarzen Mehrheit und ihrer Regierung werden könnten. (...) Aus politischen Gründen wäre es erforderlich, an die Spitze des öffentlichen Sektors in einer schwarzen Mehrheitsregierung Schwarze zu setzen."*

Und dann wird die Katze aus dem Sack gelassen, wie die Projektplaner sich dies Rhodesien vorstellen:

„Dieser optimistische Plan beinhaltet, daß ein Bedarf nach Schwarzen besteht, die geübt sind in politischer Analyse und die etwas vom Funktionieren einer M a r k t w i r t s c h a f t und von dem Verhältnis zwischen solch einer Wirtschaft und der Regierung verstehen!"

Es soll also ein Staat errichtet werden wie z. B. in Kenia, wo hinter der Fassade eines „schwarzen" reaktionären Staatswesens die weißen Siedlerfamilien und die imperialistischen Konzerne weiterhin ihr Ausbeuterregime betreiben. Die Studenten stellten dazu auch fest, daß dies ohne die Niederschlagung der gegenwärtigen Befreiungsbewegungen in Zimbabwe nicht realisierbar wäre.

Nach ihren Enthüllungen über dieses Mosaiksteinchen in den neokolonialistischen Plänen der USA sind die Studenten nunmehr ohne Studienplatz, Unterkunft und Einkommen. Immerhin konnte ihre entschlossene Öffentlichkeitsarbeit jedoch ihre Ausweisung nach Rhodesien – wo mit Sicherheit der Kerker auf sie wartet – verhindern (Nach „Tansania Daily News", 22.1.78).

Afrika-Kommission

„KPD" und KBW zum Horn von Afrika

Nachdem die „KPD" und KBW in der Angola-Frage 1976/77 in der westdeutschen Linken relativ weitgehend in die Isolation geraten waren (insbesondere der KBW mußte Federn, bzw. Mitglieder lassen) und auch der Befreiungskampf um Zimbabwe nicht gerade geeignet ist, den „Sozialimperialismus" in seiner ganzen Gefährlichkeit zu „entlarven", so scheint jetzt die Stunde gekommen, diesen verlorenen Boden wieder wettzumachen. Dem „Horn" von Afrika wird von den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik immer größere Aufmerksamkeit zuteil. Die unverhüllte Machtpolitik der Sowjetunion, die das militärische Potential für die Unterdrückung der äthiopischen Völker dem DERG-Regime zur Verfügung stellt, ist der Anknüpfungspunkt für ausgedehnten „Analysen", die den „Sowjetimperialismus" und seine „Machenschaften" in den Mittelpunkt stellen. Endlich scheint man konkret nachweisen zu können, daß die Sowjetunion „Hauptkriegstreiber" und die „gefährlichere Supermacht" ist. In jüngster Zeit können sich auch die Befreiungsbewegungen am Horn von Afrika einer allerdings zweifelhaften Sympathie vaterländischer Kreise erfreuen, insofern sie gegen diejenigen Kräfte kämpfen, die derzeit von der Sowjetunion unterstützt werden. In der Vergangenheit,
scher Kreise erfreuen, insofern sie gegen diejenigen Kräfte kämpfen, die derzeit von der Sowjetunion unterstützt werden. In der Vergangenheit,
als sie einen langen und blutigen Kampf gegen den US-Imperialismus führten, wurden sie bestenfalls mit Stillschweigen übergangen (wenn es nicht gar zu direkten Angriffen kam).

Es wird in diesem Artikel zu zeigen sein, daß die politische Analyse der Antiimperialisten der Region – insbesondere der EPLF (Eritrea) – in vollem Widerspruch zu den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik steht. Denn deren Verherrlichung der afro-arabischen Reaktion und das Totschweigen der US-Imperialistischen Offensive am Roten Meer ist gegen jede antiimperialistische und sozialistische Zukunftsperspektive am Horn von Afrika gerichtet.

Es wird weiterhin zu zeigen sein, wie skrupellos diese Wetterfahnenpolitiker frühere Einschätzungen (vor allem gegenüber Somalia) über Bord werfen und direkt ins Gegenteil verkehren, wenn es dem „antihegemonistischen Kampf" dient. So hat sich die Verdammung des somalischen „Chauvinismus" über Nacht in eine Befürwortung des „Selbstbestimmungsrechtes der Somalis" verwandelt . . .

Den letztlich proimperialistischen „Analysen" des KBW und der „KPD" stehen Aussagen der Revisionisten gegenüber, die in ihren Beschimpfungen der eritreischen „Sezessionisten" etc. nicht weniger reaktionär sind. Die komplizierte Lage am Horn von Afrika hat insofern den „Vorteil", daß sehr deutlich zutage tritt, daß sowohl die Revisionisten, wie auch die Nachbeter der chinesischen Außenpolitik ein nur t a k t i s c h e s Verhältnis zum antiimperialistischen Kampf der Befreiungsbewegungen haben – allem Wortgeklingel zum Trotz. Dies stellt allerdings die Befreiungskämpfer am „Horn" vor ungeheure Probleme, denn ein begrenztes Bündnis mit dem Sowjetrevisionismus gegen den US-Imperialismus – wie es im südlichen Afrika z.T. möglich ist – liegt nicht drin.



Ein kurzer Rückblick

Die raschen Veränderungen am Horn von Afrika lassen es sinnvoll erscheinen, zum besseren Verständnis die Entwicklung in den letzten Jahren zu skizzieren. Auf diesem Hintergrund läßt sich die Politik der vaterländischen Kreise erst angemessen einschätzen.

Im Jahr 1969 fand in Somalia ein linker Militärputsch statt, der Somalia an die Seite der Antiimperialisten in Afrika führte. Davon zeugen u.a. die frühe Anerkennung der MPLA und der Demokratischen Republik Westsahara. Im Bereich der Innenpolitik wurden zahlreiche gesellschaftliche Reformen in Angriff genommen, wobei jedoch der Bezug auf den dominierenden Islam stets erhalten blieb. Zugleich erfolgte eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, während sich das Verhältnis zum Imperialismus rapide abkühlte. Die antiimperialistische Ausrichtung Somalias wurde von den bürgerlichen Medien prompt mit einer typischen Greuelpropaganda »belohnt«; ‚Somalia, KZ und russische Kolonie' — unter dieses Motiv läßt sich die bürgerliche Hetze zusammenfassen. Angebliche sowjetische Stützpunkte in Bebera und Mogadischu »verbürgten« die totale Unterwerfung unter den »Kreml« . . . Die Existenz dieser Stützpunkte ist sowohl von
punkte in Bebera und Mogadischu »verbürgten« die totale Unterwerfung unter den »Kreml« . . . Die Existenz dieser Stützpunkte ist sowohl von
Somalia selbst wie von allen Antiimperialisten (von Machel bis Ratsirka, Madagaskar) stets bestritten und als imperialistische Zweckpropaganda (Verstärkung der USA- Präsenz im Indischen Ozean) gekennzeichnet worden.

In dieser Situation der bürgerlichen Diffamierung Somalias und auch der VR Jemen (ihr wurde ein sowjetischer Geisterstützpunkt in Aden zur Last gelegt) stimmten »KPD« und KBW in diesen Chor mit »antisozialimperialistischen« Tönen ein. So veröffentlichten sie mehrfach bürgerliche (FAZ') Propagandaskizzen, in denen Bebera und Mogadischu als sowjetische Stützpunkte aufgeführt waren (z.B. „KVZ", 6.3.75). Garniert wurde das Ganze, besonders seitens der »KPD«, mit Schauergeschichten über die »Besetzung Somalias« (siehe unten).

Die zweite große Veränderung am Horn von Afrika brachte die erfolgreiche Massen-Revolte gegen das feudalfaschistische Haile-Selassie-Regime. Ab 1974 übernahm schrittweise der Militärrat (DERG) die Macht. Dieser Prozeß zeigte ein doppeltes Gesicht: Massenaktionen, die in Afrika ihresgleichen suchten, standen angestrengte Versuche des DERG gegenüber, nicht die Kontrolle über diese Bewegung zu verlieren. Es wurde mit Zugeständnissen (Landreform) und blutiger Repression (Streikverbot, Liquidierung der revolutionären Linken) gearbeitet, um diesen Prozeß im Klasseninteresse der machtergreifenden bürgerlichen Klasse zu kanalisieren. Die Massen sollten für den kleinbürgerlichen DERG nicht mehr sein als Manövriermasse gegenüber den feudalen Grundbesitzern. Diese Politik, umhüllt mit scheinradikalen Phrasen, zeigte ihren wahren Klasseninhalt vor allem an der fortgesetzten Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Äthiopien. Auch der Krieg gegen Eritrea ging weiter. Zu diesem Zeitpunkt war der dominierende Einfluß des US-Imperialismus noch ungebrochen und es kommt nicht von ungefähr, daß sowohl »KPD« wie KBW sich gegenüber den Volks- und Klassenkämpfen in Äthiopien in Schweigen hüllten (schließlich war Äthiopien ja ein Land der 3. Welt ...). Auch die eritreische Revolution wurde weitestgehend ignoriert!

Diese Haltung änderte sich erst in jüngster Zeit, nachdem die Sowjetunion in Äthiopien in die Lücke des US-Imperialismus gestoßen ist und sich Somalia verstärkt in das Lager der arabischen Reaktion integriert. Die Sowjetunion hatte Somalia aus machtpolitischen Überlegungen zugunsten des Einflusses im gewichtigeren Äthiopien fallengelassen, als der Ogadenkonflikt zwischen Somalia und Äthiopien den Kriegszustand heraufbeschwor. Im zu Äthiopien gehörenden und von Somalis besiedelten Ogaden wird seit Jahrzehnten gegen die amharischen Unterdrücker gekämpft. Mit der antifeudalen Revolte in Äthiopien schien daher im Ogaden der Zeitpunkt günstig, die Fremdherrschaft entgültig abzuschütteln. Im Spätsommer 77 kam es zur Eroberung des Ogaden durch die WSLF (Westsomalische Befreiungsfront) mit massiver somalischer Unterstützung. Es verstärkte sich der Eindruck, als würde die WSLF sich eng an die somalische Politik anlehnen, daher hat ein freier und zugleich antiimperialistisch orientierter Ogaden weniger Zukunftsaussichten als jemals zuvor.
die somalische Politik anlehnen, daher hat ein freier und zugleich antiimperialistisch orientierter Ogaden weniger Zukunftsaussichten als jemals zuvor.

Das militärische Eingreifen der Sowjetunion zugunsten Äthiopiens hat natürlich seitens der VR China zu scharfen Angriffen auf die »gefährlichere Supermacht« geführt. Im Windschatten dieser Position (s.u.) hat nun die »KPD« sich plötzlich zum großen Freund der äthiopischen und eritreischen Revolutionäre gemausert und auch der KBW wird nicht müde, vor den gefährlichen Manövern des »Sowjetimperialismus« am Horn zu warnen. Beiden Organisationen ist eigen, daß sie heute die Politik des US-Imperialismus — wenn überhaupt — nur am äußersten Rande erwähnen und systematisch verharmlosen.

Die Position der VR-China

Die VR China unterhält traditionell gute Beziehungen zu Somalia seit 1963, dies hat sich auch mit dem verstärkten sowjetischen Engagement in Somalia nicht geändert. Der Bau einer mehrere hundert Kilometer langen Straße zählt zu den größten chinesischen Hilfsunternehmen in Afrika.

China war also niemals der Meinung, Somalia sei je vom »Sozialimperialismus beherrscht«, wie übereifrige Interpreten hierzulande noch vor Jahresfrist geiferten.

Gegenüber dem Nachbarland Äthiopien verbesserten sich die Beziehungen mit der Rechtswende in der chinesischen Außenpolitik von 1969. 1970 besuchte Haile Selassi als eines der ersten Staatsoberhäupter die VR China nach der Kulturrevolution; dabei stellte die chinesische Führung einen Kredit von 42 Millionen englische Pfund zur Verfügung. Die den eritreischen Befreiungskämpfern seit 1965 zuteil gewordene chinesische Hilfe wurde eingestellt (»Chinas African Revolution«, Hutchison, 1975). Auch nach dem Sturz von Haile Selassie gewährte die VR China dem nachfolgenden DERG-Regime Hilfeleistungen vor allem auf dem landwirtschaftlichen Sektor.

Heute übernimmt die VR China den somalischen Standpunkt, insoweit sie Somalia zustimmt, daß es einen territorialen Konflikt mit Äthiopien gibt und daß man ihn als Erbe des Kolonialismus betrachten muß. Das äthiopische DERG-Regime wird allerdings nicht direkt, sondern über seinen Verbündeten, den »Sozialimperialismus«, indirekt angegriffen. Es heißt in einem Kommentar der Nachrichtenagentur »Neues China« vom 15. August 1977:

»Die Sowjetunion, die genau weiß, daß der territoriale Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien ein Überbleibsel des alten Kolonialismus ist, hat sich in die Affäre eingemischt und wühlt darin herum, mit Hintergedanken. Sie ging mit ihrem hinterhältigen Geschwätz einer Konföderation (zwischen Äthiopien und Somalia, Vorschlag Castros -AK) *hausieren, um den Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien zu intensivieren.«*

Nach der Ausweisung der sowjetischen Berater aus Somalia wird die Regierung in Mogadischu von der VR China natürlich in den höchsten Tönen gelobt. Die chinesische Führung enthält sich aber auch jetzt einer direkten Wertung der Ereignisse im Ogaden. Die Parteinahme für Somalia vollzieht sich in erster Linie durch das ausführliche Zitieren des somalischen Präsidenten Barres, durch astronomische Söldnerzahlen aus Kuba, DDR, etc. und durch das »Brandmarken« des »Sozialimperialismus« als »Hauptkriegstreiber in der Region« im Stile wie: *»Seit langem haßt das somalische Volk die Willkür der Sowjetunion ... Zweifelsohne wird die Geschichte beweisen, daß immer mehr Länder die wilden Ambitionen der sowjetischen Sozialimperialisten erkennen und sich Maßnahmen gegen ihre Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane entschließen«* (»Peking Rundschau«, 29.11.77). Auf eine direkte Verurteilung der äthiopischen Unterdrückung in Eritrea wird verzichtet, weil nach der »Drei-Welten-Theorie« alle Länder der »Dritten Welt« potentielle Verbündete im »antihegemonistischen Kampf« gegen die Sowjetunion sein könnten. Selbst wo es mit der »Logik« des Kampfes gegen den »Sozialimperialismus« vereinbar wäre, wird aus machtpolitischen Überlegungen eine Kritik der Unterdrückung tunlichst vermieden!...

„KPD" und KBW: Die „Einschnürung Europas"...

„KPD" und KBW: Die „Einschnürung Europas"...

Die Dominanz des US-Imperialismus in der Region am Roten Meer ist mit einem Blick auf die politische Landkarte leicht erkennbar. Seinen Einfluß macht er über seine reaktionären Vasallen Saudi-Arabien, Ägypten, Sudan, Nordjemen und Israel geltend, wobei Somalia und die WSLF sich inzwischen immer stärker in diese reaktionäre Front integrieren. Gleichzeitig wächst der Druck der arabischen Reaktion auf die Befreiungskämpfer in Eritrea. Demgegenüber sitzt die Sowjetunion in Äthiopien auf einem Pulverfaß. Angesichts der Intensität der Klassenkämpfe und der auseinanderstrebenden Kräfte der Minderheiten liegt die künftige gesellschaftliche und außenpolitische Entwicklung Äthiopiens durchaus noch im Ungewissen.

Vor diesem Hintergrund ist das Schwadronieren der vaterländischen Kreise und des KBW über den »Hauptfeind Sozialimperialismus« am Roten Meer ein reaktionärer Unfug. In der »Roten Fahne« der »KPD« werden folgende Schreckensvisionen beschworen: *»Das Ziel Moskaus ist, das Horn von Afrika am Ausgang des Roten Meeres und am Westufer des Indischen Ozeans unter Kontrolle zu bekommen vor allem* (!) *deswegen, weil hier die wichtigen Tankerrouten vom Nahen Osten nach Europa vorbeilaufen und unterbrochen werden könnten«* (23.11.77).

Ganz ähnlich auch der KBW: *»Von hier aus* (Ausgang des Roten Meeres) *kann der Tanker- und Frachtverkehr auf der »Ölroute« vom Persischen [Arabischen] Golf nach Westeuropa, die zu den Lebensadern des imperialischen Kapitals gehört, kontrolliert werden...«* (»KUK« 12/77).

Und diese Verbindungswege muß der *»Sowjetimperialismus beherrschen«*, um sich gegenüber *»der anderen Supermacht wie auch gegenüber den imperialistischen Mächten Westeuropas selbst zur Hegemonial-*

Fortsetzung auf Seite 57

Fortsetzung von Seite 56

macht aufschwingen« zu können (ebenda). Mit dieser Argumentation wird an übelste chauvinistische Instinkte appelliert, denn die »gefährdete Rohstoffversorgung« ist spätestens seit der berüchtigten »Ölkrise« Standartthema imperialistischer Aggressionspropaganda in der BRD. Genau auf dieser Ebene hat der Rechtsaußen der CDU/CSU, Todenhöfer, die BRD-Waffenhilfskredite für Somalia gerechtfertigt und gefordert. So erklärte Todenhöfer z.B., die *»Zusammenarbeit mit Somalia sei für unser Land im Augenblick aus sicherheitspolitischen Gründen sehr wichtig, weil die Gefahr bestehe, daß sonst das Horn von Afrika unter russische Vorherrschaft gerate und damit unsere Rohstoffversorgung gefährdet werde«* (»FR«, 23. Jan. 78).

Doch mit der »Einschnürung« Westeuropas gibt sich der »Sozialimperialismus« natürlich nicht zufrieden, es geht ihm auch um die *»Gewinnung von Stützpunkten an der ostafrikanischen Küste«* (»KUK« 12/77). Dagegen schätzt die »KPD« ein: *»Für die Sozialimperialisten wäre die Hegemonie über das Horn von Afrika eine gute Ergänzung zu ihren Anstrengungen, die westafrikanische Küste von Angola aus unter Kontrolle zu bekommen«* (»Rote Fahne«, »RF«, 24.8.77)!

Die Hauptkriegstreiber

Der »Sowjetimperialismus« ist für die vaterländische »KPD« und ihr Umfeld natürlich der »Hauptkriegstreiber« der Region. Der Versuch, ihn für jede politische und militärische Konstellation zum Hauptverantwortlichen zu stempeln, liegt zwar in der Logik der vaterländischen Position, führt aber in der Konkretion zu skurrilen und aberwitzigen Ergebnissen.

Solange sich die »russischen Besatzer« noch in Somalia aufhielten, war die Sache für die »Internationale Solidarität« der »KPD«-'Massen'organisation »Liga gegen (?) den Imperialismus« klar: die Sowjetunion *»rüstet die somalische Armee mit großen Mengen schwerer Waffen aus und versucht, Somalia zu gewaltsamen Eroberungen anzustacheln«* (Juli 77). Als die Sowjetunion stärker in Äthiopien einstieg, wurde behauptet, die Sowjetunion versuche, eine Kompromißlösung zugunsten der somalischen Interessen durchzusetzen (»Afrika kämpft« Nr. 31, Okt. 77 — ebenfalls ein »KPD«-Blatt), denn — so die gleiche Ausgabe — eine Zersplitterung Äthiopiens würde der Sowjetunion nur nützen. In demMaße nun, in dem sich das Verhältnis zwischen Somalia und der Sowjetunion verschlechterte, wurde eine gezielte Schwächung Somalias durch die Sowjetunion kritisiert (keine Ersatzteillieferungen, etc.). Nun aber passierte es, daß das »geschwächte« Somalia das »gestärkte« Äthiopien angreift und durch große Landgewinne gemeinsam mit der WSLF für sich verbuchte. Dafür bietet nun die »Afrika kämpft« (Nr. 32, Jan./Febr. 78) folgende kühne Theorie an: Die Sowjetunion hätte Somalia, das ja vorher geschwächt wurde, bei seiner Invasion geholfen, indem es in Äthiopien (das durch Berater, Waffen, etc. gestärkt wurde) darauf gedrungen hätte, die Truppen in die Nordostregion zu schicken und den Ogaden militärisch zu entblößen. Es handle sich also um eine *»von der Sowjetunion letztlich provozierte Niederlage der äthiopischen Streitkräfte im Ogaden«*, lautet das Fazit von »Afrika kämpft« (Nr. 32). Warum aber hat der »Sowjetimperialismus« seinen Partner so schäbig verraten? Nun, ein geschwächtes und zerstückeltes Äthiopien muß dem »Sowjetimperialismus« natürlich Tür und Tor öffnen! ...

Diese hirinrissige Interpretation kann nicht begreifen, daß die massive Unterstützung der WSLF durch Somalia die Sowjetunion veranlaßte, die Beziehungen zu Somalia »abkühlen« zu lassen. Der sowjetischen Machtpolitik schien das Engagement in Äthiopien nützlicher und wollte Somalias und der WSLF Ambitionen nicht unterstützen. Absoluter Blödsinn ist es natürlich zu behaupten, ein zerstückeltes Äthiopien würde dem »Sozialimperialismus« von Nutzen sein, wenn man ihm gleichzeitig Hegemoniebestrebungen, Kontrolle der Öltransporte etc. unterstellt. Im übrigen spricht auch die Bombardierung Eritreas eine ganz andere Sprache!

Vom „Chauvinismus" zum „Selbstbestimmungsrecht"

Ebenfalls kennzeichnend für die politische Wetterwendigkeit bei der Beurteilung der Vorgänge am Horn von Afrika durch diese Kreise ist ihre Position zu Somalia und dem Ogadenproblem. Als Somalia noch eine »russische Kolonie« war, wurde ständig gegen Somalias »Expansionsgelüste« gehetzt (»Afrika kämpft« 25/76) und fortschrittliche Befreiungsbewegungen wie die FLCS im französisch besetzten Djibouti als der *»verlängerte Arm Somalias«* diffamiert, *»die sich auf Befehl Somalias und der Politik Moskaus 15 Jahre lang nicht gerührt hat«*(ebenda). Noch ganz auf dieser Linie bewegt sich die »Afrika kämpft« vom September 77, die die Unterstützung der WSLF im Ogaden durch Somalia als *»Verfolgung chauvinistischer Pläne«* charakterisierte. In diesem Stil heißt es weiter:*»Die somalischen Führer, die schon lange erklärt haben, dem Zerfall Äthiopiens zuzusehen, um im geeigneten Augenblick zuzuschlagen, glauben jetzt, den richtigen Zeitpunkt erwischt zu haben, Äthiopien militärisch schlagen zu können, um den großsomalischen Staat zu errichten. Die Geschwindigkeit, mit der ihre Armee und Luftwaffe, die unter der Flagge der ,Westsomalischen Befreiungsfront' segelt* (!) [...] *scheint ihnen Recht zu geben«* (ebenda). Entsprechend heißt die Parole:*»Für die Einheit Äthiopiens, gegen Imperialismus und Hegemoniebestreben«* (ebenda).

Der unterstellte Chauvinismus nach außen wird ergänzt durch die blutige Repression im Inneren des Landes. Die »Rote Fahne« läßt einen somalischen »Patrioten« behaupten, durch die sowjetischen Waffen *»wird das somalische Regime in die Lage versetzt, die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, ihren Widerstand gegen die sowjetische Einmischung und Ausbeutung niederzuhalten«*. Aber, und das ist ein wahrer Trost: *»nur eine kleine Schicht gekaufter Leute arbeitet noch mit dem Kreml zusammen«*.

Diese Art von »Berichterstattung« wurde blitzartig fallengelassen, nachdem die sowjetischen »Besatzer« des Landes verwiesen wurden und Somalia offen mit dem Imperialismus zu kooperieren begann (GSG 9-Einsatz in Mogadischu etc.). Da kann man dann über die ehemalige »kleine Schicht gekaufter Leute« lesen: *»Der somalische Präsident Siad Barre hielt auf der Massenkundgebung eine eindrucksvolle Anklagerede gegen die Sowjetunion«*. Und: *»Der Schritt der somalischen Regierung war lange erwartet, vom somalischen Volk gewünscht und von den antihegemonialen Kräften am Horn von Afrika ermutigt worden«* (»RF«, 23.11.77).

Und so ist es keine Überraschung, in der »Afrika kämpft« (Nr. 32, Febr. 78) über den somalischen »Chauvinismus« der Vornummer (Nr. 31) plötzlich und vor dem Hintergrund rückschrittlicher Statements der WSLF zu lesen:

»Der Kampf der Somali im Ogaden für nationale Selbständigkeit einschließlich der Loslösung von Äthiopien ist ein gerechter Kampf«. So schnell kann aus dem Saulus ein Paulus werden!

Zur Entscheidung der OAU

Bekanntlich hat sich die OAU im Herbst 77 eindeutig für die »territoriale Integrität« Äthiopiens und gegen Somalia ausgesprochen. Auch Radio Lagos (Nigera) warf Somalia *»eine Verhöhnung der fundamentalen OAU und UNO-Prinzipien«* vor (»Monitor-Dienst«, 22.8.77). »KPD« und KBW sahen sich damit in einer ungewohnten und für sie recht unangenehmen Situation: OAU-Entscheidungen gelten für diese Anhänger der »Einheit der Dritten Welt« stets als der Weisheit letzter Schluß. Nun aber hatte sich die OAU klar für das »sozialimperialistisch dominierte« Äthiopien entschieden. Was also tun?

Zunächst wurde die konkrete OAU-Resolution weitgehend totgeschwiegen (bzw. vom KBW als »neutral« interpretiert), dann meinte man sich auf die OAU-Charta von 1963 berufen zu können. Deren Anwendung hätte »eigentlich« den Konflikt friedlich lösen können, wird behauptet. Nun wird dabei bewußt übersehen, daß die konkrete OAU-Entschließung zum bewaffneten Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia eben auf der OAU-Charta basiert. Dort heißt es: *»In Erwägung, daß die Grenzprobleme einen städnigen und schweren Faktor von Meinungsverschiedenheiten bilden ... verpflichten sich die Mitgliedstaaten feierlich, die existierenden Grenzen zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit anzuerkennen«.*

Der KBW folgert schlicht daraus: *»Solche Grenzunstimmigkeiten sind das Erbe des Kolonialismus. Sie können mit der Resolution der OAU beigelegt werden«*(»KVZ«, 30.1.78).

Die »KPD« sieht natürlich, daß die Resolution der OAU sich im Widerspruch befindet zu ihrer Parteinahme für Somalia und dem eben gerade erst von ihr entdeckten »Selbstbestimmungsrecht der Somali«. Und natürlich geht ihr der moralische Zeigefinger der Revisionisten auf die Nerven, die beide Konfliktparteien genüßlich auffordern, sich an die Beschlüsse der OAU zu halten. In dieser wirklich vertrackten Situation kommt es dann zu so hilflos-komischen Anpöbeleien wie diese: Es *»stellt sich die Frage, wo denn in der OAU-Charta steht, daß es die Aufgabe der SU sei, die Durchsetzung der OAU Charta durch militärische Intervention zu gewährleisten«* (»Afrika kämpft«, Nr. 31).

»KPD« und KBW dokumentieren mit diesen Eiertänzen, daß sie eher OAU-Entscheidungen in ihr Gegenteil verfälschen als den »Mut« aufbringen, diese »heilige Instanz« zu kritisieren. ren.

An der Seite der arabischen Reaktion

Es liegt in der Logik der Sache, daß der »antihegemonistische Kampf« gegen den sowjetischen Einfluß am schärfsten von den Vasallen des US-Imperialismus der Region geführt wird. Sie finden die ungeteilte Parteinahe von »KPD« und KBW, wobei erstere Somalias Einbindung in die bische Reaktion energisch verteidigt: *»Sie* (die Sowjetunion) *wollen die Versuche Ägyptens, des Sudans und anderer arabischer Staaten durchkreuzen, Somalia enger in die Zusammenarbeit unter den Anrainerstaaten des Roten Meeres einzubeziehen und dem sowjetischen Einfluß zu entreißen«* (»RF«, 23.3.77). Die »KVZ« des KBW lobt ebenfalls den »antihegemonistischen Zusammenschluß« der Reaktion am Roten Meer und im gesamten arabischen Raum und schreibt:

»Die Golfstaaten (Iran, Kuwait, Vereinigte arabische Emirate) *haben den Ländern am Roten Meer finanzielle Hilfe in ihrem Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte angeboten«* (31.1.78). Die offen aggressive Rolle Saudi-Arabiens als Financier der arabischen Konterrevolution wird von der »KPD« energisch gegen jede Kritik verteidigt: *»Die sowjetischen Angriffe gegen Saudi-Arabien sind nichts anderes als unverhüllte Kriegsdrohungen der Kreml-Zaren gegen dieses Land, deren Appetit auf das saudische Öl mit jedem Tag wächst«* (»RF«, 25.1.78). Weiter heißt es überschwenglich: *»Tatsache ist auch, daß Saudi-Arabien, das Land mit den reichsten Ölvorkommen im Nahen Osten, diesen Zusammenschluß* (der Reaktion - Anm. AK) *entschieden vorantreibt und vor allem alle sowjetischen Expansionsmanöver bekämpft«* (ebenda). Die «KPD« identifiziert sich auch ohne Vorbehalt mit dem Ziel der arabischen Reaktion am Roten Meer wenn sie schreibt, die Konflikte (Eritrea, Ogaden) *»können erst gelöst werden, wenn die Supermächte, und das bedeutet konkret die Sowjetunion* (!) , *aus dieser Region vertrieben werden«* (»RF«, 24.8.77). Noch eindeutiger kann man die Hegemonie des USA-Imperialismus am Roten Meer nicht fordern! Die End-»Lösung« der Konflikte, die «KPD« und KBW anvisieren, würde gleichbedeutend mit der Vernichtung der revolutionären Kräfte am Roten Meer sein. So analysierte A. Kahasai, ZK-Mitglied der EPLF, die Bedrohung durch Saudi-Arabien:

»Ein unabhängiges Eritrea ist eine Bedrohung der Interessen Saudi-Arabiens, da es die revolutionären Kräfte in der ganzen Region stärken würde. ... Saudi-Arabien vertritt die Interessen des US-Imperialismus in dieser Region. Und der Kampf des eritreischen Volkes, der Kampf, den die EPLF innerhalb Eritreas führt, ist von Grund auf gegen die Interessen des US-Imperialismus gerichtet« (AK 118, S. 57).

Afrika-Kommission

Das ist neu: KBW fordert Sturz Mobutus

Erstaunliches war in der Ausgabe vom 20.2.78 der „KVZ" zu entdecken: Der KBW forderte nach jahrelangen Lobeshymnen auf das Zaires Despoten Mobutu (vergl. AK 99) plötzlich dessen Sturz, sowie eine *„Arbeiter- und Bauernrevolution"* in Zaire und stellte scharfsinnig fest: *„Nur der Sozialismus (kann) Zaire retten"*. Erstmalig wird ein Teil des

Druck der Imperialisten und (!) Sozialimperialisten, dem Zaire als eines der reichsten und strategisch wichtigsten Länder Afrikas ausgesetzt ist, beginnt das national-bürgerliche Regime Schritt um Schritt zu weichen" (ebenda). Hua würde diesen Prozeß als lobenswerte Verbindung zwischen zweiter und dritter Welt verstehen.

Weg" Zaires etc. Zu bekannt sind die Tatsachen, die diesen exemplarischen Fall einer Komplicenschaft der einheimischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus beweisen (vgl. „Zaire", Broschüre verschiedener Afrika-Solidaritätsgruppen, 1977).

Geradezu lächerlich ist es daher, Mobutu heute als jemanden zu kennzeichnen, der gewissermaßen

fordern, sich an die Beschlüsse der OAU zu halten. In dieser wirklich vertrackten Situation kommt es dann zu so hilflos-komischen Anpöbeleien wie diese: Es *»stellt sich die Frage, wo denn in der OAU-Charta steht, daß es die Aufgabe der SU sei, die Durchsetzung der OAU Charta durch militärische Intervention zu gewährleisten«* (»Afrika kämpft«, Nr. 31).

»KPD« und KBW dokumentieren mit diesen Eiertänzen, daß sie eher OAU-Entscheidungen in ihr Gegenteil verfälschen als den »Mut« aufbringen, diese »heilige Instanz« zu kritisieren. ren.

der EPLF, die Bedrohung durch Saudi-Arabien:

»Ein unabhängiges Eritrea ist eine Bedrohung der Interessen Saudi-Arabiens, da es die revolutionären Kräfte in der ganzen Region stärken würde. ... Saudi-Arabien vertritt die Interessen des US-Imperialismus in dieser Region. Und der Kampf des eritreischen Volkes, der Kampf, den die EPLF innerhalb Eritreas führt, ist von Grund auf gegen die Interessen des US-Imperialismus gerichtet« (AK 118, S. 57).

Afrika-Kommission

Das ist neu: KBW fordert Sturz Mobutus

Erstaunliches war in der Ausgabe vom 20.2.78 der „KVZ" zu entdecken: Der KBW forderte nach jahrelangen Lobeshymnen auf das Zaires Despoten Mobutu (vergl. AK 99) plötzlich dessen Sturz, sowie eine *„Arbeiter- und Bauernrevolution"* in Zaire und stellte scharfsinnig fest: *„Nur der Sozialismus (kann) Zaire retten"*. Erstmalig wird ein Teil des zairischen Widerstandes gegen das Regime Mobutus positiv erwähnt, ja wenn man der „KVZ" Glauben schenken darf, ist die Revolution in Zaire nicht mehr fern:

„In den weiten Gebieten des Nordens und Ostens des Landes hat die Revolution, die von den Imperialisten 1965 in Blut erstickt wurde, einen großen Aufschwung, genommen, seit die Kommunisten – wenngleich noch nicht einheitlich organisiert – ihre Fehler kritisiert und ihre Politik ausgerichtet haben" (ebenda).

Wie ist dieser plötzliche Sinneswandel zu erklären?

Die „KVZ" erweist zunächst der offiziellen Peking-Version seine Ehrerbietung: Es bestünde (seit dem Volksaufstand in der Provinz Schaba im Mai 77) eine akute Bedrohung Zaires durch die „Sowjetimperialisten" denn *„der General M'Bunba hält weiterhin mehrere Tausend Mann in Nord-Angola unter Waffen, bezahlt und ausgerüstet von der Sowjetunion"*. Nach dieser kurzen Pflichtübung wird Huas Anliegen allerdings verballhornt. Diese „sozialimperialistische Bedrohung" Zaires würde heute von den Imperialisten kaltblütig ausgenutzt werden:

„Alle ihre verschiedenen Erpressungsmannöver laufen jetzt in einem konzertierten Versuch zusammen, die noch verbliebenen Errungenschaften der nationaldemokratischen Revolution des Volkes von Zaire, die in der Erkämpfung der staatlichen Unabhängigkeit und in der Nationalisierung der wichtigsten Industrien bestanden, weitgehend zu liquidieren und Zaire in ein gemeinsames Protektorat, deutlicher gesagt, eine **Halbkolonie** *zurückzuverwandeln"* (ebenda, Hervorhebungen von uns). Erst jetzt erfolgt die Begründung für den Aufruf, Mobutu zu stürzen: *„Unter dem konzentrierten Druck der Imperialisten und (!) Sozialimperialisten, dem Zaire als eines der reichsten und strategisch wichtigsten Länder Afrikas ausgesetzt ist, beginnt das national-bürgerliche Regime Schritt um Schritt zu weichen"* (ebenda). Hua würde diesen Prozeß als lobenswerte Verbindung zwischen zweiter und dritter Welt verstehen.

Es lohnt sich, diesen atemberaubenden Eiertanz des KBW näher unter die Lupe zu nehmen. Zunächst bleibt festzuhalten, daß die „KVZ" in ihrer Beurteilung des Schaba-Aufstandes nach wie vor der gängigen imperialistischen und chinesischen Propagandalinie treu geblieben ist, wobei eine gewisse Komik darin liegt, daß die gerühmten „Kommunisten" – es kann sich nur um die PRP handeln – heute eng mit der „sozialimperialistischen" FNLC M'Bumbas zusammenarbeiten. Der Gipfel politischer Perversion ist jedoch mit der Aussage erklommen, daß die *„verbliebenen Errungenschaften der nationaldemokratischen Revolution"* heute vom Imperialismus attakiert werden. Natürlich weiß der Verfasser des „KVZ"-Artikels ganz genau, daß den Ansätzen zu einer nationaldemokratischen Entwicklung mit der Ermordung Lumumbas und der anschließenden imperialistischen Söldnerinvasion schon 1965 das Garaus gemacht worden ist. Einheimisches Haupt der Konterrevolution war und ist bekanntlich die CIA-Marionette Sese Seko Mobutu, der in der Folge das Land total vom Imperialismus ausplündern ließ, und dabei selbst nicht schlecht mitverdiente. Er gehört heute zu den reichsten Männern Afrikas. Dieser aber wird bei der Niederschlagung des Aufstands von 1965 von der „KVZ" wohlweislich nicht erwähnt, ja sogar als Fortsetzer der nationaldemokratischen Revolution gefeiert: So verfälscht gewohnheitsmäßig die revisionistische Presse geschichtliche Tatsachen, die heute z. B. den iranischen Schah und Despoten zum Fortsetzer der nationaldemokratischen Revolution Mossedeghs hochstilisiert. Demgegenüber mitleiderregend ist das hohle Geklapper über die „revolutionären" Nationalisierungen, den „eigenständigen Weg" Zaires etc. Zu bekannt sind die Tatsachen, die diesen exemplarischen Fall einer Komplicenschaft der einheimischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus beweisen (vgl. „Zaire", Broschüre verschiedener Afrika-Solidaritätsgruppen, 1977).

Geradezu lächerlich ist es daher, Mobutu heute als jemanden zu kennzeichnen, der gewissermaßen zwischen den Mühlsteinen des Imperialismus und des „Sozialimperialismus" zerrieben wird. Hier wird so getan, als würde es Mobutu nur an Entschlußkraft fehlen, diesen „Bedrohungen" standzuhalten. Es liegt in der Logik der systematischen Beschönigung der Marionette Mobutu, daß die „KVZ" verschweigt, daß Mobutu schon lange **vor** der „sozialimperialistischen Bedrohung" (Schaba-Aufstand) weite Teile des Landes an den BRD-Imperialismus verkauft hat (OTRAG), wo sich heute ein gigantischer Raketenstützpunkt befindet. Das paßt natürlich nicht ins Bild des „eigenständigen Weges" von Zaire, der angeblich in den siebziger Jahren von Mobutu anvisiert worden war. Endresultat: Die Verbrechen des „eigenen" Imperialismus fallen unter den Tisch!

Politisch bemerkenswert bleiben trotz der traditionellen „ML"-Schoten die genannten Schlußfolgerungen die natürlich in vollständigem Gegensatz zur chinesischen Außenpolitik stehen. Hua hatte Mobutu erst kürzlich als einen hervorragenden Kämpfer gegen den „Hegemonismus" gewürdigt: *„Mögen die Regierung und das Volk von Zaire unter Ihrer hervorragenden Führung neue Erfolge im Kampf zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, Staatssouveränität ... Blah, blah ... erreichen!"* („Neues China,", 6.12.77).

Der KBW ist – nach seinen neuesten Ausführungen zu urteilen – weniger denn je bereit, die Drei-Welten-Theorie mit all ihren Exzessen nachzuvollziehen. Was nichtsdestoweniger an trostlosen und reaktionären Positionen des KBW als dessen „gesicherter Besitzstand" erhalten bleibt, läßt ihn nach wie vor nicht als Bündnispartner des antiimperialistischen Lagers infrage kommen.

Afrika-Kommission


Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund

Schleswig/Holstein

Pinneberg/Steinburg

Reinbek

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Rheinland-Pfalz

Nordrhein-Westfalen

Baden-Württemberg

Bayern

Hessen

Parlamentswahlen in Frankreich

Die revolutionäre Linke und die Basisbewegung (2.TEIL)

Der 1. Teil dieses Artikels im letzten AK (S. 24/25) beschrieb das Wahlbündnis ,,Für den Sozialismus – Die Macht den Arbeitern'', zu dem sich die OCT, LCR (frz. Sektion der IV. Internationale'') und die CCA (eine Abspaltung der PSU) zusammengeschlossen haben. Der 2. Teil geht auf ,,Lutte Ouvriere'' (LO), eine ebenfalls trotzkistische Organisation, die um die PSU herum gebildete ,,Front Autogestionnaire'' (,,Selbstverwaltungs-Front''), die Frauenorganisation ,,Choisir'' und die Ökologisten ein.

Lutte Ouvriere (LO)

Bei den Kommunalwahlen vor fast einem Jahr (April 77) war LO zusammen mit LCR und OCT an dem relativ erfolgreichen Wahlbündnis ,,Für den Sozialismus – Die Macht den Arbeitern'' beteiligt. Zu den bevorstehenden Parlamentswahlen hat LO jedoch eine Teilnahme abgelehnt, weil es *,,grundlegende Differenzen''* in der Einschätzung des Charakters einer möglichen Linksregierung gebe. Die Position von LO dazu ist: *,,Wir sagen, daß diese eventuelle Mitterand-Regierung eine bürgerliche Regierung wie jede andere sein wird. Wir sagen, vom Standpunkt der Arbeiter aus wird sie den gleichen Charakter wie die Barre-Regierung* (d.h. die jetzige Regierung, Anm. AK) *haben. Wir sagen sogar, um die Dinge wirklich klar zu legen, daß diese Regierung in einer gewissen Weise schlimmer sein könnte, und zwar in dem Sinne, daß sie von ihrem Ruf als Linke profitieren könnte und von der Verbindung der sie tragenden Parteien PS und PC mit der Arbeiterklasse, um die Arbeiter Dinge akzeptieren zu lassen, die diese von einer rechten Regierung niemals akzeptieren würden.''* (LO-Wochenzeitung Nr. 489, 14.1.78).

lutte ouvrière

Hebdomadaire - paraît le samedi - N° 494 - 18 février 1978 - prix : 4 F

Insbesondere ist LO nicht mit der LCR einverstanden: *,,Die LCR zeigt sich gegenüber dem Programm der PC und PS kritisch, manchmal sogar sehr kritisch. Doch gleichzeitig gibt die LCR zu verstehen, daß eine solche Regierung irgendwie ein Fortschritt für die Arbeiterklasse wäre. Wir glauben dagegen, und wir sagen das, daß diese Regierung der Linken eine bürgerliche Regierung sein wird, unter der die Arbeiter, genau wie unter einer rechten Regierung, sich nur auf ihre eigenen Kämpfe stützen können. Die schlechteste Situation für die Arbeiter wäre es, Illusionen über eine PC/PS-Regierung zu nähren.''* (LO, Nr. 483, 3.12.77).

Nun heißt es allerdings auch in der gemeinsamen Plattform von OCT, LCR und CCA, daß eine mögliche Linksregierung *,,nur eine bürgerliche Regierung sein wird''*. Der einzige Satz, den LO mal konkret aus dieser Plattform zitiert hat, um ihre Ablehnung zu begründen, ist folgender: *,,Aber ebensosehr wird sie keine bürgerliche Regierung wie die anderen sein, weil sowohl die PC als auch die PS in der Regierung [wenn auch in unterschiedlicher Art] gezwungen wären, den Forderungen ihrer ,proletarischen Mandanten' Rechnung zu tragen.''* Die gemeinsame Plattform begründet dies im übrigen ausdrücklich damit, daß eine Linksregierung andernfalls *,,für die Bourgeoisie von keinem Interesse mehr''* wäre.

Man kann den Eindruck haben, daß LO diese Differenz aus sektiererischen und organisationsbornierten Gründen bewußt hochspielt. In ihrer eigenen Agitation geht sie teilweise durchaus weniger blind an diese Frage heran. Insbesondere verwendet LO in ihrer Zeitung erfreulich viel Raum, um vor den gefährlichen Ambitionen des Gaullisten-Führers Chirac zu warnen, der als Repräsentant der *,,starken Rechten''* (la droite musclée) die *,,am meisten reaktionären Kräfte des Landes''* um sich sammelt, und sich für eine Situation bereithält, wo eine mögliche Linksregierung daran zerbricht, daß sie die Krisenpolitik der Bourgeoisie zu verwalten versucht, statt die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren. LO fürchtet, daß die PCF und PS *,,der Rechten das Bett bereiten''* (LO, Nr. 494, 18.2.78) und erinnert dabei häufig daran, daß der Volksfront von 1936 das Regime des Nazi-Kollaborateurs Pétain folgte. Dort, wo LO sich in ihrer Presse konkret mit der Linksunion auseinandersetzt, greift sie die PS auch weit schärfer an als die PCF, deren mögliche Minister in einer Mitterand-Regierung *,,keine andere Wahl hätten, als sich hinter Mitterands Politik einzureihen''* (ebenda).

Lo hat sich, wie man aus ihrer zitierten Ablehnung der gemeinsamen Plattform von LCR, OCT und CCA zunächst annehmen könnte, auch nicht etwa für Wahlboykott im 2. Wahlgang entschieden, sondern dazu eine endgültige Festlegung bislang überhaupt vermieden. Gegenüber dem Bündnis ,,Für den Sozialismus'' hat LO einen Wahlaufruf im 2. Wahlgang für den bestplazierten Kandidaten der Linksunion z u m j e t z i g e n Z e i t p u n k t als eine *,,unnütze Kampagne''* bezeichnet, weil dies den Schwerpunkt zur revolutionären Stimmabgabe im 1. Wahlgang beeinträchtige und zwischen PCF und PS dieses Mal noch gar keine Vereinbarung über den 2. Wahlgang getroffen worden sei (angesichts des bisherigen Stimmenzuwachses der PS und des diskriminierenden Mehrheitswahlrechts würde die generelle Festlegung auf den bestplazierten Kandidaten die PS gegenüber der PCF weiter bevorteilen; die PCF wird nach dem 1. Wahlgang wahrscheinlich eine Vereinbarung zu erreichen versuchen, die die Verteilung der Abgeordnetenmandate von PS und PCF besser an ihr jeweiliges Stimmengewicht angleicht).

Zwischen den Zeilen läßt LO allerdings erkennen, daß sie sich im 2. Wahlgang wahrscheinlich ebenfalls in der einen oder anderen Form zur Stimmabgabe für die Parteien der Linksunion entscheiden wird: *,,Für uns ist die Frage des 2. Wahlgangs eine taktische Frage, die im Zusammenhang damit entschieden werden muß, wie dieser 2. Wahlgang aussehen wird. Die extreme Linke kann natürlich zur Stimmabgabe für den bestplazierten Kandidaten der Linken aufrufen; aus Solidarität mit der Mehrheit der Arbeiter, die für ihn stimmen, aber ohne Illusionen über diese Linke zu verbreiten.''* (LO, Nr. 489, 14.1.). In ihrer zweisprachigen Monatszeitschrift ,,lutte de classe/class struggle'' (Nr. 50, Nov. 77) hat LO sogar noch deutlicher und im Widerspruch zu ihrer oben zitierten radikalen Ablehnung jeglicher Differenzierung zwischen einer Linksregierung und dem jetzigen Regime geschrieben: *,,In der Tat sind wir für einen Wahlsieg der Linken, aber nicht weil wir dies für eine notwendige Vorbedingung für die Arbeitskämpfe oder für eine vorgeschriebene Etappe im Anwachsen dieser Kämpfe halten. Ein Wahlsieg von PC und PS würde nicht aus sich heraus einen Sieg der Arbeiterklasse darstellen, ebensowenig wie eine Wahlniederlage dieser Parteien eine Niederlage der Arbeiterklasse darstellen würde. Wir sind aus zwei Gründen für einen solchen Sieg. Zum ersten, weil es eine Linkswendung unter den Wählern anzeigen und daher einen Gradmesser über den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse geben würde. Zweitens, weil dies der Arbeiterklasse eine Erfahrung mit einer Linksregierung erlaubt, die ihr helfen würde, ihre Illusionen zu verlieren. Nur aus diesen Gründen allein könnte eine Regierungsübernahme durch PC und PS positiv für die Arbeiter sein.''*

LO hat auf den Vorwurf des Sektierertums geantwortet, daß ein gemeinsames Vorgehen zu den Parlamentswahlen gar nicht so wichtig sei: *,,Wahlen sind nur eine Episode, und sicher nicht die wichtigste, im politischen und sozialen Kampf. Im besten Fall sind sie ein Spiegelbild der politischen Situation. Deshalb ist es unserer Meinung nach nicht schwerwiegender — sondern tatsächlich viel weniger schwerwiegend — wenn die extreme Linke in diesen Wahlen gespalten ist, als wenn sie in wichtigen Kämpfen wie Streikbewegungen, die einen wirklichen Einfluß auf die Situation der Arbeiterklasse haben, gespalten ist. Diese Spaltung der extremen Linken ist aber eine bestehende Tatsache seit vielen Jahren. Es erscheint uns ein wenig wahlgläubig* (électroraliste), *dies nur zu Wahlzeiten zu erkennen und zu bedauern.''* (LO, Nr. 483, 3.12.77). *,,Wenn es vor, während oder nach den Wahlen Fragen gibt, wo wir Vereinbarungen treffen können, dann wird uns das konkurrierende Auftreten bei diesen Wahlen nicht darin hindern, zusammenzuarbeiten.''* (LO, Nr. 486, 24.12.77).

Mit dieser Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die LO generös anbietet und gegen eine Zusammenarbeit bei den Wahlen ausspielt, scheint es aber auch zu anderen Anlässen nicht sehr weit her zu sein. Die OCT hat diese Argumentation von LO jedenfalls mit verschiedenen Erfahrungen konfrontiert, die gleichzeitig den *,,ideologischen Purismus''* von LO gegenüber der PCF in ein anderes Licht stellen: *,,Als LO auf ihrer letzten Veranstaltung in der Mutualité über den Rassismus und die Notwendigkeit des Kampfes dagegen sprach, war das einzige, was sie vorzuschlagen hatte, auf die Gewerkschaftsführungen [und d.h. auf die PC] zu warten, damit diese ihre Verantwortung wahrnehmen. Als Pierre Maitre, Glashüttenarbeiter in der Champagne, von der CFT* (faschistische Gewerkschaft, Anm. AK) *ermordet wurde, weigerte sich LO, an einer gemeinsamen Demonstration der extremen Linken [insbesondere LCR und OCT] teilzunehmen, unter dem Vorwand, daß dort nicht die Masse der Arbeiter sei... Mit diesem Argument verweigert LO jedes Mal die Einheit mit der extremen Linken, wenn die PC nicht dabei ist... Die Revolutionäre haben durch ihre Praxis das Verhalten der PC kritisiert, als sie gegen die Auslieferung von K.Croissant demonstrierten und kämpften. Auch da war LO nicht dabei. Diese doppelzüngige Sprache hat ein einziges Produkt: nicht mit der extremen Linken zusammenarbeiten. Der radikale Purismus in der Sprache, der den zügellosen Opportunismus in der Praxis verdeckt, führt zu nichts anderem, als in die Sackgasse des Sektierertums. ... Wenn wir den Radikalismus von LO hören und seine Widersprüchlichkeit untersuchen, dann haben wir den Eindruck, daß dies alles nur zur Rechtfertigung einer einzigen Sache dient: daß LO eben allein kandidiert. Das einzige Ziel dieser Politik ist es, die eigenen Stimmen zu zählen.''* (,,l'étincelle'' Nr. 42, 5.1.78).

LO präsentiert mit 470 Kandidaten in insgesamt 491 Wahlkreisen fast doppelt so viele wie das Bündnis von OCT, LCR und CCA, die in 250 Wahlkreisen kandidieren. Allerdings scheint diese Kandidatenaufstellung von LO nicht immer Ausdruck und Ergebnis einer örtlichen bzw. regionalen Arbeit in den entsprechenden Wahlkreisen zu sein (das entnehmen wir daraus, daß LO rückblickend ihr Wahlbündnis zu den Kommunalwahlen 1977 u.a. damit begründete, daß zu den Kommunalwahlen nur Kandidaten aufgestellt werden konnten, die auch in dem entsprechenden Wahlkreis leben; das sei bei den Parlamentswahlen aber nicht nötig —(LO Nr. 486, 24.12.77).

In 40% (191) der Wahlkreise hat LO Genossinnen aufgestellt. Damit kandidieren von der LO mehr Frauen als auf den Listen der rechten Parteien, der PS, der PCF und der Frauengruppe ,,Choisir'' zusammen. Im Mai 1974 hatte Arlette Laguiller bereits bei den Präsidentschaftswahlen für LO kandidiert und erhielt damals 600.000 Stimmen (zusammen mit dem LCR-Kandidaten Alain Krivine 3'5% für die revolutionäre Linke).

Der Schwerpunkt der politischen Arbeit von LO liegt nach eigenen Angaben im *,,Aufbau und der Entwicklung unserer Betriebsgruppen''*. Neben ihren zentralen Veröffentlichungen gibt LO *,,über 250 Betriebszeitungen''* heraus. Knapp 87% ihrer Mitglieder seien Arbeiter (,,class struggle'', Nr. 51, Januar 1978).

,,ML''er

Die PCMLF und die PCRML haben ein Wahlbündnis unter dem Namen ,,Arbeiter- und Bauern-Union für die proletarische Demokratie'' geschlossen und 150 Kandidaten aufgestellt. Nach einer Meldung von ,,Le Monde'' (18.1.) wollte sich auch eine dritte ,,ML''-Gruppe, die OCF, diesem Bündnis noch anschließen.

Die PCRML hatte anfangs an den Diskussionen mit OCT, LCR und CCA um das Bündnis ,,Für den Sozialismus'' teilgenommen, hatte sich dann aber abgeseilt, als dieses Bündnis sich darauf festlegte, im 2. Wahlgang für die Kandidaten der Linksunion aufzurufen.

Eine ähnliche Provokateursrolle wie hierzulande die ,,MLD'' spielt die wesentlich im Elsaß auftretende ,,Organisation pour la reconstitution du parti communiste de France marxiste-léniniste'' (,,Organisation für den Wiederaufbau...''): sie ruft von vornherein zur Stimmabgabe für die rechten Parteien auf (,,Le Monde'', 26./27.2.78).

Wiederaufbau...''): sie ruft von vornherein zur Stimmabgabe für die rechten Parteien auf (,,Le Monde'', 26./27.2.78).

Frauenbewegung

Unter den 490 Abgeordneten der letzten Wahlperiode waren nur neun Frauen (= 1.8%!) — obwohl die Frauen 52% der Wählerschaft repräsentieren! Auch in diesem Jahr sind die Frauen auf den Kandidatenlisten der großen Parteien durchweg völlig unterrepräsentiert: auf der Rechten stellen sie bei der PR (Partei des Staatspräsidenten Giscard) 3,8% und bei der RPR (Gaullisten) sogar nur 1,3%; auf der Linken bei der PS 5,7% (trotz vorheriger Ankündigung, diesmal 10% Frauen aufzustellen) und bei der PC 13,5% (Zahlen nach ,,LO'', 24.2.78).



Demonstration der ,,Bewegung für freie Abtreibung'' im April 74

Innerhalb der Frauenbewegung gibt es drei verschiedene Grundhaltungen zu den Wahlen: Beteiligung auf eigenen Listen, Beteiligung an der ,,Front autogestionnaire'' und Wahlboykott. Eigene Kandidatinnen (50 Frauen, überwiegend in Paris) hat die Frauenorganisation ,,Choisir'' (= wählen) aufgestellt. Die Gruppe gründete sich 1972 anläßlich eine Abtreibungsprozesses. ,,Choisir'' war in den folgenden Jahren in erster Linie in der Bewegung zur Freigabe der Abtreibung, später auch durch Protestaktionen gegen Vergewaltigungen und für die gesetzliche Bestrafung von Frauendiskriminierung aktiv. Sie lehnt sämtliche Parteien generell als ,,Männerparteien'' ab, was sich jedoch in Stellungnahmen zur Rechten und zur Linken etwas differenzierter anhört: *,,Die Rechte? Sie besteht darauf, daß die Frau das Eroberungsobjekt des Mannes ist''*, sagt die Anwältin Gisele Halimi, Sprecherin von ,,Choisir'', früheres PS-Mitglied. Zur Linken erklärt sie, daß die Abschaffung der Profitwirtschaft notwendig, jedoch nicht ausreichend für die Befreiung der Frau ist: *,,Die Zukunft hinkt, wenn sie nur durch Männerhände aufgebaut wird und die Frauen erwartungsvoll zusehen''* (,,Le Monde'', 7.2.78).

Die Frauen von ,,Choisir'' fordern u.a. die Einrichtung eines Frauenministeriums; die Festlegung eines Mindesanteils von Frauenkandidaten, der von allen Parteien eingehalten werden muß; die Besetzung der Gericht zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern; die Einrichtung von öffentlich tagenden Sondergerichten gegen Vergewaltigung und jede Art ,,sexueller Aggression''; eine Verlängerung der Frist für ungehinderte Abtreibung bis zur 12. Woche; Aufhebung der Regelung, daß die Eltern von ,,Minderjährigen'' bei einer Abtreibung einwilligen müssen; Einschränkung der ,,Gewissensklausel'' von Ärzten, die Abtreibungsgegner sind; Aufhebung der repressiven Gesetze gegen die Homosexualität; Abschaffung der in Frankreich immer noch geltenden Todesstrafe und ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'' (,,Le Monde'', 7.2.).

,,Choisir'' hat an alle Parteien den Aufruf gerichtet, in einer *,,gewissen Anzahl von Wahlkreisen''* ihre Kandidaten zurückzuziehen, damit die Kandidatinnen von ,,Choisir'' *,,bessere Chancen haben, gewählt zu werden''* (,,Le Monde'', 9.2.). Dieser Aufruf blieb natürlich ohne den gewünschten Erfolg.

Die ,,Parti Feministe Unifié'' (Feministische Einheitspartei), ,,Ligue du droit des femmes'' (Frauenrechtsliga), ,,SOS Femmes Alternatives'' (Initiative für Häuser für geschlagene Frauen), ,,Feministes Radicales'' (Radikale Feministinnen) und die Frauenkoordinationsgruppen des 5. und 13. Pariser Stadtbezirks haben dagegen in einer gemeinsamen Erklärung zum Wahlboykott aufgerufen. Darin heißt es u.a.: *,,So wie ein linker Mann sich nicht fragt, welche der rechten Parteien er nun wählen soll, so kann eine Feministin sich nicht fragen, welche der Männerparteien sie wählen soll. Als Feministinnen, die von Grund auf diese Männergesellschaft infrage stel-*

Feministin sich nicht fragen, welche der Männerparteien sie wählen soll. Als Feministinnen, die von Grund auf diese Männergesellschaft infrage stel-

len, können wir nicht Parteien, die zu unserer eigenen Unterdrückung beitragen, durch unsere Stimme unterstützen'' (zit. nach ,,Emma'', 3/78). Eine Begründung, warum diese Frauengruppen aber auch nicht die Kandidatur der revolutionären Linken, eines breiteren Basisbündnisses oder eine reine Frauen-Kandidatur wie ,,Choisir'' unterstützen, ist in dieser Erklärung nicht enthalten.

Aus der ,,Front Autogestionnaire'' (,,Selbstverwaltungsfront''; s. weiter unten) beteiligen sich die Frauengruppen der Gam (?) aus den départements Haute Garonne und Val de Marne, sowie namentlich uns nicht bekannte Frauengruppen aus dem département Gironde und ,,Familienplanungsgruppen'' aus Var, La Rochelle und Draguignan (,,Tribune Socialiste'', Nr. 771).

Die Homosexuellen

Erstmalig wollen Schwule zu den Parlamentswahlen kandidieren. Die GLHPQ (,,Gruppe für politische und tagtägliche Befreiung der Homosexualität'') stellt fünf Kandidaten in Paris auf. Sie betont, daß es ihr nicht um einen Sitz geht, sondern daß sie den Wahlkampf für Öffentlichkeitsarbeit und Diskussionen nutzen will. *,,Wir haben keinerlei Projekt einer anderen Gesellschaftsordnung. Wir wollen nur das Recht auf eine Gesellschaft ohne Vorherrschaft, wo man schwul sein kann im gesamten täglichen Leben ...''*. Zentrale Forderung ist die Abschaffung des Gesetzes, das die Homosexualität unter Strafe stellt (,,Libération'', 10.11.77).

Ende Januar wurde ein Schwulen-Filmfestival, das zur Unterstützung der Schwulen-Kandidatur stattfand, brutal von einem faschistischen Kommando überfallen. In einer Protesterklärung, die auch von führenden Mitgliedern der LCR und der OCT unterschrieben wurde, sprachen sich bekannte Persönlichkeiten für die ungehinderte Kandidatur von Schwulen und gegen die Schwulenrepression im allgemeinen aus.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 58

Ökologisten

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung gibt es zwei Strömungen, die sich zur Wahl stellen werden: Auf der einen Seite das Bündnis der beiden Gruppierungen „Ökologie 78" und „SOS-Umwelt" und auf der anderen Seite die Ökologie-Gruppen, die die „Front Autogestionnaire" unterstützen.

Die Gruppe „Ökologie 78" hat sich bereits im Juli 77 mit dem Ziel einer Listenaufstellung für die Wahlen gebildet. Sie faßt die wichtigsten Dachverbände der Bürgerinitiativen aus der Bretagne, dem Elsaß, der Normandie und aus dem Gebiet Rhone-Alpes zusammen und repräsentiert somit eine recht breite Basis-Bewegung. Ihr Bündnispartner „SOS Umwelt" ist demgegenüber eine traditionelle Umweltschutzorganisation, mit recht distanziertem Verhältnis zur Anti-AKW-Bewegung. Ähnlich dem BBU umfaßt sie verschiedene Umweltschutzgruppen, beispielsweise gegen den Bau von Schnellstraßen, das Abholzen von Bäumen u.ä. Zu ihren Mitgliedern gehören viele Honoratioren mit Verbindung zu den etablierten Parteien.

Dem Bündnis liegen vor allem zwei Übereinstimmungen zugrunde:

1. die Ausschließlichkeit der Ökologie im Programm und die völlige Ablehnung eines Zusammengehens mit anderen sozialen Gruppen, Initiativen und Parteien;
2. die Weigerung, eine Wahlempfehlung für die Linksunion im zweiten Wahlgang auszusprechen. Das Abkommen, das „Ökologie 78" und „SOS Umwelt" im Dezember 77 abschlossen, sieht vor, daß ihre Kandidaten, falls sie im ersten Wahlgang 12,5 % der Stimmen erhalten, ihre Kandidatur im zweiten Wahlgang aufrecht erhalten.



Dem Bündnis hat sich nach vorübergehenden Verhandlungen mit der „Front Autogestionnaire" bzw. der PSU auch die Pariser Gruppe „Freunde der Erde" mit ihrem Chef Brice Lalonde angeschlossen. Lalonde war in der Vergangenheit verschiedentlich durch selbstherrliche Erklärungen im Namen „der" Anti-AKW-Bewegung unangenehm aufgefallen, obwohl er z.B. das wichtigste Ereignis der französischen Anti-AKW-Bewegung im letzten Jahr, die Großdemonstration in Malville, boykottiert hatte.

Front Autogestionnaire (FA)

Das von seiner Zusammensetzung her breiteste Bündnis links von PCF und PS ist die „Front Autogestionnaire" („Selbstverwaltungs-Front"), die mit 250 Kandidaten zur Wahl antritt. Die Initiative zu diesem Bündnis ging wesentlich von der PSU aus. Eine vollständige Aufstellung der an diesem Bündnis beteiligten Gruppierungen ist uns zwar nicht bekannt, aus der PSU-Zeitung „Tribune Socialiste" (TS) läßt sich jedoch in etwa das Spektrum ablesen. Beteiligt sind demnach u.a. die MAN („Bewegung der gewaltfreien Aktion"), verschiedene Ortsgruppen der „Freunde der Erde" und andere Ökologie- und Anti-AKW-Gruppen, Frauengruppen, antimilitaristische Gruppen, Repräsentanten der Autonomiebewegungen aus Katalonien, Okzitanien, der Bretagne und dem Elsaß sowie einzelne unorganisierte Gewerkschafter. Unterstützung konnte dieses Bündnis auch durch mehrere bekannte Persönlichkeiten finden (die teilweise allerdings zum traditionellen „Umfeld" der PSU gehören), wie: der Theologe Georges Casalis, der Schriftsteller Claude Bourdet (beide Jury-Mitglieder des Russell-Tribunals gegen die BRD), der ehemalige General Jaques Paris de Bollardière, der Rechtsprofessor Gérard Soulier, der Soziologe Alain Joxe und der durch den Lip-Kampf bekannte CFDT-Sekretär Charles Piaget. Auf der von der FA abgehaltenen Konferenz Ende Januar waren ferner die fortschrittliche Richtergewerkschaft SM und die linke Juristenorganisation MAJ vertreten, aus deren Reihen das Bündnis ebenfalls unterstützt wird.

Andererseits hat die PSU von vornherein eine Beteiligung anderer Organisationen der revolutionären Linken (LCR, OCT etc.) von sich aus abgelehnt — wie diese (besonders LCR) umgekehrt auch kein Interesse an einem Bündnis unter Beteiligung von Basisinitiativen zeigten (s. letzter AK).

Hauptziel der Wahlkampagne der FA ist es, „die Rechte zu schlagen" (TS Nr. 771, 26.1.). Für die FA ist es von daher eine Selbstverständlichkeit, ihre Kandidaten im zweiten Wahlgang zugunsten des jeweils bestplazierten Kandidaten der „Linksunion" zurückzuziehen. In zwei Wahlkreisen ist es zu einer Vereinbarung zwischen PCF und PSU gekommen, wo die PCF ihren eigenen Kandidaten bereits im ersten Wahlgang zugunsten einer Unterstützung der FA-Kandidaten (u.a. Claude Bourdet) zurückgezogen hat. In einer Erklärung der PSU heißt es dazu, daß sie deswegen keineswegs Abstriche an ihren politischen Aussagen machen wird. Derartige Vereinbarungen werden aber ausdrücklich von der PSU im Sinne der „Einheit der Linken" begrüßt und es wurden von der PSU auch entsprechende Gesprächsaufforderungen an die PS gerichtet, die dies bislang aber abgelehnt hat.

Auf einer Pressekonferenz am 10.1. wurden von den Vertretern der FA drei hauptsächliche Punkte genannt, in denen sie mit den „*Parteien der traditionellen Linken*" nicht einverstanden sind: „*die Ziele und Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums; die Verteidigungspolitik und atomare Rüstung; die Mobilisierung des Volkes und die Selbstverwaltung*" („Le Monde", 12.1.). Die PSU hat ihrerseits ihre Kritik an PCF und PS in verschiedenen Ausgaben ihrer Zeitung präzisiert. Vor allem beklagt die PSU immer wieder den Bruch innerhalb der Linksunion: „*Die Linke hat sich ihres wichtigsten Trumpfes ... beraubt: ihrer Einheit. Obwohl diese oft eine Karikatur dessen war, was eine tatsächliche Einheit sein sollte, rief das gemeinsame Programm trotz seiner ... Widersprüche und seiner Auslassungen die Hoffnung großer Teile der Arbeiter hervor*" (TS Nr. 770; Erklärung der Nationalen Politischen Leitung der PSU).

Heftig kritisiert die PSU die Weigerung der PCF, vor dem 1. Wahlgang Absprachen mit der PS über gemeinsame Kandidaten im entscheidenden 2. Wahlgang zu treffen. Andererseits fallen die PSU-Kritiken an den politischen Positionen der „Linksunion" gegenüber der PS durchaus schärfer aus als gegenüber der PCF. In der zitierten Erklärung der PSU-Leitung heißt es z.B. zur PCF: „*Die kürzlich geübte harte Kritik der PC an der PS ... zielt darauf ab, die Verantwortung der PC an der aktuellen Situation zu verschleiern. Weil die PC keine wirklich einheitliche Massenbewegung gewollt hat, hat sie der PS erlaubt, ihre Positionen zu halten und das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Der PC geht es nur um die Interessen ihrer eigenen Organisation, die sie als mit denen der Arbeiter identisch hinstellt.*"

Zur PS wird u.a. gesagt: „*Zumindest seit 1974 hat die PS niemals klar von einer Politik der Verwaltung der gesellschaftlichen Krise Abstand genommen. Sie hat niemals zur notwendigen Offensive der Linken gegen Giscard im Falle eines Wahlsiegs Stellung genommen. Sie hat niemals ihre atlantischen Absichten aufgegeben... Die PS bleibt gegenüber den amerikanischen Druck empfänglich, wie das kürzliche Treffen von Mitterand und Carter bewiesen hat.*"

Die PSU hat auch auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß Mitterand schließlich der PCF ganz den Laufpaß geben könnte und eine Art „Mitte-Links-Regierung" mit dem Parteienblock um Giscard unter Ausschluß der Gaullisten eingehen könnte: „*Die Szenerie entspricht vollständig den Plänen von Giscard, der für Frankreich von einer wehrhaften Sozialdemokratie nach deutschem Muster träumt. Kann man sich ernsthaft vorstellen, daß ein solcher Plan auf Dauer ohne Echo in einer Sozialistischen Partei bleibt, in der der Kanzler Helmut Schmidt beileibe nicht nur Gegner hat?*" [„TS" 775, 23.2.].

Offensichtlich ist es diese Perspektive und noch mehr die Befürchtung, der Streit innerhalb der Linksunion könne schließlich dem reaktionären Flügel unter Chirac (Gaullisten) an die Macht verhelfen, was die PSU besonders an die PCF appellieren läßt, sie möge trotz der Differenzen die „Einheit" mit der PS nicht aufgeben und nicht „*die Bedingungen für einen ‚schlechten Sieg': gespaltene und demobilisierte Arbeiter*" schaffen.

Über die „Selbstverwaltungs-Front" gibt die PSU folgende zusammenfassende Charakterisierung: „*Sie hat sich von der Basis her gebildet, mit den Aktiven der Arbeiterbewegung, der Frauen-, der Ökologie- und der antikapitalistischen Bewegung; sie*
hat sich von der Basis her gebildet, mit den Aktiven der Arbeiterbewegung, der Frauen-, der Ökologie- und der antikapitalistischen Bewegung; sie
entspricht den Hoffnungen auf ein anderes Wachstum, eine tatsächliche Gleichheit, eine internationale antiimperialistische Politik und neue Freiheiten. Sie will voll zur Niederlage der gegenwärtigen Mehrheit (Parlamentsmehrheit, Anm. AK) *beitragen ... Über die Wahlen hinaus will sie die Bedingungen für die Umwandlung der Niederlage der Rechten in eine siegreiche Offensive der Arbeiter durch die Mobiliserung des Volkes schaffen. Diese wird notwendig werden, um die Bildung einer Regierung zu fordern, die die Arbeiter repräsentiert, auf der Grundlage eines Programms, das ihren Erwartungen entspricht. Ihre gesamten Komponenten machen aus der Selbstverwaltungs-Front etwas anderes als ein Wahlkartell oder eine bloße Zusammenfassung von einzelnen Kämpfen. Sie stellt den Versuch dar, eine politische Kraft der sozialistischen Linken zu schaffen, die für die Selbstverwaltung und die Einheit eintritt und die sich auch an diejenigen richtet, die ihre Hoffnungen bei den anderen Gruppen nicht erfüllt sehen... Die Selbstverwaltungs-Front soll eine Antwort auf die Krise der Linken sein und neue Perspektiven für die Volkseinheit und den Sozialismus eröffnen.*" („TS" 770)

Frankreich-Kommission

Wahlergebnisse von PCF und PS seit 1945 (Parlamentswahlen) in Prozent

	PS (früher SFIO)	PCF
21.10.1945	23,4	26,4
2.6.1946	21,1	25,9
10.11.1946	17,8	28,2
17.6.1951	14,6	26,9
2.1.1956	15,2	25,9
23.11.1958*)	15,4	18,9
18.11.1962	12,5	21,8
5.3.1967	18,9	22,5
23.6.1968	16,5	20,0
4.3.1973	19,2	21,4

(Quelle: „Le Monde", 10.1.78)

*) Ab 1958, mit der Machtübernahme des Generals de Gaulle, wurde in Frankreich ein Mehrheitswahlrecht mit zudem eindeutig die Gaullisten bevorteilender Wahlkreisaufteilung etabliert. Das führte dazu, daß die PCF 1958 z.B. mit 18,9% Stimmenanteil nur 10 von 490 Abgeordnetensitzen erhielt!

„Ihre Demokratie und unsere" Erklärung zu den Vorfällen auf der Demonstration gegen Berufsverbote vom 4.2.78 in Stuttgart



Aus: „Rote Fahne" (Zeitung des KAB"D") vom 25.2.78

Zum 4.2.1978 hatte der Koordinationsausschuß der baden-württembergischen Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote zu einer regionalen Demonstration aufgerufen.

Diese Demonstration findet seit mehreren Jahren regelmäßig statt, und 1976 hatte die „Initiative von Beschäftigten der Universität Stuttgart gegen die Berufsverbote", die einige konkrete Fälle an der Uni betreute, zur Bildung eines Blocks der Kräfte aufgerufen, die nicht bereit waren, sich bedingungslos dem Aufruf der (DKP-dominierten) Bürgerinitiativen unterzuordnen.

Wie schon vor einem Jahr kam es bei der Demonstration gegen die Berufsverbote am 4.2.1978 zu schweren Prügeleien.

Mitglieder der Gruppe Rosa Funke hatten ein Schild mit der Aufschrift „Gegen Berufsverbot für Homosexuelle" und „Gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse" mitgetragen. Während das erste Plakat sofort bei Beginn der Demonstration von DKP-Ordnern gewaltsam entfernt und zertrümmert worden war, konnte das zweite etwa 150 Meter weit am Ende des Demonstrationszuges mitgetragen werden. Auf den Pfiff eines DKP-Mitgliedes rannten plötzlich ca. 15 Typen in Lederjacken und mit Ordnerbinden von hinten auf das Schild mit der Aufschrift „Gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse" zu, schlugen es herunter und schlugen und traten auf die in der Nähe Stehenden ein. Ein Schläger hob sogar den zerbrochenen Stiel des Schildes auf und schlug Umstehenden damit auf den Kopf. Eine Reihe von Leuten wurde bei diesem Angriff verletzt. (...)

Schon im Jahr zuvor hatten DKP-Ordner beim gleichen Anlaß brutale Schlägereien gegen die Mitglieder des Blocks der „Initiative" angezettelt, dessen Initiatoren sich über die jeweilige Haltung zum Grundgesetz hinweg gegen Berufsverbote gewandt hatten. Innerhalb dieses Blocks wurden gemäß der dort vereinbarten Parolenfreiheit auch Transparente gegen die Gewerkschafts-
Schlägereien gegen die Mitglieder des Blocks der „Initiative" angezettelt, dessen Initiatoren sich über die jeweilige Haltung zum Grundgesetz hinweg gegen Berufsverbote gewandt hatten. Innerhalb dieses Blocks wurden gemäß der dort vereinbarten Parolenfreiheit auch Transparente gegen die Gewerkschafts-
ausschlüsse und anläßlich der Ausweisung W.Biermanns gegen die politische Unterdrückung in der DDR mitgetragen.

Die Unterzeichnenden verurteilen das undemokratische Verhalten der DKP und ihrer Unterorganisationen.

Was für ein Verständnis müssen die Initiatoren dieser Demonstration vom Kampf gegen die politische Unterdrückung durch Berufsverbote haben, wenn alle Stellungnahmen gegen die Berufsverbote unabhängig von der Verfassungstreue des Betroffenen, alle Positionen gegen politische Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen verboten sind, unterdrückt und notfalls von DKP-Ordnern hinausgesäubert werden?

Was für ein Verständnis von Demokratie, wenn sich am 4.2.78 in Stuttgart nur noch die politisch äußern dürfen, die sich auf die Grundlage des Aufrufs der Bürgerinitiativen und auf das, was die DKP-Ordner zulassen, stellen?

Was sollen wir von Leuten halten, die ihre Unterdrückung von Homosexuellen mit den gleichen Worten rechtfertigen wie die Faschisten im Dritten Reich?

Wir fordern dazu auf, dem Verhalten der DKP entgegenzutreten und gemeinsam gegen politische Unterdrückung vorzugehen. Wiedersprüche im Kampf gegen die politische Repression müssen solidarisch ausgetragen werden.Nur wenn wir die Einheit in diesem Kampf herstellen, können wir uns glaubwürdig und wirksam gegen die politische Unterdrückung wehren.

Basisgruppe Uni Stuttgart; Rosa Funke; Fachschaftsinitiative Lunte; BG-Initiative Hohenheim; GIM; Arbeitsgruppen im Frauenzentrum; ROTE HILFE; KPD; KSV; Bernd Faller, Bundesvorstand SJD-Falken.

GDCF nicht mehr »linksextremistisch«

Vor knapp zwei Jahren hatte der Bremer Innensenator Fröhlich die „Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft" (GDCF) als eine „linksextremistische Organisation" (nach den „Erkenntnissen des Verfassungsschutz") bezeichnet. Die GDCF, der Fröhlich vorwarf, „zu einem erheblichen Teil" aus Mitgliedern von KBW, „KPD" und „KPD/ML" zu bestehen, setzte sich gerichtlich dagegen zur Wehr. Neben der Erläuterung der Ziele der GDCF (für Frieden und Völkerverständigung, Information über Leben und Kultur Chinas sowie den Aufbau des Sozialismus dort) verwies ihr Prozeßvertreter darauf, daß CSU-Strauß, CDU-Filbinger und SPD-Brandt bereits 1973 der Gründungsversammlung der GDCF Grußbotschaften übersandten. Im letzten Jahr habe der Bremer Senat, dem auch Fröhlich angehört, der GDCF sogar die Rathaushalle für eine Ausstellung chinesischer Holzschnitte zur Verfügung gestellt. Da offensichtlich das Gericht so viel bürgerliche Prominenz nicht als Sympathisanten von „Linksextremen" beschuldigen mochte, wurde die GDCF von diesem Makel mit Urteil vom 22.2.78 freigesprochen und Senator Fröhlich muß öffentlich widerrufen. Gewiß zu recht, nachdem die GDCF in den letzten Jahren kräftig „gesäubert" wurde und sich dort heute neben der vaterländischen „KPD" auch allerlei „gutbürgerliche" Elemente tummeln.

KB/Gruppe Bremen

Wallraff-Interview: BILD vor das Russell-Tribunal

Am 2. März hatten wir Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit Günter Wallraff. Günter Wallraff hat nach seinen Enthüllungen über die kriminellen Praktiken der BILD-Zeitung mit einer wahren Prozeßlawine seitens des Springer-Konzerns zu kämpfen. Die Vielzahl der Prozesse zielen auf ein endgültiges Verbot des „Aufmacher" und auf die finanzielle Ausblutung Wallraffs. Das jüngste Urteil zu Gunsten des Springer-Konzerns dürfte sehr weitreichende Folgen für die Pressearbeit haben, da jede Enthüllung bestimmter Praktiken in Unternehmen einen „Verstoß gegen die Privatsphäre" bedeutet. Informationsarbeit über Unternehmen und Institutionen wird danach sich auf die offiziellen Verlautbarungen beschränken müssen. Zu diesen Fragen nimmt Günter Wallraff ausführlich Stellung. Darüberhinaus diskutierten wir über Franz J. StrauSS, das Russell-Tribunal, über die linke Tageszeitung, die Sympathisanten-Hetze, über das politische Klima in der BRD. Wir haben das Gespräch mit dem Tonband aufgezeichnet und redaktionell lesegerecht überarbeitet. Die Zwischenüberschriften haben wir eingefügt.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Urteil, das Maulkörbe verpaßt

Günter Wallraff (GW) geht zu Beginn des Gesprächs auf den Angelpunkt des Urteils, dem sogenannten „Schutz der Privatsphäre" der Springer-Redaktionsleitung ein. Auf die Praxis der BILD verweisend, fährt Günter fort: *„Dann dürfte die BILD nicht mehr erscheinen, denn die BILD-Redakteure haben die Privatsphäre ja ständig mißachtet und die Menschenwürde von einzelnen verletzt. In meinem Fall dagegen habe ich sogar die Privatsphäre der dort beschäftigten Journalisten insofern geschont, indem ich ihnen im Buch andere Namen gegeben habe. Das ist von Gericht überhaupt nicht akzeptiert worden. Man hat eine etwas elegantere Rechtfertigung ins Urteil übernommen, um nicht als Oberzensor zu erscheinen. Danach könnte so eine Methode der Recherche erlaubt sein, wenn die Veröffentlichung von überragendem öffentlichen Interesse sei.*

Eine derartig gewaltige und gewalttätige Nachrichtenfabrik, wo Massen präpariert werden, gilt demnach bereits nicht mehr als Gegenstand öffentlichen Interesses. Diese Argumentation erinnert mich fatal an den Springer-Anwalt Witt, der in der Verhandlung ganz offen und simpel auftrat und sagte, 'das gehört einfach nicht an die Öffentlichkeit, so etwas gehört verboten.' Dieser Argumentation hat sich das Gericht dann ja auch letztendlich angeschlossen.

Ich selbst muß daraus meine Konsequenzen ziehen. Ich werde mich dadurch nicht davon abhalten lassen, dieses Recht auf Enthüllung
Konsequenzen ziehen. Ich werde mich dadurch nicht davon abhalten lassen, dieses Recht auf Enthüllung
weiter wahrzunehmen. Es werden schon überall meine Steckbriefe geschrieben und deshalb werde ich Vorsorge treffen, falls dieses Grundsatzurteil nicht aufgehoben werden sollte – was im jetzigen politischen Klima nicht wahrscheinlich ist, und daß ich dann diese Arbeit insofern fortsetze, daß ich mich als juristische Person auflöse, vieleicht meinen Wohnsitz ins Ausland verlege, und dann hier überraschend und ungebeten weiter Einblick nehme und dann vom Ausland her meine Bücher erscheinen lasse.

Weil der Springer-Konzern jetzt merkt, was dieses Urteil ihm für einen Freibrief geschaffen hat, wird dies wahrscheinlich meine letzte Möglichkeit sein. Die haben jetzt einen weiteren Hauptsachenprozeß angekündigt, in dem sie alles verbieten und aus dem Verkehr ziehen lassen wollen, was die Zitate des Redaktionsleiters betrifft. Es handelt sich dabei – natürlich – um „den Schutz der Privatsphäre". – Als sei das sein Privatvergnügen, wie er sich in seinem menschenverachtenden Zynismus in der Redaktion ausgetobt hat. Gerade in der Redaktion hat er besonders gut funktioniert, hat er besonders „gute Arbeit" geleistet. Die stellen das jetzt so hin, als habe er das alles n ur aus Jux und Dollerei gemacht.

In diesem Urteil gibt es zum Teil Verbote, die erinnern an Prozesse aus dem Kaiserreich, zum Beispiel wegen „Majestätsbeleidigung". Mir werden reine Wertungen und Meinungen verboten, wie diese Banalität, daß ich mir vorkomme, wie der Schüler vor dem Lehrer, wenn ich ein Manuskript zum Redigieren vorlege. Es gibt schwerwiegendere Zensureingriffe. Ich darf ein Zitat vom Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, nicht mehr verbreiten, obwohl ich das nur als Anmerkung zur Diskussion stelle. Es geht darum, daß ich etwas zum Prinzip des blinden Gehorsams von KZ-Kommandanten sage und dann Kollegen frage, wie es kommt, daß das Parieren in einer so geschlossenen Gesellschaft, in einem so abgedichteten Bereich dermassen auswuchern kann?

Frage:
„Wie ist es mit der juristischen Grundlage eines solchen Urteils. Ist es als verschärfte Interpretation vorhandener gesetzlicher Möglichkeiten zu sehen?

GW:
Das ist ein juristisches Neuland, das gab es bisher nicht. Mein eigener Anwalt ist mit seinem Latein am Ende. Er ging davon aus, daß dieses Urteil nach seinem Rechtsempfinden unmöglich wäre. Er spricht neuerdings von Klassenjustiz, wohlgemerkt, das ist kein linker Anwalt!

Der Richter ist ein Mann aus einer Schlagenden Verbindung, der von Anfang an seine Voreingenommenheit dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß er vor dem Prozeß Dinge geäußert hat wie: „Das Buch ist ein Skandal". In dem Sinne: es hätte nie erscheinen dürfen.

Frage:
Ist dieses Urteil nicht dahingehend sehr einschneidend, daß es Pressearbeit und Informationspolitik ausschließlich auf die offiziell zugänglichen Erklärungen und Verlautbarungen von Unternehmen und Institutionen beschränkt?

GW:
Genau. Aus zweiter Hand wird's weiterhin möglich sein, vom Hörensagen her
GW:
Genau. Aus zweiter Hand wird's weiterhin möglich sein, vom Hörensagen her
, aber natürlich von Insidern wird es in Zukunft fast unmöglich sein Informationen zu erhalten. Deren Situation ist hinreichend erklärt, weil sie ja erstens abhängig beschäftigt sind, zweitens in ihren Einstellungsverträgen und Arbeitspapieren Klauseln unterschreiben mußten, daß sie über Betriebsinternes zu schweigen haben.

Ich meine, für mich hat das natürlich auch was für sich. Das schafft klare Verhältnisse! Ständig noch ein Prozeß, und noch ein Prozeß, das macht dich nervlich und finanziell fertig und du verbeißt dich dann auch und wirst zu einem Michael Kohlhaas. Das ist dann nicht gerade produktiv. Von daher ist das für mich ziemlich wichtig – die Arbeit im Schutz aus dem Ausland weiterzumachen. Ich habe da zwei Angebote, wo auch die Bücher dann verlegt werden können und in deutscher Sprache auch vertrieben werden. Das schafft wieder freien Blick. Du fängst ja sonst in einer Pingeligkeit damit an, fast wie ein Kreuzworträtsellöser, sorgfältig auf eventuell verbotene Worte zu achten. Du suchst ein neues Wort, das genauso viel Buchstaben hat, daß aber in seiner Formulierung viel schwächer ist.

Dieser Zustand nimmt dir die Möglichkeit, irgendetwas flüssig durchzukomponieren. Ich habe schon in diesem Buch wichtigste Ergebnisse und Kenntnisse nicht veröffentlicht, weil ich notfalls nicht in der Lage gewesen wäre, vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten, weil noch Zeugen dort im Konzern beschäftigt sind und es sich zur Zeit noch nicht leisten können vor Gericht auszusagen. Ich hätte mir das auch sowieso sparen können, weil die Beweismittel ja doch nicht vom Gericht gewürdigt werden.

Da sind Sachen bei BILD passiert, die die Stufe der Kriminalität erreicht haben, wo dann nur die Beweislast bei mir hängengeblieben wäre. Aber bei diesem Urteil kam es ja gar nicht mehr auf die Beweise an.

Frage:
„Stufe der Kriminalität erreicht", das dürfte dann die nächste Äußerung sein, ...

GW:... *die mir dann wieder verboten wird. Die klagen dann nicht nur auf Unterlassung, sondern auch auf Widerruf.*

„Untergrundkommunist" ist ein Ehrentitel

5 OOO DM kostet ein Prozeß, in dem es um drei Punkte geht. Allein der Luxus, den ich mir leiste, indem ich glaubte ein Gericht in diesem politischen Klima für meine Interessen einsetzen zu können. In meiner Naivität wollte ich mich per Gericht gegen die Definition der CSU und Strauß, ich sei ein „Untergrundkommunist", zur Wehr setzen. Ich habe das in zwei Instanzen versucht zu erreichen, und dann hat ein CSU-höriges Gericht in Stuttgart dem Strauß Recht gegeben. Die Begründung war, es sei eben in einer harten politischen Auseinandersetzung zulässig, zumal das keine Tatsachenbehauptung, sondern ein Meinungsurteil sei. Das ich das durch zwei Instanzenwege versuchte zu verhindern, hat mich 19.OOO DM gekostet. Inzwischen würde ich sagen, ich hätte mir den Titel „Untergrundkommunist" als Ehrentitel zulegen sollen, weil dieser Titel in Nachbarstaaten, in welchen es – im Gegensatz zur BRD heute noch gewürdigten Widerstand gegen den Hitlerfaschismus gegeben hat, heute noch ein Ehrentitel ist. Wenn diejenigen, die hier so einen Titel verleihen, mal wieder das Sagen haben, könnte es tatsächlich erforderlich werden, als Untergrundkommunist gegen den Faschismus anzutreten.

AK:
Es ist interessant, daß StrauSS auch alle ähnlich gelagerten Prozesse gewinnt, wo er als Faschist bezeichnet wird, oder mit Doppel-S am Ende geschrieben wird...

GW:
Er hat seine Haus- und Hof-Gerichte und da weiß er, was er gilt. Übrigens sind das Gerichtsverfahren, die in der Weimarer Republik auch mal so anfingen, daß man erstmal über Sprachregelungen Kritiker zum Abschuß freigab.

Frage:
Du gehst bis in die letzte Instanz?

GW:
Ja, ich will die formaljuristischen Mittel ausschöpfen. Ich will mir nachher nicht nachsagen lassen, ich hätte nicht versucht, mit 'rechtsstaat-
Mittel ausschöpfen. Ich will mir nachher nicht nachsagen lassen, ich hätte nicht versucht, mit 'rechtsstaat-
lichen' Mitteln mein Recht durchzusetzen, obwohl es von den Prozeßkosten her eigentlich vermessen ist. Es sind jetzt schon über 100.000 DM Prozeßkosten und Anwaltskosten entstanden und in der nächsten Instanz wird es noch einmal ein Drittel teurer.

Frage:
Es fällt auf, daß in jüngster Zeit die Justiz gegen Journalisten vorgeht. Im Fall Faust versucht der Staatsschutz einen Journalisten hinter Gitter zu bringen, der etwas Licht auf die unsauberen Praktiken des Verfassungsschutzes geworfen hat. In Frankfurt versucht die Justiz eine Journalistin vor den Kadi zu bringen, die es gewagt hat, die Urteilsfindung der Frankfurter Staatsschutzkammer zu kritisieren. Soll hier der Zustand präjudiziert werden, der jeden kritischen, unabhängigen Journalismus zunichte macht?

GW:
Diese Prozesse sollen eine abschreckende Wirkung haben. Sie sollen andere davon abhalten, selber mit einer kritischen Arbeit zu beginnen.

Frage:
Wie würdest Du den Fall Hans-Georg Faust bewerten? Dieser Fall erreicht doch die Ausmaße der Spiegel-Affäre 1962? ...

GW:
– ... ohne daß der SPIEGEL sich hier groß engagiert hat; die lassen den fallen, obwohl sie selbst erstmal ihn vorgeschoben hatten ... und jetzt sich da schon aus der Affäre ziehen.

Ich bin auch inzwischen sicher, daß das nicht Springers alleinige Entscheidung war, mit diesem Prozeßhagel zu reagieren, weil er sich selbst damit auch geschadet hat. Es sind doch viele BILD-Leser etwas aufmerksamer geworden. Sie haben die unheimliche Macht Springers etwas deutlicher gespürt.

Frage: Geht man nach der bisherigen Reaktion der übrigen Presseorgane auf deine Aktion, so stellt sich deine Arbeit als isolierte Einzelaktion dar. Besteht nicht die Gefahr, daß von daher die ganze Auseinandersetzung aus der öffentlichen Diskussion katapultiert wird?

GW:
Aber trotzdem ist es dann doch immer wieder möglich, Gegenöffentlichkeit herzustellen. Auch über das Vorgehen, die unmittelbare Konfrontation, die du herstellst, zwingst eine Öffentlichkeit, die das eigentlich nicht wahrnehmen will. Du merkst, wie in einigen Zeitungen die Kollegen zwar darüber berichten wollen, sich auch damit identifizieren, dann aber von Seiten der Chefredakteure versucht wird, das abzuwürgen, und das eben in den liberalen Zeitungen. Inzwischen ist das auch beim STERN so: Die dürfen über die Sache nicht mehr berichten. Einmal, als sie den Titel gemacht hatten, gestützt durch Bissinger, und der Franktion mit nicht zynischen Illustriertenschreibern, ist das dann aber schnell hinter den Kulissen wieder intern geregelt worden. Man hat den Hausfrieden wiederhergestellt. Der STERN war eine zeitlang viel besser, als er hätte sein dürfen. Und da hat man jetzt eine Flurbereinigung gemacht, indem man den Kopf abgeschlagen hat und die anderen jetzt einschüchtert.

Es passiert jetzt, wenn man einen Redakteur anruft, daß er sagt:„ Moment, warte mal, ich muß die Tür schließen." Furcht vor Bespitzelung!!

Frage:
Wie reagierte die politische Landschaft in der BRD auf dein Projekt? Die Position der CDU/CSU ist im wesentlichen klar. Interessant ist das Verhalten der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften.?

GW:
Hier im Falle BILD habe ich nun die positive Erscheinung erlebt, daß hier doch noch ein gemeinsamer Gegner da ist, und das man sich hier fast in der gesamten Gewerkschaftsbewegung dieser Aktion angeschlossen hat. Die Gewerkschaftszeitungen haben nicht nur darüber sehr breit berichtet, sondern haben darüberhinaus den Kampf gegen „BILD" wieder eröffnet.

Es war nicht nur die IG-Metall, die in Fortsetzungsserien darüber berichtete, sondern alle anderen möglichen Gewerkschaftszeitungen. Und auch das offizielle Organ der SPD, der VORWÄRTS, hat sich hier sehr engagiert. Das muß man einfach sagen, weil hier sonst ein schiefes Bild entsteht. Dabei hat der Vorwärts auch rechtliche Schritte von Springer gegen sich in Kauf genommen und will auch weiterhin totz des Risikos berichten. Das geht hier bis zur SPD Schleswig-Holsteins, die ziemlich unerschrokken direkte Veranstaltungen mitorganisiert hat.

Ich habe fast drei Monate lang in anderen Städten ständig Veranstaltungen gehabt, die von den Gewerkschaften veranstaltet wurden, von den DGB-Kreisvorsitzenden der Einzelgewerkschaften und da kamen oft tausend bis zweitausend Teilnehmer. Da war immer ein Großteil BILD-Leser dabei, die sich zum Teil auch dem organisierten Boykott anschlossen. Wir haben dann Boykott Aufrufe entwickelt, die könntet ihr im ARBEITERKAMPF nachdrucken. Bisher haben sich über 70.000 BILD-Leser in die Boykottlisten eingetragen.

Da gibt es zum Teil ganze Belegschaften, Betriebsgruppen, Vertrauensleute, Betriebsräte, die gemeinsam beschließen, die Droge BILD abzusetzen.

Frage:
Einige Alternativ-Zeitungen zu BILD, an denen teilweise auch die SPD beteiligt ist, sind kaum besser, einige sogar zum Teil noch schlimmer, ich denke da an die Hamburger Morgenpost. Wie haben diese Blätter darauf reagiert?

GW:
Die Kollegen dort hätten das gerne aufgegriffen, um damit eine Möglichkeit zu haben auch eindeutig zu erklären, daß sie sich davon absetzen möchten. Die Chefredaktion, in diesem Fall Conrad Ahlers, hat sich mit angesprochen gefühlt, weil das Blatt ja auch inzwischen in das Fahrwasser der BILD hineingeschlittert ist, und in vielem BILD kopiert. Die Morgenpost ist in manchem die Kopie von BILD, mit negativen Vorzeichen. Manmal noch blutrünstiger, schlechter gemacht.

Frage:
Geschlittert, oder mehr geschlittert worden?

GW:
Ich weiß gar nicht, ob das so ein Plan war. Das sind Rücksichtsnahmen, hier in Hamburg, da will man dem mächtigen Gegner nicht weh tun. Man will sich mit ihm arrangieren, man möchte es kopieren. Wenn was in der BILD-Zeitung groß aufgemacht wird, dann wechseln die Kontakte zwischen den Häusern, man erfährt, womit die gerade groß rauskommen wollen, da hängt man sich dran, man möchte es noch überbieten.

Was Conrad Ahlers betrifft, kann

Gewerkschafter und Kollegen lesen nicht mehr Bild

Mehrere Monate lang stand Günter Wallraff als Hans Esser im Dienste des Hauses Springer. Er arbeitete als Reporter in der Hannoveraner Redaktion der Bild-Zeitung. Er wurde einer der wichtigsten "Aufmacher"-Schreiber für den Lokalteil. Durch eine frühzeitige gezielte Indiskretion flog die Sache auf. Günter Wallraff hat mittlerweile seine Erfahrungen zu einem Buch verarbeitet (erschienen im Kiepenheuer & Witsch Verlag) und bekommt die persönlichen und publizistischen Nachstellungen und Verleumdungen des Springer-Konzerns zu spüren. Daraufhin hat sich eine Initiative "Boykott gegen Springer" gebildet, die von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Druckern, Journalisten und Schriftstellern getragen wird. Eine Unterschriften-Aktion ist angelaufen: über 10 000 Kollegen aus den Organisationsbereichen folgender Gewerkschaften haben den Aufruf unterzeichnet: ÖTV Frankfurt, Mainz, Münster; HBV Frankfurt, Hannover; GEW Berlin, Dortmund, Göttingen, Frankfurt; DPG Koblenz; Fernmeldeamt Taunus; RFFU Köln; GdED Köln; DGB-Jugend Südwürttemberg/Hohenzollern; IG Metall Hanau; DGB-Ortskartell Rödermark; Vertrauensleute und Betriebsräte der westfälischen Zementindustrie; Gewerkschaftliche Schulungsgruppe der IG Chemie Westfalen; Betriebsrat der Firma Honeywell; Kollegen der Firma Schenker Hannover u.a.

Gewerkschafter und Kollegen lesen nicht mehr Bild

1. **Ich unterstütze den Beschluß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) von 1972, in dem zum Boykott der Springer-Zeitungen aufgefordert wird.**
2. **Ich bin dagegen, daß Gewerkschafter mit Springer-Zeitungen in irgendeiner Form zusammenarbeiten (z.B. Information geben oder sich für Interviews zur Verfügung stellen).**
3. **Ich selbst werde Bild und andere Springer-Zeitungen nicht mehr kaufen und meine Kollegen auch dazu auffordern; deshalb setze ich mich auch aktiv für die Beseitigung der Bildzeitungskästen in und vor den Betrieben ein.**
4. **Ich unterstütze die gewerkschaftliche Forderung zur Demokratisierung der Presse, weil der Artikel 5 des Grundgesetzes nicht besagt, daß Pressefreiheit das Privileg von ein paar Dutzend kapitalkräftigen Unternehmern ist, ihre Meinung an den Mann zu bringen.**

Name/Vorname	Adresse	lese Bild oft / selten / nie	Gewerkschaft/ Funktion	Unterschrift
....	....	....	....	....
....	....	....	....	....
....	....	....	....	....

Den Coupon bitte einsenden an: Günter Wallraff c/o Betrieb. Merkenicher Str. 99 5 Köln 60. Dort können auch weitere Unterschriftenlisten kostenlos angefordert werden.

man selbst ihn zu den BILD-„Opfern" zählen. Allerdings mit besonderem Werdegang. Als er noch Pressesprecher der Regierung war, nahm er den Mund mal ziemlich voll und erklärte, er hätte Schubladen voll von Material, daß BILD-Fälschungen enthielt. Er kam aber nie dazu, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zuvor war Springer schon bei Bundeskanzler Brandt vorstellig geworden und trug dort einige presserechtliche Vorstellungen vor, woraufhin man dann erleben mußte, daß Ahlers einen „Goodwill"-Besuch in der BILD-Zentrale machte, sich da herumreichen ließ und seitdem sich nicht mehr mit Springer angelegt hat.

In meinem Fall hat er einen ganz überflüssigen und peinlichen Kommentar geschrieben, der vielleicht sogar ehrlich ist, weil er sich ausgerechnet hat, daß er nicht gut bei weg käme, wenn mit meinen Methoden bei ihm untersucht würde.

„So ein Blatt ist notwendiger denn je"

Frage:
Hast Du Dich bei der Beurteilung der bundesdeutschen Presselandschaft mal in der Frage der linken Tageszeitung engagiert?
GW:
So ein Blatt ist notwendiger denn je, weil insgesamt die Uniformierung der Presse immer mehr zunimmt und durch die Konzentration beginnt, immer weniger darüber zu verfügen, was noch berichtet wird und was nicht.

Bei den großen Nachrichtenagenturen, wie dpa, die bereits die Vorzensur reglementieren, bestimmen die Größten in diesem Verbund, somit auch Springer als Großabnehmer. Durch die modernen Techniken wird das immer mehr eine von oben gesteuerte Einheitsmeinung, die auch dem Grundgesetz völlig widerspricht, wo die Rede ist von einer konkurrierenden Vielfalt.

Im Moment nehmen die Gegenzeitungen der Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen immer stärker und wichtiger die Funktion wahr, überhaupt mal was rüber zu bringen, was sonst nirgendwo mehr erscheint. Diese Ansätze bündeln und auszubauen zu einer auch lesbaren Tageszeitung, das ist erforderlich.

Ich weiß es nicht, ob es so, wie es jetzt in Berlin geplant ist, machbar ist. Es ist von Anfang an unter einem zu engen Vorzeichen diskutiert worden. Ich glaube, es geht gar nicht darum, eine erklärtermaßen linke – oder wie die ersten Grundsatzpapiere sagen – linksextreme Tageszeitung herauszugeben. Es müßte eine Gegenzeitung erst einmal geschaffen werden, die alles das bringt, was woanders nicht mehr kommt. Und nicht nur von einer Linksaußen-Position getragen, – das politische Bekenntnis braucht da nicht in jedem Artikel mitzuschwingen.

Frage:
Ist ein solches Projekt überhaupt machbar!?? Es ist ja heute so, daß manches, was Aufgabe der Demokraten wäre, hier nicht mehr geleistet wird, und stellvertretend durch „Linksradikale" schlecht und recht gewahrt wird.
GW:
Die Frage ist, ob so etwas durchdringt, daß das nicht nur denjenigen zukommt, die ohnehin schon besser informiert sind. Da ist einfach die Frage nach einem Startkapital. Eine große und überregionale neue Tageszeitung auf die Beine zu stellen, kostet 80 Millionen Mark. Und so ein Blatt müßte erst einmal auf Abonnenten-Basis laufen. Es müßte einen sehr großen Abonnenten-Stamm haben. So etwas könnte man durchaus machen.

Auf Großveranstaltungen könnte man anfangen, einen Leserstamm aufzubauen, der so ein Blatt langfristig tragen kann und versuchen, einen Vertrieb zu finden, der auch an die Kioske kommt. Es wird immer notwendiger, weil eine umfassende Information immer weniger stattfindet und eben gewisse Bereiche aus der Diskussion völlig ausgeklammert werden. Man muß manchmal schon ins Ausland fahren, um sich zu informieren, was hier an neuen Repressionen wieder vorkommt, was es an neuen Berufsverbotefällen gibt. So etwas ist in unseren normalen Tageszeitungen kaum noch aufzufinden. Wahrscheinlich wäre zur Zeit eine Sonntagszeitung das Erfolgversprechendste. Auf dem Markt ist ja fast nur Springer. Als Test, mal in den Markt hineinzukommen, wäre das wahrscheinlich das machbare. Eine Tageszeitung zu machen würde doch einen riesigen Apparat erfordern.

Der DGB wird so ein Projekt sicher nicht unterstützen, aber Basisgruppen innerhalb der Gewerkschaft. Einzelne Vorstände in der Gewerkschaft würden da schon anders drauf reagieren. Ich glaube schon, daß man das mit Gruppen innerhalb der Gewerkschaften machen kann. Das dürfte nicht gegen die Gewerkschaften gestellt sein, obwohl man nicht damit rechnen kann, daß es von dort getragen wird.

Frage:
Ich würde gerne noch einiges ansprechen, was Du auf Deinen Veranstaltungen nicht behandelst.

Zur Gewerkschaftspresse; ist sie nicht im wesentlichen ebenso gleichgeschaltet wie die bürgerlichen Massenmedien? Berichtet sie nicht ebenso einseitig gegen die Anti-AKW-Bewegung? Hat sie zu den ungeklärten Todesfällen in Stammheim und Stadelheim nicht uneingeschränkt den staatlich verordneten Kurs mitgefahren? Du sagtest doch selbst, daß man ausländische Presse lesen muß, um bestimmte Ereignisse hierzulande verfolgen zu können.
G.W.:
Ja, im Ausland ist die Sensibilität der Bevölkerung entschieden höher, eben durch eine breitere Information in der ganz normalen Presse dort. Ich hab das in Holland erlebt, was man da alles im Detail wußte, das erlebst Du hier auf Veranstaltungen nicht,



obwohl doch auch immer sehr viele Linke dabei sind, die meine Veranstaltungen besuchen.

Bevor ich zur Gewerkschaftspresse übergehe, noch einiges zur Verkaufspresse: Die Meinungsfreiheit hört spätestens da auf, wo Gruppeninteressen von Anzeigenkunden verletzt werden. Ich erlebte es auf Veranstaltungen, daß die örtliche Presse in der Regel nicht darüber berichtet. Es sei denn, es schreibt in München ein Springer-Inlandsdienst-Beauftragter unter Pseudonym für den Münchner Merkur, an dem Springer neuerdings Anteile hat. Aber die „Süddeutsche" berichtet dann nicht.

In der FR ist ja am Anfang noch über das Buch berichtet worden, aber nachher durfte ein Interview, das Kollegen von der Kultur mit mir gemacht hatten, nicht mehr erscheinen. Es wird nicht so vordergründig daran liegen, daß die FR ab Januar auch BILD mit im Lohndruck herstellt. Es gab jedenfalls kurz nach meinem Eindringen bei Springer eine Stellungnahme des Zeitungsverlegerverbandes, die sich voll hinter Springer stellt und dieses Eindringen aufs Schärfste verurteilt. Entsprechend fiel dann auch die Berichterstattung aus.

Ich erinnere mich noch, daß ich von Vertrauensleuten in der Zentrale (bei Springer Hamburg, Anm. Red.) einen Tip bekam: ‚Vorsicht in der nächsten Woche kriegst Du einen ungeheuren Bugschuß von einer Zeitung, von der Du annimmst, sie stünde eher dir nahe als Springer, aber da ist ein Arrangement getroffen.' Und tatsächlich: Eine Woche später stand ein ungeheuerlicher Verriß in dieser Tageszeitung vom Kulturchef dieses Blattes, auf das sich Springer in seinen Dossiers und seinen Veröffentlichungen seitdem immer beruft: ‚Wenn schon die als links geltende...' Wie Du siehst gibt es Redakteure, in der Hamburger Zentrale und in den Nebenredaktionen, die mich regelmäßig über die Schachzüge des Konzerns informieren. Sie stellen mir ihre Erfahrungen für ein zweites ren sich also längst nicht mehr mit dem Konzern – das ist ja das Hoffnungsvolle, bei Springer bröckelt es.

Was Springer da in diese „linke" Tageszeitung lanciert zu haben scheint, wäre meines Erachtens zur Zeit der Studentenbewegung nicht möglich gewesen.

„Springer und BILD vor das Russell-Tribunal!"

Damals gab es noch eine Gegenpresse, die Springer die Stirn bot. Auch wurden Gegengründungen durch die Studentenbewegung mit verursacht, so gründete sich in Köln der EXPRESS. Die „Münchner Abendzeitung" hat ebenfalls die Anti-Springer-Kampagne mitgetragen. Da sind heute Arrangements hinter den Kulissen getroffen, man tut sich da nichts mehr. Springer hat eine Macht, die sich auch oft darin zeigt, daß er anderen nichts tut, daß er auf gewissen Gebieten andere gewähren läßt, dafür aber Loyalität erwarten kann. Wenn die gebrochen wird, dann ist er in der Lage, sie hinwegzufegen.

Frage:
Inwieweit gehört deiner Meinung nach das Thema Springer und die BILD vor das Russell-Tribunal?
G.W.:
Die ganzen Verstöße gegen die Menschenrechte. Ja das hätte sicher dahin gehört, oder gehört noch dahin.

Frage:
Meiner Meinung nach wird die Jury den Argumenten , das vorzutragen, relativ offen gegenüberstehen. Es gibt auch schon mehrere Untersuchungen, z.B. von Reinhard Kühnl, der der BILD ja anhand der Springer-Kampagne gegen die APO nachgewiesen hat, daß sie die gedankliche Weiterführung faschistischer Argumentation betreibt. Verbunden mit weiterem Material und Deinen Enthüllungen wären die Gutachten sicherlich ganz stichhaltig, die man der Jury vorlegen könnte. Es wäre wünschenswert, wenn die BILD beim zweiten Teil des Tribunals mit behandelt würde.
G.W.:
heitenhetze! Es sind immer wechselnde Minderheiten, die herhalten müssen als Dampfablasser. Heute sind es nicht mehr die Juden, dafür sind es z.B. die ausländischen Arbeiter, oder Homosexuelle. Inzwischen auch Interlektuelle, die Terroristen gleichgesetzt werden. Das hat schon seine Tradition, das kannst Du auch sprachlich genau zurückverfolgen bis auf Kampagnen, die vom STÜRMER oder vom VÖLKISCHEN BEOACHTER geritten wurden.

Frage:
Du hättest also auf jeden Fall Interesse vor dem Russell-Tribunal als Zeuge aufzutreten?
GW:
Ja, ich hab den Aufruf ja mit unterzeichnet und zumindest wär das eine Diskussion wert. Es gehörte wahrscheinlich mit dazu!

Frage:
Du nimmst einen relativ starken Bezug in deiner Kennzeichnung der jetzigen Situation auf Paralelen zur Weimarer Zeit. Siehst du denn eine faschistische Gefahr für gegeben?

„Wir steuern auf einen Polizeistaat - ähnlich dem Franco-Faschismus zu!"

GW:
Ich seh sie nicht so unmittelbar und so ganz akut, aber bedrohliche Anzeichen mehren sich. Der Faschismus ist ja auch damals nicht von heute auf morgen wie ein Unwetter ins Haus gefallen, sondern er ist planmäßig vorbereitet worden. Die Rechtsstaatlichkeit ist abgebaut worden, Gewöhnungseffekte eingetreten, sprachlich hat man sehr viel vorbereitet, was dann nachher in die Tat umgesetzt wurde. Wenn Strauß aus Chile zurückkommt und ganz offiziell eine staatliche terroristische Vereinigung von Mördern und Folterern hier gesellschaftsfähig macht, und sie als seine Freunde hier einführt; das Regime als Hort der Freiheit hinstellt, dann ist das nicht zufällig, dann weiß er sehr wohl, warum er das macht und zu welchem Zeitpunkt er das macht. Machen wir uns doch nichts vor, der hat sich aus erster Hand informiert, wie man so einen Putsch bewerkstelligt.

Ich glaube nicht, daß ein Faschismus geplant ist, wie wir ihn schon einmal hatten. Eher ein Überwachungsstaat, ein Polizeistaat, vergleichbar der letzten Ära des Franco-Faschismus. Dieser Faschismus kommt natürlich nicht zwangsläufig, schließlich ist ja heute eine wachsende Gegenbewegung zu verzeichnen.

Frage: Strauss konspiriert ja weltweit mit den Faschisten, seine Kooperation mit Spinola hast Du ja selber nachgewiesen.

Ich würde seine Funktion so interpretieren, daß er für die CDU/CSU eine Vorreiterrolle spielt, daß er für den Moment selbst nicht meint, daß solche Touren massenwirksam sind.
GW: *Sicher nicht, noch nicht. Er setzt ja auf das Chaos. Er rechnet ja auf eine Krisenzeit, eine wachsende Arbeitslosigkeit, wo eben doch der Ruf nach dem starken Mann massiver wird, und wo er die immer brüchiger werdende Demokratie dann umstürzen kann. Der wittert noch Morgenluft.*

Je älter er wird, umso gefährlicher wird er. Ich seh ihn immer noch als die zentrale Figur innerhalb der internationalen Reaktion. Es gibt kein faschistisches Land, kein rassistisches Regime, zu dem er nicht seine freundschaftlichen Kontakte hätte, und seine direkten Verbindungen.

Frage: Zentralpunkt in der ideologisch-propagandistischen Entwicklung hin zum Faschismus, oder einer Faschisierung von Staat und Gesellschaft ist sicherlich die Terroristenhatz und damit einhergehend die Sympathisantenhatz. Welche Bedeutung siehst du im Vorgehen gegen den Terrorismus? Wie qualifizierst du diese Sympathisantenhatz?
GW: *Der Terrorismus, wie er hier eskaliert, ist das Produkt dieser spezifischen Gesellschaft. Es ist kein Zufall, daß er sich nicht entwickelt hat in Schweden oder in Holland und zumindest, wo das in Ansätzen passiert ist, wie bei der Molukker-Geiselnahme, hat dieses Land ganz anders darauf reagiert als die BRD.*

Es ist nicht diese gnadenlose Hatz angefangen worden, wo es kein zurück mehr gab, wo es keinerlei Möglichkeit mehr gab, für jemanden seine falsche Strategie zu überdenken. Mit dem Rücken zur Wand waren die Terroristen dazu vorverurteilt, in der Illegalität zu verbleiben. Es hängt mit unserer unbewältigten Vergangenheit zusammen. Es haben einzelne Bürgerkinder nicht politisch verarbeiten können, daß hier welche aus dem Dritten Reich nahtlos hinübergewachsen sind in die Schlüsselpositionen. Es gab sogar welche, die das im eigenen Familienkreis direkt veranschaulicht bekamen und dann auch mit Generationskonflikt direkt gegen die Väter aufstanden.

Der Terrorismus kam den Herrschenden sehr gelegen. Wenn es ihn nicht gegeben hätte, hätte er von der Reaktion geschaffen werden müssen. Unter dem Vorwand seiner Verfolgung hat ein Roll-Back, ein Aufräumen stattgefunden, was noch voll im Gange ist.

Jeder der differenziert zu diesem Thema Stellung nimmt – so wie ich es jetzt hier versuche – gilt bereits als Sympathisant, als Unterstützer. Bestes Beispiel ist diese Geißler-Studie, diese Rufmordschrift über Sympathisanten.

„Ich habe die Ehre, zum Sympathisanten-Sumpf zu zählen!"

Ich hab die Ehre auch dazu zu gehören mit einem völlig hergeholten und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat. Bei mir findet man nun wirklich nichts, was irgendwie im Sinne von Unterstützung hätte ausgelegt werden können. Also nimmt man ein Zitat, was ich mal in Portugal, als ich da mehrere Monate auf einer Landkooperative gearbeitet habe, einem hergelaufenen Journalisten sagte, der im Gefolge von Genscher dort auftrat. Der hat mich da ein bißchen rotzig angepflaumt, wieso ich dort wäre und nicht in der BRD. Ich hab ihm da ein flappsige Antwort gegeben. Ich hätte einen gewissen Horror davor, in die Kulturscheiße der BRD zurückzukehren. Und ich meinte das in dem Moment auch so, weil ich merkte, daß dort, wo frühere Leibeigene sich jetzt ihre eigenes Land bestellten, Theatergruppen entstanden, für Kultur noch was ganz anderes war, und keine Übersättigung, wie das hier der Fall ist. Dieses Zitat taucht jetzt völlig von der Quelle losgelöst in dieser CDU-Studie wieder auf unter dem Titel „Sympathisantentum und Unterstützung". Allerdings wäre ich auch ein bißchen verunsichert, wenn ich nicht dort aufgetaucht wäre.

Frage: Der Umgang des Staates mit seinen politischen Gefangenen ist für uns wichtiger Gradmesser, wieweit die gesellschaftliche Entwicklung hin zum Faschismus gediehen ist. Was sagst Du zu den Haftbedingungen in westdeutschen Gefängnissen? Was sagst Du zu den Todesfällen von Stammheim und Stadelheim? Wir meinen, daß die demokratische Kräfte in der BRD – insbesondere auch die Presse – zu Stammheim weitgehend versagt haben. Kaum jemand hat es gewagt, sich offen in Widerspruch zu den hahnebüchenden Versionen Rebmanns zu setzen.
G.W.: *Diese mysteriösen Umstände sind von Anfang an einer einheitlichen Sprachregelung unterworfen worden. Ich erinnere mich noch: Ich war unterwegs und hörte im Autoradio in der ersten Nachrichten, daß die Gefangenen Selbstmord begangen hätten, und dann wurde das pausenlos – als noch alles offen war – durchgezogen. Es wurde eine totale Sprachregelung hergestellt. Der erste, der zu Wort kam, war ein Psychologe, der als „Experte vom wissenschaftlichen Standpunkt" aus erklärte, daß man unter solchen Umständen eigentlich nur Selbstmord begehen könnte. Dann anschließend verhaspelte sich ein Staatsanwalt. Der las etwas ab und das wirkte grauenhaft, das war dermaßen pervers, es war wie aus dem Wörterbuch des Unmenschen.*

Der las nämlich etwas von einem Blatt ab, und las das immer mit ‚Komma, Punkt, Semikolon, Ausrufungszeichen, Anführungsstrich". Der hat alles mitgelesen. Das war ein ganz korrekter Beamter, wie wir ihn im Dritten Reich ja gezüchtet haben.

Später als die Todesumstände hätten restlos aufgeklärt werden müssen, wurde alles auf eine offizielle, vorher schon feststehende Meinung hin getrimmt. Es gab kaum eine Zeitung, die da ausscherte, und noch Fragen stellte und überhaupt noch Unvereinbarkeiten und sonderbare Umstände reklamierte. Ich kann mir kein Urteil darüber erlauben, wie es wirklich passiert ist. Ich weiß inzwischen von einem Anwalt eines inhaftierte RAF Mitgliedes, daß die Haftumstände so sind, daß man jemanden zum Selbstmord treiben kann. Man kann wirklich jemandem so zusetzen, daß er zuletzt eine sich bietende Gelegenheit wahrnimmt, sich umzubringen.

Croissant fand am Tag seiner Einlieferung in Stammheim in seiner Zelle eine Rasierklinge, sie hing gut sichtbar am Nagel des Spindes. Da soll mir mal jemand erklären, wie diese Rasierklinge von all den Spezialisten übersehen werden konnte, die die Zelle zuvor noch und noch gefilzt hatten. Warum soll nicht zur Abwechslung eine Rasierklinge das Werkzeug sein, mit dem jemand Hand an sich legt?

Ein normaler Gefangener – ich kenne die Situation aus meiner Haftzeit im faschistischen Griechenland – gibt so eine Klinge nicht ab, sondern steckt sie erst einmal ein ... Ich glaube nicht, ich kann mir nicht vorstellen, daß es in Stammheim ein geplanter, ein aktiver Mord war. Da müßte immerhin ein ziemlich großer Kreis eingeweiht sein. Oder es müßte sich um einen Alleingang von Grüppchen innerhalb der Haftanstalt gehandelt haben, was mir bei dieser Beamtenmentalität ausgeschlossen erscheint. Trotzdem bleiben viele Ungereimtheiten.

Es war jedenfalls so, daß die Berichterstattung der Presse dafür gesorgt hat, daß die Gefangenen nicht mehr als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft galten, sondern als „Bestien", „Unmenschen". Daß der Selbstmord in Stammheim gelegen kam, zeigen ja auch Dokumente, die ‚konkret" soeben veröffentlich hat: Daß man z.B. zu Baader in die Zelle einen Kälberstrick mit dazugehördendem Brief, sich daran aufzuhängen, gezielt durch die Zensur durchließ.

Frage: Im Gegensatz zur deutschen hat die ausländische Presse durchaus die mysteriösen Vorkommnisse kritisch hinterfragt. Dies ist hierzulande in einer massiven Kampagne als antideutsche Stimmungsmache qualifiziert worden.
G.W.: *Die Presse hat sich eben als Regierungspresse bewährt. Sie hat ihren eigentlichen Auftrag total ignoriert, Unvereinbarkeiten zu hinterfragen. Das führte vielleicht dazu, daß in der ausländischen Presse zum Teil zu sehr mystifiziert wurde. Allerdings trifft es nicht zu, was ein bekannter Kollege im Regierungsauftrag nach Italien reisend – dann dort feststellte. Der sieht in jeder Kritik an Zuständen in der BRD nur eine Ablenkungsfunktion von Mißständen im eigenen Land. Ich kenne die Kollegen im Ausland und von den holländischen, schwedischen und italienischen Kollegen kann ich sagen, daß jene, die die bedrohliche Entwicklung der BRD kritisieren ebenso kritisch die Verhältnisse in ihren Staaten darstellen."*

DFG/VK-Vorstoß: „Entspannungsfeinde" in der SOdZDL!?

Die Aktionen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SO) bzw. der „Deutschen Freidensgesellschaft" (DFG/VK) in Dortmund im Januar und am 25.2. in Bonn und Hamburg gegen die Wiedereinführung der Gewissensüberprüfung bzw. den Ausbau des Zivildienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst haben zu bisher einmaligen Bündnissen geführt. Die Aufrufe wurden von Persönlichkeiten über Judos, Jusos, der DFG/VK bis hin zum KB gemeinsam unterschrieben. In Hamburg sprachen sogar nacheinander ein Vertreter der DGB-Jugend und des KB. Nur die DKP mochte sich diesem Bündnis nicht anschliessen. Ein Vorstandsmitglied zog ausdrücklich seine Unterschrift zu dem Dortmunder Aufruf zurück. Da die DFG/VK zu den traditionellen Bündnispartnern der DKP gehört, bzw. die DKP im Verband selbst erheblichen Einfluß besitzt, ließ sie diese von DFG/VKlern mitgetragene Bündnispolitik nicht ruhen. Auch paßt ihr nicht, daß in der SO breit jede Unvereinbarkeitspolitik abgelehnt wird. Entsprechende Vorstöße ließen nicht lange auf sich warten.

Das hervorstechendste Beispiel hierfür ist eine Erklärung des Vorstandes der DFG/VK Hamburg, in der der Rücktritt des Landesvorsitzenden W. Twachtmann gefordert wird. *„Außerdem ist durch diese Entscheidung* (gemeint ist die Unterstützung der Demonstration am 25.2.78 durch die DFG/VK) *in Hamburg eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit diesem Vorstand, vor allem mit dem Landesvorsitzenden W. Twachtmann nicht mehr möglich. Diese wichtige Entscheidung, ob nun die Hamburger Demonstration unterstützt wird, fällte der Landesvorsitzende selbstherrlich, indem er einfach vorherige Absprachen mit uns brach."* Inhaltlich wird die Kritik an der Beteiligung der Demonstration an zwei Punkten festgemacht: Zum einen wird behauptet, daß sich die DFG/VK in eine Aktionseinheit mit *„entspannungsfeindlichen Kräften, speziell dem KB"* eingelassen habe. Dieser Vorwurf geht so weit, daß der KB als der *„politische Gegner der DFG/VK"* bezeichnet wird.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die angeblichen *„Majorisierungsversuche"* des KB gegenüber der SO, denen der Landesvorstand mit seiner Entscheidung, die Demonstration zu unterstützen, *„nur Vorschub geleistet"* hätte. *„Denn der KB ist nicht etwa an einer Zusammenarbeit der DFG/VK mit der SO interessiert, sondern ihm geht es darum, die SO als eine entspannungs- und abrüstungsfeindliche Gegenorganisation*
als eine entspannungs- und abrüstungsfeindliche Gegenorganisation
zur DFG/VK aufzubauen. Statt aber diese Vorgehensweise des KB aufzudecken (Aufzeigen der Abhängigkeit der SO vom KB) und dadurch die Unterwanderungsversuche des KB in der SO zu erschweren, wird durch die Entscheidung des Landesvorstandes dieser Sachverhalt vertuscht und dem KB eine weitere Einflußnahme auf die SO ermöglicht".

Diese Vorwürfe tauchen auch an anderen Stellen auf: so schreibt Günther Knebel, seines Zeichens Zivildienstreferent der DFG/VK, in einem Antwortschreiben auf die Austrittserklärung eines DFG/VKlers: *„Die DFG/VK setzt sich nach wie vor für eine eigenständige Selbstorganisation der Zivildienstleistenden ein ... Wenn wir jedoch unter anderem aufgrund des merkwürdigen Verhaltens von ‚Funktionären' der SOdZDL Verdacht schöpfen müssen, daß die SOdZDL dazu mißbraucht werden soll, als ‚Konkurrenz– oder Gegenorganisation' zur DFG/VK aufgebaut zu werden, wirst Du sicher Verständnis dafür haben, daß wir derartigen Bestrebungen innerhalb und außerhalb der SOdZL sehr skeptisch gegenüberstehen.*

Die KDV-Verbände und die DFG/VK haben sich immer dafür eingesetzt, daß die SOdZDL eigenständig geblieben ist. Darauf haben wir 72/73 hingewiesen, als ein ‚kommunistischer Ersatzdienstbund' die SOdZDL umfunktionieren wollte, und darauf weisen wir heute hin, sofern ein ‚Kommunistischer Bund' entsprechendes versuchen sollte". Der Verdacht der Unterwanderung und Majorisierung trifft allerdings nicht allein den KB; auch bei der SPD hat Günther Knebel derartige Bestrebungen entdeckt: *„Die Notwendigkeit, daran zu rütteln* (an der erfolgreichen Nebeneinanderexistenz unterschiedlicher Organisationsformen für KDV'ler und ZDL'ler, Anm.), *stellt sich den Kriegstdienstverweigerern überhaupt nicht, dafür aber durchaus den herrschenden Kräften (auch in der SPD-Baracke!), denen – nach der Devise ‚teile und herrsche' – jedes Mittel recht scheint, ihr o.g. Ziel* (Konkurrenz und Zwietracht zwischen den unterschiedlichen Interessenverbänden der Kriegsdienstverweigerer zu säen, Anmerkung) *zu erreichen".*

Auch Hans Bubenzer, Bundesvorstandsmitglied der DFG/VK, kann in seiner Antwort auf die Austrittserklärung *„nicht umhin, auch hier einige Bemerkungen zur aktuellen Situation in der SO zu machen."* Dies betreffe *„das Verhältnis mancher aktiver Freunde in der SO zum KB!"* Mehrere Vorgänge in der letzten Zeit hätten ihn dort *„irritiert"* !

Die Sache mit den Entspannungsfeinden...

Wie ist der KB in den Ruf eines „Entspannungsfeindes" hier in der DFG/VK gekommen? Die entscheidende Differenz, um die es dabei geht, ist die Frage, ob wir es mit „Entspannung" zwischen den Militärblöcken Warschauer Pakt und NATO zu tun haben oder um fieberhaftes Aufrüsten beiderseits, wobei die sogenannten „Abrüstungsverhandlungen" hauptsächlich Vertuschungscharakter haben. Die DFG/VK hat die „Entspannungspolitik" der DKP bisher voll mitgetragen, obwohl innerhalb der DFG/VK Jusos und Judos erhebliche Positionen einnehmen, die dann diese Linie taktisch zu rechtfertigen suchen. Gemäß dieser Linie wurden die Abrüstungsverhandlungen als *„großer Erfolg", „entscheidender Schritt nach vorn"* usw. beschrieben.



Wie hier in Hamburg demonstrierten auch in Bonn am 25.2.78 ca. 800 Menschen gegen den Gewissens-TÜV, gegen den Arbeitsdienst ...

Wie hier in Hamburg demonstrierten auch in Bonn am 25.2.78 ca. 800 Menschen gegen den Gewissens-TÜV, gegen den Arbeitsdienst ...

Da auch sie allerdings nicht an der Tatsache vorbeikommen, daß durch Abrüstungsabkommen noch kein Erfolg zu verzeichnen ist, führen sie die ‚kluge' Trennung zwischen politischer und militärischer Entspannung ein: *„Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen"* (Aufruf des Komitees für Frieden und Abrüstung, 76). Die Aufgabe der demokratischen Bewegung sehen sie darin, durch ihre Aktivitäten die Verhandlungspartner, (denen insgesamt ein „guter Wille" bescheinigt wird!) zu ermutigen, jetzt auch die „militärische Entspannung" in Angriff zu nehmen, wo doch das Gegenteil der Fall ist. Statt der kriegstreiberischen Rüstung entgegenzutreten, soll dem „guten Willen" zum Durchbruch verholfen werden. Hintergrund dieser „Einschätzung" ist die Frage, wie dabei die Rolle der Sowjetunion zu bewerten ist. Durch das besondere Verhältnis der DKP zu den Staaten des „realen Sozialismus" wird jede Kritik, ja die Erwähnung der Beteiligung der SU am atomaren Rüstungswettlauf unter den Tisch gekehrt. Das geht so weit, daß Vogel, Bundesvorsitzender der DFG/VK, obwohl er als Pazifist gilt, auf dem Bundeskongreß 76 forderte, zu den Aufgaben der DFG/VK müsse auch der Kampf gegen den „Antisowjetismus" gehören!

Während unserer Meinung nach trotz dieser Widersprüche eine Zusammenarbeit möglich und notwendig ist, wird hieraus uns generell „Entspannungsfeindlichkeit" vorgeworfen um gegeüber einigen Organisationen die altbekannte Unvereinbarkeitspolitik der DKP legitimieren zu können.

Entspannungsfeinde in der DFG/VK?

Bei dem Angriff auf den KB als Entspannungsfeind kann sich die DKP höchstens auf den breit vorhandenen Antikommunismus stützen, ansonsten ein sehr gewagtes Unternehmen, da es sich bei diesen Fragen nicht um einen organisationsbornierten Streit zwischen der DFG/VK und dem KB handelt, in den der KB als ‚Drahtzieher im Hintergrund' jetzt auch noch die SO eingespannt hat; im Gegenteil, diese Widersprüche sind in der demokratischen Bewegung breit vorhanden und werden dementsprechend auch dort diskutiert. In der DFG/VK selbst gibt es ein breites Spektrum der unterschiedlichsten Positionen. Hierzu nur einige Beispiele: In einem Kommentar zum Bundeskongreß '76 kritisieren die Konstanzer Delegierten die Überschätzung der KSZE-Konferenz: *„Pazifistische Politik darf sich nicht an den Feiertagsreden und papiernen Erklärungen der Politiker ausrichten, sondern muß die Politiker an dem messen, was sie tatsächlich tun. Absichtserklärungen über Abrüstung nützen uns überhaupt nichts, solange in Ost und West ständig weiter aufgerüstet wird. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß Abrüstung von Diplomaten in Geheimverhandlungen verwirklicht werden kann."* Zur Forderung von Vogel, gegen den Antisowjetismus einzutreten, schreiben sie: *„Wir halten diese Einschätzung von Vogel für bedenklich, da wir als Pazifisten Aufrüstungspolitik kritisieren müssen, egal ob sie von kapitalistischen oder von kommunistischen Regierungen durchgeführt wird."* („Südwest-Kontakte" der DFG/VK, 6/76).

In einem Papier eines DFG/VKlers aus Bayern zu diesem Thema heißt es: *„Verträge ändern natürlich nicht den Charakter und die damit verbundene politische Zielsetzung eines Gesellschaftssystems, ändern weder etwas an der Aufgabenstellung der NATO, noch an der Warschauer Vertragsorganisation... Daß durch Verträge auch im Zeitalter der Nuklearwaffen keine Kriege verhindert werden können, ist ebenso schlüssig wie die Erkenntnis, daß durch Rüstung kein Krieg verhindert werden kann. Mehr noch: Frieden verheißende Vertragsabschlüsse passen mitunter sehr gut ins taktische Konzept von Regierungen, die Kriegsvorbereitungen tarnen, bzw. verharmlosen, um die Bevölkerung davon abzulenken und einzulullen. Wer Absichtserklärungen wie die KSZE überschwenglich feiert und der Bevölkerung nicht bewußtzumachen versucht, daß das Vertragspapier erst dann von Wert ist, wenn es seine Einhaltung erzwingt, der macht sich, ob er will oder nicht, zum Erfüllungsgehilfen von Strategen, die die wachsende Kriegsgefahr herunterspielen."* Eine herbe Kritik an der offiziellen DFG/VK-Position, die *„bisher eindeutig die offizielle Strategie der Rüstungskontrolldiplomatie unterstützt [hat], die Strategie der kleinen und kleinsten* (Rückwärts-) *Schritte. Besieht man sich die 12 ‚Abrüstungs'abkommen, die in den letzten 13 Jahren geschlossen wurden, genauer, so ist festzustellen, daß sie mit einer einzigen Ausnahme [bakterielle Waffen] keine Abrüstungsabkommen darstellen, daß sie im Gegenteil eine weitere enorme Aufrüstung festgeschrieben haben, und die qualitative Aufrüstung eher beschleunigt als gebremst haben. Interessant ist auch der Aspekt, daß einsetzend mit dem teilweisen Teststopp-Vertrag von 1963 konsequente ‚gewaltlose' Aktionen z.B. gegen die atomare Aufrüstung ein Ende fanden."*

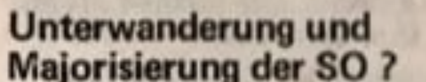
Selbst der Bundesvorstand hat sich in einer Stellungnahme entschieden vom DDR-Verteidigungsminister Hoffmann abgegrenzt, der von einem atomaren Verteidigungskrieg des Warschauer Pakts als „gerechtem Krieg" gesprochen hatte (siehe „Zivilcourage" 7/76). Viele DFG/VK-Mitglieder selbst sehen keine Möglichkeit, ihrer Kritik an der Vorstandspolitik im Verband offiziell Nachdruck zu verleihen. Dies läßt sich leicht an einigen Stellungnahmen innerhalb der DFG/VK belegen.

Dort werden wesentlich folgende Punkte kritisiert: Trotz unterschiedlichster Standpunkte in der DFG/VK selbst beteiligt sich die DFG/VK an den Abrüstungsdemonstrationen mit Flugblättern etc., ohne jemals die Illusionen in Abrüstungsverhandlungen bzw. den atomaren Rüstungswettlauf zu kritisieren. Auch in der Verbandspresse werden solche Positionen „unterschlagen". Die DFG/VK muß sich die ernsthafte Frage vieler Mitglieder gefallen lassen, wieweit es überhaupt dort möglich ist, eine öffentliche Auseinandersetzung um umstrittene Punkte zu führen. Dazu einige Beispiele: Auf dem Bundeskongreß 76 bezeichnete ein Tübinger Delegierter die Arbeitsweise des Kongresses als höchst unbefriedigend. Er sagte, *„daß die strukturelle Gewalt, die in unserer Gesellschaft herrscht, sich auch auf dem Bundeskongreß wiederfindet, obwohl gerade wir als Friedensbewegung versuchen müßten, in unserer Arbeit friedliche und demokratische Strukturen zu erproben!"*

Die Konstanzer Delegierten stellen nach einer Auswertung dieses Bundeskongresses die Forderung auf: *„Der Bundeskongreß muß aus einer Maschinerie, in der nur Statements abgegeben, geklatscht und abgestimmt wird, zu einem wirklichen demokratischen oberen Organ unseres Verbandes werden."* („Südwest-Kontakte" 6/76). Wesentlich schärfer ist die Kritik einiger DFG/VK-ler zur ‚Intoleranz bei der Münchner Abrüstungsdemonstration': *„Wir hatten für diesen Anlaß* (zur Demonstration, Anm. AK) *extra ein Transparent 'KSZE — MBFR, nur Alibi für Politiker' hergestellt. Nachdem wir uns im Demonstrationszug zum Abmarsch aufgestellt hatten, kamen einige Ordner auf uns zu und machten uns klar, daß wir mit unserem Transparent unerwünscht seien, das Transparent sei nicht in ihrem Interesse und wir sollten abhauen und unsere eigene Demonstration veranstalten. Auch eine inhaltliche Kurzdiskussion über KSZE und MBFR-Resultate brachte uns nicht weiter, wir durften nicht mitmarschieren. Auf unsere Frage, wer denn das Interesse der über 10.000 Demonstranten festlegen würde, bekamen wir die Antwort: ‚Das Zentralkomitee'!* ... — Herbert Mies persönlich offenbar. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die dort übliche Praxis, linke Zeitungsverkäufer mit teilweise brutalen Mitteln an der Agitation zu hindern...

Offensichtlich aus Rücksichtsnahme zu den DKP-beeinflußten anderen Bündnispartnern (z.B. Berufsverbote-Initiative) empfahl auch nach verschiedentlicher Kritik die DFG/VK nur i n t e r n die Unterstützung des Russel-Tribunals, ohne sich offiziell dazu zu äußern. Der Landesvorstand von Baden-Württemberg hat eine Stellungnahme gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der der DDR verabschiedet und vieles andere mehr könnte man hier aufzählen.

Aus alledem kann man nur schließen, daß die ‚Entspannungsfeinde' sich schon ganz direkt in der DFG/VK selbst eingenistet haben. Wahrscheinlich hat der KB auch dort schon längst einen „Majorisierungsversuch" eingeleitet. Dabei haben sich die DKPler (für sich selbst) gefährlich verritten. Mit diesem Kurs, überall „Entspannungsfeinde" bzw. deren Zuträger zu wittern, sind sie schon bei Twachtmann prompt völlig an der Falschen geraten. Mit einer derartigen Holzhammermethode riskieren sie in der DFG/VK ihre bisherigen Bündnispartner, wie etwa die Judos, bzw. Jusos (Twachtmann ist Juso) zu verprellen, die die Sowjetunion bestimmt nicht für einen „gutwilligen" Abrüstungsfreund halten.



Unterwanderung und Majorisierung der SO ?

Auch bei der Behauptung der KB sei drauf und dran, die SO zu majorisieren, der in letzter Zeit immer penetranter vorgetragen wird, liegen diese DFG/VK-Funktionäre völlig schief bzw. tappen reichlich im Dunkeln. So hat die SO, in der alle möglichen politischen Strömungen - trotz unterschiedlichster Vorstellungen über die gesellschaftlichen Zustände in der BRD - zusammenarbeiten, sich eindeutig bereits vor einem Jahr gegen den „Entspannungskurs" der DFG/VK gestellt. Auf dem Bundeskongreß der SO vom 7./8.5.77 wurde mit 2/3 Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die den Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zu einer Demonstration scharf kritisiert. In dem Aufruf kämen *„gewaltige Illusionen"* zum Ausdruck. Es sei ein *„großer Fehler zu meinen, daß Kriege durch Spannungen entstehen und folglich durch ‚Entspannungen' verhindert werden können. Friedensverträge, Nichtangriffspakte usw. hat es besonders zahlreich vor den beiden Weltkriegen gegeben, um die jeweiligen Kriegsvorbereitungen zu vertuschen".*

Schon damals brachte das einige DFG/VK Funktionäre an den Rand ihrer Fassung. Allerdings der Vorwurf, der „Entspannungsfeind" KB wolle die SO majorisieren, ist erst nach den letzten Aktionen gekommen. Wieso eigentlich?

Was hier demagogisch als KB-Majorisierung angegriffen wird, ist die schlichte Tatsache, daß dort der offizielle DFG/VK-Kurs sehr wenig Boden hat. Viele SO-Gruppen arbeiten ohne Probleme mit dem KB zusammen, der KB hat als einer der wenigen Organisationen auch praktisch die SO-Aktivitäten vorbehaltlos unterstützt, was auf Übereinstimmungen beruht, wie konkret ein Abwehrkampf gegen die Zivildienstleistenden zu führen ist. In der SO
Abwehrkampf gegen die Zivildienstleistenden zu führen ist. In der SO
selbst ist der KB personell nur mit wenigen Kräften vertreten, da die meisten Jugendlichen des KB selbst zur Bundeswehr gehen, und dort versuchen, auch unter schlechten Bedingungen antimilitaristische Arbeit zu entwickeln. Was tatsächlich hinter den wüsten „Majorisierungs"vorwürfen steckt, wird letztendlich deutlich durch die ähnlich massivem Vorwürfe, der KB wolle durch die Öffnung der SO für andere antimilitaristische Kräfte über die SO hinaus einen ‚Gegenverband' zur DFG/VK aufbauen.

Der Vorschlag, die SO-Mitgliedschaft über Zivildienstleistende hinaus zu öffnen, wird derzeit sehr breit in der SO diskutiert. In vielen SO-Gruppen wird schon längst eine solche Praxis betrieben, die hier sozusagen offiziell „legalisiert" wurde. Zum anderen haben die letzten Aktionen für die SOler gezeigt, daß viele Jugendliche mit der SO zusammen antimilitaristische Arbeit machen wollen. Aufgrund dieser Aktivitäten ist die SO außerdem vielfach attraktiver als DFG/VK, die zudem auf eine spezielle politische Linie festgelegt ist. Denn die DFG/VK vertritt nicht nur eine spezielle „Entspannungspolitik", sondern versteht sich satzungsmäßig zumindest als pazifistische Organisation, was nicht einmal ernsthaft die dortigen DKP-Mitglieder unterschreiben könnten.

Hinzu kommt die Tatsache, daß viele Mitglieder der DFG/VK mangelnde offene Diskussion im Verband kritisieren, wie wir gesehen haben. Diese innerverbandlichen Schwierigkeiten durch massive Angriffe gegen die SO und dort gegen die KB-Majorisierung lösen zu wollen, ist ein reichlich selbstmörderischer Kurs. Politischen Zustrom wird das dem DKP-Kurs überhaupt nicht bringen, im Gegenteil. Es könnte höchstens gelingen, hier und da dem Antikommunismus „Zucker zu gegen".

Im wesentlichen sind die Angreifer aber dabei, ein Selbsttor zu schießen.



Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Sowjetunion

Am 27. Januar stellte sich in Moskau eine **Initiativgruppe zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft** vor. Wie schon kurz in AK 123 berichtet, sollen der Gründer der Gruppe, der frühere Bergarbeiter **Wladimir Klebanow**, am 8. Februar sowie ein weiteres Mitglied der Gruppe, die Arbeiterin **Varvara Kutcherenko**, am 11. Februar festgenommen und in „Psychiatrische Anstalten“ verschleppt worden sein. Dies wurde von anderen Mitgliedern der Gruppe noch einmal bestätigt („Welt“, 1.3.). Von vier weiteren Mitgliedern der Gruppe fehle seit Mitte Februar jede Nachricht (ebenda). In früheren Meldungen war behauptet worden, vier Mitglieder der Gruppe seien in „Psychiatrische Anstalten“ gesperrt worden und mindestens vier weitere in Haft („Welt“, 24.2.). 43 Personen sollen die Statuten-Erklärung der neuen Gewerkschaftsinitiative unterschrieben haben („Welt“, 1.3.), rund 200 Mitglieder sollen insgesamt der Gruppe angehören („Welt“, 24.2., nach Angaben Klabanows vom 27.1.).

Irina Jolkowskaja-Ginsburg, die Ehefrau des seit über einem Jahr in „Untersuchungshaft“ gehaltenen jüdischen Dissidenten **Alexander Ginsburg**, hat außer der Moskauer Anwältin Yelena Resnikowa auch einen US-Anwalt für den in Kürze bevorstehenden Prozeß gegen A. Ginsburg engagiert. A. Ginsburg soll wegen **„antisowjetischer Agitation und Propaganda“ (Höchststrafe sieben Jahre)** abgeurteilt werden („Tagesspiegel“, Westberlin, 18.2.).

• • •

Führende Mitglieder des internationalen Schriftstellerverbandes, des PEN-Clubs, haben in der Londoner „Times“ einen Appell zugunsten inhaftierter sowjetischer Schriftsteller veröffentlicht. Namentlich erwähnt werden u.a. der 1977 zu sieben Jahren Haft und fünf Jahren Exil verurteilte **Mykola Rudenko** und **Felix Serebrow**, Initiator der **„Untersuchungsgruppe über den Einsatz der Psychiatrie zu politischen Zwecken“**, der in Moskau inhaftiert ist und auf seinen Prozeß wartet („Tagesspiegel“, 15.2.).

• • •

Der emigrierte sowjetische Historiker **Amalrik** hat sich in der „FAZ“ vom 2.3. sehr kritisch über die Pariser Emigranten-Zeitschrift **„Kontinent“** geäußert, die zum Sammelbecken reaktionärer bis rechtsradikaler „Dissidenten“ wie **Maximow** und **Bukowski** geworden ist. Amalrik wirft dem „Kontinent“-Chef Maximow (Springer-Autor und häufiger Gast auf Ver- ski geworden ist. Amalrik wirft dem „Kontinent“-Chef Maximow (Springer-Autor und häufiger Gast auf Ver- anstaltungen der CDU/CSU) vor, er wolle die „Dissidenten“ zugunsten einer bestimmten Partei einspannen und sie damit zur „Schachfigur“ machen. Ebenso kritisiert er das Verhältnis Maximows zur Springer-Presse. Abschließend schreibt Amalrik: „...*Was die Zensur betrifft, so hat mir einer der Autoren des 'Kontinents', Alexander Janow, gesagt, daß er sich in der UdSSR niemals einer vergleichbaren Zensur unterworfen habe wie im 'Kontinent'. Meine Erfahrung bestätigt dieses Urteil*“.

Es fällt auf, daß die „FAZ“ schon wiederholt Kritikern des „Kontinent“ Gelegenheit zu ähnlichen Veröffentlichungen gegeben hat. Es scheint, daß die „Kontinent“-Leute inzwischen so weit nach rechtsaußen abgewandert sind, daß es selbst konservativen Kräften wie der „FAZ“ nicht mehr ganz geheuer ist. Den von Pinochet freigetauschten sowjetischen Faschisten Bukowski veranlaßte das im französischen „Figaro“ zu der Behauptung, die „FAZ“ habe „*sogar die Methoden der gesamten sowjetischen Presse überboten*“ und sei „*ein Organ, das sich an der sowjetischen Kampagne der 'psychologischen Vergiftung' beteilige*“ (laut „FAZ“, 2.3.).

Polen

Die polizeilichen Repressalien gegen die von oppositionellen Intellektuellen – vor allem aus dem Kreis des **KOR (Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung)** unter dem Namen **„Fliegende Universität“** begonnene Veranstaltungsreihe (siehe AK 123, S. 59) gehen weiter:

– Laut „Welt“ vom 20.2. wurde der Dichter **Viktor Woroszylski** auf dem Weg zu einer Lesung vorübergehend festgenommen, die Veranstaltung verboten. Woroszylski konnte aber doch noch in einer Kirche sprechen.

– Der Historiker **Adam Michnik** – bereits am 12. Februar in Warschau festgenommen – wurde am 22. Februar zum dritten Mal festgenommen, wieder in Warschau, bevor er auf einer Veranstaltung sprechen sollte. Er wurde ein, zwei Tage später wieder freigelassen. Auch **Jacek Kuron** wurde vorübergehend festgenommen („Welt“, 24.2).

– In **Radom**, einem Zentrum der Arbeiterkämpfe 1976, wurden laut „Welt“ vom 27.2. fünf Oppositionelle festgenommen; darunter **Jan Litinsky**, Mitglied des KOR und Mitherausgeber der illegalen Zeitung **„Rabotnik“** („Arbeiter“), sowie ein weiterer Mitherausgeber der Zeitung, der Arbeiter **Leopold Gierek**.

– In Gdansk/Zoppot löste die Polizei mit Gewalt eine Versammlung in einer Privatwohnung auf. Der Wohnungsinhaber und ein Veranstaltungsteilnehmer wurden wegen „Rowdytum“ zu 14 Tagen Haft verurteilt („Tagesspiegel“, 26.2.; „Welt“, 27.2.).

Mit der Veranstaltungsreihe der „Fliegenden Universität“, durchgeführt von einer frisch gegründeten **„Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse“**, versucht derzeit die polnische Opposition sich zu sammeln in halboffener, halblegaler Weise (kleine Veranstaltungen in Privatwohnungen, die öffentlich bekanntgegeben werden) breitere Kreise anzusprechen. Die Polizei reagiert darauf bisher nicht mit systematischen Verboten und Verfolgungen und mit schweren politischen Anklagen, sondern mit relativ unsystematischen „Nadelstischen“ (befristete Festnahme von Veranstaltungsreferenten, Personalienfeststellung nach Ende von Veranstaltungen, Einschüchterung der Wohnungsinhaber u.ä.), die die Veranstaltungsreihe zwar behindern, aber nicht verhindern.

DDR

Santiago Carrillo, Chef der spanischen „Euro“-Revisionisten, hat in einem Interview im ZDF seine Solidarität mit dem in der DDR inhaftierten **Rudolf Bahro** erklärt. „*Bahro muß seine Meinung frei äußern dürfen, wo auch immer und vor allem auch in seinem Heimatland der DDR*“ („Welt“, 24.2.78).

Die Freilassung Rudolf Bahros haben 110 Frankfurter Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter in einem Offenen Brief an den DDR-Innenminister gefordert. Zugleich fordern sie die Aufhebung der Repressalien gegen Robert Havemann. Zu den Unterzeichnern des Offenen Briefs gehören u.a. Clemens de salien gegen Robert Havemann. Zu den Unterzeichnern des Offenen Briefs gehören u.a. Clemens de Boor, Ernst O. Czempiel, Iring Fetscher, Ludwig von Friedeburg, Eike Henning, Egbert Jahn, Alexander Mitscherlich, Klaus Horn und Gert Krell („FR“, 27.2.).

Einen weiteren Apell für die Freilassung Bahros veröffentlichten die aus der DDR emigrierten bzw. ausgewiesenen Schriftsteller **Sarah Kirsch, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Bernd Jentzsch** und **Hans Joachim Schädlich**. („Tagesspiegel“ 23.2.).

CSSR

33 Französische Schriftsteller, Künstler und Gewerkschafter – darunter die Schauspielerin Simone Signoret und der Sänger Yves Montand – haben in einem Telegramm an Staatspräsident Husak die Freilassung von **Vaclav Havel** und **Jiri Lederer** und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen in der CSSR gefordert („Welt“, 22.2.).

•

Im Fichtelgebirge (Franken) trafen sich vom 23. bis 26. Februar Emigranten aus der CSSR – solche, die schon nach dem Sturz des bürgerlichen Regimes 1948 das Land verlassen hatten, und solche, die erst nach der sowjetischen Invasion 1968 emigriert sind. Die Erklärung, die hierzu veröffentlicht wurde, enthält harte Angriffe gegen die „*Errichtung der totalitären politischen Diktatur*“ und die Errichtung der „*Diktatur der KPTsch*“ 1948. „*Der Februar 1948 war die Niederlage der demokratischen und humanistischen Ideale einschließlich der sozialistischen demokratischen Ideale. Es war der Sieg des totalitären Prinzips ...*“

Zugleich wird ein Bekenntnis zur „Charta 77“ abgelegt. Unterschrieben ist der Text von **Richard Belcredi, Alexander Heidler, Karel Kaplan, Antonin Kratochvil, Zdenek Mylnar, Anastaz Opasek, Ludek Pachmann, Jaroslaw Pechacek, Vilem Precan, Jaroslaw Selucky, Karel Skalicky, Jiri Slama, Rudolf Ströbinger** und **Pavel Tigrid** („nach „FR“, 2.3.)

Im Wesentlichen scheint es das ganz r e c h t e Spektrum der CSSR-Emigration gewesen zu sein, das sich im Fichtelgebirge zusammengefunden hatte, wie auch aus der Teilnahme von Pachmann (Wahlredner der CSU, deren Mitglied er inzwischen wohl auch ist) hervorgeht.

Jugoslawien

Der jugoslawische „Regimekritiker“ **Mihajlo Mihajlov**, zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und im November 1977 nach dreijähriger Haft vorzeitig entlassen, hat an die Belgrader KSZE-Konferenz apelliert, auf eine Erwähnung der Menschenrechte im Schlußdokument zu beharren,die von der Sowjetunion und ihren Verbündeten abgelehnt wird. Es sei besser, die Konferenz scheitern zu lassen, als in diesem Punkt nachzugeben. Ein Nachgeben in dieser Frage würde auch den „*ersten Schritt zur europäischen und damit Weltkrieg von morgen bedeuten*“ meinte Miajlov („Welt“, 27.2.; „Tagesspiegel“, 26.2.).

Mihajlov empfiehlt sich mit diesen Äusserungen für eine Aufname in den rechten Block der „Dissidenten“ um Solschenizyn, Maximow und Bukowski.

den rechten Block der „Dissidenten“ um Solschenizyn, Maximow und Bukowski.

Rumänien

Auf staatlichen Druck hin mußte der frühere rumänische Parteifunktionär **Karoly Kiraly** seinen Wohnort Tirgu Mures verlassen und in einen 250 km entfernten Ort umziehen, um ihn aus seinen sozialen Zusammenhängen zu lösen.

Karoly Kiraly, der selbst der ungarischen Minderheit angehört, hat wiederholt die Behandlung der zwei Millionen Ungarn in Rumänien kritisiert. Er wirft der rumänischen Regierung eine zunehmende Diskriminierung der Ungarn und Beschneidung ihrer Menschenrechte vor („Welt“, 24.2.).

Veranstaltung zum »Manifest der DDR-Opposition«

Westberlin. Am 18.2. führte die Westberliner Zeitung „Neuer Langer Marsch“ eine Veranstaltung zum „Spiegel-Manifest“ einer angeblichen Oppositionsgruppe aus der DDR durch. Auf dem Podium diskutierten Rabehl, Biermann, P.Bender (WDR-Korrespondent) sowie Staritz und Müller vom „Neuen Langen Marsch“. Die Positionen reichten von der Forderung, die „Entspannungspolitik“ nicht durch ein Hochspielen des „Manifestes“ zu gefähren (Bender) bis zu der Meinung, das „Manifest“ sei eine brauchbare Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit, auf die sowohl die BRD- als auch die DDR-Linke aufbauen könne. Biermann, der eine Charakterisierung des „Manifestes“ als BND-Machwerk als „verbrecherisch“ bezeichnete, war immerhin derjenige, der am entschiedensten vor einer gefährlichen und leichtsinnigen Tendenz“ warnte, die direkt auf eine Einladung an das imperialistische „Modell Deutschland“ hinauslaufe. Die ca. 2500 Veranstaltungsteilnehmer unterstützten den offene Brief von Böll, Gollwitzer und anderen, mit der Forderung nach Freilassung Bahros. Uni-Präsident Berger wandte sich in einer Rede gegen „K-Gruppen“-Verbot, SPD-Ausschlüsse und den Abbau demokratischer Rechte in der BRD; außerdem berichtete er von Plänen der „Liga für Menschenrechte“, Bahro die Carl-von-Ossietzky-Medaille zu verleihen.

SSB/Westberlin

Sozialismus

- O Zur Außenpolitik der VR China

DFB macht's möglich

Fußball zwischen Konzentrationslagern

Der Deutsche Fußball Bund (DFB) sei nur dem Sport verpflichtet, sagt er von sich selbst. Seine Unterstützung der Faschisten in Argentinien im Rahmen der Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft beweisen das Gegenteil.

Nachdem im März 1976 das Militär in Argentinien geputscht hatte, ließ der DFB durch seinen Präsidenten versichern: *„Die Wende zum Besseren trat mit der Übernahme der Macht durch die Militärs ein"* („konkret", 9/77). Offen verkündete er: *„Wenn sich die politische Situation in Argentinien durch die Veränderungen vom Ende März nicht stabilisiert hätte, würden die Weltmeisterschaften 1978 nicht in diesem Lande ausgetragen werden"* („FR", 17.1.), was immerhin beweist, daß eine Verlegung der WM m ö g l i c h gewesen wäre. Da der DFB die Wende zum offenen Faschismus ausdrücklich begrüßte, ließen sich die „argentinischen Freunde" nicht lumpen: Die Generäle boten *„als Dank ... für die optimistische Meinungsbildung durch deutsche Funktionäre"* („SZ") der westdeutschen Nationalmannschaft das Erholungsheim der argentinischen Luftwaffe (!) in der Nähe von Cordoba als Quartier an. Der DFB nahm dankend an („FR", 15.10.77). Eine Hand wäscht die andere.

In mehreren Reisen „überzeugten" sich die DFB-Bosse, daß die Vorbereitung auf die WM in besten Händen liegt. Weder die Tatsache, daß der argentinische Fußballverband (immerhin eine „Bruderorganisation") total entmachtet worden war, noch der Umstand, daß an die Spitze des Organisationskomitees sogleich ein Brigadegeneral rückte, ließen beim DFB irgandwelche demokratischen Skrupel aufkommen („konkret", 9/77). Im Gegenteil: *„Ganz gleich, wie man diesen Wechsel politisch bewertet, wir haben jedenfalls Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen"* („Cosal", 25.2.77), tönte es aus dem berufenen Munde des Präsidenten von sechs Millionen Fußballfreunden in der BRD. Mit dieser Aussage hat er zweifellos ins Schwarze getroffen.

Propaganda für das Regime

Während das argentinische Obristenregime offen bekundet, die WM zu einer großen Propagandashow für die Militärdiktatur benutzen zu wollen, versucht uns der DFB weiszumachen, es ginge nur um den Sport. Dazu Brigadegeneral Merlo ganz offen: *„Das Spitzentreffen des Weltfußballs soll ein Fenster Argentiniens nach dem Ausland hin und ein Katapult in die Zukunft sein. Wir müssen und wollen der Welt zeigen, was Argentinien kann (!) und wie es bei uns aussieht"* („FR", 15.10.77).

sieht" („FR", 15.10.77).

Wie es in Argentinien aussehen wird, ist jetzt bereits klar: Die Spiele werden unter einem Riesenaufgebot von Hundertschaften Militärs, Polizei und Geheimpolizei stattfinden.

Völlig zu Recht hat die Madrider Zeitschrift „Cambio 16" den Propagandafeldzug, den die Junta zur Aufwertung ihres mörderischen Regimes unternimmt, als die *„größte und teuerste politische Werbekampagne seit den olympischen Spielen 1936 in Berlin"* eingestuft („FR", 11.1.78), womit die WM zweifellos in den richtigen Rahmen gestellt wurde. Eine Werbekampagne, durchgeführt vom amerikanischen Konzern „Burson Marstaller", hat vor allem zum Ziel, die Journalisten im Sinne der Junta zu beeinflussen und sie als Mittler wirken zu lassen. Wirft man einen Blick auf die westdeutsche Presselandschaft, so kann gefolgert werden, daß diese Arbeit anscheinend Früchte trägt. So glänzte der „stern" mit einem Bericht, der die Anwesenheit von Militärs in den Fußballstadien vor allem aus der Mentalität der argentinischen Fußballfans herleitete („stern", 26.1.78). Die „FR" (7.1.) war sich nicht zu schade, in ihrem längsten Artikel zur WM 78 (*„Tips für Argentinien-Besucher"*) über einheimische Kultur, Gastronomie und Folklore in *„angenehm abwechslungsreicher Landschaft"* zu schwärmen und Argentinien als liebevolles Land darzustellen, in dem es anscheinend gar keine politischen Probleme gibt. Der größte Teil der Massenmedien verschweigt die politische Dimension der WM völlig oder macht sich gar lustig über die Diskussion vor allem in den Niederlanden und in Schweden, ob man nicht die WM boykottieren sollte. Das westdeutsche Fernsehen leistet „Argentinienhilfe" auf seine Art: *„In fast allen ARD-Anstalten (wurden Kurse und Seminare) für argentinische Fernsehfachleute"* abgehalten, („FR", 22.11.77).

Für den Fall, daß sich doch mal eine kritische Stimme über die Lage in Argentinien Gehör verschafft, wird der – in der BRD inzwischen erprobte – Apparat von Druck und Diffamierung gegen die Kritiker in Gang gesetzt. Deutlichstes Beispiel dafür war das „Wort zum Sonntag" des Laientheologen und Sportarztes Dr. Helmut Franz Ende Juni, der öffentlich zu fragen gewagt hatte, wer unsere Freunde seien, die Unterdrücker oder die Unterdrückten, und ob einer der DFB-Funktionäre auf ihren Argentinienreisen einmal an die Lage der politischen Gefangenen gedacht und ihre Freilassung gefordert habe.

DFB-Chef Neuberger reagierte auf dieses „Wort zum Sonntag" mit einem „geharnischten Brief" an den Intendanten des Saarländischen Rundfunks. Neuberger schrieb, *„daß der Kommentator in diesem Falle völlig an seiner eigentlichen Aufgabe vorbeisprach und sich um Dinge kümmerte, die auf einem ganz anderen Sektor zu studieren (!) und zu behandeln wären, als in einem Wort zum Sonntag, das doch wohl in erster Linie den Menschen zur Besinnlichkeit auf den nahenden Sonntag einstimmen sollte, den gläubigen und bekennenden Christen darauf, den Alltag einmal abzustreifen und die Nähe Gottes zu suchen, in Gedanken und in Taten."*

Mit dieser dummdreisten Anpinkelei war die Angelegenheit aber nicht ausgestanden – im Gegenteil. Der Intendant des Saarländischen Rundfunks antwortete seinerseits in einem Brief an Neuberger, daß er seine Kritik teile und den Kommentar für eine *„pseudochristliche, einäugige Heuchelei"* halte.

Dies wolle er an alle zuständigen Gremien und den verantwortlichen Redakteur der Sendung weiterleiten (nach „Cosal"-Infoblatt, Juni 77).

So funktioniert in der BRD die *„optimistische Meinungsbildung"* über Argentinien, die mit der Fußball-WM bezweckt ist und für die die argentinischen Militärs bereits gedankt haben – völlig zu recht.

Das Volk darf zahlen

Das argentinische Mörderregime läßt das Volk die Aufpolierung seines Images einiges kosten. Es sollen in die WM 940 Millionen DM investiert werden, *„von denen lediglich 41 Millionen Mark durch Einnahmen wieder hereinkommen"* („FR", 15.10.). Gekauft wird unter anderem bei westdeutschen Großkonzernen wie Siemens und AEG-Telefunken. Investiert wird vor allem im Stadienausbau (229 Mio.), Pressezentren (58 Mio.), Flughafenumbauten (80 Mio.), Aus- und Umbau von Straßen (137 Mio.), Farb-Fernsehproduktionsstätten (92 Mio.) und Ausbau des Fernmeldewesens (344 Mio.) („FR", 15.10.77).

Das Volk darf zahlen. Zugute kommen werden die Investitionen dem Unterdrückungsapparat der Obristen.

Wenn am 25. Juni die WM abgepfiffen wird, dann werden westdeutsche Institutionen und Firmen maßgeblich dazu beigetragen haben, daß die mörderische faschistische Fratze in Argentinien verhüllt wurde. Großen Anteil an der Aufwertung des Faschismus kommt dabei dem DFB, einer der einflußreichsten Organisationen im Weltfußball, zu.

Mehr als 30.000 politische Gefangene und die Opfer von politischen Morden, von denen der Verband der Menschenrechte in Genf im Durchschnitt 15 am Tag ermittelte, klagen den DFB an. Offensichtlich läßt ihn diese blutige Hypothek völlig kalt.

Ein Lehrergenosse aus Hamburg-Altona



AUTOAUFKLEBER (weiß/blau) – zu bestellen beim Reents-Verlag; DM 1.-

AUTOAUFKLEBER (weiß/blau) – zu bestellen beim Reents-Verlag; DM 1.-

Informationen und Material zur Argentinien-Kampagne 1978 „Fußball ja – Folter nein" sind zu beziehen über: Lateinamerika-Kommission Hamburg des KB; oder: Informationsstelle Lateinamerika, Buschstraße 20, 5300 Bonn.

1936 Berlin - 1978 Buenos Aires

„Die im August 1936 in Berlin abgehaltenen Olympischen Spiele boten den Nationalsozialisten eine großartige Gelegenheit, der Welt die Leistungen des Dritten Reiches vor Augen zu führen, und sie nahmen sie aufs Beste wahr. Die Schilder ‚Juden unerwünscht' wurden stillschweigend von Läden, Hotels, Restaurants und Vergnügungsstätten entfernt, die Verfolgung der Juden und der beiden Kirchen wurde vorübergehend ausgesetzt und die beste Seite des Landes hervorgekehrt. Nie zuvor waren olympische Spiele so glänzend organisiert worden, noch hatte es jemals ein so verschwenderisches Aufgebot an Unterhaltung gegeben. (...) Die fremden Besucher, vor allem aus England und Amerika, waren von dem, was sie sahen, stark beeindruckt: anscheinend ein glückliches, gesundes, freundliches, von Hitler geeintes Volk – ein ganz anderes Bild, als sie es sich, wie sie meinten, aus den Zeitungsberichten aus Berlin gemacht hatten (...)" (W.L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Bd. 1, S. 267)